

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 3. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses findet am

Mittwoch, 09.06.2021, 16:00 Uhr,

in der Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151, 57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 12.05.2021
2. Fragestunde
3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung
4. Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Räumlicher Teilplan MK-OE-SI; Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen im Rahmen der Behördenbeteiligung
5. Haushalt 2020 - Übertragung von Ermächtigungen in das Haushaltsjahr 2021
6. 100. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" im Stadtteil Siegen-Mitte
hier:
 - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
 - Zusammenfassende Prüfung (Abwägung) aller im Planverfahren eingegangenen Stellungnahmen
 - Beschluss der 100. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Siegen
 - Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"
7. 2. Beiratsperiode des Beirats für Stadtgestaltung
8. Widmung Adolf-Wurmbach-Straße in Geisweid
9. Beteiligung der Stadt Siegen an der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH – Erhöhung des Stammkapitals
10. Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs
 - kurzfristiges Erfordernis eines Containerbaus -

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 12.05.2021
2. Wichtige Verwaltungsangelegenheiten

3. Betrieb gewerblicher Art "Bäder der Stadt Siegen"; Verwendung des Jahresüberschusses 2019
4. Schuldenmanagement sowie Liquiditätssteuerung - Zwischenbericht -
5. Kostenübernahme Anteil Stadt Siegen - gemeinsame Baumaßnahme mit WVS und ESi
6. VERSCHIEDENES
7. MITTEILUNGEN AN DIE PRESSE

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Siegen, 28.05.2021

Der Bürgermeister

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 3. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom: **09.06.2021**

von: **16:00 Uhr**

bis: **17:04 Uhr**

Ort: **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,
57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal**

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

Stv Weber, Frank	- als Vorsitzender
Stv Bertelmann, Hans-Günter	
Stv Boller, Joachim	
Stv Groß, Michael	
Stv Keßler, Silvia	
Stv Klein, Henning	
Stv Klein, Marc	
Stv Könen, Wolfgang Max	- für Stv Walter, Klaus Volker
Stv Molzberger, Adhemar	
Stv Rujanski, Detlef	
Stv Schiltz, Ingmar	
Stv Shirley, Julia	
Stv Sondermann, Christian Paul	
Stv Steffe, Roland	
Stv Tigges, Johannes	
Stv Wittenburg, Samuel	

II. Von der Verwaltung:

StK Cavelius
StBR Schumann
StR Fries
Dezernent Schmidt
Städt. VD Werthenbach
VA Dr. Schutz
StOI Pfeifer - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Bürgermeister Mues, Steffen	entschuldigt	
Stv Walter, Klaus Volker	vertreten durch	Stv Könen, Wolfgang Max

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 12.05.2021

Es liegen keine Hinweise vor.

3. HFA 09.06.2021

2. Fragestunde

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

3. HFA 09.06.2021

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

3. HFA 09.06.2021

4. Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Räumlicher Teilplan MK-OE-SI; hier: Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen im Rahmen der Behördenbeteiligung

Vorlage Nr. VL 346/2021

Seitens der Fraktion B'90/Grüne teilt man im Großen und Ganzen die Kritik der Verwaltung an den Fehlern im Regionalplan, so Herr Boller. Man ist jedoch der Meinung, dass einige Punkte in der Stellungnahme fehlen. Dazu gehört unter anderem der Siegerlandflughafen, der zwar nicht auf dem Gebiet der Stadt Siegen liegt, jedoch müssen die dort entstehenden Defizite über Umlagen wieder mitfinanziert werden. Auch die Route 57 sollte erwähnt werden, welche hinsichtlich der Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs nicht mehr sinnvoll erscheint. Auch kann man den Autobahnanschluss Siegen-Seelbach nicht unterstützen, da man das dort angedachte Gewerbegebiet nicht befürwortet.

Hinsichtlich der Ausführungen in der Stellungnahme kann man Aussage, der Regionalplan würde die städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten der Kommune einschränken nicht nachvollziehen, da es z. B. nach Aussage von Herrn Schumann im AfULE im Hinblick auf den sozialen Wohnungsbau keine Einschränkungen gibt. Problematisch sieht man auch die Forderung der Verwaltung von der Beschränkung auf störendes Gewerbe abzusehen. Man möchte in der Martinshardt nur störendes Gewerbe ansiedeln. Die Stellungnahme in diesem Punkt kann man daher nicht mittragen.

Herr Schumann wendet ein, dass durch den fehlenden städtischen Bezug die Themen Siegerlandflughafen und Route 57 auch keine Erwähnung in der Stellungnahme finden können. Bezüglich des möglichen Autobahnanschluss in Oberschelden/Seelbach agiert man aufgrund der politischen Beschlusslage. Die weiteren Themen wurden bereits in den Fachausschüssen ausgiebig diskutiert.

Herr Groß kündigt Änderungsanträge für die Sitzung des Rates an, mit dem Ziel die Stellungnahme der Stadt Siegen zu verändern.

Herr Marc Klein findet, dass die Stellungnahme der Verwaltung ausführlich ist. Daraus geht hervor, dass die Zuarbeiten der Verwaltung zum Entwurf des Regionalplans mit großem Aufwand betrieben wurden, um so ärgerliche sind viele Punkte die dort aufgeführt wurden. Die Koalition stimmt der Vorlage zu.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Informationen zur Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Räumlicher Teilplan für den Märkischen Kreis und die Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein zur Kenntnis und beschließt die Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 5 Enthaltungen (B'90, Die Linke, Volt)

5. Haushalt 2020
- Übertragung von Ermächtigungen in das Haushaltsjahr 2021

Vorlage Nr. VL 389/2021

Die Gründe für die Übertragung von Ermächtigungen sind in der Vorlage ausführlich dargestellt, so Herr Cavelius. Es wird dabei jedoch besonders darauf hingewiesen, dass sich die Stadt Siegen im Haushalt 2022 insbesondere hinsichtlich der Investitionen Zurückhaltung auferlegen muss. Die Umsetzung der Maßnahmen muss bei den vorhandenen Ressourcen zeitlich möglich bleiben. Starken Einfluss darauf haben natürlich auch die Zuweisungsprogramme mit ihren jeweiligen Auflagen und Vorgaben.

Herr Boller sieht in der Problematik der Umsetzung der Investitionen ein ernstes Problem, da durch fehlende oder verzögerte Umsetzung von Maßnahmen die zugrundeliegenden politischen Beschlüsse ausgehebelt werden. Es sollte versucht werden die Investitionen seriös zu veranschlagen, sodass nur tatsächlich machbare Maßnahmen eingeplant werden.

Herr Cavelius kann dies gut nachvollziehen, da die Veranschlagung von Maßnahmen ein gewisses Versprechen darstellt und es bei Nichtumsetzung zu Enttäuschungen kommt. Hier sollte man versuchen die Projekte realistisch auf der Zeitachse zu verschieben.

Herr Bertelmann kann dies nur unterstützen, da in den vergangenen Jahren viele Maßnahmen eingeplant wurden, was die Verwaltung unter Druck setzte und bei fehlender Umsetzung zur Enttäuschung der Bürger führte. Er plädiert für mehr Zurückhaltung in der nächsten Haushaltsplanung.

=> *Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt die vorgenommenen Ermächtigungsübertragungen gemäß den Anlagen 1 a, 1 b (Ergebnisplan), 2 a und 2 b (Investitionen, Rückstellungen) zur Kenntnis.*

3. HFA 09.06.2021

- 6. 100. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" im Stadtteil Siegen-Mitte**
hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Zusammenfassende Prüfung (Abwägung) aller im Planverfahren eingegangenen Stellungnahmen
- Beschluss der 100. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Siegen
- Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"

Vorlage Nr. VL 354/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- die während der öffentlichen Auslegungen und der Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 1 und 2 und § 4 Abs. 1 und 2 BauGB zur 100. Änderung des Flächennutzungsplanes und zum Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" eingegangenen Stellungnahmen (Anlagen 2 und 3) gemäß Anlage 4 und 5 zu behandeln. Die Anlagen sind Bestandteil der Beschlussfassung;
- die 100. Änderung des Flächennutzungsplanes samt Begründung und Umweltbericht gem. Anlagen 6 - 8 in der Fassung vom 26.04.2021;
- den Bebauungsplan Nr. 419 samt Begründung und Umweltbericht gem. Anlagen 9 - 11 in der Fassung vom 26.04.2021 als Satzung.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

3. HFA 09.06.2021

7. 2. Beiratsperiode des Beirats für Stadtgestaltung

Vorlage Nr. VL 353/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beruft für die zweite Beiratsperiode des Beirats für Stadtgestaltung nachstehende Personen als ordentliche Mitglieder

1. Thomas Knüvener
2. Patricia Merkel
3. Ulrike Platz
4. Christoph Menzel
5. Prof. Antje Freiesleben

sowie als stellvertretendes Mitglied

6. Rüdiger Karzel

und nimmt die aktualisierte Geschäftsordnung zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

3. HFA 09.06.2021

8. Widmung Adolf-Wurmbach-Straße in Geisweid

Vorlage Nr. VL 377/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Widmung der Adolf-Wurmbach-Straße (Gemarkung Geisweid, Flur 3, Flurstück 1318) in Geisweid.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**3. HFA 09.06.2021****9. Beteiligung der Stadt Siegen an der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH – Erhöhung des Stammkapitals**

Vorlage Nr. VL 381/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt der Kapitalerhöhung der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH um 200.000 EURO unter Ausschluss eines Bezugsrechtes für ihre bisherigen kommunalen Gesellschafter zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**3. HFA 09.06.2021****10. Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs
- kurzfristiges Erfordernis eines Containerbaus -**

Vorlage Nr. VL 391/2021

Herr Schmidt bittet zunächst um Verständnis hinsichtlich des ungewöhnlichen Beratungsganges und erklärt dies mit der zeitlichen Dringlichkeit. Schulpolitisch ist diese Maßnahme schon mehrfach angesprochen worden. Insbesondere im Stadtteil Geisweid gibt es sehr hohe Zuwächse der Kinderzahlen. Diese Zuwächse waren nicht absehbar, die Prognosen der letzten Jahre haben dies nicht angezeigt. Die Entwicklung ist erst seit 1-2 Jahren erkennbar. Insgesamt gibt es in allen drei Grundschulen in Geisweid ein Platzproblem. Gemeinsam mit den Schulleitungen und der Schulaufsicht wurden daher verschiedene Lösungen diskutiert. Der Ausbau der Albert-Schweitzer Schule wird aufgrund mehrerer Voraussetzungen vorgeschlagen. Zunächst ist dies die Schule, die mittig innerhalb der Bezirke mit Kapazitätsproblemen liegt. Wenn man weiterhin die wohnortnahe Beschulung mit kurzen Schulwegen ermöglichen will, bietet sich dieser Standort an. Die in Geisweid vorhandenen Schulgebäude haben bereits jetzt Kapazitätsprobleme. Der Schulraum wird daher spätestens im Schuljahr

22/23 benötigt. Mit den Schulleitungen werden für dieses Jahr noch Provisorien organisiert. Dies macht jedoch deutlich, dass eine kurzfristige Lösung benötigt wird, weshalb man die Containerlösung angeht. Die Fläche an sich wurde bereits mehrmals für Containeraufbauten genutzt, ist also dafür geeignet. Perspektivisch ist dies nur eine Übergangslösung. Aktuell diskutiert man parallel zwei Perspektiven, zum einen den Anbau an das bestehende Gebäude der Albert-Schweitzer Schule und zum anderen eine Teilstandortlösung am Rüsterweg. Beide Vorschläge wird man erarbeiten und dann den Gremien vorstellen. Bis dahin wird die Übergangslösung benötigt. Die schulpolitischen Sprecher der Fraktionen sind über den Vorgang bereits informiert.

Herr Sondermann findet, dass die Vorlage verdeutlicht, dass nicht alles planbar ist. Fakt ist, dass der Containerbau benötigt wird. Fraglich wäre nun nur noch, ob man diese kaufen oder anmieten soll. Dies ist wirtschaftlich zu betrachten und da die genaue Nutzungsdauer nicht planbar ist, plädiert er für den Kauf und somit dafür der Verwaltungsvorlage zuzustimmen.

Herr Wittenburg führt an, dass die Schulleitung Bedenken hinsichtlich der kommenden Größe der Schule geäußert habe. Er erkundigt sich, ob dies in den Überlegungen berücksichtigt wurde bzw. für die Zukunft berücksichtigt wird. Die vorgeschlagene Maßnahme ist seiner Meinung nach alternativlos.

Die SPD-Fraktion kann die Dringlichkeit nachvollziehen und wir der Vorlage zustimmen, so Herr Schiltz. Wegen der Unabwägbarkeit der noch anstehenden Baumaßnahme hält man den Kauf der Container für die bessere Alternative.

Die Vorlage und die Dringlichkeit kann man nachvollziehen, so Herr Boller. Problematisch sieht man jedoch den energetischen Standard der Container an. Man hält den Kauf für richtig, dabei sollte jedoch der optimale energetische Standard gewählt werden.

Wenn der Kauf der Container erfolgt, dann sollten diese auch entsprechende Standards bzw. ein entsprechendes Niveau erfüllen, da dies über einige Jahre Auswirkungen auf die Schüler, die Beschulung und auch den Stadtteil haben wird, so gibt Herr Schmidt die Aussage des Bürgermeisters wieder. Der Kauf stellt sich als wirtschaftlicher dar, sobald man nur ein paar Monate über dem geschätzten Nutzungszeitraum liegen würde, was bei der derzeitigen Bau-situation durchaus vorkommen kann. Außerdem bietet der Kauf die Option die Container nachher entweder an anderer Stelle weiter zu nutzen oder weiter zu verkaufen da diese aufgrund der Qualität eine längere Nutzungsdauer haben. Die Größe von Grundschulen ist in der Politik in der Vergangenheit bereits häufig diskutiert worden. Er sieht die Vorteile von kleinen wohnortnahen Grundschulen wobei jedoch je nach Situation auch größere Systeme sinnvoll sind. Diesen Abwägungsprozess wird man perspektivisch hinsichtlich der endgültigen Lösungen diskutieren müssen. Die Kritik der Geisweider Schulleitungen bezog sich hauptsächlich darauf, dass sich die Verwaltung auf einen Standort fokussiert. Der Ausbau aller drei Grundschulen lässt sich jedoch absehbar nicht umsetzen sodass es realistisch ist zunächst diesen Standort anzugehen.

Ob eine Verbesserung des energetischen Standards möglich ist müsste man erfragen, so Herr Schumann. Man hat sich jedoch bereits bewusst gegen eine Unterschreitung des gesetzlichen Standards entschieden, obwohl dies aufgrund der geringen Standzeit möglich wä-

re. Er nimmt den Wunsch dahingehend jedoch mit. Gestalterisch möchte man sich bei der Außenfassade von der Containeroptik lösen und diese ansprechend gestalten, sofern diese Kosten mitgetragen werden.

Herr Bertelmann signalisiert seine Zustimmung zur Vorlage. Bei einer Containerlösung sollte auch auf eine optisch attraktive Gestaltung geachtet werden für eine bessere Akzeptanz. Es sollte nicht der Eindruck einer Notlösung entstehen. Gleichzeitig sollte versucht werden, den Zeitraum soweit wie möglich zu begrenzen und die Alternativen zeitnah umzusetzen.

Herr Groß macht auf einige problematische Containerlösungen aufmerksam, welche zu Dauerzuständen geworden sind. Er ist der Meinung, dass allerspätestens 2023 die Pläne für eine Alternative beschlossen werden müssen, wenn man den angedachten Zeitrahmen tatsächlich ernst meine. Dies sollte man mit dem Beschluss heute bereits festlegen. Er bringt den Hinweis ein, dass man die noch nicht lange geschlossene und damals noch recht frisch sanierte Hüttentalschule für die Gesamtlage in Geisweid nochmals in die Überlegungen einbeziehen sollte.

Herr Schumann verdeutlicht, dass es auch bei konsequenter Planung und Umsetzung von großen Schulbauprojekten trotz problemlosem Ablauf ca. 4-5 Jahre benötigt werden. Man braucht daher die Containerlösung, da es nicht realistisch wäre einen Anbau für in 2 Jahren zuzusagen. Eine Mitarbeiterin arbeitet bisher ca. 1 Jahr an der Maßnahme. Erst nach der Umsetzung kann die Mitarbeiterin sich an die Planung eines Erweiterungsbaus begeben. Dies kann man im Arbeitsprogramm so vorsehen sofern von der Politik mit anderen Maßnahmen nicht andere Prioritäten gesetzt werden.

Herr Schmidt findet es schwierig, den aktuellen Vorschlag mit der Vergangenheit zu vergleichen, da sich der Containerbau qualitativ weiterentwickelt hat wofür ebenfalls positive Beispiele in Siegen zu finden sind. Es ist der Wille eine gute und ansprechende Lösung zu installieren, die jedoch zeitlich befristet sein wird. Insofern müssen der finanzielle Aufwand, die Nutzungsdauer und die Qualität abgewogen werden und zusammen passen. Bezüglich der Hüttentalschule macht er deutlich, dass die Schließung nicht aufgrund zu geringer Kinderzahlen sondern aufgrund der fehlenden Anmeldungen durch die Eltern erfolgte. Die Schulaufsicht hat daher eine Schließung auferlegt. Auch die Teilstandortlösung wurde daraufhin nicht von den Eltern angenommen. Dieser Standort ist nun durch politischen Beschluss für den Ausbau zu einer Kindertageseinrichtung vorgesehen. Dies kann nun nicht einfach rückgängig gemacht werden.

Herrn Groß ist der Ausbau der Kita bekannt, jedoch ist die dafür notwendige Baumaßnahme noch nicht begonnen worden, sodass man den Beschluss aufgrund der aktuellen Entwicklung auch nochmal ändern könnte. Mit seinem Vorschlag wollte er nur die Haltung der Verwaltung, die ja besagt dass der Containerstandort keine Dauerlösung sein soll, konkretisieren weshalb er appelliert mit der Planung in 2023 zu beginnen. In 2023 müssen die Weichen für die endgültige Lösung gestellt werden. Es darf nicht passieren, dass eine Containerlösung, die nur für eine kurze Zeit angedacht, ist über mehrere Jahre hinaus benötigt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, im Übergang bis zur Erfüllung des Raumbedarfs der Albert-Schweitzer-Schule als zukünftig vierzünftig geführte Ganztagsgrundschule, den Erwerb eines Containergebäudes vorzunehmen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

3. HFA 09.06.2021

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4

Siegen, 22.04.2021

Bereich: Stadtentwicklung

Bearbeitet von: Frau Eckstein, Frau Krippendorf, Herr Daschke

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften	27.05.2021
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie	01.06.2021
Bauausschuss	02.06.2021
Haupt- und Finanzausschuss	09.06.2021
Rat	23.06.2021

Kurzbezeichnung:

**Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Räumlicher Teilplan MK-OE-SI;
hier: Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen im Rahmen der Behördenbeteiligung**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die Informationen zur Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Räumlicher Teilplan für den Märkischen Kreis und die Kreise Olpe und Siegen-Wittgenstein zur Kenntnis und beschließt die Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen.

Sachverhalt / Begründung:

Für den Märkischen Kreis, den Kreis Olpe und den Kreis Siegen-Wittgenstein befindet sich derzeit der Regionalplan in Neuaufstellung. Förmlich wurde das Verfahren mit dem Erarbeitungsbeschluss des Regionalrates Arnsberg als Träger der Regionalplanung am 7.12.2017 eingeleitet. Den Beginn des informellen Verfahrens, das der Vorabinbindung der Kommunen und weiterer Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange dienen sollte, markierte eine Auftaktveranstaltung am 11.01.2018. An die Auftaktveranstaltung schloss sich eine sehr umfangreiche Datenerhebung an, im Zuge derer die Stadt Siegen zahlreiche statistische Daten, Geodaten, Konzepte und weitere Informationen als Grundlage für die Entwurfserarbeitung an die Bezirksregierung Arnsberg als planaufstellende Behörde geliefert hat. Zusätzlich zu

dieser Datenerhebung hat die Bezirksregierung zu zwei Werkstattgesprächen (Januar 2019 und Februar 2020) nach Arnsberg eingeladen. Ergänzend zu den Werkstattgesprächen fanden im Erarbeitungszeitraum noch Politikgespräche und Regionalplanforen als Informationsveranstaltungen statt.

Die konkrete Entwurfserarbeitung erfolgte allein durch die Bezirksregierung Arnsberg, eine Vorabstimmung der zeichnerischen und textlichen Festlegungen mit den Kommunen hat weder in den noch nach den Werkstattgesprächen stattgefunden. Beide Werkstattgespräche fanden – anders als es der dargestellte Verfahrensablauf auf der Website der Bezirksregierung (Link: siehe unten) suggeriert, vor der Erstellung des Regionalplanentwurfs statt.

Am 10.12.2020 hat der Regionalrat den Erarbeitungsbeschluss für den Regionalplanentwurf gefasst. Die Offenlage der Planunterlagen findet aktuell – im Zeitraum vom 29.01.2021 bis zum 30.06.2021 statt. Auf Grund der äußerst umfänglichen Planunterlagen (siehe dazu Punkt A der Stellungnahme) und auch wegen der in einzelnen Kommunen feststehenden, nicht passenden Terminierungen der Sitzungsfolge vor der Sommerpause hat die Bürgermeisterkonferenz des Kreises Siegen-Wittgenstein eine Fristverlängerung beantragt. Diese Fristverlängerung wurde bisher nicht bewilligt.

Das Planwerk liegt derzeit bei der Bezirksregierung sowie beim Kreis Siegen-Wittgenstein, beim Märkischen Kreis und beim Kreis Olpe aus. Sämtliche Planunterlagen sind außerdem im Internet unter:

<https://www.bra.nrw.de/kommunalaufsicht-planung-verkehr/regionalrat-und-regionalentwicklung/regionalplan-arnsberg/raeumlicher-teilplan-maerkischer-kreis-kreis-olpe-siegen-wittgenstein-neuaufstellung>

einsehbar.

Die dort eingestellte „Story Map zur Neuaufstellung“ bietet einen Überblick über das Verfahren und sämtliche Planunterlagen.

Kernstück des Plans sind die textlichen und zeichnerischen Festlegungen sowie die Begründung. Die textlichen Festlegungen sind in Ziele und Grundsätze gegliedert.

Ziele der Raumordnung sind abschließend abgewogen und in der Bauleitplanung gemäß § 4 Raumordnungsgesetz zu beachten, das heißt, sie unterliegen nicht der bauleitplanerischen Abwägung, sondern müssen beachtet werden.

Dagegen sind **Grundsätze** in der Bauleitplanung der Kommunen lediglich zu berücksichtigen. Die Stadt Siegen kann somit in nachgeordneten Bauleitplanverfahren von Grundsätzen mit Begründung abweichen – sie unterliegen der nachfolgenden Abwägungs- und Ermessensentscheidung.

Die **zeichnerischen Festlegungen** werden im Einklang mit den textlichen Festlegungen getroffen und sind ebenfalls als Ziele und Grundsätze zu verstehen.

Der Planungshorizont, also die geplante Geltungsdauer des Regionalplans, reicht bis zum Jahr 2040. Daher ist es umso wichtiger, im Rahmen der städtischen Stellungnahme insbesondere Bezug zu nehmen auf die Regelungen in Form von Zielen, Grundsätzen und zeichnerischen Festlegungen, die die kommunale Planung und Planungshoheit einschränken wer-

den. Insgesamt befassen sich die textlichen Festlegungen des vorliegenden Entwurfs mit über 100 Zielen und Grundsätzen. In der beigefügten Anlage, also der städtischen Stellungnahme, wird nur auf die wesentlichen Ziele, Grundsätze und deren Ausrichtung eingegangen, die aus fachlichen Gesichtspunkten und/oder strategischen Gründen der Planungshoheit einer Überprüfung/Überarbeitung zugeführt werden oder entfallen sollten.

Wesentliche strategische Themen, die die kommunale Bauleitplanung in Form von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen beeinflussen werden, sind unter den Überschriften

- 4.1 Festlegungen für den gesamten Siedlungsbereich
- 4.2 Allgemeiner Siedlungsbereich
- 4.3 Bereiche für Gewerbliche und Industrielle Nutzungen
- 5.4 Natur und Landschaft
- 8.1 Windenergie

zu finden.

Der Aufbau der städtischen Stellungnahme orientiert sich an den Zielen und Grundsätzen der textlichen Festlegungen, die weiteren Planunterlagen sowie die zeichnerische Darstellung werden ebenfalls herangezogen. Die städtische Stellungnahme liegt dieser Vorlage als Anlage bei und wird nach entsprechender Beschlussfassung fristgerecht bei der Bezirksregierung Arnsberg eingereicht.

Gemäß § 19 Landesplanungsgesetz NRW sind die Stellungnahmen zu erörtern. Von der Erörterung kann abgesehen werden, wenn den Stellungnahmen in vollem Umfang entsprochen wird oder die Beteiligten auf eine Erörterung verzichtet. Ein „Ausgleich der Meinungen“ ist demnach anzustreben. Bei wesentlichen Änderungen des Planentwurfs wird der Regionalrat beschließen, dass eine erneute Beteiligung zum Planentwurf durchgeführt wird. Der Regionalrat entscheidet über die Stellungnahmen und damit auch, ob der Aufstellungsbeschluss gefasst wird. Der Aufstellungsbeschluss im Regionalplanaufstellungsverfahren entspricht dem Satzungsbeschluss, somit dem abschließenden Beschluss für Bebauungspläne auf kommunaler Ebene. Ist der Aufstellungsbeschluss gefasst, wird der Regionalplan bei der Landesplanungsbehörde (Wirtschaftsministerium NRW) angezeigt. Nach der Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW erlangt der Regionalplan Rechtskraft.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Zwar stellt der Regionalplan eine Grundlage für eine nachhaltige und damit klimaschützende bzw. klimaangepasste Stadtentwicklung dar, konkrete Auswirkungen für das Klima gehen von der Planaufstellung jedoch nicht aus, da die Festlegungen nachfolgend in den konkretisierenden Bauleitplanungen berücksichtigt und umgesetzt werden.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

gez.

Steffen Mues
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Stellungnahme der Universitätsstadt Siegen zur Neuaufstellung des Regionalplans Arnsberg, Teilplan Märkischer Kreis, Kreis Olpe, Kreis Siegen-Wittgenstein im Rahmen der Behördenbeteiligung

Inhaltsverzeichnis

Zu 1: Einleitung.....	6
Zu den Ausführungen in den Textlichen Festlegungen S. 12 und 26	6
Zu den Ausführungen in den Textlichen Festlegungen S. 14 und 24	6
Zu 2.1: Klimaschutz.....	7
2.1-1 Grundsatz – Klimaschutzrelevante Böden	7
Zu 2.2: Klimafolgenanpassung.....	7
2.2-1 Ziel – Kernbereiche von Kaltluft-Leitbahnen mit sehr hoher und hoher Priorität.....	7
2.2-3 Grundsatz – Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion.....	8
2.2-4 Grundsatz – Böden mit besonderer Kühlungsfunktion.....	10
2.2-5 Grundsatz – Bodenschutz zum Vorbeugen von Schäden durch Starkregen.....	10
Zu 2.3: Regionale Grünzüge.....	10
2.3-1 Ziel – Regionale Grünzüge.....	10
Zu 3.1: Kulturlandschaftsentwicklung	19
3.1-2 Grundsatz – Bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche	19
3.1-3 Grundsatz – Kulturhistorische Kleinstrukturen	19
Zu 3.2: Freizeit, Erholung, Tourismus	19
3.2-2 Grundsatz – Sicherung und Schutz des Orts- und Landschaftsbildes	19
Zu 4.1: Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum	21
4.1-1 Grundsatz – Dezentrale Entwicklung	21
4.1-2 Grundsatz – Daseinsvorsorge sichern	21
4.1-5 Ziel – Bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung.....	22
4.1-6 Grundsatz – Siedlungsräumliche Gliederung durch Grünflächen	24
Zu 4.2 Allgemeine Siedlungsbereiche.....	25
4.2-1 Ziel – Nutzung der Allgemeinen Siedlungsbereiche.....	25
4.2-2 Grundsatz – zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche	26
4.2-3 Ziel – Allgemeine Siedlungsbereiche mit Zweckbindung	27
Zu 4.3: Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB).....	27
4.3-1 Ziel – Nutzung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen	27
4.3-2 Ziel – Nutzungskonforme Entwicklung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen	27
4.3-3 Grundsatz – Zukunftsweisende Entwicklung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen	29

Zu den Zeichnerische Darstellung – Abgrenzung von ASB und GIB	30
4.4-2 Grundsatz – Standorte von Einkaufszentren.....	39
Zu 5.1: Festlegungen für den gesamten Freiraum	39
5.1-3 Grundsatz – Leitbilder der Landschaftsentwicklung	39
5.1-4 Grundsatz – Orts- und Landschaftsbild bestimmende Strukturen	40
5.1-5 Grundsatz – Siedlungs- und freiraumübergreifende Biotopvernetzung.....	40
Zu 5.2: Wald und Forstwirtschaft	41
5.2-1 Grundsatz – Erhalt großflächiger, unzerschnittener Waldbereiche und überregionaler Wildtierkorridore.....	41
5.2-6 Ziel – Naturwaldzellen, Wildnisentwicklungsgebiete, Saatgutbestände, forstliche Versuchsflächen	42
5.2-7 Grundsatz – Erhalt und Pflege kulturhistorischer Waldnutzungsformen und Objekte	43
Zu 5.3: Offenland und Landwirtschaft.....	43
5.3-1 Grundsatz – Sicherung von Offenland	43
Zu 5.4: Natur und Landschaft	44
5.4-1 Ziel – Bereiche für den Schutz der Natur	44
5.4-2 Ziel – Umsetzung der Bereiche für den Schutz der Natur.....	44
5.4-6 Grundsatz – Biotopvernetzung innerhalb der Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung.....	52
Zu 5.5: Wasser und Wasserwirtschaft.....	53
5.5-1 Ziel – Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz.....	53
5.5-3 Ziel – Überschwemmungsbereiche	56
Zu 6.1: Verkehr	60
6.1-1 Grundsatz – Regionales Verkehrssystem	60
Zu 6.2: Straßennetz	60
6.2-2 Ziel – Zukünftige Straßenbaumaßnahmen.....	60
Zu 6.3: Verkehr	61
6.3-1 Grundsatz – Güterverkehr auf den Schienenstrecken	61
Zu 6.4: Schienenpersonennahverkehr und straßengebundener ÖPNV	61
6.4-6 Grundsatz – Alternative Bedienungsformen des ÖPNV.....	61
Zu 6.5: Radverkehr	62
6.5-1 Grundsatz – Regionales Radwegenetz	62
6.5-3 Grundsatz – Straßenbegleitende Radwege.....	63
Zu 6.7: Abwasserentsorgung	64
6.7-1 Ziel – Abwasserbehandlungs- und Abwasserreinigungsanlagen	64
Zu 8.1: Windenergie	64
8.1-1 Ziel – Windenergiebereiche	64
Zusätzliche Anregung: Regiopole Siegen.....	67

A Vorbemerkungen und allgemeine Anregungen und Bedenken

Mit Schreiben vom 27.01.2021 wurde u.a. die Stadt Siegen als Verfahrensbeteiligte über den Sachstand zur Regionalplanaufstellung informiert und zur Abgabe einer Stellungnahme bis zum 30.06.2021 aufgefordert.

In dieses Verfahren zur Neuaufstellung ist die Stadt Siegen bereits seit geraumer Zeit in verschiedenen Formen eingebunden worden: Im Januar 2018 wurden die Kommunen aufgefordert, bis Ende April, also innerhalb von 3 Monaten, umfangreiche Daten zu erfassen, digital verarbeitungsfähig (Shape- und Excel-Dateien) bereitzustellen und Beurteilungen z. B. hinsichtlich der Qualität von gewerblichen Reserveflächen auf Basis von Eigentüternachweisen vorzunehmen. Auf der anderen Seite wurden der Stadt Siegen im laufenden förmlichen Beteiligungsprozess keine GIS-analysefähigen Daten zur Verfügung gestellt. Die Stadt Siegen musste zum Abgleich der zeichnerischen Darstellung des Regionalplanentwurfs mit den kommunalen Entwicklungsvorstellungen die vorgenommenen Abgrenzungen des Regionalplanentwurfs „nachzeichnen“ bzw. Planausschnitte visuell vergleichen, um eine gesicherte Stellungnahme erarbeiten zu können. Dies hat den Arbeitsaufwand zum Verfassen der Stellungnahme bezüglich der zeichnerischen Darstellung unnötigerweise deutlich erhöht.

Hinzu kommen die textlichen Festlegungen: Der Regionalplanentwurf umfasst allein insg. ca. 550 Seiten textliche Festlegungen, Begründung und Erläuterungskartenwerk. Die Lesbarkeit wird beträchtlich dadurch erschwert, dass mehrere Dokumente parallel zu sichten sind und häufig nicht nachvollziehbar ist, warum Textteile den textlichen Erläuterungen bzw. der Begründung, warum den Haupttexten und warum Anhängen zugeordnet sind. Hinzu kommt ein knapp 4.500 Seiten starker Umweltbericht, in dem die betreffenden Textteile zu recherchieren waren, die die Stadt Siegen betreffen. Außerdem wird in den textlichen Festlegungen häufig auf Inhalte von Fachbeiträgen verwiesen, ohne die Inhalte zu zitieren bzw. in den Regionalplanentwurf zu übernehmen, wenn sie für die textlichen Festlegungen maßgeblich sind. Eine mindestens teilweise Lektüre der Fachbeiträge war daher ebenfalls erforderlich, um das gesamte Planwerk zu überblicken.

Der Regionalplanentwurf enthält außerdem an zahlreichen Stellen dynamische Verweisungen. Er verweist beispielsweise auf Webseiten bzw. Online-Fachinformationssysteme bzw. kartographische Inhalte in einem Web-GIS. Solche Informationen können im Gegensatz zum rechtskräftigen Regionalplan beliebig geändert und fortgeschrieben werden. So könnte es beispielsweise dazu kommen, dass eine Flächenkategorie massiv ausgeweitet wird und damit eine textliche Festlegung räumlich eine viel größere Tragweite erhält als bisher. Der Regionalplan ist ein Planwerk, das auf Basis von gesetzlichen Grundlagen in einem demokratischen Prozess aufgestellt wird. Für Änderungen des Regionalplans sind ebenfalls demokratisch legitimierte Verfahren auf Basis der einschlägigen Rechtsgrundlagen erforderlich. Dieses Prinzip wird mit der Möglichkeit unterlaufen, den räumlichen Anwendungsbereich von Festlegungen des Regionalplans durch bloße Änderungen einer WebGIS-Anwendung herbeizuführen. Daher sind dynamische Verweisungen im Regionalplan aus Sicht der Stadt Siegen nicht geeignet, um als Grundlage für eine Festlegung im Regionalplanentwurf zu dienen. Flächenkategorien, auf die in den textlichen Festlegungen Bezug genommen wird, müssen auch innerhalb des Regionalplanentwurfs zeichnerisch dargestellt und erläutert sein. Auch in der kommunalen Bauleitplanung sind dynamische Verweisungen im Übrigen unzulässig.

Der Regionalplanentwurf enthält des Weiteren viele Festlegungen, die nicht seiner Maßstabsebene entsprechen. Es wird Bezug genommen auf kleinteilige Strukturen wie Einzelbäume, historische Ofenreste oder punktuelle öffentliche Trinkwasserentnahmestellen. Auf der Maßstabsebene der zeichnerischen Darstellung (M 1:50.000) werden üblicherweise raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen mit einem Flächenbedarf von mehr als 10 ha dargestellt. Wenn einzelne Planungen dennoch raumbedeutsam bzw. von regionaler Bedeutung sind, beispielsweise Haltepunkte im Schienenpersonennahverkehr, können sie als Symbol-Planzeichen dargestellt werden. Die Darstellung von „Kleinststrukturen“, so bezeich-

net im Grundsatz 3.1-3 im Regionalplan, wird seitens der Stadt Siegen als weder notwendig noch zielführend erachtet. Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung sieht § 1 Abs. 6 BauGB einen umfangreichen Katalog von Belangen vor, die in die bauleitplanerische Abwägung einzustellen sind. „Kleinststrukturen“ sind also im Rahmen der Aufstellung des Flächennutzungsplans sowie der Bebauungspläne stets zu beachten. Die gesetzliche Grundlage dafür besteht bereits mit dem Baugesetzbuch – inhaltsgleiche Regelungen im Regionalplan erhöhen den Begründungsaufwand bei der Aufstellung von Bauleitplänen und bürokratisieren die ohnehin bereits komplexen Verfahren zusätzlich.

Die Stadt Siegen fordert daher allgemein, das Planwerk insgesamt schlanker zu gestalten, auf dynamische Verweisungen zu verzichten und auf die wesentlichen textlichen und zeichnerischen Festlegungen zu reduzieren. Dies gilt insbesondere bezüglich Regelungen zu kleinteiligen oder „Kleinst“-Strukturen sowie im Hinblick auf diverse Eingriffe in die kommunale Planungshoheit durch sehr restriktive, aber aus Sicht der Stadt Siegen nicht notwendige Festlegungen.

Pro Kommune haben zwei Werkstattgespräche stattgefunden. In dem Ersteren hatten die Kommunen die Möglichkeit, ihre Zukunftsvision bis 2040 darzustellen und zu erläutern. Seitens der Stadt Siegen wurde ein erheblicher Aufwand betrieben, die städtische Zielrichtung aufzuzeigen und welche Entwicklungsmöglichkeiten gegeben sein müssen, damit sie ihre Rolle als Oberzentrum im ländlichen Raum wahrnehmen kann. Es konnte auch deutlich gemacht werden, dass die Stadt Siegen im Rahmen ihrer Planungshoheit in den letzten Jahren ausschließlich Baugebiete (Wohnen und Gewerbe) entwickelt hat, die sich an dem entsprechenden Bedarf orientieren. Dies ist dadurch belegbar, dass die Gebiete jeweils nach kürzester Zeit fast komplett bebaut waren. Als Beispiel sind die letzten Baugebiete Am Zäunchen und Ober dem Feldgarten zu nennen. Gleiches gilt für die Neuausweisung von Gewerbegebieten. Erst lange, nachdem alle Grundstücke in den B-Plangebieten Leimbachtal und Martinshardt I vermarktet wurden, wird mit der Erschließung des Erweiterungsbereichs Martinshardt II zu rechnen sein. Hierfür liegen bereits einige konkrete Interessensbekundungen vor und die Stadt Siegen plant derzeit die Umsetzung eines zukunftsfähigen, klimaeffizienten, nachhaltigen, innovativen Gewerbegebietes auf einer als GIB im Regionalplan ausgewiesenen Fläche.

Damit zeigt die Stadt Siegen, wie viele andere Kommunen in Südwestfalen auch, dass sie einen verantwortungsvollen Umgang hinsichtlich der Entwicklung von Siedlungsflächen im Außenbereich bereits seit langer Zeit praktiziert und Eingriffe in die kommunale Planungshoheit, wie sie im vorliegenden Regionalplanentwurf durch die restriktive Siedlungsflächenbedarfsberechnung und -ausweisung getroffen werden, nicht erforderlich sind.

Beispiele für diese gravierenden Eingriffe in die kommunale Planungshoheit sind die geplanten Einschränkungen der Nutzungsmöglichkeiten der GIB sowie das Heranrücken der BSN und Regionalen Grünzüge an die Siedlungsbereiche auf Siegener Stadtgebiet, aber auch die nicht an den tatsächlichen Gegebenheiten der Stadt Siegen orientierte Siedlungsflächenbedarfsprognose sowie die Ausweisung von Vorranggebieten ohne Eignungswirkung für die Windkraft. Nähere Ausführungen hierzu sind dem Teil B der Stellungnahme zu entnehmen. Erschwerend kommt hinzu, dass viele dieser Themen im Zuge der Werkstattgespräche von Seiten der Bezirksregierung der Stadt Siegen nicht oder nur unzureichend kommuniziert wurden und somit eine Auseinandersetzung im Sinne des Gegenstromprinzips mit den Themen erst jetzt erfolgen kann, nachdem sie Eingang in das umfassende Planwerk gefunden haben.

Flächen, die im Regionalplanentwurf als Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) oder Bereiche für Gewerbliche und Industrielle Nutzung (GIB) oder als andere Siedlungsflächenkategorie ausgewiesen werden, sind mit Restriktionen behaftet, die durch weitere Ziele oder Grundsätze offenbar weiter eingeschränkt werden. Beispielsweise durch Pufferflächen, die beim Angrenzen an BSN innerhalb und damit zu Lasten der ASB und GIB freizuhalten sind, durch überlagernde Festlegung von Überschwemmungsgebieten auf Basis veralteter Daten (preußische Überschwemmungslinien) oder durch die Festlegung, dass Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion nicht beeinträchtigt werden sollen. Im Ergebnis sollen

als Siedlungsflächen ausgewiesene Flächen offenbar nicht in dem Umfang nutzbar sein wie zeichnerisch dargestellt – die Flächenausweisungen sind somit als nicht endabgewogen zu bewerten.

Die Stadt Siegen fordert, insbesondere im Hinblick auf die zeichnerisch dargestellten ASB und GIB sowie weitere Siedlungsflächenkategorien, nur solche Flächen auszuweisen, die endabgewogen sind. Flächen, die auf Grund anderer Ziele und Grundsätze als Siedlungsfläche nicht oder nur sehr eingeschränkt nutzbar sind, dürfen nicht zeichnerisch dargestellt werden. Durch das Nebeneinanderstellen widersprüchlicher textlicher und zeichnerischer Festlegungen ist der Regionalplan nicht endabgewogen. Der „Flächenetikettenschwindel“ geht zu Lasten der Stadt Siegen, da der berechnete und zeichnerisch dargestellte Siedlungsflächenbedarf nicht der tatsächlich nutzbaren Potenzialfläche für die Bauleitplanung entspricht.

Es stellt sich zudem die Frage, warum das in dem durch die Bezirksregierung Arnsberg selbst koordinierte Gespräch am 19.09.2019 durch Rechtsanwalt Tyczewski vorgestellte Instrument des Raumordnungsvertrags gem. § 14 ROG keine Anwendung gefunden hat, um den Zielen der Regionalplanung und kommunalen Planung konsensual zur Umsetzung zu verhelfen.

Herrn Tyczewskis Ausführungen¹ zufolge bietet der Raumordnungsvertrag „die Möglichkeiten der Vorbereitung sowie Verwirklichung der Regionalplanung und kann insofern ergänzend zum Regionalplan die Raumentwicklung steuern. Zugleich kann er eine raumordnerische Zusammenarbeit von Regionalplanung und Kommunen auf Augenhöhe bewirken, da sich die Akteure auf bestimmte raumordnungsrechtliche Aspekte einigen und so jeweils eigene Vorstellungen einbringen können.“

Das hier vorliegende Planwerk wurde in wichtigen Punkten nicht annähernd konsensual mit der Stadt Siegen erarbeitet, sondern trotz der vorgenannten Beteiligungsrunden bis zum Erarbeitungsbeschluss unter Verschluss gehalten. Aus Sicht der Stadt Siegen ist das Gegenstromprinzip verletzt: die Rückkopplung des Planentwurfs mit der Bezirksregierung Arnsberg im Zuge der Entwurfserarbeitung hat nicht stattgefunden. Die Stadt Siegen ist erst mit dem fertiggestellten Planwerk im Sinne einer Top-Down-Planung konfrontiert worden. Die Zusammenarbeit der Bezirksplanungsbehörde und der Stadt Siegen auf Augenhöhe wurde nicht gesucht, das Instrument der Raumordnungsverträge wurde ungenutzt gelassen bzw. es wurde seitens des Plangebers in einer digitalen Informationsveranstaltung für den Kreis Siegen-Wittgenstein am 12.04.2021 lediglich darauf verwiesen, dass raumordnerische Verträge im Nachgang zur Regionalplanaufstellung zu schließen seien. Die Stadt Siegen vertritt hier in Übereinstimmung mit den Ausführungen von Rechtsanwalt Tyczewski eine andere Auffassung – raumordnerische Verträge als ein kooperatives Instrument der Regionalplanung sollten Teil des Regionalplanaufstellungsverfahrens sein (vergl. Städtebaulicher Vertrag auf Bebauungsplanebene) .

Die gesamte Vorgehensweise zur Planaufstellung entspricht aus Sicht der Stadt Siegen nicht dem Gegenstromprinzip und führt nicht zu einer konstruktiven Zusammenarbeit im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung – die Stadt Siegen fordert daher, zumindest die weitere Aufstellung des Regionalplans transparent und in Kooperation und enger Abstimmung zwischen Kommune und Bezirksplanungsbehörde vorzunehmen.

¹ Tyczewski, BauR 2021, 152 - Einleitung

B Anregungen und Bedenken zu den Zeichnerischen und Textlichen Festlegungen sowie zu den weiteren Bestandteilen des Regionalplanentwurfs

Der Aufbau dieses Teils der Stellungnahme orientiert sich am Aufbau der textlichen Festlegungen des Regionalplanentwurfs. Wo notwendig, wird im Zuge der einzelnen Anregungen und Bedenken auf die übrigen Unterlagen des Regionalplanentwurfs (Zeichnerische Darstellung, Erläuterungskarten als Teil der textlichen Festlegungen, Umweltbericht und Fachbeiträge) Bezug genommen.

Zu 1: Einleitung**Zu den Ausführungen in den Textlichen Festlegungen S. 12 und 26**

[...] Die im rechtswirksamen Regionalplan und den Flächennutzungsplänen der Kommunen gesicherten Flächen für die Wohnbaulandentwicklung werden vielerorts nicht mehr in diesem Maße benötigt.[...]

Die Entwicklung der ASB ist nachhaltig und der demographischen Entwicklung entsprechend angemessen zu gestalten. Die Bevölkerungszahl wird in weiten Teilen des Planungsraums bis zum Jahr 2040 deutlich abnehmen. Die derzeit im Regionalplan und auch in den Flächennutzungsplänen gesicherten Flächen für die Wohnraumentwicklung werden daher vielerorts nicht mehr in diesem Maße benötigt und sind im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung zurückzuführen und nicht weiter planerisch als ASB bzw. als Wohnbaufläche zu sichern.

Bewertung / Kritik bzw. Anregung / Forderung

Diese Aussage kann so pauschal aus Sicht der Stadt Siegen nicht getroffen werden. Da die Restriktionen bei der Entwicklung von Wohnbauland und gewerblichen bzw. industriellen Bauflächen immer stärker zunehmen, muss den Kommunen eine gewisse Flexibilität, auch in Form einer Auswahl zwischen mehreren Flächen, die für eine Entwicklung geeignet sind, eingeräumt werden. Zu dem Ergebnis kommt auch die Veröffentlichung des difu². Darauf gestützt regt die Stadt Siegen an, dies als Hinweis in der Einleitung an beiden Stellen zu ergänzen. Das Vorhandensein der Entwicklungsmöglichkeiten bedeutet nämlich nicht automatisch, dass diese Flächen einer Nutzung zugeführt werden. Dies wird dadurch deutlich, dass, wie oben schon erläutert, die Stadt Siegen in der Vergangenheit sehr flächensparend und passgenau neue Baugebiete eher unter dem Bedarf entwickelt hat.

Zu den Ausführungen in den Textlichen Festlegungen S. 14 und 24

[...] Der Regionalplan unterstützt die nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft im Planungsraum, indem er neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung festlegt. [...]

[...] Daher ist es von besonderer Bedeutung, dass die festgelegten GIB auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung effizient und nachhaltig umgesetzt werden. Das bedeutet, dass mit Hilfe der Instrumente des Baugesetzbuches zum einen nicht GIB-konforme Nutzungen ausgeschlossen werden [...].

Bewertung / Kritik bzw. Anregung / Forderung

Mit den im Regionalplanentwurf getroffenen Festlegungen wird die kommunale Planungshoheit bezüglich der Entwicklung von Bereichen für Gewerbliche und Industrielle Nutzung (GIB) deutlich eingeschränkt, da in dieser Gebietskategorie künftig nur noch Betriebe zulässig sein sollen, die nicht wohnverträglich sind. In der kommunalen Bauleitplanung wird eine Entwicklung der GIB nach dem Willen der Bezirksplanungsbehörde nur noch hin zur Festsetzung GI (Industriegebiet) gemäß BauNVO möglich sein. Die Stadt Siegen bietet in ihren Gewerbe- und Industriegebieten jedoch auch solchen Betrieben Ansiedlungsmöglichkeiten, die nicht stark emittieren, für die jedoch andernorts im Stadtgebiet, beispielsweise

² Aktive Bodenpolitik | Fundament der Stadtentwicklung | Bodenpolitische Strategien und Instrumente im Lichte der kommunalen Praxis, Januar 2021

auf Grund verkehrlicher Auswirkungen oder benötigter Flächenzuschnitte, keine Flächen verfügbar sind. Für eine zukunftsgerichtete Gewerbe- und Industriegebietsentwicklung der Stadt Siegen ist es daher essentiell, dass die Flexibilität der bauleitplanerischen Ausgestaltung im Hinblick auf die GIB bestehen bleibt und nicht durch den Regionalplan beschnitten wird. Mehr dazu unter dem Ziel 4.3-1.

Zu 2.1: Klimaschutz

2.1-1 Grundsatz – Klimaschutzrelevante Böden

Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sollen Böden mit Funktion als Kohlenstoffsinken oder Kohlenstoffspeicher gesichert werden. Bei Planungen und Maßnahmen der Landschaftsentwicklung sollen klimaschutzrelevante Böden gesichert oder wiederhergestellt werden.

Bewertung / Kritik

Die in diesem Grundsatz angesprochenen schutzwürdigen Böden sind im Regionalplanentwurf nicht dargestellt. Es wird auf den Fachbeitrag des GD NRW bzw. auf dessen Kartenwerk verwiesen und darauf, dass die Bereiche, die gemäß dem Grundsatz zu schützen sind, durch aufstehende Vegetation sowie mittels historischer Datenquellen zu identifizieren seien. Der Fachbeitrag des GD NRW ist auf der Seite der Bezirksregierung im Gegensatz zu anderen Fachbeiträgen nicht herunterzuladen oder einzusehen.

Anregung / Forderung

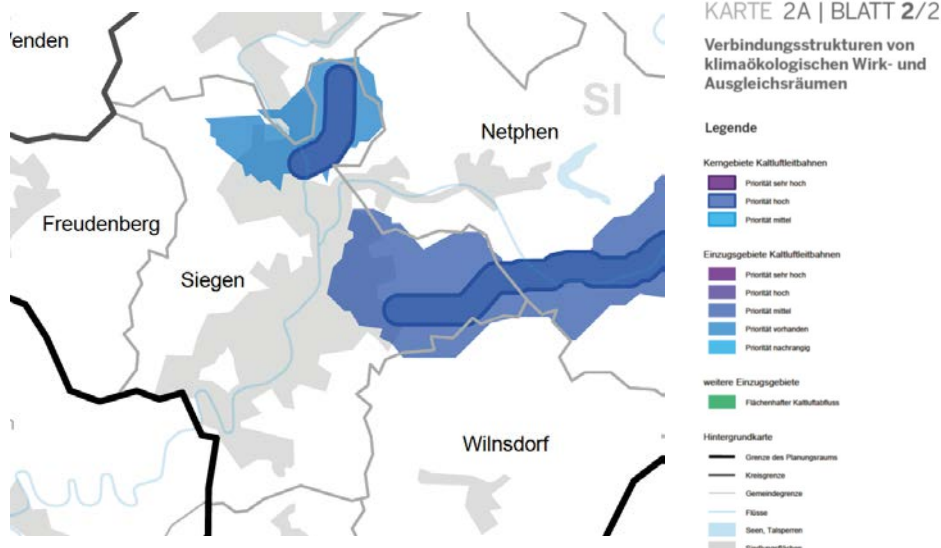
Wenn sich eine Grundsatz- bzw. Zielformulierung des Regionalplans auf eine bestimmte Flächenkategorie bezieht, muss diese im Regionalplan dargestellt werden, vorzugsweise in der zeichnerischen Darstellung, damit der Flächenzuschnitt für die Stadt Siegen klar erkennbar ist. Der Verweis allein auf einen Fachbeitrag, der nicht Teil des förmlichen Planwerks ist, reicht nicht aus. Da der räumliche Bezug dieses Grundsatzes völlig unklar bleibt und somit keine Stellungnahme seitens der Stadt Siegen möglich ist, wird gefordert, diesen Grundsatz zu streichen.

Zu 2.2: Klimafolgenanpassung

2.2-1 Ziel – Kernbereiche von Kaltluft-Leitbahnen mit sehr hoher und hoher Priorität

Die Kernbereiche von Kaltluft-Leitbahnen mit überörtlicher Bedeutung mit sehr hoher und hoher Priorität dürfen bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen nicht in ihren klimaökologischen und lufthygienischen Funktionen beeinträchtigt werden (vgl. Erläuterungskarte 2A).

Dazu: Auszug aus der Erläuterungskarte 2A, Blatt 2

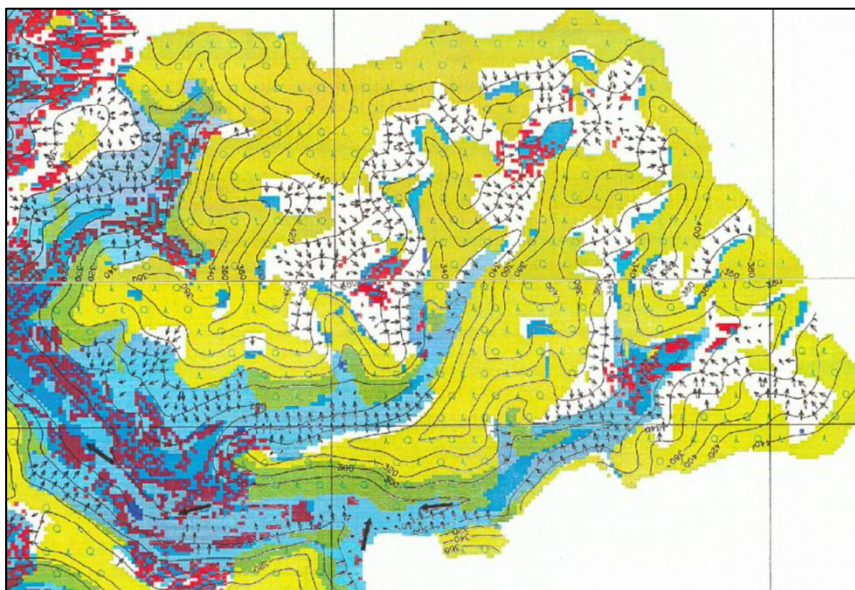


Bewertung / Kritik

Der Regionalplanentwurf beschreibt in der Erläuterungskarte 2A „Verbindungsstrukturen von klimaökologischen Wirk- und Ausgleichsräumen“ eine regional bedeutsame Kaltluftleitbahn, die entlang des Siegtals in Netphen über das Feuersbachtal bis in den städtischen Siedlungsbereich von Kaan-Marienborn verläuft. Diese Ausweisung kann aufgrund der tatsächlichen topografischen Verhältnisse fachlich nicht nachvollzogen werden, da die Kaltluft danach vom Netphener Siegtal kommend ca. 70 Höhenmeter hangaufwärts über einen bewaldeten Höhenrücken (Feuersbacher Furt) fließen müsste, um im Feuersbachtal Richtung Innenstadt abfließen zu können.

Die nachstehende Übersichtskarte (Auszug Klimagutachten Stadt Siegen, 1993) der lokalklimatisch bedeutsamen Flächen Feuersbach- und Breitenbachtal gibt die tatsächlichen Verhältnisse der Kaltluftentstehungsflächen und Kaltluftabflüsse wieder. Ein Zufluss von Kaltluft aus dem Siegtal in Netphen ist hier erwartungsgemäß nicht zu erkennen.

Auszug Klimagutachten Stadt Siegen, 1993



Methodisch ist ergänzend darauf hinzuweisen, dass die angesprochenen Kernbereiche der Kaltluftentstehungsgebiete nur in der Erläuterungskarte 2A und nicht in der zeichnerischen Darstellung verortet sind, jedoch als Ziel zu beachten sind. Auf Grund des groben Maßstabs der Erläuterungskarten können die nicht zu beeinträchtigenden Bereiche aus Sicht der Stadt Siegen nicht verortet werden. Da es sich um ein Ziel der Raumordnung handelt und diese als endabgewogen zu verstehen ist, muss eine genaue Verortung und inhaltlich-fachliche Richtigkeit vorauszusetzen sein.

Anregung / Forderung

Die Abgrenzung der Kaltluftentstehungsgebiete ist auf Basis der örtlichen fachlichen Informationen zu überarbeiten. Die neue Abgrenzung ist in eine detailliertere Erläuterungskarte im Sinne einer guten Verortung oder in die zeichnerische Darstellung des Regionalplans aufzunehmen.

Im Hinblick auf die fragliche Endabgewogenheit im Sinne der Verbindlichkeit, der räumlichen und sachlichen Bestimmtheit der Flächen wird angeregt, das Ziel in einen Grundsatz der Raumordnung umzuwandeln, da Grundsätze in die Planung der entsprechend konkretisierenden Bauleitplanung einzelfallbezogen und spezifisch eingebunden werden müssen.

2.2-3 Grundsatz – Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion

Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion im Übergangsbereich von Siedlungsraum und Freiraum sollen insbesondere im Rahmen der Bauleitplanung gesichert und entwickelt werden. Dabei sol-

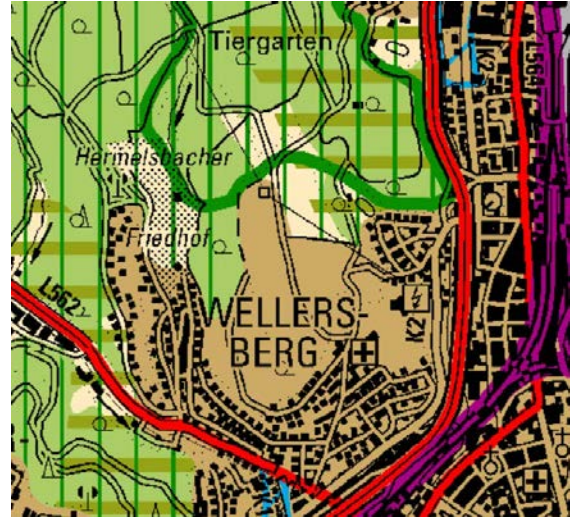
len vor allem die Flächen mit höchster, sehr hoher und hoher Funktionserfüllung nicht beeinträchtigt werden.

Bewertung / Kritik

Auszug aus dem FIS Klimaanpassung:



Auszug aus der zeichnerischen Darstellung des Regionalplanentwurfs:



Die in diesem Grundsatz angesprochenen Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion sind im Regionalplanentwurf ebenfalls nicht dargestellt. Hier wird auf den Fachbeitrag Klima sowie auf das LANUV-Fachinformationssystem Klima verwiesen.

Der Auszug aus dem FIS Klimaanpassung, Layer Klimaaanalyse Gesamtbetrachtung, offenbart, dass lediglich ein Teil der geplanten neuen Wohnbaufläche am Wellersberg als Siedlungsbereich hinterlegt ist. Ein Teil des Bereichs, der seitens der Stadt Siegen zur Entwicklung vorgesehen ist, wird als Grünfläche mit hoher thermischer Ausgleichsfunktion deklariert. Im Umweltbericht hingegen wird die Fläche gemäß dem zugehörigen Steckbrief nur auf sehr hohe bzw. höchste Ausgleichsfunktion untersucht. Die Formulierung des Grundsatzes ist jedoch davon abweichend sehr viel weitreichender und bezieht sich auch auf Flächen mit hoher Ausgleichsfunktion.

Anregung / Forderung

Wenn sich eine Grundsatz- bzw. Zielformulierung des Regionalplans auf eine bestimmte Flächenkategorie bezieht, muss diese im Regionalplan dargestellt werden, vorzugsweise in der zeichnerischen Darstellung, damit der Flächenzuschnitt für die Stadt Siegen klar erkennbar ist. Der Verweis allein auf einen Fachbeitrag, der nicht Teil des förmlichen Planwerks ist, reicht nicht aus. Bezüglich dieses Grundsatzes wird eine dynamische Verweisung auf das LANUV-Fachinformationssystem Klimaanpassung ergänzt, die so aus Sicht der Stadt Siegen rechtlich als nicht zulässig angesehen wird. Der hier formulierte Grundsatz widerspricht beispielsweise der Ausweisung des ASB im Bereich des Wellersbergs auf Siegener Stadtgebiet. Es wird daher gefordert, dass die Bezirksregierung die Belange des Klimaschutzes im Zuge der Ausweisung von Siedlungsflächen (ASB, GIB) weiter untersucht und die Belange der Siedlungsflächenentwicklung und des Natur- und Landschafts- bzw. Klimaschutzes – wie es als Plangeberin ihre Aufgabe ist – gegen- und untereinander (sach)gerecht abwägt. Im Ergebnis müssen im Regionalplan Siedlungsflächen dargestellt werden, die durch die Stadt Siegen vollumfänglich beplant werden können und nicht in ihrer Realisierbarkeit durch Informationen außerhalb des Regionalplanentwurfs und unkonkret formulierte Grundsätze der textlichen Festlegungen eingeschränkt werden.

2.2-4 Grundsatz – Böden mit besonderer Kühlungsfunktion

Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sollen Böden mit besonderer Kühlungsfunktion vor Inanspruchnahme geschützt werden.

Bewertung / Kritik und Anregung / Forderung

Siehe dazu auch Textliche Festlegungen S. 33 – klimaschutzrelevante Böden.

2.2-5 Grundsatz – Bodenschutz zum Vorbeugen von Schäden durch Starkregen

Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen soll Schäden in Folge von Starkregenereignissen vorgebeugt werden. Wälder mit besonderer Bedeutung für den Schutz vor Wassererosion sowie Böden mit besonderer Wasseraufnahmekapazität im 2 m-Raum sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen und in ihrer Funktion zu sichern.

Bewertung / Kritik und Anregung / Forderung

Siehe dazu auch Textliche Festlegungen S. 33 – klimaschutzrelevante Böden.

Zudem wird hier offensichtlich von der Stadt Siegen wie von allen anderen Kommunen erwartet, dass Kartenwerke des Landesbetriebs Wald und Holz sowie des Geologischen Dienstes NRW analysiert und somit Waldbestände mit der im Grundsatz angesprochenen besonderen Wasseraufnahmekapazität des Bodens eigenständig identifiziert werden. Ob nun die im Grundsatz angesprochenen Wälder oder die dort erwähnten Böden oder nur die sich gegenseitig überlagernden Wälder und Böden zu schützen sind, bleibt in der Formulierung offen. Auch in den Flächensteckbriefen des Umweltberichtes ist nur vermerkt, ob Böden mit hoher Wasseraufnahmekapazität in der jeweils ausgewiesenen Fläche vorkommen oder nicht. Eine Verortung wurde auch dort nicht vorgenommen. Die Stadt Siegen sieht die entsprechende Auswertungsarbeit sowie die Abwägung der Belange der Schutzgüter auf Ebene des Regionalplans jedoch klar als Aufgabe der Bezirksregierung Arnsberg als Trägerin der Regionalplanung an. Diese Aufgabe wurde hier nur unzureichend erfüllt und mündet in einer unklaren Grundsatz-Formulierung. Zu diesem Grundsatz sei weiterhin angemerkt, dass sich die Bewertungsgrundlage durch die massiven Borkenkäferkalamitäten auch auf Siegener Stadtgebiet deutlich verändert hat und daher diesbezüglich eine Neubewertung und Neuformulierung des Regionalplanentwurfs als notwendig erachtet wird.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert analog zum Grundsatz 2.1-1, auch den Grundsatz 2.2-5 zu streichen.

Zu 2.3: Regionale Grünzüge**2.3-1 Ziel – Regionale Grünzüge**

Die regionalen Grünzüge sind insbesondere aufgrund ihrer klimaökologischen und lufthygienischen Funktion sowie zur siedlungsräumlichen Gliederung zu sichern und zu entwickeln. Sie sind vor siedlungsräumlicher Inanspruchnahme zu schützen. Sie dürfen für siedlungsräumliche Entwicklungen ausnahmsweise in Anspruch genommen werden, wenn für siedlungsräumliche Entwicklungen keine Alternativen außerhalb des betroffenen Grünzuges bestehen und insbesondere ihre klimaökologische und lufthygienische Funktionsfähigkeit und ihre Funktion zur siedlungsräumlichen Gliederung erhalten bleiben. Die Entwicklung der im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteile ist im Rahmen der raumordnerischen Voraussetzungen und unter Beachtung von Satz 3 möglich.

Allgemeine Bewertung / Kritik

Grundsätzlich ist der fachliche Hintergrund zur geplanten Ausweisung Regionaler Grünzüge als Maßnahme zum Erhalt klimaökologischer Ausgleichsflächen zu begrüßen, jedoch nur dann, wenn die Ausweisung solcher Regionalen Grünzüge sachgerecht erfolgt. Die Ausweisung muss sich also klar aus den örtlichen Gegebenheiten und der Lokalklimatischen Bedeutung der Flächen ableiten lassen. Im Ruhrge-

biet, wo die Ausweisung Regionaler Grünzüge seit den 1920er Jahren im Siedlungsflächenverband Ruhr (SVR) Tradition hat, dient die Ausweisung der Regionalen Grünzüge vorrangig der Vernetzung von Grün- und Freiräumen innerhalb der dicht besiedelten Metropolregion Ruhr sowie der siedlungsstrukturellen Gliederung. Einerseits bieten die Regionalen Grünzüge geschützte Bereiche für Flora und Fauna und zur Entwicklung von Trittsteinbiotopen sowie zur Verknüpfung der Natur- bzw. Flussräume von Ruhr, Em-scher und Lippe. Andererseits dienen diese Bereiche den Menschen der Region zur Erholung und als Aufenthaltsflächen.

Die Flächen, die die Bezirksregierung Arnsberg im hier vorliegenden Regionalplanentwurf als Regionale Grünzüge deklariert, bilden kein solches zusammenhängendes Freiraumsystem. Vielmehr handelt es sich um vorrangig punktuelle Flächenfestlegungen, die sich korsettartig um ausgewählte Siedlungsbereiche sowie über Siedlungsbereiche im AFAB (Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche) legen. Die Intention, Freiräume für die Erholung an Siedlungsräume anzubinden, einen Biotopverbund zu schaffen oder den Siedlungsraum zu gliedern, sind mit diesen Flächenausweisungen nicht erkennbar.

Die Methodik zur Ermittlung der Regionalen Grünzüge lässt sich nicht aus deren ursprünglicher Intention bzw. aus der Intention der Grünzugausweisungen des LEP NRW herleiten und erscheint äußerst frag-würdig. In einem ersten Schritt wurden Räume mit einem erhöhten Verdichtungsgrad identifiziert. Wie sich dieser „erhöhte Verdichtungsgrad“ quantitativ bemisst, ist nicht ausgeführt. Hinzugenommen wur-den Bereiche mit ungünstiger thermischer Situation heute sowie in 50 Jahren, basierend auf einer Karte aus dem Fachbeitrag Klima. Weiterhin bilden Siedlungsbereiche einen Suchraum, „bei denen von einer weiteren Verdichtung des Siedlungskörpers bzw. einem Zusammenwachsens von Siedlungskörpern aus-zugehen ist.“ (Begründung: S. 16). Nähere Angaben dazu, worauf diese Prognose der Bezirksregierung Arnsberg fußt, bleiben aus. Für die eigentliche Flächenausweisung wird dann unter anderem auf die nicht korrekt ermittelten Kaltluft-Leitbahnen verwiesen (s. unter „Zu 2.2: Klimaanpassung“ dieser Stel-lungnahme) sowie auf die Räume mit thermischen Ausgleichsfunktionen. Die weiteren Abgrenzungskri-terien für die Flächen werden nur genannt, unter Verweis auf die Funktionen Erholung und Biotopver-netzung:

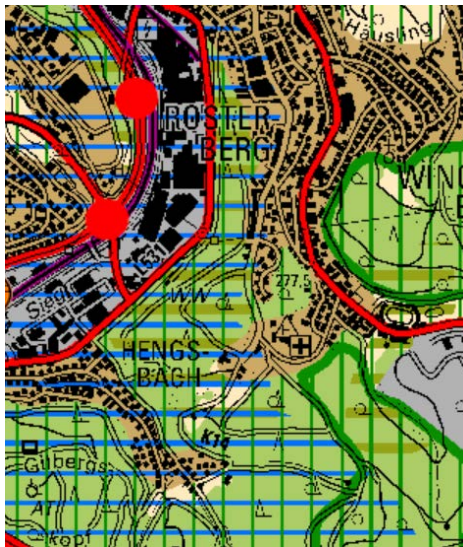
- | Erholungswald nach Waldfunktionenkarte
- | Klimaschutzwald nach Waldfunktionenkarte
- | Flächen des Biotopverbundes gem. Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege
- | Räumlicher Bezug zu Verdichtungsgebiet
- | Lage von Hitzeinseln im Siedlungsraum
- | Kommunale Planungsabsichten

Wie die genaue Abgrenzung vonstattengeht, ist nicht nachzuvollziehen, ebenso nicht, welche Abgren-zungsmethodik sich hinter dem Kriterium „kommunale Planungsabsichten“ verbirgt oder wie sich der „räumliche Bezug“ zu einem Verdichtungsgebiet genau gestaltet. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass das planerische Ergebnis der Abgrenzung nach Abarbeiten der gewählten Methodik nicht der Intention der Ausweisung von Regionalen Grünzügen nach fachlicher, eingangs erläuteter Definition entspricht.

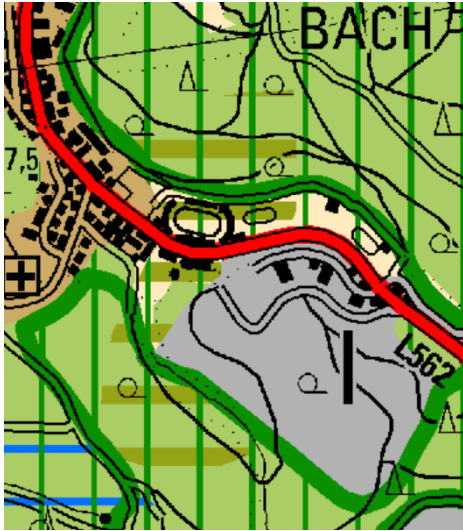
Auch bei detaillierter Betrachtung ist nicht ersichtlich, auf welcher fachlichen Grundlage die Festlegun-gen der Regionalen Grünzüge im Siegener Stadtgebiet basieren. Sie korrespondieren in weiten Teilen nicht mit den örtlichen Erkenntnissen und Untersuchungen:

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Fischbacherberg / Hermelsbach“**Detailbetrachtung:**

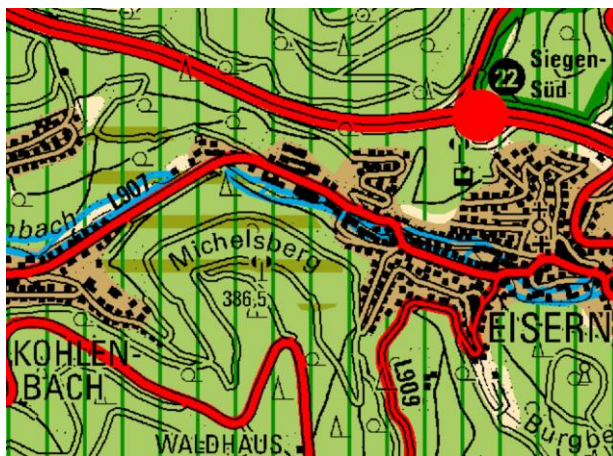
Den mit Wald bestandenen Hängen am Fischbacherberg und entlang der Straße an den drei Pfosten kommt nach dem Klimagutachten Siegen keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Sieghänge am Rosterberg / Hengsberg“**Detailbetrachtung:**

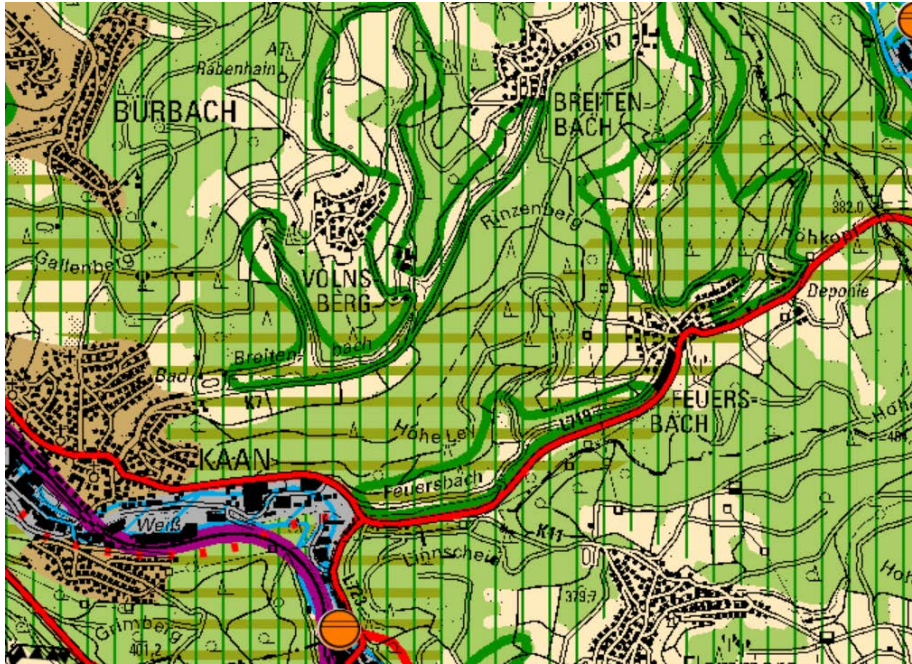
Relevante Kaltluftabflüsse sind von den waldbestandenen Hängen nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist der Fläche keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden. Gleichwohl sind und bleiben die Hänge bewaldet, bzw. werden sich nach der Abholzung (Borkenkäferkalamität) wieder als Wald entwickeln. Aufgrund des steilen Geländes sind alternative Nutzungen nicht möglich.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Leimbachtal / Minnerbachtal“**Detailbetrachtung:**

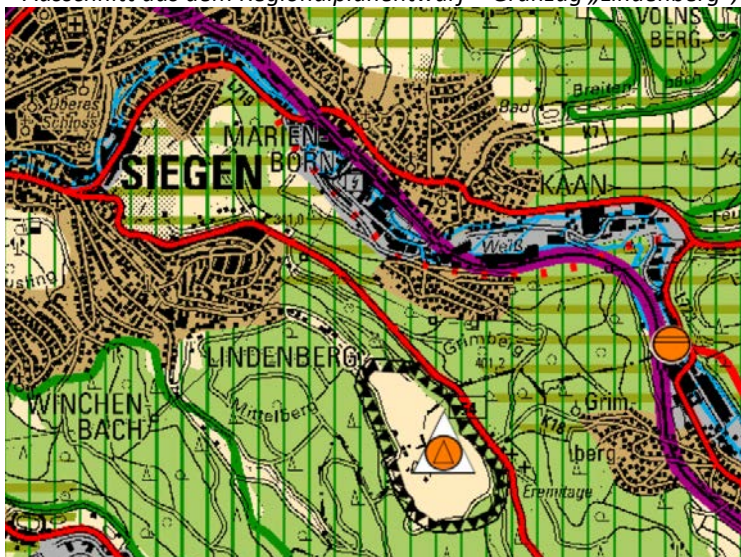
Relevante Kaltluftabflüsse sind von den waldbestandenen Hängen und aus dem Minnerbachtal nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist der Fläche keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden, zumal große Teile der Flächen bereits bebaut sind (Leimbachstadion, Reitzentrum, Gewerbe). Die zum Teil entwaldeten Hänge werden sich (Borkenkäferkalamität) wieder als Wald entwickeln.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Michelsberg“, Eisern**Detailbetrachtung:**

Relevante Kaltluftabflüsse sind von den waldbestandenen Hängen beidseits des Eisernbachtals nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist der Fläche keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Feuersbachtal / Breitenbachtal“**Detailbetrachtung:**

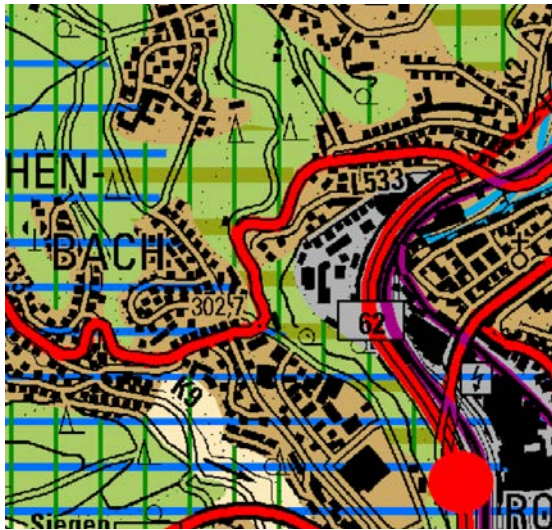
Das Klimagutachten Siegen weist im Breitenbachtal und Feuersbachtal großflächig lokalklimatisch bedeutsame Freiflächen aus. Die von den Hängen abfließende Kaltluft kann zur Frischluftversorgung des Siedlungsraum Kaan-Marienborn beitragen. Die Ausweisung eines Regionalen Grünzuges ist aus klimatischer Sicht nachvollziehbar – die allgemeinen Bedenken gelten jedoch auch hier.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Lindenberg“, Siegen**Detailbetrachtung:**

Das Klimagutachten Siegen weist im Bereich des Lindenbergs in Siegen lokalklimatisch bedeutsame Freiflächen aus. Die von den Hängen abfließende Kaltluft kann zur Frischluftversorgung der Siegener Innenstadt bzw. der Ortslage Kaan-Marienborn beitragen.

Die Ausweisung eines regionalen Grünzuges ist aus klimatischer Sicht nachvollziehbar – die allgemeinen Bedenken gelten jedoch auch hier.

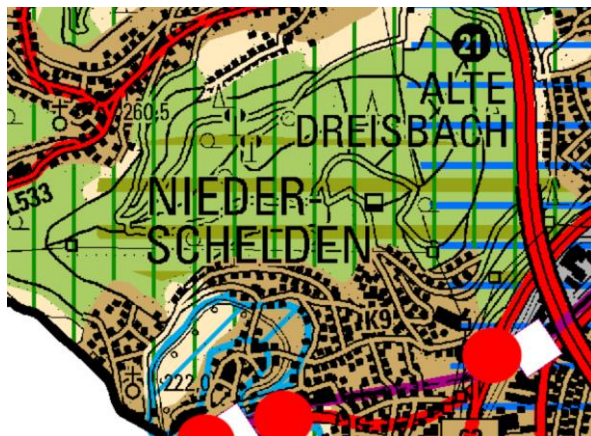
Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Sieghänge am Heidenberg“



Detailbetrachtung:

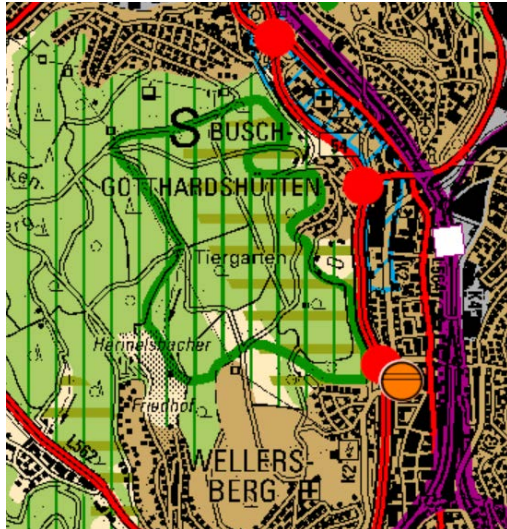
Relevante Kaltluftabflüsse sind von den Waldflächen nördlich Niederschelden nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist demzufolge diesem Bereich keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Waldflächen nördlich Niederschelden“

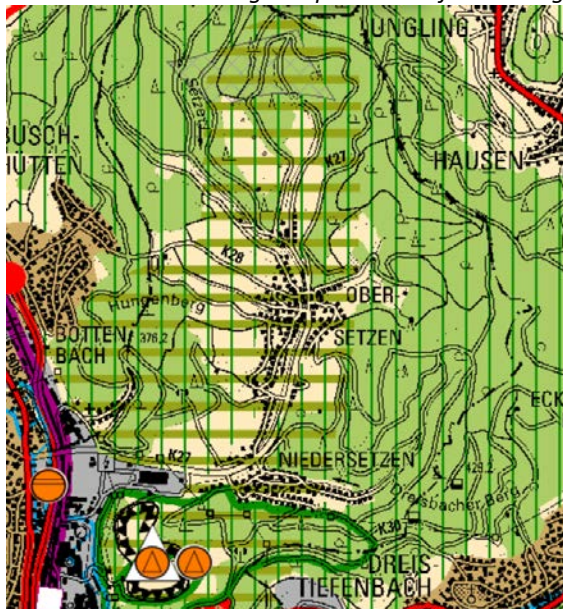


Detailbetrachtung:

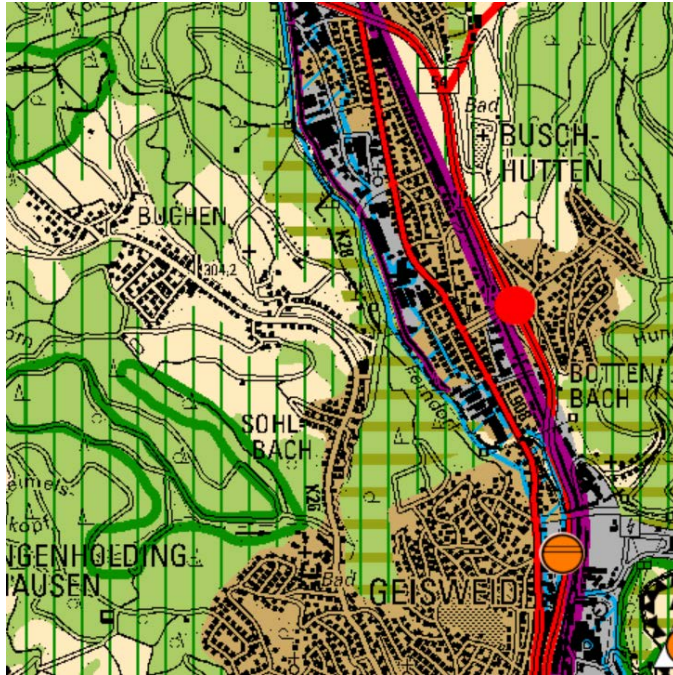
Relevante Kaltluftabflüsse sind von den waldbestandenen Hängen nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist der Fläche keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden. Die bewaldeten Hänge bleiben erhalten bzw. werden sich nach der Abholzung (Borkenkäferkalamität) wieder als Wald entwickeln. Aufgrund des steilen Geländes sind alternative Nutzungen nicht möglich.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Tiergarten Weidenau“**Detailbetrachtung:**

Relevante Kaltluftabflüsse sind aus den Waldflächen des Tiergartens nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist der Fläche keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Gleichwohl besitzt das Waldgebiet eine große Bedeutung als ortsnahe Erholungsfläche und als struktureicher Wald mit einem bedeutenden Arteninventar. Diesbezüglich bestehen keine Bedenken gegen die Ausweisung als Regionaler Grünzug – allerdings fehlt auch diesem Grünzug wie allen anderen die eigentliche Vernetzungsfunktion.

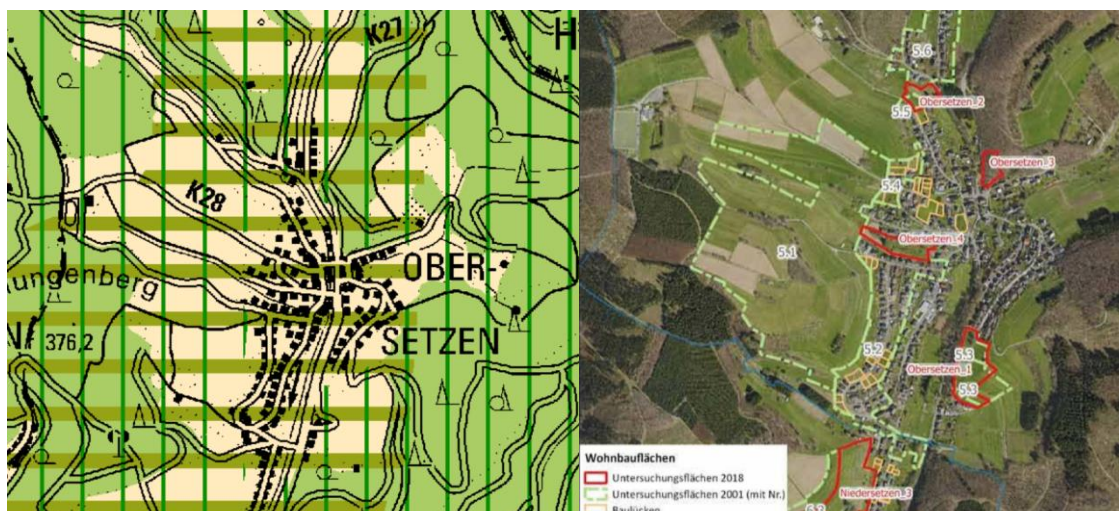
Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Setzebachtal“**Detailbetrachtung:**

Das Klimagutachten Siegen weist im Setzebachtal großflächig lokalklimatisch bedeutsame Freiflächen aus. Die von den Hängen abfließende Kaltluft kann zur Frischluftversorgung des Ferndorftales mit der Ortslage Geisweid und dem Industriegebiet beitragen. Die Ausweisung eines Regionalen Grünzuges ist aus klimatischer Sicht nachvollziehbar – die allgemeinen Bedenken gelten jedoch auch hier.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – Grünzug „Waldflächen entlang des Ferndorftales“**Detailbetrachtung:**

Relevante Kaltluftabflüsse sind von den waldbestandenen Hängen nicht zu erwarten. Das Klimagutachten Siegen weist der Fläche keine hervorgehobene lokalklimatische Bedeutung zu. Die Ausweisung als Regionaler Grünzug kann nicht nachvollzogen werden. Die bewaldeten Hänge bleiben erhalten bzw. werden sich nach der Abholzung (Borkenkäferkalamität) wieder als Wald entwickeln. Aufgrund des zum Teil steilen Geländes sind alternative Nutzungen nicht zu erwarten. Eine relevante klimaökologische Bedeutung kommt dagegen dem westlich angrenzenden Sohlbachtal mit seinen großflächigen Freiflächen zu.

Auch die Überplanung der Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche bzw. kleinerer Ortsteile mit Regionalen Grünzügen bereitet Probleme:

Auszug aus dem Regionalplanentwurf / Auszug aus dem Wohnbau- und Agrarlandkonzept

In den als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) deklarierten Stadtteilen lässt der Landesentwicklungsplan (LEP) eine moderate Siedlungsentwicklung zu, von der die Stadt Siegen in den nächsten Jahren zum Erhalt der Trag- und Zukunftsfähigkeit der Stadtteile Gebrauch machen wird. Die Ausnahmeregelung der Zielformulierung, gemäß der keine Alternativen außerhalb des betroffenen Grünzugs bestehen dürfen, führt allerdings zu einer abwegigen Gesamtschau:

So könnten im Bereich Obersetzen Flächen an den Siedlungsändern zu Wohnbauland entwickelt werden, weil diese nicht vom Regionalen Grünzug erfasst werden. Flächen im Innenbereich des Ortsteils, die im Zuge des Wohnbaulandkonzeptes untersucht und von denen einige als geeignet für eine Entwicklung angesehen wurden, dürfen gemäß dieser Regelung jedoch gerade nicht entwickelt werden, weil sie sich innerhalb des Regionalen Grünzugs befinden.

Weiterhin enthält die Begründung den Hinweis darauf, dass bei einer generellen Entwicklung von Flächen in Stadtteilen im AFAB, die von Regionalen Grünzügen überlagert werden, künftig nur im Einzelfall entschieden werden kann, ob eine Beeinträchtigung durch die angestrebte Planung vorliegt (vgl. Begründung: S. 17). Einige der ländlichen Stadtteile Siegens wie Feuersbach und Obersetzen/Niedersetzen, werden dadurch in ihrer Entwicklung gehemmt und Bauleitplanverfahren, die die Stadt Siegen in diesen Stadtteilen anstößt, werden mit zusätzlichen, nicht abschätzbaren Restriktionen („Einzelfallentscheidungen“) belegt. Diese Regelung stellt somit einen deutlichen, nicht begründeten Eingriff in die kommunale Planungshoheit dar.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, die Methodik der Ausweisung von Regionalen Grünzügen sowie deren zeichnerische Darstellung von Grund auf zu überarbeiten. Viele der Flächenfestlegungen auf Siegener Stadtgebiet sind aus fachlicher Sicht nicht nachvollziehbar. Die getroffenen Festlegungen sind daher zurückzunehmen. Aktuell scheint die Flächenkategorie der Regionalen Grünzüge der Plangeberin nur dazu zu dienen, der Stadt Siegen und anderen Kommunen im Planungsraum Südwestfalen Flexibilität bezüglich der Ausweisung von Siedlungsflächen zu nehmen, insbesondere in den Ortsrandbereichen. Auf Grund zahlreicher Restriktionen, mit denen die Baulandentwicklung in den Stadtteilen oder Ortsrandbereichen ohnehin schon behaftet ist, wird daher neben einer grundsätzlichen Überarbeitung dieser Flächenkategorie gefordert, dass die Regionalen Grünzüge nicht bis unmittelbar an die ASB/GIB heranreichen, sondern dass ein Übergang eingeräumt wird, innerhalb dessen der Stadt Siegen ein gewisser Spielraum zur Ausübung ihrer kommunalen Planungshoheit gewährt wird. Dies ist dann gegeben, wenn die Flächen in den Übergangsbereichen beispielsweise als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB) oder als Fläche für Wald ausgewiesen werden. Zudem fordert die Stadt Siegen, die Flächenkategorie der Regionalen Grünzüge nicht mit Stadtteilen im AFAB zu überlagern, sondern endabgewogene Festlegungen zu treffen: Die Festlegung als Regionaler Grünzug ist zurückzunehmen, da die Siedlungsbereiche der Bestandssituation entsprechen.

Generell stellt sich die Frage, ob die Flächenkategorie der Regionalen Grünzüge für den hier vorliegenden deutlich weniger dicht besiedelten Planungsraum das richtige Instrument ist. Gemäß Raumordnungsgesetz (ROG) ist die Leitvorstellung für die Raumordnung die, dass eine großräumig ausgewogene Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen herbeigeführt werden soll. Diese hier vorgesehene Festlegung führt jedoch eher dazu, dass sich die ohnehin schon aufgrund ihrer spezifischen Voraussetzungen sehr unterschiedlichen Teilräume perspektivisch noch weiter auseinander entwickeln werden. Auch die Festlegungen des Landesentwicklungsplans deuten darauf hin, dass diese Flächenkategorie eher in Ballungsräumen zum Einsatz kommen sollte und dort auch einen sinnvollen Zweck erfüllt. Dem entsprechend sind im LEP in der zeichnerischen Darstellung im Ruhrgebiet und längs der Rheinschiene auch Regionale Grünzüge festgelegt. In Südwestfalen hat die Landesregierung im LEP – sicherlich aus gutem Grunde – auf eine Ausweisung verzichtet.

Zu 3.1: Kulturlandschaftsentwicklung

3.1-2 Grundsatz – Bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche

Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen soll der Charakter der bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche mit ihren wertgebenden Elementen und Strukturen unter Berücksichtigung der Leitbilder sowie der fachlichen Grundsätze bewahrt und entwickelt werden (vgl. Fachbeitrag Kulturlandschaft). Die bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche sind in der Erläuterungskarte 3A abgebildet.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen regt an, die Kulturgüter mit Raumwirkung sowie die bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche aus der Erläuterungskarte 3A im Regionalplanentwurf in der Legende zur Verortung zu benennen und dahingehend nicht alleine auf den Fachbeitrag zu verweisen. Die Stadt Siegen regt außerdem an, die alte Siegtalbrücke, die im kulturlandschaftlichen Fachbeitrag des LWL beschrieben wird, als kulturlandschaftsprägendes Bauwerk zu streichen bzw. aus der Erläuterungskarte herauszunehmen, weil im Zuge der Ausbaumaßnahme A 45 der Umgang mit dem technischen Bauwerk in Verantwortung des Landesbetriebes NRW liegt und weil aus Sicht der Stadt Siegen nicht geboten ist, beispielsweise Sichtachsen zu diesem technischen Bauwerk in Bezug auf Planungen und Maßnahmen zu schützen.

3.1-3 Grundsatz – Kulturhistorische Kleinstrukturen

Im Rahmen der Landschaftsplanung sollen bei der Darstellung der Entwicklungsziele für die Landschaft morphologische und sonstige kulturhistorisch bedeutsame Kleinstrukturen in ihrem räumlichen Zusammenhang berücksichtigt werden.

Bewertung / Kritik

Bereits die Verwendung der Begrifflichkeit „Kleinststrukturen“ weist darauf hin, dass der Regionalplanentwurf an dieser Stelle Regelungen enthält, die seiner Maßstabebene nicht gerecht werden. Die angesprochenen „Kleinststrukturen“ wie beispielsweise die in den Erläuterungen angesprochenen paläontologischen Relikte oder Ofenreste als Zeugnisse des historischen Bergbaus werden – soweit sie durch Planungen betroffen sind – im Zuge der kommunalen Bauleitplanung gemäß § 1 Abs. 6 BauGB berücksichtigt und die entsprechenden Belange werden in die Abwägung eingestellt.

Anregung / Forderung

Aus Sicht der Stadt Siegen ist der Grundsatz zu streichen – der Umgang mit den genannten Schutzgütern kann der kommunalen Planungshoheit überlassen werden.

Zu 3.2: Freizeit, Erholung, Tourismus

3.2-2 Grundsatz – Sicherung und Schutz des Orts- und Landschaftsbildes

Neue raumbedeutsame Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus sollen sich in das bestehende Orts- und Landschaftsbild einfügen und seinem grundlegenden Charakter entsprechen.

Bewertung / Kritik

Der Grundsatz zur Sicherung und zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes nimmt Bezug auf den Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Ohne Heranziehung dieses Fachbeitrags, in dem die Landschaftsbildeinheiten beschrieben sind, ist der formulierte Grundsatz nicht aus sich heraus verständlich. Für Siegen ist der formulierte Grundsatz jedoch von Bedeutung, da sich aus dem Fachbeitrag ergibt, dass das LANUV das Landschaftsbild auf Siegener Stadtgebiet fast ausnahmslos in die Wertigkeiten „sehr hoch (herausragend)“ (dunkelgrün) und „hoch (besonders)“ (hellgrün) einstuft:

Ausschnitt aus Karte 15 des Fachbeitrags Naturschutz und Landschaftspflege

Anregung / Forderung

Die Bewertung der Landschaftsbildeinheiten aus dem Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege müssen bei Beibehaltung dieses Grundsatzes Teil des Regionalplanentwurfs werden. In dieser Form ist der räumliche und inhaltliche Bezug des Grundsatzes aus Sicht der Stadt Siegen unklar bzw. allein aus dem Regionalplan heraus nicht verständlich.

			6	3	2	11
Vlb-048-O3	Wald-Offenland-Mosaik östlich von Siegen	Das Landschaftsbild wird in dieser großflächigen LBE durch eine waldreiche Mittelgebirgslandschaft geprägt. Eingestreut finden sich zahlreiche größere Siedlungen, die von Offenland umgeben sind. Das Offenland besteht überwiegend aus Wiesen und Weiden, gelegentlich durchsetzt von Ackerflächen. Der Siedlungsflächenanteil ist vergleichsweise hoch. Das Waldbild prägt in besonderer Weise das aktuelle Bild der Landschaft. Landschaftsraumtypisch ist heute der Wechsel von Fichtenwald und Eichen-Birken-Wald. Stellenweise zeigen Eichen-Birkenwälder noch charakteristische Phasen der Waldentwicklung klassischer Niederwälder. Zum Strukturreichtum tragen zudem zahlreiche kleinere Fließgewässer bei, in deren schmaler Talsohle sich ebenfalls oft Grünland findet. Aufgrund des hohen Siedlungsanteils ist die LBE durchzogen von einigen größeren Straßen. Darüber hinaus finden sich in den Randbereichen der Siedlungen oftmals größere Gewerbegebiete. Südöstlich von Siegen liegt weiterhin eine größere Deponie. Zwischen Anzhausen und Salchendorf stehen einzelne Windenergieanlagen. Insgesamt ist die LBE als vergleichsweise unbelastet einzustufen.	6	3	2	11
Vlb-048-W1	Wald westlich von Kreuztal	Das Landschaftsbild in dieser schmalen LBE ist geprägt von einem hohen Waldanteil. Lediglich nördlich von Krombach finden sich größere Offenlandbereiche, die landwirtschaftlich genutzt werden. Landschaftsraumtypisch ist heute der Wechsel von Nadelwald und Laubwald. Die LBE wird weiterhin geprägt durch zahlreiche Bachtäler, die z. T. steile Einschnitte gebildet haben und für ein abwechslungsreiches Relief sorgen. Die LBE wird von einigen größeren Straßen gequert (u. a. BAB A 45).	6	3	2	11
Vlb-048-W2	Wald um Hilchenbach	Das Landschaftsbild in dieser LBE ist geprägt von einem hohen Waldanteil. Lediglich östlich von Hilchenbach finden sich größere Offenlandbereiche, die landwirtschaftlich genutzt werden. Landschaftsraumtypisch ist heute der Wechsel von Nadelwald und Laubwald. Die LBE wird weiterhin geprägt durch zahlreiche Bachtäler, die z. T. steile Einschnitte gebildet haben und für ein abwechslungsreiches Relief sorgen. Die LBE weist wenige Vorbelastungen auf. Es finden sich vereinzelt größere Straßen.	6	3	2	11

Zu 4.1: Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum

4.1-1 Grundsatz – Dezentrale Entwicklung

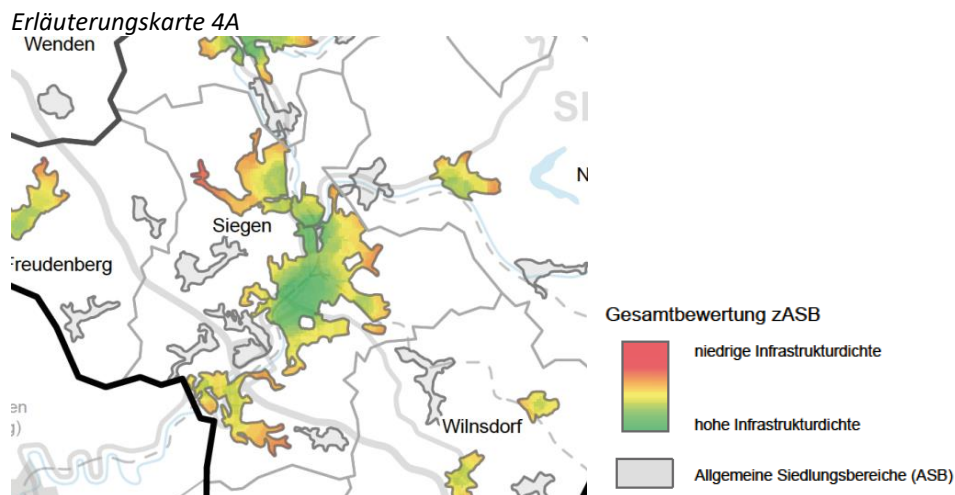
Die polyzentrische Siedlungsstruktur im Planungsraum soll gemäß der Leitvorstellung der dezentralen Konzentration und unter Berücksichtigung der regionaltypischen Siedlungs- und Landschaftsstruktur gesichert und weiterentwickelt werden.

4.1-2 Grundsatz – Daseinsvorsorge sichern

Neue Einrichtungen der Daseinsvorsorge sollen vorrangig in den zASB angesiedelt werden. Eine tragfähige und flächendeckende Grundversorgung in den Kommunen soll gesichert werden.

Bewertung / Kritik

In den Erläuterungen zu beiden Grundsätzen ist aufgeführt, dass sich die Siedlungsentwicklung an den zASB (zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereichen) orientieren soll, ebenso die Ansiedlung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Die Erläuterungskarte 4A enthält die Abgrenzung der zASB für die Stadt Siegen:



Im Wohnbaulandkonzept 2018 der Stadt Siegen sind Potenzialflächen für die Wohnbaulandentwicklung auch außerhalb der zASB dargestellt. Weder in den textlichen Festlegungen, noch in den Erläuterungen oder der Begründung des Regionalplanentwurfs wird klargestellt, wie diese beiden Grundsätze in der bauleitplanerischen Abwägung zu berücksichtigen sind und ob Wohnbauflächen und gewerbliche Flächen auch prioritär außerhalb der zASB entwickelt werden dürfen, wenn sie nach einem städtischen Konzept Priorität genießen. Gleiches gilt für die Ansiedlung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge, die im Zuge der Wohnbaulandentwicklung immer mitgedacht werden muss.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, in den Grundsätzen 4.1-1 und 4.1-2 klarzustellen, dass der Vorrang der Flächen- und Infrastrukturentwicklung in den zASB nicht gilt, wenn ein Abweichen beispielsweise durch die Priorisierung der städtischen Wohnbauflächenentwicklung oder auf Basis eines Integrierten Handlungskonzeptes begründet ist. Da sich der Grundsatz auf eine konkrete zeichnerische Kategorie bezieht, muss die zeichnerische Abgrenzung der zASB maßstäblich und in der zeichnerischen Darstellung, nicht lediglich in einer Erläuterungskarte erfolgen. Die genaue Abgrenzung der zASB ist so nicht nachvollziehbar.

4.1-5 Ziel – Bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung

Die durch die Bauleitplanung zu sichernden Entwicklungsflächen für Wohnen, Gewerbe, Industrie und Mischnutzungen sind am nachweisbaren aktuellen Handlungsbedarf zu bemessen.

Übersteigen die Siedlungsflächenreserven in den Bauleitplänen der Kommunen die abgeschätzten Bedarfe, sind nicht mehr benötigte Reserveflächen dem Freiraum zuzuführen. Handelt es sich um Flächen, die bereits in verbindliche Bauleitplanung umgesetzt sind und für die sich aus der Rückführung der Flächen Entschädigungsansprüche ableiten lassen, so gilt Satz 2 nicht. Vorrangig sind Reserveflächen zurückzuführen, die am Übergang zwischen Siedlungs- und Freiraum liegen oder in im regionalplanerischen Freiraum gelegenen Ortsteilen verortet sind und dabei von ihrer Dimensionierung her nicht an die vorhandene Infrastruktur angepasst sind.

Dazu: Ausführungen zur Methodik der Flächenermittlung in der Begründung (S. 13-17) und Auszug aus den Erläuterungen:

*[...] In Summe setzen sich die ASB-Bedarfe aus den herkömmlichen ASB-Bedarfen und **den erstmalig im Rahmen der Neuaufstellung des vorliegenden Regionalplans abgeschätzten ASB-Gewerbe-Bedarfen (ASB-G)** zusammen. Unter den ASB-G-Bedarfen werden weitere Nutzungen wie Dienstleistungen oder wohnverträgliches Gewerbe subsummiert. Die GIB-Bedarfe umfassen weiterhin die Flächenbedarfe für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe.*

Methodik

Die Methodik zur Abschätzung der Siedlungsflächenbedarfe basiert - wie bisher auch - auf einem von der Landesplanung beim Institut für Stadtbauwesen und Stadtverkehr der RWTH Aachen in Auftrag gegebenen Gutachtens aus März 2011. Aufbauend auf diesem Gutachten ist von den Regionalplanungsbehörden gemäß LEP zu ermitteln, in welchem Umfang rechnerisch ein Bedarf an zusätzlichen Wohnbauflächen bzw. Allgemeinen Siedlungsbereichen besteht. Kernpunkt dieser Berechnung sind die Wohnungsmarktkennziffern Ersatzbedarf, Neubaubedarf, Fluktuationsreserve und Leerstand. Der resultierende Wohnungsbedarf wird schließlich mit Siedlungsdichteparametern auf Flächenäquivalente umgerechnet. **Auf Basis desselben Gutachtens (!) hat nun die Bezirksregierung nach Beschluss des Regionalrates vom 12.12.2019 die Methode angepasst.** Wesentliche Änderungen betreffen die Nichtberücksichtigung des Leerstands sowie die Reduzierung der Fluktuationsreserve von 3 % auf 1 %. Zur Umrechnung von Wohnungsbedarf in Fläche werden die Kommunen erneut in einen Dichtewert eingestuft:

"So unterscheidet sich im Planungsraum Arnsberg die Siedlungsentwicklung großer und kleiner Mittelzentren in ihrer Dichte nur unwesentlich. Eine Abgrenzung „verdichtet“ zu „hochverdichtet“ bei 2.000 EW/km² Siedlungs- und Verkehrsfläche wirkt aus empirischer Sicht willkürlich. Einzig das Oberzentrum Siegen weist flächige hochverdichtet Strukturen auf. Deshalb werden die siedlungsstrukturtypischen Dichten wie folgt unterschieden:

- | | | |
|----------------------|--------------------------------|-------------|
| - Gering verdichtet: | < 1.000 EW/km ² SuV | (20 WE/ha) |
| - Verdichtet: | > 2.000 EW/km ² SuV | (30 WE/ha) |
| - Hochverdichtet: | > 100.000 EW | (40 WE/ha)" |

Als Bezugsgröße wird nicht mehr wie bisher das gesamte Gebiet der Verwaltungseinheit verwendet (Bevölkerungsdichte), sondern nur noch der Flächenanteil, der Siedlungs- und Verkehrsraum umfasst (Siedlungsdichte).

Berechnete Bedarfe (Zusammenschnitt aus der Tabelle auf S. 32 der Begründung):

ASB Bedarfsabschätzung 2018–2040				
Stadt/Gemeinde	ASB-Bedarf Wohnen in ha	ASB-Bedarf Gewerbe in ha	Reserven FNP Wohnen 06.01.2020 in ha	Bedarfsab- schätzung 2040 (+) Überhang (-) Defizit in ha
Siegen	149	33	126	-55
Kreis Siegen- Wittgenstein	294	55	628	278

Bewertung / Kritik

Die Methode zur Berechnung der Siedlungsflächenbedarfe wurde durch die Bezirksregierung Arnsberg modifiziert, mit der Folge, dass alle Kommunen in Siegen-Wittgenstein zum Teil deutliche Reduzierungen der Flächenbedarfe verkraften müssen. Dies gilt auch für die Stadt Siegen, obwohl es mit dem hier dargestellten Defizit von 55 ha so aussieht, als ob hier zusätzliche Ausweisungen möglich wären. Auf FNP-Ebene wird der Stadt Siegen ein Überhang von 24 ha bescheinigt, welches zurückzunehmen ist. Die Fluktuationsreserve wurde mit Verweis auf den LEP von 3 % auf 1 % reduziert. Wesentliche Auswirkungen haben die Änderungen bei der Umrechnung des Wohnungsbedarfes in Wohnbauflächenbedarf: Die zur Berechnung angesetzten Werte der Siedlungsdichte werden „scheinbar willkürlich“ Siedlungsstrukturtypen zugeordnet (S. 275, 3. Absatz der textlichen Erläuterungen und Festlegungen). Die angesetzten Werte sind nicht nur „scheinbar“ willkürlich, sondern sehr weit von der Realität entfernt und somit tatsächlich willkürlich, da sie sich nicht an den realen Werten der Region orientieren. Siegen wird als Oberzentrum willkürlich aus der Dichteberechnung herausgenommen und bekommt stattdessen den höchsten Dichtewert zugeordnet, obwohl mehr als die Hälfte der Stadtteile eine Siedlungsdichte < 2.000 EW/km² aufweisen. In der Konsequenz bedeutet dieser höchste Dichtewert nun einen reduzierten Siedlungsflächenbedarf von ca. 25 ha je 1.000 Wohneinheiten bzw. anders ausgedrückt: es müssen 40 WE je ha realisiert werden. Wenn diese Dichtewerte als Zielsetzung der Bezirksregierung verstanden werden sollen, hat dies deutliche Folgen für die städtebauliche Ausformulierung der Siedlungsbereiche. Eine entsprechend verdichtete Bebauung mit einem deutlichen Anteil an Geschosswohnungsbau ist zwar in den Kernbereichen Siegens vorstellbar, nicht jedoch in den ländlich geprägten kleineren Stadtteilen Siegens.

Die Annahme der Siedlungsdichte sollte sich daher vielmehr an der in Siegen tatsächlich vorhandenen Dichte orientieren. Der Regionalplan spricht zwar im Zusammenhang mit der Siedlungsdichte von einem homogenen Raum. Dieser homogene Raum weist aber bereits auf dem Gebiet der Stadt Siegen nicht flächig die hier zu Grunde gelegte Dichte von 40 Wohneinheiten pro ha auf.

Maßgeblichen Einfluss auf die Berechnung der Bedarfe hat zudem der Wechsel der Bezugsgröße. Während bisher die Fläche des gesamten Stadtgebietes Grundlage der Berechnung war, werden nun lediglich die Siedlungs- und Verkehrsflächen zur Berechnung herangezogen, ohne regionale Besonderheiten zu berücksichtigen.

Bei der Berechnung der Wohnbaulandreserven wird auf Seite 276 der textlichen Erläuterungen und Festlegungen zum Regionalplanentwurf außerdem der „gering verdichtete“ Siedlungsstrukturtyp mit einer Einwohnerzahl kleiner 1.000 Einwohnern festgelegt, der verdichtete Siedlungsstrukturtyp beginnt bei 2.000 Einwohnern. Es stellt sich die Frage, wozu der Siedlungsstrukturtyp zwischen 1.000 und 2.000 Einwohnern zählt. An anderer Stelle in den textlichen Festlegungen (S. 275) wird hingegen eine Einteilung in < 1.000 und > 1.000 Einwohner vorgenommen.

Anregung / Forderung

Im LEP wird den Bezirksregierungen ausdrücklich die Möglichkeit eingeräumt, „in begründeten Fällen, z. B. auf der Grundlage empirischer Ermittlungen, von den genannten Richtwerten ab[zu]weichen“ (aus: LEP NRW, Erläuterungen zu Ziel 6.1-1). Bedauerlicherweise erfolgt dies im vorliegenden Regionalplanentwurf nur ansatzweise und aus fachlicher Sicht völlig unzureichend. Es wird zwar auf die topografischen Besonderheiten hingewiesen (S. 275 der textlichen Erläuterungen), eine konsequente Anwendung der resultierenden tatsächlichen Dichtewerte bleibt jedoch aus. Die im LEP eingeräumte Abweichungsmöglichkeit aufgrund empirischer Zahlen wird daher unter anderem zu Lasten der Stadt Siegen unverständlicherweise nicht genutzt.

Daher wird gefordert, dass für das Siegener Stadtgebiet eine eigene Bedarfsberechnung anhand tatsächlich vorhandener Dichtewerte der bereits besiedelten Bereiche durchgeführt wird. Die bewegte Topographie, naturschutzfachliche und weitere Restriktionen, die auch den Siedlungsbestand in seiner Entstehung beeinflusst haben, würden somit Berücksichtigung finden und die Berechnung des künftigen Siedlungsflächenpotenzials würde tatsächlich bedarfsgerecht erfolgen. Außerdem sind Widersprüche in der Methodik aufzulösen. Des Weiteren wird gefordert, das Instrument des raumordnerischen Vertrags zum Zwecke einer konsensorientierten Siedlungsflächenentwicklung und abgestimmten Entwicklung von Regionalplanung und Flächennutzungsplanung bereits im Zuge der Regionalplanerarbeitung einzusetzen.

Da die Restriktionen bei der Entwicklung von Wohnbauland und gewerblichen bzw. industriellen Bauflächen immer stärker zunehmen, muss den Kommunen eine gewisse Flexibilität, auch in Form einer Auswahl zwischen mehreren Flächen, die für eine Entwicklung geeignet sind, eingeräumt werden. Daher kann die Formulierung im o.a. Ziel „**Übersteigen die Siedlungsflächenreserven in den Bauleitplänen der Kommunen die abgeschätzten Bedarfe, sind nicht mehr benötigte Reserveflächen dem Freiraum zuzuführen**“ so nicht stehen bleiben und Spielräume müssen berücksichtigt werden und so formuliert werden, dass die kommunalen Zwänge, Entscheidungsspielräume und die Planungshoheit gewahrt bleiben. Das Vorhandensein der Entwicklungsmöglichkeiten bedeutet nämlich nicht automatisch, dass diese Flächen einer Nutzung zugeführt werden. Dies wird dadurch deutlich, dass, wie zuvor bereits erläutert, die Stadt Siegen in der Vergangenheit sehr flächensparend und passgenau neue Baugebiete eher unter dem Bedarf entwickelt hat. Der Raumordnungsvertrag könnte hier das Instrument sein, um den jeweiligen Anforderungen und Intensionen - Regionalplanungsbehörde / Kommune - gerecht zu werden. Die Stadt Siegen fordert, mindestens die Zielformulierung dahingehend umzuformulieren.

Außerdem muss verbindlich klargestellt werden, unter welchen Voraussetzungen und Vorgaben etwaige Rücknahmen zu erfolgen haben (örtlicher und flächenmäßiger Bezug).

Weiterhin fehlt eine eindeutige Klarstellung, wie das in Siegen errechnete Defizit von 55 ha im Kontext der Ermittlungen auf Ebene des Siedlungsflächenmonitorings zu bewerten ist. Bislang wird gefordert, trotz des Defizites bei Neuausweisungen zunächst Rücknahmen vornehmen zu müssen.

Ob die Zuordnung der Tabellen zur Bedarfssituation (Tab. 4.1 und 4.4 der Begründung) rechtskonform im Sinne der Verbindlichkeit, Bestimmtheit und Eindeutigkeit richtig in der Begründung platziert ist und nicht eigentlich den Textlichen Festlegungen zuzuordnen sein müsste, kann von hier nicht eingeschätzt werden. Im Sinne der Verständlichkeit und Klarheit wäre diese auf jeden Fall der Zielformulierung zuzuordnen.

4.1-6 Grundsatz – Siedlungsräumliche Gliederung durch Grünflächen

Siedlungsflächen sollen durch innerörtliche und vernetzte Grünflächen gegliedert werden. Dabei soll insbesondere die Weiterführung von siedlungsnahen Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion vom regionalplanerisch festgelegten Freiraum in den Siedlungsraum hinein berücksichtigt werden.

Bewertung / Kritik

Die auch in diesem Grundsatz angesprochenen Grün- und Freiflächen mit thermischer Ausgleichsfunktion sind im Regionalplanentwurf nicht dargestellt (siehe auch unter 2.2 dieser Stellungnahme). Hier wird auf den Fachbeitrag Klima sowie auf das LANUV-Fachinformationssystem Klima verwiesen. Die Gliede-

zung des Siedlungsraums durch Grünflächen wird jedoch bereits über die kommunale Bauleitplanung sowie Konzeptplanungen (z. B. Grünflächenkonzept der Stadt Siegen „Grün kommt an“) hinreichend gesteuert.

Anregung / Forderung

Wenn sich eine Grundsatz- bzw. Zielformulierung des Regionalplans auf eine bestimmte Flächenkategorie bezieht, muss diese im Regionalplan dargestellt werden, vorzugsweise in der zeichnerischen Darstellung, damit der Flächenzuschnitt für die Stadt Siegen klar erkennbar ist. Der Verweis allein auf einen Fachbeitrag, der nicht Teil des förmlichen Planwerks ist, reicht nicht aus. Bezüglich dieses Grundsatzes wird eine dynamische Verweisung auf das LANUV-Fachinformationssystem Klimaanpassung ergänzt, die so rechtlich als nicht zulässig erachtet wird. Diese Forderung deckt sich mit der Forderung zu Grundsatz 2.2-3.

Die allein textliche Festlegung deutet auch bei diesem Grundsatz darauf hin, dass der Regionalplan für diesen Regelungsgehalt die falsche Planungsebene ist, da sich die textlichen nicht in zeichnerische Festlegungen im Maßstab 1:50.000 übertragen lassen. Die Planung innerstädtischer Grünflächen sollte daher der Stadt Siegen in eigener Verantwortung überlassen bleiben. Es wird daher gefordert, den Grundsatz zu streichen.

Zu 4.2 Allgemeine Siedlungsbereiche

4.2-1 Ziel – Nutzung der Allgemeinen Siedlungsbereiche

Die Siedlungsentwicklung mit Wohnen, wohnverträglichem Gewerbe, Wohnfolgeeinrichtungen, öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen vollzieht sich in räumlich konzentrierter Form vorrangig in den zeichnerisch festgelegten zASB und ASB.

Dazu: Auszug aus den Erläuterungen:

„[...] Wohnverträgliches Gewerbe ist als nicht erheblich störendes Gewerbe mit der Funktion Wohnen vereinbar. [...] Innerhalb der ASB gelegene, kleinteilige Lebensräume, Klimafunktionsflächen, Waldflächen oder sonstige Freiflächen, die durch Fachrecht geschützt sind oder entwickelt werden sollen, sind bei der Umsetzung zu berücksichtigen und ggf. von der baulichen Entwicklung auszunehmen. In der Planungsregion ergeben sich in den Tallagen Überlagerungen von ASB und ÜSB. Hier gilt der Vorrang des vorsorgenden Hochwasserschutzes, sodass diese Standorte von zusätzlichen Bauflächen freizuhalten sind.

Bewertung / Kritik

Während im Ziel selbst noch die zASB erwähnt werden, bleiben diese in den Erläuterungen unberücksichtigt. In dieser Zielformulierung bleibt also unklar, ob die Siedlungsentwicklung in den zASB einen Vorrang genießen soll, oder ob die Siedlungsentwicklung in den zASB und den ASB gleichrangig nebeneinander steht. Sollten diese gleichrangig nebeneinander stehen, stellt sich die Frage, wozu die Kategorie zASB eingeführt wurde.

In den Erläuterungen werden – wie an vielen Stellen des Regionalplanentwurfs – Ausnahmen von der vollumfänglichen Nutzbarkeit der ausgewiesenen Flächenkategorie definiert. Zum einen sind kleinteilige Freiflächen von einer Bebauung freizuhalten bzw. bei der Flächenumsetzung zu berücksichtigen, die im Regionalplan-Maßstab (1:50.000) offensichtlich nicht darstellbar sind. Zum anderen sind die Flächen, für die sich die überlagernde Festlegung ÜSB – ASB ergibt, von zusätzlichen Bauflächen freizuhalten.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, in der Zielformulierung bzw. den Erläuterungen klar zu stellen, dass die Siedlungsentwicklung in den zASB gegenüber der Siedlungsentwicklung in den ASB keinen Vorrang genießt. Die Festlegung dahingehend, dass wohnverträgliches Gewerbe auch in den ASB zulässig ist, wird seitens der Stadt Siegen begrüßt und sollte auch bei einer Änderung der Festlegungen zu GIB (Öffnung dieser

Flächenkategorie auch für wohnverträgliches Gewerbe, siehe Forderung zu Ziel 4.3-2) beibehalten werden. Damit wäre aus Sicht der Stadt Siegen die notwendige Flexibilität für eine sich an den gesellschaftlichen Entwicklungen orientierende Bauleitplanung gegeben.

Bereiche der überlagernden Festlegung ÜSG – ASB sind aus Sicht der Stadt Siegen auf Regionalplanebene nicht endabgewogen, der regionalplanerische Zielkonflikt wird auf die kommunale Ebene verschoben. Die Stadt Siegen fordert daher, diese überlagernden Darstellungen zurückzunehmen, dies kann vor allem durch Korrektur der Datengrundlage für die Ausweisung der ÜSG geschehen. Im Zuge der kommunalen Bauleitplanung ist die Beachtung bzw. Berücksichtigung von Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes außerdem Gang und Gäbe und rechtlich umfassend normiert, so dass der Hinweis auf die kleinteiligen Freiflächen, die als zusätzliche Restriktion für die nachfolgende Planungsebene gedacht zu sein scheint, aus Sicht der Stadt Siegen ebenfalls entfallen kann.

4.2-2 Grundsatz – zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche

Die Siedlungsentwicklung soll sich innerhalb der zASB insbesondere in den Bereichen vollziehen, in denen sich räumliche Schwerpunkte von öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen befinden. Die zASB sind der Erläuterungskarte 4A zu entnehmen.

Anregung / Forderung

Die Regelungen des LEP lassen zu, dass die Bezirksregierungen die zASB in Abstimmung mit den Kommunen festlegen. Die neue Kategorie wurde zwar im Rahmen der Werkstattgespräche kommuniziert und es wurden sehr umfangreiche die Infrastrukturdaten bei den Kommunen abgefragt. Eine Rückkopplung zu der Unterscheidung in ASB und zASB durch die Bezirksregierung fand jedoch nicht statt. Für die Stadt Siegen hat dies zur Folge, dass die Stadtteile Seelbach/Trupbach sowie Achenbach, Dreisbach, Gosenbach und Eisern nicht als zASB festgelegt sind. Einrichtungen der Daseinsvorsorge sowie Infrastrukturangebote finden sich jedoch auch in diesen Stadtteilen. Andere Bereiche, die über keinerlei entsprechende Angebote verfügen, sind hingegen als zASB festgelegt (siehe nachfolgendes Beispiel eines Wohngebietes aus Kaan-Marienborn):

Ausschnitt aus der Erläuterungskarte 4A und Darstellung im Regionalplanentwurf:



Die Umsetzung von Flächenentwicklungen für Wohnbauland richtet sich vorrangig nach der Priorisierung und den Untersuchungsergebnissen des Wohnbaulandkonzeptes der Stadt Siegen von 2018. In diesem Konzept wurden auch Entwicklungsflächen in den vorgenannten Stadtteilen als geeignet identifiziert, insbesondere unter Berücksichtigung der vorhandenen Infrastrukturen zur Daseinsvorsorge, aber auch der sozialen und Bildungsinfrastruktur. Daher fordert die Stadt Siegen, auch die genannten Stadtteile als zASB auszuweisen.

4.2-3 Ziel – Allgemeine Siedlungsbereiche mit Zweckbindung

ASB-Z dienen den in der Zweckbindung benannten Funktionen. Planungen und Maßnahmen, die der benannten Zweckbindung entgegenstehen, sind ausgeschlossen.

| Hochschulbereich der Universität Siegen (Siegen)

Die Flächen der Universität Siegen dienen der Unterbringung von Hochschuleinrichtungen, ergänzenden Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sowie der Unterbringung von hochschulaffinem Gewerbe.

Bewertung / Kritik

Der Campusstandort Haardter Berg ist im Regionalplanentwurf als ASB-Z festgelegt. Am Standort sind neben den im Ziel genannten Hochschuleinrichtungen auch Wohnheime sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge (z. B. Kindertagesstätten) für Studierende angesiedelt bzw. geplant.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen regt an, Wohnheime für Studierende und Einrichtungen der Daseinsvorsorge ebenfalls im ASB-Z Hochschulbereich der Universität Siegen aufzuführen, da es sich bei Studierendenwohnheimen ebenfalls um ergänzende Einrichtungen handelt und bereits Wohnheime am Haardter Berg vorhanden bzw. geplant sind. Ebenso ist im Campus-Bereich bereits eine Kindertagesstätte vorhanden.

Zu 4.3: Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB)**4.3-1 Ziel – Nutzung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen**

Die Siedlungsentwicklung mit emittierenden Gewerbe- und Industriebetrieben und emittierenden öffentlichen Betrieben und Einrichtungen vollzieht sich in räumlich konzentrierter Form vorrangig in den zeichnerisch festgelegten GIB.

4.3-2 Ziel – Nutzungskonforme Entwicklung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

Die Bauleitplanung hat die spezifischen Nutzungsmöglichkeiten von Gewerbe- und Industrieflächen vor Fremdnutzungen zu schützen.

Dazu aus den Erläuterungen:

Zu 4.3-1 Ziel – Nutzung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

Die GIB dienen gem. der Anlage 3 zur LPlG DVO der Unterbringung von

| emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben,

| emittierenden öffentlichen Betrieben und Einrichtungen

sowie jeweils zuzuordnender Anlagen (Flächen für Versorgungs- und Serviceeinrichtungen, Grün- und Erholungsflächen, Abstandsflächen). Sie sind insbesondere für die Neuansiedlung, Verlagerung und Erweiterung gewerblicher Betriebe und Anlagen, die wegen ihrer Standortanforderungen, ihrer Größenordnung oder ihres Störgrades den ASB nicht zuzuordnen sind, vorgesehen. Emittierende Betriebe sind Betriebe, von denen Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnliche Erscheinungen i. S. d. § 3 Abs. 3 BImSchG ausgehen.

Zu 4.3-2 Ziel – Nutzungskonforme Entwicklung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

Als GIB eignen sich möglichst ebene, großflächige und infrastrukturell gut angebundene Standorte mit einem angemessenen Abstand zu sensiblen Nutzungen. Die topografischen Gegebenheiten des Planungsraums begrenzen die Möglichkeit zur Festlegung entsprechender Bereiche als GIB zum Teil erheblich. Hinzu kommt der wertvolle Naturraum, der vor Inanspruchnahme geschützt werden soll. Das Gewerbe- und Industrieflächenkonzept der Regionalplanungsbehörde zeigt die begrenzten Möglichkeiten zur Festlegung neuer GIB auf. Eine nutzungskonforme Entwicklung der festgelegten GIB ist folglich zwingend notwendig.

Die GIB sollen daher der Neuansiedlung, der Verlagerung und der Erweiterung solcher gewerblichen Betriebe und Anlagen vorbehalten bleiben, die wegen ihrer Standortanforderungen, ihrer Größenordnung oder ihres Störgrades nicht wohnverträglich sind. Die Bauleitplanung hat eine Fehlnutzung der GIB durch Betriebe, die auf diese Qualitäten nicht angewiesen sind, auszuschließen.

Durch die Flächenknappheit erhält der Schutz der GIB vor heranrückender Wohnbebauung eine besondere Bedeutung. Die Übergangsbereiche zur Wahrung des Abstands zwischen emittierenden und schutzbedürftigen Nutzungen sollen deshalb im ASB liegen. Geeignete Maßnahmen, eine Einschränkung des emittierenden Gewerbes durch heranrückende schutzbedürftige Nutzungen zu vermeiden, können z. B. die Festsetzung von Gewerbegebieten nach § 8 BauNVO oder von Grün- oder Freiflächen im angrenzenden ASB sein.

Dazu aus der DVO LPlG NRW (Anlage 3):

1.c)

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen – GIB – (Vorranggebiete):

Flächen für die Unterbringung insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und emittierenden öffentlichen Betrieben und Einrichtungen sowie jeweils zuzuordnender Anlagen (Flächen für Versorgungs- und Serviceeinrichtungen, Grün- und Erholungsflächen, Abstandsflächen),

soweit sie nicht mit Planzeichen 1.d) oder 1.e) darzustellen sind.

Bewertung / Kritik

Gemäß der Regelungen des rechtskräftigen Regionalplans für den Oberbereich Siegen wie auch der geltenden DVO LPlG NRW dienen die GIB der Unterbringung *insbesondere* von gewerblichen Betrieben und Anlagen, die im ASB nicht untergebracht werden können. Auch wohnverträgliches Gewerbe ist gemäß den Formulierungen von Ziel und Grundsatz zulässig. Im hier vorliegenden Regionalplanentwurf hingegen ist über das Ziel 4.3-2 geregelt, dass die Bauleitplanung Betriebe, die wohnverträglich sind, auszuschließen hat. Die nunmehr vorgesehene Festlegung ist hinsichtlich der Ausrichtung nicht mit den Erläuterungen zum geltenden Regionalplan vergleichbar, die noch die Möglichkeit bot, dass gewerbliche Bauflächen für wohnverträgliches Gewerbe (gerade) auch innerhalb der GIB entwickelt werden konnten.

Die kommunale Planungshoheit der Stadt Siegen wird durch die neuen Ziele für gewerbliche und industrielle Bereiche massiv beschnitten. Die Flexibilität bei der Entwicklung von GIB hin zu tragfähigen und zukunftsweisend ausgerichteten Unternehmensstandorten sowohl für produzierende, gleichermaßen aber auch nicht-produzierende Betriebe, die dennoch spezifische Standortanforderungen z. B. hinsichtlich der Flächeninanspruchnahme oder des Verkehrsaufkommens stellen, wird den Kommunen mit diesen Festlegungen genommen. Zum einen muss die Möglichkeit gegeben sein, traditionelle Gewerbe- und Industriezweige in den vorgesehenen GIB ansiedeln zu können und zum anderen kann aber auch der festzustellende Strukturwandel nicht dadurch aufgehalten werden, dass die einzig möglichen Flächenreserven bauleitplanerisch für Betriebe mit entsprechenden Standortanforderungen (Logistik, Industriebetriebe) ausschließlich vorbehalten sind. Das Gewerbegebiet Martinshardt I im Siegener Leimbachtal hätte nach dem derzeitigen Regionalplanentwurf nicht entwickelt werden dürfen bzw. einem aufwändigen Zielabweichungs- oder Regionalplanänderungsverfahren bedurft, um als ASB ausgewiesen zu werden, welches mit dem vorliegenden Entwurf neben dem Wohnen auch auf wohnverträgliches Gewerbe, Dienstleistungen und Einzelhandel abstellt. Auch die Entwicklung des Gewerbegebietes Martinshardt II sowie des GIB Oberschelden/Seelbach ist aus Sicht der Stadt Siegen durch die restriktiven Zielfestlegungen gefährdet.

Aus Gründen des Immissionsschutzes gegenüber schutzwürdigen Nutzungen ergibt sich oftmals erst auf Ebene der Bebauungsplanung – Vorbelastung und Topografie spielt hier eine stark beeinflussende Rolle – der zwingende Ausschluss der industriellen Nutzung und zum Teil auch die Einschränkung der gewerblichen Nutzung. Dies stellt dann die einzige Möglichkeit dar, diese Flächen überhaupt gewerblich zu entwickeln. Inwiefern eine solche Bauleitplanung dann mit den hier in Rede stehenden Zielen der Raumordnung vereinbar ist, wäre im Sinne der Endabgewogenheit der Ziel zu konkretisieren.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, den Spielraum, den auch die DVO LPIG mit der Formulierung „insbesondere“ einräumt, an die Kommunen weiterzugeben, um die Entwicklung ihrer Gewerbe- und Industriegebiete weiterhin am eigenen Bedarf und an der lokalen Unternehmenslandschaft ausrichten zu können und die Vorgaben dahingehend – wie im rechtskräftigen Regionalplan – flexibler zu formulieren. Bereits in der Vergangenheit hat die Stadt Siegen über die Bauleitplanung den Schutz von Gewerbe- und Industriegebieten vor etwaigen Fremdnutzungen – dort, wo nötig und fachlich geboten – hinreichend sichergestellt. Die Steuerungsmöglichkeiten der Stadt Siegen dürfen nicht zusätzlich und in Form eines pauschalen „Störfeuers“ auf Ebene der Regionalplanung auf ein unzumutbares Maß eingeschränkt werden.

4.3-3 Grundsatz – Zukunftsweisende Entwicklung der Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

Bei der Planung und Umsetzung von GIB soll die Schaffung mehrgeschossiger Produktionsebenen angestrebt werden.

Die für die Betriebsabläufe in den GIB erforderlichen Infrastrukturen sollen flächensparend entwickelt werden. Insbesondere die für den ruhenden Verkehr benötigte Inanspruchnahme von Flächen soll auf ein Mindestmaß begrenzt werden. Für eine gleichzeitig flächensparende und energieeffiziente Ausnutzung der Flächenpotenziale sollen erneuerbare Energien bspw. in Form von Aufdach- und/oder Fassadenanlagen genutzt werden.

Anregung / Forderung

Für Handwerk und Logistik sowie die Unterbringung von Stellplätzen und Neben-/Sozialräumen oder Büros können mehrgeschossige Gewerbebauten aus Sicht der Stadt Siegen eine gewinnbringende Lösung sein. Gerade für das im Siegerland traditionell ansässige metallverarbeitende Gewerbe, welches beispielsweise mit tonnenschweren Pressen oder anderen Anlagen produziert, erscheint eine solche Festlegung jedoch eher realitätsfern. Die Stadt Siegen regt daher an, den Grundsatz um die Formulierung „wenn betriebstypenabhängig möglich“ zu ergänzen.

Die Stadt Siegen begrüßt die Festlegung zur Doppelnutzung von Flächen für Gewerbe und Energieerzeugung. Damit wird eine Unternutzung von Flächen vermieden. Dennoch sollte die Möglichkeit, über Jahre kaum vermarktungsfähige Gewerbebestandorte bzw. für Betriebserweiterungen vorgesehene Flächen zumindest temporär für PV-Freiflächenanlagen zu nutzen, gegeben sein. Gleiches muss für Rand- und Restflächen gelten. Daher sollte an dieser Stelle eine entsprechende Ausnahmeregelung ergänzt werden. Im Entwurf wird bislang lediglich in den Erläuterungen auf nicht nutzbare Restflächen wie Böschungskanten verwiesen. Somit regt die Stadt Siegen an, die textliche Festlegung um einen Hinweis zu ergänzen, dass Ausnahmen für die Nutzung von Freiflächen für PV-Anlagen im Rahmen der Bauleitplanung definiert werden können.

Zu den Zeichnerische Darstellung – Abgrenzung von ASB und GIB

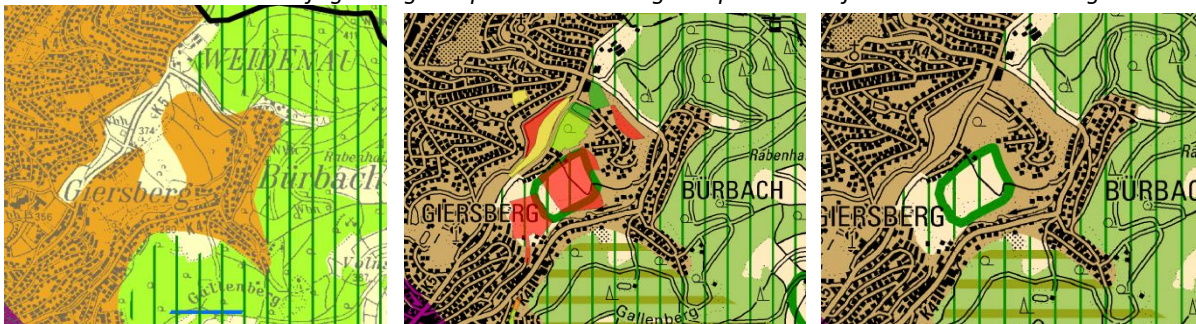
Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Bereich Fischbacherberg



Detailbetrachtung:

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Vorgaben der Stadt Siegen, lediglich am südwestlichen Zipfel (Graudener Straße Richtung Witschert) sollte der ASB vergrößert werden, um die Möglichkeiten einer potentiellen langfristigen Wohnbaulandentwicklung möglichst offen zu gestalten. Ggf. wäre die Einsparung größerer ASB-Reserven im braun umkreisten Bereich möglich. Die Überlagerung des ASB mit der Darstellung "Wasserschutzgebiet" ist zu vermeiden.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Bürbacher Giersberg



Detailbetrachtung:

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Wünschen der Stadt Siegen, die im Wohnbaulandkonzept priorisierten Flächen sind im ASB enthalten.

Die Fläche neben dem Bürbacher Friedhof (rot umrandet) sollte als ASB dargestellt werden, um die Möglichkeiten einer potentiellen langfristigen Wohnbaulandentwicklung möglichst offen zu gestalten.

Ggf. wäre die Einsparung größerer ASB-Reserven in den grau umrandeten Bereichen auf den nicht zur Bebauung empfohlenen Flächen möglich.

Zur BSN-Darstellung siehe Abschnitt zu 5.4.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Häusling/Lindenberg

**Detailbetrachtung:**

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht nur zum Teil den kommunalen Erfordernissen: Die im Wohnbaulandkonzept untersuchte Fläche Siegen_2 ist nur zum Teil im ASB enthalten.

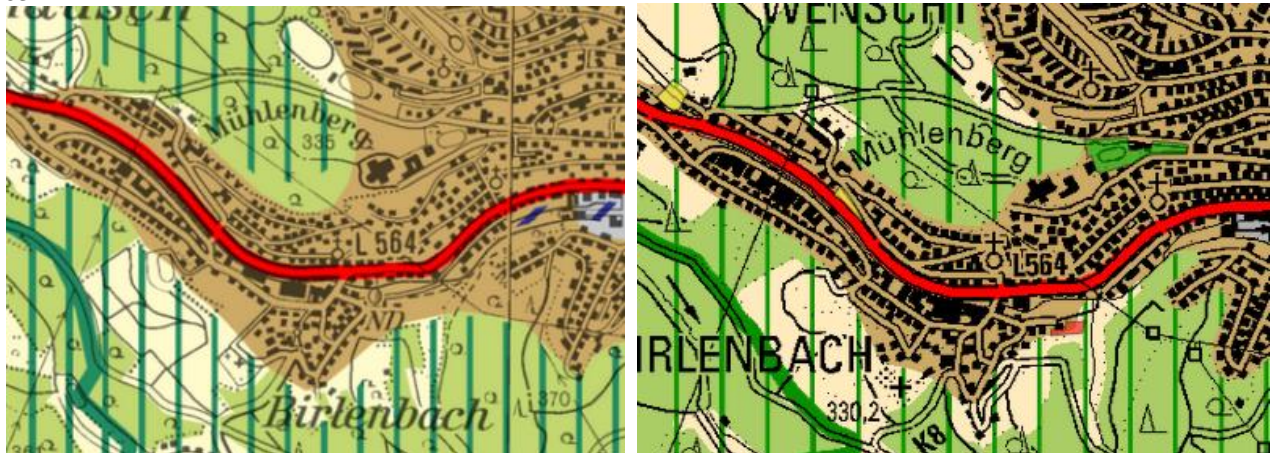
Der Bereich des ehemaligen GIB Fludersbach wurde gemäß der neuen Bestimmungen zu ASB/GIB an die Realnutzung angepasst und durch das überwiegend angesiedelte nicht-störende Gewerbe als jetzt ASB dargestellt.

Die Stadt Siegen hatte eine Erweiterung des ASB in Richtung Deponie entsprechend der tatsächlichen Nutzung gewünscht. Dem ist die BRA nicht nachgekommen, daher bleibt die Fläche als Freiraum ausgewiesen.

Der Bereich ist als unbeplanter Innenbereich zu bewerten – die Ausweisung eines ASB sollte vorgenommen werden.

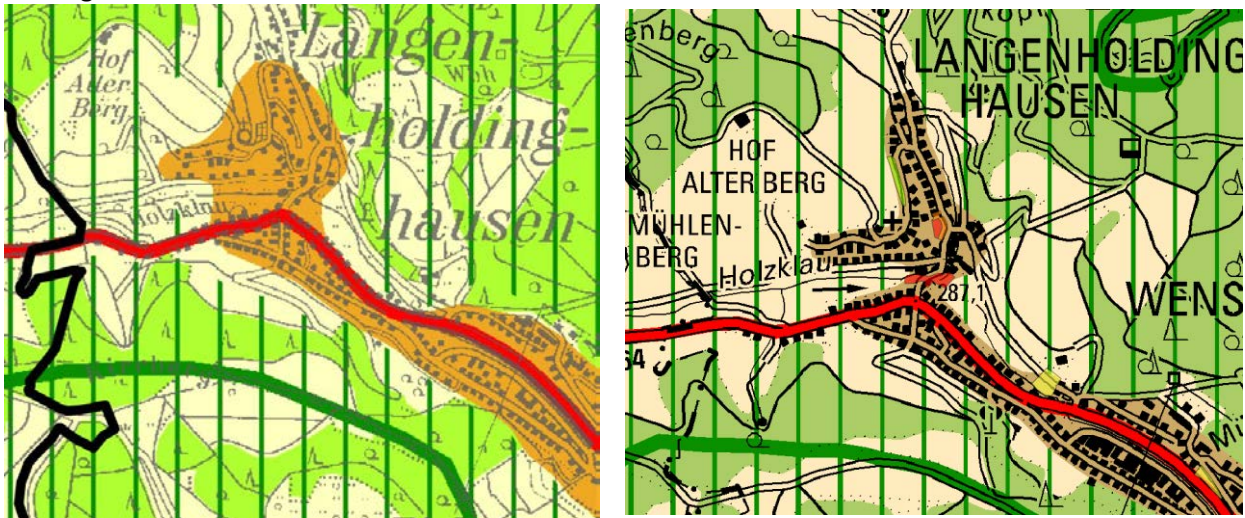
Eine Flächeneinsparung des ASB zu Bilanzzwecken wäre auch hier durch genauere Abgrenzung möglich. Zur BSN-Darstellung siehe Abschnitt zu 5.4.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Birlenbach/Langenholdinghausen:

**Detailbetrachtung:**

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Wünschen der Stadt Siegen und wurde z. B. beim Baugebiet Zäunchen an die reale Nutzung angepasst. Im Bereich des Sportplatzes Birlenbach wurde der ASB zurückgenommen - hier sollte nach Meinung der Verwaltung eine Ausweitung der ASB-Darstellung erfolgen, um die Möglichkeiten einer potenziellen langfristigen Wohnbaulandentwicklung möglichst offen zu gestalten.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Birlenbach/ Langenholdinghausen:



Detailbetrachtung:

Die ASB-Ausweisung im Bereich Langenholdinghausen ist an die Realnutzung angepasst und aus Sicht der Verwaltung daher so in Ordnung. Die Fläche Am Altenberg ist nach wie vor im ASB enthalten und könnte aufgrund der aktuellen Entwicklung als Freiraum dargestellt werden.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Geisweid



Detailbetrachtung:

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Wünschen der Stadt Siegen, allerdings grenzt ein Regionaler Grünzug unmittelbar an die hoch priorisierte Wohnbaulandkonzeptfläche Geisweid_3 (Ruhrst) an. Der Vorschlag der Kommune, den "Außenbereich im Innenbereich" im Wenscht aus dem ASB herauszunehmen, wurde nicht umgesetzt (Eichenallee-Buchenweg-Eulenweg-Spechtweg).

Die faktisch als Industriegebiet genutzten Flächen der Deutschen Edelstahlwerke östlich der Ferndorf wurden entgegen des Wunsches der Kommune nicht als GIB dargestellt, sondern als BSN. Das bedeutet, dass Gebäude bzw. betriebliche Einrichtungen der DEW nun innerhalb der BSN liegen. BSN und Regionaler Grünzug reichen auch hier unmittelbar bis an den GIB heran – Nutzungskonflikte sind somit vorprogrammiert

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Haardter Berg

**Detailbetrachtung:**

Die hier vorgenommene ASB-Z Abgrenzung kann mitgetragen werden. Entsprechend der aktuellen Planungen des Bebauungsplans "Science-Campus" wird angeregt, Wohnheime für Studierende und Einrichtungen der Daseinsvorsorge ebenfalls im ASB-Z Hochschulbereich der Universität Siegen aufzuführen.

BSN sowie Regionaler Grünzug reichen direkt bis an die ASB heran (insb. im Bereich Sportplatz Glückaufstraße).

Der Deponiestandort Haardter Berg ist umgeben von BSN sowie überlagert von einem Regionalen Grünzug, so dass hier Nutzungskonflikte bestehen.

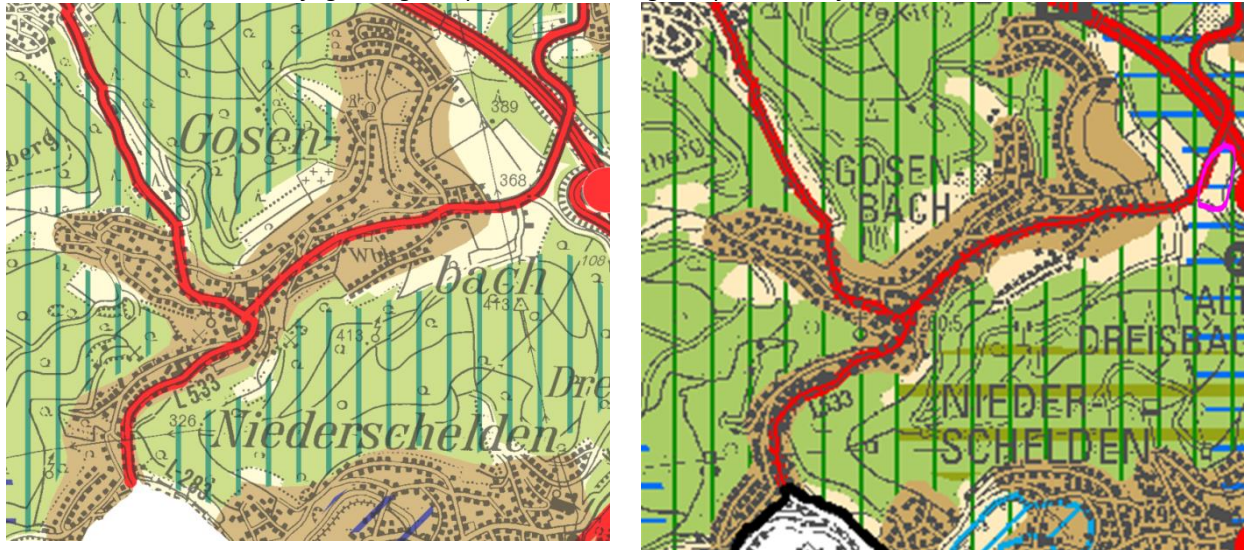
Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Achenbach

**Detailbetrachtung:**

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht den Wünschen der Stadt Siegen. In Achenbach beginnend zieht sich die Signatur "Wasserschutzgebiet" flächendeckend über die Siedlungsbereiche Alte Dreisbach und Heidenberg, die GI-Flächen im Siegtal einschließlich der nördlichen Teile von Eisernfeld und der Hengsbach bis hin zur Eisernhardt. Vgl. hierzu den Abschnitt zu 5.5-1.

Das GIB Heidenberg wurde aufgrund der Realnutzung in ASB umgewandelt, die Hänge zum Siegtal wie gewünscht in Freiraum.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Gosenbach



Detailbetrachtung:

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Wünschen der Stadt Siegen.

Die Fläche westlich des Friedhofs sollte als ASB dargestellt werden, um die Möglichkeiten einer potenziellen langfristigen Wohnbaulandentwicklung möglichst offen zu gestalten.

Die geplante Photovoltaik-Freiflächenanlage Am Rothenberg (pink umrandet) liegt im Wasserschutzbereich sowie im "Bereich zum Schutz der Landschaft und Erholung". Vgl. hierzu den Abschnitt zu 5.5-1.

Im Bereich "Neue Feld" könnten gemäß Wohnbaulandkonzept weitere Flächen zurück genommen werden:



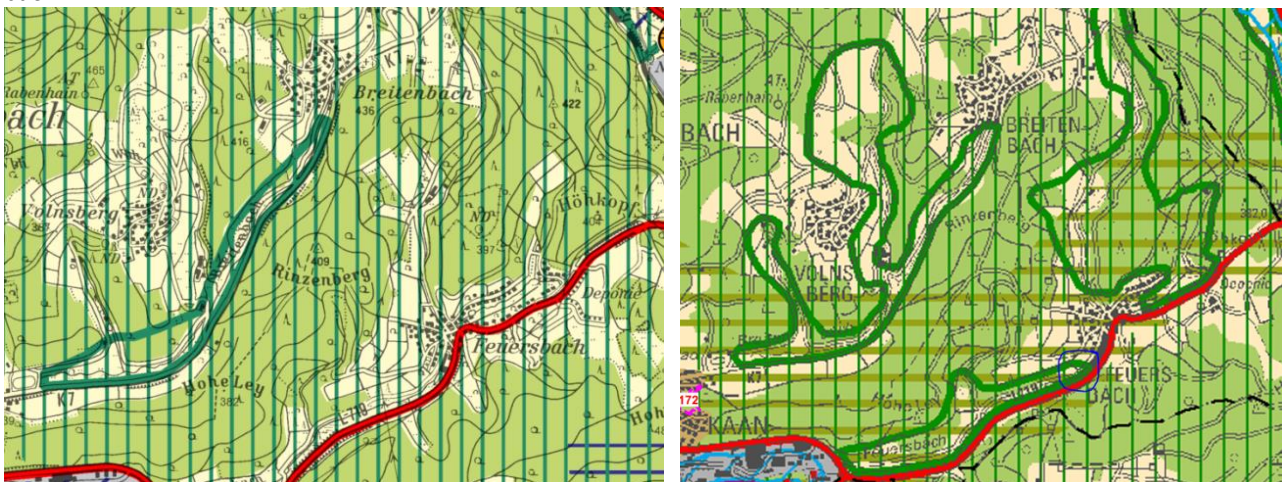
Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Kaan



Detailbetrachtung:

Die ASB-Abgrenzung in der Talaue des Breitenbachs (148) wurde entgegen dem städtischen Wunsch nicht herausgenommen. Da der obere Lauf des Baches im BSN liegt, wäre eine Herausnahme aus dem ASB wünschenswert. Die Darstellung der Überschwemmungsbereiche der Weiß gehen deutlich über die festgesetzten bzw. gesicherten Überschwemmungsbereiche hinaus. Vgl. hierzu den Abschnitt zu 5.5-3.

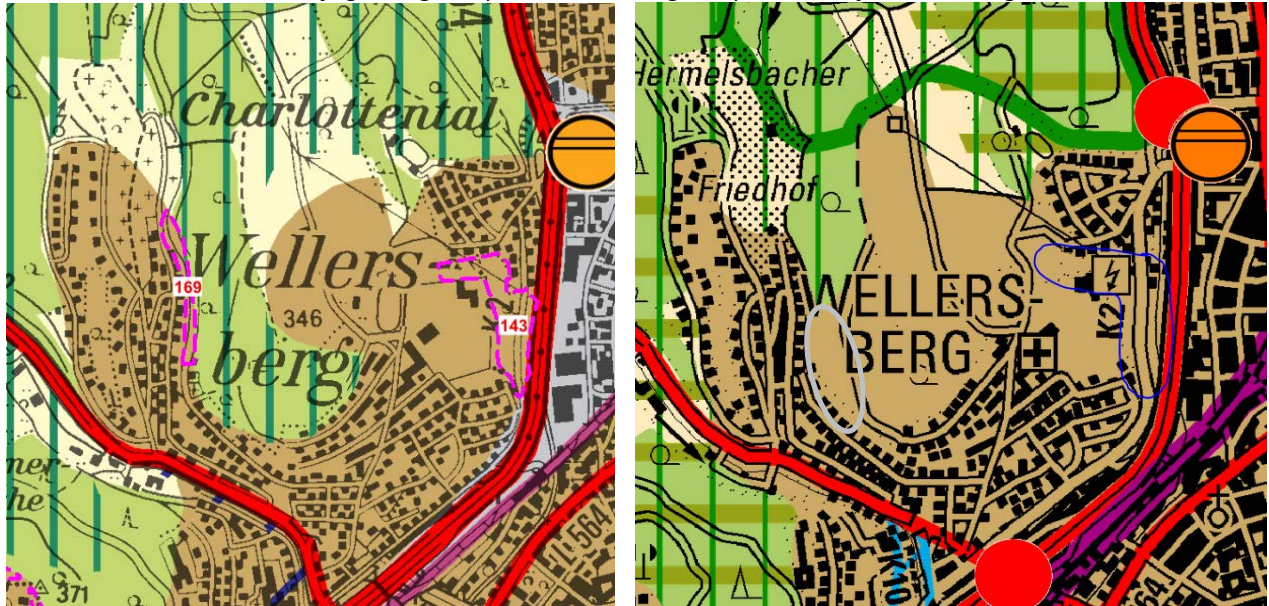
Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Volnsberg, Breitenbach, Feuersbach



Detailbetrachtung:

Die neue ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Wünschen der Stadt Siegen. Die großen BSN-Bereiche (u. a. mit den landwirtschaftlich genutzten Flächen in den Talauen von Breitenbach und Feuersbach) schließen direkt an die Siedlungsbereiche an, so dass Konfliktsituationen entstehen. Insbesondere gilt dies angrenzend an die Firma Schäfer in Feuersbach. Die großflächigen Regionalen Grünzüge überlagern die Siedlungsbereiche des Stadtteils Feuersbach. Vgl. hierzu den Abschnitt zu 5.4-1.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Wellersberg

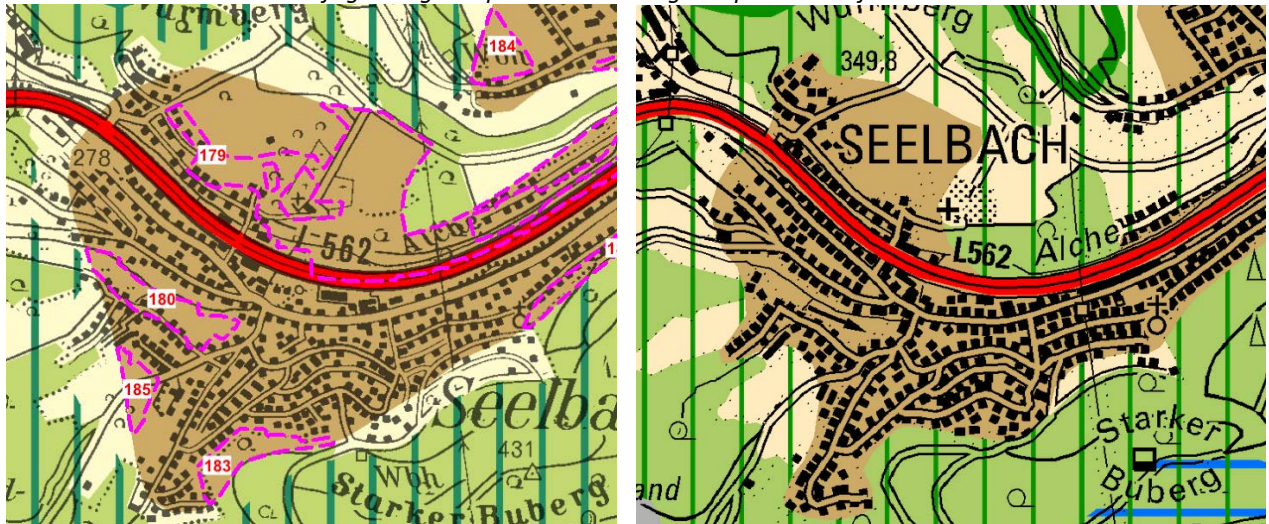
**Detailbetrachtung:**

Die ASB-Abgrenzung entspricht überwiegend den Gesprächen mit der BRA. Allerdings besteht aus Sicht der Stadt Siegen keine Notwendigkeit, die Waldfläche zwischen der Verlängerung Blücherstraße und der Verlängerung Herderstraße als ASB darzustellen (grau umrandet). Die Fläche 143 östlich der Kinderklinik sollte als Freiraum ausgewiesen werden (ca. 4 ha, blau umrandet).

Die GIB wurden gemäß der neuen Einteilung auf Basis der realen Nutzung in ASB geändert (kein emittierenden Industriebetriebe).

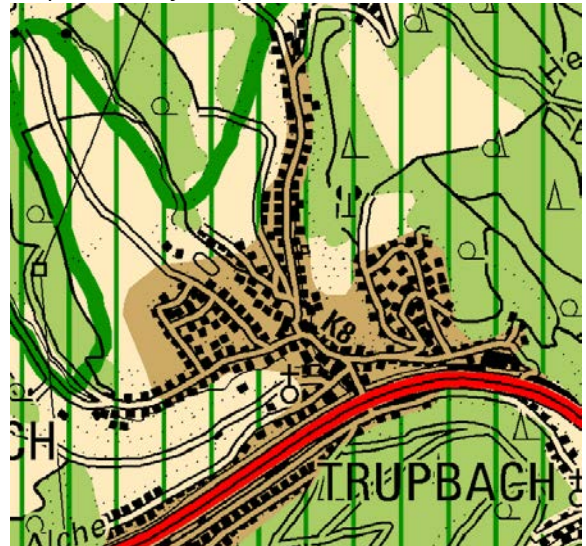
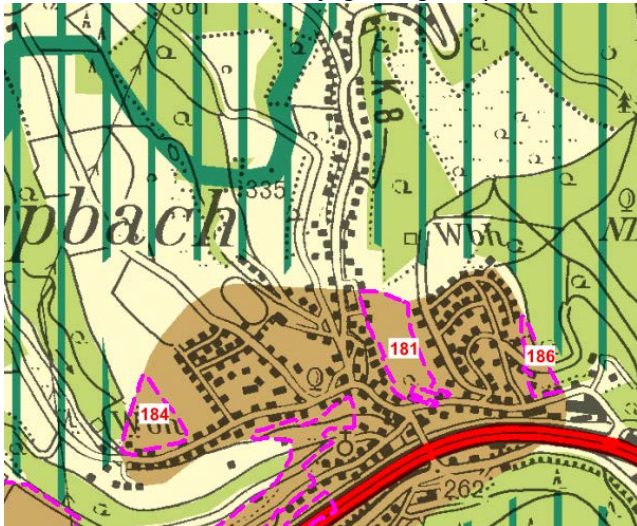
Der Hermelsbacher Friedhof wird tlw. von "Bereich zum Schutz der Landschaft und Erholung" überlagert. Ob diese Abgrenzung einer sachgerechten und fachlichen Abwägung Stand hält, ist zu überprüfen.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Seelbach

**Detailbetrachtung:**

Die ASB-Abgrenzung entspricht in weiten Teilen dem Wunsch der Kommune. Jedoch wurde dem Wunsch der Kommune nicht entsprochen, die Fläche 180 aus dem ASB heraus zu nehmen.

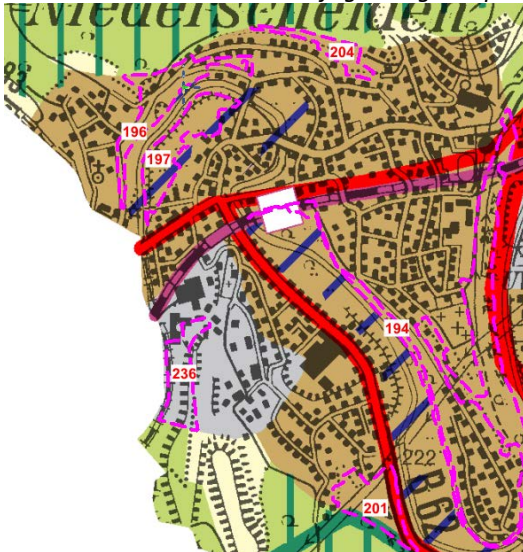
Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Trupbach



Detailbetrachtung:

Die ASB-Abgrenzung entspricht in weiten Teilen dem Wunsch der Kommune. Jedoch wurde dem Wunsch der Kommune nicht entsprochen, die Fläche 181 aus dem ASB heraus zu nehmen und die ASB an die Realnutzung anzupassen.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Niederschelden



Detailbetrachtung:

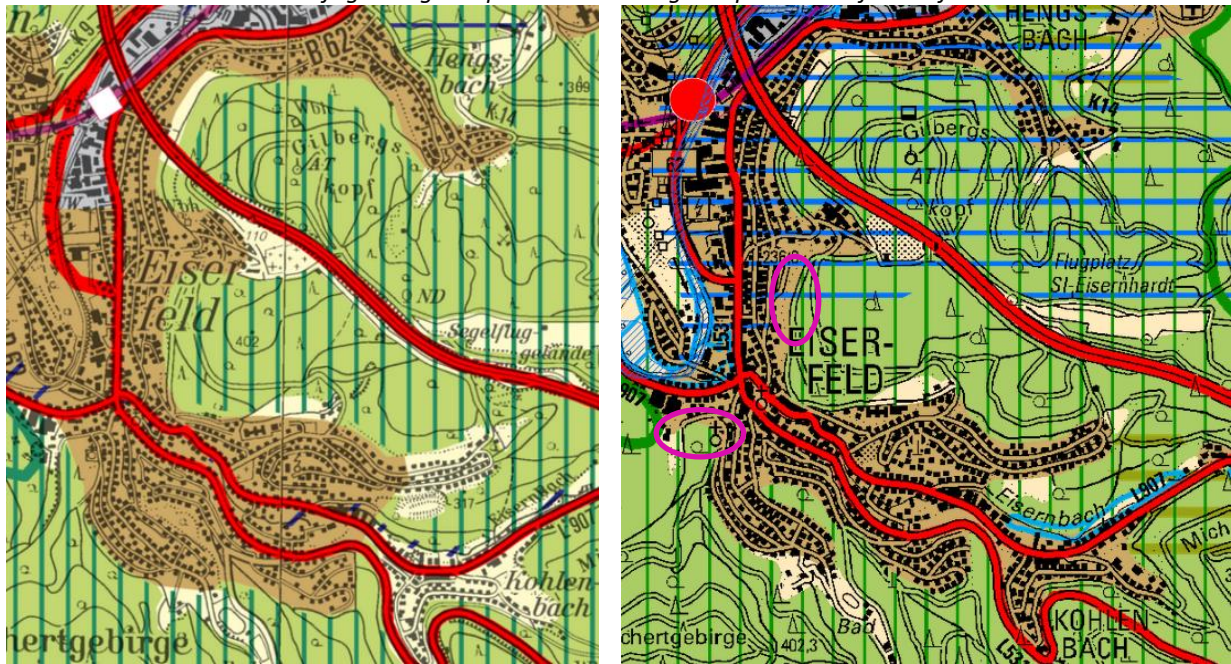
Die ASB-Abgrenzung entspricht in weiten Teilen dem Wunsch der Kommune. Eine mögliche wohnbauliche / gewerbliche Entwicklung der Sandhalde ist jedoch nicht vollumfänglich im Regionalplanentwurf abgedeckt, da die BRA hier hinter den Wünschen der Kommune zurück geblieben ist.

Der BSN umfasst hier nun einen noch größeren Teil der Sandhalde und reicht bis unmittelbar an die aktuelle (und geplante) gewerbliche Nutzung heran.

Die Überschwemmungsbereiche (grob blau schraffiert) sind deutlich zu groß dargestellt und gehen weit über die vorläufig gesicherten Bereiche hinaus (fein blau schraffiert): Vgl. hierzu den Abschnitt zu 5.5-1.



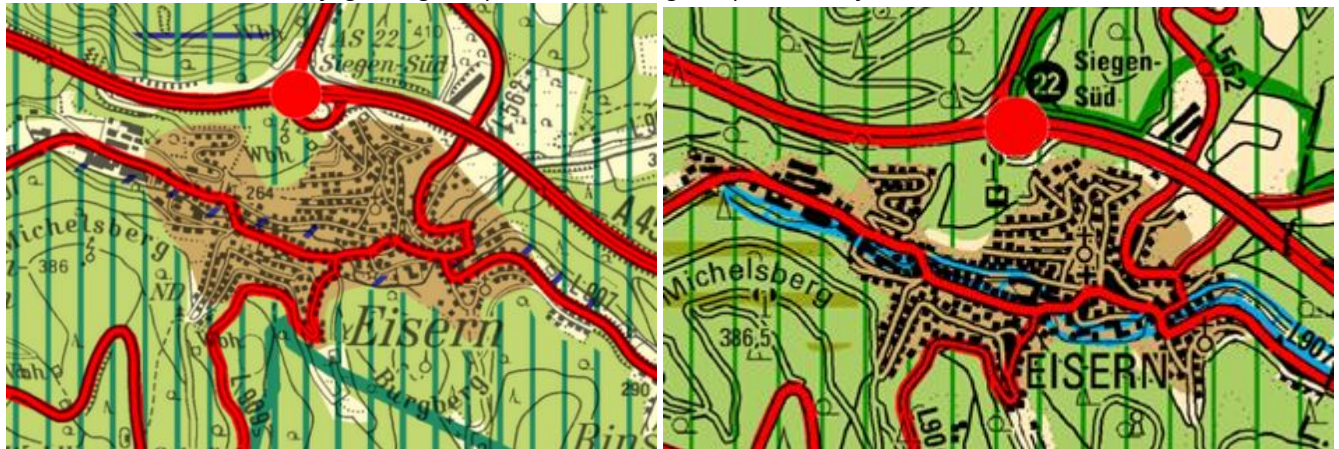
Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Eiserfeld



Detailbetrachtung:

ASB-Abgrenzung: Die Fläche "In der Tretenbach" wurde entgegen dem Wunsch der Kommune aus dem ASB entfernt, obwohl dort eine Ergänzungssatzung nach Baugesetzbuch besteht. Ebenfalls nicht nachgekommen wurde dem Wunsch, die Fläche Hengsbach (Eiserfeld_2 des Wohnbaulandkonzeptes) zurückzunehmen.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf - Eisern



Detailbetrachtung:

Die ASB-Abgrenzung wurde an die Realnutzung angepasst. Die Potenzialfläche Eisern_1 "Auf dem Groben" ist in der neuen ASB-Abgrenzung nicht vollständig enthalten.

Ein BSN grenzt direkt an das Werksgelände der Firma Hundhausen an, Nutzungskonflikte sind hier vorprogrammiert.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf überlagert mit der GIB-Abgrenzung aus dem rechtskräftigen Regionalplan (blaue Umrandung) - Bereich Eisernhardt:



Detailbetrachtung:

Die GIB-Fläche wurde im vorliegenden Entwurf deutlich verkleinert (vorher: blaue Umrandung). Die Stadt Siegen fordert daher die Beibehaltung der ursprünglichen Abgrenzung.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, die ASB-Abgrenzung gemäß den vorangehenden Detailbetrachtungen anzupassen.

4.4-2 Grundsatz – Standorte von Einkaufszentren

Die Darstellung und Festsetzung von Kerngebieten und Sondergebieten für Vorhaben i. S. d. § 11 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO (Einkaufszentren) soll nur innerhalb der zASB erfolgen.

Bewertung / Kritik

Wenn Einkaufszentren nur noch in den zASB angesiedelt werden sollen, sind solche Ansiedlungen in einigen Siegener Stadtteilen gemäß der aktuell vorliegenden Abgrenzung der zASB (Erläuterungskarte 4A) nicht mehr möglich. Jedoch befinden sich auch in den nicht als zASB deklarierten Stadtteilen, beispielsweise in Seelbach und Achenbach, die für sich genommen Schwerpunkte der Siedlungsentwicklung darstellen, Nahversorgungsstandorte. An diesen Standorten ist die Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben mit nahversorgungsrelevanten Sortimenten – auch solchen, die der Definition eines Einkaufszentrums unterfallen könnten – durchaus vorstellbar und im Sinne der dezentralen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger oftmals gewünscht (z. B. Supermarkt, Drogerie, Getränkemarkt in räumlicher Nähe und mit organisatorischer Einheit).

Anregung / Forderung

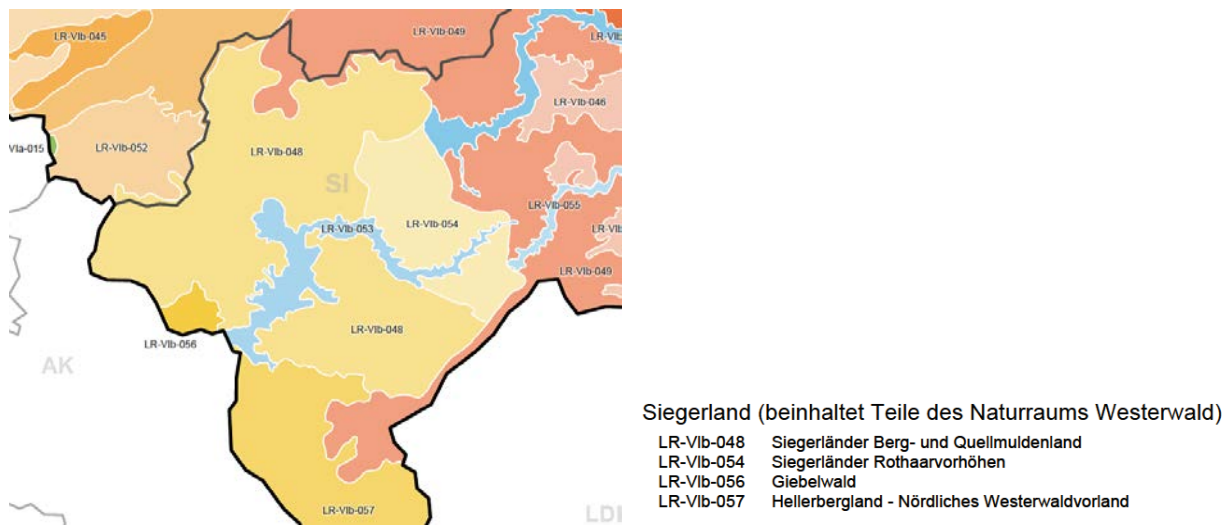
Die Stadt Siegen fordert, die zASB in der Grundsatzformulierung gegen ASB zu ersetzen oder die Formulierung dahingehend zu entschärfen, dass die Darstellung und Festsetzung von Kerngebieten und Sondergebieten für Vorhaben i. S. d. § 11 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO **vorrangig** innerhalb der zASB erfolgen soll. .

Zu 5.1: Festlegungen für den gesamten Freiraum

5.1-3 Grundsatz – Leitbilder der Landschaftsentwicklung

Bei der Formulierung von Entwicklungszielen der Landschaftsplanung und bei der Erarbeitung von Kompensationskonzepten sollen die Leitbilder der Landschaftsräume und die Entwicklungsziele für die Verbundschwerpunkte des Biotopverbunds berücksichtigt werden. Die Landschaftsräume sind in Erläuterungskarte 5A abgebildet.

Ausschnitt aus Erläuterungskarte 5A:



Bewertung / Kritik

Die im Grundsatz erwähnten Leitbilder der Landschaftsräume und Entwicklungsziele der Verbundschwerpunkte sind in Erläuterungskarte 5A nicht näher beschrieben, lediglich dargestellt. In den Erläuterungen zu Grundsatz 5.1-3 wird auf das Landschaftsinformationssystem (LINFOS) des LANUV verwiesen, das im Internet verfügbar ist.

Anregung / Forderung

Die Leitbilder der Landschaftsräume sowie die Entwicklungsziele aus dem LINFOS sind, wenn sie in der Bauleitplanung Berücksichtigung finden sollen, in den Regionalplanentwurf aufzunehmen. Die dynamische Verweisung wird auch hier seitens der Stadt Siegen als nicht rechtmäßig angesehen.

5.1-4 Grundsatz – Orts- und Landschaftsbild bestimmende Strukturen

Charakteristische Siedlungs- und Freiraumstrukturen, die das Orts- und Landschaftsbild in besonderer Weise bestimmen, sollen in ihrer Funktion erhalten und entwickelt werden.

Bewertung / Kritik

In den Erläuterungen zu diesem Grundsatz werden sehr kleinteilige Strukturen wie beispielsweise markante Einzelbäume oder Streuobstwiesen angesprochen, die zu erhalten und entwickeln seien. Dies auch hier nur textlich, weil die Maßstabsebene eine zeichnerische Darstellung gar nicht zulassen würde. Auch diese Strukturen werden jedoch selbstverständlich und bereits ohne Regionalplanentwurf im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung gemäß § 1 Abs. 6 BauGB als Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege berücksichtigt.

Anregung / Forderung

Auch hier ist der Grundsatz daher aus Sicht der Stadt Siegen zu streichen – der Umgang mit den Schutzgütern ist der kommunalen Planungshoheit zu überlassen.

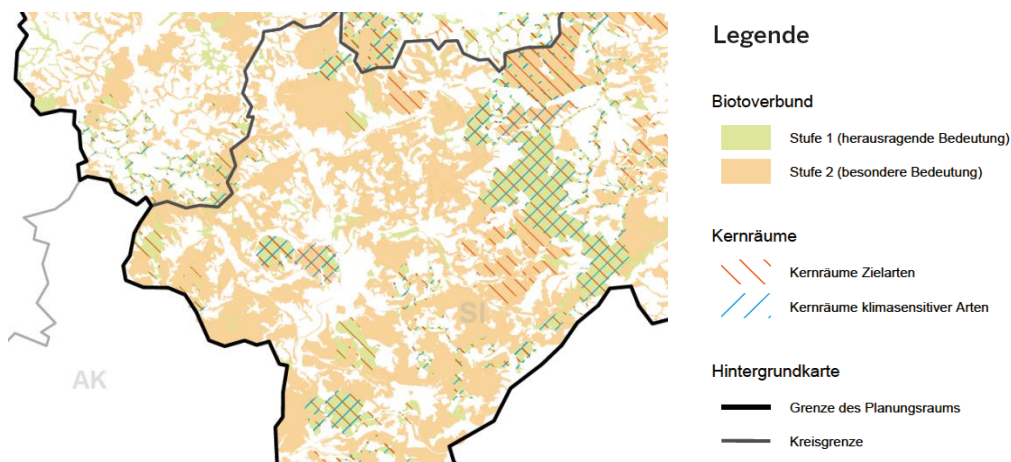
5.1-5 Grundsatz – Siedlungs- und freiraumübergreifende Biotopvernetzung

Bei der Siedlungsentwicklung sollen freiraum- und siedlungsübergreifend Lebensgemeinschaften und Biotop-e einschließlich ihrer ökologischen Wechselbeziehungen vernetzt werden. Dabei sollen auch die Ansprüche von klimasensitiven Arten berücksichtigt werden. Dies schließt die Sicherung und Entwicklung von Lebensräumen ein, deren Bedeutung für diese Artengruppen erst im Zuge des prognostizierten Klimawandels steigen wird. (vgl. Erläuterungskarte 5B)

Dazu aus den Erläuterungen S. 88:

Daher ist der Gedanke der Biotopvernetzung auch bei der Siedlungsentwicklung insbesondere in der Bauleitplanung von Relevanz. Gerade Übergangsbereiche an Siedlungsrändern können ein wesentlicher Bestandteil der Biotopvernetzung sein. Der Siedlungsraum weist durch intensive Nutzung einen hohen Bedarf zur Verbesserung von Biotopverbindungen auf. Hier liegt jedoch auch ein besonders hohes Potenzial, durch vergleichsweise geringen Aufwand zu einer qualitativen Aufwertung der Vernetzungsstruktur beizutragen. (vgl. Grundsatz 4.1-6) Zu nennen ist in diesem Zusammenhang z. B. das Entwickeln von Bachsystemen mit ihren Auen und begleitenden Gehölzen oder angrenzendem Grünland bzw. innerörtlichen Grünflächen. Derartige Maßnahmen bieten häufig viele Möglichkeiten für Synergien beim Zusammenspiel unterschiedlicher Fachplanungen. Bewertung / Kritik

Ausschnitt aus Erläuterungskarte 5B



Auch die Belange, auf die in diesem Grundsatz Bezug (Artenschutz bzw. klimasensitive Arten bzw. Lebensräume für diese Artengruppen) genommen wird, sind sehr kleinteilig, wenn in den Erläuterungen beispielsweise Bachsysteme und begleitende Gehölze genannt werden. Diese Strukturen werden ebenfalls im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung gemäß § 1 Abs. 6 BauGB als Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege berücksichtigt. Die zeichnerische Darstellung des Biotopverbunds in Erläuterungskarte 5B hingegen lässt auch hier einen konkreten räumlichen Bezug vermissen. Der Begriff der klimasensitiven Arten wird im Regionalplanentwurf nicht näher definiert.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, Satz 2 und 3 des Grundsatzes 5.1-5 zu streichen und damit den Regelungsgehalt der kommunalen Planungshoheit zu überlassen. Die Stadt Siegen fordert außerdem, den Biotopverbund kartographisch so darzustellen, dass eine dem Maßstab des Regionalplans entsprechende Verortung der Flächenkategorien möglich wird.

Zu 5.2: Wald und Forstwirtschaft

5.2-1 Grundsatz – Erhalt großflächiger, unzerschnittener Waldbereiche und überregionaler Wildtierkorridore

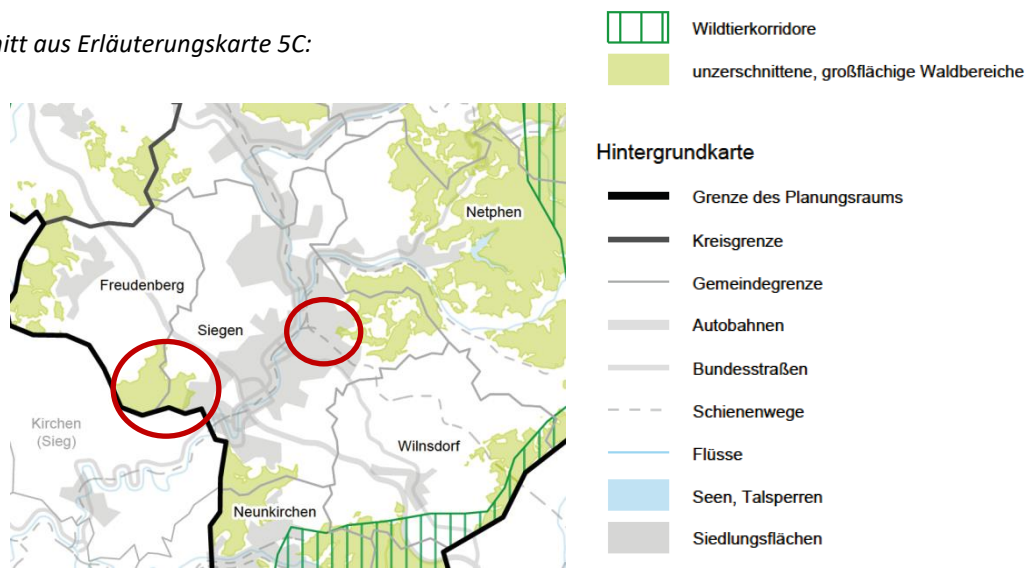
Die Lebensräume von Arten mit weiträumigem Arealanspruch und deren durchgängige Wanderkorridore sollen gesichert und entwickelt werden.

Hierfür sollen großflächige, unzerschnittene und störungsarme Waldbereiche sowie naturnahe, strukturreiche Laubwälder und Waldränder gesichert und entwickelt werden. (vgl. Erläuterungskarte 5C)

Ausschnitt aus den Erläuterungen S. 93:

[...] Diese Trittsteine und Korridore können unter die Darstellungsschwelle für regionalplanerisch festgelegte Waldbereiche fallen. Daher können Verbundkorridore für Arten der Waldgilde auch in zeichnerisch nicht als Wald festgelegten Bereichen liegen.[...]

Ausschnitt aus Erläuterungskarte 5C:



Bewertung / Kritik

Wie bei vielen Festlegungen wird auch hier wieder Bezug genommen auf kleinteilige Strukturen unterhalb der Darstellungsschwelle, die nicht einmal als Wald festgelegt sind, trotz dass sich dieser Grundsatz auf Waldbereiche bezieht. Der räumliche Bezug dieses Grundsatzes ist somit nicht nachvollzieh- und abgrenzbar. Auch die Erläuterungskarte liefert auf Grund der Maßstäblichkeit keine Erkenntnisse zur Abgrenzung der unzerschnittenen, großflächigen Waldbereiche. Es fällt allerdings auf, dass sich im Siegener Stadtgebiet der als Siedlungsfläche dargestellte Bereich in zwei Teilbereichen (rote Kreise in der Karte) mit den unzerschnittenen, großflächigen Waldbereichen überschneidet. In der Erläuterungskarte scheint die Darstellung der Siedlungsbereiche im Übrigen über die tatsächlich besiedelten Bereiche deutlich hinauszugehen. Es stellt sich die Frage, welche Datengrundlage hier genutzt wurde.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, in den Grundsatz auf die auf Regionalplanebene darstellbaren unzerschnittenen, großflächigen Waldbereiche zu begrenzen und im Übrigen der kommunalen Planungshoheit zu überlassen, kleinteilige schützenswerte Strukturen bzw. Biotopverbünde und Wildtierkorridore im Zuge städtebaulicher Entwicklungen zu schützen. Die Waldbereiche sind so darzustellen, dass eine räumliche Verortung möglich ist und die Siedlungsbereiche sind in der kartographischen Darstellung zu korrigieren. Sollten weiterhin Überschneidungen zwischen den Siedlungsbereichen und den Waldbereichen auftreten, sind die Waldbereiche innerhalb der Siedlungsbereiche zeichnerisch zurückzunehmen.

5.2-6 Ziel – Naturwaldzellen, Wildnisentwicklungsgebiete, Saatgutbestände, forstliche Versuchsflächen

Naturwaldzellen und deren unmittelbare Umgebung sind zu sichern. Nachteilige Einwirkungen sind zu vermeiden, um die ungestörte Entwicklung der Biozönosen sicherzustellen.

Wildnisentwicklungsgebiete und deren unmittelbare Umgebung sind zu sichern. Nachteilige Einwirkungen sind zu vermeiden, um die ungestörte Entwicklung der Biozönosen sicherzustellen.

Zugelassene Saatgutbestände und Samenplantagen sind zu sichern. Nachteilige Einwirkungen sind zu vermeiden, um ihre Bedeutung für die Versorgung mit hochwertigem, standortangepasstem Saatgut zu erhalten.

Forstliche Versuchsflächen sind bis zum Abschluss der unmittelbaren Beobachtung vor jeder den Versuchszweck beeinträchtigenden Einwirkung zu schützen.

Die Naturwaldzellen, Wildnisentwicklungsgebiete, zugelassenen Saatgutbestände und forstlichen Versuchsflächen sind in Erläuterungskarte 5D abgebildet.

Bewertung / Kritik

Im Ziel 5.2-6 wird auf Flächenkategorien (Naturwaldzellen, Wildnisentwicklungsgebiete, Saatgutbestände, forstliche Versuchsflächen) Bezug genommen, die in einer Erläuterungskarte lediglich mit Piktogrammen verortet sind. Die Begriffe der „unmittelbaren Umgebung“ sowie der „nachteiligen“ bzw. „beeinträchtigenden“ „Einwirkungen“ sind nicht näher definiert.

Anregung / Forderung

Entsprechend der Zielfestlegung sind die Flächenkategorien mindestens in einer Erläuterungskarte und damit räumlich konkret verortet darzustellen. Die Piktogramme und der Verweis auf den Fachbeitrag des Landesbetriebs Wald und Holz, der nicht Teil des Regionalplanentwurfs ist, reicht aus Sicht der Stadt Siegen nicht aus, da das Planwerk aus sich heraus verständlich und lesbar sein muss. Die vorgenannten Begrifflichkeiten sind außerdem zu definieren. Andernfalls ist nicht nachvollziehbar, welche Auswirkungen die Flächenausweisungen auf ihre Umgebung haben.

5.2-7 Grundsatz – Erhalt und Pflege kulturhistorischer Waldnutzungsformen und Objekte

Waldflächen mit Relikten historischer Waldnutzungsformen sowie kulturhistorisch wertvolle Objekte und Strukturen im Wald sollen entsprechend ihres schutzwürdigen Charakters auf Grundlage abgestimmter Nutzungskonzepte erhalten und gepflegt werden.

Ausschnitt aus der Begründung S. 65:

[...] Wegen ihrer Kleinteiligkeit bzw. geringen Größe ist gegenüber den kulturhistorischen Elementen und Strukturen besondere Aufmerksamkeit geboten, da sie aufgrund von Nutzungsintensivierungen oder Erschließungsmaßnahmen in ihrem Erhalt gefährdet sein können. [...]

Bewertung / Kritik

In den Erläuterungen zu diesem Grundsatz werden wiederum sehr kleinteilige Strukturen wie beispielsweise Kalköfen und Verhüttungsstellen angesprochen, die zu erhalten und entwickeln seien. Dies auch hier nur textlich, weil die Maßstabebene eine zeichnerische Darstellung gar nicht zulassen würde. Auch diese Strukturen werden jedoch selbstverständlich und bereits ohne Regionalplanentwurf im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung gemäß § 1 Abs. 6 BauGB als Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege bzw. des Denkmalschutzes bereits berücksichtigt.

Anregung / Forderung

Auch hier ist der Grundsatz daher aus Sicht der Stadt Siegen zu streichen – der Umgang mit den Schutzgütern ist der kommunalen Planungshoheit zu überlassen.

Zu 5.3: Offenland und Landwirtschaft

5.3-1 Grundsatz – Sicherung von Offenland

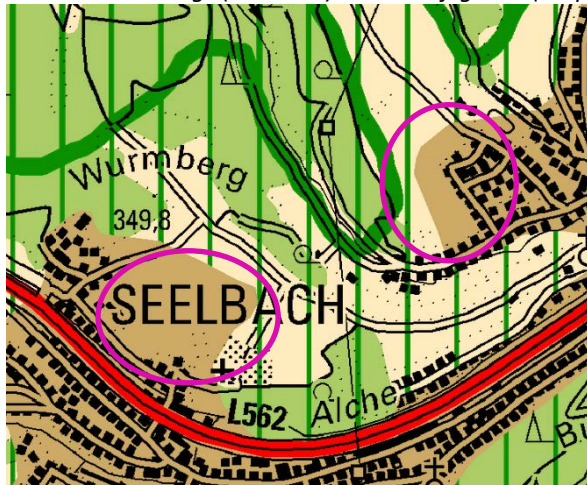
Offenland soll als wesentlicher Bestandteil des Landschaftsgefüges gesichert werden.

Bewertung / Kritik

Die Formulierung des Grundsatzes 5.3-1 lässt offen, was genau „Offenland“ ist. Auch beispielsweise innerhalb von im Regionalplanentwurf festgelegten, aber noch nicht bauleitplanerisch umgesetzten ASB und GIB findet sich „Offenland“, das der Beschreibung in den Erläuterungen und der Begründung zu den textlichen Festlegungen entspricht. Sollen diese „Offenland“-Bereiche nun freigehalten werden, steht der Grundsatz 5.3-1 in großem Widerspruch zu den Festlegungen von ASB, GIB und anderen Siedlungs-

flächenkategorien, die zur baulichen Entwicklung vorgesehen sind und deren Flächen auf Siegener Stadtgebiet z.T. in die Kategorie „Offenland“ fallen.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf und dem gültigen FNP der Stadt Siegen mit Verortung der Offenlandbereiche "Wurmberg" (Seelbach) und "Wolfsgrow" (Trupbach), die als Wohnbaulandreserve im FNP dargestellt sind:



Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert klarzustellen, dass sich der Grundsatz auf die Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB) bezieht. Andernfalls ist der Grundsatz bzw. sind die Ziel-Festlegungen zu den Siedlungsflächenkategorien nicht endabgewogen – der Grundsatz sollte in diesem Falle gestrichen werden.

Zu 5.4: Natur und Landschaft

5.4-1 Ziel – Bereiche für den Schutz der Natur

In den BSN ist die naturnahe oder durch Extensivnutzung bedingte Ausprägung von Natur und Landschaft langfristig zu sichern und zu entwickeln.

Die aus Gründen der Darstellbarkeit nicht zeichnerisch als BSN festgelegten naturschutzwürdigen Oberflächengewässer und deren zugehörige Talzüge (Anhang 5-I) sind BSN.

Die BSN sind durch Maßnahmen des Naturschutzes und eine dem jeweiligen Schutzzweck angepasste Nutzung zu pflegen und zu entwickeln oder einer ungestörten Entwicklung zu überlassen.

Dem Arten- und Biotopschutz ist in den BSN der Vorrang vor beeinträchtigenden raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen einzuräumen. Dies schließt auch raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen ein, die in der Umgebung von BSN stattfinden und sich beeinträchtigend auf die wesentlichen Teile des jeweiligen BSN auswirken können.

Alle Nutzungen sind in ihrer Art und Intensität den jeweiligen standörtlichen Erfordernissen zur Erhaltung und Entwicklung der BSN anzupassen.

5.4-2 Ziel – Umsetzung der Bereiche für den Schutz der Natur

Die zeichnerisch festgelegten BSN sind entweder in ihrer Gesamtfläche oder in ihren wesentlichen Teilen (Anhang 5-II i. V. m. Erläuterungskarte 5E) als Naturschutzgebiete festzusetzen oder über langfristige vertragliche Vereinbarungen zu sichern. Die aus Gründen der Darstellbarkeit nicht zeichnerisch festgelegten BSN sind als Naturschutzgebiete oder geschützte Landschaftsbestandteile festzusetzen oder über langfristige vertragliche Vereinbarungen zu sichern. Insbesondere sind die

- / Kernräume von Zielarten*
- / Räume zur Vernetzung von Zielarten*
- / Räume klimasensitiver Zielarten und Biotopen zu beachten.*

Im Falle der Sicherung durch vertragliche Vereinbarungen ist eine Schutzqualität sicherzustellen, die der eines Naturschutzgebietes entspricht. Die Durchgängigkeit der Talzüge ist in Hinblick auf den Gewässerbiotopverbund zu sichern und zu entwickeln. (vgl. Anhang 5-I).

Auch unterhalb der Darstellungsschwelle des Regionalplans liegende naturschutzwürdige Bereiche sind als Naturschutzgebiete festzusetzen.

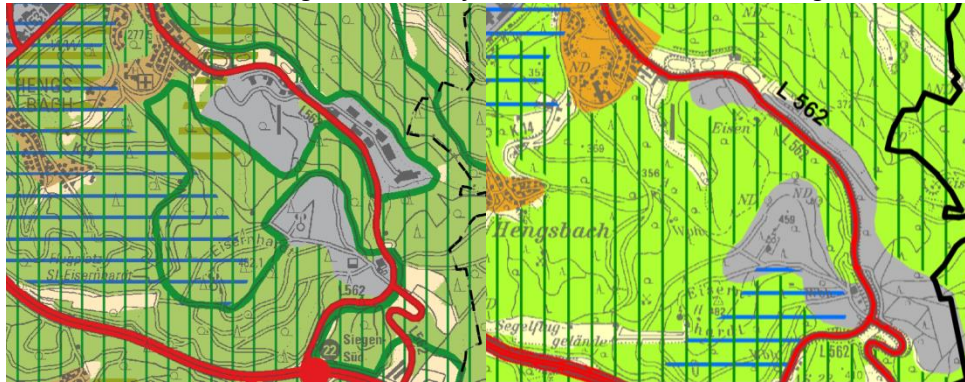
Bewertung / Kritik

Insgesamt werden im Stadtgebiet Siegen im Entwurf des Regionalplanes zehn BSN-Flächen dargestellt. Fünf dieser Flächen sind neu aufgenommen worden. Bei allen vorhandenen Bereichen wurden die Bezeichnungen geändert, bei einigen vorhandenen Bereichen wurden im Rahmen der zeichnerischen Darstellung zum Teil erhebliche Erweiterungen vorgenommen. Die BSN-Flächen stellen die Grundlage für die spätere Ausweisung von Naturschutzgebieten durch den Kreis Siegen-Wittgenstein dar. Dies müsste im Rahmen der Überarbeitung des Landschaftsplanes Siegen erfolgen.

Übersicht über die geänderten Bezeichnungen und die neu dargestellten BSN:

BSN-Ausweisung im rechtskräftigen Regionalplan	Neue BSN-Ausweisung
94 Feuchtwiesen Langenbachtal	139 Großes und Kleines Langenbachtal
95 Halde und Wälder am Haardter Berg	145 Siegen Schlackenhalde Monte Schlacko
96 Truppenübungsplatz Trupbach	136 Ehemaliger Truppenübungsplatz Trupbach
98 Schluchtwald am Kleff, Eiserfeld	165 Siegen Hirzhornberg bei Niederschelden
97 Breitenbachtal zwischen Kaan-Marienborn und Breitenbach	166 Weißbachtal mit Nebentälern
	137 Quellsiepen und Nebentäler des Heesbachtales
	138 Laubwälder und Siepen westlich Kreuztal und Geisweid
	142 Waldgebiet Tiergarten-Heckenberg
	167 Grünland bei Siegen-Bürbach
	169 Waldgebiet bei Obersdorf

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – Bereich Martinshardt/Eisernhardt in Siegen, im Entwurf mit neuem BSN Nr. 160: „Waldgebiet bei Obersdorf“

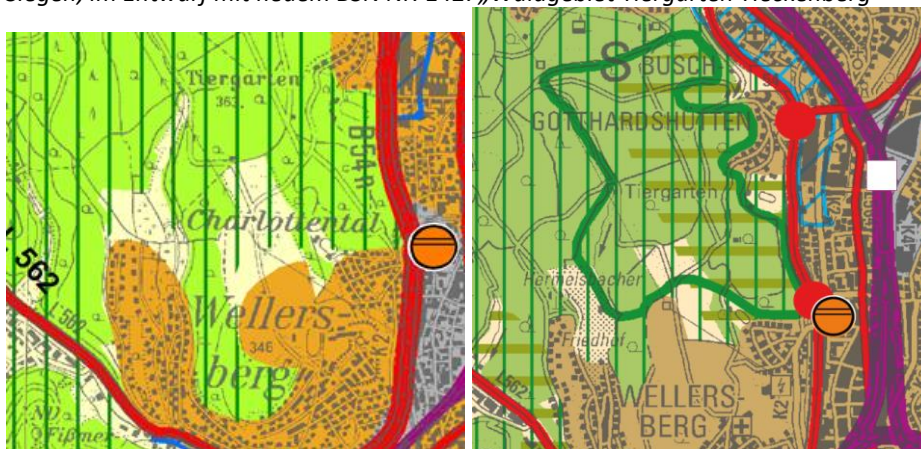


Detailbetrachtung:

Der neue BSN-Bereich Nr. 160 „Waldgebiet bei Obersdorf“ umfasst weite Waldareale im Leimbachtal und grenzt unmittelbar an die bestehenden Gewerbegebiete „Oberes Leimbachtal“, und „Martinshardt“ sowie an das geplante Gewerbegebiet „Martinshardt II“ an. Im Bereich des Gewerbegebietes „Martinshardt II“ überlagert die BSN-Festlegung das geplante Regenrückhaltebecken. Als wesentlicher Grund der Ausweisung wird die Eignung der Wälder als Lebensraum für die Bechsteinfledermaus angegeben. Hierzu wird auf folgendes hingewiesen:

- Die Wälder im Leimbachtal werden momentan im Zuge der Borkenkäferkalamität großflächig abgeholzt. Damit gehen wesentliche Habitatstrukturen für die Bechsteinfledermaus verloren, sodass die Eignung der Wälder als BSN-Fläche fachlich zu hinterfragen ist.
- Die unmittelbare Nachbarschaft künftiger Naturschutzgebiete neben bestehenden und geplanten Gewerbegebieten ruft erhebliche Konflikte hinsichtlich vorhandener Lärm- und Lichtemissionen hervor, die möglicherweise zu Nutzungseinschränkungen der gewerblichen Nutzung führen können.
- Gleichzeitig mit der Abgrenzung der BSN Festlegungen wurde die GIB-Fläche Eisernhardt in ihrem Flächenzuschnitt verkleinert. Neben dieser Reduzierung ist die gewerblich industrielle Entwicklung innerhalb des Bereiches zusätzlich noch durch die direkt angrenzende BSN-Festlegung eingeschränkt. Dazu auch Pkt. 4.3

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – Bereich Wellersberg in Siegen, im Entwurf mit neuem BSN Nr. 142: „Waldgebiet Tiergarten-Heckenberg“



Detailbetrachtung:

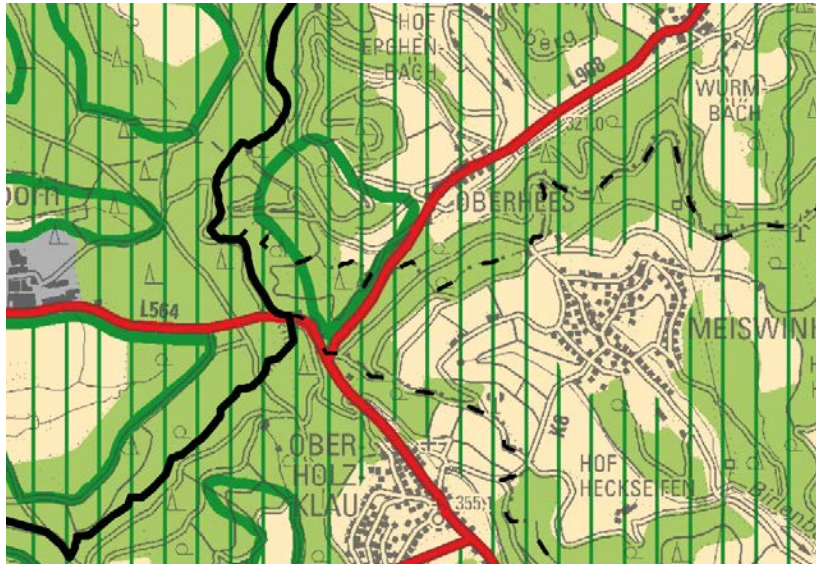
Die geplante BSN- und spätere Ausweisung eines Naturschutzgebietes umfasst weite Bereiche des Stadtwaldes „Weidenauer Tiergarten“, der eine große Bedeutung als Naherholungsgebiet für den Sied-

lungsbereich Weidenau / Siegen besitzt. Demnach darf die Ausweisung des BSN /perspektivisch des NSG der Naherholungsfunktion (z. B. Grillplatz) nicht entgegenstehen.

Große Bereiche des Tiergarten sollen im Rahmen der Ausgleichskonzeption für das geplante Gewerbegebiet Martinshardt II als Kompensationsfläche aus der Nutzung genommen und als Naturwaldfläche entwickelt werden. Beide Entwicklungsabsichten der Stadt Siegen dürfen nicht durch die BSN-Ausweisung gefährdet werden, ebenso nicht die geplante Ausweisung eines Wohngebietes im Bereich des ehemaligen Munitionsdepots und damit in unmittelbarer Nähe des BSN. Auch die forstliche Nutzung auf den übrigen Teilbereichen der BSN-Fläche darf durch die geplante Schutzausweisung nicht eingeschränkt werden. Hier erfolgt die Bewirtschaftung auf der Grundlage des gültigen Forsteinrichtungswerkes. Ebenso tangiert das BSN den Friedhofswald in der Hermelsbach, der jedoch weiterhin genutzt werden können muss.

Die Abgrenzung der BSN-Festlegung im Regionalplanentwurf ist zudem auf die örtlichen Gegebenheiten anzupassen, um auch den fachlichen Belangen Rechnung zu tragen. Konkret bedeutet dies, dass die nicht vom „Naturwald“ erfassten Bereiche, z. B. westlich der Panzerstraße oder die „Hundewiesen“, aus der BSN-Festlegung herausgenommen werden, da die naturfachlichen Gegebenheiten dies nicht rechtfertigen.

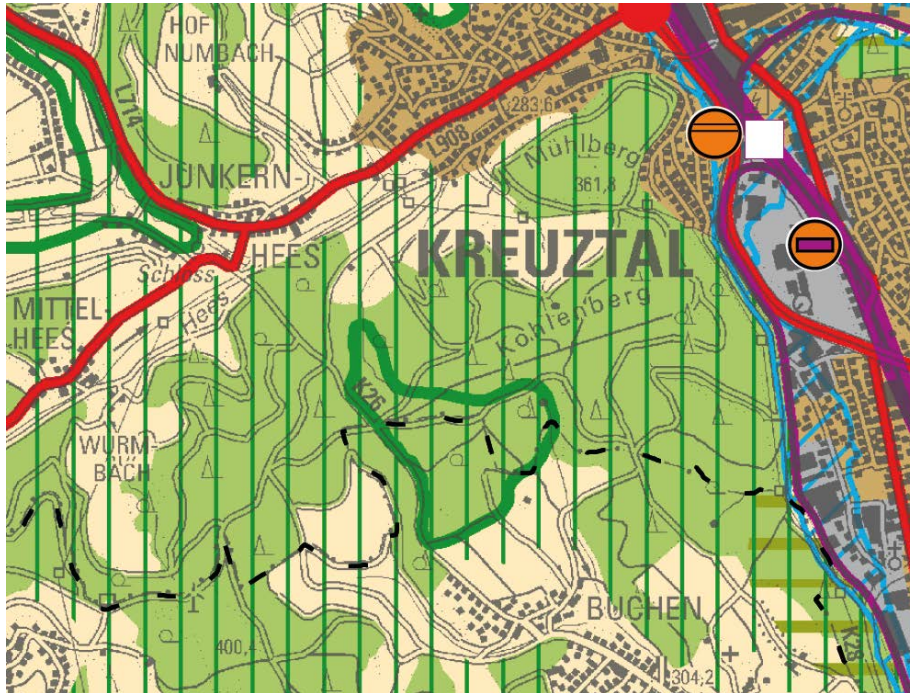
Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – neuer BSN Nr. 137: „Quellsiepen und Nebentäler des Heesbachtals“



Detailbetrachtung:

Die geplante Ausweisung umfasst Laubwaldbereiche im oberen Heestal an der nordwestlichen Grenze von Siegen nach Kreuztal hin. Da es sich dabei im Stadtgebiet Siegen ausschließlich um Wälder handelt, sind Flächen des städtischen Wohnbaulandkonzeptes nicht betroffen.

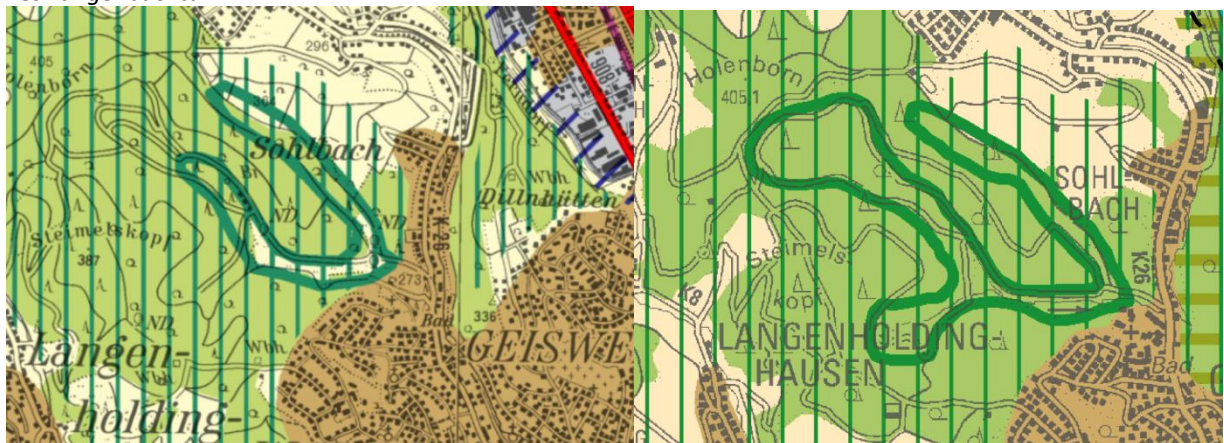
Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – neuer BSN Nr. 138: „Laubwälder und Siepen westlich Kreuztal und Geisweid“



Detailbetrachtung:

Die geplante Ausweisung umfasst Laubwaldbereiche an der nördlichen Grenze von Siegen nach Kreuztal hin. Da es sich dabei im Stadtgebiet Siegen ausschließlich um Wälder nördlich von Siegen-Buchen handelt, sind Flächen des städtischen Wohnbaulandkonzeptes nicht betroffen.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – BSN Nr. 139: „Großes und Kleines Langenbachtal“



Detailbetrachtung:

Die geplante Ausweisung umfasst ziemlich deckungsgleich das bestehende Naturschutzgebiet „Großes und Kleines Langenbachtal“. Flächen des städtischen Wohnbaulandkonzeptes sind nicht betroffen.

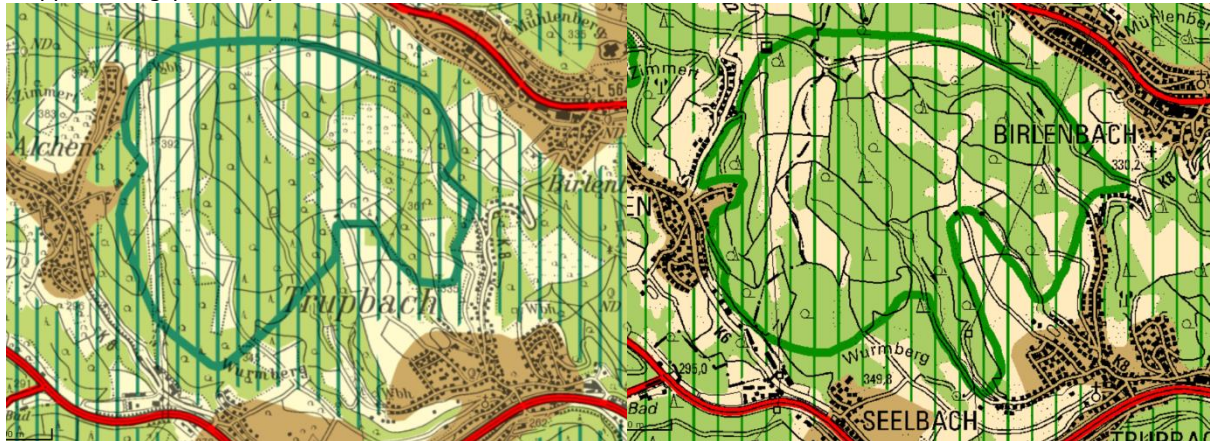
Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – BSN Nr. 145: „Siegen Schlackenhalde Monte Schlacko“



Detailbetrachtung:

Die geplante Ausweisung umfasst das bestehende Naturschutzgebiet „Schlackenhalde Monte Schlacko“, das nördlich angrenzende Haldengelände der Edelstahlwerke Südwestfalen sowie Waldbereiche in Richtung Niedersetzen. Flächen des städtischen Wohnbaulandkonzeptes sind nicht betroffen, ebenso wenig wie städtischer Grundbesitz. Der geplante BSN-Bereich grenzt allerdings unmittelbar an das vorhandene Wertstoffzentrum bzw. den ausgewiesenen GIB an und würde keine künftige Erweiterung nach Osten mehr zulassen, sondern vielmehr die Nutzungsmöglichkeiten des ausgewiesenen GIB gemäß der textlichen Festlegungen des Regionalplanentwurfs einschränken. Mit der Deponie Geisweid wurde eine überlagernde Festlegung getroffen, ebenso mit den Industrieanlagen der Edelstahlwerke östlich der Ferndorf (faktisches Industriegebiet) die Festlegung BSN getroffen.

Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – BSN Nr. 136: „Ehemaliger Truppenübungsplatz Trupbach“



Detailbetrachtung:

Die geplante Ausweisung umfasst die beiden Naturschutzgebiete auf dem Gelände des ehemaligen belgischen Truppenübungsplatzes (s. auch FFH-Schutzgebiet). Neu ist auf Siegener Stadtgebiet lediglich die Einbeziehung eines Laubwaldbereiches oberhalb des Wickersbacher Tales in Richtung Trupbach. Flächen des städtischen Wohnbaulandkonzeptes sind nicht betroffen.

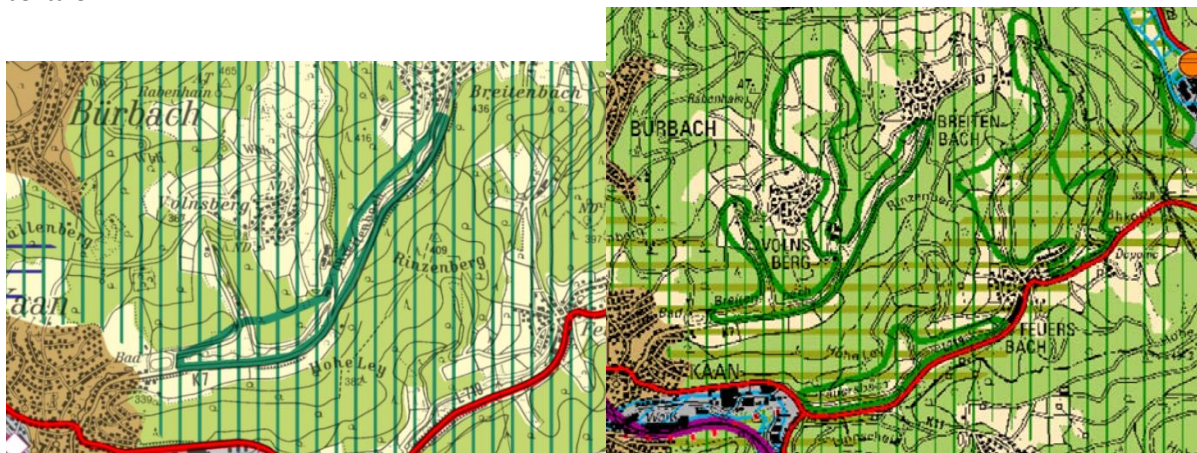
Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – BSN Nr. 165: „Siegen Hirzhornberg bei Niederschelden“



Detailbetrachtung:

Die geplante Ausweisung umfasst neben dem Naturschutzgebiet „Am Kleff“ die westlich angrenzenden Laubwaldbereiche, die z.T. städtische Forstfläche sind, sowie die rekultivierte Schlackenhalde der Charlottenhütte unterhalb der Birker Ley. Aus hiesiger fachlicher Sicht ist nicht nachvollziehbar, wie die rekultivierte Schlackenhalde Kriterien für die Ausweisung als BSN erfüllen kann. Flächen des städtischen Wohnbaulandkonzeptes sind nicht betroffen.

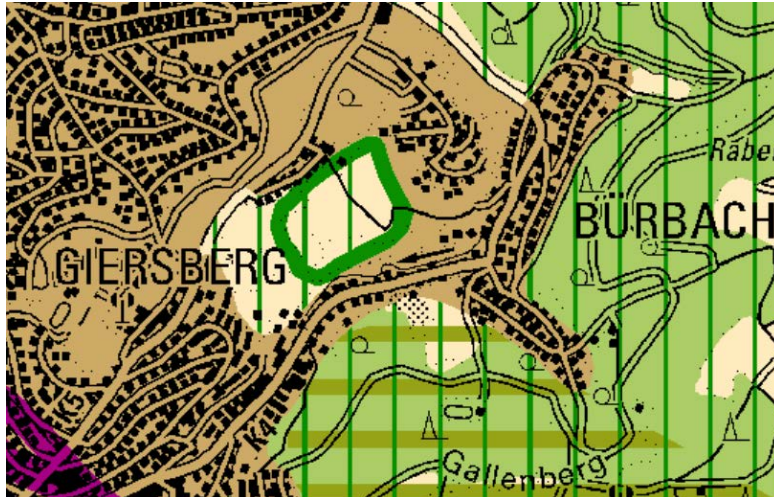
Ausschnitt aus dem rechtskräftigen Regionalplan und dem Regionalplanentwurf – BSN Nr. 166: „Weißbachtal mit Nebentälern“



Detailbetrachtung:

Die geplante Ausweisung erstreckt sich über die gesamte Länge des Breitenbachtales und der nördlichen Zuflüsse sowie über das obere und untere Feuersbachtal mit einem nördlichen Zufluss. Die Flächen im Breitenbachtal beinhalten das bestehende Naturschutzgebiet, zwei Geschützte Landschaftsbestandteile sowie arrondierende Landschaftseinheiten. Die Wiesen und Wälder im Bereich Feuersbach stehen bis auf zwei kleinere flächige Geschützte Landschaftsbestandteile bisher nicht unter Schutz. Die Potenzialfläche „Haselwiese“ aus dem Wohnbaulandkonzept der Stadt Siegen im Ortsteil Breitenbach wurde jedoch als BSN überplant. Die ausgewiesenen BSN reichen außerdem auch hier unmittelbar bis an besiedelte Bereiche im AFAB (Ortslagen von Breitenbach, Volnsberg und Feuersbach) heran.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – neuer BSN Nr. 167: „Grünland bei Siegen-Bürbach“

**Detailbetrachtung:**

Die geplante Ausweisung umfasst Magergrünland und Eichenwald am Siegener Giersberg direkt angrenzend an den Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 355 „Bürbacher Giersberg“. Die Magergrünlandbereiche sind als §30 Biotop (BNatSchG) erfasst und z.T. in städtischem Besitz. Der Eichenwald ist städtische Forstfläche.

Eine Bebauung der Grünlandflächen ist vor Jahren gerichtlich versagt worden. Das städtische Wohnbaulandkonzept stuft die Wiesenbereiche als „unzureichend geeignet“ ein. Von hier ist aus fachlicher Sicht nicht nachvollziehbar, warum die vom BSN-Bereich erfassten Waldflächen die Voraussetzungen für einen BSN-Bereich erfüllen können.

Gesamtbewertung / Kritik

In der zeichnerischen Darstellung sind BSN im Regionalplanentwurf häufig direkt bis an GIB und ASB oder Siedlungsbereiche im AFAB herangeplant. Im Bereich Breitenbach wird eine Konzeptfläche des Wohnbaulandkonzeptes überplant. Die textlichen Festlegungen wurden im Vergleich zum rechtskräftigen Regionalplan hinsichtlich des Beeinträchtigungsverbots von BSN durch raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen verschärft.

Insbesondere aufgrund der vorgegebenen Zielrichtung zur Konkretisierung der GIB ausschließlich für emittierende Industriegebiete ist ein direktes Angrenzen von BSN-Festlegungen mit perspektivischer Ausweisung als Naturschutzgebiet in noch aufzustellenden Landschaftsplänen nicht zielführend und es sind die Konflikte dahingehend vorprogrammiert, dass sich durch Industriebetriebe Auswirkungen auf die Naturschutzgebiete sowie generell die BSN ergeben werden. Die unmittelbare Nachbarschaft von BSN bzw. Naturschutzgebieten sowie bestehenden und geplanten Gewerbegebieten ruft beispielsweise erhebliche Konflikte hinsichtlich vorhandener Lärm- und Lichtemissionen hervor.

Auch durch die Entwicklung von ASB können angrenzende BSN beeinträchtigt werden. In der bauleitplanerischen Abwägung ist nach hiesigem Verständnis der Formulierung des Ziels 5.4-1 den BSN stets Vorrang einzuräumen. Das heißt, Abstände, die zur Bewältigung von Konflikten zwischen BSN und angrenzenden ASB bzw. GIB erforderlich sind, sind durch die Kommunen jeweils innerhalb der ausgewiesenen ASB bzw. GIB zu gewährleisten. Selbst eine gestaffelte Nutzung in den GIB (NSG, verträgliches Gewerbe, Industrie) wäre aufgrund der Vorgabe, dass die Bauleitplanung eine ausschließliche Nutzung als Industriegebiet regeln muss, gemäß dem Regionalplanentwurf nicht möglich.

Diese gravierende Einschränkung der kommunalen Planungshoheit auf Regionalplanebene muss auch im Kontext der ohnehin schwierigen Rahmenbedingungen (Topografie, Artenschutz, Bergbau) bei der Entwicklung von Wirtschaftsstandorten und Siedlungsflächen bewertet werden. Durch letztere bereits bestehende Restriktionen reduziert sich das tatsächlich zu beplanende und zugestandene GIB- und ASB-Kontingent ohnehin schon jetzt. An dieser Stelle sei auch auf die Kritik an der neuen Siedlungsflächenbedarfsberechnung sowie auf die IHK-Studie „Vom Brutto zum Netto“ verwiesen.

Die Entwicklung von ASB und GIB, die in der Planungshoheit der Kommunen liegt, wird durch das Beeinträchtigungsverbot der BSN auf unzumutbare Weise eingeschränkt. Die zeichnerische Darstellung und Flächenbilanz der ASB und GIB entspricht somit nicht den Flächenkontingenten, die der Stadt Siegen de facto zur Verfügung stehen.

Im Übrigen wird im textlichen Ziel zusätzlich darauf hingewiesen, dass weitere schützenswerte Landschaftsbestandteile (Oberflächengewässer sowie zugehörige „Talzüge“) unterhalb der Darstellungsschwelle ebenfalls BSN seien. Diese textliche Darstellung soll die eigentlich erforderliche zeichnerische Darstellung ersetzen, die auf der Maßstabsebene des Regionalplans offenkundig nicht möglich ist. Auf Siegener Stadtgebiet betrifft dies gemäß Anhang 5-I der textlichen Festlegungen die Gewässer Ferndorfbach, Weiß, Alche und Sieg. Die allein textlichen Darstellungen sowie die Verwendung des nicht klar abgrenz- und beschreibbaren Begriffs der „Talzüge“ führen dazu, dass der räumliche Bezug des formulierten textlichen Ziels nebulös bleibt. Die restriktive Zielformulierung hätte jedoch Konsequenzen in Form deutlicher Restriktionen für sämtliche Bauleitplanverfahren, die die Stadt Siegen im Bereich der „Talzüge“ der genannten Gewässer durchführt.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, die Flächenausweisungen der BSN so zurückzunehmen, dass zwischen GIB/ASB bzw. besiedelten Bereichen im AFAB und BSN jeweils ein Abstand verbleibt, der dazu ausreicht, Nutzungskonflikte zu bewältigen. Im Bereich der Wohnbaulandkonzeptfläche in Breitenbach ist die BSN-Ausweisung zurückzunehmen. Der notwendige Abstand zwischen BSN und GIB/ASB sollte nach fachlichen Kriterien ermittelt und so gewählt werden, dass die zeichnerisch dargestellten GIB und ASB vollumfänglich beplanbar sind. Da die Stadt Siegen in ihrer Flächenflexibilität trotz prognostizierter Überhänge durch die deutlich restriktiveren Bedarfsberechnungen über den Regionalplan ohnehin bereits deutlich in ihrer Planungshoheit eingeschränkt wird, ist eine weitere „versteckte“ Flächenrücknahme durch „heranrückende“ BSN nicht akzeptabel. Diese Vorgehensweise war nie Gegenstand der bisherigen Abstimmungen bzw. Werkstattgespräche und wurde somit nicht offen kommuniziert. Die nicht endabgewogene Flächenkonkurrenz wird als irreführend und damit nicht rechtmäßig angesehen und ist zu korrigieren bzw. hinsichtlich der Bestimmtheit konkret zu benennen. .

Die Stadt Siegen fordert darüber hinaus, die BSN-Festlegung im Bereich des Tiergartens (Nr. 142 Waldgebiet Tiergarten-Heckenberg) in der zeichnerischen Darstellung entsprechend der naturfachlichen Gegebenheiten abzugrenzen und die BSN-Ausweisung der ehemaligen Schlackenhalde Charlottenhütte (Nr. 165) und der Forstflächen am Bürbacher Giersberg entsprechend der Detailbetrachtungen zurückzunehmen.

Außerdem fordert die Stadt Siegen, den Bezug auf die Oberflächengewässer und die „Talzüge“ aus ersatzlos aus den textlichen Festlegungen zu streichen. Damit würden sich die regionalplanerischen Regelungen auf die Maßstabsebene beschränken, in der zeichnerische Darstellungen möglich sind. Mit dem umfassenden Prüfkatalog des § 1 Abs. 6 BauGB ist den naturschutzfachlichen Belangen auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung vollumfänglich Genüge getan. Eine darüber hinausgehende Regelung des Regionalplans wird als überflüssiger Eingriff in die kommunale Planungshoheit erachtet.

5.4-6 Grundsatz – Biotopvernetzung innerhalb der Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung

In den BSLE sollen die naturnahen Biotoptypen und extensiv genutzten Flächen vernetzt sowie eine reiche Ausstattung mit natürlichen Landschaftselementen gesichert und entwickelt werden.

Die BSLE sollen auch der funktionalen Einbindung und Vernetzung der BSN und der Sicherung notwendiger Pufferzonen zu diesen dienen.

Raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die sich beeinträchtigend auf Flächen mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund auswirken können, sollen vermieden werden.

Bewertung / Kritik

Laut dem Grundsatz 5.4-6 sollen die BSLE als Pufferzone zu den BSN dienen. Häufig allerdings reichen die BSN, wie vorangegangen ausgeführt, bis unmittelbar an beispielsweise ASB und GIB, und damit an die Siedlungsbereiche, heran.

Die „Flächen mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund“ sind in der Erläuterungskarte 5B dargestellt, allerdings auf der gewählten Maßstabsebene räumlich kaum zu verorten.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, den Grundsatz im Regionalplanentwurf selbst umzusetzen und die zeichnerische Darstellung so auszulegen, dass erforderliche Puffer zwischen beispielsweise ASB und GIB als BSLE bzw. AFAB dargestellt werden. Hierzu wird auch auf die Stellungnahme zu den Zielen 5.4-1 und 5.4-2 verwiesen. Zur Darstellung des Biotopverbunds wird auf die Anregung / Forderung zu Grundsatz 5.1-5 verwiesen.

Zu 5.5: Wasser und Wasserwirtschaft

5.5-1 Ziel – Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz

Die BGG sind vor nachteiligen Auswirkungen auf die Wassergewinnung und die Wasserqualität zu schützen. Deshalb sind in diesen Bereichen insbesondere

/ raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die großflächige Versiegelungen zur Folge haben,

/ die Errichtung von wassergefährdenden Anlagen und

/ die Errichtung von Abfallentsorgungsanlagen auszuschließen.

Auch die nicht zeichnerisch als BGG festgelegten Einzugsgebiete von Wassergewinnungsanlagen und -entnahmestellen für die öffentliche Trinkwasserversorgung sind BGG (vgl. Erläuterungskarte 5G). In den aufgrund ihrer geologischen Struktur oder grundsätzlichen wasserwirtschaftlichen Bedeutung besonders gefährdeten Bereichen ist bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in besonderem Maße der Schutz des Grundwassers vor Verunreinigungen sicherzustellen. Bei der Überlagerung von Siedlungsraumfestlegungen sowie WEB mit BGG sind bei Planungen und Maßnahmen durch die Bauleitplanung und die Fachplanungen verbindliche Regelungen zu treffen, um Wassergefährdungen auszuschließen. Bei der Überlagerung von BGG und BSAB hat die Wassergewinnung stets Vorrang vor dem Abbau von Bodenschätzen.

Dazu: Auszüge aus der zeichnerischen Darstellung

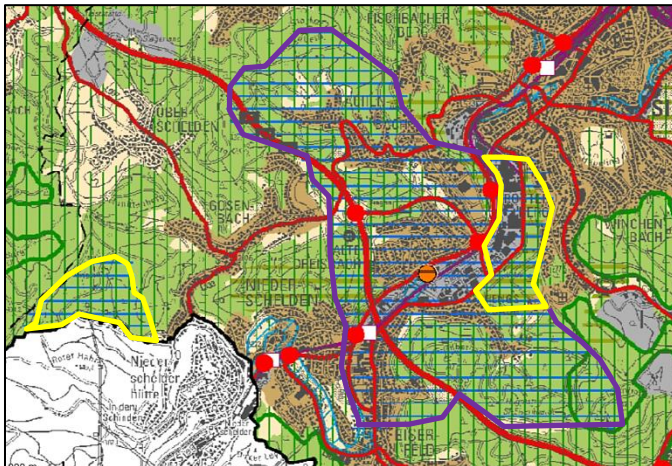
Bewertung / Kritik

In Bereichen, in denen die BGG ASB und GIB überlagern, ist zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielstellung der BGG-Festlegung vorliegt. Dazu wird u.a. auf die Wasserschutzgebietsverordnung hingewiesen. Hierzu ist festzustellen, dass solche Konflikte allein dann auftreten können, wenn die im Regionalplan als BGG definierten Flächen wesentlich großzügiger festgelegt werden, als die rechtskräftig festgesetzten Wasserschutzzonen.

Für die Festsetzung der Wasserschutzzonen sind in NRW die Oberen Wasserbehörden zuständig, somit die Bezirksregierungen. Die rechtskräftigen und geplanten Wasserschutzzonen sind im Fachinformationssystem ELWAS-WEB dargestellt und wurden lt. Begründung zum Regionalplanentwurf, S. 79, auch aus ELWAS-WEB in den Regionalplanentwurf übernommen.

Bei Betrachtung der zeichnerischen Festlegungen für das Stadtgebiet Siegen fällt allerdings auf, dass die im Regionalplanentwurf enthaltenden BGG nicht den rechtskräftig festgesetzten Wasserschutzzonen entsprechen, sondern deutlich darüber hinausgehen.

Der Regionalplanentwurf stellt folgende Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz im Stadtgebiet dar:



Legende:

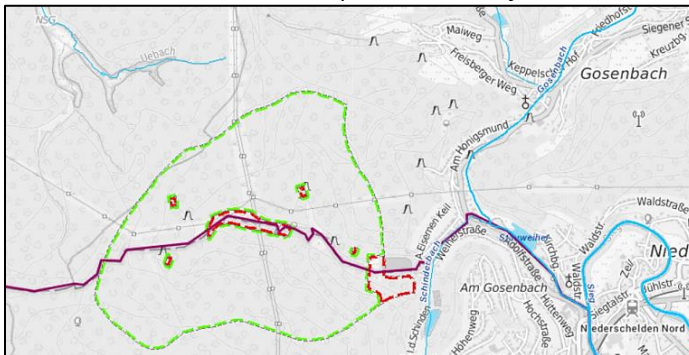
Gelbe Umgrenzungen:

geplante Trinkwasserschutzgebiete gem. ELWAS-Web

Lila Umgrenzung:

BGG-Festlegung im Regionalplanentwurf

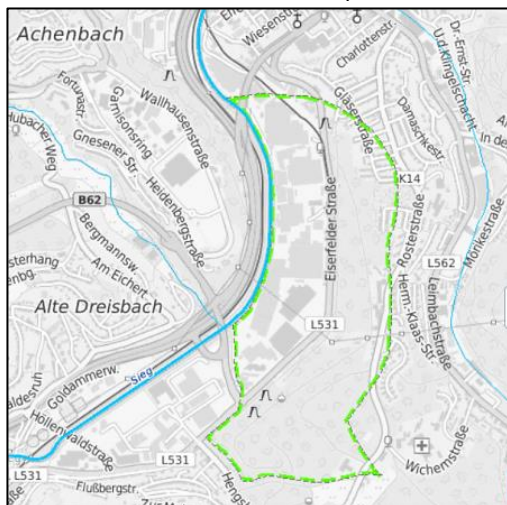
Ausschnitt aus ELWAS-WEB: Geplanter Bereich für den Grundwasserschutz Niederschelden



Detailbetrachtung:

Die vorgesehene Ausweisung des Bereiches für Grundwasserschutz Niederschelden am südwestlichen Stadtrand entspricht der bereits bekannten Abgrenzung des geplanten Trinkwasserschutzgebietes gemäß ELWAS-WEB.

Ausschnitt aus ELWAS-WEB: Geplanter Bereich für den Grundwasserschutz für die Grube Pützhorn Siegen

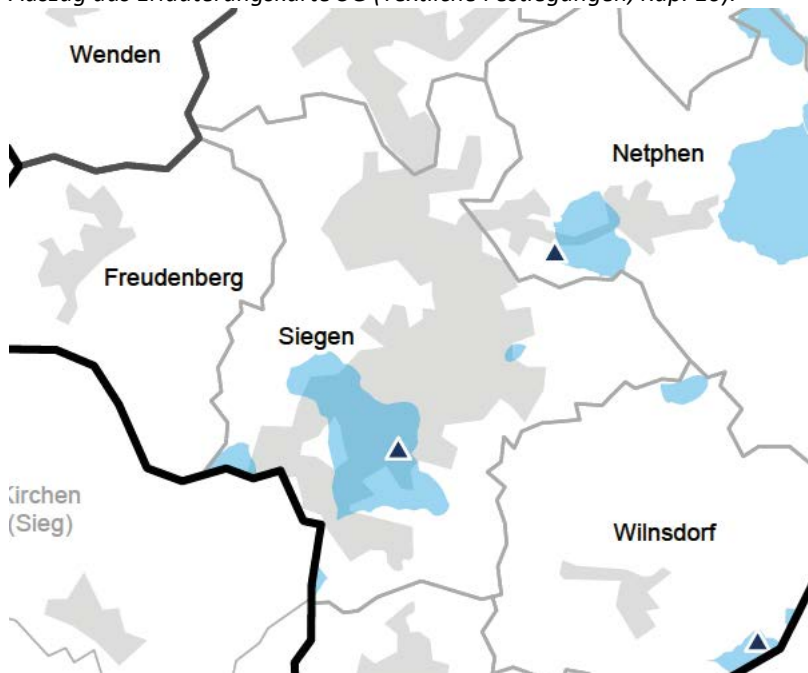


Detailbetrachtung:

Die vorgesehene Ausweisung des Bereiches für Grundwasserschutz für die Grube Pützhorn, Siegen-Hengsbach geht weit über die geplanten Abgrenzung eines Wasserschutzgebietes hinaus und umfasst

die Gemarkungen Achenbach, Dreisbach, Hengsbach bis hin zur Eisernhardt. (siehe Kartenauszug aus ELWAS WEB, 2021, oben gelb dargestellt). Der überwiegende Teil des Bereiches für Grundwasserschutz geht über das eigentliche Einzugsgebiet der Grube Pützhorn hinaus. Damit wäre in den o.g. Ortsteilen bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in besonderem Maße der Schutz des Grundwassers vor Verunreinigungen sicherzustellen. Bei Überlagerung mit neuen Bauflächen wären danach u.a. im Rahmen der Bauleitplanung verbindliche Regelungen zu treffen, um Wassergefährdungen auszuschließen. Es ist hier nicht erkennbar, welche wasserwirtschaftlichen Gründe für die Ausweitung des Bereiches für Grundwasserschutz der Grube Pützhorn ausschlaggebend waren.

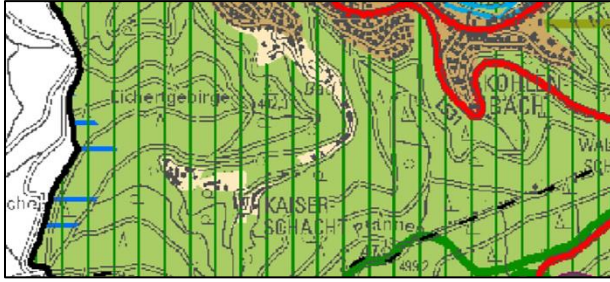
Auszug aus Erläuterungskarte 5G (Textliche Festlegungen, Kap. 10):



Detailbetrachtung:

Ein weiterer kleiner Teil im Bereich des Bürbacher Giersbergs, der in der Erläuterungskarte 5G als BGG dargestellt ist, ist weder in ELWAS-WEB noch in der zeichnerischen Darstellung des Regionalplanentwurfs enthalten – die räumliche Verortung bleibt unklar. Die auf Siegener Stadtgebiet verzeichnete punktuelle Trinkwasserentnahmestelle ist räumlich ebenfalls nicht präzise zu verorten. Die in der Erläuterungskarte 5G dargestellten punktuellen öffentlichen Trinkwasserentnahmestellen bieten daher im Hinblick auf den Maßstab keinerlei Erkenntnisgewinn. Es handelt sich ganz offensichtlich nicht um raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen der Wasserwirtschaft – ebenso sind diese punktuellen öffentlichen Trinkwasserentnahmestellen im wasserwirtschaftlichen Fachbeitrag nicht erwähnt. Auch aus den landesplanerischen Zielen ergibt sich keine Vorgabe für die Bezirksregierung Arnsberg, die punktuellen öffentlichen Trinkwasserentnahmestellen mit einer zeichnerischen Darstellung in der Erläuterungskarte sowie einer Zielfestlegung in den Blick zu nehmen. Im wasserwirtschaftlichen Fachbeitrag wird lediglich darauf hingewiesen, dass es öffentliche Trinkwassergewinnungsanlagen gibt, deren Einzugsgebiet derzeit nicht als Wasserschutzgebiete gesichert sind. Es wird darin jedoch kein regionalplanerischer Handlungsbedarf formuliert. Auf Ebene der kommunalen Bauleitplanung findet die Trinkwasserversorgung im Rahmen des Prüfkatalogs des § 1 Abs. 6 BauGB dagegen stets und ohnehin Berücksichtigung, ebenso wie allgemein kleinräumliche Maßnahmen zum Schutz der Gewässer bzw. des Grundwassers vorzusehen sind.

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf: Geplanter Bereich für den Grundwasserschutz südwestlich Eiserfeld



Detailbetrachtung:

Westlich des Siedlungsbereichs Kaiserschacht, Eiserfeld (Kreuzzeichen) ragt ein Bereich für den Grundwasserschutz über die Stadtgrenze in das Stadtgebiet Siegen hinein. Dieser Bereich umfasste seinerzeit die Vorschlagsfläche 10 (Kreuzzeichen) für eine Windenergienutzung. Aktuell liegen konkrete Absichten zur Errichtung einiger Windkraftanlagen in diesem Bereich vor.

Anregung / Forderung

Bei Beibehaltung der zeichnerischen Darstellung der BGG würde die kommunale Planungshoheit durch fachlich nicht belegte, jedoch in der Bauleitplanung zwingend zu beachtende Restriktionen des Grundwasser- und Gewässerschutz unzulässig beeinträchtigt. Die Stadt Siegen fordert daher, die Festlegungen der BGG gemäß den in ELWAS-Web dargestellten geplanten und rechtskräftigen Trinkwasserschutzgebieten zu korrigieren und von der Zielfestlegung Abstand zu nehmen.

Da aus Sicht der Stadt Siegen auf Regionalplanebene keinerlei Regelungsbedarf bezüglich der punktuellen öffentlichen Trinkwasserentnahmestellen besteht, sind diese aus der Erläuterungskarte 5G sowie aus den entsprechenden Zielfestlegungen herauszunehmen. Ebenso sind textliche Festlegungen bezüglich weiterer Flächen für den Grundwasser- und Gewässerschutz unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans zu streichen – der planerische Umgang mit diesen kleinteiligen Strukturen soll der kommunalen Planungshoheit der Stadt Siegen überlassen bleiben.

Es wird weiterhin gefordert, auf die Ausweisung geplanter Trinkwasserschutzgebiete als BGG im Bereich der gewerblichen Bauflächen bzw. bestehenden Gewerbe- und Einzelhandelsbetriebe an der Marienhütte sowie im Bereich westlich Kaiserschacht zu verzichten, um die Bestandsnutzungen sowie die kommunale Windkraftplanung nicht zu gefährden.

5.5-3 Ziel – Überschwemmungsbereiche

*Die aus Gründen der Darstellbarkeit nicht zeichnerisch als ÜSB festgelegten
 / festgesetzten Überschwemmungsgebiete,
 / vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete,
 / Gebiete mit mittlerer Eintrittswahrscheinlichkeit von Hochwasserereignissen (HQ100) und
 / **Preußischen Überschwemmungsgebiete**
 sind ÜSB (vgl. Erläuterungskarte 5H).*

Dazu: Auszüge aus der zeichnerischen Darstellung und Auszüge aus ELWAS-WEB zum Vergleich

Darstellung in den Überschwemmungskarten aus ELWAS-WEB:

Blau schraffiert: festgesetzte Überschwemmungsgebiete

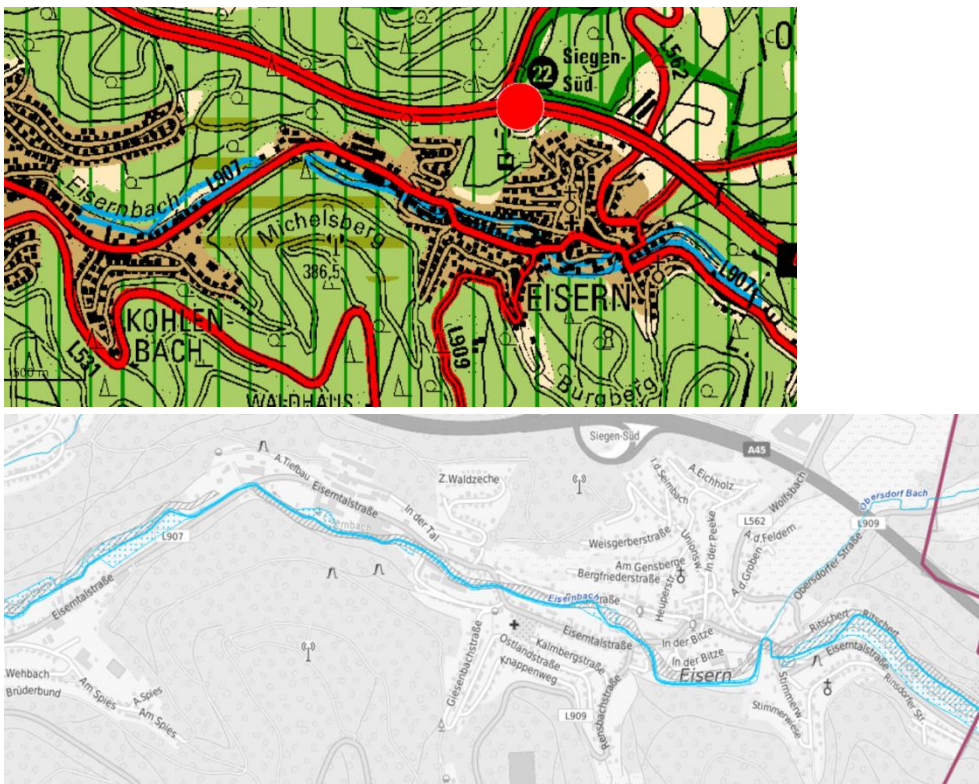
Gepunktet: vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete

Grau schraffiert: Überschwemmungsgebiete der preußischen Aufnahme

Ausschnitt Bereich Niederschelden/Eiserfeld



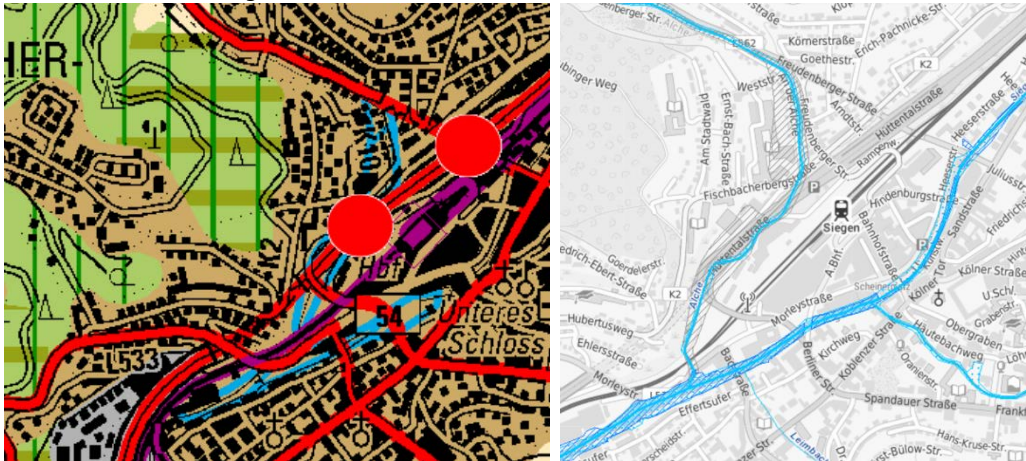
Ausschnitt Bereich Eisern



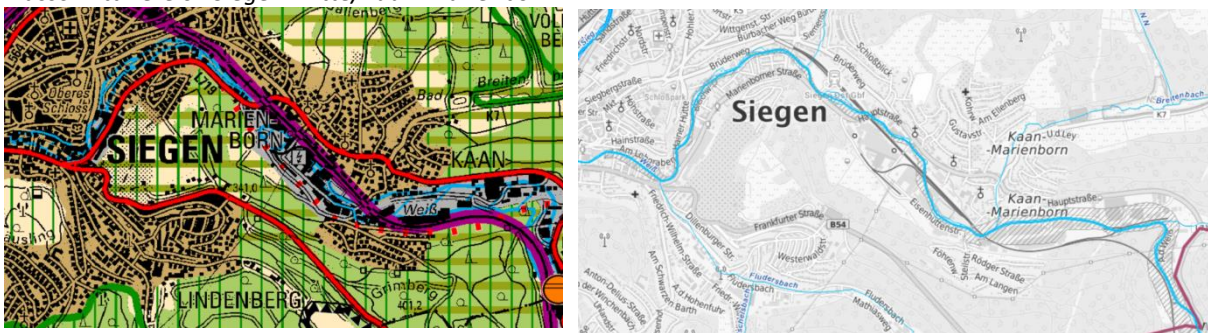
Ausschnitt Bereich Kläranlage Siegen



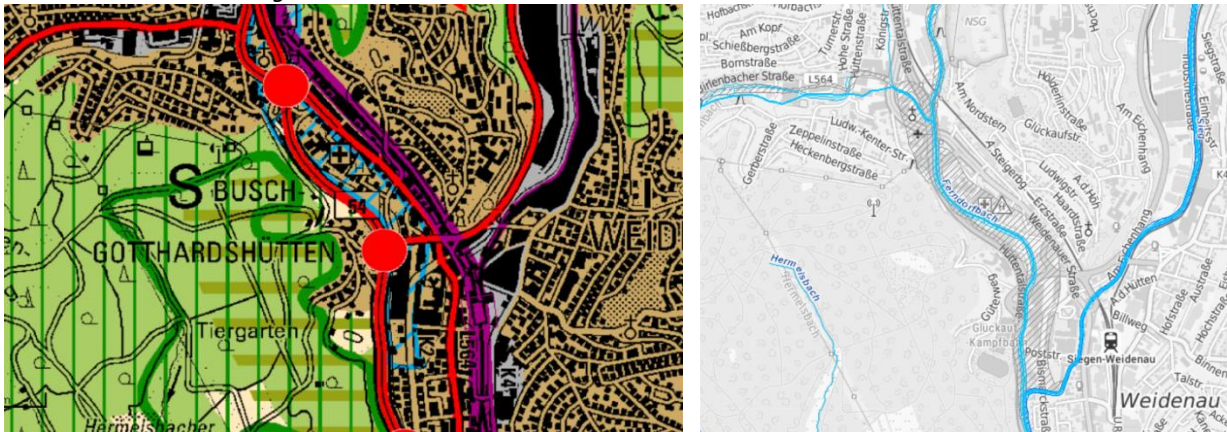
Ausschnitt Bereich Siegen-Mitte



Ausschnitt Bereich Siegen-Mitte/Kaan-Marienborn



Ausschnitt Bereich Buschgotthardshütten



Ausschnitt Bereich Geisweid



Bewertung / Kritik

Die Ausschnitte aus dem Fachinformationssystem ELWAS-WEB verdeutlichen, dass im Regionalplanentwurf nicht nur die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete als ÜSG festgelegt worden sind. Vielmehr wurden ebenfalls die Überschwemmungsgebiete der preußischen Aufnahme übernommen, auch in den Bereichen, in denen die Gewässer bereits hochwasserfrei ausgebaut sind. Dies führt dazu, dass ASB und GIB im Bereich der Ferndorf (Stadtgrenze Kreuztal bis Einmündung Sieg), der Sieg (Stadtgrenze Netphen bis Landesgrenze Rheinland-Pfalz), der hochwasserfrei ausgebauten Gewässer Alche und Weiß sowie verbreitet im weiteren Stadtgebiet überlagernd mit der Festlegung ÜSG belegt sind. Die Zielfestlegung des Regionalplanentwurfs bzw. die zeichnerische Darstellung von Überschwemmungsgebieten als Vorranggebiet hat die weitreichende Konsequenz, dass faktisch eine Sperre für die Bauleitplanung besteht, das heißt, neue Siedlungsentwicklungen innerhalb der ÜSG nicht zulässig sind.

Aus Sicht der Stadt Siegen und der für den Gewässerschutz zuständigen Entsorgungsbetriebe der Stadt Siegen ist fachlich nicht nachvollziehbar, warum gemäß dem wasserwirtschaftlichen Fachbeitrag (S. 19) die preußischen Überschwemmungsgebiete eine geeignete Datengrundlage für die Ermittlung von Überschwemmungsgebieten im Regionalplan darstellen, weil gerade diese veralteten Daten die in den letzten Jahren erfolgten hochwasserfreien Ausbauten der Gewässer unberücksichtigt lassen. Im wasserwirtschaftlichen Fachbeitrag wird diese These auch nicht näher begründet. In der Regionalplanbegründung selbst ist jedoch festgehalten, dass „zum Zeitpunkt der Erarbeitung der ÜSB-Kulisse die preußischen Überschwemmungsgebiete überprüft“ werden, dieser Prozess noch nicht abgeschlossen sei und im Sinne des Vorsorgegedankens auch diese ÜSB in Abstimmung mit der oberen Wasserbehörde festgelegt würden (Begründung, S. 80). Dies ist aus Sicht der Stadt Siegen keine fachliche Begründung für die Ausweisung von ÜSG.

Die Abgrenzung des punktuell festgelegten ÜSG im Bereich der Kläranlage Siegen ist fachlich aus den Daten von ELWAS-WEB nicht herleitbar – hierbei scheint es sich um einen kartografischen Fehler zu handeln, ansonsten wäre das ÜSG linear darzustellen gewesen oder auf eine Darstellung auf Grund des Maßstabs zu verzichten.

Analog zu den punktuellen öffentlichen Trinkwasserentnahmestellen wird auch hier in der Zielfestlegung wieder darauf hingewiesen, dass die Zielfestlegung auch für ÜSG anzuwenden ist, die sich auf Grund der Maßstäblichkeit des Regionalplans nicht zeichnerisch darstellen lassen.

Anregung / Forderung

Bei Beibehaltung der zeichnerischen Darstellung der ÜSG würde die kommunale Planungshoheit durch Darstellungen, die auf den veralteten Daten der preußischen Überschwemmungsgebiete beruhen, unzulässig beeinträchtigt. Die rein „vorsorgliche“ Festlegung von ÜSG auf Basis noch zu prüfender bzw. in Bearbeitung befindlicher Darstellungen stellt einen erheblichen, nicht endabgewogenen und vollkommen unverhältnismäßigen Eingriff in die kommunale Planungshoheit dar.

Die Stadt Siegen fordert daher, in der zeichnerischen Darstellung die Festlegungen der ÜSG auf die festgesetzten und vorläufig gesicherten ÜSG zurückzunehmen und damit die planungsrechtlichen Konflikte, die auf dem Siegener Stadtgebiet durch die zahlreichen Überlagerungen von ASB und GIB mit ÜSG entstehen, zu minimieren. Die Erläuterungskarte 5H ist entsprechend anzupassen. Des Weiteren sind bei verbliebenen Überlagerungen zwischen ASB bzw. GIB und ÜSG die ASB bzw. GIB jeweils aus der zeichnerischen Darstellung herauszunehmen, weil in diesen überlagernden Bereichen für die kommunale Bauleitplanung keinerlei Möglichkeit zur Siedlungsentwicklung besteht und etwaige Flächenreserven nur so andernorts ausgewiesen werden können. Im Übrigen stellt die Überlagerung von ASB / GIB und ÜSG einen Zielkonflikt da und deutet darauf hin, dass die regionalplanerischen Festlegungen auch an dieser Stelle nicht endabgewogen sind.

Weiterhin besteht aus Sicht der Stadt Siegen auf Regionalplanebene keinerlei Regelungsbedarf bezüglich der Überschwemmungsgebiete, die in der zeichnerischen Darstellung auf Grund der Maßstabsebene nicht abbildbar sind. Auf Ebene der Bauleitplanung werden diese ÜSG im Rahmen der Ausübung der kommunalen Planungshoheit in fachlicher Abstimmung mit den entsprechenden Fachbehörden bereits aktuell hinreichend berücksichtigt.

Zu 6.1: Verkehr

6.1-1 Grundsatz – Regionales Verkehrssystem

Das Verkehrssystem soll die raum- und umweltverträgliche Mobilität von Menschen und Gütern gewährleisten. Dazu ist die Einbindung der Region – insbesondere der GIB – in das großräumige nationale sowie internationale Verkehrsnetz über alle Verkehrsträger sicher zu stellen.

Ihre innerregionale Erschließung soll so ausgestaltet werden, dass Mobilität und Leistungsaustausch zwischen den Orten – insbesondere zwischen den zASB – möglich ist. Die Leistungsfähigkeit des Verkehrsnetzes soll gesichert und entwickelt werden.

Im zukünftigen Verkehrssystem sollen insbesondere alternative Antriebstechnologien und Mobilitätsformen genutzt werden. Die Anteile der umweltverträglichen Verkehrsträger an der gesamten Verkehrsleistung sollen weiter gesteigert werden.

Anregung / Forderung

Den Ausführungen in der Erläuterung zu 6.1-1 Grundsatz – Regionales Verkehrssystem nach könnte sich der Grundsatz auch auf das Radverkehrsnetz beziehen. Zur Förderung des Umweltverbundes sollte dies aber auch aus dem Grundsatz selber direkt eindeutig ersichtlich werden und nicht erst aus dem Kontext der Erläuterung. Die Stadt Siegen fordert daher, in der Grundsatzformulierung klarzustellen, dass auch der Umweltverbund integrierter Teil des Regionalen Verkehrssystems ist.

Zu 6.2: Straßennetz

6.2-2 Ziel – Zukünftige Straßenbaumaßnahmen

Im Bereich der als Bedarfsplanmaßnahmen zeichnerisch festgelegten Trassen sind Planungen oder Maßnahmen, die eine spätere Konkretisierung der Planung oder den Bau unmöglich machen oder wesentlich erschweren, ausgeschlossen. Die zukünftigen Straßenbaumaßnahmen sind in Erläuterungskarte 6A abgebildet.

Bei der Überlagerung von Straßen für den vorwiegend großräumigen sowie vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr, die im Regionalplan als Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung festgelegt sind, mit Regionalen Grünzügen bzw. mit BSN stehen diese der Umsetzung der Bedarfsplanmaßnahmen nicht entgegen.

Die Überlagerung von Straßen für den vorwiegend großräumigen sowie vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr, die im Regionalplan als Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung festgelegt sind, mit den Siedlungsraumfestlegungen stehen diese der Umsetzung dieser nicht entgegen.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen regt an, neben den Bedarfsplanmaßnahmen im Regionalplan auch weitere Straßenbauprojekte an klassifizierten Straßen aufzuführen, auch, wenn sie bislang nicht Bestandteil des Bundesverkehrswegeplans oder des Landesbedarfsplans NRW sind. Generell liegt der Planungshorizont des Regionalplans bei 2040, die des BVWP hingegen bei 2030. Daher ist es aus Sicht der Stadt Siegen erforderlich, auch über den BVWP und das Landesstraßenausbaugesetz hinausreichende Zielsetzungen im Regionalplan zu definieren. Die Anregung kann beispielsweise durch Formulierung eines weiteren Grundsatzes umgesetzt werden. Die Bedeutung dieser weiteren Projekte für die Stadt Siegen sowie für die Region würde damit unterstrichen. Aus Sicht der Stadt Siegen wären aufzuführen:

- AS Oberschelden/Seelbach an der BAB 45

Ausschnitt aus Erläuterungskarte 6A:



Anregung / Forderung

Die Siegtalstraße ist falsch dargestellt. Die Dicke der Linie deutet auf eine Klassifizierung als Bundesstraße hin, die Siegtalstraße wird jedoch als L907 geführt und müsste daher eine dünnere Linie erhalten (wie die Eiserfelder Straße als L531). Die zeichnerische Darstellung sollte entsprechend korrigiert werden.

Zu 6.3: Verkehr

6.3-1 Grundsatz – Güterverkehr auf den Schienenstrecken

Die Bedienung des Güterverkehrs auf den Schienenstrecken des Planungsraums soll sichergestellt werden, die vorhandenen Einrichtungen des Güterverkehrs erhalten und bei Bedarf um neue Einrichtung ergänzt werden.

Die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene soll gefördert werden, indem bei der Konkretisierung von GIB in kommunale Bauleitplanung die gewerblichen und industriellen Bauflächen an das im Umfeld vorhandene Schienennetz angebunden werden.

Anregung / Forderung

Der Grundsatz ist aus theoretischer verkehrsplanerischer bzw. umweltfachlicher Sicht zu begrüßen. Im topografisch bewegten Südwestfalen bzw. im Siegener Stadtgebiet ist eine direkte Anbindung der im Regionalplanentwurf ausgewiesenen und noch nicht mittels Bauleitplanung entwickelten GIB an den Schienenverkehr jedoch auf Grund der Topografie und des historisch gewachsenen Schienennetzes jedoch nicht möglich. Die Stadt Siegen regt daher an, den Grundsatz im Hinblick auf die Konkretisierung der GIB um die Anmerkung „sofern möglich“ zu erweitern.

Zu 6.4: Schienenpersonennahverkehr und straßengebundener ÖPNV

6.4-6 Grundsatz – Alternative Bedienungsformen des ÖPNV

Es sollen Konzepte für ein tragfähiges ÖPNV-Netz entwickelt werden. Bei der Planung und Ausgestaltung des ÖPNV-Netzes sollen insbesondere die Möglichkeiten alternativer Bedienungsformen berücksichtigt werden.

Anregung / Forderung

Im Gegensatz zu verdichteten Räumen stellen alternative Bedienungsformen des ÖPNV für Südwestfalen und auch für die Stadt Siegen mit einigen verdichteten, aber auch zahlreichen ländlichen Stadtteilen eine tragende Säule der Mobilität dar. Sie ergänzen das bestehende Hauptstreckennetz gerade in den ländlichen Bereichen. Die Stadt Siegen regt daher an, am Ende des Grundsatzes wie folgt zu ergänzen: „[...]“, um auch abseits der ÖPNV-Hauptstrecken eine qualitative ÖPNV-Anbindung anbieten zu können.“

Außerdem regt die Stadt Siegen an, in den Erläuterungen zum Grundsatz 6.4-6 Bezug auf weitere alternative Bedienungsformen zu nennen, beispielsweise Carsharing-Systeme wie das Dorfauto in Hilchenbach-Grund oder den bereits in den Erläuterungen zu Grundsatz 6.1-1 erwähnten autonom fahrenden Bus SAM in Drolshagen bzw. Lennestadt. Außerdem sollte erwähnt werden, dass das System der Bürgerbusse gerade für den ländlichen Raum von hoher Bedeutung ist.

Zu 6.5: Radverkehr

6.5-1 Grundsatz – Regionales Radwegenetz

Das bestehende Radwegenetz soll in seinem Bestand gesichert und zu einem regionalen Radwegenetz entwickelt werden. Dabei sollen neue Radwegeverbindungen und Lückenschlüsse interkommunal geplant und umgesetzt werden.

Eine Verknüpfung mit anderen Verkehrsmitteln soll berücksichtigt werden. Das regionale Radwegenetz ist in Erläuterungskarte 6C abgebildet.

Dazu aus der Begründung S. 92:

MIV wird in ländlichen Regionen weiterhin den Mittelpunkt des Verkehrssystems bilden.

[...] Deshalb ist das bestehende Radwegenetz zu sichern und zu einem regionalen Radwegenetz zu entwickeln.

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen regt an, im Sinne der Verkehrswende und des Grundgedankens der Förderung des Umweltverbundes den aus der Begründung zitierten Satz zu streichen. Außerdem sollte hinter „[...] zu entwickeln“ wie folgt ergänzt werden „und auszubauen“.

In die Erläuterungen zum Grundsatz 6.5-1 sollte die sich derzeit in Erarbeitung befindliche Machbarkeitsstudie für ein kreisweites Radverkehrsnetz im Kreis Siegen-Wittgenstein Eingang finden.

Ausschnitt aus Erläuterungskarte 6C:



Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen regt an, die Mittelland-Route (D-Route 4), die das Siegener Stadtgebiet von Nordosten nach Südwesten durchläuft, ebenfalls als Radroute mit überregionaler touristischer Bedeutung darzustellen, nicht nur als regionalen Radweg nach Radwegenetz NRW. Zudem wird angeregt, die überregional touristisch bedeutsamen Themenradrouten in der Erläuterungskarte zu benennen.

Anregung / Forderung – Ergänzung des Teils 6.5:

Im Radwegenetz gibt es Projekte, für die neue Trassen vorgesehen sind und über das Bürgerradwegprogramm dem Landesbetrieb Straßen.NRW auch schon seit 2011 vorliegen. Aus Sicht der Stadt Siegen

sollten diese, ähnlich der Bedarfplanmaßnahmen im MIV-Bereich, aufgelistet werden. (vgl. Tab. 6.1, Seite 131).

Das betrifft im Stadtgebiet folgende Abschnitte:

- L907 zwischen Gosenbach und Oberschelden
- L564 zwischen Langenholdinghausen und Niederholzklaus (dieser befindet sich aktuell in der LP 1 zwischen der Stadt Freudenberg und Siegen in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW)
- L564 Langenholdinghausen
- K5 in Weidenau an der Giersbergstraße
- K7 zwischen Kaan und Volnsberg
- K7 zwischen Volnsberg und Breitenbach
- K8 zwischen Langenholdinghausen und Meiswinkel

Die Stadt Siegen regt an, hierzu einen eigenen Grundsatz zu formulieren und damit ein deutliches Signal für den Ausbau des städtischen und regionalen Radverkehrsnetzes zu setzen.

6.5-3 Grundsatz – Straßenbegleitende Radwege

Bei der Planung eines Neu- oder wesentlichen Umbaus von Straßen für den vorwiegend großräumigen oder überregionalen und regionalen Verkehr soll die Anlage straßenbegleitender Radwege vorgesehen werden.

Dazu aus der Begründung S. 93:

„Da die Anlage straßenbegleitender Radwege insbesondere im topografisch bewegten Planungsraum an bestehenden Straßen oft nur schwierig umsetzbar ist, soll der Radwegebau bei der Planung eines Neu- oder wesentlichen Umbaus mitgedacht werden.“

Bewertung / Kritik

Der in der Begründung zu Grundsatz 6.5-3 formulierte Ansatz ist aus Sicht der Stadt Siegen nicht zielgerichtet. Die derzeitige Formulierung widerspricht außerdem der Begründung auf S. 92 zu Grundsatz 6/5-1, in der erläutert wird, dass „das bestehende Radwegenetz zu einem regionalen Radwegenetz zu entwickeln“ ist und „interkommunal geplant und umgesetzt werden“ soll. Gerade in einem topografisch bewegten und ländlichen Raum wie Südwestfalen sind sichere Radwege längs der überörtlichen Verkehrswege unerlässlich, um den Radfahrerinnen und Radfahrern, deren Anzahl seit der Verbreitung von E-Bikes und Pedelecs gerade auch auf diesen Verkehrswegen deutlich zugenommen hat, sicheres und komfortables Fahren zu ermöglichen und schwere Unfälle zu vermeiden. Zudem sollte der Hinweis darauf, dass die Anlage straßenbegleitender Radwege im topografisch bewegten Planungsraum an bestehenden Straßen oft nur schwierig umsetzbar sei, durch eine positive Formulierung ersetzt werden, etwa: „Auch für bestehende Straßen soll nach Möglichkeiten gesucht werden, straßenbegleitende Radwege zu realisieren.“

Anregung / Forderung

Die Stadt Siegen fordert, den Grundsatz in ein Ziel umzuwandeln und so auf eine stärkere Verpflichtung zur Anlage straßenbegleitender Radwege hinzuwirken, dies auch vor dem Hintergrund der Bürgerradwege, die der Landesbetrieb Straßen.NRW selbst in einem eigenen Programm fördert. Zudem sollte die Formulierung wie folgt ergänzt werden: „Die straßenbegleitenden Radwege sind möglichst störungsfrei und getrennt vom MIV zu führen.“

Zu 6.7: Abwasserentsorgung

6.7-1 Ziel – Abwasserbehandlungs- und Abwasserreinigungsanlagen

An den als Abwasserbehandlungs- und Abwasserreinigungsanlagen festgelegten Standorten sind alle Planungen und Maßnahmen auszuschließen, die mit dieser Nutzung nicht vereinbar sind. Die Bauleitplanung hat unter Berücksichtigung des § 50 BImSchG sicherzustellen, dass die erforderlichen Mindestabstände zu immissionsempfindlichen Nutzungen eingehalten werden.

Anregung / Forderung

Die Kläranlage Siegen-Weidenau wird voraussichtlich 2024 an die Kläranlage Siegen angeschlossen. Die Umbauarbeiten auf der Kläranlage Siegen sind im Gange. Die Stadt Siegen fordert daher, dass die Außerbetriebnahme der Kläranlage Weidenau in den Regionalplan aufgenommen wird und festgelegt wird, das Ziel 6.7-1 nach Außerbetriebnahme auf den Kläranlagenstandort Weidenau keine Anwendung mehr findet.

Zu 8.1: Windenergie

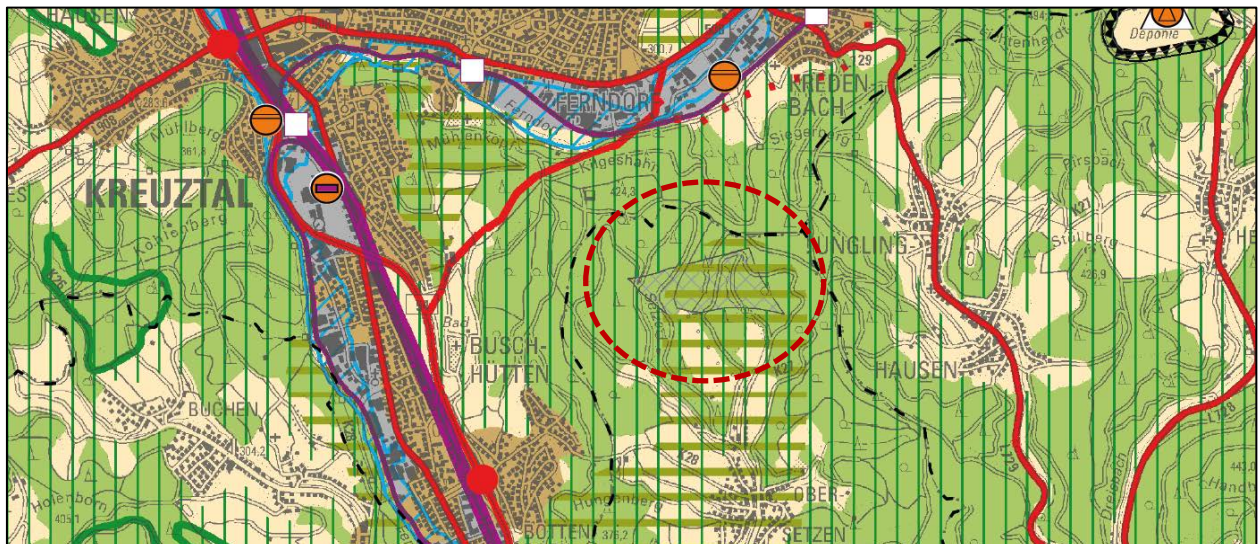
8.1-1 Ziel – Windenergiebereiche

Innerhalb von WEB hat die Errichtung von Windenergieanlagen Vorrang vor allen anderen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen. Die WEB sind in Erläuterungskarte 8A abgebildet. Ausgenommen von dem Vorrang sind kleinteilige Flächen, die nach fachgesetzlichen Regelungen als Windenergieanlagenstandorte ausgeschlossen sind. Die WEB sind dabei auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung zu konkretisieren. Außerhalb der WEB können auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanungen weitere Flächen dargestellt bzw. Gebiete festgesetzt werden.

Zu 8.1-1 Ziel – Windenergiebereiche

Die WEB sind Vorranggebiete im Sinne des § 7 Abs. 3 Nr. 1 ROG. Innerhalb dieser Gebiete sind alle räumlichen Planungen und Maßnahmen unzulässig, die der vorrangigen Nutzung entgegenstehen. Demnach darf im Flächennutzungsplan eine Windenergienutzung innerhalb der Vorranggebiete nicht ausgeschlossen werden. Dies gilt sowohl für bestehende als auch für geplante Konzentrationszonen im Flächennutzungsplan. Das mit der Vorranggebietsfestlegung verbundene Umsetzungserfordernis lässt den planenden Kommunen entsprechend des rahmensetzenden Charakters der Regionalplanung Konkretisierungsspielräume. So erfordert die lokale Planungsebene zum Teil eine detailliertere Auseinandersetzung mit verschiedenen Belangen als es im Planungsmaßstab des Regionalplans (1:50.000) möglich ist. Dies betrifft unter anderem Fragen des Artenschutzes oder auch des vorsorgenden Immissionsschutzes. [...]

Ausschnitt aus dem Regionalplanentwurf – WEB Obersetzen



Bewertung / Kritik

Vorranggebiete haben den Charakter von Zielen der Raumordnung und sind demnach von den nachgelagerten Planungsebenen zu beachten und als endabgewogen zu verstehen. Die WEB sind dabei auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung zu konkretisieren. Außerhalb der WEB können auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanungen weitere Flächen dargestellt bzw. Gebiete festgesetzt werden. Aber im Flächennutzungsplan darf eine Windenergienutzung innerhalb der Vorranggebiete des Regionalplanes nicht ausgeschlossen werden.

Für Siegen bedeutet dies:

Die Stadt Siegen hat mit der 28. Flächennutzungsplanänderung im Jahr 2001 drei Konzentrationszonen für Windenergieanlagen in den Stadtteilen Volnsberg, Meiswinkel, und Oberschelden ausgewiesen. Mit dieser Planung wird die Ausschlusswirkung gem. § 35 (3) Nr. 3 BauGB für alle weiteren Außenbereichsflächen innerhalb des Stadtgebietes erzielt.

Im Entwurf der nunmehr vorliegenden Neuaufstellung des Regionalplans ist innerhalb des Stadtgebietes Siegen ein Vorranggebiet für Windenergieanlagen als Ziel der Raumordnung und Landesplanung gemäß Nummer 8.1.1 der Begründung formuliert.

Dieses Gebiet liegt in der Gemarkung Obersetzen und entspricht in etwa der Lage der Fläche Nr. 1 Obersetzen in der begonnenen 85. FNP-Änderung. Das Verfahren zur Aufstellung der 85. Änderung des Flächennutzungsplanes wurden bis zum Stand der frühzeitigen Beteiligung durchgeführt, ruht jedoch seit 2016. Damit ist die 28. FNP-Änderung weiterhin anzuwenden für alle Entscheidungen hinsichtlich der Zulässigkeit von Windenergieanlagen, und sie erzielt Ausschlusswirkung für alle Flächen, die über die drei Konzentrationszonen hinausgehen.

Insofern verstößt die vorhandene Ausschlusswirkung der gemeindlichen Planung (28. Änderung) gegen das nunmehr in Festlegung befindliche landesplanerische Ziel, da aufgrund des vorliegenden Flächennutzungsplanes die im Regionalplan vorgesehene Fläche WEB 82 nicht mit Windenergieanlagen bebaut werden könnte.

Daraus folgt, dass die Anpassungspflicht gem. § 1 Abs. 4 BauGB in Verb. mit § 35 LPlG NRW (materielle Konkordanz der übergeordneten Landes- oder Regionalplanung und der kommunalen Bauleitplanung) ausgelöst wird.

Der Zielkonflikt kann planungsrechtlich nur ausgeräumt werden, wenn entweder die Stadt Siegen ein neues umfangreiches Flächennutzungsplanänderungsverfahren zur Ausweisung von Konzentrationszonen für Windkraftanlagen unter Berücksichtigung der genannten landesplanerischen Vorgabe bzw. der geplanten Vorranggebiete durchführt, oder die bestehenden Ausweisungen durch ein gesondertes Verfahren aufhebt und somit auf die Ausschlusswirkung und kommunale Steuerungsmöglichkeit verzichtet und damit den gesamten Außenbereich gemäß § 35 BauGB für die Windenergienutzung freigibt. Über deren Zulässigkeit entscheidet dann der Kreis Siegen-Wittgenstein auf Grundlage der Vorgaben des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG)

Zur Fläche WEB 85

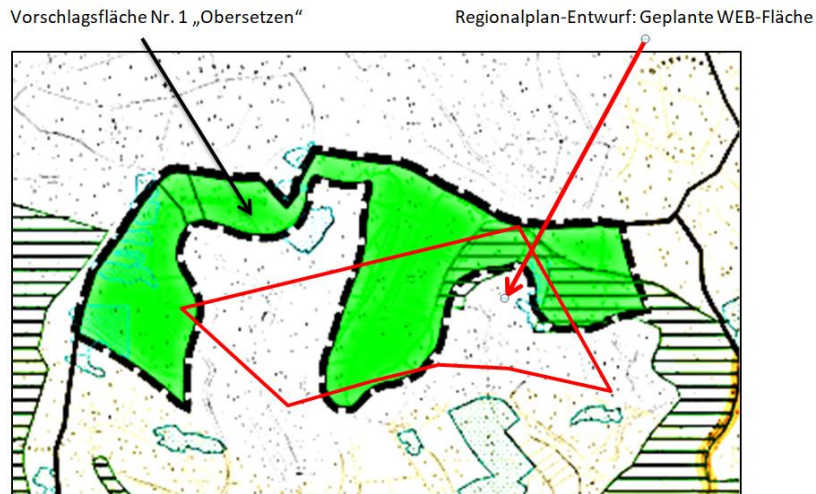
Für den Höhenzug nördlich der Ortslage Obersetzen wurden im Zuge der geplanten Ausweisung von Windkonzentrationszonen im Stadtgebiet (Konzept zur 85. Änderung des Flächennutzungsplanes) eine Vorschlagsfläche abgegrenzt. Diese umfasst ausschließlich die windexponierten Hang- und Kuppenlagen entlang der Stadtgrenze zu Kreuztal.

Zur Feststellung einer naturschutzrechtlichen Zulässigkeit der Vorschlagsfläche wurden umfangreiche Artenschutzuntersuchungen durchgeführt. Diese kommen zu dem Ergebnis, dass aus Artenschutzgründen keine zwingenden Gründe für eine Unzulässigkeit einer Konzentrationszone für die Windenergie-

nutzung vorliegen. Die von den Gutachtern gegebenen Hinweise auf notwendige Detailuntersuchungen wären im Rahmen nachfolgender Einzelgenehmigungsverfahren durchzuführen.

Daher wurde im FNP-Verfahren vorgeschlagen, die geplante Vorschlagsfläche (Nr. 1 Obersetzen) im Rahmen des FNP-Änderungsverfahrens weiter zu verfolgen.

Die nachstehende Überlagerung der geplanten WEB-Fläche des Regionalplanentwurfs mit der seinerzeit von der Stadt Siegen vorgenommenen Abgrenzung der Vorschlagsfläche Nr. 1 zeigt allerdings, dass die WEB-Fläche hiervon erheblich abweicht.



Die WEB-Fläche orientiert sich nicht an den vor Ort gegebenen topografischen Verhältnissen und umfasst auch die Tallagen des Setzebachtals. Diese sind für eine Windenergienutzung weitgehend ungeeignet. Außerdem rückt die WEB-Fläche näher an die Wohnbebauung von Obersetzen heran, was auch aus Immissionsschutzgründen problematisch zu bewerten ist. Anders als im Umweltbericht dargestellt befindet sich der Siedlungsbereich Obersetzen in einer Entfernung von nur rd. 750 m zum WEB und damit weniger als 1.000 m entfernt, trotz anders lautender Abgrenzungsmethodik gemäß Begründung, S.131 - Wahl eines Vorsorgeabstandes von 1.000 m zu Siedlungsflächen. Am Rande sei angemerkt, dass die Angaben im Flächensteckbrief zum WEB Obersetzen im Umweltbericht (S. 3370 ff.) unter Punkt 4 (Zusammenfassende Bewertung) missverständlich sind. Es sind demnach erhebliche Umweltauswirkungen für zwei Schutzgüter zu erwarten, thematisiert wird das Schutzgut Mensch („Für das Schutzgut Mensch, einschließlich menschliche Gesundheit sind voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen durch die Nähe zu Erholungswäldern der Stufe 1 im Umfeld der Stadt Siegen zu erwarten. Das Plangebiet ist mit Ausnahme des Südkorridors von derartigem Wald umgeben. Infolge der Errichtung von Windenergieanlagen kann es zu Störungen der Erholungsnutzung insbesondere durch Schallimmissionen in den Erholungswald hinein kommen.“). Die Tabelle in Pkt. 4 muss dahingehend angepasst werden.

Anregung / Forderung

Gemäß des geltenden LEP NRW mit dem „10.2-2 Grundsatz Vorranggebiete für die Windenergienutzung: In den Planungsregionen können Gebiete für die Nutzung der Windenergie als Vorranggebiete in den Regionalplänen festgelegt werden.“ sollte die Regionalplanbehörde auf die Zielformulierung 8.1-1 verzichten, um der kommunalen Bauleitplanung weiterhin die Planungshoheit zu überlassen. Damit können diese steuernd auf die Entwicklung der Windenergie in ihren Kommunen auf Basis und Auswertung der örtlichen Gegebenheiten Einfluss nehmen und die spezifischen örtlichen Aspekte in die Abwägung einstellen. Mit der Festlegung von Vorbehaltsgebieten (das sind Gebiete, in denen bestimmten raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen ist) könnte sowohl der regionalplanerischen Intension als auch der kommunalen Planungshoheit Rechnung getragen werden. Diese Festlegung entspräche eben-

falls der Untersuchungs- und Detailtiefe, die auf Regionalplanebene bezüglich der spezifischen örtlichen Gegebenheiten abgearbeitet werden kann.

Sollte die Regionalplanungsbehörde an der Festlegung der Vorranggebiete festhalten wollen und damit diese als rechtssicher im Hinblick auf die Vorgaben des LEPs in Verbindung mit den gesetzlichen Anforderungen an das Gegenstromprinzip und der Wahrung der kommunalen Planungshoheit erachten, ist eine Anpassung an die örtlichen Verhältnisse bzw. vor dem Hintergrund der Erkenntnisse der städtischen Windkonzeptplanung und eine Anpassung an die derzeitigen bzw. geplanten gesetzlichen Regelungen im Rahmen der Länderöffnungsklausel (harter Tabubereich von 1.000 m um Siedlungsbereiche) zwingend notwendig.

Der Umweltbericht ist zu überarbeiten, Widersprüche sind zu korrigieren. Dem ist eine besondere Bedeutung beizumessen, da die Zusammenfassende Bewertung im Umweltbericht zu dem Schluss kommt, dass für das Schutzgut Mensch erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind. Im Gesamtresümee wird aber eine geringe bis mäßige Umweltauswirkung bescheinigt.

Wie willkürlich, unbegründet und von politischen Erwägungen getragen die Festlegung des gewählten Vorsorgeabstandes ist, zeigt, dass sich im Rahmen der hier vorliegenden Ausführungen keinesfalls an der Vorgabe des LEP mit „10.2-3 Grundsatz Abstand von Bereichen/Flächen für Windenergieanlagen Bei der planerischen Steuerung von Windenergieanlagen in Regionalplänen und in kommunalen Flächennutzungsplänen soll zu Allgemeinen Siedlungsbereichen und zu Wohnbauflächen den örtlichen Verhältnissen angemessen ein planerischer Vorsorgeabstand eingehalten werden; hierbei ist ein Abstand von 1500 Metern zu allgemeinen und reinen Wohngebieten vorzusehen.“ orientiert wird.

Zusätzliche Anregung: Regiopole Siegen

Am 10.06.2020 hat der Rat der Universitätsstadt Siegen beschlossen, sich als Partnerin am Modellvorhaben des Bundes „Regiopolen und Regiopolregionen für Deutschland“ auf Grundlage des Zuwendungsbescheides der Bundesförderung „Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE/BMI)“ zu beteiligen.

Der Raumentwicklungsfunktion kleiner Großstädte in spezifischen Verflechtungsräumen wird im Zuge der bundespolitischen Raumagenda „Neuvermessung Deutschlands – Unser Plan für Deutschland“³ und der „Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ eine besondere Bedeutung beigemessen. Die raumordnerische Relevanz von Regiopolen ergibt sich aus ihrer Funktion als Bindeglied zwischen Metropolen und ländlichem Raum. Gerade in den Regiopolen werden sowohl der Einfluss auf Siedlungsstrukturen und Siedlungsentwicklung (Entlastungsfunktion Metropolen), der Innenentwicklung von forschungsnahen Gewerbe- und Industrieansiedlungen (Fachkräfteentwicklung und Standortattraktivität) als auch die Ausbildung spezifischer Verkehrs-, Versorgungs-, Bildungs- und Energieinfrastrukturen (Sektorenkopplung) durch neue gesellschaftliche Entwicklungen, den Klimawandel, die fortschreitende Digitalisierung und sich ändernden Mobilitätskulturen der Menschen erkennbar.

Die Stadt Siegen entwickelt in dem o.g. Förderprogramm mit Laufzeit vom 01.01.2021 bis 31.12.2022 ein spezifisches Regiopolekonzept für eine „Regiopolregion Siegen“ in Südwestfalen. Gegenstand sind u.a. die Analyse der regiopolitanen Ausstattungsmerkmale und Stadt-Umland-Verflechtungen entsprechend des Kriterienkatalogs, die Ableitung von Anforderungen an die Regiopolregion Siegen und die Erarbeitung der Grundlagen zur nachhaltigen Implementierung in die Regionalplanung. Die Regiopolregion soll dabei auch länderübergreifend (Lage Siegens im Dreiländereck) gedacht werden. Exemplarisch werden im Infrastrukturbereich „Bildung, Forschung & Entwicklung“ der Stadt Siegen die spezifischen Wissensinfrastrukturen als raumordnerische Bedeutung der Regiopolen herausgearbeitet. Das Forschungsprogramm dient als Instrument der EU-Kohäsionspolitik zur Umsetzung des Bundesprogramms „Regionen entwickeln“. Aus Sicht der Stadt Siegen wird daher bereits jetzt – zu Beginn der Konzepterarbeitung – eine Würdigung des Themas im Regionalplan als zielführend erachtet.

³ Vgl. [Unser Plan für Deutschland - Gleichwertige Lebensverhältnisse überall \(bund.de\)](https://www.bund.de)

Anregung / Forderung

Es wird angeregt, in den textlichen Festlegungen des Regionalplans die Raumkategorie der Regiopolen als zu den Metropolregionen gleichwertige Raumkategorie in ländlich geprägten Räumen im Regionalplan darzustellen und auf die Zielsetzung der Stadt Siegen hinzuweisen, ein Regionpolekonzept für eine „Regiopolregion Siegen“ in Südwestfalen zu entwickeln.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bereich: Kämmerei
Bearbeitet von: AG 3/1-1 Haushalt

Siegen, 27.05.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss **09.06.2021**

Rat **23.06.2021**

Kurzbezeichnung:

Haushalt 2020
- Übertragung von Ermächtigungen in das Haushaltsjahr 2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt die vorgenommenen Ermächtigungsübertragungen gemäß den Anlagen 1 a, 1 b (Ergebnisplan), 2 a und 2 b (Investitionen, Rückstellungen) zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Durch Beschluss vom 22.05.2013 (Verwaltungsvorlage 1845/2013) hat der Rat der Stadt Siegen der Grundsatzvorlage über Art, Umfang und Dauer der Übertragung von Haushaltsermächtigungen nach § 22 Absatz 1 KomHVO zugestimmt. Werden Ermächtigungen übertragen, ist dem Rat nach § 22 Absatz 4 KomHVO eine Übersicht der Übertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnisplan und den Finanzplan des Folgejahres vorzulegen.

Die Gesamtsumme der Übertragungen im Ergebnisplan (siehe Anlage 1a und 1b) beträgt rd. 10,9 Mio. €. Die Übertragung dieser Summe in den Ergebnisplan 2021 bedeutet auch, dass entsprechende Auszahlungsmittel in den Finanzplan 2021 übertragen werden.

Im Bereich der Investitionen und Rückstellungen setzt sich die Gesamtsumme in Höhe von rd. 26,6 Mio. € (siehe Anlage 2a und 2b) wie folgt zusammen:

1.	Investitionen	23,2 Mio. €
2.	Konsumtive Auszahlungsermächtigungen für Rückstellungen, etc.	<u>3,4 Mio. €</u>
		26,6 Mio. €

Bei einigen Baumaßnahmen erfolgte im abgelaufenen Haushaltsjahr kein Baubeginn. Darüber hinaus wurde in vielen Fällen der eingeplante Zahlungsmittelabfluss nur zu einem geringen Teil ausgeschöpft, es lagen jedoch überwiegend bereits eingebuchte Bestellungen (Aufträge) vor.

Die Finanzrechnung in 2020 wird dadurch entsprechend entlastet (s. hierzu auch Verwaltungsvorlage „Haushalt 2020 / Vorläufiges Jahresabschlussergebnis“, Vorlage Nr. VL 349/2021).

Die Übertragung der Auszahlungsermächtigungen führt dazu, dass in der Finanzrechnung des Jahres 2021 (und nicht wie ursprünglich geplant in 2020) ein entsprechender Liquiditätsabfluss und damit eine Belastung erfolgt. Jedoch ist zu berücksichtigen, dass den zusätzlichen Auszahlungen im investiven Bereich (rd. 23,2 Mio €) auch teilbereichlich zweckgebundene Einzahlungen in Form von Zuweisungen, Veräußerungserlösen und Beiträgen sowie übertragene Kreditermächtigungen in entsprechender Höhe gegenüberstehen.

Die Übertragung von Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen fließt in das Ergebnis 2021 ein und bedeutet faktisch eine Ausweitung der Haushaltsansätze 2021. Insofern enthalten die Anlagen jeweils auch das Haushalts-Soll 2021 der betroffenen Konten. Übertragen wurde i. d. R. die voraussichtlich noch benötigte Höhe der zur Verfügung stehenden Ermächtigung.

In Summe ergeben sich folgende fortgeschriebenen Aufwands- bzw. Auszahlungsermächtigungen in 2021:

	HH-Soll 2021	Übertragungen	fortgeschriebener Ansatz 2021
<u>Ergebnisplan</u>			
ordentliche Aufwendungen	325.188.791	10.937.871,86	336.126.662,86
<u>Finanzplan</u>			
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	307.035.534	14.370.240,56	321.405.774,56
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	36.270.370	23.185.001,26	59.455.371,26

Leider ist es nicht gelungen, die Höhe der Übertragungen nennenswert abzubauen. Die Übertragungen liegen etwa auf dem Vorjahresniveau. Dies ist wiederum einigen Sondereffekten geschuldet.

Im Bereich des Ergebnisplans (Summe: rd. 10,9 Mio. €) sind folgende Faktoren zu nennen:

Im Bereich Hochbau wurden Bauunterhaltungsmittel von insgesamt 6,3 Mio. € übertragen. Davon entfallen rd. 3,7 Mio. € auf Maßnahmen der Förderprogramme Gute Schule und Kommunalinvest und 950 T€ auf umfangreiche Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Hallenverwaltung.

Bauunterhaltungsmittel im Bereich Straßenbau wurden in Höhe von insgesamt 1,8 Mio. € übertragen, um die Finanzierung laufender Unterhaltungsmaßnahmen sicherzustellen.

Ohne diese Sondereffekte, läge die Höhe der Übertragungen bei lediglich rd. 2,8 Mio. €.

Im Bereich der Investitionen („Reste“: rd. 23,2 Mio. €) führen folgende Maßnahmen zu einer relativ hohen Übertragungssumme:

- Maßnahmen GUTE SCHULE	1,48 Mio. €
- Maßnahmen Kommunalinvestitionsförderungsgesetz	4,69 Mio. €
- Sonstige Hochbaumaßnahmen ZGW	2,55 Mio. €
- Stadtentwicklungsmaßnahmen	5,22 Mio. €
- Straßenbaumaßnahmen	5,57 Mio. €
- Ausstattung der Schulen (u. a. WLAN-Ausbau, Glasfaser-Anbindung)	1,13 Mio. €

An dieser Stelle weise ich darauf hin, dass bei der Haushaltsberatung 2022 insbesondere im investiven Bereich Zurückhaltung angebracht ist. Die enorme Summe von rd. **59,5 Mio. €** (fortgeschriebener Ansatz, siehe Tabelle auf Seite 2) ist prioritär umzusetzen. Dies kann auch im Jahr 2021 nicht vollständig gelingen. Bei der Vielzahl von Baumaßnahmen, welche finanziert bzw. etatisiert werden, stößt die Bauverwaltung in personeller Hinsicht an ihre Grenzen, zumal vakante Stellen t. w. nur verzögert wiederbesetzt werden konnten. Hinzu kommt die trotz „Corona“ überhitzte Baukonjunktur. Die ohnehin aufwändigen und langwierigen Vergabeverfahren mussten mehrfach aufgehoben werden, da keine oder nur wesentlich überteuerte Angebote abgegeben wurden. Wirtschaftliche Angebote lassen sich oftmals nur erzielen, wenn die Ausführungsfristen deutlich verlängert werden, was zu weiteren Bauverzögerungen führt.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

gez.

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

- [Anlage 1a Ermächtigungsübertragungen 2020 konsumtiv](#)
- [Anlage 1b Ermächtigungsübertragungen 2020 konsumtiv](#)
- [Anlage 2a Ermächtigungsübertragungen 2020 investiv](#)
- [Anlage 2b Ermächtigungsübertragungen 2020 konsumtive Auszahlungsmittel](#)

lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto	Beschreibung	Übertragung aus 2019	zweckgebundener Ertrag 2020	Bereitgestellt 2020	noch verfügbar 2020	Übertragung 2020 nach 2021	Ansatz 2021	Summe Aufwands ermächtigung 2021
a) zweckgebundene Zuweisungen, Fördergelder, Spenden										
1	03010206	5317000	LZ OGS	1.000,00 €	2.002.552,13 €	2.731.000,00 €	46.310,45 €	46.310,45 €	2.992.000	3.038.310,45
2	03010204	5317000	Betreuungsangebote Grundschulen	358.000,00 €	241.648,00 €	943.500,00 €	486.903,28 €	400.000,00 €	486.500	886.500,00
3	03010404	5317000	LZ Geld oder Stelle	8.000,00 €	156.826,00 €	209.400,00 €	47.472,54 €	47.472,54 €	92.800	140.272,54
4	03010604	5317000	LZ Geld oder Stelle	12.000,00 €	45.998,00 €	57.700,00 €	13.803,99 €	13.803,99 €	47.100	60.903,99
5	03010704	5317000	LZ Geld oder Stelle	15.000,00 €	34.270,00 €	49.300,00 €	14.565,86 €	14.565,86 €	35.400	49.965,86
6	03010804	5317000	LZ Geld oder Stelle	7.000,00 €	53.653,19 €	61.100,00 €	4.778,29 €	4.778,29 €	66.800	71.578,29
7	05010300	5318000	Förderprogramm zur Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana	- €	28.500,00 €	42.500,00 €	39.744,69 €	28.500,00 €	14.000	42.500,00
8	05010306	A050103900-5317800	Bundeszuweisungen BIWAQ/Zuwend. An Private Unternehmen	74.110,63	325.000,00	399.110,63	74.741,55	74.741,55	325.000	399.741,55
9	05010305	5399010 (früher: 5339110)	Beihilfen nach § 102 III SGB IX	30.408,00 €	80.808,00 €	111.216,00 €	39.658,79 €	29.466,79 €	90.000	119.466,79
10	06020100	5318000	FoBi-Maßnahmen Sprachförderung	9.071,00 €	18.196,75 €	284.071,00 €	206.523,60 €	7.571,75 €	275.500	283.071,75
11	06020101	5281000	Sachleistungen Familienzentrum	42.620,23 €	49.500,00 €	92.120,23 €	60.965,02 €	60.965,02 €	25.000	85.965,02
12	06030105	5281000	Kurse/Spenden	55.365,33 €	33.777,78 €	130.143,11 €	90.828,98 €	90.828,98 €	124.000	232.863,30
			Projektbezogene Drittmittel Maßn. D. Einrichtung	24.293,82 €	37.030,00 €	66.723,82 €	32.301,19 €	32.301,19 €		
			Elternbeiträge Fuchs	- €	12.287,11 €	36.600,00 €	16.469,66 €	- 16.469,66 €		
			OGS	5.562,35 €	- €	10.562,35 €	2.202,79 €	2.202,79 €		
13	06030105	5019000	13 Plus	7.116,06 €	10.000,00 €	38.216,06 €	17.666,85 €	17.666,85 €	34.100	51.766,85
								854.706,39	4.608.200	5.462.906,39

lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto	Beschreibung (kons. Auftrag oder Kostenträger-/Kontenbezeichnung)	bereitgestellte Mittel 2020	verfügbar 2020	Übertragung 2020 nach 2021	Ansatz 2021	Summe Aufwands-ermächtigung 2021
	b) sonstige konsumtive Ermächtigungen							
1	01010100	A010101001 - A010101006/5318800	Unterstützung politischer Gremien/ Zuschüsse an übrige Bereiche (Bezirksausschussmittel)	44.773,52	34.805,65	34.805,65	27.600	62.405,65
2	01050100	5412010	Rechnungsprüfungsamt, Fortbildung	10.000,00	6.470,00	1.900,00	8.000	9.900,00
3	01060100	5291000	Finanzmanagement/Aufwendungen f. sonst. Dienstleistungen	32.211,33	24.671,33	15.000,00	20.000	35.000,00
4	01090100	5431050	Recht und Versicherungen, Sachverständigen/Gerichtskosten	75.000,00	41.350,74	40.000,00	65.000	105.000,00
5	01100100	5412010	Personalmanagement/ Aufwendungen für Fortbildung	234.160,04	106.000,00	106.000,00	142.600	248.600,00
6	01100100	5291000	Personalwirtschaft, Sonstige Dienstleistungen	21.700,00	7.553,35	7.500,00	4.000	11.500,00
7	01120101	5291020	Organisation, Gutachter-/Beratungskosten	257.167,54	190.109,31	180.000,00	80.000	260.000,00
	01130200	5215599	Bauunterhaltung ZGW					0,00
		A011302000 - A011302100	Bauunterhaltung Schulen und sonstige Gebäude	4.439.386,88	818.000,07			
8			Schulen		davon:	400.000,00	2.200.000	2.600.000,00
9			sonstige Gebäude			400.000,00	1.943.500	2.343.500,00
10		A011302200	Bauunterhaltung Gute Schule	3.397.699,44	2.952.651,62	2.952.651,62	0	2.952.651,62
11		A011302201	BU Kommunalinvestitionsförderung KITA Gläserstraße	33.453,17	33.453,17	33.453,17	0	33.453,17
12		A011302202	BU Kommunalinvestitionsförderung Bertha-von-Suttner	646.231,84	378.840,40	378.840,40	0	378.840,40
13		A011302203	Kommlnv, Jung-Stilling-Schule, Erweiterungsbau	274.000,00	273.971,08	273.971,08	55.000	328.971,08
14		A011302204	Kommlnv, GS Am Schießberg, Dachsanierung	278.192,87	43.550,76	43.550,76	0	43.550,76
15	01130200	5291000	Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	174.100,00	130.261,31	130.000,00	24.100	154.100,00

lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto	Beschreibung (kons. Auftrag oder Kostenträger-/Kontenbezeichnung)	bereitgestellte Mittel 2020	verfügbar 2020	Übertragung 2020 nach 2021	Ansatz 2021	Summe Aufwands-ermächtigung 2021
16	02010100	5412030	Feuerwehr - Aufwend. Für Fortbildungen und Dienstreisen	50.000,00	13.522,92	12.000,00	40.000	52.000,00
17	02040100	5412010	Allg. Gefahrenabwehr - Fortbildungsaufwand	25.000,00	22.750,48	22.000,00	15.000	37.000,00
18	03010200	5255000	Grundschulen allg. / Unterhaltung sonst. bewegl. Vermögen	69.246,75	58.286,38	20.000,00	130.000	150.000,00
19	03010202	5271000	Grundschulen Lernmittel	126.919,28	45.194,69	45.000,00	155.600	200.600,00
20	03010402	5271000	Realschulen Lernmittel	51.850,74	16.696,49	16.000,00	50.000	66.000,00
21	03010602	5271000	Gymnasien Lernmittel	139.470,07	33.522,21	33.000,00	124.500	157.500,00
22	03010802	5271000	Gesamtschulen Lernmittel	145.163,94	55.997,00	55.000,00	160.000	215.000,00
23	04010100	5215000	Kultur - Sanierung Fürstengruft	150.771,74	97.500,11	96.700,00	9.500	106.200,00
24	04020100	A040201000/ 5281800 + 5291800	Erstellung einer "Siegener Stadtgeschichte"/ Aufwand. f.sonst. Sach- /Dienstleistungen	25.000,00	14.063,60	14.063,60	23.000	37.063,60
25	04050100	A040501000/ 5215901	Museen- Gebäudeunterh.-/Bewirtschaftung	274.000,00	70.781,87	70.000,00	150.000	220.000,00
26	04060100	5255000	Musikschule - Unterhalt. sonst. bew. Vermögen	7.600,00	4.077,42	4.000,00	5.000	9.000,00
27	05010200	5215000	Hilfen nach dem AsylbLG allg. / Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen	122.771,69	57.390,39	50.000,00	80.000	130.000,00
28	06010100	5291000	Hilfe für junge Menschen und ihre Familie allg. / Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	27.400,00	8.996,20	5.000,00	0	5.000,00
29	06020102	A060201105 5215901	Kita Gläserstr., Sanierung Gebäude/Außenanlagen	360.000,00	338.994,82	338.000,00	0	338.000,00
30	06020203	5281000	Frühe Hilfen / Aufwendungen für sonstige Sachleistungen	15.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000	30.000,00
31	06020202	5431400	Kindertagespflege / Erwerb v. Vermögen < 60 €	8.000,00	8.000,00	3.000,00	1.000	4.000,00

lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto	Beschreibung (kons. Auftrag oder Kostenträger-/Kontenbezeichnung)	bereitgestellte Mittel 2020	verfügbar 2020	Übertragung 2020 nach 2021	Ansatz 2021	Summe Aufwands-ermächtigung 2021
32	08010100	5317000	Förderung des Breiten- und Leistungs-sports allg./Zuwendungen an Vereine	81.900,00	68.811,50	36.000,00	35.200	71.200,00
33	08030200	A080302000/5 215901; 5215000	Bauunterhaltung Freibäder	85.000,00	39.135,58	39.135,58	418.000	457.135,58
34	09020100	5215000	Stadtentwicklung/ Unterhaltung Grundstücke und baul. Anlagen	110.000,00	92.531,95	30.000,00	50.000	80.000,00
35	09020100	5291000	Stadtentwicklung/ Aufw. für sonstige Dienstleistungen	300.000,00	193.632,83	180.000,00	170.000	350.000,00
36	09020100	A090201089/ 5281800	Umgestaltung Herrengarten, Öffentlichkeitsarbeit/ Aufwend. für Sachleistungen	20.000,00	20.000,00	20.000,00	0	20.000,00
37	09020100	A090201112/ 5215999	RudS, 1. Bew., Erweiterung Aktives Museum/ Gebäudeunterhaltung	705.691,96	401.332,44	401.300,00	0	401.300,00
38	09020100	A090201140/ 5215999	RudS 4. Bew. Haus Seel/ Gebäudeunterhaltung	365.000,00	56.164,29	56.164,29	0	56.164,29
39	09020100	A090201153/ 5291800	RudS, 5.Bew., Erweiterung Siegerlandmuseum Wettbew/ Aufw. Sonst. Dienstleistungen	136.434,00	57.973,48	57.900,00	0	57.900,00
40	09020100	A090201200/ 5318800	Heimat-Fonds, SI.gestalten e. V./ Zuschüsse an übrige Bereiche	48.000,00	45.870,41	45.800,00	0	45.800,00
41	09020500	5291000	Verkehrsplanung/ Aufw. für sonstige Dienstleistungen	210.000,00	131.655,80	79.000,00	10.000	89.000,00
42	12010100	5291000	Verwaltung öffentlicher Verkehrsflächen/ Aufw. für sonstige Dienstleistungen	210.000,00	150.334,27	120.000,00	130.000	250.000,00
43	12020XXX	5216010	Gemeinde-/Kreis-/Landesstraßen / Unterhaltung Straßen, Wege, Plätze	1.948.351,79	976.508,30	900.000,00	1.065.000	1.965.000,00
44	12020XXX	5216020	Gemeinde-/Kreis-/Landesstraßen / Unterhaltung Brücken	602.645,16	275.113,88	275.000,00	330.000	605.000,00
45	12020XXX	5216030	Gemeinde-/Kreis-/Landesstraßen / Unterhaltung Stützwände	180.000,00	107.520,23	100.000,00	140.000	240.000,00
46	12020100	5216070	Verwaltung öffentlicher Verkehrsflächen / Unterhaltung Lichtsignalanlagen	900.000,00	488.158,42	300.000,00	360.000	660.000,00
47	12020100	5291000	Verwaltung öffentlicher Verkehrsflächen / Aufw. Für sonstige Dienstleistungen	230.000,00	107.367,85	80.000,00	240.000	320.000,00

lfd. Nr.	Kostenträger	Sachkonto	Beschreibung (kons. Auftrag oder Kostenträger-/Kontenbezeichnung)	bereitgestellte Mittel 2020	verfügbar 2020	Übertragung 2020 nach 2021	Ansatz 2021	Summe Aufwands-ermächtigung 2021
48	12020300	A120203000/5216902	Brückensanierung L 907/K9 Siegtalstraße / Unterhaltung Brücken mit konsumtivem Auftrag	614.562,32	177.932,71	177.932,71	0	177.932,71
49	13020300	5215000	Wasserläufe / Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen	200.000,00	107.016,29	60.000,00	220.000	280.000,00
50	13030100	5412010	Friedhofs- und Bestattungswesen allg./ Aufwendungen für Fortbildung	10.137,59	10.137,09	8.000,00	7.000	15.000,00
51	13030104	5215000	Unterhaltung der Grabmale und Gruften / Unterhaltung Grundstücke und bauliche Anlagen	308.066,13	245.234,27	245.234,27	0	245.234,27
52	14010100	5281000	Umweltschutzmaßnahmen allg. / Aufwendungen für sonstige Sachleistungen	65.261,00	28.698,35	25.000,00	5.600	30.600,00
53	14010101	A140101000/5291800	Klimaschutzmaßnahmen / Aufw.sonstige Dienstleist. m. konsumtiv. Auftrag	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000	200.000,00
54	15020100	5215901	Siegerlandhalle, Bauunterhaltung	1.125.000,00	615.508,08	569.262,34	1.000.000	1.569.262,34
55	15020203	A150202003/5215901	Bismarckhalle Verpachtungsobjekte/ Bauunterhaltung Sanierung Restaurant BMH	343.119,56	340.902,89	340.000,00	20.000	360.000,00
56	15020204	A150202004/5215901	Bürgerhäuser, Bauunterhaltung	100.000,00	91.332,90	41.000,00	100.000	141.000,00
SUMME b) sonstige konsumtive Ermächtigungen						10.083.165,47		
SUMME a) zweckgebundene Mittel:						854.706,39		
SUMME Übertragung Aufwandsermächtigungsübertragungen						10.937.871,86		
Summe konsumtive Auszahlungsermächtigungen gem. Anlage 2b						3.432.368,70		
Summe der konsumtiven Auszahlungsermächtigungsübertragungen						14.370.240,56		

lfd. Nr.	Investitions-code		Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2020	zur Verfügung	Übertrag nach 2021	Ansatz 2021	Summe Ausz.-Mittel 2021 insgesamt
1	I	010201000	01020100	Büro Bürgermeister	6.400,32	2.375,92	2.375,00	4.400	6.775,00
2	I	010602000	01060200	Zahlungsabwicklung	12.885,16	6.889,91	6.000,00	4.000	10.000,00
3	I	010901000	01090100	Recht und Versicherungen	4.000,00	2.555,16	2.236,99	2.000	4.236,99
4	I	011001000	01100100	Personalwirtschaft	7.392,66	2.600,25	2.600,00	1.200	3.800,00
5	V	011102003	01110200	KFZ-Werkstatt, Abgasabsauganlage	35.000,00	35.000,00	35.000,00	0	35.000,00
6	V	011102004	01110200	KFZ-Werkstatt, Erneuerung Bremsenprüfstand	70.000,00	70.000,00	70.000,00	0	70.000,00
7	I	011103000	01110300	Büromöbel Zentrale Vergabestelle	2.200,00	1.932,33	1.932,33	200	2.132,33
8	I	011201020	01120102	IT-Management	199.640,00	139.663,33	139.663,33	1.000	140.663,33
9	I	011301000	01130100	Immobilienmanagement	27.981,00	22.360,22	22.039,92	1.200	23.239,92
10	I	011301001	01130100	Allgemeines Grundvermögen	476.219,00	198.832,58	120.000,00	300.000	420.000,00
11	G	030101001	01130200	Gute Schule, Maßnahmen unter Wertgrenze div. Schulen	50.845,22	50.845,22	50.845,22	0	50.845,22
12	G	030104001	01130200	Gute Schule, TH Am Oberen Schloss, Sportbodensan.	23.837,72	22.206,96	22.206,96	0	22.206,96
13	G	030104002	01130200	Gute Schule, ROS, Differenzierungsraum San./Ausst.	62.517,65	18.155,49	18.155,49	0	18.155,49
14	G	030104003	01130200	Gute Schule, GS Schießberg, naturwissenschaftliche Räume	525.000,00	525.000,00	525.000,00	0	525.000,00
15	G	030105001	01130200	Gute Schule, Weiterbildungskolleg (ehem. HS Winch.)	380.761,65	307.918,80	307.918,80	0	307.918,80
16	G	030106004	01130200	Gute Schule, Gym. Löhrtor, naturwissenschaftliche Räume	43.600,95	14.780,03	14.780,03	0	14.780,03
17	G	030106006	01130200	Gute Schule, FJM, Erweit. Sicherheitsbeleuchtung	37.452,69	36.679,19	36.679,19	0	36.679,19
18	G	030106007	01130200	Gute Schule, PPR, Sportbodensanierung	41.391,98	41.391,98	41.391,98	0	41.391,98
19	G	030106008	01130200	Gute Schule, PPR, Prallschutz und Hallentore	18.842,73	18.884,25	18.884,25	0	18.884,25
20	G	030106009	01130200	Gute Schule, PPR, naturwissenschaftliche Räume	653.081,83	413.105,13	413.105,13	0	413.105,13
21	G	030106010	01130200	Gute Schule, Gym. Löhrtor, Sicherheitsbeleuchtungsanlage	87.823,29	14.175,54	14.175,54	0	14.175,54
22	G	030107001	01130200	Gute Schule, Pestalozz, Parkplatzerweit./Schracken	22.579,37	14.525,76	14.525,76	0	14.525,76
23	H	011101002	01130200	KrönchenCenter, Erneuerung Lastenaufzug	150.000,00	60.398,81	60.398,81	0	60.398,81
24	H	020101007	01130200	Neubau Feuerwehrgerätehaus Alchetal - Außenanlagen	28.900,00	27.656,08	27.600,00	0	27.600,00
25	H	020101009	01130200	Feuerwehrgerätehaus Eisern, Neubau Sozialtrakt	48.700,00	20.666,96	20.600,00	0	20.600,00

lfd. Nr.	Investitions-code	Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2020	zur Verfügung	Übertrag nach 2021	Ansatz 2021	Summe Ausz.-Mittel 2021 insgesamt
26	H 020101100	01130200	Feuerwehrgerätehaus Feuersbach - Anbau Fahrzeughalle	15.000,00	10.465,11	3.000,00	0	3.000,00
27	H 030102101	01130200	Nordschule, Erweiterung Mensa	142.500,00	96.182,22	96.182,22	0	96.182,22
28	H 030102103	01130200	Diesterwegschule, Erweiterung	398.000,00	389.564,90	389.564,90	600.000	989.564,90
29	H 030104100	01130200	Realschule Oberes Schloss, Spülküche, Differenzierungsraum	40.000,00	25.826,71	25.826,71	0	25.826,71
30	H 030108008	01130200	Gesamtschule Eiserfeld, Umbau Barrierefreiheit	125.000,00	99.515,92	99.515,92	0	99.515,92
31	H 030108102	01130200	Bertha-von-Suttner-GES, Erweiterung BMA	156.000,00	156.000,00	156.000,00	0	156.000,00
32	H 060301100	01130200	Jugendtreff FBB, Umnutzung ehem. Hausmeisterwohnung	67.000,00	38.759,95	38.759,95	59.000	97.759,95
33	H 080201100	01130200	Leimbachstadion, Neubau WC-Anlage	273.800,00	129.313,27	129.313,27	0	129.313,27
34	H 080301100	01130200	Hallenbad Weidenau, Neubau	400.000,00	399.267,65	399.267,65	800.000	1.199.267,65
35	H 110101000	01130200	Zentralisierung Bauhöfe	2.789.647,73	1.105.154,82	1.105.154,82	805.000	1.910.154,82
36	K 020101001	01130200	Feuerwehrgerätehaus Eisern, energ. San. Fahrzeughalle	183.000,00	12.025,39	12.025,39	0	12.025,39
37	K 030106001	01130200	Komplettsanierung Rundsporthalle, Gymnasium Auf der Morgenröthe	3.921.869,43	2.744.967,14	2.744.967,14	1.355.000	4.099.967,14
38	K 030108005	01130200	Bertha-von-Suttner-GES, Umbau Barrierefreiheit	2.768.439,83	1.916.263,73	1.916.263,73	0	1.916.263,73
39	K 060201062	01130200	KITA Gläserstraße	13.160,97	13.160,97	13.160,97	0	13.160,97
40	V 011302100	01130200	Photovoltaikanlagen auf städt. Gebäuden	381.500,00	335.500,00	45.000,00	0	45.000,00
41	I 020101000	02010100	Feuerschutz und technische Hilfeleistung	60.842,54	20.329,21	17.300,00	40.000	57.300,00
42	V 020101010	02010101	Fahrzeuge Feuerwehr	1.131.467,00	26.109,40	14.500,00	600.000	614.339,34
43	I 020101011	02010101	Alarmsystem	40.000,00	39.109,91	39.000,00	4.000	43.000,00
44	I 020101013	02010101	Maschinen und Geräte	48.664,09	24.120,16	22.000,00	12.500	34.500,00
45	I 020101014	02010101	Mobile Sirenen	60.000,00	11.407,06	11.000,00	0	11.000,00
46	I 020201003	02020100	Maschinen und Geräte	76.845,96	56.495,40	56.000,00	124.000	180.000,00
47	I 030102000	03010200	Grundschulen	45.382,84	44.211,44	41.000,00	0	41.000,00
48	I 030102013	03010201	Bewegl. Vermögen und Lehrmittel Grundschulen	21.798,43	15.219,63	15.000,00	25.000	40.000,00
49	I 030102020	03010202	Medienentwicklungsplanung Grundschulen	507.043,45	107.871,45	100.000,00	180.000	280.000,00
50	I 030102022	03010202	Glasfaseranbindung Grundschulen	381.899,99	381.899,99	381.840,30	445.000	826.840,30
51	I 030103020	03010302	Medienentwicklungsplanung Hauptschulen	59.895,27	7.591,29	6.000,00	22.500	28.500,00
52	I 030104000	03010400	Realschulen	11.750,61	10.205,72	10.000,00	20.000	30.000,00
53	I 030104020	03010402	Medienentwicklungsplanung Realschulen	168.766,43	24.016,64	22.000,00	50.000	72.000,00
54	I 030105020	03010502	Medienentwicklungsplanung Weiterbildungskolleg	56.569,39	7.131,41	6.000,00	18.000	24.000,00
55	I 030105021	03010502	WLAN-Ausbau, diverse Schulen	30.509,73	15.809,48	10.000,00	0	10.000,00
56	V 030106000	03010600	Aula GAL, Erneuerung Bühnenboden und Bestuhlung	247.000,00	128.576,89	80.000,00	150.000	230.000,00

lfd. Nr.	Investitions-code		Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2020	zur Verfügung	Übertrag nach 2021	Ansatz 2021	Summe Ausz.-Mittel 2021 insgesamt
57	I	030106020	03010602	Medienentwicklungsplanung Gymnasien	362.446,86	51.936,30	50.000,00	110.000	160.000,00
58	I	030106021	03010602	WLAN-Ausbau Gymnasien	88.689,27	58.743,59	20.000,00	0	20.000,00
59	I	030107010	03010701	Mobiliar Förderschulen	42.324,01	41.774,63	41.774,63	600	42.374,63
60	I	030107020	03010702	Medienentwicklungsplanung Förderschule	56.535,61	16.333,94	16.000,00	17.500	33.500,00
61	I	030107022	03010702	Glasfaseranbindung Förderschule	138.314,94	138.314,94	138.314,94	0	138.314,94
62	I	030108000	03010800	Gesamtschule Eiserfeld Einrichtung Lehrerzimmer	27.729,95	23.436,64	15.000,00	20.000	35.000,00
63	I	030108013	03010801	BvS-Gesamtschule - Erneuerung NW-Schränke	30.000,00	8.550,38	8.000,00	80.000	88.000,00
64	I	030108020	03010802	Medienentwicklungsplanung Gesamtschulen	337.145,87	69.036,54	66.000,00	130.000	196.000,00
65	I	030108021	03010802	WLAN-Ausbau, diverse Schulen	139.179,52	60.576,52	51.000,00	0	51.000,00
66	V	030108021	03010802	Netzwerk Gesamtschule Auf dem Schießberg	64.000,00	32.056,84	27.000,00	0	27.000,00
67	V	030108100	03010800	Bertha-v-Suttner Gesamtschule, Beachvolleyballanlage	115.000,00	25.183,24	25.146,36	0	25.146,36
68	I	040101000	04010100	Kultur, Veranstaltungen und Einrichtungen	24.300,00	6.779,36	4.733,93	32.500	37.233,93
69	I	040301001	04030100	Bestsellerservice Medienerwerb	1.600,00	1.600,00	1.600,00	1.600	3.200,00
70	I	040301002	04030100	Medienerwerb allg.	3.960,00	3.732,75	3.730,00	3.960	7.690,00
71	I	040501000	04050100	Museum	40.400,00	22.973,09	20.000,00	35.000	55.000,00
72	I	040601001	04060100	Projekt Jekits	10.000,00	5.063,20	5.063,20	6.000	11.063,20
73	I	040701000	04070100	Apollo Theater	157.407,67	49.456,16	45.000,00	108.000	153.000,00
74	V	040701102	04070100	Apollo Theater, Austausch Foyer-Einzelbestuhlung	55.000,00	55.000,00	55.000,00	0	55.000,00
75	H	060201100	06020100	Kita Waldesruh, Erweiterung um zwei Gruppen	748.000,00	188.975,39	188.975,39	0	188.975,39
76	H	060201105	06020102	Kita Gläserstraße, Erneuerung Außen-/Innenbereich	63.300,00	52.635,78	52.635,78	0	52.635,78
77	I	060202000	06020200	Frühe Hilfen für Familien allg.	23.351,88	3.869,76	3.800,00	10.000	13.800,00
78	H	090201140	09020100	RudS,4.Bew., Rathaus Oberstadt, Barrierefreiheit	557.000,00	532.831,33	535.220,62	0	535.220,62
79	H	090201200	09020100	DIEK, Bürgerhaus Seelbach, Außensanierung	10.000,00	8.898,00	8.898,00	300.000	308.898,00
80	T	090201080	09020100	Erfahrungsfeld Fischbacherberg	649.000,00	646.840,03	646.840,00	115.000	761.840,00
81	T	090201084	09020100	Regionale 2013- Siegen zu neuen Ufern	72.000,00	72.000,00	72.000,00	0	72.000,00
82	T	090201085	09020100	Maßnahmen zur Stadtbildoffensive	110.000,00	108.814,48	108.800,00	50.000	158.800,00
83	T	090201087	09020100	Dr.-Dudziak-Park Programm Stadtbau West	302.000,00	128.157,15	128.157,15	0	128.157,15
84	T	090201088	09020100	Siegen zu neuen Ufern, Neugestaltung Herrengarten	650.359,40	601.420,89	601.420,89	3.230.000	3.831.420,89
85	T	090201111	09020100	RudS 1. Bew. Erw. Schlosspark	1.195.046,41	31.029,98	31.029,98	0	31.029,98
86	T	090201134	09020100	RudS, 3.Bew., Wiederherstellung Schlosspark	566.561,53	522.017,60	522.017,60	400.000	922.017,60
87	T	090201140	09020100	Ruds 4. Bew. Stadtmauer 3. BA	692.651,04	364.788,84	364.788,84	0	364.788,84
88	T	090201141	09020100	RudS,5.Bew., Stadtmauer 4.BA	1.330.488,89	473.588,58	473.588,58	0	473.588,58

lfd. Nr.	Investitions-code		Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2020	zur Verfügung	Übertrag nach 2021	Ansatz 2021	Summe Ausz.-Mittel 2021 insgesamt
89	T	090201150	09020100	RudS, (5) 6.Bew., Stadtmauer 5.BA	283.700,00	186.679,46	186.679,46	550.000	736.679,46
90	T	090201153	09020100	RudS, 5.+6.Bew.,Erweiterung Schlosspark Mehrkosten	1.325.000,00	1.325.000,00	1.325.000,00	750.000	2.075.000,00
91	T	090201160	09020100	RudS, 6. (bis 8.) Bew., Stadtmauer 6. BA	123.000,00	122.654,90	122.654,90	0	122.654,90
92	T	090201200	09020100	Dorfinnenentwicklungskonzept Seelbach/Trupbach	99.026,76	93.504,40	93.504,40	50.000	143.504,40
93	H	100301001	10030100	Keltische Verhüttungswerkstatt Gerhardsseifen	175.000,00	161.654,76	161.654,76	0	161.654,76
94	V	110101001	11010100	Fahrzeuge Abfallentsorgung	406.000,00	170.801,91	164.000,00	680.000	844.000,00
95	I	120101000	12010100	Öffentlichen Verkehrsflächen	330.000,00	297.712,56	75.000,00	100.000	175.000,00
96	I	120101002	12010100	Baumaßnahmen Barrierefreiheit/ Schulwegsicherung	120.000,00	78.322,69	75.000,00	30.000	105.000,00
97	V	120101001	12010100	Fahrzeuge Straße und Verkehr	190.000,00	63.712,99	63.000,00	300.000	363.000,00
98	I	120201000	12020100	Ausbau von Gemeindestraßen	650.000,00	400.792,12	200.000,00	400.000	600.000,00
99	I	120201002	12020100	Verkehrssignalanlagen	130.000,00	60.408,62	50.000,00	150.000	200.000,00
100	I	120201089	12020100	Haltestellenprogramm	590.000,00	295.915,51	230.000,00	200.000	430.000,00
101	T	120201023	12020100	Adolf-Wurbach-Straße	127.500,00	125.906,16	10.000,00	0	10.000,00
102	T	120201030	12020100	Neubau Brücke 3071 Hubacher Weg	150.000,00	150.000,00	150.000,00	0	150.000,00
103	T	120201032	12020100	Neubau Brücke 3024 Poststraße	445.000,00	445.000,00	445.000,00	0	445.000,00
104	T	120201033	12020100	Neubau Brücke 3138 Am Eisernbach	457.172,27	131.110,58	130.000,00	0	130.000,00
105	T	120201092	12020100	Gewerbegebiet Martinshardt und Leimbachtal	1.250.000,00	108.599,72	100.000,00	0	100.000,00
106	T	120201096	12020100	Ausbau Ludwig-Kenter-Straße	120.000,00	120.000,00	120.000,00	0	120.000,00
107	T	120201100	12020100	Ersatzneubau Brücke 1423, Bhf. Eiserfeld	830.000,00	425.337,99	425.000,00	0	425.000,00
108	T	120201102	12020100	Erschließung Ober dem Feldgarten	1.250.000,00	345.649,45	340.000,00	100.000	440.000,00
109	T	120201103	12020100	Ausbau Fludersbach (Peipers Halde bis Mathiasweg)	650.000,00	37.110,79	2.000,00	0	2.000,00
110	T	120201104	12020100	Billweg	410.000,00	379.030,96	379.000,00	0	379.000,00
111	T	120201107	12020100	Gewerbegebiet Martinshardt II	900.000,00	720.095,22	720.000,00	2.084.000	2.804.000,00
112	T	120201112	12020100	Neubau Radweg Siegufer bis Heeserstraße	354.000,00	354.000,00	354.000,00	0	354.000,00
113	T	120201118	12020100	Neubau Ufermauer An der Alche	50.000,00	50.000,00	50.000,00	250.000	300.000,00
114	T	120201121	12020100	Ausbau Haardtstraße	100.000,00	97.153,38	97.000,00	0	97.000,00
115	T	120201123	12020100	Neubau Stützmauer (Nr. 2507) Schulstraße	200.000,00	163.914,36	160.000,00	260.000	420.000,00
116	D	120202001	12020200	Deckschichterneuerung Rosterstraße	185.000,00	185.000,00	185.000,00	196.000	381.000,00
117	D	120202002	12020200	Deckschichterneuerung K4/K5 Marburger Tor	67.000,00	34.990,08	30.000,00	73.000	103.000,00
118	I	120203000	12020300	Ausbau von Landesstraßen	20.900,00	20.900,00	20.000,00	30.000	50.000,00
119	T	120203096	12020300	Neubau L 907/K9 Siegtalstraße	600.000,00	336.651,87	330.000,00	0	330.000,00
120	T	120203100	12020300	Neubau Brücke 3001 Koblenzer Straße	300.000,00	238.982,23	238.000,00	485.000	723.000,00
121	T	120204083	12020400	B 62 Eiserfelder Straße 2.BA	1.388.470,59	943.945,21	650.000,00	2.000.000	2.650.000,00
122	V	120301001	12030100	Fahrzeuge Straßenreinigung	16.533,00	16.533,00	16.000,00	145.500	161.500,00

lfd. Nr.	Investitions-code	Kosten-träger	Investitionsbezeichnung	Bereit-gestellte Mittel 2020	zur Verfügung	Übertrag nach 2021	Ansatz 2021	Summe Ausz.-Mittel 2021 insgesamt	
123	I	130101000	13010100	Öffentliches Grün	133.408,90	19.895,75	19.000,00	127.000	146.000,00
124	I	130101001	13010103	Öffentliches Grün- Aktion 800 Bäume für Siegen	2.263,65	2.263,65	2.263,65	0	2.263,65
125	I	130101002	13010100	Kinderspielplätze	179.784,80	126.997,69	125.000,00	225.000	350.000,00
126	I	130101003	13010100	Spielgeräte auf Schulhöfen	63.000,00	55.638,59	55.000,00	70.000	125.000,00
127	T	130101010	13010100	Innerstädtisches Grünflächenkonzept	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.000	40.000,00
128	T	130203001	13020300	Renaturierung Pocheweier	38.828,83	31.330,41	30.000,00	0	30.000,00
129	T	130203013	13020300	Verrohrung Sohlbach, Brücke 3083	50.000,00	50.000,00	50.000,00	100.000	150.000,00
130	T	130203014	13020300	Verrohrung Sohlbach Brücke 3085	35.000,00	35.000,00	35.000,00	100.000	135.000,00
131	I	130301000	13030100	Friedhofs- und Bestattungswesen	329.561,78	196.998,34	190.000,00	146.000	336.000,00
132	V	130301001	13030100	Fahrzeuge Bestattungswesen	417.872,27	122.815,67	122.570,00	325.000	447.570,00
133	I	140101001	14010101	Klimaschutzmaßnahmen	200.000,00	200.000,00	200.000,00	201.000	401.000,00
134	I	150101000	15010100	Wirtschaftsförderung	5.300,00	3.715,44	2.920,00	1.800	4.720,00
135	V	150101003	15010100	Elektromobilität, Elektrofahrzeuge	510.000,00	220.573,05	220.573,05	80.000	300.573,05
136	V	150203003	15020200	Restaurant Bismarckhalle, Einrichtung	89.887,45	89.887,45	89.887,45	0	89.887,45
					42.672.410,06	24.729.275,65	23.185.001,26	20.503.460	43.688.300,60

Lfd. Nr.	Kosten-träger	Sachkonto	Produktbeschreibung	Kontobeschreibung	Ausz.mittel 2020	zur Verfügung	Übertrag nach 2021	Ansatz 2021	Summe Ausz.- Mittel 2021
1	01130200	2710006/ 7215090	Herstellung u. Unterhaltung v. Gebäuden u. baul. Anlagen	Instandhaltungsrückstellungen Gebäude	972.264,74	698.290,57	698.290,57	0	698.290,57
2	01130200	2811706/ 7215080	Herstellung u. Unterhaltung v. Gebäuden u. baul. Anlagen	Sonstige Rückstellungen für Verpflichtungen	3.234.691,25	2.655.388,42	2.627.874,13	500.000	3.127.874,13
3	05010200	2811706/ 7215080	Hilfen nach dem AsylbLG allg.	Sonstige Rückstellungen für Verpflichtungen	26.800,00	26.800,00	14.000,00	0	14.000,00
4	08030200	2710006/ 7215090	Freibäder	Instandhaltungsrückstellungen Gebäude	96.280,00	92.204,00	92.204,00	0	92.204,00
Summe "konsumtive" Auszahlungsmittel für Rückstellungen:						3.472.682,99	3.432.368,70	500.000	3.932.368,70

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Stadtplanung
Bearbeitet von: Herrn Stahl

Siegen, 03.05.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Bauausschuss	02.06.2021
Haupt- und Finanzausschuss	09.06.2021
Rat	23.06.2021

Kurzbezeichnung:

100. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" im Stadtteil Siegen-Mitte

hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen

- Zusammenfassende Prüfung (Abwägung) aller im Planverfahren eingegangenen Stellungnahmen**
- Beschluss der 100. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Siegen**
- Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- die während der öffentlichen Auslegungen und der Beteiligungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 1 und 2 und § 4 Abs. 1 und 2 BauGB zur 100. Änderung des Flächennutzungsplanes und zum Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" eingegangenen Stellungnahmen (Anlagen 2 und 3) gemäß Anlage 4 und 5 zu behandeln. Die Anlagen sind Bestandteil der Beschlussfassung;
- die 100. Änderung des Flächennutzungsplanes samt Begründung und Umweltbericht gem. Anlagen 6 - 8 in der Fassung vom 26.04.2021;
- den Bebauungsplan Nr. 419 samt Begründung und Umweltbericht gem. Anlagen 9 - 11 in der Fassung vom 26.04.2021 als Satzung.

Sachverhalt / Begründung:**Planungsziel und wesentliche Inhalte der Planung**

Planungsziel des Bebauungsplans Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" ist die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die zukünftigen Erweiterungen des St. Marien-Krankenhauses sowie die Ansiedlung damit verbundener Nutzungen zu schaffen. Das Plangebiet wird hinsichtlich der Art der baulichen Nutzung als „Sonstiges Sondergebiet“ gem. § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Klinik“ festgesetzt. Das Sondergebiet „Klinik“ (SO-Gebiet) dient hauptsächlich der Unterbringung von Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen für medizinische Behandlungen sowie weiteren unmittelbar und mittelbaren Nutzungen der Klinik. Das SO-Gebiet ist aufgrund unterschiedlicher, städtebaulicher Festsetzungen in fünf SO-Gebiete (SO 1 bis SO 5) unterteilt.

Mit der Planung sind geringfügige Eingriffe in Boden, Natur und Landschaft verbunden. Gemäß Umweltbericht sind keine erheblichen, nachteiligen Auswirkungen durch die Umsetzung der Baumaßnahmen auf die Umwelt zu erwarten. Die Bilanzierung des Biotopwertes ergibt, dass bei Berücksichtigung der Erhaltungsmaßnahmen durch das Vorhaben ein geringer Verlust von 25 ökologischen Werteinheiten für den Eingriff in die Biotopfunktion entsteht. Die genaue Bilanzierung der Eingriffe ist dem Umweltbericht zu entnehmen (siehe Anlage 7). Durch die Festsetzung einer extensiven Dachbegrünung von mindestens 30 % der Dachflächen, soll neben den o.g. Kompensationsmaßnahmen die (lokal)klimatischen Auswirkungen reduziert werden. Des Weiteren wurde festgesetzt, dass auf mindestens 30 % der neu zu schaffenden Dachlandschaft Solaranlagen (Thermische Solarkollektoren und/oder Photovoltaikmodule) zu errichten sind. Weitere Inhalte und Festsetzungen sind den Planzeichnungen und den Erläuterungen in den Begründungen und Gutachten zu entnehmen (siehe Anlagen 6 - 14).

Verfahren der Planaufstellung

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 03.03.2021 (Vorlage Nr. 123/2021) die Aufstellung und die öffentliche Auslegung der 100. FNP-Änderung und des Bebauungsplanes Nr. 419 beschlossen. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB fand im Zeitraum vom 14.10.2019 bis 28.10.2019 im Rathaus Geisweid statt. In dieser Zeit haben drei Bürgerinnen/Bürger schriftlich Anregungen u.a. zu den Höhenfestsetzungen im „Fischer Quartier“ geäußert. Daraufhin wurde der Planentwurf angepasst und die Höhen in diesem Bereich (SO 4) reduziert. Zur gleichen Zeit fand die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB für die Flächennutzungsplanänderung statt. Die Beteiligung der TÖB gemäß § 4 Abs. 1 BauGB im Zuge des Bebauungsplanes, wurde bereits in der Zeit vom 01.03.2019 bis 05.04.2019 durchgeführt. Ebenfalls erfolgt ist die landesplanerische Beteiligung gemäß § 34 Abs. 1 und Abs. 5 LPlG, wonach keine landesplanerischen Bedenken gegenüber der beabsichtigten Planung bestehen. Die öffentliche Auslegung des Entwurfs der 100. FNP-Änderung und des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 419 und aller erforderlichen Unterlagen gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) gem. § 4 Abs. 2 BauGB wurden in der Zeit vom 15.03.2021 bis zum 23.04.2021 durchgeführt. Alle eingegangenen Stellungnahmen wurden geprüft und sind in der Abwägung dargelegt. Die Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB ist ein zusammenhängender Vorgang zur Berücksichtigung und Gewichtung vorgebrachter öffentlicher und privater Belange in Verantwortung des Rates der Stadt Siegen (siehe Anlagen 1 - 5).

Das Planverfahren wurde als externes Verfahren mit einem Planungsbüro durchgeführt. Der Vorhabenträger übernimmt die Kosten des Verfahrens und hat sich zur Ausarbeitung der städtebaulichen Planung (Bebauungsplan mit Begründung einschl. aller Fachplanungen und Gutachten) auf eigene Rechnung verpflichtet. Die Verfahrenshoheit liegt bei der Stadt Siegen und bleibt davon unberührt. Hierzu wurde eine Planungsvereinbarung zwischen der Stadt Siegen und dem Vorhabenträger geschlossen. Nach erfolgter Beschlussfassung der 100. FNP-Änderung und des Bebauungsplanes Nr. 419, wird die FNP-Änderung der Bezirksregierung Arnsberg zur Genehmigung vorgelegt. Die FNP-Änderung wird nach abschließender Genehmigung durch Bekanntmachung des Beschlusses wirksam und der Bebauungsplan Nr. 419 erlangt anschließend Rechtskraft.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input checked="" type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Die Klimarelevanz der Planung kann als geringfügig eingeschätzt werden. Aufgrund der Überplanung bereits bestehender Bebauungsstrukturen und Nutzungen des bereits existierenden hohen Versiegelungsgrades ist insgesamt nur mit geringfügigen Änderungen des Lokalklimas zu rechnen.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) Bei der Errichtung von baulichen Anlagen ist grundsätzlich von einer Veränderung der CO ₂ -Emissionen (Erhöhung) auszugehen, u.a. aufgrund der Herstellungsprozesse der Baumaterialien und der späteren Baumaßnahmen vor Ort. Die Planung wird in einem integrierten, bereits baulich erschlossenen Gebiet durchgeführt und die Neuinanspruchnahme von Flächen wird vermieden. Die Planung entspricht somit dem Nachhaltigkeitsgrundsatz der Nachverdichtung bzw. Innenentwicklung. Durch die Festsetzung von Dachbegrünung sollen die Effekte der hohen Versiegelung gemildert werden. Durch die Ausweisung von PV-Anlagen soll zudem ein Beitrag zur CO ₂ -neutralen Energieerzeugung und -nutzung geleistet werden.			

i.V.

gez.

Henrik Schumann
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Liste der beteiligten Behörden und TÖBs](#)
2. [Stellungnahmen 100. FNP-Änderung im Original](#)
3. [Stellungnahmen BPlan Nr. 419 im Original.pdf](#)
4. [Abwägung Stellungnahmen 100. FNP-Änderung](#)
5. [Abwägung Stellungnahmen BPlan Nr. 419](#)
6. [Planzeichnung 100. FNP-Änderung](#)
7. [Begründung zur 100. FNP-Änderung](#)
8. [Umweltbericht zur 100. FNP-Änderung](#)
9. [Planzeichnung BPlan Nr. 419](#)
10. [Begründung zum BPlan Nr. 419](#)
11. [Umweltbericht zum BPlan Nr. 419](#)
12. [ASP I zum BPlan Nr. 419](#)
13. [Fledermausbericht zum BPlan Nr. 419](#)
14. [Schalltechnische Untersuchung zum BPlan Nr. 419](#)
15. [NICHT Öffentlich - Namens- und Adressliste zur Anlage 3](#)

Anlage 1

100. FNP-Änderung und Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ - Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange

Stellungnahme angefordert von:

Air Liquide Deutschland GmbH
Im Lipperfeld 2
46047 Oberhausen

Amprion GmbH
Rheinlanddamm 24
44139 Dortmund

BARBARA Rohstoffbetriebe GmbH
Hauptstraße 113
40764 Langenfeld

Bezirksregierung Arnsberg
Dezernat 53 - Anlagensicherheit (StörfallV)
Ruhrallee 1-3
44139 Dortmund

Bezirksregierung Arnsberg
Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW
Goebenstraße 25
44135 Dortmund

BUND Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein
Emmaweg 7
57074 Siegen

Deutsche Telekom Technik GmbH
Postfach 1000
58086 Hagen

Industrie- und Handelskammer Siegen

Referat 27
Koblenzer Straße 121
57072 Siegen

Kreis Siegen – Wittgenstein

Amt für Bauen und Immissionsschutz
Koblenzer Straße 73
57072 Siegen

Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e.V. (LNU)

Südstraße 30
57250 Netphen

Landschaftsverband Westfalen-Lippe**LWL-Archäologie für Westfalen**

Außenstelle Olpe
In der Wüste 4
57462 Olpe

NABU-Siegen-Wittgenstein

Am Buchholz 1
57319 Bad Berleburg

Siegener Versorgungsbetriebe GmbH

Morleystraße 29 - 37
57072 Siegen

Unitymedia NRW GmbH

Postfach 102028
34020 Kassel

Verkehrsbetriebe Westfalen-Süd AG

Betrieb & Technik
Marienhütte 2
57080 Siegen

Wasserverband Siegen - Wittgenstein

Technik
Einheitsstraße 23
57076 Siegen

Westnetz GmbH
Regionalzentrum Sieg
Friedrichstraße 60
57072 Siegen
Zweckverband Personennahverkehr
Westfalen – Süd (ZWS)
Koblenzer Straße 73
57072 Siegen

**Eingegangene Stellungnahmen gem. §§ 3 und 4 Abs. 1 und 2 BauGB
zur 100. Änderung des Flächennutzungsplanes**

1

AIR LIQUIDE Deutschland GmbH • Im Lipperfeld 2 • D-46047 Oberhausen

AIR LIQUIDE Deutschland GmbH

Large Industries / Fernleitung Rhein-Ruhr
Im Lipperfeld 2
46047 Oberhausen
Fon: (02 08) 85 09-4 50
Fax: (02 08) 85 09-4 99
www.airliquide.de

Datum:
01.07.2019

Ihre Anfrage über unsere E-Mail-Adresse „pipelineanfragen.de“ oder unser FAX-Gerät

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit einiger Zeit teilen wir bei Anfragen mit, dass wir unsere FAX- und E-Mail-Adresse ab dem 01.07.2019 nicht mehr verwenden bzw. diese abstellen, da wir uns seit einigen Jahren auf dem BIL-Portal engagieren und dies fördern.

Das BIL-Portal (<http://www.bil-leitungsauskunft.de>) ist für den Anfragenden kostenlos und es werden ihrerseits mit einer Anfrage sämtliche Leitungsbetreiber für die angegebene Örtlichkeit, abgefragt, welche bei BIL aktiv sind.

Daher möchten wir Sie mit diesem Schreiben bitten, das BIL-Portal (Beschreibung im Anhang) für Ihre Anfragen an uns zu nutzen und teilen Ihnen hiermit mit, dass die Anfragen über die einschlägige E-Mail-Adresse und unser Fax-Gerät, nicht mehr beantwortet werden.

Wir danken Ihnen im Voraus für Ihr Verständnis und hoffen, dass auch Sie in diesem neuen Weg der Leitungsauskunft, die Vorteile für alle Parteien sehen.

Mit freundlichen Grüßen

AIR LIQUIDE Deutschland GmbH


i.V. Michael Schork
Betriebsleiter Pipeline


i.A. Kristoffer Kotzur
Leiter Trasse Fernleitungen

2

Betreff: Leitungsauskunft - Vorgangs-Nr. 135577, 100. Flächennutzungsplanänderung der Stadt Siegen, Erweiterung St. Marien-Krankenhaus

Von: Vidal Blanco, Bärbel <baerbel.vidal@amprion.net>

Datum: 12.09.2019, 09:27

An: "h-k-siegen@t-online.de" <h-k-siegen@t-online.de>

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.

Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor.

Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.

Mit freundlichen Grüßen

Bärbel Vidal Blanco

Amprion GmbH
Betrieb / Projektierung
Leitungen Bestandssicherung
Rheinlanddamm 24, 44139 Dortmund
Telefon +49 231 5849-15711
baerbel.vidal@amprion.net
www.amprion.net
<https://www.amprion.net/Information-Datenschutz.html>

Aufsichtsrat: Heinz-Werner Ufer (Vorsitzender) Geschäftsführung: Dr. Hans-Jürgen Brick, Dr. Klaus Kleinekorte
Sitz der Gesellschaft: Dortmund - Eingetragen beim Amtsgericht Dortmund - Handelsregister-Nr. HR B 15940



Bezirksregierung Arnsberg • Postfach 103862 • 44038 Dortmund

Stadt Siegen
Bauleitplanung
z. Hd. Herrn Stahl
Rathaus Geisweid
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Datum: 10. Oktober 2019
Seite 1 von 1

Aktenzeichen:
53.30.20-020/2019-003-Bos
bei Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt:
Herr Bossmeyer
jan-
hendrik.bossmeyer@bra.nrw.d
e
Telefon: 02931/82-5487
Fax: 02931/82-40390

Dienstgebäude:
Ruhrallee 1-3
44139 Dortmund

Betriebsbereiche nach Störfall-Verordnung

Änderung des Flächennutzungsplanes zur Erweiterung des St. Marien Krankenhauses

Sehr geehrter Herr Stahl,

das Büro HKS hat mich gebeten zu dem genannten Vorhaben aus Sicht der Störfall-Verordnung stellen zu nehmen und Ihnen direkt zu übersenden.

Das bestehende St. Marien Krankenhaus, sowie die geplante Erweiterungsfläche, liegen nach Erkenntnis aus der KABAS-Datenbank nicht innerhalb des Achtungsabstandes eines Betriebsbereiches nach Störfall-Verordnung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

gez. Bossmeyer

Hauptsitz / Lieferadresse:
Seibertzstr. 1, 59821 Arnsberg

Telefon: 02931 82-0

poststelle@bra.nrw.de
www.bra.nrw.de

Servicezeiten:
Mo-Do 08:30 – 12:00 Uhr
13:30 – 16:00 Uhr
Fr 08:30 – 14:00 Uhr

Landeshauptkasse NRW
bei der Helaba:
IBAN:
DE59 3005 0000 0001 6835 15
BIC: WELADED

Umsatzsteuer ID:
DE123878675



Bezirksregierung Arnsberg • Postfach • 44025 Dortmund

HKS Gerhard Kunze
Städtebauer - Stadt - Umwelt
Seelbacher Weg 86
57072 Siegen

Abteilung 6 Bergbau und
Energie in NRW

Datum: 25. September 2019
Seite 1 von 2

Aktenzeichen:
65.52.1-2019-588
bei Antwort bitte angeben

Auskunft erteilt:
Herr Habicht
joerg.habicht@bezreg-
arnsberg.nrw.de
Telefon: 02931/82-3651
Fax: 02931/82-47219

Dienstgebäude:
Goebenstraße 25
44135 Dortmund

100. Änderung des Flächennutzungsplanes "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß
§ 4 (1) BauGB

Ihr Schreiben vom 11.09.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bezüglich des Umfangs und des Detaillierungsgrades der Umweltprüfung werden von hier aus keine Hinweise und Anregungen vorgetragen.

Hinsichtlich der bergbaulichen Verhältnisse teile ich Ihnen mit, dass die vorbezeichnete Planmaßnahme sich sowohl außerhalb verliehener-, als auch außerhalb erloschener Bergwerksfelder befindet.

Ausweislich der derzeit hier vorliegenden Unterlagen ist im Bereich des Planvorhabens kein Abbau von Mineralien dokumentiert. Danach ist mit bergbaulichen Einwirkungen nicht zu rechnen.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Hauptsitz:
Seibertstr. 1, 59821 Arnsberg

Telefon: 02931 82-0

poststelle@bra.nrw.de
www.bra.nrw.de

Servicezeiten:
Mo-Do 08:30 – 12:00 Uhr
13:30 – 16:00 Uhr
Fr 08:30 – 14:00 Uhr

Landeshauptkasse NRW
bei der Helaba:
IBAN:
DE27 3005 0000 0004 0080 17
BIC: WELADED3

Umsatzsteuer ID:
DE123878675



Bearbeitungshinweis:

Diese Stellungnahme wurde bezüglich der bergbaulichen Verhältnisse auf Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes erarbeitet. Die Bezirksregierung Arnsberg hat die zugrunde liegenden Daten mit der zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben erforderlichen Sorgfalt erhoben und zusammengestellt. Die fortschreitende Auswertung und Überprüfung der vorhandenen Unterlagen sowie neue Erkenntnisse können zur Folge haben, dass es im Zeitverlauf zu abweichenden Informationsgrundlagen auch in Bezug auf den hier geprüften Vorhabens- oder Planbereich kommt. Eine Gewähr für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Genauigkeit der Daten kann insoweit nicht übernommen werden.

Abteilung 6 Bergbau und
Energie in NRW

Seite 2 von 2

Hinweis Datenschutz:

Ihr Antrag bzw. Bezugsschreiben wird dauerhaft zu Dokumentationszwecken veraktet und die Kerndaten werden digital gespeichert. Nähere Hinweise zum Datenschutz gemäß Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) können Sie über das Internet auf der Webseite der Bezirksregierung Arnsberg erhalten (Betroffenenmerkblatt EU-DSGVO;

https://www.bezreg-arnsberg.nrw.de/themen/a/auskunft_bergbaul_situation/betroffenenmerkblatt.pdf).

Mit freundlichen Grüßen und Glückauf

Im Auftrag:

(Habicht)

Universitätsstadt Siegen
z.Hd. Herrn Phillip Stahl
Stadtplanung
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Datum: 27. September 2019
Unser Zeichen: nm
Ansprechpartner(in): Nina Münker
Telefon: 0271 3302-150
Fax: 0271 3302-44150
E-Mail: nina.muenker@siegen.ihk.de

100. Änderung des Flächennutzungsplanes „Erweiterung St. Marien Krankenhaus“
Stellungnahme gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Sehr geehrter Herr Stahl,

in obiger Angelegenheit bestehen auf Basis der vorliegenden Unterlagen aus Sicht der Industrie- und Handelskammer Siegen (IHK) keine Bedenken.

Hintergrund der Maßnahme ist die Absicht einer Erweiterung des St. Marien-Krankenhauses im Rahmen einer Entwicklung über das Jahr 2025 hinaus. Die Erweiterung dient dazu, den heutigen Ansprüchen an eine moderne medizinische Versorgung vor Ort gerecht zu werden, sei es durch neue medizinische Angebote oder zeitgemäße Anpassungen in der stationäre Unterbringung von Patienten. Dieses Anliegen wird von der IHK positiv gewertet, zumal hiermit eine Stärkung des Standortes insgesamt einhergeht.

Grundsätzlich ist das Vorhaben geeignet, die Attraktivität der Region zu steigern. Ausreichende und moderne medizinische Versorgungsangebote sind nicht nur angesichts der bekannten Verschiebungen in der gesellschaftlichen Altersstruktur in der heimischen Region von hoher Bedeutung, sondern auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in den Kreisen Siegen-Wittgenstein und Olpe.

Mit einer Beeinträchtigung wirtschaftlicher Belange wird nicht gerechnet.

Mit freundlichen Grüßen,
im Auftrag



Nina Münker

Universitätsstadt Siegen
Herrn Philipp Stahl
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Datum: 21. April 2021
Unser Zeichen: sh
Ansprechpartner(in): Stephan Häger
Telefon: 0271 3302-315
Fax: 0271 3302-44315
E-Mail: stephan.haeger@siegen.ihk.de

Per Mail an: p.stahl@siegen.de

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ sowie 100. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren
Stellungnahme gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrter Herr Stahl,

die Industrie- und Handelskammer (IHK) Siegen bedankt sich für die Beteiligung am Planverfahren und die Zusendung der Planungsunterlagen. Ziel der vorliegenden Bauleitplanungen ist es, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung des St. Marien-Krankenhauses zu schaffen.

Die Rolle der IHK Siegen im Planungsprozess

Die IHK Siegen ist als Trägerin öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren zu beteiligen. Im Rahmen der Aufstellung der Bauleitpläne werden öffentliche und private Belange gegeneinander und untereinander abgewogen. Die IHK Siegen vertritt dabei das gesamtwirtschaftliche Interesse, indem sie in den Stellungnahmen auf die Sicherung der Belange der Wirtschaft, wie Entwicklung einer wirtschaftsfreundlichen Infrastruktur und die Vorhaltung ausreichend großer Gewerbeflächen achtet.

Einschätzung und Bewertung der vorliegenden Bauleitplanungen durch die IHK Siegen

Die IHK Siegen hat gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ als auch gegen die 100. Änderung des FNP keine Bedenken. Die Verbesserung der medizinischen Versorgung in Siegen und in der Region ist zu begrüßen, denn für die Standortwahl von Fachkräften spielt eine gute medizinische Versorgung eine wichtige Rolle und stellt einen wichtigen Standortfaktor dar.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag


Stephan Häger



Kreis
Siegen-Wittgenstein
Der Landrat

Postanschrift: Kreis Siegen-Wittgenstein • 57069 Siegen

Stadt Siegen
Postfach 10 03 52
57003 Siegen

Amt für Bauen und Immissionsschutz

Dienstgebäude:
Koblenzer Straße 73
57072 Siegen

Ihr Ansprechpartner:
Dieter Niwar
Zimmer: 823
Telefon: 0271 333-1840
Telefax: 0271 333-291924
E-Mail: d.niwar@siegen-wittgenstein.de
toeb@siegen-wittgenstein.de

24. September 2019

Mein Zeichen:
61.72.10

Ihr Zeichen:

**100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen,
Bereich "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"
Beteiligung des Kreises Siegen-Wittgenstein als Träger
öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB**

Servicezeiten:
montags-freitags
jeweils 7.30 bis 12.00 Uhr
und 13.00 bis 15.00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 11.09.19 wird zu der oben genannten städtebaulichen Maßnahme als

Untere Wasserbehörde
Untere Abfallwirtschaftsbehörde
Untere Bodenschutzbehörde
Untere Naturschutzbehörde
Fachgebiet Immissionsschutz

wie folgt Stellung genommen:

1. Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde

Aus Sicht der Unteren Wasserbehörde bestehen keine Bedenken gegen die beschriebene Änderung des Flächennutzungsplanes. Anregungen und Hinweise werden nicht gegeben.

2. Stellungnahme der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

Die seitens der Stadt Siegen zur Verfügung gestellten Unterlagen wurden zur Kenntnis genommen. Anregungen und Hinweise werden von hier nicht gegeben.

Zentrale:
Telefon: 0271 333-0
Telefax: 0271 333-2500

www.siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de-mail.de

Bushaltestellen:
Kochs Ecke und Kreishaus
Hbf. ca. 10 Minuten Fußweg

Bankverbindung:
Sparkasse Siegen
IBAN:
DE54 4605 0001 0000 0100 90
SWIFT/BIC:
WELADED1SIE

Volksbank in Südwestfalen eG
IBAN:
DE69 4476 1534 0755 0005 01
SWIFT/BIC:
GENODEM1NRD

Umsatzsteuer-Nr.
342/5811/0883



Siegen-Wittgenstein
in Südwestfalen

3. Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde

Gegenüber der beabsichtigten Planänderung in der vorgesehen Art und Weise bestehen keine Einwände. Hinsichtlich der Inhalte und des Umfangs des Umweltberichtes nach § 2 (4) BauGB sowie bezüglich der entsprechenden Umweltprüfung wird auf die naturschutzfachlich/landschaftspflegerisch relevanten Inhalte des § 2 (4) BauGB i.V.m. § 1 (6) Nr. 5 u. 7 BauGB sowie § 1a BauGB verwiesen.

4. Stellungnahme des Fachgebietes Immissionsschutz

Aus der Sicht des Immissionsschutzes werden keine Anregungen vorgebracht.

Hinweis:

Hinsichtlich möglicher Betroffenheiten im Zusammenhang mit Störfall-Verordnung und größeren Betrieben als Emittenten luftverunreinigender Stoffe (hier: 2 Standorte der Fa. Gontermann-Peipers) wird dringend empfohlen, auch das Immissionsschutzdezernat der Bezirksregierung Arnsberg zu beteiligen. Ausschließlich dort – und somit bei der zuständigen Behörde – liegen zu diesen Aspekten Informationen vor.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Dieter Niwar



Kreis Siegen-Wittgenstein Der Landrat

Postanschrift: Kreis Siegen-Wittgenstein • 57069 Siegen

Stadt Siegen
Postfach 10 03 52
57003 Siegen

Bauamt

Dienstgebäude:
Koblenzer Straße 73
57072 Siegen

Ihr Ansprechpartner:

Dieter Niwar
Zimmer: 823
Telefon: 0271 333-1840
Telefax: 0271 333-291924
E-Mail: d.niwar@siegen-wittgenstein.de
toeb@siegen-wittgenstein.de

15. April 2021

Mein Zeichen:
61.72.10

Ihr Zeichen:

Servicezeiten:
montags-freitags
jeweils 7.30 bis 12.00 Uhr
und 13.00 bis 15.00 Uhr

100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen, Bereich "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" Beteiligung des Kreises Siegen-Wittgenstein als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 12.03.21 wird zu der oben genannten städtebaulichen Maßnahme als

Untere Wasserbehörde
Untere Abfallwirtschaftsbehörde
Untere Bodenschutzbehörde
Untere Naturschutzbehörde
Fachgebiet Immissionsschutz

wie folgt Stellung genommen:

1. Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde

Aus Sicht der Unteren Wasserbehörde bestehen keine Bedenken gegen die beschriebene Änderung des Flächennutzungsplanes. Anregungen und Hinweise werden nicht gegeben.

2. Stellungnahme der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

Die seitens der Stadt Siegen zur Verfügung gestellten Unterlagen wurden zur Kenntnis genommen. Anregungen und Hinweise werden von hier nicht gegeben.

3. Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde

Gegenüber der vorgesehenen Änderung des FNP werden

Zentrale:
Telefon: 0271 333-0
Telefax: 0271 333-2500

www.siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de-mail.de

Bushaltestellen:
Kochs Ecke und Kreishaus
Hbf. ca. 10 Minuten Fußweg

Bankverbindung:
Sparkasse Siegen
IBAN:
DE54 4605 0001 0000 0100 90
SWIFT/BIC:
WELADED1SIE

Volksbank in Südwestfalen eG
IBAN:
DE69 4476 1534 0755 0005 01
SWIFT/BIC:
GENODEM1NRD

Umsatzsteuer-Nr.
342/5894/0610

keine Einwände erhoben.

Jedoch wird festgestellt, dass sowohl der Umweltbericht als auch die Begründung hinsichtlich des Artenschutzes wie folgt teilweise widersprüchliche Ausführungen enthalten.

1. Der Umweltbericht als Teil II der Begründung stellt fest, dass der untersuchungs-relevante Änderungsbereich einen bedeutsamen städtischen Lebensraum insbesondere für die Fledermausarten Zwergfledermaus und Großer Abendsegler darstellt (vgl. Ziff. 3.1 / S. 14 / 3. Abs.). Zudem wird hinsichtlich der Vegetationsstrukturen der Verlust von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters als erheblich eingeschätzt (vgl. Ziff. 3.1 / S. 15 / 2. Abs.). Dennoch wird jedoch zugleich festgestellt, dass das Plangebiet insgesamt nur eine geringe bis mittlere Bedeutung für das Schutzgut Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt habe (vgl. Ziff. 3.1 / S. 14 / 4. Abs.).
2. Auf die widersprüchlichen Inhalte des Umweltberichtes aufbauend stellt Teil I der Begründung (Allgemeiner Teil) wiederum ebenfalls fest, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen der zu betrachtenden Schutzgüter zu erwarten seien. „Lediglich“ bezüglich des Schutzgutes Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt komme es „zu teilweise erheblichen Umweltauswirkungen“ (vgl. Ziff. 4.1 / S. 12 / 4. Abs.). Neben dem folglich auch hier vorliegenden Widerspruch in sich wird zudem eine evtl. Nachrangigkeit u.a. des Schutzgutes „Tiere“ gegenüber anderen ebenfalls schützenswerten Belangen suggeriert, welches jedoch vor dem Hintergrund, dass der bundesgesetzliche Artenschutz einer planerischen Abwägung nicht zugänglich und mit einer entsprechenden Gewichtung zu betrachten ist, nicht zutrifft.

Im weiteren verbindlichen Bauleitplanverfahren zur Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ bedürfen die vorgenannten Unstimmigkeiten einer Überarbeitung.

4. Stellungnahme des Fachgebietes Immissionsschutz

Zur 100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen, Bereich „Erweiterung St. Marien- Krankenhaus“ wegen Umwidmung von Flächen für den Gemeinbedarf bzw. Mischbauflächen in "Sondergebiet Klinik" sowie "WA-Fläche" in "Urbanes Gebiet" wird aus der Sicht des Immissionsschutzes keine Anregung vorgebracht.

Hinweis: Es wird empfohlen, hinsichtlich möglicher Betroffenheiten im Zusammenhang mit Störfall-Verordnung und größeren Betrieben als Emittenten luftverunreinigender Stoffe (hier: 2 Standorte der Fa. Gontermann-Peipers) auch das Immissionsschutzdezernat der Bezirksregierung Arnsberg zu beteiligen. Ausschließlich dort – und somit bei der zuständigen Behörde – liegen zu diesen Aspekten Informationen vor.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Dieter Niwar

LWL-Archäologie für Westfalen
Außenstelle Olpe

LWL

Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

LWL-Archäologie für Westfalen - In der Wüste 4 - 57462 Olpe

Servicezeiten: Montag-Donnerstag 08:30 - 12:30 Uhr, 14:00 - 15:30 Uhr
Freitag 08:30 - 12:30 Uhr

Stadt Siegen
Amt für Städtebau
Postfach 10 03 52

Ansprechpartnerin:
Melanie Röring B.A.

57003 Siegen

Tel.: 02761 9375-42
Fax: 02761 937520
E-Mail: melanie.roering@lwl.org

Az.: 2518rö19.eml

Olpe, 11.09.2019

100. Änderung des Flächennutzungsplanes „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“

Ihr Schreiben vom 11.09.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übersendung der o.g. Planunterlagen bedanke ich mich.

Nach meinem bisherigen Kenntnisstand werden bodendenkmalpflegerische Belange im Geltungsbereich der Planung nicht berührt.

Ich mache jedoch darauf aufmerksam, dass wegen der hier gegebenen Situation bei Erdarbeiten jeglicher Art bisher nicht bekannte Bodendenkmäler neu entdeckt werden können. Deshalb wird aus bodendenkmalpflegerischer Sicht folgender Hinweis gegeben, der zur Unterrichtung möglicherweise Betroffener in den Bescheid bzw. in den Bebauungsplan aufgenommen werden sollte:

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus Erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt/Gemeinde als Untere Denkmalbehörde und/oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761/ 93750; Fax: 02761/ 937520) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§15 u. 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden

freigegeben wird. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monate in Besitz zu nehmen (§16 Abs. 4 DSchG NW).

Im Auftrag
gez.
Prof. Dr. Michael Baales
(Leiter der Außenstelle)

f. d. R.
M. Röring B.A.



NABU

NABU-Siegen-Wittgenstein · Am Buchholz 1 · 57319 Bad Berleburg

Stadt Siegen
Lindenplatz 7
57078 Siegen
4/5-2 AG Stadtplanung
z.Hd. Herrn Stahl

Kreisverband Siegen- Wittgenstein e.V.

Michael Düben

Am Buchholz 1
57319 Bad Berleburg
Naturschutzreferent
Tel.: 02751/5512
e-mail: michael.dueben@gmx.de
Bad Berleburg, 20. September
2019

**Betr.: 100. Änderung des Flächennutzungsplanes „Erweiterung St. Marienkrankenhaus“
Ihr Schreiben vom 11.9.2019; Ihr Zeichen -**

**Hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, NABU Siegen-Wittgenstein
Labü: SI-115/19**

p.stahl@siegen.de

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Umweltbericht zeigt nochmals, dass es, begründet durch den Verlust wertvoller Baumsubstanz, durch die Planung zu erheblichen Umweltauswirkungen kommen wird (Umweltbericht 3.1).

Dies beweist die Notwendigkeit einer stringenten Umsetzung der im Fachbeitrag 'Artenschutz' definierten Minimierungs-, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen sowie von uns geforderten zusätzlichen Habitats-Optimierungsmaßnahmen für Fledermäuse in der näheren Umgebung.

Ansonsten verweise ich nochmals auch für dieses Flächennutzungsplanänderungsverfahren auf unsere Stellungnahme zum Bebauungsplan 419 vom 15.3.2019

Mit freundlichem Gruß

Michael Düben



Siegen – Wittgenstein Jochen Niemand Südstr. 30 57250 Netphen
Fon und Fax 02737 – 93225 Mail jo-nie@t-online.de

Netphen Hainchen, den 27. Sept 2019

Stadt Siegen
Lindeplatz 7
57078 Siegen
4/5-2 AG Stadtplanung Herr Stahl

100. Änderung des Flächennutzungsplan „Erweiterung St. Marienkrankenhaus „

Zeichen Landesbüro Umweltverbände Oberhausen SI – 115 / 19

Sehr geehrter Herr Stahl ,

die LNU hat keine gravierenden Einwände bei der Erweiterung.

Wir weisen darauf hin, dass der große Baumbestand soweit es möglich ist erhalten bleibt.

Wir empfehlen Photovoltaikanlagen zur Erzeugung von Strom für den Eigenbedarf zu installieren. Das wird nicht ausreichen aber die Zufuhr aus dem öffentlichen Stromnetz wird gesenkt und ist somit Umweltfreundlicher. Hier kann der kirchliche Träger beweisen, dass nachhaltige Energie ihn wichtig ist.

Mit Freundlichen Grüßen

Jochen Niemand

Handwritten signature and initials

Unitymedia NRW GmbH | Postfach 10 20 28 | 34020 Kassel

HKS
Herr Gerhard Kunze
Städtebauer
Seelbacher Weg 86
57072 Siegen

Bearbeiter(in): Frau Schröder
Abteilung: Zentrale Planung
Direktwahl: +49 561 7818-153
E-Mail: ZentralePlanungND@unitymedia.de
Vorgangsnummer: EG-3753

Datum
26.09.2019

Seite 1/1

100. Flächennutzungsplanänderung der Stadt Siegen, Erweiterung St. Marien-Krankenhaus

Sehr geehrter Herr Kunze,

vielen Dank für Ihre Informationen.

Gegen die o. a. Planung haben wir keine Einwände.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte geben Sie dabei immer unsere oben stehende Vorgangsnummer an.

Freundliche Grüße

Zentrale Planung Unitymedia

WS

Betreff: WG: 100. FNP-Änderung der Stadt Siegen, Erweiterung St. Marien-Krankenhaus - WVS
NICHT BETROFFEN

Von: "Stahl, Philipp" <P.Stahl@siegen.de>

Datum: 12.09.2019, 13:34

An: 'Gerhard Kunze' <h-k-siegen@t-online.de>

Zur Info.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Philipp Stahl



UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN

Der Bürgermeister
Arbeitsgruppe 4/5-2 ▪ Stadtplanung
Rathaus Geisweid/Lindenplatz 7 ▪ 57078 Siegen
Telefon: (0271) 404-3397 ▪ Telefax: (0271) 404-2739
E-Mail: p.stahl@siegen.de
www.siegen.de



Von: Göttert, Regine [mailto:R.Goetttert@wvs.nrw]

Gesendet: Donnerstag, 12. September 2019 13:31

An: Stahl, Philipp

Betreff: 100. FNP-Änderung der Stadt Siegen, Erweiterung St. Marien-Krankenhaus - WVS NICHT BETROFFEN

100. FNP-Änderung der Stadt Siegen, Erweiterung St. Marien-Krankenhaus

Ihr Zeichen:

Ihr Datum: 12. September 2019

Unser Zeichen: 6-0-56 / T10

Sehr geehrter Herr Stahl,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

In dem angezeigten Bereich in Siegen, „St. Marien-Krankenhaus“ sind keine Versorgungsleitungen des Wasserverbandes Siegen-Wittgenstein betroffen. Der WVS hat keine Baumaßnahmen geplant.

Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie mich bitte an.

Freundliche Grüße

**Eingegangene Stellungnahmen gem. §§ 3 und 4 Abs. 1 und 2 BauGB
zum Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“**

1

AIR LIQUIDE Deutschland GmbH • Im Lipperfeld 2 • D-46047 Oberhausen

AIR LIQUIDE Deutschland GmbH

Large Industries / Fernleitung Rhein-Ruhr
Im Lipperfeld 2
46047 Oberhausen
Fon: (02 08) 85 09-4 50
Fax: (02 08) 85 09-4 99
www.airliquide.de

Datum:
01.07.2019

Ihre Anfrage über unsere E-Mail-Adresse „pipelineanfragen.de“ oder unser FAX-Gerät

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit einiger Zeit teilen wir bei Anfragen mit, dass wir unsere FAX- und E-Mail-Adresse ab dem 01.07.2019 nicht mehr verwenden bzw. diese abstellen, da wir uns seit einigen Jahren auf dem BIL-Portal engagieren und dies fördern.

Das BIL-Portal (<http://www.bil-leitungsauskunft.de>) ist für den Anfragenden kostenlos und es werden ihrerseits mit einer Anfrage sämtliche Leitungsbetreiber für die angegebene Örtlichkeit, abgefragt, welche bei BIL aktiv sind.

Daher möchten wir Sie mit diesem Schreiben bitten, das BIL-Portal (Beschreibung im Anhang) für Ihre Anfragen an uns zu nutzen und teilen Ihnen hiermit mit, dass die Anfragen über die einschlägige E-Mail-Adresse und unser Fax-Gerät, nicht mehr beantwortet werden.

Wir danken Ihnen im Voraus für Ihr Verständnis und hoffen, dass auch Sie in diesem neuen Weg der Leitungsauskunft, die Vorteile für alle Parteien sehen.

Mit freundlichen Grüßen

AIR LIQUIDE Deutschland GmbH


i.V. Michael Schork
Betriebsleiter Pipeline


i.A. Kristoffer Kotzur
Leiter Trasse Fernleitungen

Firmensitz: Düsseldorf
Amtsgericht Düsseldorf HRB 613
Vorsitzender des Aufsichtsrates:
Francesco Penné

Geschäftsführung:
Gilles Le Van (Vors.)
Francois Moutiez
Robert van Nieten

Bankverbindungen:
Citigroup Frankfurt
UstID-Nr. DE 121289819

BLZ
502 109 00

Kto-Nr.
0211479035

BIC
CITIDF33XXX

IBAN
DE02 5021 0900 0211 4790 35

Betreff: Leitungsauskunft - Vorgangs-Nr. 129617, Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"

Von: "Bennor, Angelina" <angelina.bennor@amprion.net>

Datum: 08.03.2019, 09:38

An: "Stahl, Philipp" <P.Stahl@siegen.de>

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Geltungsbereich der o. a. Bauleitplanung verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.

Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor.

Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.

Abschließend möchten wir noch einen Hinweis in eigener Sache geben:

Amprion ist seit August 2018 Mitglied bei dem Leitungsauskunftsportal „BIL e.G.“ <https://bil-leitungsauskunft.de/>

Wir möchten Sie daher auffordern, zukünftig für alle Anfragen zu Leitungsauskünften nicht mehr unsere E-Mailadresse zu verwenden, sondern diese Anfragen über das für Sie kostenlose BIL-Portal zu stellen.

Amprion GmbH

Betrieb / Projektierung

Leitungen Bestandssicherung

Rheinlanddamm 24, 44139 Dortmund

T intern 15740

T extern +49 231 5849-15740

mailto: angelina.bennor@amprion.net

www.amprion.net

Aufsichtsrat: Heinz-Werner Ufer (Vorsitzender)

Geschäftsführung: Dr. Hans-Jürgen Brick, Dr. Klaus Kleinekorte

Sitz der Gesellschaft: Dortmund - Eingetragen beim Amtsgericht Dortmund - Handelsregister-Nr. HR B 15940 - USt.-IdNr. DE 8137 61 356



Kreis Siegen-Wittgenstein Der Landrat

Postanschrift: Kreis Siegen-Wittgenstein • 57069 Siegen

Stadt Siegen
Postfach 10 03 52
57003 Siegen

Bauamt

Dienstgebäude:
Koblenzer Straße 73
57072 Siegen

Ihr Ansprechpartner:

Dieter Niwar
Zimmer: 823
Telefon: 0271 333-1840
Telefax: 0271 333-291924
E-Mail: d.niwar@siegen-wittgenstein.de
toeb@siegen-wittgenstein.de

15. April 2021

Mein Zeichen:
61.72.10

Ihr Zeichen:

Servicezeiten:
montags-freitags
jeweils 7.30 bis 12.00 Uhr
und 13.00 bis 15.00 Uhr

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" der Stadt Siegen im Stadtteil Siegen Beteiligung des Kreises Siegen-Wittgenstein als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 12.03.21 wird zu der oben genannten städtebaulichen Maßnahme als

Untere Wasserbehörde
Untere Abfallwirtschaftsbehörde
Untere Bodenschutzbehörde
Untere Naturschutzbehörde
Fachgebiet Immissionsschutz

wie folgt Stellung genommen:

1. Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde

Aus Sicht der Unteren Wasserbehörde bestehen keine Bedenken gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419.

Anregungen und Hinweise werden nicht gegeben.

2. Stellungnahme der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

Gemäß einem Baugrundgutachten aus dem Jahr 2009 für ein Parkhaus beim St. Marien-Krankenhaus wurden unter der Oberflächenbefestigung u.a. Auffüllungen mit Bauschutt, Schlacke etc. bis in eine Tiefe von 1,8 m erbohrt. Es ist davon auszugehen, dass auch in anderen Bereichen des B-Plangebietes mit dieser Untergrundsituation zu rechnen ist.

Zentrale:
Telefon: 0271 333-0
Telefax: 0271 333-2500

www.siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de-mail.de

Bushaltestellen:
Kochs Ecke und Kreishaus
Hbf. ca. 10 Minuten Fußweg

Bankverbindung:
Sparkasse Siegen
IBAN:
DE54 4605 0001 0000 0100 90
SWIFT/BIC:
WELADED1SIE

Volksbank in Südwestfalen eG
IBAN:
DE69 4476 1534 0755 0005 01
SWIFT/BIC:
GENODEM1NRD

Umsatzsteuer-Nr.
342/5894/0610

Im Zuge von Baumaßnahmen, die mit Eingriffen in den Untergrund verbunden sind, muss daher ggf. mit erhöhten Entsorgungskosten gerechnet werden (bodenchemische Untersuchungen und fachgerechte Entsorgung des aufgefüllten Bodens).

Wegen der noch ausstehenden aktuellen Untergrund- und Kampfmitteluntersuchungen sowie den geplanten Abbruch-/Neubaumaßnahmen ist die Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde an den weiteren Verfahrensschritten unbedingt zu beteiligen.

3. Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde

Gegenüber der beabsichtigten Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 der Stadt Siegen bestehen keine Einwände.

Jedoch sind bezüglich der Beteiligungsunterlagen folgende Hinweise zu geben:

1. Hervorgehoben wird anhand der artenschutzfachlichen Prüfungen eine wesentliche Bedeutung des Planungsraumes als wichtiger innerstädtischer Lebensraum für Fledermäuse in Bezug auf die Nahrungssuche. Dieses insbesondere aufgrund des tlw. alten Baumbestandes v.a. im Bereich des Innenhofes der Immunologie.
Als Ersatz für erforderliche Baumfällungen ist lt. Ergebnis der Umweltprüfung ein Ausgleich in Form von 11 neu zu pflanzenden standortgerechten heimischen Laubbäumen (Stammdurchmesser 16 – 18 cm) vorzusehen (vgl. Begründung Teil II Umweltbericht, S. 17).
Wann diese Pflanzmaßnahme wo und in wessen Verantwortung durchzuführen ist geht allerdings aus den weiteren Unterlagen nicht hervor.
2. Die Vorgaben bezüglich einer den Artenschutz unterstützenden zurückhaltenden Beleuchtung [vgl. Hinweis Nr. 5 unter Buchst. d) der Planurkunde] haben im Wesentlichen lediglich empfehlenden Charakter und bauen auf einem nicht zu definierenden subjektiven Empfinden auf, sodass mittels dieser Maßgabe einer unnötigen Überbeleuchtung nicht effektiv entgegengewirkt werden kann.
3. Die fledermausspezifische Optimierungsmaßnahme „Schaffung von Spaltenquartieren“ [vgl. Hinweis Nr. 5 unter Buchst. d) der Planurkunde] bedarf einer Konkretisierung dahingehend, zu welchem Zeitpunkt das Anbringen der Quartiere an neuen Gebäudebereichen zu erfolgen hat und durch wen diese Maßnahme durchzuführen ist. Zudem bedarf der Verweis auf das „Baubuch Fledermäuse“ (2000) einer verbindlichen Vorgabe.
4. Eine Bewertung der vorgenommenen ökologischen Bilanzierung (vgl. Begründung Teil II Umweltbericht, Tab. 2 u. 3) Bestandteil der Unterlagen sind und somit die Einzelpositionen innerhalb des Planbereiches ist fachbehördlicherseits nicht möglich, da entsprechende kartographische Darstellungen nicht einzuordnen sind.
Daher ist auch nicht nachvollziehbar, inwiefern die lt. Umweltbericht durch den Verlust von nach Baumschutzsatzung der Stadt Siegen geschützten Bäumen erforderliche Neupflanzung von 11 Laubbäumen (s.o.) Teil der Bilanzierung ist.
5. Redaktioneller Hinweis: Auf Seite 11 des Fachbeitrages Artenschutz bedarf im Kapitel Feldsperling der letzte Absatz einer Korrektur der Artangabe.

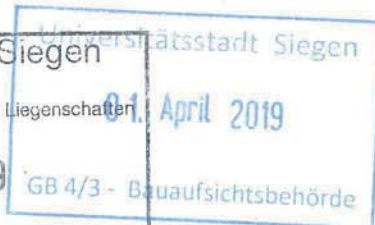
4. Stellungnahme des Fachgebietes Immissionsschutz

Zum Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ der Stadt Siegen, Gemarkung: Siegen, werden aus der Sicht des Immissionsschutzes keine weiteren Anregungen vorgebracht.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'D. Niwar', with a long, sweeping horizontal stroke extending to the right.

Dieter Niwar



Kreis Siegen-Wittgenstein Der Landrat

Amt für Bauen und Immissionsschutz

Dienstgebäude:
Koblenzer Straße 73
57072 Siegen

Ihr Ansprechpartner:

Dieter Niwar
Zimmer: 823
Telefon: 0271 333-1840
Telefax: 0271 333-291924
E-Mail: d.niwar@siegen-wittgenstein.de
toeb@siegen-wittgenstein.de

Mein Zeichen:
61.72.10

Ihr Zeichen:

Servicezeiten:
montags-freitags
jeweils 7.30 bis 12.00 Uhr
und 13.00 bis 15.00 Uhr

Zentrale:
Telefon: 0271 333-0
Telefax: 0271 333-2500

www.siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de
post@siegen-wittgenstein.de-mail.de

Bushaltestellen:
Kochs Ecke und Kreishaus
Hbf. ca. 10 Minuten Fußweg

Bankverbindung:
Sparkasse Siegen
IBAN:
DE54 4605 0001 0000 0100 90
SWIFT/BIC:
WELADED1SIE

Volksbank in Südwestfalen eG
IBAN:
DE69 4476 1534 0755 0005 01
SWIFT/BIC:
GENODEM1NRD

Umsatzsteuer-Nr.
342/5811/0883

Stadt Siegen
Postfach 10 03 52
57003 Siegen



27. März 2019

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus der Stadt Siegen im Stadtteil Siegen Beteiligung des Kreises Siegen-Wittgenstein als Träger öffentlicher Belange gem. § 13a Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Bezug auf Ihr Schreiben vom 01.03.19 wird zu der oben genannten städtebaulichen Maßnahme als

Untere Wasserbehörde
Untere Abfallwirtschaftsbehörde
Untere Bodenschutzbehörde
Untere Naturschutzbehörde
Fachgebiet Immissionsschutz

wie folgt Stellung genommen:

1. Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde

Durch die Umsetzung der Planung werden sich im Hinblick auf die wasserwirtschaftliche Situation keine Änderungen ergeben. Über die aus der vorhandenen Nutzung resultierenden hinaus sind für das Schutzgut Wasser keine zusätzlichen Beeinträchtigungen zu erwarten.

Aus Sicht der Unteren Wasserbehörde stehen dem Vorhaben keine Bedenken entgegen.

Anregungen und Hinweise werden nicht gegeben.

2. Stellungnahme der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde

Die seitens des Planungsbüros HKS, Siegen, in Zusammen-



Siegen-Wittgenstein
in Südwestfalen

arbeit mit der Stadt Siegen zur Verfügung gestellten Unterlagen wurden zur Kenntnis genommen. Hinweise und Anregungen werden von hier zum jetzigen Zeitpunkt nicht gegeben. Wegen der noch ausstehenden Untergrund- und Kampfmitteluntersuchungen ist die Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde an den weiteren Verfahrensschritten unbedingt zu beteiligen.

3. Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde

Der „Fachbeitrag Artenschutz“ des Gutachterbüros HKR fasst als Fazit der artenschutzfachlichen Prüfungen zusammen, dass unter Berücksichtigung der im Beitrag formulierten Vermeidungs-, Minderungs-, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG ausgeschlossen werden kann.

Demzufolge bedürfen die in der Planzeichnung lediglich als Empfehlungen formulierten Artenschutzmaßnahmen V 1 „Abrissbeschränkung“, V 5 „Beleuchtung“ und O 1 „Neuschaffung von Spaltenquartieren“ einer klaren Festsetzung als definitiv umzusetzende Maßnahmen.

4. Stellungnahme des Fachgebietes Immissionsschutz

Aus der Sicht des Immissionsschutzes werden keine weiteren Anregungen vorgebracht.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Dieter Niwar

Siegen – Wittgenstein Jochen Niemand Südstr. 30 57250 Netphen
Fon und Fax 02737 – 93225 Mail jo-nie@t-online.de

Netphen Hainchen, den 22.04.2021

Stadt Siegen
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) Baugesetzbuch

Betr. Erweiterung „ ST. Marienkrankenhaus „

Bebauungsplan Nr. 419

Sehr geehrte Damen und Herren,

die LNU hat keine gravierenden Einwände bei der Erweiterung.

Wir weisen darauf hin, dass der große Baumbestand soweit es möglich ist erhalten bleibt.

Wir empfehlen Photovoltaikanlagen zur Erzeugung von Strom für den Eigenbedarf zu installieren. Das wird nicht ausreichen aber die Zufuhr aus dem öffentlichen Stromnetz wird gesenkt und ist somit Umweltfreundlicher. Hier kann der kirchliche Träger beweisen, dass nachhaltige Energie ihm wichtig ist.

Mit Freundlichen Grüßen



Jochen Niemand

LWL-Archäologie für Westfalen - In der Wüste 4 - 57462 Olpe

Servicezeiten: Montag-Donnerstag 08:30 - 12:30 Uhr, 14:00 - 15:30 Uhr
Freitag 08:30 - 12:30 Uhr

Stadt Siegen
Amt für Städtebau
Postfach 10 03 52

57003 Siegen

Ansprechpartnerin:
Melanie Röring B.A.

Tel.: 02761 9375-42
Fax: 02761 937520
E-Mail: melanie.roering@lwl.org

Az.: 567rö19.eml

Olpe, 08.03.2019

Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“

Ihr Schreiben vom 01.03.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übersendung der o.g. Planunterlagen bedanken wir uns.

Wir verweisen auf den im Bebauungsplan genannten Punkt „1. Belange des Denkmalschutzes“.

Ansonsten bestehen unsererseits keine Bedenken.

Im Auftrag

gez.

Prof. Dr. Michael Baales
(Leiter der Außenstelle)

f. d. R.

M. Röring B.A.

LWL-Archäologie für Westfalen - In der Wüste 4 - 57462 Olpe

Servicezeiten: Montag-Donnerstag 08:30 - 12:30 Uhr, 14:00 - 15:30 Uhr
Freitag 08:30 - 12:30 Uhr

Stadt Siegen
Arbeitsgruppe 4/5-2 Stadtplanung
Rathaus Geisweid
Lindenplatz 7

57078 Siegen

Ansprechpartnerin:
Melanie Röring B.A.

Tel.: 02761 9375-42
Fax: 02761 937520
E-Mail: melanie.roering@lwl.org

Az.: 1138rö21.eml

Olpe, 12.03.2021

Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“

Ihr Schreiben vom 12.03.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übersendung der o.g. Planunterlagen bedanken wir uns.

Wir verweisen auf den im Bebauungsplan genannten Punkt „1. Belange des Denkmalschutzes“.

Ansonsten bestehen unsererseits keine Bedenken.

Im Auftrag

gez.

Prof. Dr. Michael Baales
(Leiter der Außenstelle)

f. d. R.

M. Röring B.A.

NABU

NABU-Siegen-Wittgenstein · Am Buchholz 1 · 57319 Bad Berleburg

Rathaus Geisweid
Lindenplatz 7
4/5-2 AG Stadtplanung
57078 Siegen

Kreisverband Siegen-
Wittgenstein e.V.

Michael Düben
Am Buchholz 1
57319 Bad Berleburg

Tel.: 02751/5512
e-mail: michael.dueben@gmx.de
Bad Berleburg, 15. 3. 2021

Betr.: Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“

Ihr Schreiben vom 12.3.2021; Ihr Zeichen

Hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, NABU Siegen-Wittgenstein

Labü: SI-115/19

stadtplanung@siegen.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu diesem B-Plan hat der NABU schon Stellung bezogen, am 15.3.2019.
Leider ist uns das Ergebnis der Abwägung nicht bekannt gegeben worden.

Es ist sehr zu begrüßen, dass nun die Vermeidungsmaßnahmen V 1, V 2, V 5 und die Optimierungsmaßnahmen O 1 als definitiv umzusetzende Maßnahmen im B-Plan klar festgesetzt werden. Was ist mit der Maßnahme V 3?

Diese Festsetzungen sind laut ASP notwendig, um nicht gegen die Bestimmungen des BNatSchG zu verstoßen. Auch die UNB hat dies in ihrer Stellungnahme gefordert.

Vollständig unverständlich ist es daher, dass im B-Plan weiterhin die Vermeidungsmaßnahme V 4 aufgeführt wird. Die Rodungs- und Abrißzeitbeschränkungen müssen unbedingt eingehalten werden. Dieses Gebot ist absolut zumutbar und einhaltbar und kann nicht durch die Tätigkeit einer Umweltbegleitung ersetzt werden.

Meint man wirklich, die Umweltbaubegleitung könnte z.B. ein Vogelei selbst ausbrüten oder Vogelnestlinge großziehen, wenn sie außerhalb der vorgegebenen Zeiten aufgefunden werden?

Natürlich ist allgemein eine Umweltbaubegleitung zu begrüßen, nicht aber zu dem Zwecke, die artenschutzrechtlichen Vorschriften des BNatSchG zu umgehen.

Mit freundlichem Gruß

Michael Düben



NABU

NABU-Siegen-Wittgenstein · Am Buchholz 1 · 57319 Bad Berleburg

Stadt Siegen
Lindenplatz 7
57078 Siegen
4/5-2 AG Stadtplanung
z.Hd. Herrn Stahl

Kreisverband Siegen- Wittgenstein e.V.

Michael Düben

Am Buchholz 1
57319 Bad Berleburg
Naturschutzreferent

Tel.: 02751/5512

e-mail: michael.dueben@gmx.de

Bad Berleburg, 20. September
2019

**Betr.: 100. Änderung des Flächennutzungsplanes „Erweiterung St. Marienkrankenhaus“
Ihr Schreiben vom 11.9.2019; Ihr Zeichen -**

**Hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, NABU Siegen-Wittgenstein
Labü: SI-115/19**

p.stahl@siegen.de

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Umweltbericht zeigt nochmals, dass es, begründet durch den Verlust wertvoller Baumsubstanz, durch die Planung zu erheblichen Umweltauswirkungen kommen wird (Umweltbericht 3.1).

Dies beweist die Notwendigkeit einer stringenten Umsetzung der im Fachbeitrag 'Artenschutz' definierten Minimierungs-, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen sowie von uns geforderten zusätzlichen Habitats-Optimierungsmaßnahmen für Fledermäuse in der näheren Umgebung.

Ansonsten verweise ich nochmals auch für dieses Flächennutzungsplanänderungsverfahren auf unsere Stellungnahme zum Bebauungsplan 419 vom 15.3.2019

Mit freundlichem Gruß

Michael Düben

Von: Loth, Armin [<mailto:Dipl.-Ing.Armin.Loth@svb-siegen.de>]

Gesendet: Mittwoch, 7. April 2021 14:12

An: Stadtplanung, Siegen

Cc: Heinrich, Dirk; Janke, Matthias

Betreff: AW: Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ - Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nehmen die Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zu o.g. Beteiligung Stellung

Die bisherigen Stellungnahmen wurden vollumfänglich übernommen, daher bestehen keine Bedenken. Im weiteren Verfahren ist die Lage der Hausanschlüsse Erdgas und Trinkwasser zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

=====

Dipl.-Ing. Armin Loth
Handlungsbevollmächtigter
Abteilungsleiter Planung
Siegener Versorgungsbetriebe GmbH
Morleystraße 29-37
57072 Siegen

Tel.: 0271 / 3307-204

E-Mail: Dipl.-Ing.Armin.Loth@svb-siegen.de

www.svb-siegen.de

=====

Geschäftsführer:
Thomas Mehrer
Aufsichtsratsvorsitzender:
Frank Weber

Sitz der Gesellschaft: Siegen
Register-Nr.: HRB 1438
USt.-IdNr.: DE126569515

Betreff: WG: Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"

Von: "Stadtplanung, Siegen" <Stadtplanung@siegen.de>

Datum: 25.10.2019, 12:36

An: "Stahl, Philipp" <P.Stahl@siegen.de>

Von: Loth, Armin [mailto:Armin.Loth@svb-siegen.de]

Gesendet: Freitag, 25. Oktober 2019 10:53

An: Stadtplanung, Siegen

Betreff: Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne nehmen die Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zu o.g. frühzeitiger, öffentlicher Beteiligung Stellung:

Die Stellungnahme aus der Beteiligung der öffentlichen Träger wurde vollumfänglich übernommen, daher bestehen keine Bedenken.

Im weiteren Verfahren ist die Lage der Hausanschlüsse Erdgas und Trinkwasser zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen:

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" und zur 100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen im Stadtteil Siegen-Mitte

Die Stadt Siegen beabsichtigt den Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" und die 100. FNP-Änderung im Parallelverfahren aufzustellen. Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die zukünftigen Erweiterungen des St. Marien-Krankenhauses sowie die Ansiedlung damit verbundener Nutzungen geschaffen werden. Die Flächennutzungsplanänderung Nr. 100 im Parallelverfahren ist erforderlich, um den Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickeln zu können.

Die Geltungsbereiche des Bebauungsplanes und der Flächennutzungsplanänderung sind identisch und liegen im Stadtteil Siegen-Mitte, Flur 25, haben eine Größe von ca. 3,7 ha und werden im Norden von der Friedrichstraße, im Osten von der Kampenstraße, im Süden von der Elisabethstraße und im Osten von der Nordstraße begrenzt. Der Geltungsbereich ist im nachfolgenden Übersichtsplan umgrenzt.

Gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wird der Öffentlichkeit die Gelegenheit gegeben, sich frühzeitig an der Planung zu beteiligen. Die Vorentwürfe des Bebauungsplanes Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" und der 100. Flächennutzungsplanänderung einschließlich Begründungen und Umweltbericht können in der Zeit vom

14.10.2019 - 28.10.2019

in der Arbeitsgruppe Stadtplanung der Stadt Siegen, Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, im Flur des 1. Obergeschosses vor Zimmer 120 a während der Öffnungszeiten (Montag bis Freitag 08.30 bis 12.00 Uhr, Dienstag 14.00 bis 16.00 Uhr, Donnerstag 14.00 bis 18.00 Uhr) eingesehen werden. Der Öffentlichkeit

wird Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben. Stellungnahmen können z.B. schriftlich an „Stadt Siegen, AG Stadtplanung, Lindenplatz 7, 57078 Siegen“, zur Niederschrift, per E-Mail an: stadtplanung@siegen.de oder persönlich abgegeben werden.

Im Hinblick auf die 100. Flächennutzungsplanänderung ist eine Vereinigung im Sinne des § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 des Umweltrechtsbehelfsgesetzes (UmwRG) in einem Rechtsbehelfsverfahren im Sinne von § 7 Abs. 2 UmwRG wegen § 7 Abs. 3 UmwRG mit allen Einwendungen ausgeschlossen, die sie im Rahmen der Auslegungsfrist nicht oder nicht fristgerecht geltend gemacht hat, aber hätte geltend machen können.

Siegen, 08.10.2019

Der Bürgermeister
In Vertretung
gez.
Henrik Schumann
Stadtbaurat

Armin Loth

Planung
Tel.: +492713307204
Fax.: +49271330722204
E-Mail: Armin.Loth@svb-siegen.de
www.svb-siegen.de

Siegener Versorgungsbetriebe GmbH
Morleystraße 29-37
D 57072 Siegen

Vertretungsberechtigter Geschäftsführer:
Alfred Richter
Aufsichtsratsvorsitzender:
Joachim Boller

Sitz der Gesellschaft: Siegen
Registergericht: Amtsgericht Siegen
Register-Nr.: HRB 1438
Steuer-Nr. 342/5820/0691
USt.-IdNr.: DE126569515

Betreff: Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" - WVS NICHT BETROFFEN

Von: Göttert, Regine <R.Goetttert@wvs.nrw>

Datum: 05.03.2019, 07:31

An: "Stahl, Philipp" <P.Stahl@siegen.de>

Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"

Ihr Zeichen:

Ihr Datum: 1: März 2019

Unser Zeichen: 6-0-56 / T10

Sehr geehrter Herr Stahl,

vielen Dank für Ihre Anfrage.

In dem angezeigten Bereich in Siegen, „St. Marien-Krankenhaus“ sind keine Versorgungsleitungen des Wasserverbandes Siegen-Wittgenstein betroffen.

Wenn Sie Fragen haben, rufen Sie mich bitte an.

Freundliche Grüße

Regine Göttert

Technische Abteilung

Wasserverband Siegen-Wittgenstein

Einheitsstraße 23

57076 Siegen

Telefon +49 271 7096-47

Telefax +49 271 71098

r.goetttert@wvs.nrw

www.wvs.nrw

Steuer-Nr. 342/5820/2846, USt.IdNr. DE 126572125



Bitte denken Sie an die Umwelt - müssen Sie diese E-Mail wirklich ausdrucken?

Betreff: WG: Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“

Von: "uwe.achenbach@westnetz.de" <uwe.achenbach@westnetz.de>

Datum: 05.03.2019, 09:43

An: "Stahl, Philipp" <P.Stahl@siegen.de>

Sehr geehrter Herr Stahl,

nach Erhalt und Durchsicht der zugesandten Unterlagen teilen wir Ihnen hiermit mit, dass wir grundsätzlich keine Bedenken zu dem Bebauungsplan 419 haben.

Gem. Ihrer Begründung unter Pkt 3.6 sind die erforderlichen Stromversorgungskabel vorhanden und werden lediglich von der Bebauungsplanaufstellung tangiert.

Ergänzend fügen wir hinzu, dass im Plangebiet auf dem Flurstück 255 eine Ortsnetz-Trafostation mit Dingl. Sicherung im Grundbuch zur Allgemeinversorgung steht.

Sollten Änderungen an dieser Anlage erforderlich werden, gehen die entstehenden Kosten zu Lasten des Veranlassers.

Mit freundlichem Gruß

Uwe Achenbach

Westnetz GmbH

Regionalzentrum Sieg

Netzplanung

Friedrichstraße 60, 57072 Siegen

T intern 753-2394

T extern +49(0)271/ 584-2394

M +49(0)162 /284 60 51

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Dr. Joachim Schneider

Geschäftsführung: Dr. Jürgen Grönner, Dr. Stefan Küppers, Dr. Achim Schröder, Jürgen Wefers

Sitz der Gesellschaft: Dortmund

Eingetragen beim Amtsgericht Dortmund

Handelsregister-Nr. HR B 25719

USt.-IdNr. DE 8137 98 535

Von: Gerhard Kunze [mailto:h-k-siegen@t-online.de]

Gesendet: Freitag, 1. März 2019 14:30

An: Achenbach, Uwe

Betreff: Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“

Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Siegen plant die Aufstellung des oben genannten Bebauungsplanes. Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung des St. Marien-Krankenhauses geschaffen werden. Der Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB durchgeführt werden.

Anbei das Anschreiben und die entsprechenden Planunterlagen in digitaler Form.

Bitte um Übersendung Ihrer Stellungnahme bis zum 05.04.2019 an die Stadt Siegen:

Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7, 57078 Siegen, **Stadtplanung:** Herr Stahl, Telefon: 0271 404- 3397,

Telefax: 0271 404-2739, E-Mail: p.stahl@siegen.de, Internet: www.siegen.de

--

file:///C:/Word-Doc/S%20436%20BP%20Siegen%20Marienkrankenh

— Anhänge: —

Westnetz.pdf	155 KB
BP 419 Siegen Begründung 27-02-2019.pdf	1,9 MB
BP 419 Siegen Planzeichnung 27-02-2019.pdf	1,8 MB

Von: [REDACTED]

Gesendet: Dienstag, 22. Oktober 2019 11:30

An: Stadtplanung, Siegen

Cc: [REDACTED]

Betreff: Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich bin Eigentümerin des Grundstücks Friedrichstraße [REDACTED]. Seit meinem ersten Lebensjahr wohne ich auf diesem Stück Erde und bin nun äußerst beunruhigt über die Baumaßnahmen, die in der Nähe meines Hauses geplant werden.

Zeit meines Lebens konnte ich den Ausblick auf den Sieberg mit dem Krönchen genießen (abends beleuchtet und auch wunderschön zur Weihnachtszeit) und wünsche mir sehr, dass mir und allen Bewohnern des Hauses diese Aussicht erhalten bleibt. Außerdem ist die Aussicht auf die Gärtnerei, die Bundesagentur und die Nordschule mit ihren Bäumen sehr grün, und ich hoffe sehr, dass mir diese nicht durch eine Betonwand völlig versperrt wird. Die benachbarten Bäume auf 487 müssen, wie derzeit vorgesehen, erhalten bleiben.

Zusammengefasst habe ich erhebliche Bedenken bezüglich der Größe des geplanten Objektes und schlage eine terrassenförmige Bauweise vor, die uns Sonne, Licht und Aussicht auf den Sieberg erhält sowie vor Emissionen schützt.

Folgende Bedenken führe ich im Einzelnen an und bitte diesbezüglich um Auskunft:

1. Ausblick ins Grüne, auf den Sieberg und das Krönchen:

Hier wird in BP_419_Siegen_Begrundung_08-08-2019 4.3.2 ‚Baugrenzen‘ erwähnt, dass ein Abstand von 13m zu der bestehenden Bebauung einzuhalten ist.

Dieser Abstand der geplanten Gebäude ist als sehr gering zu bewerten, wenn dort ein mehrstöckiges Gebäude entstehen sollte. Unser kleiner Garten ist 8m lang, kämen nur 5m auf dem Baugrundstück dazu. Das ist sehr nah. Wir sind durch den rückwärtigen Anbau der Heilsarmee sowieso schon sehr eingemauert.

Wir schlagen daher eine terrassenförmige Gebäudestruktur von der Nordschule aus abfallend Richtung Norden vor. Welche Struktur ist hier angedacht?

2. Abstand der geplanten Gebäude von der auf der Südgrenze Friedrichstr. [REDACTED] verlaufenden Baugrenze:

Wird hier der Abstand von 13m zum Anbau der Heilsarmee eingehalten? Dies wäre auch zum Schutz der Bäume auf 487 ratsam, damit die Wurzeln keinen Schaden nehmen.

Welchen Abstand wird das zur Südgrenze Friedrichstr. [REDACTED] nächstliegende Gebäude haben?

3. Höhe der geplanten Gebäude:

BP_419_Siegen_Umweltbericht_EAB_30-07-2019

In 1.2 schreiben Sie, dass im sog. ‚Fischerquartier‘ mehrgeschossige Gebäude entstehen sollen, deren Höhe sich an den benachbarten Gebäuden orientieren soll. Welche Gebäude sind hier gemeint?

Die Nordschule (alles andere außer den beiden ersten Gebäuden in der Nordstraße wird ja abgerissen) ist sehr hoch, eine Orientierung daran würde den gesamten Ausblick versperren und viel Sonne, gerade im Winter, wegnehmen.

Die Höhe der Nordschule mit den gesetzlich zusätzlich erlaubten Aufbauten (nochmal +3m, Klimaanlage? etc.) wäre für uns eine Katastrophe.

Welche Gebäude sind hier zur Orientierung bzgl. der Höhe gemeint?

4. Versiegelung von Flächen:

Sie weisen auf den hohen Versiegelungsgrad hin und schreiben in

BP_419_Siegen_Umweltbericht_EAB_30-07-2019

1.3 ‚Die Ableitung des Oberflächen- und Schmutzwassers erfolgt über die vorhandenen Kanäle.‘
Wir hatten in der längeren Vergangenheit bei Regen regelmäßig Wasser im Keller (bis zu 50cm hoch). Durch die Begradigung der Sieg wurde das Problem in andere Regionen verlagert, derzeit ist unser Keller trocken.

Ich befürchte, dass durch eine weitere Versiegelung zu viel Sickerfläche verloren geht und wir wieder Wassereinbruch und die damit verbundenen Schäden im Keller haben könnten. Reichen die vorhandenen Kanäle auch unter Berücksichtigung von zunehmenden Starkregen aus? Welche Auswirkungen gibt es auf den Grundwasserspiegel?

5. Emissionen z.B. durch Klimaanlage und Tiefgaragen:

Ich befürchte einen erhöhten Geräuschpegel durch die Klimaanlage, insbesondere nachts und am Wochenende, sowie eine Verschlechterung der Luftqualität durch Autoabgase.

Wo werden die Technikgeräte aufgestellt bzw. wo ist die Entlüftung der Tiefgarage geplant?

Über eine Antwort und Berücksichtigung meiner Bedenken würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

57072 Siegen

[REDACTED]

Stadt Siegen
AG Stadtplanung
Lindenplatz 7
57078 Siegen

Bonn, den 21.10.2019

Betreff: Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“
Bürgerbeteiligung

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,

als Eigentümerin des Grundstückes mit Wohnbebauung an der Friedrichstraße [REDACTED] Flurstück [REDACTED] im Bereich des „Fischer Quartiers“ ehemalige Gärtnerei Fischer, nehme ich wie folgt Stellung zu dem „ANGEBOTS BEBAUUNGSPLAN“.

In meinen Ausführungen möchte ich mich in der Sache speziell um die möglichen Planfestsetzungen der ausgewiesenen Planungsgebiete SO3 und SO4 nach dem Maß der baulichen Nutzung und der Bauweise äußern.

Wie Sie feststellen werden, sind die angestrebten / gewünschten Festsetzungen des vorliegenden „ANGEBOTS BEBAUUNGSPLAN“ in diesem Bereich gegenüber der derzeitigen rechtlich und gültigen Baurichtlinien, es handelt sich noch um ein Baugebiet nach §§34 was bedeutet, dass sich bei Bauaktivität jeder gemäß der umliegenden Bebauung zu richten hat, unter anderem auch, dass sich die geplante bauliche Höhenlage an Form und Höhe sowie Nutzung anzupassen hat, sehr verschieden.

Im Plangebiet „Fischer Quartier“ ist die vorhandene Nutzung entlang der Straßenflächen, Straßenhöhen bewegen sich um die ~240,50 ü.NHN., in der Nordstraße und Friedrichstraße straßenorientierte geschlossene und teils offene Wohnbebauung. Diese ist in der Umfassung des Fischer Quartiers 2-3 geschossig mit geneigten Dächern (Sattel-, Walm- und Grübelwalmdächer, Neigung ~40 Grad, mit teils ausgebauten Dachgeschossen und einer durchschnittlichen Gebäudehöhe, Firsthöhe, im Bereich der Friedrichstraße ~254,00 ü.NHN. = 13,50m über Straßenniveau, mit Traufwandhöhen von ~249,00 ü.NHN. = 8,50m über Straßenniveau. Im Bereich der Nordstraße reduzieren sich die Firsthöhen auf 252,00 ü.NHN.=11,50m über Straßenniveau mit Traufwandhöhen von ~248,00-249,00 ü.NHN.=bis 8,50m über Straßenniveau. Einzig das 3-geschossige Wohngebäude mit im Erdgeschoss aufgegebenen Blumenladengeschäft der ehemaligen Gärtnerei Fischer ist neueren Datums, ~1970 Jahre, und ist mit Flachdach,

Attikawandhöhe 249,78 ü.NHN.=9,28m über Straßenniveau, ausgebildet und bleibt deutlich unter den Firsthöhen der angrenzenden Bebauung zurück. Im Grenzabstand zur nachfolgenden Bebauung der Grundschule (Nordschule OGS), führt im Grenzabstand eine Zufahrt in den abgesenkten Innenbereich des Gärtnereibetriebes.

In dieser im Innenbereich abgesenkten Fläche zur straßenflankierenden Bebauung liegen nach Süden ausgerichtet die Gärten, Balkone und Terrassen der Wohngebäude sowie die gärtnerischen Anbauflächen mit den Gewächshäusern. Die Gärten und gärtnerischen Anbauflächen liegen ca. 2,00 bis 3,00 m unterhalb des angrenzenden Niveaus der öffentlichen Straßenverkehrsflächen. Durch eine Stützwand ist die südliche Grenzlinie des „Fischer Quartiers“ zum höhergelegenen Areal der Grundschule, Schulgebäude, Pausenplatz und Turnhalle, geschützt.

Bei dem straßenständigen Schulgebäude zur Nordstraße handelt es sich um einen 2-3 geschossigen Baukörper mit unterschiedlichen Firstlagen, rechtwinkelig und parallel zur Nordstraße und unterschiedlich hohen Traufhöhen. Die Dachlandschaft besteht aus stark und unterschiedlich hohen und geneigten Dachflächen aus Sattel-, Walm- und Grübelwalmdächern.

Der flächig, kleinere Schulbaukörper steht mit seinem First quer zur Nordstraße. Die Firsthöhen betragen im First ~260,48 ü.NHN.=19,98m über Straßenniveau und im Traufwandbereich ~255,05 ü.NHN. =14,55 über Straßenniveau. Der anschließende flächig etwas größere Schulbaukörper ist wesentlich niedriger, sowohl was den First betrifft und sowohl auch die Traufe First ~258,00 ü.NHN. =17,50m über Straßenniveau und Traufe ~251,00 ü.NHN. =10,50 über Straßenniveau.

Noch weiter südlich anschließend zur Schule findet sich entlang der Nordstraße fortführend wieder Wohnbebauung in geschlossener Bauweise und seitlich versetzt die Agentur für Arbeit, die mit ihrer Architekturformensprache, sozial verträglich mit genügend Abstand und niedriger baulicher Höhe, max 3-geschossig, zur Wohnbebauung, sich sozial verträglich zurücknimmt.

Die nun vorgelegte gewünschte Planfestsetzung des „Fischer Quartiers“ mit den Bereichen SO3 und SO4 soll nun an das Sondergebiet Klinik eingegliedert werden.

Die angestrebte Verdichtung im gesamten Sondergebiet Klinik ist mit ausgewiesener Grundflächenzahl sehr hoch. Die Angaben der gewünschten möglichen Gebäudehöhen übertreffen bei Weitem die zurzeit anzutreffenden Bestandsgebäudehöhen des Fischer Quartiers. In der Baufläche SO4 ist die gewünschte Gebäudehöhe mit 260,50 Meter ü.NHN., entspricht 20,00m über Straßenniveau, angegeben. Über die Ausbildung von Dachformen und Dachneigungen wurden jedoch keine Angaben dargestellt. Dies wäre zur Beurteilung der möglichen Baukörper die entstehen könnten aber eine wichtige Größe gewesen. Es ist natürlich zur Beurteilung der Verträglichkeit eines Gebäudes und seiner baulichen Höhe ein Unterschied, ob dieses mit geneigten Dachformen oder Flachdächern abschließt. Im „Fischer Quartier“ sind in den bestehenden Gebäuden sehr stark geneigte und kleinstrukturierte (Walmdach) ausgeprägte Dachflächen um die 45 Grad Dachneigung vorherrschend.

In den ausgewiesenen Bereichen SO3 und SO4 sind derzeit nur Bestandsbauten für Wohnzwecke anzutreffen. Nach Umwidmung in Sondergebiete, sind nach meinem Wissen, Zweckbestimmungen des Wohnens, wie derzeit in der Bestandsnutzung üblich, so nicht möglich.

Fazit:

Die vorhandene bauliche Ausprägung im Fischer Quartier“ muss mit dem in ANGEBOTS BEBAUUNGSPLAN“ vg. Planungsziele und Neuordnung des Quartiers sozial verträglicher gestaltet werden. Die angegebenen möglichen Gebäudehöhen in SO4, mit Baukörperhöhen bis

20,00m über Straßenniveau, sind auf jeden Fall viel zu hoch. Zumal das „Fischer Quartier“ gegenüber den Straßenflächen nochmals ca. 2,00 bis 3,00m abgesenkt ist und auf die Baukörperhöhe addiert werden muss. Genauso wenig kann hingenommen werden, dass Technikräume bis zu einem Drittel der Grundfläche der Dachfläche bei einer maximalen Höhe von 3,00 m über Oberkante Gebäudehöhen von einer Höhenfestsetzung ausgenommen sind und somit zusätzlich die Bauwerke erhöhen. Auch die gewünschte Grundflächenzahl mit Ausnutzung von 80% der Grundstücksflächen bedeutet eine viel zu hohe Versiegelung im „Fischer Quartier“. Hier erhoffe ich mir, dass die Verantwortlichen der Stadt Siegen in diesem Bereich eine sozial verträglichere Festsetzung der baulichen Nutzung festlegen.

Der Wettbewerb auf dem Zentralgelände des Krankenhauses „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“, der zwar nur eine informelle Planung zu der Entwicklung des Krankenhausstandortes über das Jahr 2025 hinaus skizziert, zeigt einen Gewinnerentwurf, der die Masse der Baukörper mit ausgeprägten Gebäudehöhen direkt vor die südlich gelegenen Gärten, Terrassen, Balkone der Bestandsgebäude zur oberen Friedrichstraße hin ausrichtet. Ob die Sonne da ihren Weg noch in die Wohnstuben findet sei dahingestellt.

Wäre es hier nicht erstrebenswert, bei der bereits angekündigten Überarbeitung des Wettbewerbsvorschlages, die Baukörper in Richtung Elisabethstraße hin zu verschieben, mit mehr Abstand zu der Bestandsbebauung der oberen Friedrichstraße.

Im „Fischer Quartier“ kann ich mir daher eine bessere Lösung vorstellen. Der Bebauungsplan sollte auf diesem Areal die Baukörperhöhen besser regeln, sodass die nach Süden orientierten Gärten, Balkone, Terrassen der Wohnbebauung in der Friedrich- und der Nordstraße weiterhin gut belichtet werden.

Dies könnte man erreichen, indem entlang der Grenze zum Schulgelände eine höhere Bebauung zulässig wäre, diese aber dann in Richtung Wohnbebauung sich abnehmend runterstaffelt.

Im „Fischer Quartier“ wurde das Baufeld mit einer Baugrenze versehen. Im Bereich der beiden Bestandsbäume knickt diese in Richtung Wohnbebauung Friedrichstraße [REDACTED] Flurstück [REDACTED] auf die Grundstücksgrenze ab. Hier möchte ich, als Puffer zu meiner Wohnbebauung, dass die Baulinie parallel zur Grundstücksgrenze verlängert wird und dann auf die Grundstücksecke Flurstück [REDACTED] und Flurstück [REDACTED] abknickend zuläuft.

Es würde mich freuen, wenn die vorgetragenen Anregungen und Bedenken in die weiteren Planungen mit einfließen könnten.

Bitte informieren Sie mich über weitere Möglichkeiten zu dem Thema, Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ Bürgerbeteiligung, mit Ihnen in Verbindung zu bleiben.

Mit besten Grüßen

[REDACTED]

„Fischer Quartier“

zwischen Nordstraße und Friedrichstraße



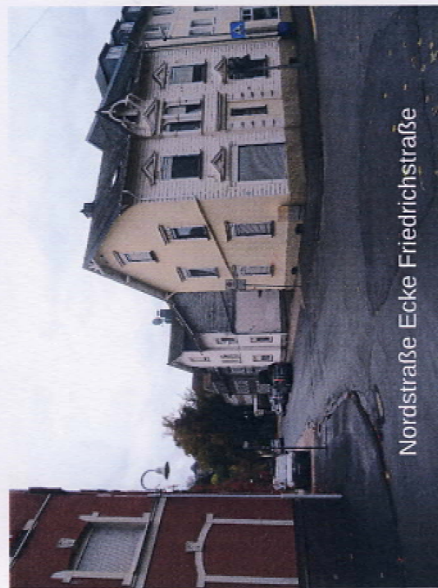
Gelände Gärtnerei Fischer



Gelände Gärtnerei Fischer



Zufahrt Gelände Gärtnerei Fischer von der Friedrichstraße aus



Nordstraße Ecke Friedrichstraße



Nordstraße



Nordstraße

„Fischer Quartier“

zwischen Nordstraße und Friedrichstraße



AG 4/5-2 Stadtplanung

Siegen, 28.10.2019

Auskunft: Herr Kapitza
Telefon: 404-3288**Stellungnahme zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"**

Am 28.10.2019 hat [REDACTED] wohnhaft in der [REDACTED] den Unterzeichner angerufen und eine Stellungnahme zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ abgegeben.

Folgende Hinweise wurden genannt:

- Das Marienkrankenhaus besitzt weitere Grundstücke die sich außerhalb des Plangebietes befinden.
- Die in der Bebauungsplannamen verwendete Bezeichnung des Krankenhauses ist nicht mehr richtig. Die aktuelle Bezeichnung lautet „Marien Gesellschaft Siegen GmbH“.
- Die Höhe der Gebäude sollte auf 20 Meter beschränkt werden.
- Die Gebäudedächer sollen begrünt werden.

Des Weiteren hat [REDACTED] gebeten die vorgebrachte Hinweise an den zuständigen Sachbearbeiter weiterzuleiten.

gez.
Kapitza


57072 Siegen

Handschriftlich abgegebene Stellungnahme einer Anwohnerin – Stellungnahme wurde abgetippt

In Stadt Siegen
Be-Bau-Plan
Bezirk Sandstr. - Kampen - Al.-Magnus-Str

14. Jan, 2021

Der bisherige BebauPlan war vor einigen Jahren aufgelöst und danach für überflüssig erklärt.
Nun beantrage ich hiermit Wiedereinsetzung oder Neugestaltung.

Begründung:

In dem Bezirk ist mit Neukäufen zu rechnen und/oder Abriss vorhandener Bauten und darauf Neubauten.

Plan 419

Anmerkungen von Anliegern zum Bebauungsplan 419

- ❖ Die Grundstücksgrenze ist gleich Baugrenze
- ❖ Zu Nachbargrundstücken geschlossene Bauweise

Vor Bebau-Plan

Separaten Verkehrs-Wege-Plan dieser Gegend

An- Abfahrten
viel Verkehr im Umfeld

Parken kritisch

Evtl. Parkhaus oben am Kampen

Taxi usw.

Springbrunnen

Brunnen finden
Wasser wird knapp

Klimawandel
Hitze
Dürre

Kühlende Räume
Offene Terrassen

Fern-Heizwerk für gesamte Gegend
(viele Gebäude im Umfeld sind auch im gleichen Bezirk)
Alle gemeinsam an Fernheiz-Werk

Evtl. auch eigenes E-Werk für Zukunft

- ❖ E-Tankstellen
- ❖ Fahrrad-Plätze usw.
- ❖ Vorlesungsräume vorsehen
falls Fachbereich Medizin an Uni

Im Straßenbelag beachten

- ❖ Im Umfeld
- ❖ Viele Rollstuhl-Nutzer
- ❖ Mit Gehhilfen
- ❖ Rollator usw.
- ❖ Mit Krücken-Patienten

Straßenbelag braucht

- ❖ Glatt
- ❖ Barrierefrei
- ❖ Flach

Kein holpriger Belag, Patienten gehen bis Sandstraße Parken und Tages-Klinik

Einflugschneisen beachten für

- ❖ Hubschrauber
- ❖ Drohnen

Wie werden Patienten anno 3.000 eingeflogen

Sozialverträglich zur Umgebung

Einbeziehen der Umgebung ggf. durch

- ❖ Grünanlage
- ❖ Kleine Läden

Das Klinik-Gelände nicht als anonym-Fremdkörper gestalten
Öffnen zur Umgebung

Unterirdisch

- ❖ CT-Geräte
- ❖ Röntgen usw.
- ❖ Pathologie usw.

Orte für Palliative vorhalten

Klimawandel

- ❖ Belüftungen für Hitze
- ❖ Unterirdische Notfallräume
ggf. für eine spätere Pandemie
- ❖ Räume für ggf. Kalkulieren
- ❖ Vorhandene Räume dann umrüsten

Notfallorte/-plätze halten

z.B. für Unwetter, Hochwasser, Starkregen, bei Klimakatastrophe
evtl. auch Schutzräume für Tagesbesucher und Patienten

auf diesem Gelände befinden sich tagsüber sehr viele Menschen

Parkraum für Zulieferverkehr beachten

Es fahren viele LKW und Kleinlaster für Lieferdienste

Viele auswärtige Transporter für Patienten An-/Abholer

Müllentsorger viele für Klinik

Unterirdisch Parken

Tiefgaragen

Fahrräder

E-Auto beachten mit Anschluss

Parken ist in dieser Gegend sehr kritisch, viel „Such“-Verkehr um die Gegend, vor allem die Tagesbesuche, die Mitarbeiter/innen ab 5 Uhr früh heftig

Fassadengrün

Evtl. Dachgrün

Bauen nach neuesten Umweltkriterien, vor allem auf dem Dach

Ggf. Wasserspeicher

Es gibt Dachsteine mit Wasserspeicher

Wasser ist das Gold der Zukunft

Die obere Friedrichstr. ca. 130-39 ca ganz schließen für Durchgangsverkehr

Passanten: Patienten

Ggf. auch Marienstr. Schließen

Viele Passanten von Kampen -> Magnus

Evtl. beachten:

Die Inhaber Boden 419 besitzen im Umfeld nebenan liegenden Gebieten viel Boden und Gebäude
Es ist ggf. mit Einbeziehung in neuere Bauten zu kalkulieren

Insofern, angrenzende Flächen mit neuem Be-Bau-Plan erfassen

Evtl. ist später ggf. mit Neubauten um Umfeld zu kalkulieren

Aufbauten auf den Gebäuden
z. B. Satelliten, Klimageräte, Lüftungen
in die Höhe kalkulieren

Höhe der Bauten drücken

Sonne

Licht

Wind

Luft

Höhe auf max. 5 Etagen

Belichtung/Belüftung der Gegend

Möglich sein für:

- ❖ Friseur
- ❖ Café
- ❖ Kiosk
- ❖ Zeitungsladen
- ❖ Post-Shop

Vor allem auch für Patienten und falls später der Bereich andere Nutzung, wäre es für Anwohner sinnvoll

Barrierefrei in allen Bereichen

Bäume

- ❖ Feste Regeln für Bäume, z. B. auf 500m² = 1 Baum

Art der Bäume

- ❖ Z. B. Laub
- ❖ Z. B. immergrün
- ❖ Höhe beachten

Standorte vorher klären

- ❖ Bienenfreundlich
- ❖ Obst – blühend

Bienenkörbe = Pflicht

Pro 500m² = 1 Korb

Evtl. auf Dach

Turnhalle

Bewegungshalle für Bewegungstherapie sowohl für Patienten als auch für Kurse, ggf. für Studenten, Sportgruppen, z. B. für Herz-Sport-Gruppen

Eigenes E-Werk

Umspannwerk (Zukunft wird mehr Strom brauchen)

Landeplätze für Drohnen und Regeln für Drohnen, evtl. Größe begrenzen o. ä.

Hubschrauberplatz

Für das lebendige, soziale Miteinander

Darf möglich sein

- ❖ Kindergarten
- ❖ Schule
- ❖ Studierendenorte, z. B. Hörsaal
- ❖ Kunst in div. Formen mit integrierten Ausstellungen, Skulpturen
- ❖ Aktive Kunst ggf. mit integrieren, z. B. Hörsaal für Künstler nutzen

Es darf weitere Nutzung für kleine Läden sein

Manche Patienten kommen von weit her, kaufen im Umfeld Kleinigkeiten

- ❖ Blumenladen
- ❖ Friseur
- ❖ Buchladen – Zeitungen
- ❖ Evtl. Restaurant – Café

Wetterfeste Überdachung für Tagespatienten

seit 2020 standen oft lange Wartereien am Kampen für Notaufnahme

Bebau-Plan für Klinik der Zukunft

Was braucht Klinik anno 2.090?

Was braucht Medizin der Zukunft?

Was braucht Patient der Zukunft?

Vor Festlegung diese Plans

Denk-Gruppe zum Thema

Vor allem außen noch Freiflächen halten für Themen der Zukunft

Evtl. hat Klinik 2090 noch anderen Bedarf, den wir heute nicht kennen

Das Heilen der Zukunft

Wie sieht es aus?

Was braucht Gebäude 2090?

- ❖ Wellness
- ❖ Licht

- ❖ Luft
- ❖ Sonne
- ❖ Glas
- ❖ Holz
- ❖ Warmes Material
- ❖ Liebevoller Farben

Vielleicht mehr ambulante Behandlung, d. h. PKW-Anfahrten ggf. eigenen Bus-Bahnhof, Shuttle-Bus-Linie

Lärm ggf. erfassen

- ❖ Silvesterknaller
- ❖ Helikopter
- ❖ Div. Reinigungsmaschinen
 - Luftgebläse für Laubsaugen
 - Kühlgeräte
- ❖ Straßenfeger-Maschinen
- ❖ Streufahrzeuge
- ❖ Rasenmäher usw.

Lärm für Umfeld vom Gebäude Klimaanlage

Mögliche Dezibel festlegen

Die derzeitigen Anlagen/Lüftungen sind sehr laut, vor allem nachts

Vergleichbar dem Lärm der Stahlwerke Geisweid früher

Außenbalkon an Gebäuden

Loggia verboten

Wird erfahrungsgemäß vor allem für Raucher genutzt

Luft in dieser Gegend muss geschont sein

Besucher werden das vermutlich nutzen (siehe Eingangsbereich)

Zwingend Filteranlagen für Auspuff am Gebäude

z. B. Heizen, Röntgen, nukleare Kühlwasser usw.

das ist möglicherweise vorhanden, bitte im Bebauplan erwähnen/beachten

Naturschutz

Fledermäuse

Diese Gegend hat Fledermäuse

Wilde Tauben

Viele Singvögel

Eichhörnchen

Bienen sind anzusiedeln

Die Gegend hat sog. Wellersberg-Milbe

Läden, ggf. Werkstätten für

- ❖ Medizinprodukte, Sanitärhaus z. B.
- ❖ Apotheke
- ❖ Hörgeräte
- ❖ Medizinbedarf, Rollstühle z. B.

Abklären ggf. auf dem Gelände werden evtl. nukleare, radioaktive Stoffe genutzt

Bitte vorher abklären und dafür Regeln

- ❖ Ob es möglich
- ❖ Welche Art von Stoffen
- ❖ Welche Menge
- ❖ Entsorgung
- ❖ Röntgenstrahlen
- ❖ CT-Strahlen

Bitte im Bebau-Plan beachten

Regeln für ästhetische Gestaltung formulieren

- ❖ Farbgestaltung (siehe Oberstadt)
- ❖ Baumaterial (siehe Oberstadt)
- ❖ Goldene Schnitt
- ❖ Harmonische Außengestaltung auch im Umfeld

Vorher klar definieren

Metall als Außenbaustoff meiden

Metall zieht Wärme raus und an

Das Gebäude hat derzeit sehr viele Blitzableiter in sehr gr. Höhe, ggf. beachten

Die Außenluft regelmäßig prüfen, vor allem nachts um 3h nachts bisher deutlicher Auspuff

Klima im Umfeld Stadtklima

Alle Abgas-Öffnungen, Lüftungsöffnungen, Schornsteine usw. öffnen in Richtung Osten

Hier in Gegend kommt Wind von Westen

Klimaschutz

Luftverschmutzung

Nachtflug-Verbot für alle fliegenden Objekte (Drohnen, Helikopter) aus Sicherheit

Gegend ist eng bebaut

Für Sicherheit auch des Umfeldes verboten

- ❖ Offene Werkstätten, z. B. Autoreparatur
- ❖ Schweißarbeiten
- ❖ Feuerwerke (Pyrotechnik)
- ❖ Metzgerbetriebe (Schlachten verboten)

Alles aus Sicherheit auch weiterem Umfeld

Personenschutz

Auf Gelände befinden sich viele Menschen auf engem Raum

Außen-Bewässerungen

Wg. Klimawandel Hitze, Dürre

Auf Dach Wasser beachten

Schottergärten meiden

Mobilfunkantennen verboten

Solaranlagen evtl. untersagen, aus Sicherheit auch für Umfeld, es ist derzeit unklar wie ggf. zu löschen sei, prüfen bitte

Alles aus Sicherheitsbed.

Evtl. sei es sinnvoll mit dem Bebau-Plan zu warten, bis in NRW feststeht wie es mit Kliniken-Zukunft weiter geht
Ggf. stehen Änderungen an

Bienenkörbe Pflicht

Die Nutzung von nuklearem Material (wird in Medizin genutzt) ist auf dem gesamten Nr. 419 zu beschränken auf max. ... REM (das Bauamt möge sich sachkundig machen, was erlaubt)
Zum Umweltschutz der Umgebung

Bei Neubauten möglichst auf Stahl-Beton verzichten

Stahl-Beton verbraucht zu viel CO2
(Klimaschutz)

Strukturwandel im Bebau-Plan ist festzuhalten, dass dieser Bebau-Plan verfällt, wenn Klinikbetrieb hier entfällt

Neue, andere Nutzung bedarf neuen Plan

Es ist in nächsten Jahren in NRW mit Veränderungen bei Kliniken zu rechnen

Schwimmhalle auf 419

Das vorhandene in Friedrichstr. wird in ca. 10 Jahren renoviert brauchen
Dafür neues Bad planen

100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen

Abwägung der Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange im Rahmen der Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 und 2

Lfd. Nr.	Schreiben vom	vorgebracht von	Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
1.	01.07.2019	Air Liquide/BIL	Hinweis auf die BIL-Leitungsauskunft: Nach Air Liquide keine Leitungen im Gebiet betroffen.	Beschlussempfehlung entfällt
2.	08.03.2019	Amprion GmbH	Es sind keine Hochspannungsleitungen im Plangebiet. Es sind auch keine geplant.	Beschlussempfehlung entfällt
3.	10.10.2019	Bezirksregierung Arnsberg - Dezernat 53 - Anlagensicherheit (Störfallverordnung)	Keine Einwände	Beschlussempfehlung entfällt
4.	25.09.2019	Bezirksregierung Arnsberg - Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW	Keine Einwände.	Beschlussempfehlung entfällt
5.	27.09.2019	IHK Siegen	Keine Einwände	Beschlussempfehlung entfällt

Lfd. Nr.	Schreiben vom	vorgebracht von	Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
6-1.	24.09.2019 15.04.2021	Kreis Siegen – Wittgenstein	<u>Untere Wasserbehörde:</u> keine Hinweise oder Anregungen <u>Untere Wasserbehörde:</u> keine Hinweise oder Anregungen	Beschlussempfehlung entfällt
6-2.	24.09.2019 15.04.2021	Kreis Siegen – Wittgenstein	<u>Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde:</u> keine Hinweise oder Anregungen <u>Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde:</u> keine Hinweise oder Anregungen	Beschlussempfehlung entfällt
6-3.	24.03.2019 15.04.2021	Kreis Siegen – Wittgenstein	<u>Untere Naturschutzbehörde:</u> keine Anregungen. Hinsichtlich der Inhalte und des Umfanges des Umweltberichtes und der Umweltprüfung wird auf § 2 (4) BauGB i.V.m. 1 (6) Nr. 5 u. 7 BauGB sowie § 1a BauGB verwiesen. <u>Untere Naturschutzbehörde:</u> Es werden folgende Anregungen vorgebracht: Es werden keine Einwände erhoben. Jedoch wird festgestellt, dass sowohl der Umweltbericht als auch die Begründung hinsichtlich des Artenschutzes teilweise widersprüchliche Ausführungen enthalten. Im weiteren verbindlichen Bauleitplanverfahren zur Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" bedürfen die Unstimmigkeiten einer Überarbeitung.	Beschlussempfehlung entfällt Die Hinweise zum Umweltbericht und der Umweltprüfung werden zur Kenntnis genommen und finden Berücksichtigung. Beschlussempfehlung entfällt Die inhaltlichen Aussagen der Begründung und des Umweltberichtes sind deckungsgleich.

Lfd. Nr.	Schreiben vom	vorgebracht von	Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
6-4.	24.03.2019 15.04.2021	Kreis Siegen – Wittgenstein	<u>Fachgebiet Immissionsschutz</u> : keine Anregungen. Es wird ein Hinweis zur Störfallverordnung gegeben. Das Immissionsschutzdezernat der Bezirksregierung ist zu beteiligen.	Beschlussempfehlung entfällt Das Immissionsschutzdezernat der Bezirksregierung wurde beteiligt und hatte keine Bedenken.
7.	11.09.2019	LWL-Archäologie für Westfalen Außenstelle Olpe	Keine Einwände	Beschlussempfehlung entfällt
8.	27.09.2019	Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e.V. (LNU NRW)	Keine Einwände Es werden Hinweise zu Erhaltung des Baumbestandes und zur Photovoltaik gegeben.	Beschlussempfehlung entfällt Den Hinweisen wurden zum Teil gefolgt: Solaranlagen (Photovoltaik oder Solarthermie) wurden festgesetzt.
9.	15.03.2019 25.10.2019 07.04.2021	Siegner Versorgungsbetriebe GmbH	Die Inhalte der Begründung sind in Bezug auf die Ver- und Entsorgung, die Verkehrsflächen, die Erhaltungsmaßnahme des Baumtores Nordstraße, den Mindestabständen zu Leitungen, den Geh-, Fahr- und Leitungsrechten und zu den Trinkwasser- und Erdgasleitungen anzupassen. Da die Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung übernommen wurden, bestehen keine Bedenken.	Dem Hinweis wird gefolgt. Die Begründung wurde zur Offenlage angepasst.
10.	26.09.2019	Unity media	Keine Einwände	Beschlussempfehlung entfällt
11.	12.09.2019	Wasserverband Siegen-Wittgenstein	Keine Einwände	Beschlussempfehlung entfällt

Der vollständige Inhalt der Stellungnahmen im Wortlaut ist der Anlage 2 zu entnehmen.

Anlage 5

Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus" im Stadtteil Siegen-Mitte

Abwägung der Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit im Rahmen der Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 und 2 sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 und 2 BauGB

Lfd. Nr.	Schreiben vom	vorgebracht von	Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
1.	01.07.2019	Air Liquide/BIL	Hinweis auf die BIL-Leitungsauskunft: Nach Air Liquide sind keine Leitungen im Gebiet betroffen.	Beschlussempfehlung entfällt
2.	02.08.2019	Amprion GmbH	Es sind keine Hochspannungsleitungen im Plangebiet. Es sind auch keine geplant.	Beschlussempfehlung entfällt
3.	21.04.2021	IHK Siegen	Keine Einwände	Beschlussempfehlung entfällt
4.1	27.03.2019 15.04.2021	Kreis Siegen-Wittgenstein	<u>Untere Wasserbehörde:</u> Keine Hinweise oder Anregungen	Beschlussempfehlung entfällt

Lfd. Nr.	Schreiben vom	vorgebracht von	Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
4.2	27.03.2019 15.04.2021	Kreis Siegen-Wittgenstein	<u>Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde:</u> Es werde Hinweise zum Baugrund dargelegt. Die Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde ist an den weiteren Verfahrensschritten zu beteiligen.	Hinweise werden zur Kenntnis genommen Die Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde wird an den weiteren Verfahrensschritten beteiligt.
4.3	27.03.2019 15.04.2021	Kreis Siegen-Wittgenstein	<u>Untere Naturschutzbehörde:</u> keine Einwände. Die Empfehlungen der Artenschutzmaßnahmen V1, V5 und O sind als Festsetzungen zu formulieren. <u>Untere Naturschutzbehörde:</u> Es werden keine Einwände erhoben. Es werden Hinweise zur Artenschutzprüfung gegeben 1. Fledermäuse 2. Beleuchtung 3. Optimierungsmaßnahme 4. Ökologische Bilanz 5. Feldsperling.	Beschlussempfehlung entfällt Die Artenschutzmaßnahmen V1 und O1 bleiben als Hinweise in der Planzeichnung eingetragen. Für eine Festsetzung von Artenschutzmaßnahmen fehlt der bodenrechtliche Bezug. V 5 wurde nicht übernommen, da zu erhaltenden Bäume im BPlan rechtsverbindlich festgesetzt wurden. Beschlussempfehlung entfällt 1. Die Pflanzmaßnahmen sind vom Vorhabenträger in der nach Abschluss der Bauarbeiten in Abstimmung mit der Stadtverwaltung und der Baukommission in der folgenden Pflanzperiode vorzunehmen. 2. Maßnahmen zur Beleuchtung werden nicht als Festsetzung formuliert. 3. Die Optimierungsmaßnahmen sind vom Vorhabenträger unmittelbar nach Abschluss der Bauarbeiten vorzunehmen. 4. Dem Umweltbericht wird eine Tabelle hinzugefügt, aus der die ökologische Bilanzierung einschl.

Lfd. Nr.	Schreiben vom	vorgebracht von	Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
				Berücksichtigung der Baumschutzsatzung nachvollziehbar hervorgeht. 5. Die Artangabe wird korrigiert.
4.4	27.03.2019 15.04.2021	Kreis Siegen-Wittgenstein	<u>Fachgebiet Immissionsschutz</u> : keine Anregungen.	Beschlussempfehlung entfällt
5.	08.03.2019 12.03.2021	LWL - Archäologie für Westfalen Außenstelle Olpe	Keine Einwände	Beschlussempfehlung entfällt
6.	22.04.2021	Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e.V. (LNU NRW)	Keine Einwände Es werden Hinweise zu Erhaltung des Baumbestandes und zur Photovoltaik gegeben.	Beschlussempfehlung entfällt
7.	20.10.2019 15.03.2021	NABU Kreisverband Siegen-Wittgenstein e.V.	Die Rodungs- und Abrißzeitbeschränkungen, Bewegen der Rollläden an Gebäuden müssen unbedingt eingehalten werden. Dieses Gebot ist absolut zumutbar und einhaltbar und kann nicht durch die Tätigkeit einer Umweltbegleitung ersetzt werden.	Dem Hinweis wird nicht gefolgt. Die Darlegungen zu Rodungs- und Abrisszeitbeschränkungen und Bewegung von Rollläden sind ausreichend. Die vorgeschlagene Maßnahme zur Bewegung der Rollläden fehlt der bodenrechtliche Bezug und zielt auf die Verhaltensweise ab. Es erfolgt daher keine Anpassung.

Lfd. Nr.	Schreiben vom	vorgebracht von	Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
			Es wird auf die Notwendigkeit der Umsetzung der Minimierungs-, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen auch für Fledermäuse hingewiesen.	Beschlussempfehlung entfällt
8.	25.10.2019 07.04.2021	Siegener Versorgungs- etriebe GmbH	Keine Einwände	Beschlussempfehlung entfällt
9.	05.03.2021	Wasserverband Siegen- Wittgenstein	Keine Einwände	Beschlussempfehlung entfällt
10.	05.03.2019	Westnetz GmbH	Keine Einwände Es wird dargelegt, dass im Plangebiet auf dem Flurstück 255 eine Ortsnetz-Trafostation mit dinglicher Sicherung im Grundbuch zur Allgemeinversorgung steht. Sollten Änderungen an dieser Anlage erforderlich werden, gehen die entstehenden Kosten zu Lasten des Veranlassers.	Beschlussempfehlung entfällt

Lfd. Nr.	Schreiben vom	vorgebracht von	Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
11.	22.10.2019	Bürger 1	<p>Es werden folgenden Bedenken und Anregungen der Eigentümerin des Grundstücks Friedrichstraße XXX dargelegt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Abstand der Gebäude ist zu gering. 2. Die Baugrenzen sind zum Schutz der Bäume anzupassen 3. Die geplanten Höhen der Gebäude sollen sich an den benachbarten Gebäuden orientieren. 4. Es wird auf den hohen Versiegelungsgrad hingewiesen. Es gehen Sickerflächen verloren. 5. Es werden ein erhöhter Geräuschpegel und eine Verschlechterung der Luftqualität befürchtet. 	<p>Beschlussempfehlung entfällt</p> <p><u>Zu 1:</u> Zur Offenlage wurden die Gebäudeabstände (Baugrenzen) zum Grundstück Nordstraße 20 unterbrochen und auf 6,00 m neu festgesetzt. Zum Grundstück Friedrichstraße 102 beträgt der Abstand ca. 9,50 m. Der erforderliche Sozialabstand wurde über die Erfordernisse der Abstandsflächen nach Bauordnung NRW hinaus somit noch erweitert.</p> <p><u>Zu 2:</u> Zu den Baumstandorten ist ein ausreichender Abstand zur Bebauung eingeplant.</p> <p><u>Zu 3:</u> Zur Offenlage wurden die Höhenfestsetzungen des Bereiches angepasst. Im Plan zur frühzeitigen Beteiligung war die Höhenfestsetzung auf ein Maß von 260,50 m ü. NHN für die Gesamtbaufäche festgelegt. Zur Offenlage wurde die Höhenbegrenzung entlang der Nordstraße in einer Tiefe von 22 m beibehalten. Für die rückwärtig gelegen nördlichen Bereiche des sog. „Fischerareals“ wurde die Höhenbegrenzung auf eine Maß von 251,00 m ü. NHN zurückgenommen, für den südlichen Bereich auf eine Maß von 255,00 m ü. NHN. Diese neue Höhenstaffelung beeinflusst die Belichtungserfordernisse der Bewohner entlang der Friedrichstraße positiv.</p> <p><u>Zu 4:</u> Der Versiegelungsgrad richtet sich nach den Vorgaben der Baunutzungsverordnung als Höchstmaß.</p> <p><u>Zu 5:</u> Die immissionsrechtlichen Vorgaben der einschlägigen Rechtsgrundlagen werden in dem Gebiet einhalten.</p>

Lfd. Nr.	Schreiben vom	vorgebracht von	Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
12.	21.10.2019	Bürger 2	<p>Es werden folgenden Bedenken und Anregungen der Eigentümerin des Grundstücks Friedrichstraße XXX dargelegt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Es sollte eine höhenmäßige Anpassung an die umliegende Bebauung erfolgen. Die geplanten Gebäude sind höher als die Bestandgebäude. Zulassung von höheren Gebäuden zum Schulgelände hin. Runterstaffelung in Richtung der Wohnbebauung 2. Es wird angeregt, dass im Gebiet Wohnen möglich sein sollte. 3. Die Grundflächenzahl bzw. Versiegelung sollte angepasst werden. 4. Es sollten die Gebäude gemäß dem Wettbewerbsentwurf in Richtung Elisabethstraße verschoben werden. 5. Die Baugrenzen sollten parallel zur Grundstücksgrenze angepasst werden. 	<p>Beschlussempfehlung entfällt</p> <p><u>Zu 1:</u> Zur Offenlage wurden die Höhenfestsetzungen des Bereiches angepasst. Im Plan zur frühzeitigen Beteiligung war die Höhenfestsetzung auf ein Maß von 260,50 m ü. NHN für die Gesamtbaufäche festgelegt. Zur Offenlage wurde die Höhebegrenzung entlang der Nordstraße in einer Tiefe von 22 m beibehalten. Für die rückwärtig gelegen nördlichen Bereiche des sog. „Fischerareals“ wurde die Höhenbegrenzung auf eine Maß von 251,00 m ü. NHN zurückgenommen, für den südlichen Bereich auf eine Maß von 255,00 m ü. NHN. Diese neue Höhenstaffelung beeinflusst die Belichtungserfordernisse der Bewohner entlang der Friedrichstraße positiv.</p> <p><u>Zu 2:</u> Wohnen ist, wie bisher auch, entlang der Friedrichstraße und im Bereich Nordstraße/Elisabethstraße zulässig (SO 1 und 5).</p> <p><u>Zu 3:</u> Der Versiegelungsgrad, die Grundflächenzahl richtet sich nach den Vorgaben der Baunutzungsverordnung als Höchstmaß.</p> <p><u>Zu 4:</u> Durch die Weiterentwicklung der Bedarfsplanung des Krankenhauses kommt der Wettbewerbsentwurf nicht zum Tragen. Eine Bebauungsmöglichkeit der Flächen an der Elisabethstraße ist im B-Plan bereits eingeplant.</p> <p><u>Zu 5:</u> Zur Offenlage wurden die Gebäudeabstände (Baugrenzen) zum Grundstück Nordstraße 20 unterbrochen und auf 6,00 m neu festgesetzt. Zum Grundstück Friedrichstraße 102 beträgt der Abstand ca. 9,50 m. Dem Aspekt der Höhenstaffelung wurde zur Offenlage somit Rechnung getragen.</p>

100. Änderung des Flächennutzungsplanes

"Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"

im Stadtteil Siegen

Maßstab 1:5000 im Original (580 x 474 mm)

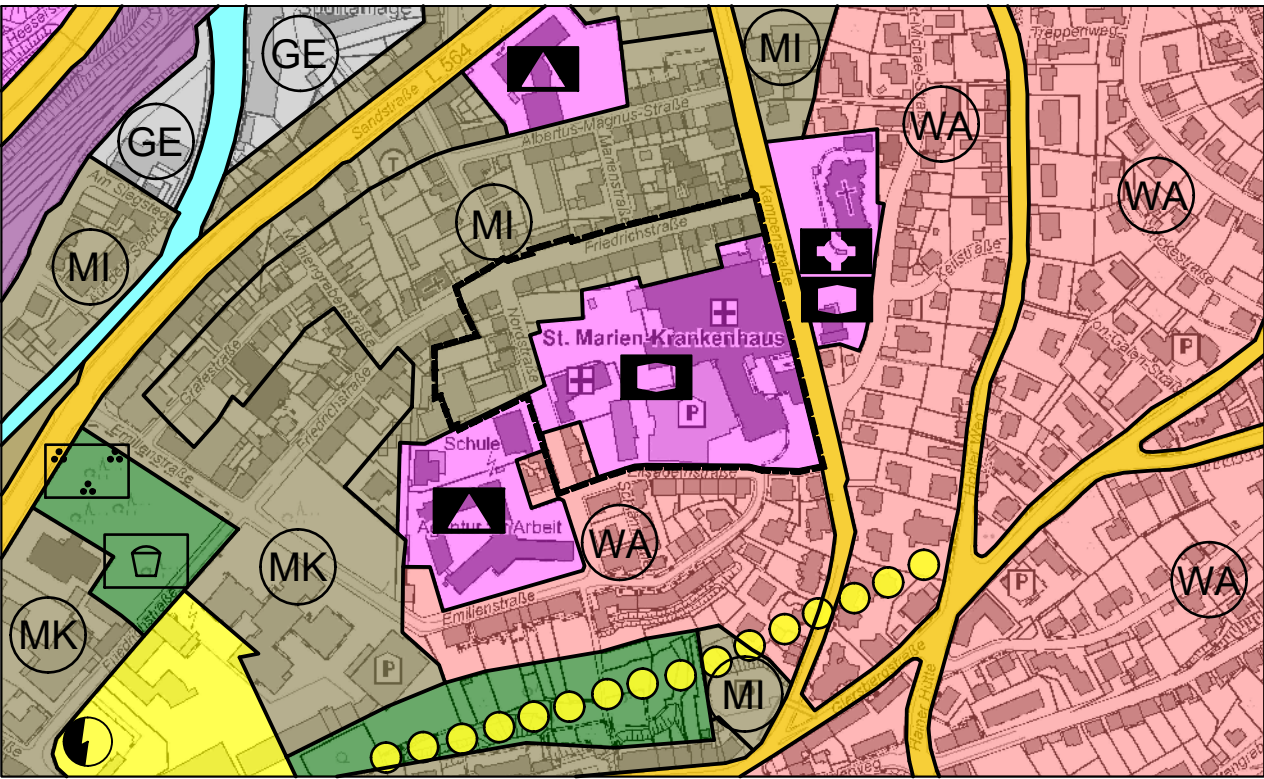
Gemarkung Siegen, Flur 25

Stand: 26.04.2021

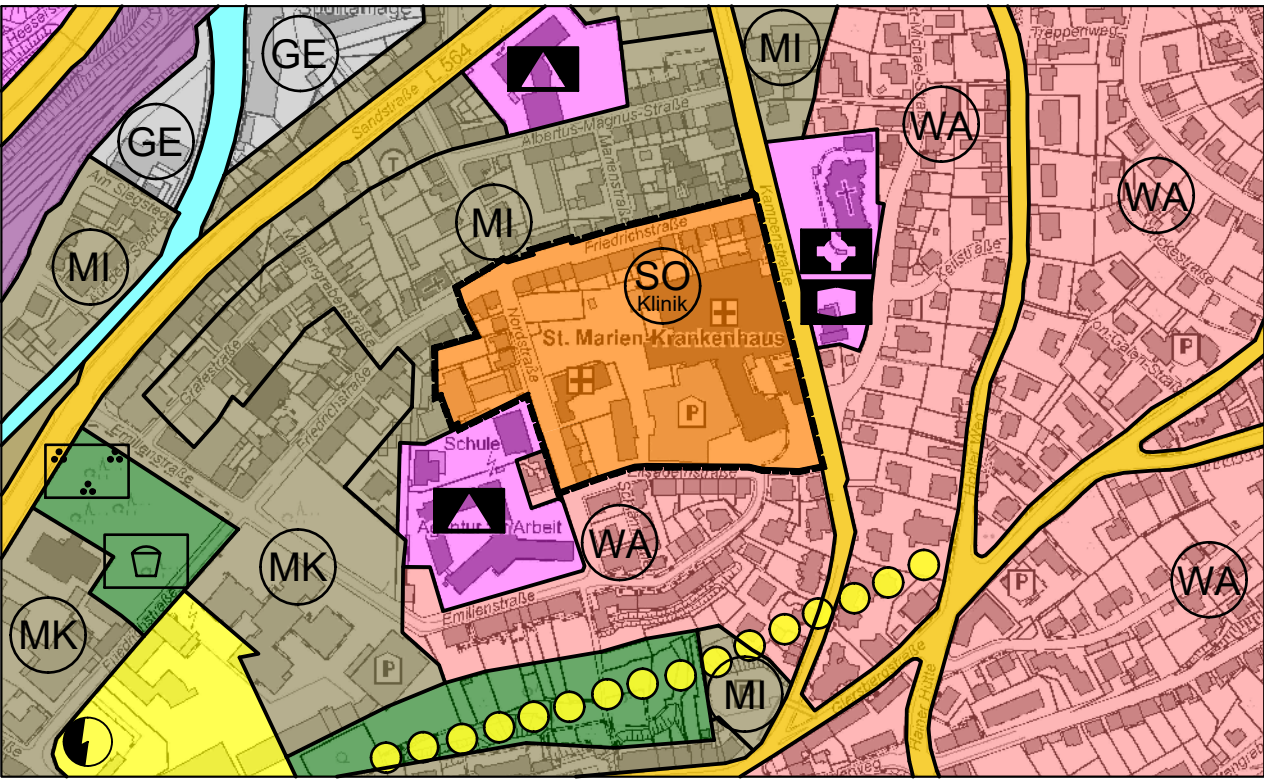
050100250



Darstellung derzeit rechtswirksamer Flächennutzungsplan



Darstellung 100. Änderung des Flächennutzungsplanes



DARSTELLUNGEN DER FLÄCHENNUTZUNGSPLANÄNDERUNG:

Signaturen gemäß der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90)

1. Art der baulichen Nutzung (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 1 bis 11 BauNVO)

- WA

1.1.3

Allgemeine Wohngebiete
- MI

1.2.2.

Mischgebiete
- MK

1.2.3.

Kerngebiete
- GE

1.3.1.

Gewerbegebiete
- SO
Klinik

1.4.2.

Sonstige Sondergebiete, Klinik

4. Flächen für den Gemeinbedarf (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 4 BauGB)

- 4.1

Flächen für den Gemeinbedarf
- Schule
- Kirchen und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- Sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen

5. Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrszüge (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 BauGB)

- 5.1.1

Sonstige überörtliche und örtliche Hauptverkehrsstraßen
- 5.2.1

Bahnanlagen
- Neuplanungen dargestellt § 5 (2) Nr. 3 BauGB

7. Flächen für Versorgungsanlagen (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 BauGB)

- Versorgungsanlagen, Zweckbestimmung Elektrizität
- Zweckbestimmung: Elektrizität

9. Grünflächen (§ 5 Abs. 2 Nr. 5 BauGB)

- Grünflächen
- Parkanlage
- Spielplatz

10. Wasserflächen (§ 5 Abs. 2 Nr. 7 BauGB)

- Wasserflächen

15. Sonstige Planzeichen

- 15.13.

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der 100. Flächennutzungsplanänderung

PRÄAMBEL:

Der Rat der Stadt Siegen hat am 03.03.2021 gemäß § 2 (1) und § 1 (8) des BauGB die Aufstellung dieser Planänderung beschlossen.
Der Aufstellungsbeschluss wurde am 06.03.2021 ortsüblich bekanntgemacht.

Siegen, Der Bürgermeister
I.A.

Der Rat der Stadt Siegen hat am 03.03.2021 gemäß § 3 (2) des BauGB den Entwurf dieser Planänderung und seine öffentliche Auslegung beschlossen.

Siegen, Der Bürgermeister
I.A.

Der Entwurf dieser Planänderung hat mit der Begründung gemäß § 3 (2) BauGB nach der ortsüblichen Bekanntmachung vom 06.03.2021 in der Zeit vom 15.03.2021 bis 23.03.2021 bei der Arbeitsgruppe Stadtplanung der Stadt Siegen öffentlich ausgelegen.

Siegen, Der Bürgermeister
I.A.

Nach § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29.09.2020 (GV. NRW. S. 916), der §§ 2 und 5 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.08.2020 (BGBl. IS. 1728) in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786) hat der Rat der Stadt Siegen am diese Plan-änderung mit Begründung als Flächennutzungsplanänderung beschlossen.

Siegen, Der Bürgermeister
I.A.

Die Planänderung ist gemäß § 6 BauGB mit Verfügung vom
Geschäftszeichen: genehmigt worden.

Arnsberg, Die Bezirksregierung
I.A.

Diese mit Verfügung vom genehmigte 100. Änderung des Flächennutzungsplanes wird gemäß § 6 (5) BauGB vom Tage der ortsüblichen Bekanntmachung in der Servicestelle der Abteilung Bauaufsicht der Stadt Siegen zu jedermanns Einsicht bereitgehalten.

Siegen, Der Bürgermeister
I.A.

Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgte am

Planverfasser:

HKS
Gerhard Kunze
Dipl.-Ing. Städtebau
STADT - UMWELT

Freudenberger Straße 383
57072 Siegen
Tel. : 0271-3136-210
Fax : 0271-3136-211
Mail: h-k-siegen@t-online.de
www.hksiegen-städtebauer.de

Kunze
gez. Dipl.-Ing. G. Kunze

Begründung

zur

100. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Siegen-Mitte



TEIL I: Allgemeiner Teil

Universitätsstadt Siegen

Geschäftsbereich 4

AG 4/5-2 Stadtplanung

in Zusammenarbeit mit:

HKS

Gerhard Kunze
Dipl.-Ing. Städtebau

STADT - UMWELT

Stand: 26.04.2021

UNIVERSITÄTSSTADT
SIEGEN



INHALTSVERZEICHNIS

1	Einführung	1
1.1	Lage und Abgrenzung des Plangebiets	2
1.2	Gebietsbeschreibung	2
2	Planungsrecht	5
2.1	Raumordnung und Landesplanung	5
2.2	Regionalplan	6
2.3	Flächennutzungsplan	7
2.4	Naturschutzfachliche Pläne und Richtlinien	8
3	Vorgesehene Nutzungsänderung und Flächenbilanz	9
3.1	Aktuelle Nutzung	9
3.2	Angestrebte Nutzung und Neudarstellung des FNP	9
3.3	Erschließung und Versorgung	10
3.4	Flächenbilanz	11
3.5	Auswirkungen der Planänderung	11
4	Umweltbelange	12
4.1	Umweltbericht	12
5	Immissionen	14
6	Rechtsgrundlagen	16

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Geltungsbereich der 100. Flächennutzungsplanänderung, © Geobasisdaten: tim-online, DGK	2
Abbildung 2: LEP NRW, Ausschnitt Siegen (Quelle: Regionalplan Arnsberg, 2008, Erläuterungskarte 1, Auszug).....	6
Abbildung 3: Regionalplan-Teilabschnitt "Oberbereich Siegen" – Ausschnitt (Quelle: Regionalplan Arnsberg, 2008).....	6
Abbildung 4: Flächennutzungsplan der Stadt Siegen - Ausschnitt St. Marien-Krankenhaus.....	8
Abbildung 5: Rechtswirksamer Flächennutzungsplan der Stadt Siegen	9
Abbildung 6: Geplante 100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen.....	10

1 Einführung

Das Plangebiet der Flächennutzungsplanänderung ist überwiegend als „Flächen für den Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ dargestellt. Die nördliche Bebauung an der Friedrichstraße ist als „Mischgebiet“ dargestellt. Einzelne Grundstücke an der Ecke Nordstraße Elisabethstraße sind als „Allgemeines Wohngebiet“ im Flächennutzungsplan dargestellt.

Da die geplanten Nutzungen (Sondergebiet, Zweckbestimmung Klinik) nicht den Darstellungen des aktuellen FNP entsprechen, ist diese Änderung des Flächennutzungsplans erforderlich. Hierdurch soll dem Entwicklungsgebot gem. § 34 Landesplanungsgesetz über die Anpassung an die Ziele der Landes- und Regionalplanung bei der Aufstellung des Bebauungsplanes entsprochen werden.

Das St. Marien-Krankenhaus befindet sich nördlich der Oberstadt. Es ist eingebunden in die örtliche Baustruktur zwischen Friedrichstraße, Nordstraße und Kampenstraße. Wegen der umgebenden Bebauung sind Entwicklungen des Krankenhauses nur in Richtung der Bestandsbebauung möglich. Freiflächen, die für eine Bebauung zur Verfügung stünden, sind nicht vorhanden.

Im St. Marien-Krankenhaus Siegen werden jährlich ca. 20.000 Patienten stationär behandelt. Darüber hinaus werden bis zu 60.000 Menschen in den 10 Kliniken und Instituten ambulant versorgt.

Eine solch hohe Versorgungsquote erfordert neben einer qualitätsorientierten Pflegeversorgung ein hohes Maß an optimierter baulicher Substanz. Eine Anpassung an die Bedürfnisse der Patienten und den Anforderungen der medizinischen Standards sind Ausdruck der ständigen baulichen Veränderung des Klinikbetriebes.

Der Komplex des Krankenhauses besteht aus mehreren Baukörpern, die an der Kampenstraße liegen. Der Haupteingang und die Zufahrt zur Tiefgarage erfolgen von hier.

Rückwärtig an der Nordstraße ist eine Stellplatzanlage vorhanden. In Gebäuden entlang der Friedrichstraße und der Nordstraße sind weitere Einrichtungen und Verwaltung des St. Marien-Krankenhauses untergebracht.

Die Klinikbetreiber haben sukzessiv weitere Grundstücke innerhalb des Areals erworben, um Entwicklungsflächen für den Klinikbetrieb und die Verwaltung zu erhalten. Um diese Entwicklung steuern zu können, wurde ein Architektenwettbewerb für die zukünftigen baulichen Ansprüche und Herausforderungen durchgeführt.

Um die v.g. Planungsziele nun rechtssicher umsetzen zu können, ist eine Flächennutzungsplanänderung mit einem im Parallelverfahren durchzuführenden Bebauungsplanverfahren notwendig.

1.1 Lage und Abgrenzung des Plangebiets

Das St. Marien-Krankenhaus liegt im Stadtquartier „Friedrichstraße“ an der Kampenstraße unterhalb der auf dem Sieberg gelegenen historischen Oberstadt.

Das Plangebiet wird durch die vier Straßenzüge Friedrichstraße, Kampenstraße, Elisabethstraße und Nordstraße räumlich als Quartier abgegrenzt.

Westlich der Nordstraße werden Grundstücke im Kreuzungsbereich Friedrichstraße / Nordstraße in den Geltungsbereich aufgenommen.

Das Plangebiet ist im nachstehenden Lageplan umgrenzt.

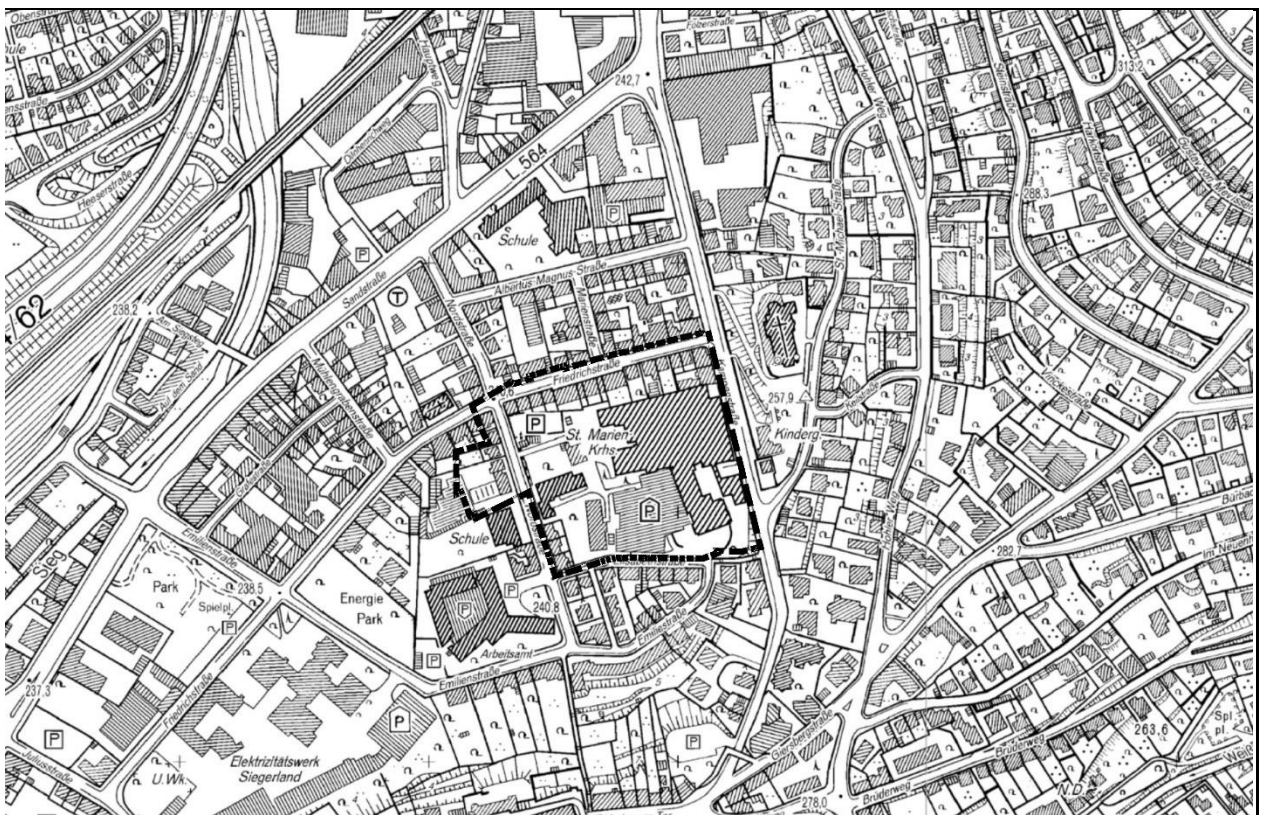


Abbildung 1: Geltungsbereich der 100. Flächennutzungsplanänderung,
(Quelle: Geobasisdaten: tim-online, DGK)

1.2 Gebietsbeschreibung

Das Quartier zwischen Sandstraße, Emilienstraße und Kampenstraße ist geprägt von unterschiedlichsten Nutzungen und Gebäudetypen. Es hat eine fast rasterförmige Grundgliederung der Quartiersviertel, die im Wesentlichen durch den Verlauf der Stadtstraßen geprägt ist.

Neben Wohngebäuden und Verwaltungsgebäuden sind auch mischgenutzte Gebäude stark vertreten. Die Nutzungspalette reicht von Apotheke bis Tankstelle und von privater Nutzung bis hin zu öffentlichen Verwaltungen. Die Nutzungsvielfalt des Quartiers spiegelt sich auch in der baulichen Ausprägung wieder.

Neben einer dichten straßenorientierten geschlossenen Wohnbebauung in viergeschossiger Bauweise, sind auch Punkthäuser in siebengeschossiger Bauweise vorhanden.

Die Agentur für Arbeit wie auch das St. Marien-Krankenhaus stellen wiederum eine in sich geschlossen singulare wie auch heterogene großvolumige Bauweise dar, die fünf- bis neungeschossig ist.

Neben Gebäuden der Gründerzeit sind aus allen nachfolgenden Bauepochen verschiedene Bautypen vertreten.

Im Quartier sind je Quartiersviertel nur eine geringe Anzahl von Freiflächen vorhanden. Für den Erholungsfaktor sind lediglich die Grünanlagen Bertramsplatz an der Sandstraße und der Energiepark (Eigentum der RWE) zu benennen. Beide Flächen liegen am Rande des Quartiers.

Auf den Grundstücken sind wenige Gärten und sonstige Freiflächen vorhanden. Wegen des zunehmenden Parkplatzbedarfes, sind verbliebende Freiflächen mehr und mehr zu Stellplätzen umgewandelt worden.

Im Quartiersviertel des Krankenhauses ist eine Freifläche zwischen Nordstraße und dem ehemaligen Schwesternwohnheim an der Elisabethstraße mit großkronigen Laubbäumen bewachsen.

Ebenfalls an der Nordstraße befindet sich eine Stellplatzanlage des Krankenhauses, welche mit jungen Laubbäumen bepflanzt wurde. Eine raumprägende Größe haben diese Bäume noch nicht erreicht.

Um den Freiflächenanspruch auch für die Krankenhausbesucher zu verbessern, wurde das Dach der Tiefgarage teilweise als Grünanlage ausgebildet. Hier befindet sich allerdings auch der Landeplatz des Rettungshubschraubers.

Die Erschließung des Krankenhauses erfolgt zentral von der Kampenstraße. Hier befindet sich sowohl die Zufahrt zur Tiefgarage als auch der Zugang zum Hauptgebäude. Zusätzlich gibt es einen Zugang von der Nordstraße über die Stellplatzanlage. Von hier erfolgt auch ein Teil der Logistik des Krankenhauses.

Auf der Westseite der Nordstraße befindet sich die ehemalige Gärtnerei Fischer (sog. Fischerquartier). Außerdem liegen hier die Nordschule sowie die Agentur für Arbeit. Daneben sind hier noch weitere Wohnhäuser vorhanden.

Die Bebauung im Quartiersviertel reicht von einer zweigeschossigen Wohnbebauung (Nordstraße) bis hin zu dem 9-geschossigen Bettenhaus des Krankenhauses. Es sind sowohl geneigte Dächer (Sattel-, Walm- und Krüppelwalmdächer) als auch Flachdächer vorhanden.

In der Regel (Friedrichstraße, Kampenstraße und Teile der Nordstraße) herrscht eine geschlossene Bauweise vor. Diese wird lediglich an der Nordstraße durch die Stellplatzanlage und an der Elisabethstraße durch das ehemalige Schwesternhaus unterbrochen.

Mit Ausnahme der Stellplatzanlage sind alle Flächen überbaut. Die Versiegelungsrate (Gebäude, Zufahrten, Garagen und Stellplatzanlagen) ist hoch und übersteigt in der Summe 80 % der Fläche Planungsrecht.

2 Planungsrecht

Das Planungsrecht in Deutschland beruht auf einer mehrschichtigen Systematik und regelt, vor allem durch Bebauungspläne, im Kern für jedermann die Nutzbarkeit bzw. Bebaubarkeit eines Grundstücks. Entscheidend bestimmt wird das System der räumlichen Planung von der föderalistischen Staatsordnung mit den drei Ebenen des Bundes, der Länder sowie den Gemeinden. Auf Bundesebene werden im sogenannten Raumordnungsgesetz (ROG) Vorgaben bestimmt für die jeweilige Landesplanung bestimmt. In NRW werden diese Vorgaben vom Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen konkretisiert und auf regionaler Ebene in Regionalplänen vertieft. Schließlich folgen auf der kommunalen Ebene die Kreise, Städte und Gemeinden mit der vorbereitenden Bauleitplanung, d.h. dem Flächennutzungsplan und der verbindlichen Bauleitplanung, d.h. dem Bebauungsplan. Zudem wirken verschiedene Fachplanungen, (fach)rechtliche Aspekte, wie naturschutzrechtliche Belange, sowie weitere formelle und informelle Planungen auf den jeweiligen Planungsebenen.

2.1 Raumordnung und Landesplanung

Raumordnung

Das System der räumlichen Planung in Deutschland ist durch einen mehrstufigen hierarchischen Aufbau gekennzeichnet. Die höchste Planungsebene bildet die Raumordnung, welche im Raumordnungsgesetz (ROG) auf Bundesebene die mit Leitbildern, Zielen, Grundsätzen und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung festlegt. Nach § 1 Abs. 4 des Baugesetzbuches sind dabei Bauleitpläne, d.h. auch Bebauungspläne, an die Ziele der Raumordnung anzupassen. Das ROG wird auf der jeweiligen Landesebene konkretisiert, in Nordrhein-Westfalen durch den Landesentwicklungsplan (LEP NRW) auf Grundlage des Landesplanungsgesetzes (LPlG NRW).

Landesentwicklungsplan

In Nordrhein-Westfalen werden die abstrakten Aussagen des ROG im Landesentwicklungsplan (LEP) ausgearbeitet und räumlich konkretisiert. Der LEP legt die mittel- und langfristigen strategischen Ziele zur räumlichen Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen, anhand übergreifender Festlegungen, Festlegungen für bestimmte Sachbereiche sowie die zeichnerischen Festlegungen. Sie sind in der nachgeordneten Regional-, Bauleit- und Fachplanung zu beachten bzw. zu berücksichtigen.

Die Stadt Siegen wird im LEP NRW hinsichtlich der zentralörtlichen Gliederung als Oberzentrum und siedlungsräumlichen Grundstruktur als solitäres Verdichtungsgebiet deklariert. Daneben wird die Bundesautobahn A 45 und Schienenstrecke „Dortmund – Gießen“ als großräumige Achse von europäischer Bedeutung (Entwicklungssachse) und die Schienenstrecke Richtung Bonn als überregionale Achse ausgewiesen. (siehe Abbildung 2: LEP NRW, Ausschnitt Siegen).

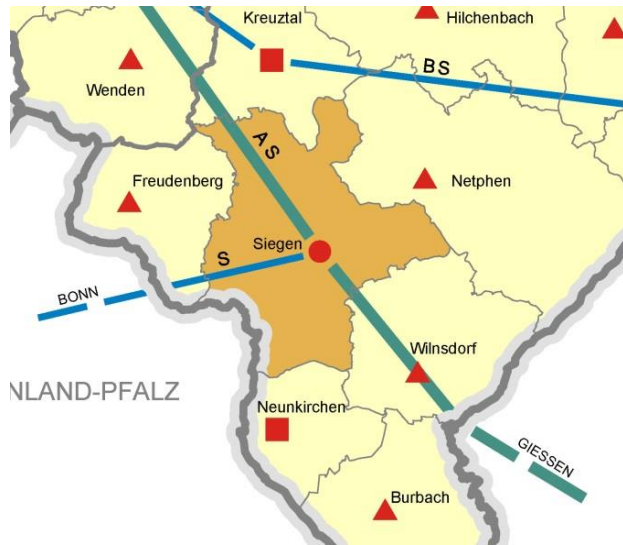


Abbildung 2: LEP NRW, Ausschnitt Siegen

(Quelle: Regionalplan Arnsberg, 2008, Erläuterungskarte 1, Auszug)

2.2 Regionalplan

Der Regionalplan wurde mit Maßgaben und Hinweisen am 22.11.2007 genehmigt. Die ausgeklammerten Teile des Planes wurden mit Erlass vom 22.10.2008 und 07.11.2008 genehmigt.

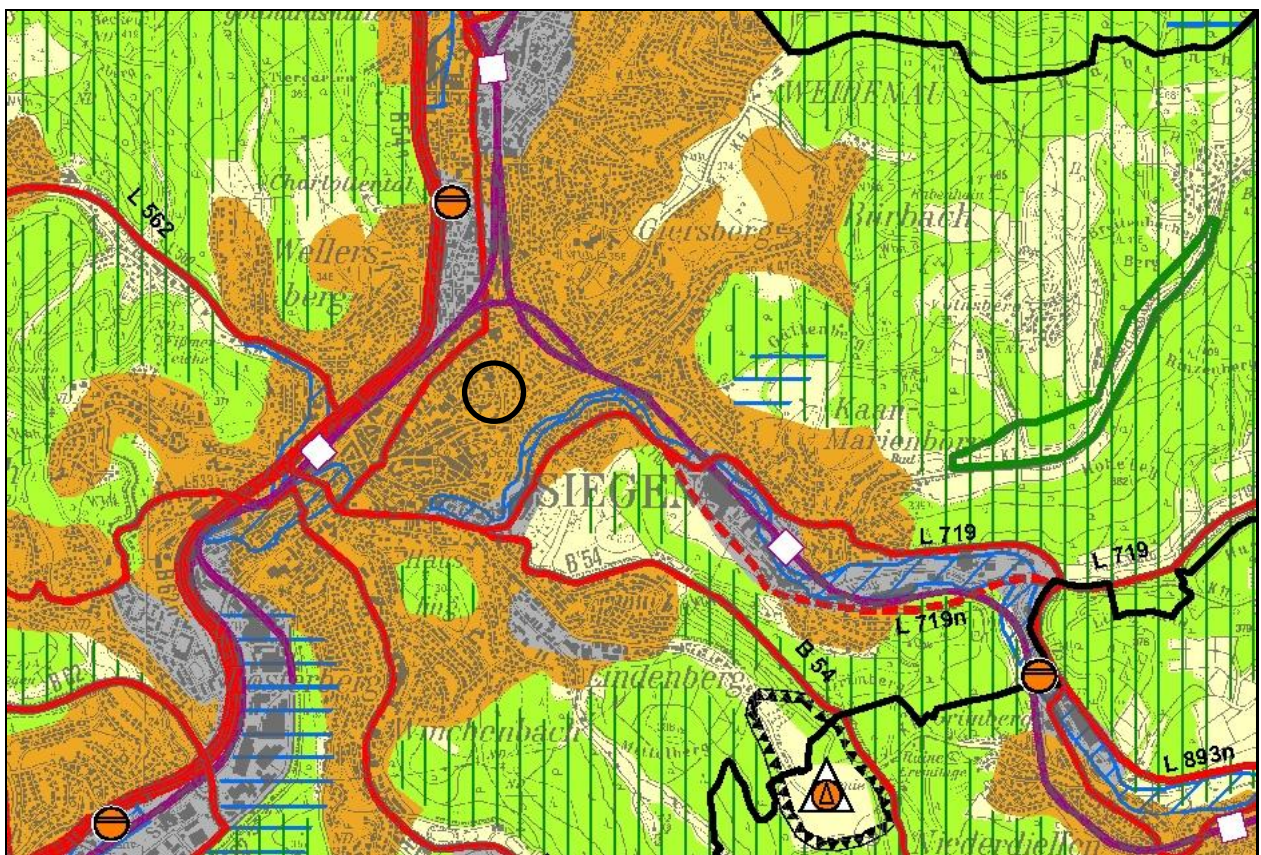


Abbildung 3: Regionalplan-Teilabschnitt "Oberbereich Siegen" – Ausschnitt

(Quelle: Regionalplan Arnsberg, 2008)

Die Stadt Siegen ist Oberzentrum des Oberbereichs Siegen. Das Oberzentrum ist Arbeitsplatz-, Dienstleistungs- und Versorgungsstandort. Hier erfolgt die Konzentration oberzentraler Einrichtungen.

Das Plangebiet und sein Umfeld ist als „Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)“ dargestellt.

Ziel 4:

Die Wohn- und Mischbauflächen der Bauleitpläne sind in räumlich konzentrierter Form innerhalb der ASB zu entwickeln.

Grundsatz 5:

In Abstimmung mit der Gesamtentwicklung ist eine siedlungsstrukturell sinnvolle wohnverträgliche bauliche Nutzungsmischung anzustreben.

Um die Aufgaben des Oberzentrum zu erfüllen, sind infrastrukturelle Einrichtung, die der medizinisch – ärztlichen Versorgung der Bevölkerung dienen, an die heutigen Anforderungen und technischen Entwicklungen anzupassen. Insofern kommt die Stadt Siegen mit der Fortentwicklung des St. Marien-Krankenhaus ihrer raumordnerischen Aufgabe nach.

2.3 Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan (FNP) ist das zentrale Steuerungsinstrument für eine nachhaltige Siedlungs- und Freiflächenentwicklung der Kommune. Er stellt die beabsichtigte städtebauliche Entwicklung einschließlich der Freiflächen und Landschaftsräume der Gesamtstadt dar.

Der Flächennutzungsplan ist ein vorbereitender Bauleitplan, der keine direkte Rechtskraft für Bürgerinnen und Bürger entfaltet. Jedoch ist er wichtige Grundlage für die Bebauungspläne, die mit rechtsverbindlichen Festsetzungen die städtebauliche Entwicklung in der Stadt Siegen konkretisieren.

Die im Bebauungsplan festgesetzten bzw. eingeplanten Nutzungen entsprechen nicht den Darstellungen des aktuellen FNP und somit nicht dem Entwicklungsgebot des § 8 Abs. 2 BauGB. Eine Änderung des Flächennutzungsplans ist daher erforderlich.

Das Plangebiet der 100. Flächennutzungsplanänderung ist überwiegend als „Flächen für den Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ gekennzeichnet. Die nördliche Bebauung an der Friedrichstraße ist als „Mischgebiet“ dargestellt. Einzelne Grundstücke an der Ecke Nordstraße Elisabethstraße sind als „Allgemeines Wohngebiet“ im Flächennutzungsplan vermerkt.

Die landesplanerische Anpassungsbestätigung gem. § 34 Landesplanungsgesetz über die Anpassung an die Ziele der Landes- und Regionalplanung der Bezirksregierung Arnsberg liegt mit Schreiben vom 10.03.2021 vor.

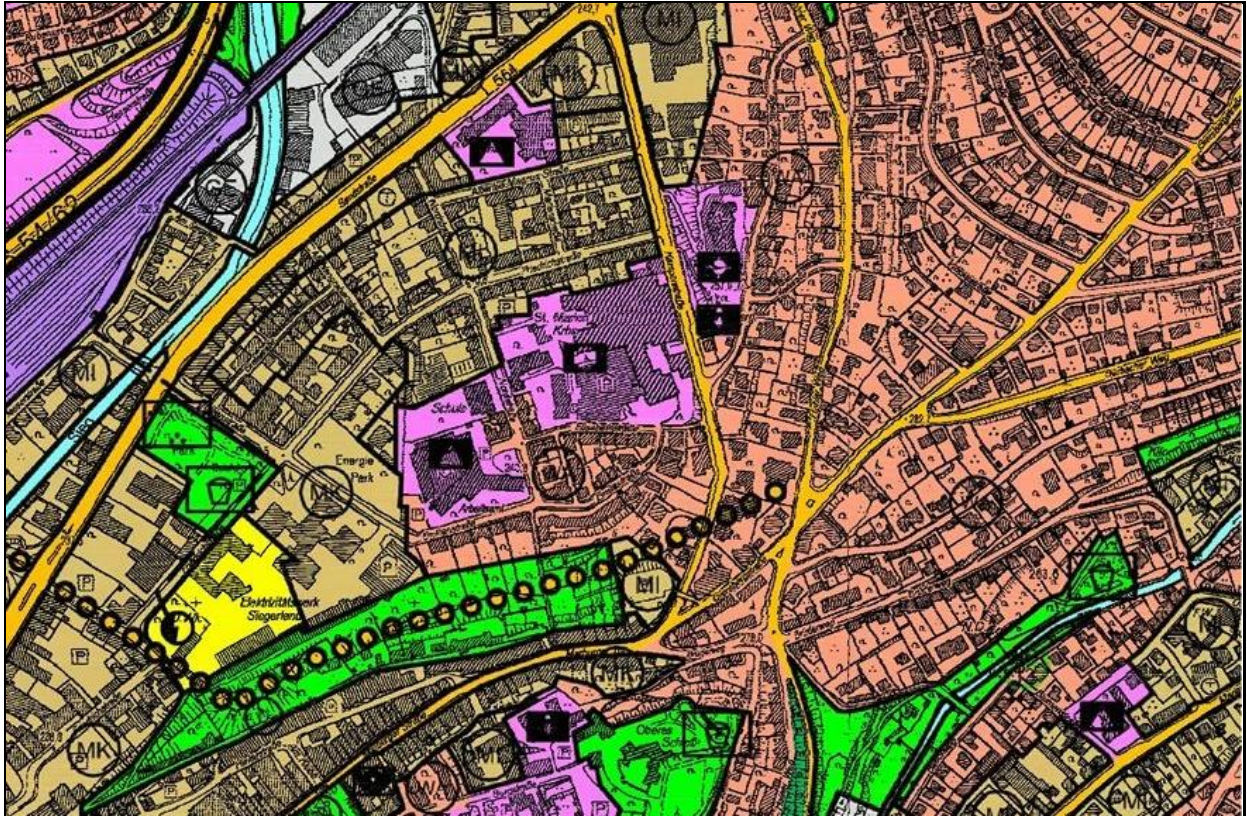


Abbildung 4: Flächennutzungsplan der Stadt Siegen - Ausschnitt St. Marien-Krankenhaus

2.4 Naturschutzfachliche Pläne und Richtlinien

Landschaftsplan / Landschaftsschutzgebiete

Kein Landschaftsplan vorhanden. Keine Landschaftsschutzgebiete betroffen.

Biotopkataster Nordrhein-Westfalen

Keine Biotope im Geltungsbereich und seines Umfeldes erfasst.

Geschützte Biotope nach § 30 Bundesnaturschutzgesetz

Keine Geschützten Biotope nach § 30 BNatSchG vorhanden.

Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie

Keine Fauna-Flora-Habitat-Gebiet betroffen.

Baumschutzsatzung

Baumschutzsatzung von 2006 (Änderungserlass):

Geschützt sind Bäume (Laubbäume) mit einem Stammumfang von min. 100 cm und Nadelbäume mit einem Stammumfang ab 120 cm, gemessen auf einer Höhe von 100 cm über Erdboden. Innerhalb des Plangebietes sind vereinzelt Bäume vorhanden, die den Bedingungen der Baumschutzsatzung unterliegen. Dies betrifft vorrangig die Flächen zwischen ehemaligem Schwesternwohnheim und der Bebauung entlang der Nordstraße. Hier sind einzelne großkronige Laubbäume und Nadelgehölze vorhanden.

3 Vorgesehene Nutzungsänderung und Flächenbilanz

3.1 Aktuelle Nutzung

Das Plangebiet der Flächennutzungsplanänderung ist überwiegend als „Flächen für den Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ dargestellt. Die nördliche Bebauung an der Friedrichstraße ist als „Mischgebiet“ dargestellt. Einzelne Grundstücke an der Ecke Nordstraße Elisabethstraße sind als „Allgemeines Wohngebiet“ im Flächennutzungsplan dargestellt.

Für den Bereich der 100. Flächennutzungsplanänderung wird im Parallelverfahren der Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marienkrankenhaus“ erarbeitet.

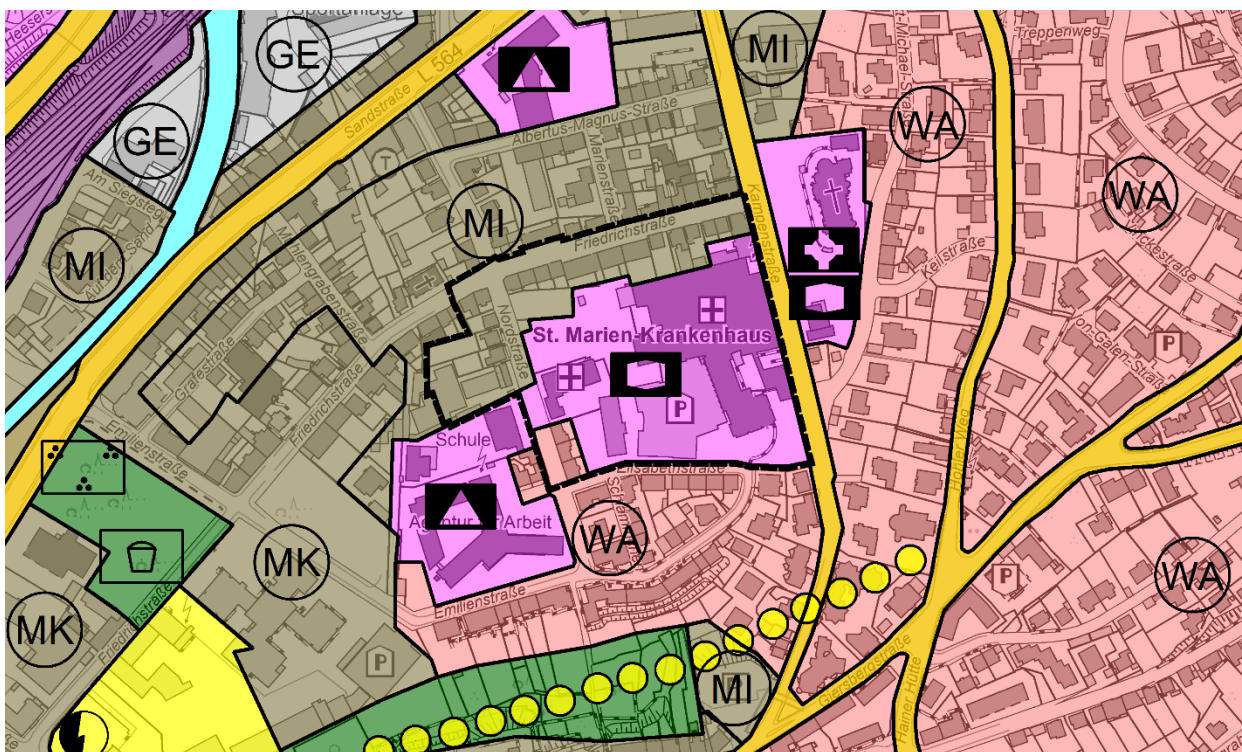


Abbildung 5: Rechtswirksamer Flächennutzungsplan der Stadt Siegen

3.2 Angestrebte Nutzung und Neudarstellung des FNP

Da die im Bebauungsplan geplanten Nutzungen nicht den Darstellungen des aktuellen FNP entsprechen ist daher eine Änderung des Flächennutzungsplans erforderlich

Der Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren zum Bebauungsplan geändert. Für den Planbereich der 100. Flächennutzungsplanänderung werden die Darstellungen „Sonstiges Sondergebiet, Zweckbestimmung Klinik“ auf Grundlage der Erfordernisse des Bebauungsplanes angepasst.

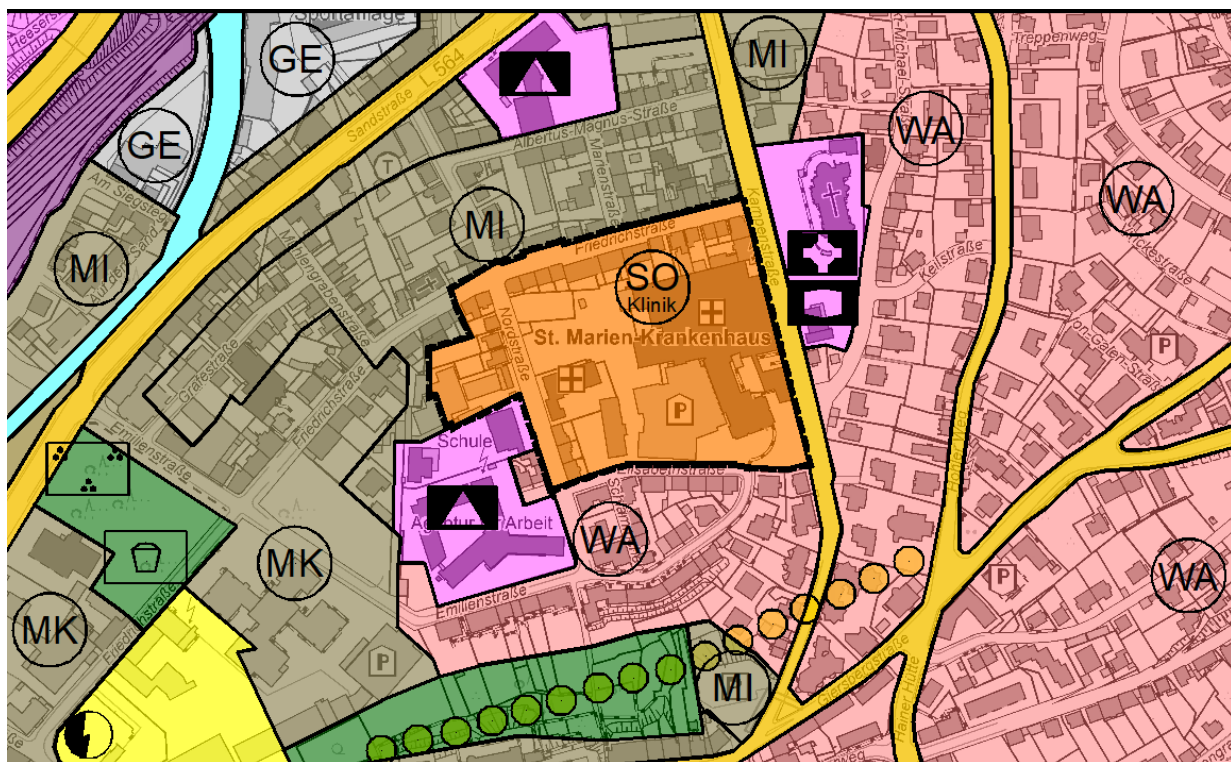


Abbildung 6: Geplante 100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen

3.3 Erschließung und Versorgung

Das Plangebiet ist von der Kampenstraße, Elisabethstraße, Nordstraße und Friedrichstraße verkehrlich angebunden. Die Kampenstraße bindet das Quartier an die Oberstadt und an das Siegtal (Sandstraße) an. Eine Neuordnung des fließenden Verkehrs ist nicht erforderlich.

Der ruhende Verkehr wird derzeit durch eine Parkraumbewirtschaftung im öffentlichen Verkehrsraum und durch Stellplatzanlagen (Tiefgarage und Stellplätze) auf dem Klinikgelände geregelt.

Die notwendigen Hauptleitungen für Strom, Wasser und Telekommunikation sind vorhanden. Änderungen im öffentlichen Leitungsnetz werden nicht erwartet.

Die Regenwasser- und Schmutzwasserkanäle sind an die entsprechenden Kanäle im öffentlichen Straßenraum angeschlossen. Die Abwasserfracht wird durch die Nachverdichtung erhöht, stellt aber für das vorhandene Kanalnetz keinen wesentlichen Nachteil dar. Eine Vergrößerung der Querschnitte ist nicht erforderlich.

Die öffentliche Müllentsorgung erfolgt nach den örtlichen Satzungen. Der Sondermüll, aus Klinik-Abfällen wird gesondert entsorgt.

Der Brandschutz ist durch das öffentliche Trinkwassernetz als Grundschutz im Rahmen der DVGW W405 gewährleistet.

3.4 Flächenbilanz

Flächen	Flächengröße [ha] Bestand	Flächengröße [ha] Planung
Plangebiet	3,27	3,27
Allgemeine Wohngebiete	0,10	0
Mischgebiete	1,10	0
Flächen für den Gemeinbedarf	2,07	0
Sondergebiete, Zweckbestimmung Klinik	0	3,27

3.5 Auswirkungen der Planänderung

Diese 100. Flächennutzungsplanänderung beschreibt in Grundzügen für das Plangebiet „... die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde...“ gemäß § 5 BauGB. Die Planungshoheit besitzt die Kommune. Die Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des FNP trägt zur Wahrung dieses kommunalen Privilegs bei. Für die Verwaltung und Behörden stellt der FNP ein verbindliches Planungsinstrument dar, das für die konkrete Bodennutzung vorbereitend den Rahmen setzt. Dabei erzeugt der FNP als öffentlicher Belang keine Auswirkungen auf die Nutzung einzelner Grundstücke, d.h., es ergeben sich keine unmittelbaren Rechte und Pflichten für den Bürger oder gegenüber Dritten - diese Regelungen treffen erst auf den aus dem FNP abgeleiteten Bebauungsplan zu.

4 Umweltbelange

4.1 Umweltbericht

Gemäß § 2 a BauGB ist der 100. Flächennutzungsplanänderung ein Umweltbericht als Teil II der Begründung beigelegt. Im Umweltbericht werden auf Grundlage der Beschreibung der Umwelt die Auswirkungen der Planung auf die betroffenen Umwelt-Schutzgüter /-funktionen dargestellt und die ggf. verbleibenden erheblichen Umweltauswirkungen und Maßnahmen zu deren Vermeidung, Minderung und zum Ausgleich erläutert.

Im Umweltbericht werden die unterschiedlichen Schutzgüter

1. Mensch, Gesundheit des Menschen und Bevölkerung
2. Biotop – Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt
3. Boden
4. Wasser
5. Klima und Luft
6. Landschaft
7. Flächen
8. Kultur- und Sachgüter
9. sowie der Wechselwirkungen der Schutzgüter untereinander

untersucht und die Auswirkungen der Planung bewertet. Auch werden die Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern beleuchtet, als auch die Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit des zulässigen Vorhabens für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, betrachtet.

Es wird grundsätzlich festgestellt, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen der einzelnen Schutzgüter zu erwarten sind. Lediglich kommt es bei der Realisierung der Planung beim Schutzgut Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt zu teilweise erheblichen Umweltauswirkungen, da der Verlust von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters als erheblich einzuschätzen ist.

Ebenso sind keine Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern mit negativen Folgen für die Umwelt zu erwarten.

Auch sind keine erheblichen Beeinträchtigungen infolge von Auswirkungen schwerer Unfälle oder Katastrophen, bzw. durch Emissionen, Abfälle und Abwässer anzunehmen.

Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, einschließlich der Störfälle, Unfälle und Katastrophen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandel bedingt sind, insbesondere mit Blick auf verwendete Stoffe und Technologien und die Anfälligkeit des Vorhabens für Störfälle im Sinne des § 2 Nummer 7 der Störfall-Verordnung, insbesondere aufgrund seiner Verwirklichung innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Absatz 5a des Bundesimmissionsschutzgesetzes, sind nicht gegeben.

Gemäß Artenschutzprüfung Stufe I (ASP I) zum B-Plan-Verfahren war durch den Abriss von maximal 6 Baukörpern (3 Dachstühle), 2 Gewächshäusern und einem Parkhaus zunächst nicht auszuschließen, dass Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermausarten betroffen sind.

Nach Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein und der Umweltabteilung der Stadt Siegen wurden im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausgutachterin Schmidt-Fasel Fledermauserfassungen durchgeführt. Als Ergebnis der Fledermauserfassungen im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausexpertin Schmidt-Fasel konnte festgestellt werden, dass der Untersuchungsraum aufgrund der erfassten Arten sowie der hohen Anzahl stattgefundener Überflüge/Nahrungsflüge einen bedeutsamen innerstädtischen Lebensraum insbesondere für die Zwergfledermaus und den Großen Abendsegler darstellt. Im Rahmen der Untersuchungen wurden keine Wochenstubenquartiere und Winterquartiere nachgewiesen. Bei Abriss der Gebäude und bei Fällung von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters konnte ein Verlust von Tagesquartieren nicht gänzlich ausgeschlossen werden, deshalb sind Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen umzusetzen.

Abschließend kann festgestellt werden, dass unter Berücksichtigung der im B-Plan dargestellten Maßnahmen das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG für die potenziell vom Eingriff betroffenen Vogel- und Fledermausarten **ausgeschlossen werden können**. Ein Ausnahmetatbestand gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ergibt sich nicht.

5 Immissionen

Im Zuge des Verfahrens des Bebauungsplanes Nr. 419 wurde, ausgehend von vorliegenden Verkehrszahlen, die Berechnung¹ der Emissionspegel für Straßenverkehr gemäß RLS 90 durchgeführt.

Als Ergebnis der schalltechnischen Untersuchung sind folgende aktive, passive Lärmschutzmaßnahmen und Maßnahmen nach VDI 2719 (Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen) eingeplant:

Aktive Schallschutzmaßnahmen

Aufgrund der Lage des Plangebietes innerhalb der bestehenden und dicht bebauten Siedlungsstruktur sind aktive Schallschutzmaßnahmen in Form einer Lärmschutzwand entlang der Kampen- und Friedrichstraße städtebaulich vermutlich nicht umsetzbar. Eine schallabschirmende Wand müsste in Anbetracht der Ausbreitungsbedingungen sehr hoch sein (mind. 7 m), um auch für die oberen Geschosse eine ausreichende Schallpegelminderung bewirken zu können.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird deshalb empfohlen, für die stark betroffenen Fassaden passive Schallschutzmaßnahmen festzusetzen

Passive Schallschutzmaßnahmen

Zum Schutz der Empfängerseite vor erhöhten Schallimmissionen sind verschiedene passive Schallschutzmaßnahmen möglich. Diese sind z.B.

- Akustisch günstige Orientierung der Gebäude mit Fassaden zu lärmabgewandten Seiten
- Einbau schalldämmender Fenster und Erhöhung der Schalldämmung der Fassade mit Festlegung von Innenpegeln nach VDI 2719
- Akustisch günstige Ausbildung bzw. Anordnung der Freibereiche

Die Vielzahl der vorgenannten Maßnahmen bezieht sich jedoch nur auf eine Neuplanung. Grundrisslösungen sind grundsätzlich Empfehlungen, die sich jedoch für Krankenhäusern mit Bettenräumen in der Regel nicht umsetzen lassen. Die Maßnahmen nach VDI 2719 sind im nachfolgenden aufgeführt.

Maßnahmen nach VDI 2719 'Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen'

Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes für das gesamte Plangebiet werden in Innenraumpegel nach VDI 2719 [13] 'Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen' festgesetzt. Zum Bauantragsverfahren ist ein Schallschutznachweis zum Schutz gegen Außenlärm nach VDI 271 9 zu führen.

Für die Dimensionierung der Außenbauteile wurden die entsprechenden maximalen Innenpegel nach VDI 2713 (13) festgesetzt.

¹ Peutz Consult, Berechnung der Emissionspegel für Straßenverkehr gemäß RLS 90, vier Tabellenblätter, Aug. 2018 und Schalltechnische Untersuchung, Bericht FB 7463-1 vom 22.10.2018

Unter Berücksichtigung des Berechnungsverfahrens der VDI 2719 ist die erforderliche Schalldämmung der Außenbauteile bei einem geplanten Erweiterungsbau zu ermitteln. Die Beurteilungspegel bei freier Schallausbreitung sind der Anlage 10 des Schallgutachtens zu entnehmen.

Der Nachweis ist im Rahmen des jeweiligen Bauantragsverfahrens zu führen.

Als Ergebnis der schalltechnischen Untersuchung ist zusammenfassend festzustellen, dass grundsätzlich aufgrund der Überschreitungen der schalltechnischen Orientierungswerte im Bereich des nördlichen und westlichen Randes des Plangebietes Schallschutzmaßnahmen zur Festsetzung im Bebauungsplan erforderlich sind.

6 Rechtsgrundlagen

- § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29.09.2020 (GV. NRW. S. 916),
- §§ 2 und 5 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08.08.2020 (BGBl. IS. 1728)
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786)

Siegen, im April 2021

Bearbeitung:

HKS

Gerhard Kunze
Dipl.-Ing. Städtebau

STADT - UMWELT



Begründung

zur

100. FNP-Änderung im Stadtteil Siegen

TEIL II: Umweltbericht



Universitätsstadt Siegen

Geschäftsbereich 4

AG 4/5-2 Stadtplanung

in Zusammenarbeit mit:

HKS

Gerhard Kunze
Dipl.-Ing. Städtebau

STADT - UMWELT

HKR

Stephan Müller
Landschaftsarchitekten

Umwelt ■ Stadt ■ Land

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG.....	1
1.1	Hinweise für die Durchführung der Umweltprüfung.....	1
1.2	Inhalt und Ziele der Neuaufstellung der FNP-Änderung Nr. 100 im Stadtteil Siegen.....	1
1.3	Beschreibung der Festsetzungen des Plans.....	2
1.4	Angaben über den Standort.....	4
1.5	Bedarf an Grund und Boden.....	4
1.6	Bau und Vorhandensein der geplanten Vorhaben und Abrissarbeiten.....	5
2	DARSTELLUNG DER IN FACHGESETZEN UND FACHPLÄNEN FESTGE- LEGTE UND FÜR DIE PLANUNG RELEVANTEN UMWELTSCHUTZZIELE...5	
3	UMWELTSITUATION, WIRKUNGSPROGNOSE UND MASSNAHMEN	13
3.1	Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt.....	14
3.2	Fläche	15
3.3	Boden.....	16
3.4	Wasser	16
3.5	Klima / Anfälligkeit des geplanten Vorhabens gegenüber den Folgen des Klima wandels / Luft.....	17
3.6	Landschaft.....	18
3.7	Mensch, menschliche Gesundheit und Bevölkerung.....	19
3.8	Kulturgüter / Kulturelles Erbe /Sachgüter.....	20
3.9	Wechselwirkungen zwischen den Umweltbelangen / Schutzgütern	21
3.10	Maßnahmen zum Erhalt, Schutz, zur Vermeidung, Minderung und Kompensation und ggf. Überwachung	22
3.11	Zusammenfassende Darstellung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen	22
4	BERÜCKSICHTIGUNG DER ANFÄLLIGKEIT DES VORHABENS FÜR SCHWERE UNFÄLLE UND KATASTROPHEN	24
5	AUSWIRKUNGEN VON IMMISSIONEN / EMISSIONEN	24
6	VERWERTUNG ODER BESEITIGUNG VON ABFÄLLEN.....	25
7	ERNEUERBARE ENERGIEN/SPARSAME UND EFFIZIENTE NUTZUNG VON ENERGIE	25
8	VERWENDETE TECHNIKEN UND EINGESETZTE STOFFE.....	25
9	ANDERWEITIGE PLANUNGSMÖGLICHKEITEN.....	26
10	KUMULIERUNG MIT DEN AUSWIRKUNGEN VON VORHABEN BENACH- BARTER GEBIETE.....	26
11	GEPLANTE MASSNAHMEN ZUR ÜBERWACHUNG DER ERHEBLICHEN UMWELTAUSWIRKUNGEN (MONITORING).....	26
12	VERWENDETE TECHNISCHE VERFAHREN, SCHWIERIGKEITEN, FEH- LENDE KENNTNISSE	27
13	ALLGEMEIN VERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG	28

14 REFERENZLISTE DER QUELLEN	31
Verwendete Internetseiten:	31

ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

Abb. 1: Geltungsbereich der 100. Flächennutzungsplanänderung	1
Abb. 2: Rechtswirksamer FNP der Stadt Siegen	3
Abb. 3: Geplante bzw. Änderung der FNP der Stadt Siegen	3
Tab. 1: Zusammenfassende schutzgutbezogene Beurteilung der Erheblichkeit der Umwelt- auswirkungen für die Neuaufstellung der FNP-Änderung Nr. 100	23

1 EINLEITUNG

1.1 Hinweise für die Durchführung der Umweltprüfung

Für die Belange des Umweltschutzes nach §§ 1 und 1a BauGB wird für die FNP-Änderung Nr. 100 im Stadtteil Siegen eine Umweltprüfung durchgeführt, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen entsprechend dem Planungsstand ermittelt und bewertet werden (§ 2 BauGB). Die Auswirkungen der Planung auf die relevanten Schutzgüter und Landschaftspotenziale, welche durch die getroffenen Festsetzungen im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes prognostizierbar sind, werden im nachfolgenden Umweltbericht dargestellt und bewertet. Im Parallelverfahren wird der Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ aufgestellt.

Der Umweltbericht ist Bestandteil der Begründung zur FNP-Änderung Nr. 100 im Stadtteil Siegen (§ 2a BauGB). Das Ergebnis der Umweltprüfung ist im Bauleitplanverfahren in der Abwägung gem. § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen.

1.2 Inhalt und Ziele der Neuaufstellung der FNP-Änderung Nr. 100 im Stadtteil Siegen

Die Stadt Siegen beabsichtigt die 100. Änderung des FNP im Stadtteil Siegen. Ziel der FNP-Änderung ist es, die Erweiterung des Krankenhauses zu ermöglichen und den Standort zu sichern. Abbildung 1 stellt den Geltungsbereich der FNP-Änderung Nr. 100 im Stadtteil Siegen dar.

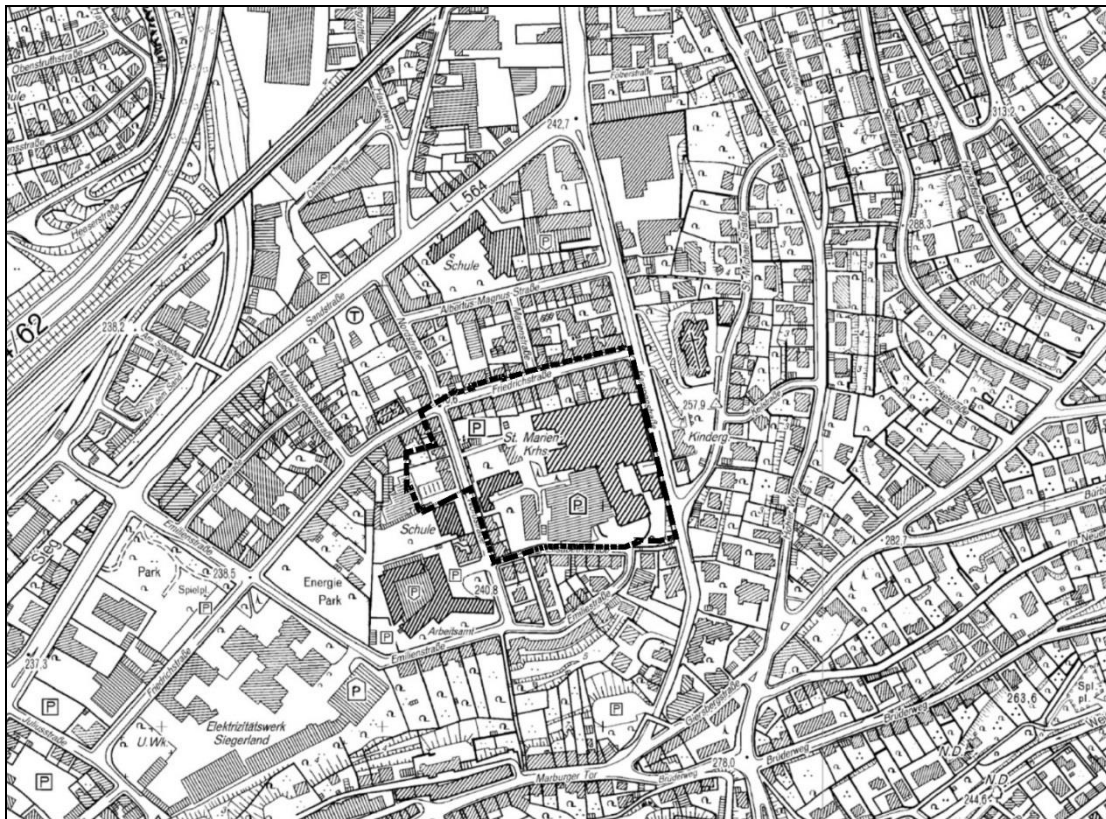


Abb. 1: Geltungsbereich der 100. Flächennutzungsplanänderung

(Quelle: Begründung zur FNP-Änderung Nr. 100, HKS Siegen, o.M.)

Weite Teile des städtebaulichen Quartiers werden durch das vorhandene Marienkrankenhaus beansprucht. Um auch weiterhin den modernen Ansprüchen einer hochwertigen medizinisch bzw. ärztlichen Versorgung nachzukommen, sind sowohl Ergänzungen des medizinischen Angebotes, als auch die Qualität der dauerhaften Unterbringung von Patienten zu optimieren.

Das St. Marien-Krankenhaus liegt im Stadtquartier „Friedrichstraße“ an der Kampenstraße unterhalb der auf dem Sieberg gelegenen historischen Oberstadt und wird durch die Friedrichstraße, Kampenstraße, Elisabethstraße und Nordstraße begrenzt.

Erweiterungen des Krankenhauses sind wegen der umgebenden Bebauung und örtlichen Baustruktur nur im Bereich der Bestandsbebauung möglich. Innerhalb des Areals haben die Klinikbetreiber weitere Grundstücke sukzessiv erworben, um Entwicklungsflächen für den Klinikbetrieb und die Verwaltung zu erhalten.

Die vorhandene Bebauung besteht aus mehreren Baukörpern. Der Haupteingang des Krankenhauses und die Zufahrt zur Tiefgarage erfolgt von der Kampenstraße. Stellplätze sind von der Nordstraße aus zu erreichen.

2017 wurde ein Architektenwettbewerb für die zukünftigen baulichen Ansprüche durchgeführt.

Um die obengenannten Planungsziele rechtssicher umsetzen zu können, ist eine Flächennutzungsplanänderung mit einem im Parallelverfahren durchzuführenden Bebauungsplanverfahren erforderlich.

1.3 Beschreibung der Festsetzungen des Plans

Für das Quartier wird überwiegend sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Klinik“ festgesetzt. Das Sondergebiet „Klinik“ dient der Unterbringung von Gebäuden, Anlagen für medizinische Behandlungen, für medizinische Praxen, für medizinische Forschungs- und Entwicklungszwecke, für medizinische Einrichtungen sowie als Personalwohnungen für Personen aus medizinischen, pharmazeutischen, wissenschaftlichen und Pflegeberufen des Klinikums. Des Weiteren sind die Klinik für Orthopädie, Unfall- und Handchirurgie und Sportverletzungen, Klinik für Allgemein-, Viszeral- und Gefäßchirurgie, Klinik für Kardiologie, Angiologie und internistische Intensivmedizin, Klinik für Gastroenterologie, Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe, Klinik für Hämatologie, Medizinische Onkologie und Palliativmedizin, Klinik für Radio-Onkologie, Klinik für Anästhesie und Intensivmedizin im Plangebiet vertreten. Darüber hinaus sind Belegabteilungen für Nuklearmedizin, Radiologie, das Institut für Diagnostische Radiologie und Einrichtungen zur Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie ein Hubschrauberlandeplatz vorhanden.

In den nachfolgenden Abbildungen ist die 100. Änderung des FNP dargestellt:

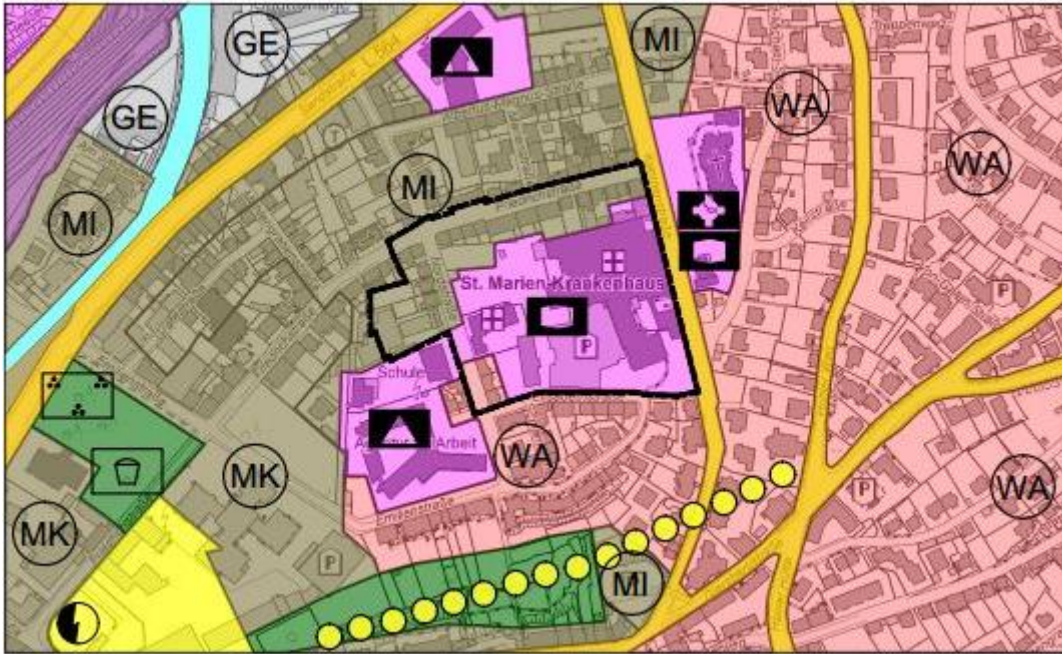


Abb. 2: Rechtswirksamer Flächennutzungsplan der Stadt Siegen (Quelle: Planzeichnung, HKS Siegen, o.M.)

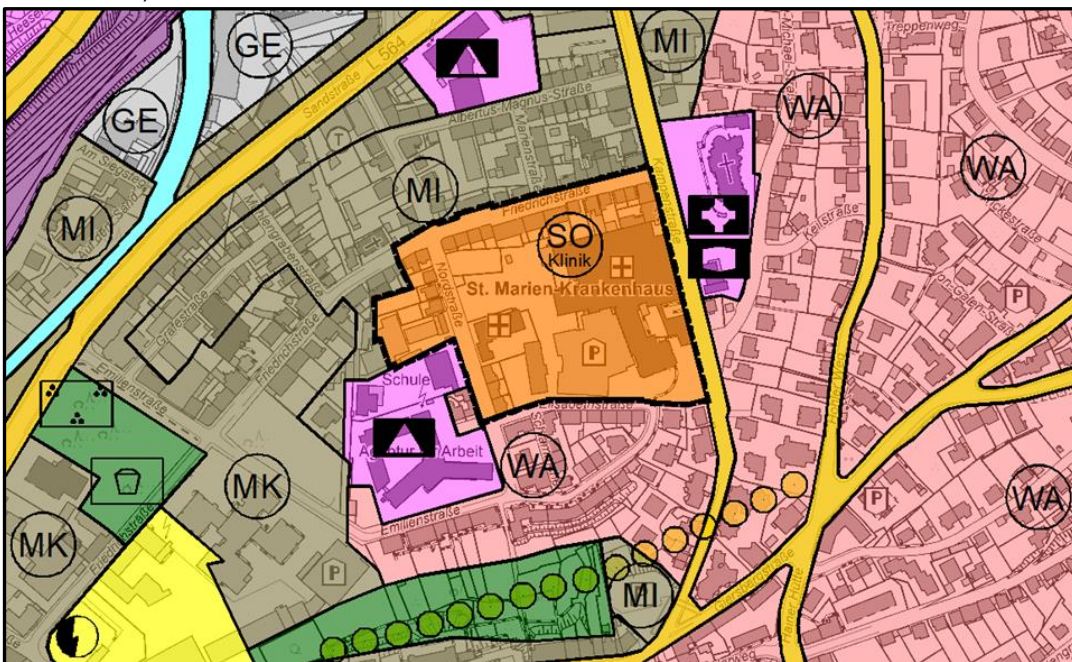


Abb. 3: Geplante 100. Änderung des FNP der Stadt Siegen (Quelle: Planzeichnung, HKS Siegen, o.M.)

Das Plangebiet ist von der Kampenstraße, Elisabethstraße, Nordstraße und Friedrichstraße verkehrlich angebunden. Die Kampenstraße bindet das Quartier an die Oberstadt und an das Siegtal (Sandstraße) an. Eine Neuordnung des fließenden Verkehrs ist nicht erforderlich.

Der ruhende Verkehr wird derzeit durch eine Parkraumbewirtschaftung im öffentlichen Verkehrsraum und durch Stellplatzanlagen (Tiefgarage und Stellplätze) auf dem Klinikgelände geregelt.

Die Ableitung des Oberflächen- und Schmutzwassers erfolgt über die vorhandenen Kanäle. Die öffentliche Müllentsorgung erfolgt nach den örtlichen Satzungen. Der Sondermüll aus Klinikabfällen wird separat entsorgt. Durch das öffentliche Trinkwassernetz ist der Brandschutz als Grundschutz im Rahmen der DVGW W405 gewährleistet.

1.4 Angaben über den Standort

Folgende Flurstücke der Gemarkung Siegen, Flur 25, werden von dem Bebauungsplan überplant bzw. in den Geltungsbereich einbezogen:

Baugrundstücke:

98, 99, 104 (nur teilweise), 120, 238, 239, 240, 241, 245, 246, 247, 248, 249, 255, 256, 257, 260, 262, 370 (nur teilweise), 388, 404, 418, 455, 486, 487 (nur teilweise), 525, 526, 531, 548, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572

Verkehrsflächen:

Friedrichstraße: 237, 357, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563,
Elisabethstraße: 549,
Nordstraße: 329.

Weite Teile des Plangebietes werden durch das St. Marien-Krankenhaus genutzt. Der Komplex des Krankenhauses besteht aus mehreren Baukörpern. Der Haupteingang und die Einfahrt der Tiefgarage befinden sich an der Kampenstraße. Entlang der Friedrichstraße und der Nordstraße befinden sich weitere Einrichtungen und die Verwaltung des St. Marienkrankenhauses. Westlich der Nordstraße befindet sich eine Gärtnerei im sogenannten „Fischerquartier“. Der ruhende Verkehr wird derzeit durch Parkplätze im öffentlichen Verkehrsraum und durch eine Tiefgarage und Stellplätze auf dem Klinikgelände geregelt. Das Plangebiet weist einen hohen Versiegelungsgrad auf.

1.5 Bedarf an Grund und Boden

Aus der Beschreibung des Vorhabens ergeben sich für die geplanten Nutzungen folgende Flächenanteile:

Flächen	Flächengröße [ha] Bestand	Flächengröße [ha] Planung
Plangebiet	3,27	3,7
Allgemeine Wohngebiete	0,10	0
Mischgebiete	1,10	0
Flächen für den Gemeinbedarf	2,07	0
Sondergebiete	0	3,7

1.6 Bau und Vorhandensein der geplanten Vorhaben und Abrissarbeiten

Infolge der Erweiterung des Krankenhauses kommt es zum Abriss einiger Baukörper. Eine detaillierte Beschreibung und Erläuterung erfolgt auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung.

2 DARSTELLUNG DER IN FACHGESETZEN UND FACHPLÄNEN FESTGELEGTE UND FÜR DIE PLANUNG RELEVANTEN UMWELTSCHUTZZIELE

Durch die Fachgesetze bzw. durch weitere eingeführte Normen sind die für die einzelnen Schutzgüter vorgegebenen allgemeinen Vorgaben und Ziele formuliert. Diese sind in der Prüfung der Schutzgüter zu berücksichtigen. Die Bewertung der einzelnen Schutzgüter hat unter besonderer Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich des Schutzzweckes, der Erhaltung bzw. der Weiterentwicklung zu erfolgen.

Die Ziele der Fachgesetze stellen den Rahmen der Bewertung der einzelnen Schutzgüter dar. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass auch aufgrund der Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern, nicht nur ein Fachgesetz oder ein Fachplan eine Zielaussage enthalten kann. Es sind auch die außerhalb des Geltungsbereiches des Bauleitplanes berührten Schutzgüter und die damit verbundenen Fachgesetze zu berücksichtigen.

Die Untersuchungstiefe der Umweltprüfung bzw. des Umweltberichtes orientiert sich an der Formulierung des § 2 Abs. 4 Satz 3 BauGB. Im Rahmen der Umweltprüfung werden nur die regelmäßig anzunehmenden Einwirkungen geprüft, nicht jedoch außergewöhnliche und nicht vorhersehbare Ereignisse.

Geprüft wurde, welche erheblichen Umweltauswirkungen sich aus der 100. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Siegen ergeben können und welche erheblichen Einwirkungen im Geltungsbereich der FNP-Änderung Nr. 100 aus der Umgebung zu erwarten sind.

Nachfolgend sind unter Darstellung des jeweiligen Schutzgutes die Zielaussagen der einzelnen anzuwendenden Fachgesetze und Normen aufgeführt.

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
Tiere	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) Landesnaturschutzgesetz NRW (LNatSchG) Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, Vogelschutzrichtlinie) Landschaftsinformationssystem des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) Baugesetzbuch (BauGB)	Gemäß § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz sind die für Nordrhein-Westfalen planungsrelevanten streng und besonders geschützten Arten zu schützen. Insbesondere ist es verboten, <ul style="list-style-type: none">- wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,- wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert- Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,- wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
		<p>zerstören."</p> <p>Ziel ist es, zur Sicherung der Artenvielfalt durch die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen im europäischen Gebiet der Mitgliedstaaten, für das der Vertrag Geltung hat, beizutragen.</p> <p>Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen.</p>
Pflanzen	<p>Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)</p> <p>Landesnaturschutzgesetz NRW (LNatSchG)</p> <p>Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, Vogelschutzrichtlinie)</p> <p>Landschaftsinformationssystem des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p>	<p>Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - die biologische Vielfalt, - Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes einschl. der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie - die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert <p>von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind. Der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft.</p> <p>Ziel ist es, zur Sicherung der Artenvielfalt durch die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen im europäischen Gebiet der Mitgliedstaaten, für das der Vertrag Geltung hat, beizutragen.</p> <p>Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen.</p>
Fläche	<p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)</p>	<p>Bei der Aufstellung von Bauleitplänen soll mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden sparsam umgegangen werden.</p> <p>Die Funktion des Bodens ist zu sichern oder wiederherzustellen. Ziel ist hierbei insbesondere der langfristige Schutz des Bodens hinsichtlich seiner Funktion im Naturhaushalt als Lebensgrundlage und -raum für Menschen, Tiere, Pflanzen, als Bestandteil des Naturhaushaltes mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen, als Ausgleichsmedium für stoffliche Einwirkungen, als Archiv für Natur- und Kulturgeschichte, als Standort für Rohstofflagerstätten, für land- und forstwirtschaftliche sowie siedlungsbezogene und öffentliche Nutzungen. Der Boden ist vor schädlichen Bodenveränderungen zu schützen, sowie die Sanierung von schädlichen Bodenveränderungen ist zu fördern. (BBodSchG).</p>
Boden	<p>Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p>	<p>Ziele des Bodenschutzgesetzes sind:</p> <p>1. Der langfristige Schutz des Bodens hinsichtlich seiner Funktionen im Naturhaushalt, insbesondere als:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Lebensgrundlage und -raum für Menschen, Tier und Pflanzen, Bestandteil des Naturhaushalts mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen, - Ausgleichsmedium für stoffliche Einwirkungen (Grundwasserschutz), - Archiv für Natur- und Kulturgeschichte, als Standort für Rohstofflagerstätten, für land- und forstwirtschaftliche sowie siedlungsbezogene und öffentliche Nutzungen. <p>2. Der Schutz des Bodens vor schädlichen Bodenveränderungen, das Treffen von Vorsorgeregulungen gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen und die Förderung der</p>

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
		<p>Sanierung schädlicher Bodenveränderungen und Altlasten</p> <p>3. Der sparsame und schonende Umgang mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden.</p> <p>Bei der Aufstellung von Bauleitplänen soll mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden sparsam umgegangen werden.</p>
Wasser	<p>Wasserhaushaltsgesetz (WHG)</p> <p>Landeswassergesetz (LWG NRW)</p> <p>EU-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL)</p> <p>Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG NRW)</p> <p>Baugesetzbuch</p> <p>Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrW-/AbfG)</p>	<p>Sicherung der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und deren Bewirtschaftung zum Wohl der Allgemeinheit und zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen ihrer ökologischen Funktionen.</p> <p>Oberflächengewässer und das Grundwasser sind als Bestandteile des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu sichern und zu entwickeln. Die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie 2000 verfolgt das Ziel, die Gewässer bis 2027 in einen „guten ökologischen Zustand“ bzw. einen „guten mengenmäßigen Zustand“ zu bringen und diesen zu erhalten.</p> <p>Ziel der Wasserwirtschaft ist der Schutz der Gewässer vor vermeidbaren Beeinträchtigungen und die sparsame Verwendung des Wassers sowie die Bewirtschaftung von Gewässern zum Wohl der Allgemeinheit.</p> <p>Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere der sachgerechte Umgang mit Abfällen zu berücksichtigen.</p> <p>Förderung der Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen und zur Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen</p>
Luft	<p>Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)</p> <p>Landesimmissionsschutzgesetz NRW</p> <p>TA Luft, VDI 3471 u. 3472, GIRL 22., 33 u. 39 BImSchV</p> <p>Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>16. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz (16.BImSchV)</p>	<p>Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnlichen Erscheinungen).</p> <p>Bei der Errichtung von Anlagen ist Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen zu treffen. Der Stand der Technik ist einzuhalten, soweit dies im Einzelfall nicht einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordert.</p> <p>Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen und der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen</p> <p>Erfassung, Bewertung und Beurteilung der Erheblichkeit von Geruchsbelästigung</p> <p>Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere der Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität, in denen die durch die Rechtsverordnung zur Erfüllung von bindenden Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaft festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden.</p> <p>Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche (TA Lärm), Schutz der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Verkehrsgeräusche.</p>

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
	<p>18. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz (18.BImSchV)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>DIN 18005 Schallschutz im Städtebau</p> <p>Hinweise zur Bemessung u. Beurteilung von Lichtimmissionen (LAI)</p>	<p>Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Sportanlagen (18. BImSchV)</p> <p>Nach § 5 (1) des Baugesetzbuches sind bei der Bauleitplanung u. a. die Belange des Umweltschutzes und damit, als Teil des Immissionsschutzes, auch der Schallschutz zu berücksichtigen. Nach § 50 des Bundesimmissionsschutzgesetzes sind die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete soweit wie möglich vermieden werden. Nach diesen gesetzlichen Anforderungen ist es geboten, den Schallschutz soweit wie möglich zu berücksichtigen; er hat gegenüber anderen Belangen einen hohen Rang, jedoch keinen Vorrang (DIN 18005)</p> <p>Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Lichtemissionen, wenn sie nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder für die Nachbarschaft herbeizuführen ("Hinweise zur Bemessung u. Beurteilung von Lichtimmissionen")</p>
Klima	<p>Bundesimmissionsschutzgesetz Landesimmissionsschutzgesetz TA Luft</p> <p>Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>Klimaschutzgesetz NRW</p> <p>Bundeswaldgesetz (BWaldG) Landesforstgesetz NRW (LForstG NRW)</p> <p>Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)</p>	<p>siehe Schutzgut Luft</p> <p>Natur und Landschaft sind so zu schützen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, - die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter auf Dauer gesichert sind. <p>Bauleitpläne sollen dazu beitragen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere in der Stadtentwicklung, zu fördern.</p> <p>Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.</p> <p>Erhaltung und erforderlichenfalls Mehrung des Waldes wegen seines wirtschaftlichen Nutzens und seiner Bedeutung für die Umwelt insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Agrar- und Infrastruktur und die Erholung der Bevölkerung.</p> <p>Die Forstwirtschaft soll im Hinblick auf die Bedeutung des Waldes für die Umwelt, insbesondere des Klimas, die Reinhaltung der Luft, den Wasserhaushalt, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild und die Erholung der Bevölkerung sowie seines volkswirtschaftlichen Nutzens sachkundig betreut, nachhaltig gefördert und durch Maßnahmen der Strukturverbesserung gestärkt werden.</p> <p>Zweck des EEG ist es, insbesondere im Interesse des Klima-, Natur- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, Natur und Umwelt zu schützen, einen Beitrag zur Vermeidung von Konflikten um fossile Energieressourcen zu leisten und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien zu fördern.</p>
Landschaft	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes und

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
	Landesnatschutzgesetz NRW (LNatSchG NRW) Landschaftsplan	als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, dass - die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind. Der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft. Der Planbereich liegt nicht innerhalb eines rechtskräftigen Landschaftsplanes.
Biologische Vielfalt	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) Landesnatschutzgesetz NRW (LNatSchG NRW) Richtlinie 92/43 des Rates vom 21.05.1992	Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, dass - die biologische Vielfalt, - Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes einschl. der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie - die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind. Der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft.
Mensch und seine Gesundheit	Baugesetzbuch (BauGB) Technische Anleitung Lärm (TA-Lärm); Bundesimmissionsschutz-gesetz (BImSchG / diverse Ausführungsverordnungen) DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau) Hinweise zur Bemessung u. Beurteilung von Lichtimmissionen (LAI)	Bauleitpläne sollen eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln. Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie deren Vorsorge. Als Voraussetzung für gesunde Lebensverhältnisse für die Bevölkerung ist ein ausreichender Schallschutz notwendig, dessen Verringerung insbesondere am Entstehungsort, aber auch durch städtebauliche Maßnahmen in Form von Lärmvorsorge und -minderung bewirkt werden soll. Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Lichtemissionen, wenn sie nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder für die Nachbarschaft herbeizuführen ("Hinweise zur Bemessung u. Beurteilung von Lichtimmissionen").
Bevölkerung	Baugesetzbuch (BauGB) Technische Anleitung Lärm (TA-Lärm); Bundesimmissionsschutz-gesetz (BImSchG / diverse Ausführungsverordnungen) DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau)	Bauleitpläne sollen eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln. Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie deren Vorsorge.

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
		Als Voraussetzung für gesunde Lebensverhältnisse für die Bevölkerung ist ein ausreichender Schallschutz notwendig, dessen Verringerung insbesondere am Entstehungsort, aber auch durch städtebauliche Maßnahmen in Form von Lärmvorsorge und -minderung bewirkt werden soll.
Kulturgüter / kulturelles Erbe / Sachgüter	Baugesetzbuch (BauGB)	Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere die Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter zu berücksichtigen.
	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	Historisch gewachsene Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern sind vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen zu bewahren.
	Denkmalschutzgesetz NRW (DSchG NRW)	Bau- und Bodendenkmäler sind zu schützen, zu pflegen, sinnvoll zu nutzen und wissenschaftlich zu erforschen. Sie sollen der Öffentlichkeit im Rahmen des Zumutbaren zugänglich gemacht werden.
	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	Schutzgüter im Sinne des Gesetzes sind u.a. Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter. Lage innerhalb des landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 31.01 „Siegen und Umgebung“ mit kulturlandschaftlich bedeutsamen Stadtkern sowie des linienhaft bedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 22.08 „Brüderstraße“
Erneuerbare Energien und sparsame effiziente Nutzung von Energie	Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)	Zweck des EEG ist es, insbesondere im Interesse des Klima-, Natur- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, Natur und Umwelt zu schützen, einen Beitrag zur Vermeidung von Konflikten um fossile Energieressourcen zu leisten und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien zu fördern.
Auswirkungen schwerer Unfälle oder Katastrophen	Baugesetzbuch (BauGB)	Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie zu berücksichtigen.
	Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)	Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter sind vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen ist vorzubeugen. Sicherung der Umweltverträglichkeit bei öffentlichen und privaten Projekten, die möglicherweise erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben.
	UVP-Richtlinie, Richtlinie 2012/18/EU (Seveso III-Richtlinie)	Bestimmungen für die Verhütung schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen und für die Begrenzung der Unfallfolgen für die menschliche Gesundheit und die Umwelt fest, um auf abgestimmte und wirksame Weise in der ganzen Union ein hohes Schutzniveau zu gewährleisten (Richtlinie 2012/18/EU).

In folgenden übergeordneten Plänen und Programmen sowie informellen Planungen werden Zielaussagen zum Plangebiet getroffen:

Landesentwicklungsplan

Der Geltungsbereich ist im Landesentwicklungsplan NRW 2017 als Siedlungsraum inklusive großflächiger Infrastruktureinrichtungen dargestellt.

Regionalplan

Der Regionalplan Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Siegen, stellt das Plangebiet als Allgemeinen Siedlungsbereich dar.

Flächennutzungsplan

Im Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Siegen wird der bestehende Krankenhausstandort überwiegend als Fläche des Gemeinbedarfs mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ dargestellt. Teilbereiche der Bebauung an der Nordstraße/Elisabethstraße sind als Allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. Die Bebauung an der Friedrichstraße und die Bebauung im Bereich der Gärtnerei sind als Mischgebiet dargestellt.

Es existieren nur geringfügige Abweichungen. Der FNP wird im Parallelverfahren geändert und mit den Darstellungen „Sondergebiet Klinik“ angepasst. Die landesplanerische Anpassungsbestätigung gem. § 34 Landesplanungsgesetz liegt mit Datum vom 10.03.2021 vor.

Bebauungsplan

Für den zentralen Bereich des Plangebietes liegt derzeit kein Bebauungsplan (BP) vor. Der BP Nr. 13a „Gartenstraße/Friedrichstraße“ mit Festsetzungen entlang der Friedrichstraße wurde im Juli 2017 aufgehoben. Im Parallelverfahren wird der BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marienkrankenhaus“ aufgestellt.

Besonders oder streng geschützte Arten

Konkrete Hinweise bzw. Angaben über das Vorkommen „besonders / streng geschützter Arten“ gemäß Anlage 1 Sp. 2 und 3 BArtSchV, EU-ArtenschutzVO Anhang A und B, Arten der EU-VRL Anhang I und FFH-RL Anhang IV im Änderungsbereich, die ggf. durch das Planvorhaben gestört bzw. deren Wohn-, Nist-, Brut- oder Zufluchtsstätten durch das Vorhaben zerstört werden könnten, liegen vor.

In der Artenschutzrechtlichen Prüfung (ASP) gemäß § 44 BNatSchG wird geprüft, ob für die sog. „planungsrelevanten Arten“, die im Einwirkungsbereich des Planvorhabens potenziell auftreten könnten, der Fortbestand der lokalen Population einer Art gewährleistet ist bzw. nicht erheblich beeinträchtigt wird und die ökologische Funktion von Lebensstätten gesichert wird. Eine Erfassung von Fledermäusen im Untersuchungsraum wurde im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausgutachterin Schmidt-Fasel durchgeführt.

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass der Untersuchungsraum aufgrund der erfassten Arten sowie der hohen Anzahl stattgefundener Überflüge/Nahrungsflüge einen bedeutsamen innerstädtischen Lebensraum für Fledermäuse darstellt. Im Rahmen der Untersuchungen wurden keine Wochenstubenquartiere und Winterquartiere nachgewiesen.

Aus artenschutzfachlicher Sicht kann abschließend festgestellt werden, dass unter Berücksichtigung der aufgeführten Vermeidungs-, Minderungsmaßnahmen, Erhaltungs- und Optimie-

rungsmaßnahmen das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG für die potenziell vom Eingriff betroffenen Vogel- und Fledermausarten ausgeschlossen werden können. Ein Ausnahmetatbestand gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ergibt sich nicht.

Kulturdenkmale/Kulturlandschaftsbereiche

Der Geltungsbereich liegt im landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 31.01 „Siegen und Umgebung“ mit einem kulturlandschaftlich bedeutsamen Stadtkern. Der Burgberg von Siegen wird durch die Nikolaikirche, das Obere Schloss und seine Altstadt geprägt. Innerhalb der Stadt verläuft als linienhafter bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich 22.08 die „Brüderstraße“ als frühmittelalterlicher Fernhandelsweg.

3 UMWELTSITUATION, WIRKUNGSPROGNOSE UND MASSNAHMEN

Aus der nachfolgenden Analyse der Umweltauswirkungen ergibt sich die Art und Weise, wie die in Kap. 2 dargelegten Ziele berücksichtigt werden. Dabei ist festzuhalten, dass die Ziele der Fachgesetze einen bewertungsrelevanten Rahmen rein materiell-inhaltlicher Art darstellen, während die Zielvorgaben der Fachpläne über diesen inhaltlichen Aspekt hinaus auch konkrete räumlich zu berücksichtigende Festsetzungen vorgeben.

Die Ziele der Fachgesetze stellen damit gleichzeitig aber auch den Bewertungsrahmen für die einzelnen Schutzgüter dar. So werden beispielsweise bestimmte schutzgutspezifische Raumeinheiten (z.B. Biotope, Bodentypen, Klimatope etc.) auf der Grundlage der jeweiligen gesetzlichen Vorgaben bewertet. Böden mit beispielsweise bedeutungsvollen Funktionen für den Naturhaushalt erfüllen die Vorgaben des Bodenschutzgesetzes in besonderer Weise, d.h. hier existiert ein hoher Zielerfüllungsgrad.

Somit spiegelt sich der jeweilige Zielerfüllungsgrad der fachgesetzlichen Vorgaben auch in der Bewertung der Auswirkungen auf die Umwelt wider, denn je höher die Intensität einer spezifischen Beeinträchtigung des Vorhabens auf ein bedeutungsvolles Schutzgut ist, umso geringer ist die Chance, die jeweiligen gesetzlichen Ziele zu erreichen. Damit steigt gleichzeitig die Erheblichkeit einer Auswirkung, bei Funktionen mit hoher oder sehr hoher Bedeutung immer dann auch über die jeweilige schutzgutbezogene Erheblichkeitsschwelle.

Die Beschreibung der Bestandssituation im Planbereich umfasst die Funktionen, Vorbelastungen und Bedeutung/Empfindlichkeit des jeweiligen Schutzgutes. Die Beurteilung der Bedeutung/Empfindlichkeit erfolgt verbal-argumentativ. Dabei werden vier Stufen der Bedeutung und Empfindlichkeit gegenüber Auswirkungen des Planvorhabens unterschieden (keine, geringe, mittlere und hohe Bedeutung und Empfindlichkeit).

Ebenso erfolgt die Beurteilung der möglichen Umweltauswirkungen verbal argumentativ. Es werden vier Stufen der Betroffenheit bzw. Erheblichkeit von Umweltauswirkungen unterschieden (keine erheblichen, erhebliche, teilweise erhebliche, keine Betroffenheit). Bei der Beurteilung der Umwelterheblichkeit ist insbesondere die Ausgleichbarkeit der ermittelten nachteiligen Umweltauswirkungen ein wichtiger Indikator. Nicht ausgleichbare Auswirkungen, wie z.B. die dauerhafte Bodenversiegelung schutzwürdiger Böden bei gleichzeitig fehlenden Entsiegelungsmöglichkeiten, werden grundsätzlich als erheblich eingestuft.

Bei der Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen werden nachfolgende Angaben für jedes Schutzgut berücksichtigt:

Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Es wird zunächst eine Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustandes, einschließlich der Umweltmerkmale der Gebiete, die voraussichtlich erheblich beeinflusst werden, beschrieben (Basisszenario). Dem folgt eine Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung, soweit diese Entwicklung gegenüber dem Basisszenario mit zumutbarem Aufwand auf der Grundlage der verfügbaren Umweltinformationen und wissenschaftlichen Erkenntnissen abgeschätzt werden kann.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Die Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung; soweit möglich, insbesondere die möglichen erheblichen Auswirkungen während der Bau- und Betriebsphase der geplanten Vorhaben auf die Belange nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe a-i BauGB.

3.1 Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt

Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Der Geltungsbereich ist überwiegend anthropogen überprägt und er weist einen hohen Versiegelungsgrad auf. Kleinflächig sind im Bereich der Stellplätze und der Zufahrten Ziergehölzflächen mit z.T. jungen Baumanpflanzungen vorhanden. Das Gärtneriegelände wird insbesondere durch Gewächshäuser geprägt. Auf dem Krankenhaus- und Gärtneriegelände sind prägende Einzelbäume und Baumgruppen mittleren bis starken Baumholzes vorhanden. Die kleinen Grünflächen werden durch Scherrasen, Stauden und Ziergehölze geprägt. Das Parkdeck weist eine intensive Dachbegrünung mit Einzelbäumen, Scherrasen und überwiegend Ziergehölzen auf.

Für das Vorhaben wurde eine Artenschutzprüfung Stufe I (ASP I) durchgeführt. Es lagen Informationen seitens der Stadt Siegen vor, dass das Krankenhausbereich eine besondere Bedeutung für Fledermäuse hat. Im Juni/Juli 2018 wurden deshalb Fledermauserfassungen durchgeführt.

Als Ergebnis wurde festgestellt, dass der Untersuchungsraum aufgrund der erfassten Arten sowie der hohen Anzahl stattgefundener Überflüge/Nahrungsflüge einen bedeutsamen innerstädtischen Lebensraum insbesondere für die *Zwergfledermaus* und den *Großen Abendsegler* darstellt. Als weitere Arten wurden die *Mückenfledermaus*, *Kleiner Abendsegler*, *Wasserfledermaus*, *Breitflügelfledermaus* und die *Zweifarbelfledermaus* kartiert. Im Rahmen der Untersuchungen wurden keine Wochenstubenquartiere und Winterquartiere nachgewiesen.

Das Plangebiet hat insgesamt eine geringe bis mittlere Bedeutung für das Schutzgut Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt.

Bei Nichtdurchführung der Planung werden die bisherigen Nutzungen beibehalten.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Für die Erweiterung des Krankenhausbereichs und der Neubauten werden insbesondere anthropogen überprägte, zum größten Teil schon versiegelte Flächen dauerhaft in Anspruch genommen. Vorhandener prägender Baumbestand mittleren bis starken Baumholzes wird teilweise erhalten. In Teilbereichen des Plangebietes kommt es auch zur Inanspruchnahme von Einzelbäumen mittleren bis starken Baumholzes, welches als erheblich einzuschätzen ist. Bei Abriss des Parkdecks entfällt die intensive Dachbegrünung. Im Bereich der Gärtnerei werden vor allem versiegelte Gewächshausflächen und Einzelbäume dauerhaft in Anspruch genommen.

Nach Abriss des Instituts der Immunologie und des Gebäudes der Geschäftsführung/Krankenpflegeschule entstehen neue Grünflächen auf jetzt noch versiegelten Parkplatzflächen und als Dachbegrünung auf den Parkdecks.

Durch das Vorhaben erfolgt tlw. ein erheblicher Eingriff in Natur und Landschaft, der nach der Numerischen Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) bewertet wird. Die Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung ergibt, dass ein ökologisches Defizit von 25 ökologischen Werteinheiten entsteht. Aufgrund des geringen Ausgleichsbedarfs sollte auf die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen verzichtet werden.

Für Eingriffe in die anthropogen vorbelasteten Böden ist kein Ausgleich erforderlich.

Es werden insgesamt sieben Laub- und Nadelbäume gefällt, die gemäß der Baumschutzsatzung der Stadt Siegen geschützt sind. Es ist ein Ausgleich von insgesamt 11 standortgerechten, einheimischen Laubbäumen mit einem Mindeststammumfang von 16 – 18 cm nachzuweisen.

Der Verlust von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters ist als erheblich einzuschätzen.

Aus artenschutzfachlicher Sicht kann festgestellt werden, dass unter Berücksichtigung der aufgeführten Vermeidungs-, Minderungsmaßnahmen, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG für die potenziell vom Eingriff betroffenen Vogel- und Fledermausarten ausgeschlossen werden können. Ein Ausnahmetatbestand gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ergibt sich nicht. Eine Erläuterung der Maßnahmen erfolgt auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung.

Zusammenfassende Beurteilung: Mit der 100. Änderung des FNP der Stadt Siegen kommt es zu tlw. erheblichen Umweltauswirkungen, da der Verlust von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters als erheblich einzuschätzen ist.

3.2 Fläche

Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Zur Bewertung des Schutzgutes Fläche sind im Rahmen der Umweltprüfung qualitative und quantitative Aspekte bzgl. der Flächeninanspruchnahme zu untersuchen. Als Parameter für den Flächenverbrauch sind u.a. die Neuversiegelung, die Nutzungsumwandlung, die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen sowie die potentielle Zerschneidung bzw. Fragmentierung von Schutzgebieten zu beurteilen.

Der rechtswirksame FNP stellt für das Plangebiet überwiegend „Fläche für den Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen dienende Gebäude und Anlagen“ dar. Als „Mischgebiet“ ist die nördliche Bebauung an der Friedrichstraße ausgewiesen. Einzelne Grundstücke an der Nordstraße sind als „Mischgebiet“ dargestellt. Das Plangebiet weist heute schon einen hohen Versiegelungsgrad auf. Ca. 80% des Krankenhausgeländes sind heute bereits überbaut bzw. durch Stellplätze und Zufahrten versiegelt. Das Plangebiet liegt nicht innerhalb von Schutzgebieten. Landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Nutzungen sind nicht betroffen.

Das Plangebiet hat eine geringe Bedeutung für das Schutzgut Fläche.

Wird die aktuelle Planung nicht umgesetzt, werden die bisherigen Nutzungen weitergeführt. Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Bei der FNP-Änderung wird an der Nutzung des Plangebietes durch die Festsetzung „Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Klinik“ festgehalten. Nur eine geringe Neuversiegelung stark anthropogen überprägter Flächen erfolgt überwiegend innerhalb des vorhandenen Krankenhausgeländes. Es erfolgt keine Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen und keine Zerschneidung / Fragmentierung von schutzwürdigen Flächen. Es handelt sich um eine Nachverdichtung im Innenbereich.

Zusammenfassende Beurteilung: Für das Schutzgut Fläche sind durch die 100. Änderung des FNP der Stadt Siegen **keine erheblichen, nachteiligen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

3.3 Boden

Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Die Böden im Plangebiet weisen eine hohe Vorbelastung durch Versiegelung (Baukörper, Stellplatzflächen etc.) auf. Ca. 80% der Gesamtfläche sind heute bereits versiegelt. Im Bereich der kleinen Grünflächen ist von anthropogen überprägten Böden auszugehen. Natürlich anstehender Boden ist innerhalb des Geltungsbereiches nicht vorhanden. Es wird nur marginal anthropogen veränderter Boden zusätzlich überbaut und versiegelt.

Das Plangebiet hat eine geringe Bedeutung für das Schutzgut Boden.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Aufgrund des hohen Anteils an bereits versiegelter Fläche kann nur marginal anthropogen überprägter Boden zusätzlich überbaut bzw. versiegelt werden. Natürlich anstehender Boden ist innerhalb des Geltungsbereiches nicht vorhanden.

Zusammenfassende Beurteilung: Für das Schutzgut Boden sind durch die 100. Änderung des FNP der Stadt Siegen **keine erheblichen, nachteiligen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

3.4 Wasser

Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Grundwasser

Nennenswerte Grundwasservorkommen liegen nicht vor. Ein Gutachten des Geotechnischen Büros Norbert Müller, Dr. Wolfram Müller und Partner, kam 2009 zu dem Ergebnis, dass der Grundwasserspiegel bei ca. 3,2 m – 4,1 m unter dem jeweiligen Gelände nach einer längeren Trockenperiode lag. Jedoch sollte berücksichtigt werden, dass wegen der Tallage und der Nähe zur Sieg (ca. 200 m) der Wasserspiegel sehr schwankend ist, so dass aufgrund einer langen winterliche Trockenperiode von einem Wasserstand von 2 m über dem obengenannten Wasserspiegel ausgegangen werden sollte. Aufgrund der vorhandenen Lehmschicht kann es zur Bildung von Stau- und Schichtenwasser kommen.

Oberflächengewässer

Im Plangebiet sind keine Oberflächengewässer vorhanden.

Das Plangebiet hat eine geringe Bedeutung für das Schutzgut Wasser.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Aufgrund der geringen Neuversiegelung des Bodens infolge der geplanten Bebauung kommt es zu keiner erheblichen Erhöhung des Oberflächenabflusses und zu keiner erheblichen Verminderung der Grundwasserneubildungsrate durch zusätzliche Überbauung.

Erhebliche Auswirkungen auf das Grundwasser sind nicht gänzlich auszuschließen. Potentielle baubedingte Umweltauswirkungen des Grundwassers (Verschmutzungen mit z.B. Kraftstoffe) durch einen bauseitigen Grundwasseranschnitt sind mittels Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen im weiteren Planverfahren während des Baubetriebs auszuschließen.

Die Ableitung des Oberflächen- und Schmutzwassers erfolgt über die vorhandenen Kanäle.

Zusammenfassende Beurteilung: Im Hinblick auf das Schutzgut Wasser sind durch die 100. Änderung des FNP der Stadt Siegen **keine erheblichen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

3.5 Klima / Anfälligkeit des geplanten Vorhabens gegenüber den Folgen des Klimawandels / Luft

Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Laut Klimatopkarte des LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen) ist das Plangebiet überwiegend dem Stadtklima zuzuordnen.

Unter Klimatopen versteht man räumliche Einheiten, die mikroklimatisch einheitliche Gegebenheiten bzgl. der Parameter Flächennutzung, Bebauungsdichte, Versiegelungsgrad, Oberflächenstruktur, Relief und Vegetationsart aufweisen.

Im Plangebiet und dessen Umfeld herrscht aufgrund der bestehenden hohen Versiegelung eine weniger günstige thermische Situation. Das Plangebiet liegt nicht innerhalb eines Klima-

Vorsorgebereichs.

Konkrete Daten zur Luftqualität liegen für den Planbereich nicht vor.

Um die Auswirkungen von Emissionen aus dem Vorhabenbereich beurteilen zu können, wäre die Erstellung von Spezialgutachten erforderlich, die den für die Erstellung dieses Fachbeitrags zumutbaren Aufwand deutlich übersteigen würden. Konkrete Aussagen zu den Auswirkungen von Emissionen können daher nicht getroffen werden.

Das Plangebiet hat eine geringe Bedeutung für das Schutzgut Klima / Anfälligkeit des geplanten Vorhabens gegenüber den Folgen des Klimas und Luft.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Die Planung sieht ein Sondergebiet „Klinik“ mit einer GRZ von 0,8 vor.

Im Plangebiet besteht eine hohe Vorbelastung durch einen hohen Anteil an bereits versiegelten Flächen. Da sich die Versiegelung nur marginal erhöhen wird, wird es nicht zu einer erheblichen Veränderung der lokalklimatischen Verhältnisse kommen.

Die Anfälligkeit des Vorhabens gegenüber den Folgen des Klimawandels besteht u.a. in steigenden Durchschnittstemperaturen, stärkeren Klimaschwankungen oder häufigeren Extremwetterereignissen. Die geplante Sonderfläche „Klinik“ liegt nicht in einem gesetzlich festgesetzten bzw. vorläufig gesicherten Überschwemmungsbereich sowie einem Hochwasserrisikobereich. Es kommt zu keiner Inanspruchnahme von Klima-Vorsorgebereichen.

Das Vorhaben trägt nicht erheblich zum Klimawandel bei. Auch führen die Folgen des Klimawandels nicht zu erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen für die Planung.

Angaben zu lufthygienischen Belastungen durch regionale und lokale Emittenten, die zu einer erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit und des Wohlbefindens sowie der Tier- und Pflanzenwelt führen könnten, liegen für das Plangebiet durch die geplanten Festsetzungen nicht vor.

Um die auf das Gebiet einwirkenden Immissionen beurteilen zu können, wurde das Informationssystem „Umwelt vor Ort“ (UvO) ausgewertet. Es befinden sich zwei lokale Emittenten im 1.500 m-Radius um das geplante Vorhaben (s. Kap. 5).

Zusammenfassende Beurteilung: Im Hinblick auf das Schutzgut Klima/Anfälligkeit des geplanten Vorhabens gegenüber den Folgen des Klimawandels / Luft sind durch die 100. Änderung des FNP der Stadt Siegen **keine erheblichen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

3.6 Landschaft

Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurch-

führung der Planung

Das Plangebiet liegt im innerstädtischen Bereich von Siegen an der Elisabethstraße, Kampenstraße, Friedrichstraße und Nordstraße.

Der Geltungsbereich ist überwiegend anthropogen überprägt und er weist einen hohen Versiegelungsgrad auf. Kleinflächig sind im Bereich der Stellplätze und der Zufahrten Ziergehölzflächen mit z.T. jungen Baumanpflanzungen vorhanden. Das Gärtnereigelände wird durch Gewächshäuser geprägt. Vereinzelt sind prägende Einzelbäume und Baumgruppen vorhanden.

Das Plangebiet hat insgesamt eine geringe Bedeutung für das Stadtbild bzw. Landschaftsbild. Für die landschaftsorientierte Erholung und die Feierabenderholung der Bevölkerung hat die Fläche keine Bedeutung.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung der Planung nicht erkennbar.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Es erfolgt keine zusätzliche Beeinträchtigung des Landschafts-/Stadtbildes durch die Erweiterung des St. Marien-Krankenhauses. Das Landschafts-/Stadtbild ist im Geltungsbereich von vorne herein stark beeinträchtigt und von anthropogenen Strukturen geprägt. Prägender Baumbestand wird z.T. erhalten, ein Patientengarten sowie eine Freifläche in einer Größenordnung von ca. 1.500 m² werden wiederhergestellt bzw. neu gestaltet.

Zusammenfassende Beurteilung: Für das Schutzgut Landschafts-/Stadtbild und Erholungseignung sind durch die 100. Änderung des FNP der Stadt Siegen **keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

3.7 Mensch, menschliche Gesundheit und Bevölkerung

Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Für den Menschen sind im Zusammenhang mit der 100. Änderung des Flächennutzungsplan die möglichen Auswirkungen auf das Wohnen, das unmittelbare Wohnumfeld und die wohnumfeldbezogene Aufenthalts- und Erholungsfunktion durch die vorgesehene Nutzung und hiervon ggf. ausgehenden Immissionen (Lärm, Abgase, Gerüche, Stäube etc.) von Bedeutung.

Der Geltungsbereich wird entsprechend der Festsetzungen des rechtswirksamen Flächennutzungsplanes überwiegend durch das vorhandene Krankenhausgelände geprägt. Innerhalb und unmittelbar angrenzend an den Geltungsbereich, befindet sich Mischgebietsbebauung mit einer Gärtnerei. Die Mischgebietsbebauung konzentriert sich auf die Randbereiche des Geltungsbereiches an der Nord- und Friedrichstraße. Innerhalb des Geltungsbereiches sind keine bedeutenden Erholungsflächen vorhanden.

Dem Geltungsbereich kommt eine mittlere Bedeutung im Hinblick auf die Wohnumfeldfunktion zu. Das Plangebiet ist durch den jetzigen Betrieb des Krankenhauses mit seinen Parkplatz- und Zufahrtsflächen durch Verkehrslärm vorbelastet.

Da der Geltungsbereich bereits heute zu großen Teilen als Krankenhausgelände mit Parkplatzflächen genutzt wird, kommt dem Plangebiet selbst eine geringe Bedeutung im Hinblick auf die Aufenthalts- und Erholungsfunktion zu. Ein kleiner Patientengarten befindet sich auf dem Dach des Parkhauses. Er wird im Zuge der Erweiterung zunächst entfernt und dann wiederhergestellt. Darüber hinaus ist eine neue Grünfläche geplant.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Negative Auswirkungen der geplanten Ausweisung als „Sonstige Sonderfläche mit der Zweckbestimmung Klinik“ sind aufgrund der Festsetzungen im rechtswirksamen FNP nicht im erheblichen Maße zu erwarten. Es kommt zu keiner Verschlechterung für den Menschen und seiner Gesundheit. Zusätzliche negative Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf die bestehende Wohnbebauung sind nicht zu erwarten.

Bau- und/oder betriebsbedingte Umweltauswirkungen sind in Form eines erhöhten Verkehrsaufkommens möglich. Daraus ergibt sich jedoch voraussichtlich keine erhebliche Beeinträchtigung für die Patienten und die vorhandene Wohnbevölkerung im Plangebiet bzw. unmittelbar angrenzend an den Geltungsbereich des BP.

Zusammenfassende Beurteilung: Mit der 100. Änderung des FNP der Stadt Siegen sind nach heutigem Erkenntnisstand **keine erheblichen Umweltauswirkungen** der Wohnfunktion, der Gesundheit des Menschen und der Bevölkerung sowie der Erholungsnutzung verbunden.

3.8 Kulturgüter / Kulturelles Erbe /Sachgüter

Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Gemäß § 2 ROG sind Kulturlandschaften zu erhalten und zu entwickeln. In ihren prägenden Merkmalen und mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern sind historisch geprägte und gewachsene Kulturlandschaften zu erhalten.

Der Geltungsbereich liegt im landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 31.01 „Siegen und Umgebung“ mit einem kulturlandschaftlich bedeutsamen Stadtkern. Der Burgberg von Siegen wird durch die Nikolaikirche, das Obere Schloss und seine Altstadt geprägt. Innerhalb der Stadt verläuft als linienhafter bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich 22.08 die „Brüderstraße“ als frühmittelalterlicher Fernhandelsweg.

Als wertgebende Merkmale sind zu nennen:

- Spuren historischen Eisenerzabbaus, Siegerländer Hauberge, eisenzeitliche Wallburganlagen, Hohlwege, Siegener Hecke, mittelalterliche Burganlagen

- Siegen mit dem Burgberg, die Nikolaikirche, das Obere Schloss und seine Altstadt
- „Alter Flecken“ Freudenberg
- Ehemalige Stahlwerke Krupp mit Spitzkegelhalde in Siegen-Geisweid

Die wertgebenden Merkmale liegen nicht innerhalb des Plangebietes und auch nicht im näheren und weiteren Umfeld des Vorhabens. Die Brüderstraße Köln-Siegen verläuft außerhalb des Geltungsbereiches.

An der Kampenstraße befindet sich außerhalb des Geltungsbereiches das Areal der Kirche St. Michael.

Bodendenkmäler gem. § 3 Denkmalschutzgesetz NRW sind innerhalb des Plangebietes und im unmittelbaren Umfeld des Plangebietes nicht vorhanden.

Dem Plangebiet kommt eine mittlere Bedeutung für das Schutzgut Kulturgüter / Kulturelles Erbe und Sachgüter zu.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Die oben beschriebenen wertgebenden Merkmale liegen nicht innerhalb des Plangebietes und auch nicht im näheren und weiteren Umfeld des Vorhabens. Die Brüderstraße Köln-Siegen verläuft außerhalb des Geltungsbereiches.

Kultur- und sonstige Sachgüter, die Objekte von gesellschaftlicher Bedeutung und öffentlichem Interesse sind, sowie Bodendenkmäler gem. § 3 Denkmalschutzgesetz NRW sind im unmittelbaren Umfeld des Plangebietes nicht vorhanden.

Das Areal der Kirche St. Michael an der Kampenstraße erfährt keine Veränderungen.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Siegen und dem LWL – Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe gemäß §§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz unverzüglich anzuzeigen.

Zusammenfassende Beurteilung: Durch die 100. Änderung des FNP der Stadt Siegen sind **keine erheblichen Umweltauswirkungen** auf das Schutzgut Kulturgüter, Kulturelles Erbe, Sachgüter zu erwarten.

3.9 Wechselwirkungen zwischen den Umweltbelangen / Schutzgütern

Die nach den Vorgaben des BauGB zu betrachtenden Schutzgüter beeinflussen sich gegenseitig in unterschiedlichem Maße. Dabei sind Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sowie Wechselwirkungen aus Verlagerungseffekten und komplexe Wirkungszusammenhänge unter den Schutzgütern zu betrachten. Die auf die Teilsegmente der Umwelt und des Naturhaushaltes bezogenen Auswirkungen treffen somit auf ein stark miteinander vernetztes komplexes Wirkungsgefüge.

Die Einzelbeurteilung der Schutzgüter kommt zu dem Ergebnis, dass die 100. Änderung des FNP zu teilweise erheblichen Umweltauswirkungen führt.

Sich kumulierende Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern, die eventuell zu einer anderen Erheblichkeitseinstufung bezüglich dieser Schutzgüter führen, sind nicht erkennbar. Zwischen den nicht erheblich beeinträchtigten Schutzgütern kommt es aufgrund des geringen bzw. nicht vorhandenen Beeinträchtigungsgrades nicht zu Wechsel- oder Akkumulationswirkungen untereinander.

3.10 Maßnahmen zum Erhalt, Schutz, zur Vermeidung, Minderung und Kompensation und ggf. Überwachung

Konkrete Maßnahmen zur Minderung und Vermeidung sowie zur Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft werden auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung formuliert. Im Rahmen der Flächennutzungsplanänderung können allenfalls allgemeine Maßnahmen wie

- eine möglichst sparsame Flächeninanspruchnahme
- die Einhaltung der in § 39 BNatSchG vorgesehenen Zeiten für Rodungen
- die Einhaltung allgemeingültiger Rechtsvorschriften (z.B. TA Lärm)
- der fachgerechte Umgang mit Boden
- die Verwendung versickerungsfähiger Oberflächenbefestigungen
- Schutz- und Sicherungsmaßnahmen beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

während der Bauzeit angeführt werden.

3.11 Zusammenfassende Darstellung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen

Die in Kap. 3.1 bis 3.9 dargestellten Umweltauswirkungen werden unter Berücksichtigung der ökologischen Wirksamkeit der aufgeführten Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen nachfolgend tabellarisch aufgelistet und hinsichtlich ihrer Erheblichkeit beurteilt.

Nach der Beurteilung der Bedeutung/Empfindlichkeit der einzelnen Schutzgüter (s. Kap. 3.1 – 3.9) werden diese mit den voraussichtlichen Auswirkungen des Planvorhabens aggregiert. Bei der Ermittlung der Erheblichkeit (Wirkprognose) werden berücksichtigt:

- die Reichweite der Auswirkungen,
- die Dauer der Auswirkungen und
- die Intensität der Auswirkungen.

Es werden vier Stufen der Betroffenheit bzw. Erheblichkeit von Umweltauswirkungen unterschieden (keine erheblichen, erhebliche, teilweise erhebliche, keine Betroffenheit). In der folgenden zusammenfassenden schutzgutbezogenen Erheblichkeitsbeurteilung bei Durchführung und Nichtdurchführung der Planung werden die Bedeutung und der Grad der Beeinträchtigung graphisch dargestellt.

Tab. 1: Zusammenfassende schutzgutbezogene Beurteilung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen für die FNP- Änderung Nr. 100

Voraussichtliche Auswirkungen des Planvorhabens			
Schutzgut / Thema	Bedeutung / Empfindlichkeit	Mögliche erhebliche Umweltauswirkungen bei Durchführung der Planung	Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung
Biologische Vielfalt, Tiere, Pflanzen, Biotopfunktion	gering - mittel	Teilweise erhebliche Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Fläche	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Boden	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Wasser (GW)	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Wasser (OF)	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Klima / Luft	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Landschaftsbild	gering	keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Mensch / Lärm	mittel-hoch	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Mensch / Erholung	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Erholung (freie Landschaft)	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Kultur- und sonstige Sachgüter	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Wechselwirkungen	keine	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Keine umweltbeeinträchtigenden erheblichen Wechselwirkungen

4 BERÜCKSICHTIGUNG DER ANFÄLLIGKEIT DES VORHABENS FÜR SCHWERE UNFÄLLE UND KATASTROPHEN

Die aktuell wirksame FNP-Darstellung „Fläche für den Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ wird in „Sonstiges Sondergebiet“ mit der Zweckbestimmung „Klinik“ geändert. Durch die FNP-Änderung erfolgt keine Nutzungs- und Funktionsänderung. Die rechtswirksame und geplante FNP-Darstellung entspricht im Wesentlichen der tatsächlichen Nutzung im Plangebiet.

Darüber hinaus sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen für eine bestimmte Nutzung vorgesehene Flächen einander so zuzuordnen, dass neben schädlichen Umwelteinwirkungen insbesondere auch von schweren Unfällen i.S.d. Artikels 3 Nr. 13 der Seveso-III Richtlinie (sog. Störfälle) hervorgerufene Auswirkungen auf schutzwürdige Gebiete/Nutzungen, Hauptverkehrswege etc. soweit wie möglich vermieden werden. Konkret bedeutet dies, dass im Rahmen der Bauleitplanung angemessene Sicherheitsabstände zwischen Betriebsbereichen und schutzbedürftigen Gebieten/Nutzungen einzuhalten sind.

Die im Rahmen der rechtswirksamen und geplanten FNP-Darstellungen zulässigen Vorhaben weisen eine hohe Empfindlichkeit gegenüber Störfällen und Katastrophen auf. Es ist nicht auszuschließen, dass sich in der Nähe des Vorhabensbereichs Nutzungen oder Anlagen befinden, von denen Störfälle oder Katastrophen ausgehen könnten, die das „normale“ Risiko übersteigen. Es wird bei der Erweiterung der Klinik davon ausgegangen, dass die Schutzabstände für die Bauleitplanung der in der UVO aufgeführten Betriebe (s. Kap. 5) gemäß der Abstandsliste des Abstandserlasses NRW bei der Neuaufstellung des Ursprungsbauleitpläne überprüft wurden (Trennungsgrundsatz § 50 BImSchG).

Mit einer geringen Wahrscheinlichkeit kann im Falle einer Katastrophe jedoch für den Änderungsbereich nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass doch nachteilige Auswirkungen für die Bevölkerung entstehen können. Die Art und das Ausmaß möglicher Auswirkungen sind aktuell nicht einzuschätzen.

5 AUSWIRKUNGEN VON IMMISSIONEN / EMISSIONEN

Konkrete Daten zur Luftqualität liegen für den Planbereich nicht vor. Um die Auswirkungen von Emissionen aus dem Vorhabensbereich beurteilen zu können, wäre die Erstellung von Spezialgutachten erforderlich, die den für die Erstellung dieses Umweltberichtes zumutbaren Aufwand deutlich übersteigen würden. Konkrete Aussagen zu den Auswirkungen von Emissionen können daher nicht getroffen werden.

Um die auf das Gebiet einwirkenden Immissionen beurteilen zu können, wurde das Informationssystem „Umwelt vor Ort“ ausgewertet. Es befinden sich zwei lokale Emittenten im 1.500m-Radius um das geplante Vorhaben. Die Anlagen sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Hinweise zu Art und Menge der Emissionen sind nicht gegeben.

Tabelle 1: Lokale Emittenten im 1.500 m Radius um das Vorhaben.

Art der Anlage	Name	Entfernung
Eisen, Stahlgießereien >= 20 t/d Gussteile	Gontermann-Peipers GmbH Werk Hain	620 m
Eisen, Stahlgießereien >= 20 t/d Gussteile	Gontermann-Peipers GmbH Werk Marienborn	1.400 m

Es wird bei der Erweiterung der Klinik davon ausgegangen, dass die Schutzabstände für die Bauleitplanung der oben aufgeführten Betriebe gemäß der Abstandsliste des Abstandserlasses NRW überprüft wurden. Es ist zu erwarten, dass die von den aufgeführten Emittenten ausgehenden Immissionen keine nachteilige Wirkung auf das geplante Erweiterungsvorhaben haben.

Das Plangebiet ist durch den jetzigen Betrieb des Krankenhauses mit seinen Stellplatzflächen vorbelastet. Auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung wurden Verkehrserhebungen sowie eine Schalltechnische Untersuchung auf der Grundlage der geplanten Entwicklung des Quartiers durchgeführt. Konkrete Maßnahmen zum aktiven bzw. passiven Schallschutz werden auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung formuliert. Insgesamt ergibt sich voraussichtlich keine erhebliche Beeinträchtigung für die Patienten und die vorhandene Wohnbevölkerung im Plangebiet bzw. unmittelbar angrenzend an den Änderungsbereich.

6 VERWERTUNG ODER BESEITIGUNG VON ABFÄLLEN

Es erfolgt ein Abriss von Baukörpern im laufenden Krankenhausbetrieb in einem entsprechend schonenden Verfahren. Eine Sprengung der Gebäude wird ausgeschlossen. Die anerkannten Regeln der Technik werden durch Fachunternehmen berücksichtigt.

Infolge des Gesamtbetriebes des Krankenhauses kommt es zu zusätzlichem Abfallaufkommen, da sich zukünftig die Nutzfläche vergrößern wird. Dazu zählt Papierabfall, aber auch für Krankenhäuser spezifische Abfälle, (z. B. Bluthaltige Organe, Atemkalk) die besonders entsorgt werden müssen. Bei der Entsorgung wird die Mitteilung der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) 18 zugrunde gelegt, die eine Vollzugshilfe zur Entsorgung von Abfällen aus Einrichtungen des Gesundheitsdienstes darstellt. Fette und Küchenabfälle werden zukünftig nicht mehr anfallen, da das Essen extern angeliefert wird.

Die Ableitung des Oberflächen- und Schmutzwassers erfolgt über die vorhandenen Kanäle.

Dieser Aspekt wird auf der Bebauungsplanebene genauer definiert.

7 ERNEUERBARE ENERGIEN/SPARSAME UND EFFIZIENTE NUTZUNG VON ENERGIE

Die Nutzung regenerativer Energien (Photovoltaikanlagen) wurde im Bestand der Gebäude berücksichtigt. Der Aspekt findet bei dem Neubauvorhaben zukünftig auch Berücksichtigung.

8 VERWENDETE TECHNIKEN UND EINGESETZTE STOFFE

Im Rahmen der der vorliegenden Planung sind Techniken und Stoffe vorgesehen, die nicht über den allgemein gebräuchlichen Rahmen hinausgehen. Hinsichtlich der Techniken kommen jene zum Gebrauch, die den aktuellen Richtlinien und Stand der Technik entsprechen.

9 ANDERWEITIGE PLANUNGSMÖGLICHKEITEN

Im Umfeld des Plangebiets wurde nach Alternativstandorten zur Errichtung der geplanten baulichen Anlagen gesucht. Der Standort der Erweiterung ist alternativlos, da im gesamten Umfeld kein Flächenenerwerb getätigt werden kann und eine enge Zuordnung der neugeplanten Nutzungen zum bestehenden Klinikum eine notwendige Voraussetzung für die Umsetzung ist.

10 KUMULIERUNG MIT DEN AUSWIRKUNGEN VON VORHABEN BENACHBARTER GEBIETE

Wenn mehrere Vorhaben gleicher Art von einem oder mehreren Vorhabenträgern durchgeführt werden und in einem engen Zusammenhang stehen, liegen gem. § 10 UVPG kumulierende Vorhaben vor. Der Einwirkbereich sollte sich überschneiden und die Vorhaben sollten funktional und wirtschaftlich auf einander bezogen sein. Um die verschiedenen Zielsetzungen der Erweiterung des St. Marien-Krankenhauses auch planerisch zu sichern, wird der BP Nr. 419 aufgestellt. Weitere geplante Vorhaben im Zusammenhang mit erheblichen Umweltauswirkungen des Vorhabens benachbarter Gebiete sind nicht bekannt. Hier ist eine Überlagerung von Einwirkbereichen Voraussetzung für eine erforderliche Betrachtung. Zu berücksichtigen sind etwaige bestehende Umweltprobleme im Hinblick auf Gebiete mit besonderer Umweltrelevanz und/oder die Nutzung von natürlichen Ressourcen. Die Erweiterung des Kreiskrankenhauses in Siegen-Weidenau erfolgt in einer Entfernung von ca. 2,6 km. Eine Überlagerung von erheblichen Auswirkungen des Vorhabens wird ausgeschlossen.

11 GEPLANTE MASSNAHMEN ZUR ÜBERWACHUNG DER ERHEBLICHEN UMWELTAUSWIRKUNGEN (MONITORING)

Das Monitoring bezieht sich ausschließlich auf die Überwachung von möglicherweise auftretenden erheblichen Umweltauswirkungen als Folge der in der 100. Änderung des FNP dargestellten Nutzungen.

Für das Monitoring ist die Stadt Siegen zuständig. Die Stadt benachrichtigt die Umweltfachbehörden, dass die 100. Änderung des FNP rechtswirksam geworden ist.

Erste Überprüfung

Die erste Überprüfung der Auswirkungen der Maßnahme wird 5 Jahre nach Rechtskraft der Flächennutzungsplanänderung vorgenommen. Die bis dahin von den Überwachungsbeteiligten vorgetragenen oder ansonsten bekannt gewordene umweltrelevanten, zum Zeitpunkt der Planung nicht zu erwartende Auswirkungen werden dann von der Monitoringstelle der Stadt hinsichtlich ihrer Erheblichkeit gesichtet. Dieses Ergebnis sowie eigene Erkenntnisse werden von der Monitoringstelle hinsichtlich ihrer Erheblichkeit bewertet und ggf. wird, soweit erforderlich und möglich, steuernd eingegriffen. Das Ergebnis der ersten Überprüfung wird dokumentiert.

Zweite Überprüfung

Die zweite Überprüfung erfolgt ein Jahr nach weitgehendem Abschluss der Maßnahme (bauliche Umsetzung auf 80 % der Flächen), spätestens 10 Jahre nach Rechtskraft des Bauleitplanes. Das Überprüfungsverfahren und evtl. steuernde Maßnahmen werden wie bei der ersten Überprüfung abgewickelt. Das Ergebnis wird abschließend dokumentiert.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Siegen als Unteren Denkmalbehörde und/oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe gemäß §§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz unverzüglich anzuzeigen.

12 VERWENDETE TECHNISCHE VERFAHREN, SCHWIERIGKEITEN, FEHLENDE KENNTNISSE

Die Nutzungsstrukturen mit einer Kartierung des Baumbestands wurden im Rahmen einer Begleichung des Plangebietes im Juli 2018 erfasst. Zudem erfolgte die Auswertung von Luftbildern.

Zur Beurteilung der artenschutzrechtlichen Belange wurde 2018 ein Fachbeitrag Artenschutz einschließlich Artenschutzprüfung der Stufe 1 im Jahr 2018 erstellt. Da nach Einschätzung der Fachbehörden nicht auszuschließen war, dass sich Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermäusen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes befinden, wurde in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde im Juni/Juli 2018 ein separates Fledermausgutachten erstellt.

Die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchungen, eines Schalltechnischen Gutachtens sowie einer Luftbildauswertung bzgl. Kampfmittel werden auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung berücksichtigt.

Für den Bebauungsplan wird darüber hinaus die Baumschutzsatzung der Stadt Siegen für die Bewertung herangezogen.

Weiterhin werden die Angaben aus dem Landschaftsinformationssystem @LINFOS des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW - LANUV (Biotopkataster, gesetzlich geschützte Biotope, Vorkommen planungsrelevanter Arten) ausgewertet. Die o. a. Unterlagen sowie weitere Informationen zu den einzelnen planungsrelevanten Schutzgütern (Bodenkarte, Karte der Grundwasserverhältnisse etc.) werden im Rahmen der Umweltprüfung zur Beurteilung des heutigen Umweltzustands und der voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Planvorhabens herangezogen.

Bestimmte Umweltauswirkungen sind hinsichtlich ihrer Intensität und Reichweite nicht eindeutig zu determinieren, wie z.B. mögliche Auswirkungen im Bereich lokalklimatischer Funktionen und durch Immissionen. Der Aufwand zur Erstellung von weiteren Spezialgutachten ist im Verhältnis zu den dabei speziell für das Plangebiet zu gewinnenden Erkenntnissen aufgrund der ermittelten nur durchschnittlichen Bedeutung und Empfindlichkeit der relevanten Umweltfunktionen im Plangebiet unverhältnismäßig hoch. In diesem Fall erfolgen dann gutachterliche Abschätzungen auf Grundlage von einschlägiger Fachliteratur, Erfahrungswerten und Analogschlüssen.

Die vorhandene Datengrundlage wird zur Beurteilung der mit der 100. Änderung des FNP verbundenen Umweltauswirkungen als inhaltlich und in Bezug auf ihren Umfang um derzeitigen Planungsstand als ausreichend erachtet.

13 ALLGEMEIN VERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG

Die allgemein verständliche Zusammenfassung im Umweltbericht ist so auszugestalten, dass Dritten die Beurteilung ermöglicht wird, ob und in welchem Umfang sie von den Umweltauswirkungen des Vorhabens betroffen sein können.

Angesichts des Umfangs und der Komplexität der Angaben nach § 2a Abs. 1 und 2 BauGB kommt hierbei der Zusammenfassung besondere Bedeutung zu.

Die gegenwärtige Situation der Umwelt wurde auf Grundlage vorliegender Daten, Informationen und sonstiger Erkenntnisse untersucht und die Umweltauswirkungen des Planvorhabens wurden **entsprechend dem heutigen Planungsstand** der 100. Änderung des FNP beurteilt.

Im aktuellen Landesentwicklungsplan ist das Plangebiet als Siedlungsraum inklusive großflächiger Infrastruktureinrichtungen dargestellt. Der Regionalplan, des Regierungsbezirks Arnsberg stellt das Plangebiet als „Allgemeinen Siedlungsbereich“ dar. Im rechtskräftigen Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Siegen der bestehende Krankenhausstandort überwiegend als Fläche des Gemeinbedarfs mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ dargestellt. Teilbereiche der Bebauung an der Nordstraße/Elisabethstraße sind als Allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. Die Bebauung an der Friedrichstraße und die Bebauung im Bereich der Gärtnerei sind als Mischgebiet dargestellt. Der FNP wird im Parallelverfahren geändert und mit den Darstellungen „Sondergebiet Klinik“ und angepasst. Die landesplanerische Anpassungsbestätigung gem. § 34 Landesplanungsgesetz liegt mit Datum vom 10.03.2021 vor.

Für den zentralen Bereich des Plangebietes liegt derzeit kein Bebauungsplan (BP) vor. Der BP Nr. 13a „Gartenstraße/Friedrichstraße“ mit Festsetzungen entlang der Friedrichstraße wurde im Juli 2017 aufgehoben.

Der Geltungsbereich liegt im landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 31.01 „Siegen und Umgebung“ mit einem kulturlandschaftlich bedeutsamen Stadtkern. Der Burgberg von Siegen wird durch die Nikolaikirche, das Obere Schloss und seine Altstadt geprägt. Innerhalb der Stadt verläuft als linienhafter bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich 22.08 die „Brüderstraße“ als frühmittelalterlicher Fernhandelsweg.

Mit der Realisierung der Planung kommt es bei dem **Schutzgut Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt** zu **teilweise erheblichen Umweltauswirkungen**, da der Verlust von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters als erheblich einzuschätzen ist.

Im Rahmen der artenschutzrechtlichen Beurteilung des Planvorhabens gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG erfolgt eine artenschutzfachliche Risikoeinschätzung der im Quadranten 1 im Messtischblatt 5114 „Siegen“ aufgeführten planungsrelevanten Arten für die Lebensraumtypen „Kleingehölze, Alleen, Bäume, Hecken“, „Gärten, Parkanlagen, Siedlungsbrachen“ und Gebäude“. Insgesamt können 12 Säugetierarten und 21 Vogelarten potenziell vorkommen (potenzielle Brut-, Nahrungs-, Fortpflanzungs- und Ruhestätten). Darüber hinaus lagen Informationen seitens der Stadt Siegen vor, dass das Krankenhausgelände eine besondere Bedeutung für Fledermäuse hat. Im Juni/Juli 2018 wurden deshalb Fledermauserfassungen durchgeführt.

Als Ergebnis der Fledermauserfassungen wurde festgestellt, dass der Untersuchungsraum aufgrund der erfassten Arten sowie der hohen Anzahl stattgefundener Überflüge/Nahrungsflüge

einen bedeutsamen innerstädtischen Lebensraum insbesondere für die *Zwergfledermaus* und den *Großen Abendsegler* darstellt. Bei Abriss der Gebäude und bei Fällung von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters konnte ein Verlust von Tagesquartieren nicht gänzlich ausgeschlossen werden, deshalb sind Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen umzusetzen. Abschließend kann festgestellt werden, dass unter Berücksichtigung oben aufgeführten Maßnahmen das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG für die potenziell vom Eingriff betroffenen Vogel- und Fledermausarten ausgeschlossen werden können. Ein Ausnahmetatbestand gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ergibt sich nicht.

Aufgrund des hohen Anteils an bereits versiegelten Flächen ist von einer flächigen anthropogenen Überprägung des Plangebietes auszugehen. Natürlich anstehender Boden ist im Bereich der Überbauung und Versiegelung nicht mehr vorhanden. Es wird nur marginal anthropogen veränderter Boden zusätzlich überbaut und versiegelt. Es entstehen keine erheblichen Umweltauswirkungen für das **Schutzgut Boden**.

Für die **übrigen Schutzgüter** ergeben sich bei Umsetzung der Planung **voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen**.

Sich **kumulierende Wechselwirkungen** zwischen diesen Schutzgütern, die eventuell zu einer anderen Erheblichkeitseinstufung bezüglich der Schutzgüter führen, sind **nicht erkennbar**.

Bei **Nichtdurchführung der Planung** kommt es nicht zu erheblichen Umweltauswirkungen für die untersuchten Umweltschutzgüter.

Im Umfeld des Plangebiets wurde nach **Alternativstandorten** zur Errichtung der geplanten baulichen Anlagen gesucht. Der Standort der Erweiterung ist alternativlos, da im gesamten Umfeld kein Flächenerwerb getätigt werden kann und eine enge Zuordnung der neugeplanten Nutzungen zum bestehenden Klinikum eine notwendige Voraussetzung für die Umsetzung ist.

Auftragnehmer:
HKR Landschaftsarchitekten
Umwelt ▪ Stadt ▪ Land
Kaiserstraße 28
51545 Waldbröl

Auftraggeber:
Mariengesellschaft gGmbH
Hans-Jürgen Winkelmann
Kampenstr. 51
57072 Siegen

Aufgestellt:

Waldbröl, den 01.05.2021



Dipl.-Ing. Stephan Müller Land-
schaftsarchitekt AK NW

Aufgestellt:

Siegen, den

14 REFERENZLISTE DER QUELLEN

BEZIRKSREGIERUNG ARNSBERG, 2008: Regionalplan für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Siegen

GESETZ ÜBER NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE, 2009: Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG vom 29. Juli 2009, zuletzt geändert am 07.08.2013, Seite 4

LANDSCHAFTSVERBAND RHEINLAND, 1978: Naturpark Bergisches Land. Potenzielle natürliche Vegetation, M. 1:200.000, Bonn-Bad Godesberg

LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN, 2010: Biotopkataster Nordrhein-Westfalen

LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN, 2007: Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen

LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN, 2008: Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW

MINISTERIUM FÜR STADTENTWICKLUNG, KULTUR UND SPORT, MINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ, MINISTERIUM FÜR BAUEN UND WOHNEN DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN, 1996: Bewertung von Eingriffen in Natur und Landschaft. Arbeitshilfe für die Bauleitplanung

MINISTERIUM FÜR UMWELT, RAUMORDNUNG UND LANDWIRTSCHAFT DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (MURL), 2019: Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)

SCHMIDT-FASEL, SIGRID, HEBEL, REINER, 2018: Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus in Siegen“ – Untersuchungen zur Nutzung der Flächen durch Fledermäuse sowie Suche nach potentiellen Wochenstubenquartieren

Verwendete Internetseiten:

Internetseite	Abfragedatum
http://www.tim-online.nrw.de	08.05.2018
http://www.lanuv.nrw.de/service/infosysteme.htm	08.05.2018
http://www.elwasweb.nrw.de	03.07.2018

Begründung

zum

Bebauungsplan Nr. 419 "Erweiterung St. Marien-Krankenhaus"



TEIL I. Allgemeiner Teil

Universitätsstadt Siegen

Geschäftsbereich 4

AG 4/5-2 Stadtplanung

in Zusammenarbeit mit:

HKS

Gerhard Kunze
Dipl.-Ing. Städtebau

STADT - UMWELT

UNIVERSITÄTSSTADT
SIEGEN



Stand: 26. April 2021

INHALTSVERZEICHNIS

1	Plangebiet	1
1.1	Lage	1
1.2	Gebietsbeschreibung	2
2	Bestehende formelle und informelle Planungen sowie Gutachten	4
2.1	Formelle Planungen	4
2.1.1	Regionalplan	4
2.1.2	Flächennutzungsplan	5
2.1.3	Bebauungsplan	6
2.2	Naturschutzfachliche Pläne und Richtlinien	7
2.3	Informelle Planungen	7
2.3.1	Wettbewerb Erweiterung St. Marien-Krankenhaus	7
2.3.2	Umbau „Fischerquartier“	8
2.4	Untersuchungen und Gutachten	8
2.4.1	Artenschutzprüfung	8
2.4.2	Fledermauskartierung	10
2.4.3	Verkehrsuntersuchung	12
2.4.4	Schalltechnisches Gutachten	12
3	Städtebauliche Rahmenbedingungen	16
3.1	Historie	16
3.2	Ausgangssituation	17
3.3	Planungserfordernis	18
3.4	Erschließung	18
3.5	Ver- und Entsorgung	19
3.6	Altlasten	19
3.7	Kampfmittel	19
3.8	Boden	21
4	Planfestsetzungen	22
4.1	Art der baulichen Nutzung	24
4.1.1	Sondergebiet „Klinik“	25
4.2	Maß der baulichen Nutzung	26
4.2.1	Grundflächenzahl	26
4.2.2	Geschossflächenzahl	26
4.2.3	Höhe baulicher Anlagen	28

4.3	Bauweise und Überbaubare Grundstücksflächen	29
4.3.1	Bauweisen	29
4.3.2	Baugrenzen und Baulinien	29
4.4	Gestaltungsfestsetzungen	30
4.5	Verkehrsflächen	32
4.6	Boden, Natur und Landschaft	33
5	Acer platanoides	34
5.1	Sonstige Festsetzungen	34
5.1.1	Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen	34
5.1.2	Umgrenzung der Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen	35
5.1.3	Geh-, Fahr- und Leitungsrechte	35
5.1.4	Geltungsbereich	35
5.2	Hinweise, Planerläuterungen	36
6	Sonstige Hinweise	38
6.1	Umweltbericht	38
6.2	Alternativstandorte	39
6.3	Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung	39
6.4	Klimaschutz und Klimawandel	39
6.4.1	Klimatop	39
6.4.2	Klimaschutz	40
6.4.3	Klimawandel	41
6.5	Eigentumsverhältnisse, Bodenordnung	41
6.6	Kosten	42
6.7	Städtebauliche Werte	42

ABBILDUNGEN

Abbildung 1	Geltungsbereich des Bebauungsplanes	1
Abbildung 2	Regionalplan-Teilabschnitt "Oberbereich Siegen" – Ausschnitt	4
Abbildung 3	Flächennutzungsplan der Stadt Siegen - Ausschnitt	5
Abbildung 4	100. Flächennutzungsplanänderung, Entwurf	6

1 Plangebiet

1.1 Lage

Das St. Marien-Krankenhaus liegt im Stadtquartier „Friedrichstraße“ an der Kampenstraße unterhalb der auf dem Sieberg gelegenen historischen Oberstadt.

Das Plangebiet wird durch vier Straßenzüge räumlich als Quartier abgegrenzt.

- Friedrichstraße,
- Kampenstraße,
- Elisabethstraße,
- Nordstraße.

Westlich der Nordstraße werden Grundstücke im Kreuzungsbereich Friedrichstraße / Nordstraße in den Geltungsbereich aufgenommen.

Das Plangebiet ist im nachstehenden Lageplan umgrenzt.

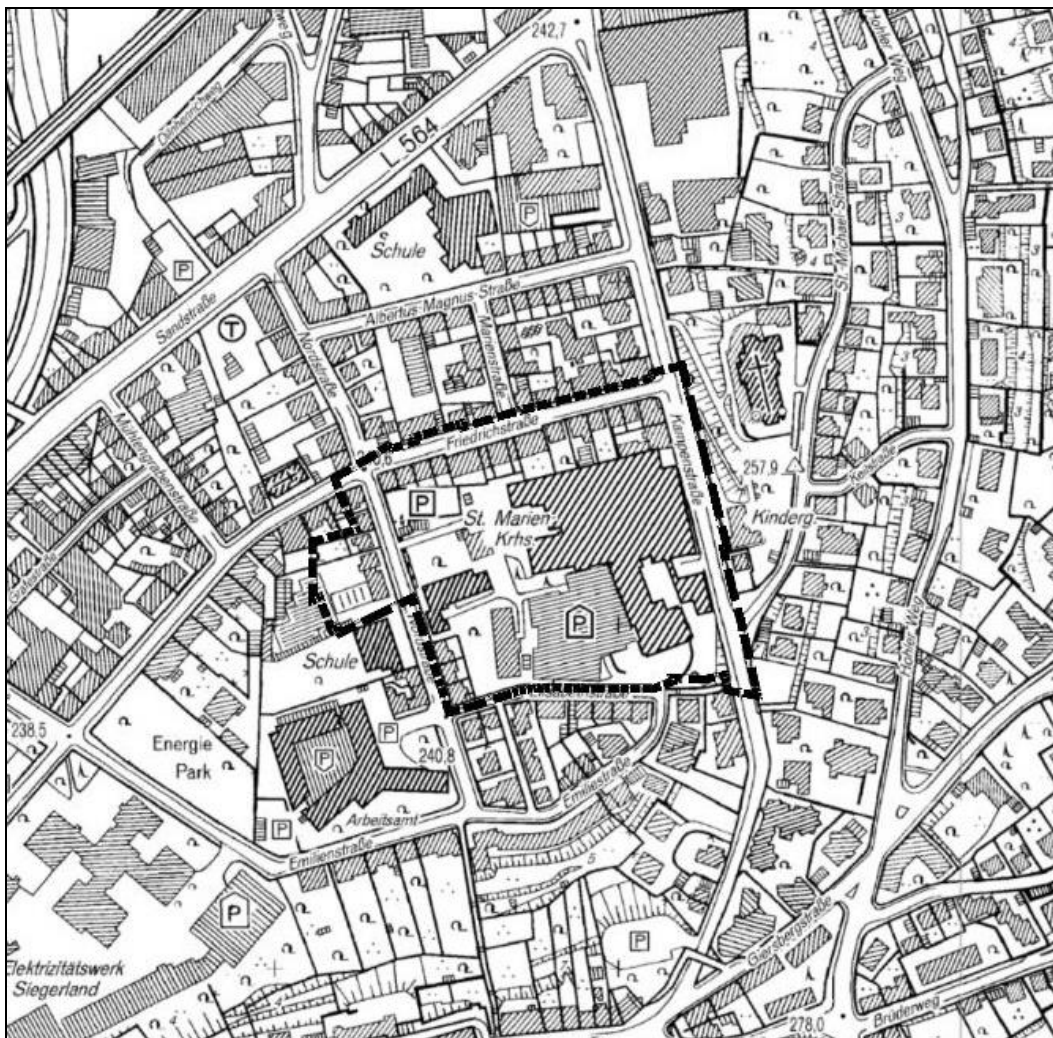


Abbildung 1 Geltungsbereich des Bebauungsplanes, ohne Maßstab, © Geobasisdaten: tim-online, DGK

Folgende Flurstücke der Gemarkung Siegen, Flur 25, werden von dem Bebauungsplan überplant bzw. in den Geltungsbereich einbezogen:

Baugrundstücke:

98, 99, 104 (nur teilweise), 120, 238, 239, 240, 241, 245, 246, 247, 248, 249, 255, 256, 257, 260, 262, 370 (nur teilweise), 388, 404, 418, 455, 486, 487 (nur teilweise), 525, 526, 531, 548, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572

Verkehrsflächen:

Friedrichstraße: 237, 357, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563,
Kampenstraße: 575,
Elisabethstraße: 549,
Nordstraße: 329.

1.2 Gebietsbeschreibung

Das Quartier zwischen Sandstraße, Emilienstraße und Kampenstraße ist geprägt von unterschiedlichsten Nutzungen und Gebäudetypen. Es hat eine fast rasterförmige Grundgliederung der Quartiersviertel, die im Wesentlichen durch den Verlauf der Stadtstraßen geprägt ist.

Neben Wohngebäuden und Verwaltungsgebäuden sind auch mischgenutzte Gebäude stark vertreten. Die Nutzungspalette reicht von Apotheke bis Tankstelle und von privater Nutzung bis hin zu öffentlichen Verwaltungen. Die Nutzungsvielfalt des Quartiers spiegelt sich auch in der baulichen Ausprägung wieder. Neben einer dichten straßenorientierten geschlossenen Wohnbebauung in viergeschossiger Bauweise, sind auch Punkthäuser in siebengeschossiger Bauweise vorhanden.

Die Agentur für Arbeit wie auch das St. Marien-Krankenhaus stellen wiederum eine in sich geschlossen singulare wie auch heterogene großvolumige Bauweise dar, die fünf- bis neungeschossig ist.

Neben Gebäuden der Gründerzeit sind aus allen nachfolgenden Bauepochen verschiedene Bautypen vertreten.

Im Quartier sind je Quartiersviertel nur eine geringe Anzahl von Freiflächen vorhanden. Für den Erholungsfaktor sind lediglich die Grünanlagen Bertramsplatz an der Sandstraße und der Energiepark (Eigentum der RWE) zu benennen. Beide Flächen liegen am Rande des Quartiers.

Auf den Grundstücken sind wenige Gärten und sonstige Freiflächen vorhanden. Wegen des zunehmenden Parkplatzbedarfes, sind verbliebende Freiflächen mehr und mehr zu Stellplätzen umgewandelt worden.

Im Quartiersviertel des Krankenhauses ist eine Freifläche zwischen Nordstraße und dem ehemaligen Schwesternwohnheim an der Elisabethstraße mit großkronigen Laubbäumen bewachsen.

Ebenfalls an der Nordstraße befindet sich eine Stellplatzanlage des Krankenhauses, welche mit jungen Laubbäumen bepflanzt wurde. Eine raumprägende Größe haben diese Bäume noch nicht erreicht.

Um den Freiflächenanspruch auch für die Krankenhausbesucher zu verbessern, wurde das Dach der Tiefgarage teilweise als Grünanlage ausgebildet. Hier befindet sich allerdings auch der Landeplatz des Rettungshubschraubers.

Die Erschließung des Krankenhauses erfolgt zentral von der Kampenstraße. Hier befindet sich sowohl die Zufahrt zur Tiefgarage als auch der Zugang zum Hauptgebäude. Zusätzlich gibt es einen Zugang von der Nordstraße über die Stellplatzanlage. Von hier erfolgt auch ein Teil der Logistik des Krankenhauses.

Auf der Westseite der Nordstraße befindet sich die ehemalige Gärtnerei Fischer (sog. Fischerquartier). Außerdem liegen hier die Nordschule sowie die Agentur für Arbeit. Daneben sind hier noch weitere Wohnhäuser vorhanden.

Die Bebauung im Quartiersviertel reicht von einer zweigeschossigen Wohnbebauung (Nordstraße) bis hin zu dem 9-geschossigen Bettenhaus des Krankenhauses. Es sind sowohl geneigte Dächer (Sattel-, Walm- und Krüppelwalmdächer) als auch Flachdächer vorhanden.

In der Regel (Friedrichstraße, Kampenstraße und Teile der Nordstraße) herrscht eine geschlossene Bauweise vor. Diese wird lediglich an der Nordstraße durch die Stellplatzanlage und an der Elisabethstraße durch das ehemalige Schwesternhaus unterbrochen.

Mit Ausnahme der Stellplatzanlage sind alle Flächen überbaut. Die Versiegelungsrate (Gebäude, Zufahrten, Garagen und Stellplatzanlagen) ist hoch und übersteigt in der Summe 80 % der Fläche.

2 Bestehende formelle und informelle Planungen sowie Gutachten

2.1 Formelle Planungen

2.1.1 Regionalplan

Der Regionalplan wurde mit Maßgaben und Hinweisen am 22.11.2007 genehmigt. Die ausgeklammerten Teile des Planes wurden mit Erlass vom 22.10.2008 und 07.11.2008 genehmigt.

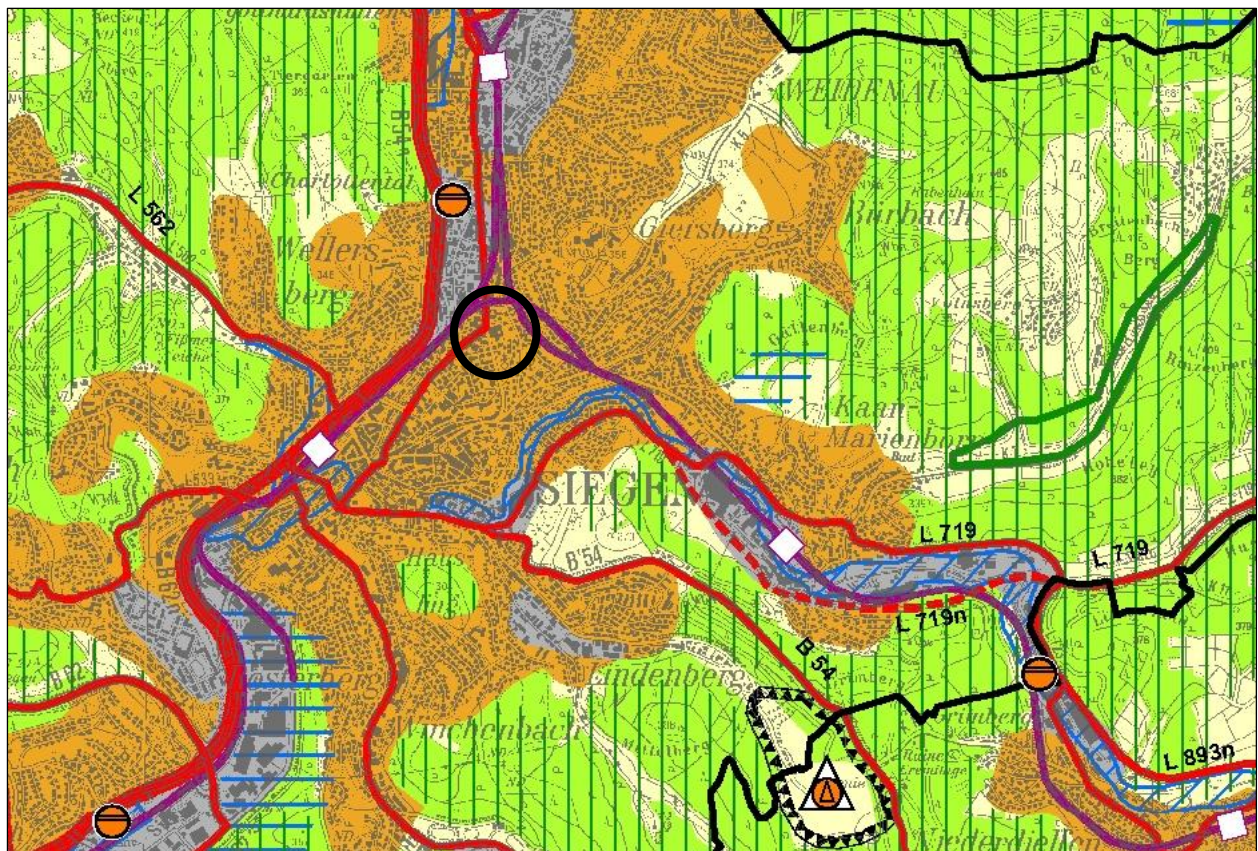


Abbildung 2 Regionalplan-Teilabschnitt "Oberbereich Siegen" – Ausschnitt

Die Stadt Siegen ist Oberzentrum des Oberbereichs Siegen. Das Oberzentrum ist Arbeitsplatz-, Dienstleistungs- und Versorgungsstandort. Hier erfolgt die Konzentration oberzentraler Einrichtungen. Das Plangebiet und sein Umfeld ist als „Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)“ dargestellt.

Ziel 4:

Die Wohn- und Mischbauflächen der Bauleitpläne sind in räumlich konzentrierter Form innerhalb der ASB zu entwickeln.

Grundsatz 5:

In Abstimmung mit der Gesamtentwicklung ist eine siedlungsstrukturell sinnvolle wohnverträgliche bauliche Nutzungsmischung anzustreben.

2.1.2 Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan ist ein vorbereitender Bauleitplan, der keine direkte Rechtskraft für Bürgerinnen und Bürger entfaltet. Jedoch ist er wichtige Grundlage für die Bebauungspläne, die mit rechtsverbindlichen Festsetzungen die städtebauliche Entwicklung in der Stadt Siegen konkretisieren.

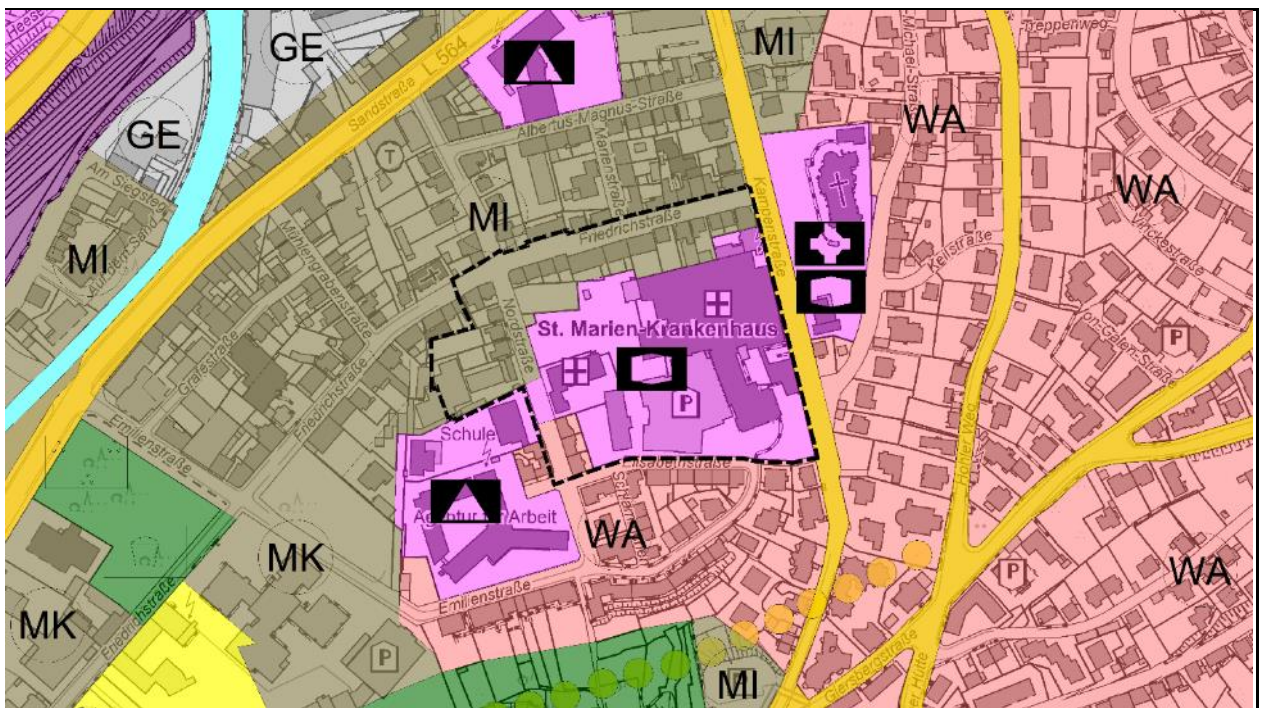


Abbildung 3 Flächennutzungsplan der Stadt Siegen - Ausschnitt St. Marien-Krankenhaus

Das Plangebiet des Bebauungsplanes ist im Flächennutzungsplan überwiegend als „Flächen für den Gemeinbedarf“ mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ gekennzeichnet. Die nördliche Bebauung an der Friedrichstraße ist als „Mischgebiet“ dargestellt. Einzelne Grundstücke an der Ecke Nordstraße Elisabethstraße sind als „Allgemeines Wohngebiet“ im Flächennutzungsplan vermerkt.

Dem Grunde nach entspricht die Darstellung des Flächennutzungsplanes den Entwicklungszielen des Bebauungsplanes. Lediglich geringfügige Abweichungen sind hinsichtlich des Mischgebiets und des Allgemeinen Wohngebiets zu verzeichnen.

Die landesplanerische Anpassungsbestätigung gem. § 34 Abs. 5 Landesplanungsgesetz über die Anpassung an die Ziele der Landes- und Regionalplanung der Bezirksregierung Arnsberg liegt mit Schreiben vom 10.03.2021 vor.

Die Flächen entlang der Friedrichstraße und der Nordstraße werden in den Geltungsbereich einbezogen. Es gelten zukünftig die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“.

2.2 Naturschutzfachliche Pläne und Richtlinien

Landschaftsplan / Landschaftsschutzgebiete

Kein Landschaftsplan vorhanden. Keine Landschaftsschutzgebiete betroffen.

Biotopkataster Nordrhein-Westfalen

Keine Biotope im Geltungsbereich und seines Umfeldes erfasst.

Geschützte Biotope nach § 30 Bundesnaturschutzgesetz

Keine Geschützten Biotope nach § 30 BNatSchG vorhanden.

Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie

Keine Fauna-Flora-Habitat-Gebiet betroffen.

Baumschutzsatzung

Innerhalb des Plangebietes sind vereinzelt Bäume vorhanden, die der Baumschutzsatzung unterliegen. Dies betrifft vorrangig die Flächen zwischen ehemaligem Schwesternwohnheim und der Bebauung entlang der Nordstraße. Hier sind einzelne großkronige Laubbäume und Nadelgehölze vorhanden.

Geschützt sind Bäume (Laubbäume) mit einem Stammumfang von min. 100 cm und Nadelbäume mit einem Stammumfang ab 120 cm, gemessen auf einer Höhe von 100 cm über Erdboden.

Die Satzung gilt auch für B-Plan-Gebiete, so dass eine Einzelfestsetzung der relevanten Bäume nicht erforderlich ist. Dennoch werden besonders relevante Bäume erhalten werden. Dies ist u.a. aus Sicht des Artenschutzes wesentlich.

2.3 Informelle Planungen

2.3.1 Wettbewerb Erweiterung St. Marien-Krankenhaus

Im Sommer 2017 wurde ein Einladungswettbewerb mit dem Ziel durchgeführt, die Entwicklung des Krankenhausstandortes über das Jahr 2025 hinaus zu skizzieren. Es wurden acht Architekturbüros aufgefordert einen Beitrag einzureichen. Vier Büros haben an dem Wettbewerb teilgenommen.

Der Entwurf des Gewinners zeichnet sich durch einen kompakten Baukörper aus. An den zentralen Baukörper (Eingang) wird U-förmig ein 7geschossiger Anschlussbau gesetzt. Die Höhe des Bestandes wird dabei berücksichtigt. Nach Westen und Süden werden 3-5-geschossige ebenfalls U-förmig ausgebildete Quader angesetzt. In Richtung Elisabethstraße wird lediglich die Tiefgarage erweitert, sodass dort lediglich ein 2-geschossiger Baukörper anschließt. Die offene Stellplatzanlage wird nach Süden zwischen Tiefgarage und der Bebauung Nordstraße verlegt.

Nach dem das Wettbewerbsergebnis vorlag, hat die Krankenhausleitung eine interne Prüfung und Planung der Funktionsabläufe und Flächenzuordnung durchgeführt. Dabei wurde deutlich, dass eine Neubewertung des Planentwurfes erforderlich ist.

Bedingt durch die klinikspezifischen Nutzungs- und Flächenbedarf soll dieses Konzept nicht zum Tragen kommen.

2.3.2 Umbau „Fischerquartier“

Neben der Erweiterung des Zentralgebäudes des St. Marien-Krankenhauses soll der an der Nordstraße vorhandene Gebäudekomplex der Klinik zugeordnet und umgebaut werden. Hierzu soll das rückwärtige sogenannte „Fischerquartier“ (ehemalige Gärtnerei) abgeräumt werden.

2.4 Untersuchungen und Gutachten

2.4.1 Artenschutzprüfung¹

Zur Einschätzung der Auswirkungen der Planungen auf den Artenschutz im Sinne von § 44 BNatSchG wurde ein Fachbeitrag Artenschutz einschl. Artenschutzprüfung Stufe I (ASP I) gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG vom **Büro HKR Landschaftsarchitekten Umwelt Stadt Land, Reichshof** im August 2018 erstellt.

Die Artenschutzprüfung ist eine eigenständige Prüfung im Rahmen der naturschutzrechtlichen Zulassung eines Planvorhabens, die nicht durch andere Prüfverfahren ersetzt werden kann. Die Artenschutzprüfung Stufe I erfolgt als Risikoeinschätzung, da eine differenzierte Bestandserfassung der planungsrelevanten Arten aufgrund des kurzen vorgegebenen Bearbeitungszeitraumes nicht erfolgen konnte.

Der Fachbeitrag beinhaltet eine allgemeine Betrachtung möglicher geschützter Arten, wie auch eine Erfassung artenschutzrechtlich geschützter Arten. Der Fachbeitrag betrachtet die möglichen Auswirkungen, die durch die Planung auf geschützte Arten erfolgen können und gibt Empfehlung zur Vermeidung oder Minimierung von Auswirkungen, sofern dies zur Arterhaltung dienlich ist.

Nachfolgende Maßnahmen werden im Fachbeitrag dargelegt:

V 1 Abrissbeschränkung

Der Gebäudeabriss darf nur außerhalb der Wochenstuben- und Paarungszeit in der Zeit von Mitte November bis Ende Februar erfolgen, so dass der Verlust von möglicherweise belegten Brut- oder Niststätten von Höhlen bewohnenden Vögeln und Tagesverstecken bzw. Zwischenquartieren von Fledermäusen vermieden werden kann. Vor Abriss der Gebäude sind die Rollladenkästen nach Vorkommen von Zwergfledermäusen zu untersuchen.

¹ HKR Landschaftsarchitekten Umwelt Stadt Land; Fachbeitrag Artenschutz einschl. Artenschutzprüfung Stufe I (ASP I) gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG, Reichshof im August 2018

V 2 Beschränkung der Rodungszeit

Die zur Rodung vorgesehenen Gehölze dürfen nur außerhalb der Aktivitätszeit von Fledermäusen und der Brut- und Fortpflanzungszeit von Vögel entfernt werden (Mitte November bis Ende Februar), so dass der Verlust von möglicherweise belegten Brut- oder Nistkästen von Höhlen bewohnenden Vögeln und Tagesverstecken bzw. Zwischenquartieren von Fledermäusen vermieden werden kann.

V 3 Umweltbaubegleitung

Kann die Beschränkung der Fäll- und Abrisszeit nicht eingehalten werden, so ist alternativ eine Umweltbaubegleitung (UBB) durchzuführen. Im Rahmen der Umweltbaubegleitung stellt eine fachkundige Person im Auftrag des Vorhabenträgers vor der Fällung und des Abrisses der Gebäude sicher, dass bei den vorgesehenen Arbeiten keine Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG eintreten, also keine Tiere der potenziell vorkommenden Arten getötet, verletzt oder erheblich gestört werden.

Auch nicht „planungsrelevante Vogelarten“, deren Nester und Brut gem. Art. 5 EU-Vogelschutz-Richtlinie ebenfalls nicht zerstört oder beschädigt werden dürfen, können im Rahmen der Umweltbaubegleitung erfasst und entsprechend behandelt werden. Werden im Rahmen der Umweltbaubegleitung streng oder besonders geschützte Tierarten nachgewiesen, so sind die Fäll- und Abrissarbeiten umgehend zu unterbrechen und das weitere Vorgehen kurzfristig mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein abzustimmen.

V 4 Beleuchtung

Die Beleuchtung von Grundstücken und des Straßenraumes sollte gemäß der Prämisse ausgerichtet sein: „so wenig Licht wie möglich und so viel wie nötig“. Das Licht sollte nur dorthin strahlen, wo es dringend benötigt wird. LED-Leuchten ist der Vorzug zu geben. Es sind keine Leuchten im hohen Spektralbereich (320-720 nm) wie Halogenleuchten oder mit Edelgas befüllte Lampen zu verwenden.

Optimierungsmaßnahmen**O 1 Neuschaffung von Spaltenquartieren**

Da der Verlust von Spaltenquartieren nicht gänzlich auszuschließen ist, muss als funktionaler Ausgleich und als Optimierungs Maßnahme O 1 das Anbringen von zwei Spaltenquartieren pro neues Gebäude erfolgen. Dem Baubuch Fledermäuse (2000) können Maßnahmenvorschläge entnommen werden, damit sie bei der Bauausführung umgesetzt werden können.

Unter Berücksichtigung der aufgeführten Vermeidungs-, Minderungs-, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen kann das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG für die potenziell vom Eingriff betroffenen Vogel- und Fledermausarten ausgeschlossen werden.

Da das Untersuchungsgebiet eine besondere Bedeutung für Fledermäuse besitzt, wurde in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde bei 6 Baukörpern, die vorrausichtlich abgeris-

sen werden, eine zweimalige Ausflugkontrolle der Baukörper sowie eine Sichtung von drei Dachstühlen von der Fledermausgutachterin Schmidt-Fasel im Juni/Juli 2018 durchgeführt.

Aus artenschutzfachlicher Sicht ist durch das Planvorhaben keine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Populationen der potenziell hier vorkommenden Arten unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Maßnahmen zu erwarten.

Die artenschutzrechtlich relevanten Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG werden daher mit sehr großer Wahrscheinlichkeit nicht eintreten. Ein Ausnahmetatbestand gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ergibt sich nicht.

Nach den o. g. Richtlinien und Verordnungen geschützte Pflanzen sind im Wirkungsbereich des Planvorhabens nicht vorhanden.

Die erhebliche Beeinträchtigung eines gemeldeten FFH-Gebietes bzw. maßgeblicher Bestandteile eines FFH-Gebietes ist durch das Planvorhaben nicht zu erwarten. Im Plangebiet sind keine Vorkommen gefährdeter und streng geschützter Pflanzenarten bekannt.

Der Fachbeitrag zum Artenschutz wird als Anlage der Begründung beigelegt und dient der Stadt Siegen als Abwägungsmaterial hinsichtlich des Umganges mit den artenschutzrechtlichen Belangen.

2.4.2 Fledermauskartierung

In dem Zeitraum vom 15.06. bis 04.07.2018 wurden zwei Gebäudeausflugskontrollen an sechs Gebäuden zur Erfassung von Fledermäusen² durchgeführt. Die Begehungen erfolgten in der Regel zwischen 21:30 und 0:00 Uhr. Neben einer Detektorerfassung erfolgte auch eine örtliche Überprüfung der Gebäudefassaden auf Kotspuren. Darüber hinaus wurden drei Dachstuhlbegehungen am 05.07.2018 durchgeführt, um Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG auszuschließen zu können (s. Anlage 3).

Es wurden folgende Fledermausarten anhand ihrer Flugbewegungen ermittelt:

- Zwergfledermaus (*Pipistrellus pipistrellus*)
- Mückenfledermaus (*Pipistrellus pygmaeus*)
- Gr. Abendsegler (*Nyctalus noctula*)
- Kleiner Abendsegler (*Nyctalus leisleri*)
- Wasserfledermaus (*Myotis daubentonii*)
- Breitflügelfledermaus (*Eptesicus serotinus*)
- Zweifarbfledermaus (*Vespertilio murinus*)

² HKR, Stefan Müller Landschaftsarchitekten, Abschlussbericht zum 16.08.2018 Fledermauserfassung Marienkrankenhaus Siegen, Daaden, August 2018

Ergebnis der Artenschutzrechtliche Beurteilung des Planvorhabens gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG:

Bezüglich der möglichen Beeinträchtigungen, Gefährdungen und Störungen unter Berücksichtigung der Eignung und Bedeutung der erfassten (Teil-) Lebensräume und der Lebensraumanprüche der Arten werden die im Änderungsbereich kartierten Fledermausarten im Folgenden bewertet. Dabei werden die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BNatSchG überprüft.

Als Ergebnis der Fledermauserfassungen im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausexpertin Schmidt-Fasel kann festgestellt werden, dass der Untersuchungsraum aufgrund der erfassten Arten sowie der hohen Anzahl stattgefundener Überflüge/Nahrungsflüge einen bedeutsamen innerstädtischen Lebensraum insbesondere für die Zwergfledermaus und den Großen Abendsegler darstellt. Während des Untersuchungszeitraumes wurden einige Hundert Nahrungs- bzw. Überflüge von weiteren 5 Fledermausarten dokumentiert. Als weitere Arten wurden die Mückenfledermaus, Kleiner Abendsegler, Wasserfledermaus, Breitflügel-Fledermaus und die Zweifarbfledermaus kartiert.

Im Rahmen der Untersuchungen wurden keine Wochenstubenquartiere und Winterquartiere nachgewiesen. Vom Abriss der Gebäude werden ggf. Tagesquartiere betroffen sein. Spaltenquartiere wurden zwar über Kotsuren nicht nachgewiesen, doch sind sie aufgrund der Ausgestaltung der Fassaden nicht gänzlich auszuschließen.

Am Gebäude der Geschäftsleitung wurden Rolladenkästen von zwei Zwergfledermäusen angefliegen. Zur Vermeidung sind die Rolläden am Gebäude der Geschäftsleitung oft zu bewegen, damit die Zwergfledermäuse die Rolladenkästen nicht mehr anfliegen. Darüber hinaus sind die Rolladenkästen vor Abriss zu kontrollieren, ob Zwergfledermäuse verletzt werden können.

Da der Verlust von Spaltenquartieren nicht gänzlich auszuschließen ist, wird als funktionaler Ausgleich und zur Optimierung das Anbringen von zwei Spaltenquartieren pro neues Gebäude empfohlen.

Als Nahrungshabitat bzw. Jagdhabitat hat der Untersuchungsraum eine besondere Bedeutung. Gemäß der Aussagen des Fledermausgutachtens ist die Anzahl der Nahrungs-/Überflüge sowie der festgestellten Arten für einen innerstädtischen Bereich sehr hoch und hebt die Bedeutung als Nahrungshabitat für die verschiedenen Fledermausarten hervor. Die Eignung als Jagdhabitat für die Zwergfledermaus und den Großen Abendsegler scheint vor allem im Vorhandensein des alten Baumbestandes und einem möglicherweise damit verbundenen höheren Insektenreichtum rund um das Gebäude der Immunologie und der Gebäude in der Nordstraße begründet. Die Bäume im Bereich des Instituts der Immunologie sowie zwei prägende Bäume auf dem Gärtnergelände werden erhalten. Bei dem Verlust weiterer Bäume, insbesondere jungen Baumholzalters ist davon auszugehen, dass es sich nicht um essentielle Jagdhabitats handelt, da in der näheren Umgebung des Geltungsbereiches weitere Jagdhabitats in ausreichendem Ausmaß zur Verfügung stehen.

Ein Vorkommen von Großhöhlen mit Potential als Wochenstube/Winterquartier von Fledermäusen wird für die zu fällenden Bäume im Plangebiet ausgeschlossen. In einzelnen älteren Bäumen wurden Spalten und Astlöcher gesichtet, die als Tagesverstecke und Zwischenquartiere für Fledermäuse genutzt werden können.

2.4.3 Verkehrsuntersuchung

Es wurden Verkehrserhebungen vorgenommen und eine Prognose anhand der beabsichtigten Entwicklung des Gebietes durchgeführt.

Straßenabschnitt	Querschnittkennung	DTV Kfz/24h	DTV-Prognose Kfz/24h
Kampenstraße Süd	Q1	7.915	7.915
Kampenstraße Mitte (Eingang)	Q2	8.825	7.915
Kampenstraße Nord (Schätzung)	Q3	10.815	10.887
Friedrichstraße Ost	Q4	2.985	3.895
Friedrichstraße West	Q5	2.985	3.895
Nordstraße Nord	Q6	1.545	2.455
Nordstraße Süd	Q7	965	1.011
Elisabethstraße (Schätzung)	Q8	750	796

Für die neue Zufahrt über die Nordstraße zur bestehenden Tiefgarage wurde zur Prognose der zukünftigen Verkehrsbelastung die ermittelte Ganglinie der bestehenden Tiefgarage verwendet.

Dies führt zu einer Mehrbelastung (siehe Tabelle), welche in der Friedrichstraße einen Teilrückbau der vorhandenen Verkehrsberuhigung sowie der Stellplätze erforderlich macht. Die Veränderung der Verkehrsbelastung in der Elisabethstraße kann als unerheblich angesehen werden. Bezogen auf die Verkehrsbelastung in der Kampenstraße wird es gerade im Eingangsbereich zu einer Reduzierung kommen.

2.4.4 Schalltechnisches Gutachten

Ausgehend von den oben beschriebenen Verkehrszahlen wurde die Berechnung³ der Emissionspegel für Straßenverkehr gemäß RLS 90 durchgeführt. Sie sind in nachfolgender Tabelle zusammengefasst.

Straßenabschnitt	Querschnittkennung	Bestand Emissionspegel		Planung Emissionspegel	
		L _{m,E} Tag [dB(A)]	L _{m,E} Nacht [dB(A)]	L _{m,E} Tag [dB(A)]	L _{m,E} Nacht [dB(A)]
Kampenstraße Süd	Q1	62,5	52,3	62,5	52,3

³ Peutz Consult, Berechnung der Emissionspegel für Straßenverkehr gemäß RLS 90, vier Tabellenblätter, Aug. 2018 und Schalltechnische Untersuchung, Bericht FB 7463-1 vom 22.10.2018

Straßenabschnitt	Querschnittkennung	Bestand Emissionspegel		Planung Emissionspegel	
Kampenstraße Mitte (Eingang)	Q2	60,4	50,4	60,5	50,4
Kampenstraße Nord (Schätzung)	Q3	63,9	53,7	63,9	53,7
Friedrichstraße Ost	Q4	55,7	45,7	55,7	45,7
Friedrichstraße West	Q5	55,7	45,7	55,7	45,7
Nordstraße Nord	Q6	52,9	42,8	52,9	42,8
Nordstraße Süd	Q7	50,8	40,9	50,8	40,9
Elisabethstraße (Schätzung)	Q8	49,7	39,5	49,7	39,5

Auf Grund der ermittelten Ausgangswerte und den Veränderungen aus der Zunahme des Verkehrs, empfiehlt der Gutachter passiven Schallschutz für das Plangebiet festzusetzen.

Zum Schutz gegen Lärm sind grundsätzlich eine Vielzahl von Maßnahmen möglich. Diese können sich sowohl auf die eigentliche Schallquelle, auf den Übertragungsweg zwischen Schallquelle und Empfänger, als auch auf den Bereich des eigentlichen Empfängers beziehen.

Bei Lärmschutzmaßnahmen wird zwischen aktiven und passiven Maßnahmen unterschieden, wobei sich aktive Maßnahmen auf die eigentliche Schallquelle bzw. den Schallausbreitungsweg beziehen und passive Maßnahmen auf den Bereich des Empfängers beschränkt sind.

Als Ergebnis der schalltechnischen Untersuchung sind folgende aktive, passive Lärmschutzmaßnahmen und Maßnahmen nach VDI 2719 (Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen) eingeplant:

Aktive Schallschutzmaßnahmen

Aufgrund der Lage des Plangebietes innerhalb der bestehenden und dicht bebauten Siedlungsstruktur sind aktive Schallschutzmaßnahmen in Form einer Lärmschutzwand entlang der Kampen- und Friedrichstraße städtebaulich vermutlich nicht umsetzbar. Eine schallabschirmende Wand müsste in Anbetracht der Ausbreitungsbedingungen sehr hoch sein (mind. 7 m), um auch für die oberen Geschosse eine ausreichende Schallpegelminderung bewirken zu können.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird deshalb empfohlen, für die stark betroffenen Fassaden passive Schallschutzmaßnahmen festzusetzen

Passive Schallschutzmaßnahmen

Zum Schutz der Empfängerseite vor erhöhten Schallimmissionen sind verschiedene passive Schallschutzmaßnahmen möglich. Diese sind z.B.

- Akustisch günstige Orientierung der Gebäude mit Fassaden zu lärmabgewandten Seiten
- Einbau schalldämmender Fenster und Erhöhung der Schalldämmung der Fassade mit Festlegung von Innenpegeln nach VDI 2719
- Akustisch günstige Ausbildung bzw. Anordnung der Freibereiche

Die Vielzahl der vorgenannten Maßnahmen bezieht sich jedoch nur auf eine Neuplanung. Grundrisslösungen sind grundsätzlich Empfehlungen, die sich jedoch für Krankenhäusern mit Bettenräumen in der Regel nicht umsetzen lassen. Die Maßnahmen nach VDI 2719 sind im nachfolgenden aufgeführt.

Maßnahmen nach VDI 2719 'Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen'

Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes für das gesamte Plangebiet werden in Innenraumpegel nach VDI 2719 [13] 'Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen' festgesetzt. Zum Bauantragsverfahren ist ein Schallschutznachweis zum Schutz gegen Außenlärm nach VDI 2719 zu führen.

Für die Dimensionierung der Außenbauteile sind folgende maximalen Innenpegel zu berücksichtigen:

Schlafräume in Krankenhausgebieten nachts

Mittelungspegel L_m 30 dB(A)

sonstige Schlafräume nachts

Mittelungspegel L_m 30 dB(A)

Wohnräume in Krankenhausgebieten tagsüber

Mittelungspegel L_m 35 dB(A)

sonstige Wohnräume tagsüber

Mittelungspegel L_m 35 dB(A)

Kommunikations- und Arbeitsräume tagsüber

- Einzelbüros

Mittelungspegel L_m 40 dB(A)

- Büros für mehrere Personen

Mittelungspegel L_m 45 dB(A)

- Läden

Mittelungspegel L_m 50 dB(A)

Unter Berücksichtigung des Berechnungsverfahrens der VDI 2719 ist die erforderliche Schalldämmung der Außenbauteile bei einem geplanten Erweiterungsbau zu ermitteln. Die Beurteilungspegel bei freier Schallausbreitung sind der Anlage 10 des Schallgutachtens zu entnehmen.

Der Nachweis ist im Rahmen des jeweiligen Bauantragsverfahrens zu führen.

Als Ergebnis der schalltechnischen Untersuchung ist zusammenfassend festzustellen, dass

grundsätzlich aufgrund der Überschreitungen der schalltechnischen Orientierungswerte im Bereich des nördlichen und westlichen Randes des Plangebietes Schallschutzmaßnahmen zur Festsetzung im Bebauungsplan erforderlich sind.

Insbesondere für die zu den Straßen Kampenstraße und Friedrichstraße orientierten Fassaden sind passive Schallschutz-Maßnahmen umzusetzen. Im Bebauungsplan sind Innenpegeln nach VDI 2719 für die schutzbedürftigen Aufenthaltsräume festgesetzt, die im Rahmen des jeweiligen Bauantragsverfahrens nachzuweisen sind. Bei Beurteilungspegeln nachts von > 50 dB ist eine Lüftung über gekippte Fenster für die Schlafräume nicht möglich.

Zudem wurde die Veränderung der Verkehrslärmbelastung im Umfeld des Plangebietes beurteilt. Hierbei war festzustellen, dass Erhöhungen der Lärmimmission um maximal 0,1 dB(A) im Tageszeitraum für die Anwohner im Bereich der Kampenstraße vorliegen. Erhöhungen von unter 1 dB(A) sind jedoch nicht wahrnehmbar.

Im Zuge der Planung wurde durch das Büro Peutz eine Beurteilung zu einer möglichen Erschließung der Parkplätze/ Parkhaus bzw. einer Tiefgarage alternativ über die Nordstraße erarbeitet (Stellungnahme vom 07.02.2019). Das Ingenieurbüro Beyer GmbH hat hierzu die Prognoseverkehrsbelastung an der Nordstraße neu berechnet. Die Verkehrsbelastung würde sich von DTV = 1.545 Kfz/24h auf 2.455 Kfz/24h erhöhen. Ein zusätzlicher Schwerlastanteil ist nicht zu erwarten. Die Verkehrszahlen sind der nachfolgenden Liste „Kennwerte für schalltechnische Berechnungen – Bestands- und Prognosefall“ zu entnehmen.

Durch den Mehrverkehr ergibt sich an der Nordstraße eine Erhöhung der Emissionen um 1,9 dB(A) tags und 2 dB(A) nachts.

An den Immissionsorten an der Nordstraße (IO 10 und 11) werden damit erstmalig die schalltechnischen Orientierungswerte der DIN 18005 für Mischgebiet überschritten. Bei einer Durchfahrt von der Kampenstraße zur Nordstraße über die Friedrichstraße werden hier an den Immissionsorten 02-05 und 109-112 die Beurteilungspegel ebenfalls um ca. 2 dB(A) erhöht.

Insgesamt ergeben sich jedoch bei weitem keine Beurteilungspegel in der Größenordnung von 70 dB(A) tags / 60 dB(A) nachts. Es ergibt sich auch keine Verdopplung mit 3 dB(A) Erhöhung der Beurteilungspegel.

Abschließend zeigt sich, dass die Berechnungsansätze des Ingenieurbüros Beyer worst case Ansätze abbilden, da derzeit bereits die Zufahrt zu den Mitarbeiterparkplatz an der Nordstraße mit ca. 80 Stellplätzen und die Anlieferung über die Nordstraße erfolgt.

Kennwerte für schallschutztechnische Berechnungen - Bestands- und PrognosefallBestandssituation

Abschnitt	DTV	SV	Anteil SV	Mt	Mn	pt	pn
	[Kfz/24h]	[Kfz/24h]	[%]	[Kfz/24h]	[Kfz/24h]	[%]	[%]
Q 6 (Nordstraße)	1545	25	1,6	93	17	10	3

Prognosesituation

Abschnitt	DTV	SV	Anteil SV	Mt	Mn	pt	pn
	[Kfz/24h]	[Kfz/24h]	[%]	[Kfz/24h]	[Kfz/24h]	[%]	[%]
Q 6 (Nordstraße)	2455	25	1,0	147	27	10	3

gem. RLS90 4.0, Berechnung des Beurteilungspegel, Tabelle 3
 Ermittlung DTV Wert über Spitzenstunde (Spitzenstunde = 10 % des DTV)

3 Städtebauliche Rahmenbedingungen

3.1 Historie

Als am 26.06.1868 die Grundsteinlegung für das St. Marien-Krankenhaus erfolgte, war die städtebauliche Entwicklung am nördlichen Stadtrand der Oberstadt im Siegtal noch nicht vollzogen. Die „Historische Karte von Tranchot 1801-1821“ lässt keinerlei Bebauung erkennen. Die Oberstadt ist klar und eindeutig in seinen Grenzen der historischen Stadtmauer zu erkennen. Die heutige Kampenstraße ist als nördliche Zufahrtstraße zur Oberstadt zu identifizieren.

In der historischen Karte von 1860 hat sich bzgl. der baulichen Entwicklung außerhalb der Stadtmauern keine wesentliche Änderung ergeben. Bereits bei der Neuaufnahme von 1891 bis 1912 hat sich der städtebauliche Wandel deutlicher vollzogen.

Die Stadt Siegen ist über die Eisenbahn an das deutsche Schienennetz angebunden und das Siegtal vollzieht eine deutliche Entwicklung. Die Sandstraße und die Kampenstraße sind als Siedlungsbereiche erkennbar und auch der Wellersberg und der Giersberg werden zunehmend bebaut. Die heutigen Siedlungsstrukturen sind nur bzgl. des St. Marien-Krankenhaus erkennbar.

Die Friedrichstraße wie auch der Bereich bis zum Berghang zur Oberstadt sind unbebaut. Die kath. St. Michaelskirche ist noch nicht vorhanden. Sie wird zwischen 1903 und bis 1906 erbaut.

Die Topografische Karte (TK25) von 1936 bis 1945 zeigt wiederum das heutige städtebauliche Grundgerüst. Allerdings ist die bauliche Dichte noch nicht so ausgeprägt wie heute. Im Quartier nimmt das St. Marien-Krankenhaus bereits eine städtebaulich hervorgehobene Stellung ein.

Am 07. Oktober 1869 erfolgte die Schlüsselübergabe für den ersten Neubau des Krankenhauses. Es konnten ca. 30 Patienten in Krankensälen und Einzelzimmern versorgt werden. Im Jahr 1905 erfolgt ein 3-geschoßiger Anbau als Südflügel, der 1906 fertiggestellt wird. Im darauffolgenden Jahr wird die erste Chirurgie eingerichtet und bereits 1912 wird ein weiterer Anbau im Norden realisiert.

Es folgen nun weitere Erweiterungen 1914 und 1928, so dass sich das Krankenhaus immer stärker etabliert. Das Krankenhaus umfasste nun ca. 285 Betten und war damit das größte und modernste Krankenhaus im weiteren Umkreis.

Mit der Machtergreifung 1933 und dem Beginn des zweiten Weltkrieges verändert sich die Bautätigkeit im Quartier. Zu dem Krankenhaus kommt ein Bunker hinzu. Bei dem Bombenangriff am 16.12.1944 wird das St. Marien-Krankenhaus weitestgehend zerstört. In den Nachkriegsjahren erfolgt der Wiederaufbau beginnend mit dem Nordflügel 1947 und dem Südflügel 1950. Im Jahr 1956 sind dann die letzten Kriegsschäden beseitigt.

In der Neuzeit erfolgten zunächst Erweiterungen in vier Bauabschnitten; 1961 der Bau des Bettenhauses und 1967 der zweite Bauabschnitt „Behandlungsbau“. Im Jahr 1968 war diese Bauentwicklung mit dem Vollenden des dritten und vierten Bauabschnittes einschließlich des 12-geschoßigen „Verkehrsturms“ abgeschlossen.

Im Jahr 2004 wurde der bestehende „Altbau“ vollständig erweitert, nachdem 2001 ein weiterer Anbau entstand. Mit der Neustrukturierung und Erweiterung des Untersuchungs- und Behandlungsbereiches wurden die bisherigen Baumaßnahmen abgeschlossen.

Im Jahre 2008 wurde der Eingangsbereich Kampenstraße erweitert und neugestaltet.

3.2 Ausgangssituation

Das St. Marien-Krankenhaus befindet sich nördlich der Oberstadt. Es ist eingebunden in die örtliche Baustruktur zwischen Friedrichstraße, Nordstraße und Kampenstraße. Wegen der umgebenden Bebauung sind Entwicklungen des Krankenhauses nur in Richtung der Bestandsbebauung möglich. Freiflächen, die für eine Bebauung zur Verfügung stünden, sind nicht vorhanden.

Im St. Marien-Krankenhaus Siegen werden jährlich ca. 20.000 Patienten stationär behandelt. Darüber hinaus werden bis zu 60.000 Menschen in den 10 Kliniken und Instituten ambulant versorgt.

Eine solch hohe Versorgungsquote erfordert neben einer qualitätsorientierten Pflegeversorgung ein hohes Maß an optimierter baulicher Substanz. Eine Anpassung an die Bedürfnisse der Patienten und den Anforderungen der medizinischen Standards sind Ausdruck der ständigen baulichen Veränderung des Klinikbetriebes.

Der Komplex des Krankenhauses besteht aus mehreren Baukörpern, die an der Kampenstraße liegen. Der Haupteingang und die Zufahrt zur Tiefgarage erfolgen von hier.

Rückwärtig an der Nordstraße ist eine Stellplatzanlage vorhanden. In Gebäuden entlang der Friedrichstraße und der Nordstraße sind weitere Einrichtungen und Verwaltung des St. Marien-Krankenhauses untergebracht.

Die Klinikbetreiber haben sukzessiv weitere Grundstücke innerhalb des Areals erworben, um Entwicklungsflächen für den Klinikbetrieb und die Verwaltung zu erhalten. Um diese Entwick-

lung steuern zu können, wurde ein Architektenwettbewerb für die zukünftigen baulichen Ansprüche und Herausforderungen durchgeführt.

3.3 Planungserfordernis

Bauleitpläne müssen dann aufgestellt werden, sobald und soweit dies für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist (§ 1 (3) BauGB). Eine Planungspflicht besteht also immer dann, wenn städtebauliche Ordnung gefordert ist, d.h. wenn andernfalls die Durchsetzung der planerischen Konzeption der Kommune gefährdet wäre. Diese Konzeption festzulegen und städtebauliche Schwerpunkte zu setzen, ist eine wesentliche Aufgabe der Kommune.

Das vorhandene St. Marien-Krankenhaus beansprucht bereits weite Teile des Quartiers, um die Bevölkerung mit medizinischen Angeboten zu versorgen. Um auch weiterhin den modernen Ansprüchen einer hochwertigen medizinischen bzw. ärztlichen Versorgung nachzukommen, sind sowohl Ergänzungen des medizinischen Angebotes, als auch die Qualität der dauerhaften Unterbringung von Patienten zu optimieren.

Die Stadt Siegen erkennt den erheblichen Entwicklungsdruck, der auf dem St. Marien-Krankenhaus liegt, welcher sich letztlich auch auf das Quartier auswirkt. Um städtebaulich hierauf zu antworten, wurde zunächst ein städtebaulich-architektonischer Wettbewerb durchgeführt, in dem auf die besondere Situation eine Antwort gefunden werden sollte.

Der Entwurf des Gewinners sieht einen zentralen Baukörper im Plangebiet vor, der als Querriegel die Mitte des Quartiers bestimmt. Von dort verringern sich die Kubatur und die Höhe der Baukörper zu den rückwärtigen Bereichen.

Gleichzeitig sieht der Vorhabenträger die Umnutzung des sogenannten „Fischerquartiers“ (ehemalige Gärtnerei) vor.

Die Stadt Siegen unterstützt die Bestrebungen der St. Marien-Krankenhaus GmbH und sieht den Bedarf zur Neuordnung des Quartiers. Hierzu ist die Aufstellung eines Bebauungsplanes erforderlich, in dem der städtebauliche Rahmen durch Art und Maß der baulichen Nutzung definiert wird. Auch sind die zulässige Versiegelung (überbaubare Grundstücksflächen) sowie der Erhalt von Bäumen und Grünflächen zu regeln.

3.4 Erschließung

Das Plangebiet ist von der Kampenstraße, Elisabethstraße, Nordstraße und Friedrichstraße verkehrlich angebunden. Die Kampenstraße bindet das Quartier an die Oberstadt und an das Siegtal (Sandstraße) an. Eine Neuordnung des fließenden Verkehrs ist nicht erforderlich.

Der ruhende Verkehr wird derzeit durch eine Parkraumbewirtschaftung im öffentlichen Verkehrsraum und durch Stellplatzanlagen (Tiefgarage und Stellplätze) auf dem Klinikgelände geregelt. Durch den Neubau der Tiefgarage, soll der Bedarf an Stellplätzen für den Klinikbetrieb gesichert werden.

An der Zufahrtsituation zur Tiefgarage im Bereich der Kampenstraße wird festgehalten. Je nach Erfordernis wird auch eine Zufahrt von der Nordstraße eingeplant. Die Parkplätze auf dem Krankenhausgrundstück im Bereich der Nordstraße bleiben erhalten.

Zusätzlicher Parkraum wird im Bereich „Fischerquartier“ ausschließlich für die dortigen Beschäftigten eingerichtet.

3.5 Ver- und Entsorgung

Die notwendigen Hauptleitungen für Strom, Wasser und Telekommunikation sind vorhanden. Änderungen im öffentlichen Leitungsnetz werden nicht erwartet.

Die Regenwasser- und Schmutzwasserkanäle sind an die entsprechenden Kanäle im öffentlichen Straßenraum angeschlossen. Die Abwasserfracht wird durch die Nachverdichtung erhöht, stellt aber für das vorhandene Kanalnetz keinen wesentlichen Nachteil dar. Eine Vergrößerung der Querschnitte ist nicht erforderlich.

Die öffentliche Müllentsorgung erfolgt nach den örtlichen Satzungen. Der Sondermüll, aus Klinik-Abfällen wird gesondert entsorgt.

Der Brandschutz ist durch das öffentliche Trinkwassernetz als Grundschutz im Rahmen der DVGW W405 gewährleistet. Darüber hinaus gehende Anforderungen auf Grund besonderer Bedingungen für den Klinikbetrieb sind vom Vorhabenträger auf dem Grundstück mittels Bereitstellung von Löschwasser zu sichern.

3.6 Altlasten

Es liegen keine Erkenntnisse über mögliche Altlasten vor.

3.7 Kampfmittel

Es ist eine Luftbildauswertung für die Flurstücke 256,255, 257, 455, 546 und 487 der Flur 25, Gemarkung Siegen durchgeführt worden. Mit Schreiben vom 07.10.2010, 08.06.2018 und 19.06.2018 wurde mitgeteilt, dass Bombardierungen festgestellt wurden, aber keine konkreten Blindgängerverdachtspunkte.



Das Sondieren der zu bebauenden Flächen und Baugruben und die Anwendung der Anlage 1 der Technischen Verwaltungsvorschrift für die Kampfmittelbeseitigung im Land Nordrhein-Westfalen (Anlage 1 TVV) im Bereich der Bombardierung wird empfohlen.

Im Falle eines erheblichen Bodeneingriffs im Bereich der kampfmittebelasteten Fläche (> 0,70 m) ist eine Oberflächendetektion erforderlich.

Das "Merkblatt vorbereitende Maßnahmen zur Oberflächensondierung" ist zu beachten.

Auf Grund des Befundes müssen die Flächen vor einem Bodeneingriff per Oberflächendetektion untersucht werden. Zunächst sind die Örtlichkeiten vor der Untersuchung vom Vorhabenträger kenntlich zu machen. Büsche müssen entfernt und die Wiesenflächen auf max. 10 cm gemäht sein. Bäume dürfen stehen bleiben.

Eine Oberflächenversiegelung (Asphalt oder Pflaster, etc.) ist möglichst erschütterungsarm einschließlich einer Schottertragschicht zu entfernen. Außerdem ist der Untersuchungsbereich von metallischen oder anderen Gegenständen freizumachen und sie sind in einem Abstand von min. 5 Metern vom Messbereich abzulagern.

Weitergehende Maßnahmen können je nach örtlicher Situation erforderlich werden.

Unter Vorlage von Bildern, Übersichts- und Lageplänen, einer Größenangabe der Untersuchungsfläche sowie einem Terminvorschlag, ist die Oberflächendetektion bei der Ordnungsbehörde der Stadt Siegen (sv.klein@siegen.de oder p.huckestein@siegen.de) zu beantragen.

Kostenträger aller Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung oder Begleitung der Kampfmittelbeseitigung stehen, ist nach dem Ordnungsbehördengesetz NRW der Grundstückseigentümer.

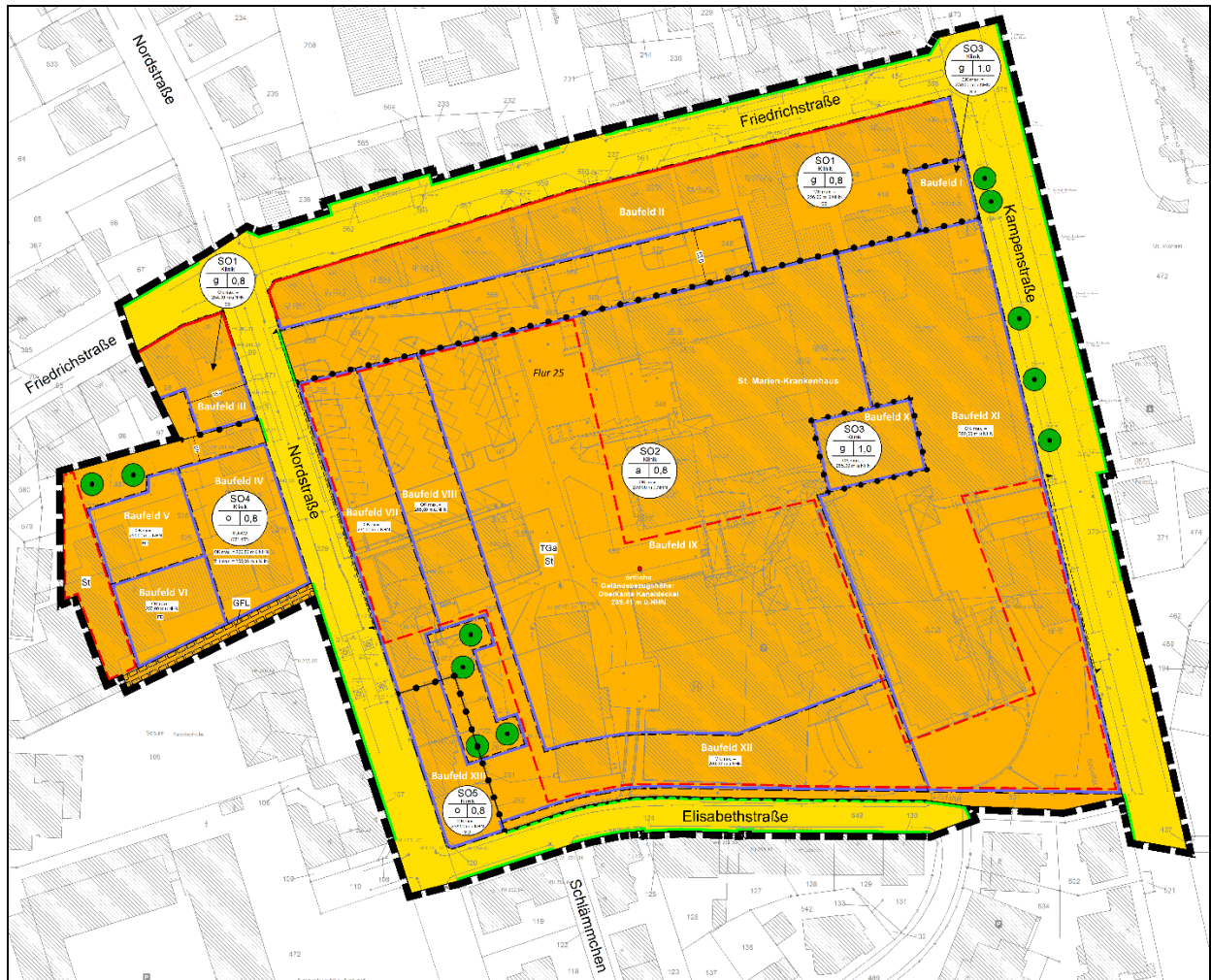
Es gilt darüber hinaus der allgemeine Hinweis:

Ist der Erdaushub bei der Durchführung der Bauvorhaben außergewöhnlich verfärbt oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und der KBD-WL ist unverzüglich durch die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zu verständigen.

3.8 Boden

Zur Vermeidung von überschüssigem Erdmaterial ist vorrangig Massenausgleich anzustreben; dennoch anfallender überschüssiger Bodenaushub ist in rechtlich zulässiger Weise zu verwerten oder auf einer abfallrechtlich zugelassenen Deponie des Kreisgebietes zu beseitigen. Nach den §§ 9 und 12 Abs. 2 Bundesbodenschutzverordnung ist es nicht zulässig, Bodenmaterial, das die Vorsorgewerte überschreitet, auf Flächen, über die keine Erkenntnisse über das Vorliegen von schädlichen Bodenveränderungen bekannt sind, aufzubringen. Überschüssiger Bodenaushub, anfallender Bauschutt etc. ist auf den Erd- bzw. Mülldeponien des Kreises Siegen-Wittgenstein zu lagern. Sollte im Plangebiet Bodenmaterial, das die o.a. Vorsorgewerte überschreitet gefunden werden, so ist der Kreis Siegen-Wittgenstein zu benachrichtigen, um geeignete Maßnahmen zum Umgang mit diesem Boden zu treffen.

4 Planfestsetzungen



Entwurf Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung Marienkrankenhaus“, ohne Maßstab

In der nachfolgenden Tabelle sind die Baugebiete mit den einzelnen Baufeldern aufgeführt und beschrieben. Den Baugebieten sind auch das Maß der baulichen Nutzung und die Bauweise zugeordnet, so dass man einen kurzen Überblick über die wesentlichen Festsetzungen hat.

Als Art der baulichen Nutzung ist „Sondergebiet SO Klinik“ festgesetzt.

Die Erläuterungen zu den Festsetzungen sind in den nachfolgenden Kapiteln ausgeführt.

Das SO-Gebiet wurde aufgrund der jeweiligen unterschiedlichen Festsetzungen in fünf SO-Gebiete (SO 1 bis SO 5) unterteilt. Zur besseren Zuordnung und Beschreibung der einzelnen Bauflächen (Umgrenzung von Flächen mit gleichen Festsetzungen, umgrenzt mit Baugrenzen bzw. Baulinien) wurden 13 Baufelderbezeichnungen in die Planzeichnung eingetragen. Diese haben allerdings keinen normativen Charakter, sondern sind rein erläuternd.

Baufeld / Art der baulichen Nutzung	Beschreibung	Grundflächenzahl (GRZ)	Höhe bauli- cher Anlagen (m ü NHN) OK max. / TH max.	Bauweise	Dachform Dachneigung
Baufeld 1 SO3 <small>Klinik</small>	Kampenstraße, Be- standsbebauung, derzeit keine wesentliche bauli- che Änderung geplant, überwiegend Verwal- tungs- und Büronutzun- gen, Praxen, Wohnen	1,0	OK max. 259,0 m -	Geschlossene (g)	Satteldach
Baufeld 2 SO1 <small>Klinik</small>	Friedrichstraße, Be- standsbebauung, derzeit keine wesentliche bauli- che Änderung geplant, überwiegend Verwal- tungs- und Büronutzun- gen, Wohnen	0,8	OK max. 256,0 m -	Geschlossene (g)	Satteldach
Baufeld 3 SO1 <small>Klinik</small>	Friedrichstraße Ecke Nordstraße, Bestandsbe- bauung, derzeit keine wesentliche bauliche Änderung geplant, über- wiegend Verwaltungs- und Büronutzungen, Wohnen	0,8	OK max. 254,0 m -	Geschlossene (g)	Satteldach
Baufeld 4 SO4 <small>Klinik^^</small>	Nordstraße Westseite, derzeit ehemalige Gärt- nerei und Wohnen, Ab- riss der Gärtnereigebäu- de und Neubau eines Verwaltungsgebäudes mit Zentralapotheke, Praxen und klinische Nutzungen	0,8	OK max. 260,5 m TH max. 255,0 m -	Offene (o)	Satteldach/ Walmdach, 35°-45°
Baufeld 5 SO4 <small>Klinik</small>	Nordstraße Westseite, derzeit ehemalige Gärt- nerei und Wohnen, Ab- riss der Gärtnereigebäu- de und Neubau eines Verwaltungsgebäudes mit Zentralapotheke, Praxen und klinische Nutzungen	0,8	OK max. 251,0 m -	Offene (o)	Flachdach
Baufeld 6 SO4 <small>Klinik</small>	Nordstraße Westseite, derzeit ehemalige Gärt- nerei und Wohnen, Ab- riss der Gärtnereigebäu- de und Neubau eines Verwaltungsgebäudes mit Zentralapotheke, Praxen und klinische Nutzungen	0,8	OK max. 255,0 m -	Offene (o)	Flachdach

Baufeld / Art der baulichen Nutzung	Beschreibung	Grundflächenzahl (GRZ)	Höhe bauli- cher Anlagen (m ü NHN) OK max. / TH max.	Bauweise	Dachform Dachneigung
Baufeld 7 SO2 <small>Klinik</small>	Nordstraße Ostseite und Elisabethstraße, Verwaltungsbau und Stellplatzanlage, Bestandserhaltung, optional für eine Bebauung vorgesehen	0,8	261,0 m	Abweichende (a)	-
Baufeld 8 SO2 <small>Klinik</small>	Rückwärtig von SO4, Verwaltungsgebäude und Stellplätze, zu erhaltende Bäume, Bestandserhaltung, optional für Erweiterung vorgesehen	0,8	265,0 m	Abweichende (a)	-
Baufeld 9 SO2 <small>Klinik</small>	Zentraler Bereich West, Stellplatzanlage, rückwärtiger Versorgungshof, ehem. Schwesternwohnheim, Hauptflächen für die Erweiterung der Klinik und der Tiefgarage Bestandsbebauung Klinik, Erhaltung und Erweiterung der Bebauung,	0,8	270,0 m	Abweichende (a)	-
Baufeld 10 SO3 <small>Klinik</small>	Zentraler Bereich Mitte, „Verkehrsturm“, Erhalt und Hubschrauberlandeplatz	1,0	285,0 m	geschlossene (g)	-
Baufeld 11 SO2 <small>Klinik</small>	Kampenstraße, Eingangsbereich Klinik und Zufahrt Tiefgarage, Bettenhaus, Erhalt der Bebauung, ggf. Neuordnung der Freiflächen	0,8	280,0 m	Abweichende (a)	-
Baufeld 12 SO2 <small>Klinik</small>	Bereich entlang Elisabethstraße	0,8	260,0 m	Abweichende (a)	-
Baufeld 13 SO5 <small>Klinik</small>	Nordstraße, Bestandsbebauung, Wohnen und Gewerbliche Büronutzung, Erhalt des Ist-Zustandes	0,8	258,0 m	Offene (o)	Satteldach

4.1 Art der baulichen Nutzung

Zur Umsetzung der geplanten Vorhaben und der damit verbunden städtebaulichen Zielsetzung werden im B-Plan Sondergebiet „Klinik“ als Art der baulichen Nutzung festgesetzt.

4.1.1 Sondergebiet „Klinik“

Vorrangiges Ziel der Aufstellung des Bebauungsplanes ist es, die Entwicklung der Klinik St. Marien-Krankenhaus in städtebaulich geordnete Bahnen zu lenken. Das Ergebnis des Wettbewerbes und die daraus resultierende Konkretisierung des Vorhabens der Erweiterung der Klinik in Richtung Nordstraße sind Grundlage für die Festsetzung des Sondergebietes. Berücksichtigt werden die Bestandsnutzungen sowie die Entwicklungsabsichten der Klinikbetreiber.

Folgende textliche Festsetzungen wurden getroffen:

Das Sondergebiet „Klinik“ dient der Unterbringung von Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen für medizinische Behandlungen, für medizinische Praxen, für medizinische Forschungs- und Entwicklungszwecke, für medizinische Einrichtungen sowie als Personalwohnungen für Personen aus medizinischen, pharmazeutischen, wissenschaftlichen und Pflegeberufen des Klinikums, Klinik für Orthopädie, Unfall- und Handchirurgie und Sportverletzungen, Klinik für Allgemein-, Viszeral- und Gefäßchirurgie, Klinik für Kardiologie, Angiologie und internistische Intensivmedizin, Klinik für Gastroenterologie, Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe, Klinik für Hämatologie. Medizinische Onkologie und Palliativmedizin, Klinik für Radio-Onkologie, Klinik für Anästhesie und Intensivmedizin, Belegabteilungen für Nuklearmedizin, Radiologie, Institut für Diagnostische Radiologie, Einrichtungen zur Aus-, Fort- und Weiterbildung, Hubschrauberlandeplatz.

Im Rahmen dieser Zweckbestimmung sind allgemein zulässig:

- Klinikgebäude, Ärztehaus für Fachmediziner,
- Praxen,
- Einrichtungen für medizinische Rehabilitation
- Anlagen für soziale und gesundheitliche Zwecke
- Anlagen für Verwaltungen, Bewirtschaftung und Versorgung der Klinik
- Wohngebäude mit betreutem Wohnen
- dem Sondergebiet zugeordnete Apotheken
- Parkhäuser, Parkpaletten, Parkplätze des Sondergebietes

In den Gebieten SO 1 und SO 5 sind zusätzlich auch noch Wohngebäude zulässig.

Ausnahmsweise zulässig sind:

- Anlagen für kirchliche und kulturelle Zwecke
- Schank- und Speisewirtschaften zur Versorgung des Klinikgebietes
- Betriebe des Beherbergungsgewerbes
- Sonstige den Klinikbetrieb nicht störende Gewerbebetriebe
- Personalwohnungen

4.2 Maß der baulichen Nutzung

4.2.1 Grundflächenzahl

Die Grundflächenzahl gibt an, wie viel Quadratmeter Grundfläche je Quadratmeter Baugrundstücksfläche von baulichen Anlagen überdeckt werden darf. Die Festsetzung der Grundflächenzahl orientiert sich an der in § 17 (1) BauNVO vorgegebenen Obergrenzen.

Das Quartier weist aufgrund seiner innenstadtnahen Lage und den zentralen Nutzungen einen urbanen Charakter mit entsprechend hoher, aber adäquater Dichte bzw. Versiegelung auf.

Die Bebauungsplanung greift diese städtebaulich Dichte auf, so dass die Grundflächenzahl für alle Teilbereiche des Sondergebiets (SO 1 bis SO 5, Baufelder I bis XIII) auf 0,8 (80 % der Grundstücksfläche) festgesetzt wird. Lediglich der vorhandene Turm mit Hubschrauberlandeplatz auf dem Flachdach wurde mit einer GRZ von 1,0 gemäß dem Versiegelungsgrades des Bestandes festgesetzt.

Die Grundflächenzahl ermöglicht hinsichtlich der Errichtung von baulichen Anlagen jeglicher Art eine hohe Ausnutzbarkeit, da 80 % der als Sondergebiet festgesetzten Grundstücksflächen überbaut werden dürfen. Die Notwendigkeit zur Orientierung der Grundflächenzahl an der Obergrenze leitet sich aus der beabsichtigten Nutzung ab, die flächenmäßig großvolumige bauliche Anlagen erwarten lässt. Außerdem müssen darüber hinaus die übrigen Flächenanteile für die internen Erschließungswege und zum Anlegen von Parkplätzen überbaut werden.

Für die Ermittlung der zulässigen Grundfläche ist die Fläche des Baugrundstücks maßgebend, die im Bauland und hinter der im Bebauungsplan festgesetzten Straßenbegrenzungslinie liegt.

Bei der Ermittlung der Grundfläche ist nicht nur die eigentliche Gebäudegrundfläche maßgebend, sondern es müssen auch die Grundflächen von

- Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahrten,
- Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO und
- baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird,

hinzugerechnet werden.

4.2.2 Geschossflächenzahl

Eine Geschossflächenzahl wurde nicht festgesetzt. Im Baugenehmigungsverfahren ist es aber dennoch notwendig diese zu berechnen.

Die Geschossflächenflächenzahl gibt an, wie viel Quadratmeter Geschossfläche je Quadratmeter Grundstücksfläche zulässig sind. Die Geschossfläche ist nach den Außenmaßen der Gebäude in allen Vollgeschossen zu ermitteln. Die Festsetzung der Geschossflächenzahl orientiert sich an der in § 17 (1) BauNVO vorgegebenen Obergrenzen. Hierdurch ist gewährleistet, dass eine städtebaulich verträgliche Ausnutzung der Grundstücke ermöglicht wird. Für Sondergebiete beträgt die GFZ maximal 2,4.

Bei der Umsetzung der Planung ist die Überschreitung der Geschossflächenzahl absehbar und notwendig.

Nach der Kommentierung der Baunutzungsverordnung 2017 (Zitat: Bröll/Dr. A. Scheidler 2017) wurde der § 17 Abs. 2 BauNVO durch die Innenentwicklungsnovelle des Jahres 2013 tiefgreifend umgestaltet. Der Spielraum der Gemeinden, die Obergrenzen zu überschreiten, wurde im Interesse einer verstärkten Innenentwicklung erweitert.

Gleichzeitig wurden die Voraussetzungen für die Überschreitung vereinfacht. Die bisherige Sonderregelung für Bestandsgebiete (§ 17 Abs. 3 BauNVO) ist entfallen.

Das Maß der Überschreitung liegt in der Verantwortung der Gemeinde. Sie richtet sich nach der konkreten städtebaulichen Situation, den Planungszielen der Gemeinde und den Grundsätzen für die Bauleitplanung (§ 1 BauGB). Verbindliche Vorgaben, etwa Prozentangaben, wären nicht sachgerecht und sind zu Recht unterblieben. Hinzu kommt, dass Grenzwerte - etwa für die GFZ - in Bezug auf ungesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse allgemeingültig kaum ermittelt werden können. Sie hängen im Einzelfall von einer Vielzahl von Einflussgrößen ab (Belegungsdichte, Grundrisse, Zuschnitte, Dämmung der Außenwände, Anordnung der Freiflächen, Verkehrsverhältnisse)

Eine Überschreitung der Grenzwerte ist nach § 17 Abs. 2 BauNVO jetzt unter folgenden Voraussetzungen, die kumulativ erfüllt sein müssen, möglich:

- Vorliegen städtebaulicher Gründe für eine Überschreitung,
- Ausgleich,
- zur Einhaltung der gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse,
- zur Vermeidung nachteiliger Auswirkungen auf die Umwelt.

Begründung für die Überschreitung:

Gemäß der Novelle der BauNVO zum 22.09.2013 müssen keine besonderen städtebaulichen Gründe für eine Überschreitung mehr vorliegen.

In vorliegendem Fall soll eine Innenraumverdichtung für das überregional bedeutsame Krankenhausareal vorgenommen werden. Hierbei wird die flächensparende Nachverdichtung an Stelle einer Neuversiegelung vorgezogen.

Die Erweiterung des Krankenhausareals auf eigene Flächen entspricht in vollem Maße diesem v.g. Planungsziel. Es handelt sich hier um die Standortsicherung und die Erhaltung der gesundheitlichen Versorgungssicherheit.

Der vorhandene Standort des St. Marien-Krankenhauses ist als überregional wichtiger Klinikstandort unverzichtbar und soll standorterhaltend weiter ausgebaut werden, damit den gesundheitlichen Bedürfnissen der Bevölkerung nachhaltig Rechnung getragen werden kann.

Der Krankenhausstandort dient darüber hinaus der Sicherung dieser Infrastruktureinrichtung der Großstadt Siegen regional und überregional dar.

Zum Schutz der gesunden Wohn- und Arbeitsverhältnisse wurde eine „Schalltechnische Untersuchung“ erarbeitet. Die festgesetzten „Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes“ dienen diesem Schutzanspruch.

Durch die ökologischen, artenschutzrechtlichen Vermeidungs-, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen wird auch dem Punkt des Ausgleichserfordernis Rechnung getragen.

Gemäß Umweltbericht (Ziffer 6.1 dieser Begründung) sind keine nachteiligen Auswirkungen durch die Umsetzung der Baumaßnahmen auf die Umwelt zu erwarten.

Sonstige öffentliche Belange stehen der Planung nicht entgegen. Es handelt sich um einen Altstandort des Krankenhauses. Dem Grunde nach entspricht die Darstellung des Flächennutzungsplanes den Entwicklungszielen des Bebauungsplanes. Lediglich geringfügige Abweichungen sind hinsichtlich des Mischgebiets und des Allgemeinen Wohngebiets zu verzeichnen.

Die Vorgaben der Überschreitungsmöglichkeit der GFZ gemäß § 17 Abs. 2 BauNVO sind somit als gegeben anzusehen.

4.2.3 Höhe baulicher Anlagen

Die Höhe baulicher Anlagen (OK = Oberkante) wird in Meter (m) über Normalhöhennull (ü.NHN) als Höchstmaß definiert. Dabei gilt:

- Die zulässige Höhe baulicher Anlagen ergibt sich aus der in der Planzeichnung festgesetzten maximalen Oberkante baulicher Anlagen (OK max.) in Meter (m) über Normalhöhennull (ü.NHN).
- In den Sondergebieten SO 1 bis SO 5 sind untergeordnete bauliche Anlagen wie z.B. Kamine, Schornsteine, Lüftungsschächte, Solaranlagen u.ä. von der v.g. Höhenfestsetzung ausgenommen. Ebenfalls sind notwendige Technikräume bis zu einem Drittel der Grundfläche der Dachfläche bei einer maximalen Höhe von 3 m über Oberkante Gebäudehöhe ebenfalls von den v.g. Höhenfestsetzungen ausgenommen. Hierbei müssen die Außenwände der Technikräume von den der öffentlichen Verkehrsfläche zugewandten Gebäudeseiten einen Mindestabstand von 3,00 m aufweisen.

Die Höhe baulicher Anlagen gelten innerhalb der Bereiche des Krankenhauses. Die Festsetzung ist in diesem Sinne bestandssichernd.

Ausnahme hiervon ist der Neubau des Areals (sog. Fischer-Quartier) an der Nordstraße. Hier soll sichergestellt werden, dass mit der Höhenfestsetzung die neuen baulichen Anlagen die Bestandsbebauung im Umfeld nicht überragen.

Für die Neubebauung an der Nordstraße (Baufeld IV bis VII) wurden jeweils die Traufhöhe (Höhe baulicher Anlagen (TH = Traufhöhe) in Meter (m) über Normalhöhennull (ü.NHN) als Höchstmaß) an der festgesetzt, damit die Solitärbebauung ein dem Umfeld angepasstes Erscheinungsbild erhält. Dadurch soll ein Bruch der Blockrandbebauung entlang der Nordstraße verhindert werden.

Eine Einbindung des Neubaus in das städtebauliche Umfeld ist damit sichergestellt.

4.3 Bauweise und Überbaubare Grundstücksflächen

4.3.1 Bauweisen

Die Bauweise im Plangebiet ist gegliedert in die offene, geschlossene und die abweichende.

Offene Bauweise

In der offenen Bauweise werden die Gebäude mit seitlichem Grenzabstand als Einzelhäuser, Doppelhäuser oder Hausgruppen errichtet. Die Länge der Hausformen darf höchstens 50 m betragen.

Die offene Bauweise gilt lediglich für Flächen entlang der Nordstraße, im Einzelnen für das Bau-
feld SO 4 (geplante Solitärbebauung) und SO 5 (Bestandsbebauung Nordstra-
ße/Elisabethstraße). Innerhalb dieser Flächen muss also mit seitlichem Grenzabstand gebaut
werden. Diese Gebäude dürfen eine Länge von 50 m nicht überschreiten.

Geschlossene Bauweise

In der geschlossenen Bauweise werden die Gebäude ohne seitlichen Grenzabstand errichtet.
Die geschlossene Bauweise gilt überwiegend entlang der Friedrichstraße (SO 1, Bestandsbe-
bauung) und für den Hubschrauberlandeplatz auf dem Dach (SO 3). Die Bebauung ist dort an
die Grundstücksgrenzen gebaut. Die geschlossen Blockrandstruktur soll erhalten werden.

Abweichende Bauweise

Im Bebauungsplan wird für das Gebiet SO 2 eine abweichende Bauweise festgesetzt. Dabei wird
auch festgesetzt, inwieweit an die vorderen, rückwärtigen und seitlichen Grundstücksgrenzen
herangebaut werden darf oder muss.

Die abweichende Bauweise gilt für das zentrale Gebiet der Klinik. Der solitäre Baukörper ist
weder an Grenzen gebaut noch unterschreitet er die Länge von 50 m.

Grundsätzlich sollen aber die Grenzabstände eingehalten werden, um eine ausreichende Be-
lichtung und Belüftung der umgebenden Bebauung zu gewährleisten. Insofern handelt es sich
bei der Bebauung um eine Abweichung von der offenen Bauweise, in der Gebäudelängen über
50m zulässig sind.

4.3.2 Baugrenzen und Baulinien

Es werden sowohl Baulinien als auch Baugrenzen festgesetzt. Die Baulinien und Baugrenzen
definieren die überbaubaren Grundstücksflächen, innerhalb derer die Baukörper errichtet wer-
den müssen.

Die überbaubaren Grundstücksflächen (Baugrenzen und -linien) werden ergänzt von Umgren-
zungen der Flächen für Nebenanlagen, Stellplätzen, Garagen und Gemeinschaftsanlagen (siehe
hierzu Kapitel 4.6.1).

Baulinien

Es ist eine Baulinie festgesetzt, auf welcher gebaut muss werden.

Die Baulinie entlang des Straßenzuges Friedrichstraße unterstützt den Erhalt der Blockrandbebauung.

Die Friedrichstraße ist beidseitig mit Gebäuden bebaut, die auf die Grenze gebaut sind. Hierdurch entsteht eine geschlossene einheitliche Bauflucht und ein typisches Innenstadtquartier aus der Zeit des späten 19. Jahrhunderts, sog. Gründerzeitbebauung. Um den Charakter des Straßenzuges zu erhalten werden in diesem Bereich Baulinien ausgewiesen, um die vorhandenen Baufluchten und die geschlossene Blockstruktur zu erhalten.

Baugrenzen

Es ist eine Baugrenze festgesetzt, Gebäude und Gebäudeteile dürfen diese nicht überschreiten.

Die Baugrenzen sind für das Gebiet großzügig als zusammenhängendes Baufeld definiert. Damit bleibt den Bauherren ein ausreichender Spielraum bauliche Anlagen auf den Grundstücken zu errichten.

Lediglich an vier Stellen im Plangebiet wird ein Abstand zur Grundstücksgrenze festgesetzt. Im Bereich des „Fischer Quartiers“ gelten für den rückwärtigen Grundstücksbereich Abstände zur Nachbarbebauung, um einen Schutz der angrenzenden Wohnbebauung zu gewährleisten. Der Aspekt gesunder Wohnverhältnisse und einer ausreichenden Belichtung und Besonnung ist hier höher zu bewerten, als die Gestaltungsfreiheit der Bauherren in Bezug auf die architektonische Umsetzung der Bebauung.

Im rückwärtigen Bereich der „Friedrichstraße / „Nordstraße“ ist ein 13,00 m breiter Bereich durch Baugrenzen freigehalten, um die Sozialabstände auch durch nicht überbaubare Bereiche zu schützen und die Abstandsflächen eindeutig als Mindestmaß vorzugeben.

Im Bereich rückwärtig der Immunologie und der Bebauung an der Nordstraße ist der Bereich mit dem alten Baumbestand ausgegrenzt. Hier dürfen keine hochbaulichen Anlagen errichtet werden, um den Baumbestand zu schützen.

Im Süden des Plangebiets entlang der Elisabethstraße werden ebenfalls Abstände zur Grundstücksgrenze berücksichtigt. Auch hier gilt der Schutz der Wohnbebauung an der Straße als höherwertiges Gut.

4.4 Gestaltungsfestsetzungen

Durch die nachfolgenden Festsetzungen wird eine Leitlinie für die Gestaltung der straßenbegleitenden Bebauung entlang der Friedrichstraße und der Nordstraße in diesem besonderen städtebaulichen Bereich der Innensituation festgesetzt.

Zu folgenden Punkten wurden gestalterische bauordnungsrechtliche Festsetzungen gem. § 9 (4) BauGB i.V.m. § 89 BauO NRW getroffen:

1. Dächer (Dachformen, Dachneigungen),
2. Gestaltung der Dachaufbauten,
3. Flachdachbegrünung und

4. Solaranalagen.

Durch die gestalterischen Festsetzungen wird Sorge getragen, dass es nicht zu einer Disharmonie in der optischen Wahrnehmung des Erscheinungsbildes der bebauten Straßenzüge kommt. Somit werden baugestalterische Festsetzungen (gem. BauO NW) als Unterstützung der städtebaulichen Mittel genutzt, mit denen im Plangebiet ein angenehmes Umfeld geschaffen werden soll.

Dächer

Für die Bebauung entlang der Friedrichstraße, der Nordstraße und Ecke Nordstraße/ Elisabethstraße wurde gemäß der vorhandenen baulichen Ausführung die Dachform „Satteldach“ (SD) festgesetzt (Baufelder I bis III und XIII).

Für die Neubebauung an der Nordstraße (Baufeld IV bis VI) wurden die Dachformen (Satteldach, Walmdach entlang der Nordstraße und Flachdach im rückwärtigen Bereich) festgesetzt. Als Dachneigung für die straßenbegleitende Neubebauung an der Nordstraße wurde noch die Dachneigungen mit 35° bis 45° festgesetzt. Somit erhält die neue Solitärbebauung ein dem Umfeld angepasstes Erscheinungsbild als Alleinstellungsmerkmal.

In allen anderen Sondergebieten sind keine Dachformen bzw. Dachneigungen festgesetzt.

Gestaltung von Dachaufbauten

Zur Einbindung des Gebietes in das städtebauliche Umfeld wurden in den durch die Wohnbebauung geprägten Bereichen entlang der Friedrichstraße und Nordstraße (Baufelder I bis IV und XIII) für geneigte Dächer auch Festsetzungen zur Dachgestaltung getroffen.

Hier sind Dachaufbauten nur an Dachflächen zulässig, deren Fassadenfront zur Haupteinschließung orientiert ist.

Folgende Dachaufbauten sind zulässig: Satteldachgaube, Walmdachgaube mit und ohne First, Flachdachgaube, Zwerchhaus mit Satteldach, Zwerchhaus mit Flachdach, Zwerchhaus mit Wandscheibe.

Dachaufbauten sind an der jeweiligen Dachseite einheitlich auszuprägen und dürfen in ihren Anbringungshöhen nicht verspringen. Die Anordnung der Dachaufbauten soll mit der Fassadengliederung übereinstimmen. Es ist lediglich eine Gaubenreihe auf einer Dachfläche zulässig.

Die Gesamtbreite aller Dachaufbauten je Dachfläche darf 2/3 der darunter liegenden Fassadenbreite nicht überschreiten. Die Breite eines Dachaufbaus darf insgesamt 1/4 der darunter liegenden Fassadenbreite nicht überschreiten.

Die Dachaufbauten müssen vom First und von der Dachtraufe (außer Zwerchhäuser) einen Mindestabstand von 1 m einhalten. Der Abstand zwischen den Dachaufbauten muss mindestens 1/2 der Höhe des Dachaufbaus betragen. Der Abstand der Dachaufbauten zum Ortsgang/Giebelseite muss mindestens 1/3 der Höhe des Dachaufbaus betragen, mindestens je-

doch 0,75 m. Die Höhe des Dachaufbaus darf senkrecht gemessen maximal 3,00 m über der Dachfläche betragen.

Flachdachbegrünung

Zur Umfeldgestaltung und aus Klimaschutzgründen (z.B. Stärkung des Mikroklima, Herabsetzung der Gebäudetemperaturen, Regenwasserrückhaltung) sind nicht begehbare Dachflächen je Gebäude mit einer Dachneigung bis 10° mit einer extensive Dachbegrünung herzustellen. Bei Installation nicht aufgeständerter PV-Anlagen kann die Begrünungsauflage für die von den Solaranlagen bedeckte Fläche entfallen.

Flachdächer sind mindestens zu 30 % ihrer Fläche extensiv zu begrünen, sofern dies nicht mit der Errichtung von Solaranlagen im Konflikt steht. Diese Dächer sind mit einer extensiven Dachbegrünung und einem Substrataufbau von mindestens 10 cm zu begrünen.

Es sind standortgerechte Gräser- und Kräutermischungen bzw. standortgerechte Staudenmischungen zu verwenden. Von der Verpflichtung zur Begrünung kann abgesehen werden, wenn technische oder nutzungsbedingte Gründe entgegenstehen. Bei Installation nicht aufgeständerter Solaranlagen sollte die Begrünungsauflage für die von den Solaranlagen bedeckte Fläche entfallen. Ausgenommen von der Begrünung sind Bestandsgebäude zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses.

Solaranlagen

Zur Nutzung von regenerativen Energien im Sinne des § 1 (6), 7 f BauGB (Belange des Umweltschutzes und der Landschaftspflege - Nutzung erneuerbarer Energien) wurde festgesetzt, dass auf mindestens 30 % der neu geschaffenen Dachflächen Solaranlagen (Thermische Solarkollektoren, Photovoltaikmodule) zu errichten sind. Von der Verpflichtung zur Errichtung von PV-Anlagen kann abgesehen werden, wenn technische oder nutzungsbedingte Gründe entgegenstehen.

4.5 Verkehrsflächen

Straßenverkehrsflächen

Im Plangebiet sind die öffentlichen Verkehrsflächen als Straßenverkehrsflächen festgesetzt. Änderungen an den bestehenden Verkehrsflächen sind nicht vorgesehen. Sie werden umgrenzt durch die Straßenbegrenzungslinie.

Die Straßenverkehrsflächen umfassen sämtliche Straßenteile, die zur Erschließung der Grundstücke erforderlich sind.

Eine weitere Differenzierung der Straßenverkehrsflächen wird nicht angestrebt. Im Allgemeinen bedeutet dies, dass innerhalb der Straßenverkehrsflächen sowohl die eigentliche Straße als auch Fußwege, Stellplätze für Pkw und Begrünungsflächen angeordnet werden können.

Innerhalb der Straßenverkehrsflächen sind Bäume zum Erhalt festgesetzt. Es handelt sich um Einzelbäume mit tlw. hohem Alter und Bedeutung für den Artenschutz. Es wird auf das nachfolgende Kapitel 4.6 verwiesen.

4.6 Boden, Natur und Landschaft

Erhaltungsfestsetzung

Im Rahmen der Untersuchung des Plangebiets bzgl. des Artenschutzes hat sich deutlich herauskristallisiert, dass die großkronigen Laubbäume im Plangebiet Bedeutung für die vorkommenden Fledermausarten als Jagd- und Nahrungshabitat haben.

Daher werden die Bäume, die in der Regel auch unter die Baumschutzsatzung der Stadt Siegen fallen, als zu erhalten festgesetzt.

Es werden fünf Laubbäume innerhalb der Straßenverkehrsfläche Kampenstraße definiert. Laut Kartierungsliste handelt es sich um zwei Ginkgobäume und drei Roßkastanien in der Kampenstraße.

Im Bereich des „Fischer Quartiers“ sind zwei Bäume zum Erhalt ausgewählt worden. Es handelt sich um eine Blut-Buche und ein Hänge-Buche. Sie sind durch die Baumschutzsatzung berücksichtigt.

Das Baumtor in der Nordstraße steht auf der östlichen Seite auf der Trinkwasser- und Erdgasleitungstrasse und kann daher nicht gesichert werden. Die Bäume müssen - da sie nicht der Baumschutzsatzung entsprechen- bei Reparatur oder Auswechslung der Leitungen weichen, sollte keine alternative Trasse gefunden werden.

Im rückwärtigen Bereich der Immunologie und der Bebauung Nordstraße sind vier Bäume als zu erhalten festgesetzt. Im Einzelnen handelt es sich um zwei Winterlinden, eine Sommerlinde und eine Stieleiche. Die Bäume sind durch die Baumschutzsatzung erfasst. Der Bereich hat auch große Bedeutung für den Artenschutz.

Auch wenn weitere Bäume im Plangebiet unter dem Schutz der Baumschutzsatzung fallen, werden Sie nicht im Rahmen der Bauleitplanung entsprechend festgesetzt. Dennoch gilt für die Bäume der Schutzstatus der Satzung. Sofern also Bäume entfernt werden müssen, um Platz für eine Bebauung zu machen, ist ein Ausgleich dieser Bäume gemäß der Anlage der Baumschutzsatzung „Auswahlverzeichnis einheimischer Bäume“ durchzuführen. Bei Abgang eines festgesetzten Baumes ist ein standortgerechter einheimischer Baum in mindestens 3-mal verpflanzter Qualität und einem Stammumfang von mindestens 16-18 cm anzupflanzen.

Auswahlverzeichnis einheimischer Gehölze aus der Baumschutzsatzung der Stadt Siegen

I. Größere Bäume

Spitz-Ahorn	Hainbuche <i>Carpinus betulus</i>	Trauben-Eiche <i>Quercus petraea</i>	Berg-Ulme <i>Ulmus glabra</i>
Berg-Ahorn <i>Acer pseudo-platanus</i>	Rotbuche <i>Fagus sylvatica</i>	Stiel-Eiche <i>Quercus robur</i>	Flatter-Ulme <i>Ulmus laevis</i>
Schwarz-Erle <i>Alnus glutinosa</i>	Esche <i>Fraxinus excelsior</i>	Silber-Weide <i>Salix alba</i>	Winter-Linde <i>Tilia cordata</i>
Sand-Birke <i>Betula pendula</i>	Schwarz-Pappel <i>Populus nigra</i>	Bruch-Weide <i>Salix fragilis</i>	Sommer-Linde <i>Tilia platyphyllo</i>
Moor-Birke <i>Betula pubescens</i>			

Bei Neu- und Ausgleichspflanzungen ist der Mindeststandard zu Leitungen nach DVGW GW125 von 2,50 m einzuhalten.

5.1 Sonstige Festsetzungen

5.1.1 Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen

Maßnahmen nach VDI 2719 "Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen"

Für das gesamte Plangebiet werden Innenraumpegel nach VDI 2719 [5] "Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen" festgesetzt. Zum Bauantragsverfahren ist ein Schallschutznachweis zum Schutz gegen Außenlärm nach VDI 2719 zu führen.

Für die Dimensionierung der Außenbauteile sind folgende maximalen Innenpegel zu berücksichtigen:

Wohnräume tagsüber:	Mittlungspegel Lm 35 dB(A)
Schlafräume nachts:	Mittlungspegel Lm 30 dB(A)

Kommunikations- und Arbeitsräume tagsüber:

- | | |
|-------------------------------|----------------------------|
| • Einzelbüros: | Mittlungspegel Lm 40 dB(A) |
| • Büros für mehrere Personen: | Mittlungspegel Lm 45 dB(A) |
| • Läden: | Mittlungspegel Lm 50 dB(A) |

Ausgehend von der Vorbelastung des Gebietes, sind Maßnahmen erforderlich, den Schutz vor Verkehrslärm durch bauliche Maßnahmen zu gewährleisten.

Gemäß DIN 18005 Schallschutz im Städtebau sind in Sondergebieten die Schutzansprüche der Gebiete von der definierten Nutzung abhängig und müssen von der verantwortlichen Kommune definiert werden.

Im Sondergebiet Klinik sind besonders die Schlaf- und Aufenthaltsräume der Patienten vor Straßenlärm zu schützen.

Hier ist die Gesundheit wesentlich davon abhängig, gesunde Wohn- und Lebensverhältnisse vorzufinden. Daher sind die Innenpegel für Schlafräume an den Orientierungswerten (OW) eines reinen Wohngebiets [OW = 30 dB(A) nachts] angepasst.

Für andere Nutzungen können höhere Pegel definiert werden, da Umgebungsgeräusche am Tag als weniger störend empfunden werden.

5.1.2 Umgrenzung der Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen

Im Plangebiet ist eine zwei Flächen (St – ehem. Fischerquartier und TGa/St Krankenhausareal) umgrenzt für Stellplätze und Tiefgarage. Innerhalb dieser Flächen dürfen diese Nutzungen zugelassen werden.

Die Tiefgarage liegt innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen. Eine Bebauung ist grundsätzlich zulässig.

Die Festsetzung der Stellplatzflächen umfasst auch Bereiche, die sonst nicht als überbaubar festgesetzt sind. In diesen Flächen wird eine ebenerdige Bebauung mit Stellplätzen, teilweise bis an die Grundstücksgrenze, zugelassen. Die Festsetzung von Stellplätzen schließt damit auf diesen Flächen aber auch aus, dass hier Garagen errichtet werden dürfen.

Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen können ansonsten auf den überbaubaren Grundstücksflächen (Abgrenzung durch Baulinie oder Baugrenze) errichtet werden.

5.1.3 Geh-, Fahr- und Leitungsrechte

Es ist ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht u.a. für Trinkwasser und Erdgasleitungen über die Flurstücke 104 festgesetzt, ansonsten ist die Erschließung nicht gesichert.

Im Bereich zwischen Elisabethstraße und Kampenstraße verlaufen Trinkwasserleitungen 160PE bzw. 150GGG, die zur Erschließung des Krankenhauses notwendig sind.

5.1.4 Geltungsbereich

Der Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ grenzt den Geltungsbereich, in dem die Festsetzungen gelten, durch Planzeichen nach Planzeichenverordnung ab. Innerhalb dieser Grenzen gelten die Festsetzungen dieses Bebauungsplanes unter Berücksichtigung geltenden Rechts.

5.2 Hinweise, Planerläuterungen

Belange des Denkmalschutzes

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden.

Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Siegen als Untere Denkmalschutzbehörde und/oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761-93750; Fax: 02761-9375-20) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens 3 Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monaten in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs.4 DSchG NW).

Das Plangebiet ist, dort wo Bodeneingriffe geplant sind, durch Baggersondagen näher zu überprüfen, um die Erhaltung, Ausdehnung bzw. Abgrenzung der zunächst vermuteten Bodendenkmäler - und damit auch die Relevanz für das weitere Verfahren - zu klären.

Die Baggersondagen gehen aufgrund des in das DSchG NW aufgenommenen "Veranlasserprinzips" zu Lasten des Vorhabenträgers und sind von einer archäologischen Fachfirma durchzuführen. Die Sondagen bedürfen einer Grabungserlaubnis der Oberen Denkmalbehörde (vgl. § 13 DSchG NW)."

Freiflächengestaltungsplan

Die Planung und Umsetzung der Freiflächenplanung hat im Zuge der Ausführungsplanung zu erfolgen. Als Hinweis ist aufgeführt, dass die geplante Gestaltung und Bepflanzung der nicht überbauten Grundstücksflächen sowie der Freiflächen vom Bauherrn in einem Freiflächengestaltungsplan als Bestandteil eines Freistellungs- oder Bauantrags gemäß der Verordnung über bautechnische Prüfung (BauPrüfVO) einzureichen und darzustellen ist.

Die Inhalte müssen geeignet sein, die Einhaltung grünordnerischer Festsetzungen des Bebauungsplans sowie der städtischen Baumschutzsatzung zu prüfen.

Neben Baumbestand (soweit vorhanden) sind insbesondere Grünflächen, sonstige Freiflächen, geplante Baumfällungen sowie vorgesehene Neupflanzungen von Gehölzen nach Standort, Art, Größe und Qualität differenziert darzustellen.

Bodenaushub

Zur Vermeidung von überschüssigem Erdmaterial ist vorrangig Massenausgleich anzustreben. Dennoch anfallender überschüssiger Bodenaushub ist in rechtlich zulässiger Weise zu verwerten oder auf einer abfallrechtlich zugelassenen Deponie des Kreisgebietes zu beseitigen.

Die untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein ist daher an künftigen Bauleitplan- und Baugenehmigungsverfahren innerhalb des Plangebietes unbedingt zu beteiligen.

Kampfmittel

Die gesamte Plangebietsfläche liegt innerhalb eines Bombenabwurfgebietes des 2. Weltkrieges. Es wurden Bombardierungen festgestellt. Im Falle erheblicher Bodeneingriffe im Bereich der kampfmittelbelasteten Fläche (> 0,70 m) ist eine Oberflächendetektion erforderlich. Es ist das „Merkblatt vorbereitender Maßnahmen zur Oberflächensondierung“ zu beachten.

Ist der Erdaushub bei der Durchführung der Bauvorhaben der Erdaushub außergewöhnlich verfärbt oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und der Kampfmittelräumdienst (KBD-WL) durch die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zu benachrichtigen. Die Anwendung der Anlage 1 der Technischen Verwaltungsvorschrift für die Kampfmittelbeseitigung wird empfohlen. Im Falle eines Bodeneingriffes wird um vorherige rechtzeitige Rücksprache mit der Ordnungsverwaltung der Stadt Siegen gebeten. „Eine systematische Messwertaufnahme ist für die zu bebauende Flächen und Baugruben erforderlich.“

6 Sonstige Hinweise

6.1 Umweltbericht

Gemäß § 2 a BauGB ist dem Bebauungsplan Nr. 419 ein Umweltbericht als Teil 2 der Begründung beigelegt. Im Umweltbericht wurden auf Grundlage der Beschreibung der Umwelt die Auswirkungen der Planung auf die betroffenen Umwelt-Schutzgüter /-funktionen dargestellt und die ggf. verbleibenden erheblichen Umweltauswirkungen und Maßnahmen zu deren Vermeidung, Minderung und zum Ausgleich erläutert.

Im Umweltbericht wurden die unterschiedlichen Schutzgüter

- Mensch, Gesundheit des Menschen und Bevölkerung
- Biotope – Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt
- Boden
- Wasser
- Klima und Luft
- Landschaft
- Flächen
- Kultur- und Sachgüter
- sowie der Wechselwirkungen der Schutzgüter untereinander

untersucht und die Auswirkungen der Planung bewertet.

Auch werden die Vermeidung von Emissionen sowie der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern beleuchtet, als auch die Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit des zulässigen Vorhabens für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, betrachtet.

Es wird grundsätzlich festgestellt, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen der einzelnen Schutzgüter zu erwarten sind. Lediglich kommt es bei der Realisierung der Planung beim Schutzgut Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt zu teilweise erheblichen Umweltauswirkungen, da der Verlust von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters als erheblich einzuschätzen ist.

Ebenso sind keine Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern mit negativen Folgen für die Umwelt zu erwarten. Auch sind keine erheblichen Beeinträchtigungen infolge von Auswirkungen schwerer Unfälle oder Katastrophen, bzw. durch Emissionen, Abfälle und Abwässer anzunehmen.

Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, einschließlich der Störfälle, Unfälle und Katastrophen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandel bedingt sind, insbesondere mit Blick auf verwendete Stoffe und Technologien und die Anfälligkeit des Vorhabens für Störfälle im Sinne des § 2 Nummer 7 der Störfall-Verordnung, insbesondere aufgrund seiner Verwirklichung innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Absatz 5a des Bundesimmissionsschutzgesetzes, sind nicht gegeben.

6.2 Alternativstandorte

Im Umfeld des Plangebiets wurde nach Alternativstandorten zur Errichtung der geplanten baulichen Anlagen gesucht. Der Standort der Erweiterung ist alternativlos, da im gesamten Umfeld kein Flächenerwerb in der gewünschten Größenordnung getätigt werden kann und eine enge Zuordnung der neugeplanten Nutzungen zum bestehenden Krankenhaus eine notwendige Voraussetzung für die Umsetzung ist.

6.3 Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung

Da es durch die Aufstellung des Bebauungsplanes zu geringfügigen neuen Flächeninanspruchnahmen kommt, wurde eine in das Umweltbericht integrierte Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung erarbeitet.

Gemäß Ziffer 4 des Umweltberichtes ergibt sich aus der Differenz zwischen Ausgangszustand und Planungszustand für das gesamte Plangebiet folgende Bilanz:

Ökologischer Wert Ausgangszustand:	- 14.220 Wertpunkte
<u>Ökologischer Wert Planungszustand:</u>	<u>+14.195 Wertpunkte</u>
Bilanz (Planungszustand - Ausgangszustand):	- 25 Wertpunkte

Die Bilanzierung ergibt, dass bei Berücksichtigung der Erhaltungsmaßnahmen durch das Vorhaben ein geringer Verlust von 25 ökologischen Werteinheiten für den Eingriff in die Biotopfunktion entsteht.

Die Böden im Plangebiet weisen eine hohe Vorbelastung durch Versiegelung (Baukörper, Stellplatzflächen etc.) auf. Im Bereich der kleinen Grünflächen ist von anthropogen überprägten Böden auszugehen. Natürlich anstehender Boden ist innerhalb des Geltungsbereiches nicht vorhanden. Es wird nur marginal anthropogen veränderter Boden zusätzlich überbaut und versiegelt. Es ist für den Eingriff in den anthropogenen Boden kein Ausgleich erforderlich.

Die Eingriffs-Ausgleichs-Bilanzierung (**HKR ▪ Reichshof**) ist als Abwägungsmaterial dieser Begründung in Teil II bzw. der Planung zugrunde gelegt und beigelegt.

6.4 Klimaschutz und Klimawandel

6.4.1 Klimatop

Der ozeanisch bestimmte Klimaeinfluss prägt auch die klimatischen Verhältnisse im Plangebiet. Kennzeichnend ist ein regenreiches und mäßig kühles Klima mit ca. 1.000-1.100 mm Jahresniederschlag. Kennzeichnend für das Gebiet sind mäßig warme Sommer und milde Winter.

Die mittlere Lufttemperatur liegt im Januar bei -1,0 – 0,0° C, in der Vegetationsperiode steigt die mittlere Temperatur auf 16 -17° C an.

Das Wettergeschehen wird überwiegend durch die vorherrschende Westwindströmung geprägt. Im Plangebiet sind daher West-Südwest-Windlagen mit mittleren Windgeschwindigkeiten bestimmend.

Im Winter treten zeitweise auch Ost-Südostwindlagen auf. Lufthygienisch gesehen werden das Plangebiet und seine Umgebung durch die innerstädtische Lage bestimmt, bedeutsame Emittenten aus Industrie und Gewerbe sind im direkten Nahbereich nicht zu finden. Belastungen der Lufthygiene resultieren im Wesentlichen aus dem Straßenverkehr. Das Plangebiet selbst wird von versiegelten Bauflächen und Verkehrsflächen bestimmt. Die im Plangebiet vorhandenen Gehölzbestände tragen zur Luftschadstoffbindung und Verringerung von Staubimmissionen bei.

6.4.2 Klimaschutz

Natur und Landschaft sind von Grund auf so zu schützen, dass

- die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes,
- die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter

auf Dauer gesichert sind.

Bauleitpläne sollen dazu beitragen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere in der Stadtentwicklung, zu fördern.

Zweck des EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) ist es, insbesondere im Interesse des Klima-, Natur- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, Natur und Umwelt zu schützen, einen Beitrag zur Vermeidung von Konflikten um fossile Energieressourcen zu leisten und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien zu fördern.

Mit der Neufassung des Baugesetzbuches von 2004 im Jahr 2011 kommt der verbindlichen Bauleitplanung gem. § 1 Abs. 5 BauGB eine besondere Verantwortung zu. Insbesondere ist eine klimagerechte Stadtentwicklung zu fördern.

Der Klimaschutz und die Klimaanpassung sind danach zwar keine „selbständige“ Aufgabe der Bauleitplanung, jedoch ergeben sich vielfältige Möglichkeiten zur Berücksichtigung klimarelevanter Festsetzungen wie z. B.:

- Festlegung der Art und des Maßes der baulichen Nutzung mit dem Ziel optimierter Kompaktheit
- Festlegung der Bauweise mit dem Ziel optimierter Orientierung und geringer gegenseitiger Verschattung
- Festsetzung der Baugrenzen mit dem Ziel geringer gegenseitiger Verschattung
- Festsetzungen nach § 9 (1) Nr. 23 b BauGB
- Hinweis für die Nutzung regenerativer Energiesysteme

- Hinweis für den baulichen Standard
- Örtliche Bauvorschriften (Dachgestaltung und Dachbegrünung, Fassadengestaltung, Gebäudetiefe).

Im Bebauungsplan wurden Festsetzungen zur Verwendung regenerativer Energien und über die Energieeinsparverordnung hinausgehende Baustandards nicht getroffen. Bauinteressenten können sich über das Angebot an Fördermaßnahmen zur Verwendung regenerativer Energien und über die Energieeinsparverordnung hinausgehende Baustandards bei den zuständigen Ansprechpartnern der Stadt, der Energieversorger oder der jeweiligen Verbraucherberatungen eigenständig informieren.

Bei den geplanten Nutzungen wird dem Schutzgut Klima dahingehend Rechnung getragen, dass die Anforderungen an den Klimaschutz durch Maßnahmen nach dem neusten Stand der Technik im Baugenehmigungsverfahren angestrebt werden. Die Umsetzung anderer Maßnahmen ist durch die vorhandenen städtebaulichen örtlichen Gegebenheiten (Grundstückszuschnitte, vorhandene Bebauung) nur bedingt möglich.

In Bezug auf die Flachdächer wurde eine Begrünung festgesetzt (siehe Punkt 4.4 der Begründung, Gestaltungsfestsetzung Ziffer 2).

6.4.3 Klimawandel

Das Plangebiet liegt inmitten bebauter Flächen. Da über den Flächen keine nennenswerte Kaltluftbildung stattfindet, ist das Gebiet als randstädtisch und nur mäßig belastet einzustufen. In dieser innerstädtischen Lage sind bedeutsame Emittenten, lufthygienische Belastungen aus Industrie und Gewerbe im direkten Nahbereich nicht zu finden. Belastungen der Lufthygiene resultieren im Wesentlichen aus dem Straßenverkehr.

Ebenfalls werden durch die erneute Bebauung und die Verkehre keine erheblichen Luftschadstoffwerte bewirkt, die die gesetzlich festgelegten Grenzwerte überschreiten.

Im Rahmen der Umsetzung der Inhalte des Bebauungsplanes ist mit keinen Veränderungen des Lokal- und Regionalklimas zu rechnen.

6.5 Eigentumsverhältnisse, Bodenordnung

Die Flurstücke im Geltungsbereich des Bebauungsplanes liegen zum überwiegenden Teil im Eigentum des Vorhabenträgers. Dieser ist auch weiterhin bemüht durch Ankauf der verbliebenen privaten Grundstücke vollständig in deren Besitz zu kommen. Voraussichtlich werden lediglich die öffentlichen Verkehrsflächen zukünftig im Eigentum der Stadt Siegen verbleiben.

Bodenordnungsmaßnahmen werden zurzeit nicht erforderlich. Inwiefern sich aus der Neuordnung des Vorhabens ggf. neue Grundstückszuschnitte ergeben, wird dem Baugenehmigungsverfahren überlassen. Die innere Erschließung mit Erdgas- und Trinkwasser kann nur für Parzellen sichergestellt werden, die direkt an die öffentlichen Verkehrsflächen angrenzen oder über ein im Grundbuch eingetragenes Leitungsrecht (vergl. 5.1.3) verfügen.

6.6 Kosten

Sämtliche Kosten, die mit der Entwicklung des Krankenhausstandortes in Verbindung stehen, werden vom Vorhabenträger getragen. Für die Stadt Siegen entstehen aus der Bauleitplanung keine öffentlichen Kosten.

6.7 Städtebauliche Werte

Flächen	Flächengröße [ha]	Flächenanteil [%]
Plangebiet	3,7	100
Verkehrsflächen	0,81	21,9
Netto Bauland Sondergebiet SO _{klinik}	2,89	78,1

Siegen, im April 2021

Bearbeitung:

HKS |
Gerhard Kunze
Dipl.-Ing. Städtebau
STADT - UMWELT

Begründung

zum

Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“



TEIL II: Umweltbericht mit Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung

Universitätsstadt Siegen

Geschäftsbereich 4

AG 4/5-2 Stadtplanung

UNIVERSITÄTSSTADT

SIEGEN



in Zusammenarbeit mit:

HKR

Stephan Müller
Landschaftsarchitekten

Umwelt ■ Stadt ■ Land

Stand: 26. April 2021

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG.....	1
1.1	Hinweise für die Durchführung der Umweltprüfung.....	1
1.2	Inhalt und Ziele der Neuaufstellung des Bebauungsplans Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ der Stadt Siegen.....	1
1.3	Beschreibung der Festsetzungen des Plans.....	2
1.4	Angaben über den Standort.....	4
1.5	Bedarf an Grund und Boden.....	4
2	DARSTELLUNG DER IN FACHGESETZEN UND FACHPLÄNEN FESTGELEGTE UND FÜR DIE PLANUNG RELEVANTEN UMWELTSCHUTZZIELE...5	
3	UMWELTSITUATION, WIRKUNGSPROGNOSE UND MASSNAHMEN	15
3.1	Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt.....	16
3.2	Fläche	19
3.3	Boden.....	19
3.4	Wasser	21
3.5	Klima / Anfälligkeit des geplanten Vorhabens gegenüber den Folgen des Klima wandels / Luft	22
3.6	Landschaft.....	23
3.7	Mensch, menschliche Gesundheit und Bevölkerung.....	24
3.8	Kulturgüter / Kulturelles Erbe /Sachgüter	25
3.9	Wechselwirkungen zwischen den Umweltbelangen / Schutzgütern	26
3.10	Maßnahmen zum Erhalt, Schutz, zur Vermeidung, Minderung und Kompensation und ggf. Überwachung	27
3.11	Zusammenfassende Darstellung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen	29
4	EINGRIFFS-AUSGLEICHSBILANZIERUNG.....	31
4.1	Ermittlung des Eingriffswertes	31
5	BERÜCKSICHTIGUNG DER ANFÄLLIGKEIT DES VORHABENS FÜR SCHWERE UNFÄLLE UND KATASTROPHEN.....	33
6	AUSWIRKUNGEN VON IMMISSIONEN / EMISSIONEN	33
7	VERWERTUNG ODER BESEITIGUNG VON ABFÄLLEN.....	34
8	ERNEUERBARE ENERGIEN/SPARSAME UND EFFIZIENTE NUTZUNG VON ENERGIE	35
9	VERWENDETE TECHNIKEN UND EINGESETZTE STOFFE.....	35
10	ANDERWEITIGE PLANUNGSMÖGLICHKEITEN.....	35
11	KUMULIERUNG MIT DEN AUSWIRKUNGEN VON VORHABEN BENACHBARTER GEBIETE.....	35
12	GEPLANTE MASSNAHMEN ZUR ÜBERWACHUNG DER ERHEBLICHEN UMWELTAUSWIRKUNGEN (MONITORING).....	36

13	VERWENDETE TECHNISCHE VERFAHREN, SCHWIERIGKEITEN, FEHLLENDE KENNTNISSE	37
14	ALLGEMEIN VERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG	38
15	REFERENZLISTE DER QUELLEN	41
	Verwendete Internetseiten:	41

ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

Abb. 1: Geltungsbereich des BP Nr. 419	1
Abb. 2: BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marienkrankenhaus“	3
Abb. 3: Baumbestand im Plangebiet.....	14
Tab. 1: Zusammenfassende schutzgutbezogene Beurteilung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen für die Neuaufstellung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marienkrankenhaus“	31
Tab. 2: Ermittlung des ökologischen Wertes des Plangebietes im Ausgangszustand	31
Tab. 3: Ermittlung des ökologischen Wertes des Plangebietes im Planungszustand.....	32
Tab. 4: Lokale Emittenten im 1.500 m Radius um das Vorhaben	34

1 EINLEITUNG

1.1 Hinweise für die Durchführung der Umweltprüfung

Für die Belange des Umweltschutzes nach §§ 1 und 1a BauGB wird für die Erstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ der Stadt Siegen eine Umweltprüfung durchgeführt, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen entsprechend dem Planungsstand ermittelt und bewertet werden (§ 2 BauGB). Die Auswirkungen der Planung auf die relevanten Schutzgüter und Landschaftspotenziale, welche durch die getroffenen Festsetzungen im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes prognostizierbar sind, werden im nachfolgenden Umweltbericht dargestellt und bewertet. Im Parallelverfahren wird der Flächennutzungsplan geändert (100. Änderung).

Der Umweltbericht ist Bestandteil der Begründung zur Neuaufstellung des Bebauungsplans Nr. 419 „Erweiterung St. Marienkrankenhaus“ der Stadt Siegen (§ 2a BauGB). Das Ergebnis der Umweltprüfung ist im Bauleitplanverfahren in der Abwägung gem. § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen.

1.2 Inhalt und Ziele der Neuaufstellung des Bebauungsplans Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ der Stadt Siegen

Die Stadt Siegen beabsichtigt die Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“. Ziel des Bebauungsplanes ist es, die Erweiterung des Krankenhauses zu ermöglichen und den Standort zu sichern.

Abbildung 1 stellt den Geltungsbereich des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ dar.

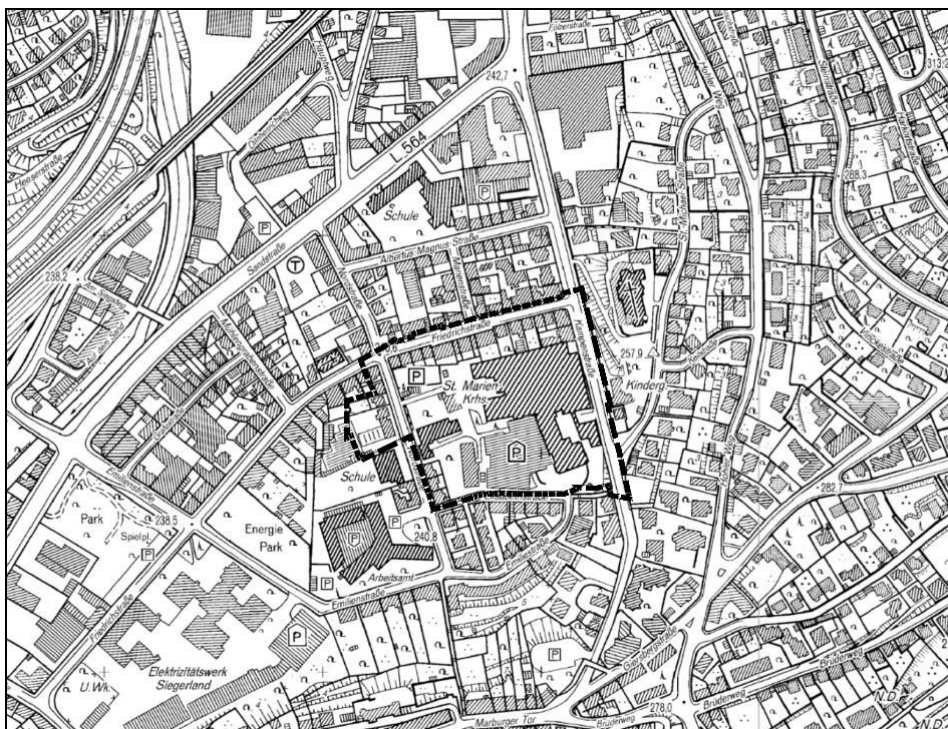


Abb. 1: Geltungsbereich des BP Nr. 419 (Quelle: Begründung zum BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus, HKS Siegen, o.M.)

Weite Teile des städtebaulichen Quartiers werden durch das vorhandene Marienkrankenhaus beansprucht. Um auch weiterhin den modernen Ansprüchen einer hochwertigen medizinischen bzw. ärztlichen Versorgung nachzukommen, sind sowohl Ergänzungen des medizinischen Angebotes, als auch die Qualität der dauerhaften Unterbringung von Patienten zu optimieren.

Das St. Marien-Krankenhaus liegt im Stadtquartier „Friedrichstraße“ an der Kampenstraße unterhalb der auf dem Sieberg gelegenen historischen Oberstadt und wird durch die Friedrichstraße, Kampenstraße, Elisabethstraße und Nordstraße begrenzt.

Erweiterungen des Krankenhauses sind wegen der umgebenden Bebauung und örtlichen Baustruktur nur im Bereich der Bestandsbebauung möglich. Nur westlich der Nordstraße werden zusätzliche Grundstücke im sogenannten „Fischerquartier“ aufgenommen, welche teilweise als Gärtnerei genutzt werden. Es kommt zu einer Neuordnung des Quartiers.

Die vorhandene Bebauung besteht aus mehreren Baukörpern. Der Haupteingang des Krankenhauses und die Zufahrt zur Tiefgarage erfolgt von der Kampenstraße. Stellplätze sind von der Nordstraße aus zu erreichen.

2017 wurde ein Architektenwettbewerb für die zukünftigen baulichen Ansprüche durchgeführt. Nach Vorlage und Prüfung des Wettbewerbsergebnisses durch die Krankenhausleitung wurde deutlich, dass eine Neubewertung des Planentwurfes erforderlich ist. Infolge dessen weist der BP einen geänderten Zulassungsgrad für die bauliche Entwicklung im zentralen Bereich (SO6) auf. Die Grundzüge der Planung des Wettbewerbsergebnisses bleiben hiervon unberührt.

Auf dem sogenannten „Fischerquartier“ soll die ehemalige Gärtnerei abgeräumt werden. Dort soll ein mehrgeschossiger Bau entstehen, der sich bzgl. der Gebäudehöhe an der benachbarten Bebauung orientiert. Hier sind eine Zentralapotheke sowie Verwaltungseinheiten des Krankenhauses denkbar. Stellplätze können auf der westlich gelegenen Rückseite des Gebäudes im Souterrain angeordnet werden. Die Vorplanungen sind noch nicht abgeschlossen.

1.3 Beschreibung der Festsetzungen des Plans

Für das Quartier wird überwiegend sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Klinik“ festgesetzt. Das Sondergebiet „Klinik“ dient der Unterbringung von Gebäuden, Anlagen für medizinische Behandlungen, für medizinische Praxen, für medizinische Forschungs- und Entwicklungszwecke, für medizinische Einrichtungen sowie als Personalwohnungen für Personen aus medizinischen, pharmazeutischen, wissenschaftlichen und Pflegeberufen des Klinikums. Des Weiteren sind eine Klinik für Orthopädie, Unfall- und Handchirurgie und Sportverletzungen, Klinik für Allgemein-, Viszeral- und Gefäßchirurgie, Klinik für Kardiologie, Angiologie und internistische Intensivmedizin, Klinik für Gastroenterologie, Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe, Klinik für Hämatologie, Medizinische Onkologie und Palliativmedizin, Klinik für Radio-Onkologie, Klinik für Anästhesie und Intensivmedizin im Plangebiet vertreten. Darüber hinaus sind Belegabteilungen für Nuklearmedizin, Radiologie, das Institut für Diagnostische Radiologie und Einrichtungen zur Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie ein Hubschrauberlandeplatz vorhanden.

In der nachfolgenden Abbildung ist der Bebauungsplan Nr. 419 dargestellt:

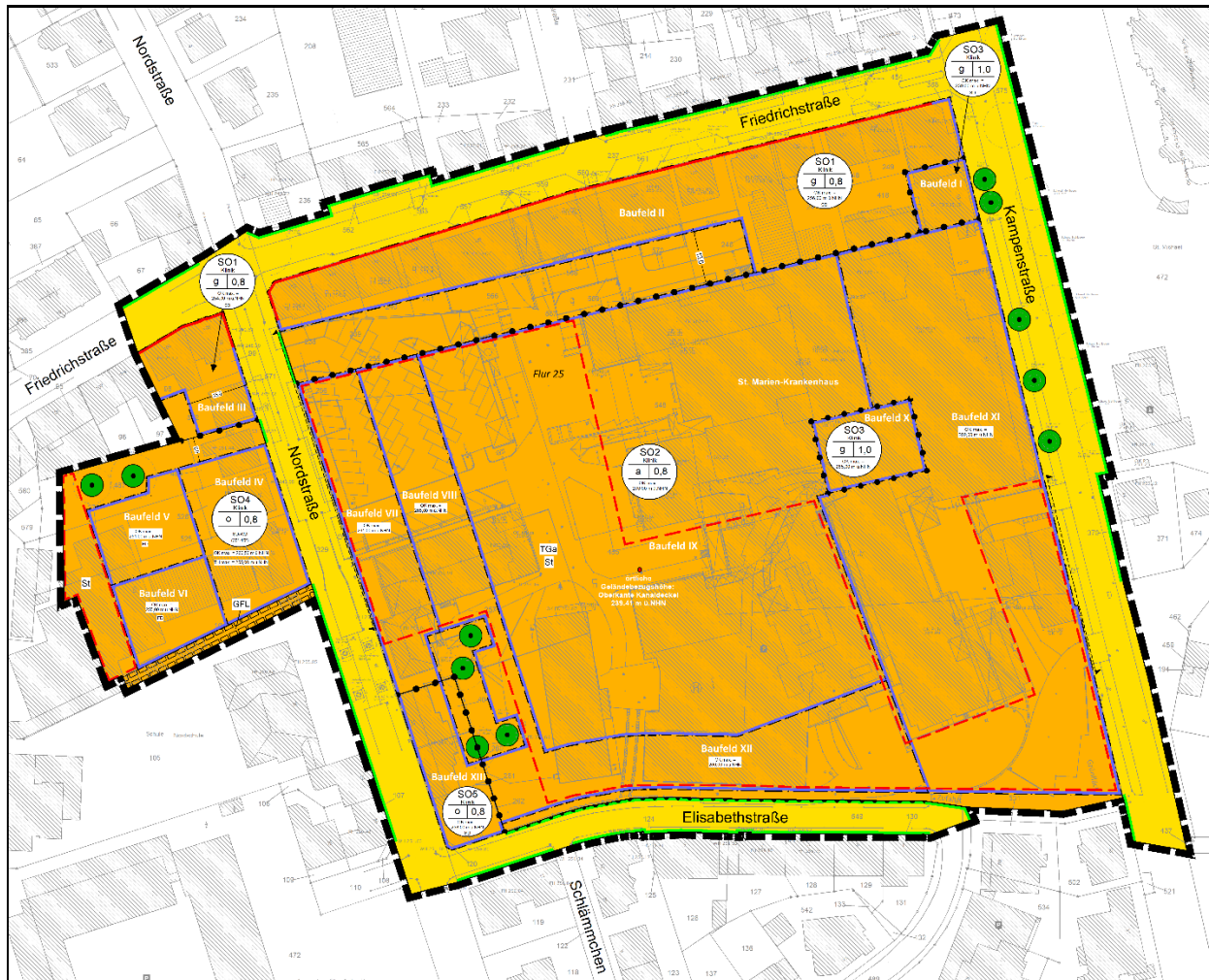


Abb. 2: BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marienkrankenhaus“ (Quelle: Planzeichnung, HKS Siegen, o.M.)

Aufgrund des bereits vorhandenen hohen Versiegelungsgrades des Geltungsbereiches, wird die Grundflächenzahl (GRZ) für alle Teilbereiche des Sondergebietes (SO1 – SO5) auf 0,8 bzw. 1,0 (80% bzw. 100 % der Grundstücksfläche) festgesetzt. Die Gebäudehöhe wird differenziert für die 5 Teilbereiche zwischen 251,00 m ü. NHN und 285 m ü. NHN festgelegt.

Eine Geschossflächenzahl wird nicht festgesetzt. Eine offene, geschlossene und abweichende Bauweise ist im Plangebiet festgelegt. Es werden sowohl Baugrenzen als auch Baulinien festgesetzt.

Die öffentlichen Verkehrsflächen werden als Straßenverkehrsflächen festgesetzt. Sie erfahren keine Änderungen. Prägende Einzelbäume werden im Straßenraum tlw. zur Erhaltung festgesetzt.

Das Plangebiet ist von der Kampenstraße, Elisabethstraße, Nordstraße und Friedrichstraße verkehrlich angebunden. Die Kampenstraße bindet das Quartier an die Oberstadt und an das Siegtal (Sandstraße) an. Eine Neuordnung des fließenden Verkehrs ist nicht erforderlich.

Der ruhende Verkehr wird derzeit durch eine Parkraumbewirtschaftung im öffentlichen Verkehrsraum und durch Stellplatzanlagen (Tiefgarage und Stellplätze) auf dem Klinikgelände geregelt.

Durch den Neu- bzw. Umbau einer Tiefgarage in der Zukunft, soll der Bedarf an Stellplätzen für den Klinikbetrieb gesichert werden.

An der Zufahrtsituation zur Tiefgarage im Bereich der Kampenstraße wird festgehalten. Je nach Erfordernis wird auch eine Zufahrt von der Nordstraße eingeplant. Die Parkplätze auf dem Krankenhausgrundstück im Bereich der Nordstraße bleiben erhalten.

Zusätzlicher Parkraum wird im Bereich „Fischerquartier“ ausschließlich für die dortigen Beschäftigten eingerichtet.

Die Ableitung des Oberflächen- und Schmutzwassers erfolgt über die vorhandenen Kanäle.

1.4 Angaben über den Standort

Folgende Flurstücke der Gemarkung Siegen, Flur 25, werden von dem Bebauungsplan überplant bzw. in den Geltungsbereich einbezogen:

Baugrundstücke:

98, 99, 104 (nur teilweise), 120, 238, 239, 240, 241, 245, 246, 247, 248, 249, 255, 256, 257, 260, 262, 370 (nur teilweise), 388, 404, 418, 455, 486, 487 (nur teilweise), 525, 526, 531, 548, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572

Verkehrsflächen:

Friedrichstraße: 237, 357, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563,
Kampenstraße: 575,
Elisabethstraße: 549,
Nordstraße: 329.

Weite Teile des Plangebietes werden durch das St. Marien-Krankenhaus genutzt. Der Komplex des Krankenhauses besteht aus mehreren Baukörpern. Der Haupteingang und die Einfahrt der Tiefgarage befinden sich an der Kampenstraße. Entlang der Friedrichstraße und der Nordstraße befinden sich weitere Einrichtungen und die Verwaltung des St. Marienkrankenhauses. Westlich der Nordstraße befindet sich eine Gärtnerei im sogenannten „Fischerquartier“. Der ruhende Verkehr wird derzeit durch Parkplätze im öffentlichen Verkehrsraum und durch eine Tiefgarage und Stellplätze auf dem Klinikgelände geregelt. Das Plangebiet weist einen hohen Versiegelungsgrad auf.

1.5 Bedarf an Grund und Boden

Aus der Beschreibung des Vorhabens ergeben sich für die geplanten Nutzungen folgende Flächenanteile:

Gesamtgröße: ca. 3,7 ha

Planung:

Verkehrsflächen (21,9 %) 0,81 ha

Netto Bauland (78,1 %) 2,89 ha

davon:

Sondergebiet Klinik 2,89 ha

2 DARSTELLUNG DER IN FACHGESETZEN UND FACHPLÄNEN FESTGELEGTE UND FÜR DIE PLANUNG RELEVANTEN UMWELTSCHUTZZIELE

Durch die Fachgesetze bzw. durch weitere eingeführte Normen sind die für die einzelnen Schutzgüter vorgegebenen allgemeinen Vorgaben und Ziele formuliert. Diese sind in der Prüfung der Schutzgüter zu berücksichtigen. Die Bewertung der einzelnen Schutzgüter hat unter besonderer Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich des Schutzzweckes, der Erhaltung bzw. der Weiterentwicklung zu erfolgen.

Die Ziele der Fachgesetze stellen den Rahmen der Bewertung der einzelnen Schutzgüter dar. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass auch aufgrund der Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern, nicht nur ein Fachgesetz oder ein Fachplan eine Zielaussage enthalten kann. Es sind auch die außerhalb des Geltungsbereiches des Bauleitplanes berührten Schutzgüter und die damit verbundenen Fachgesetze zu berücksichtigen.

Die Untersuchungstiefe der Umweltprüfung bzw. des Umweltberichtes orientiert sich an der Formulierung des § 2 Abs. 4 Satz 3 BauGB. Im Rahmen der Umweltprüfung werden nur die regelmäßig anzunehmenden Einwirkungen geprüft, nicht jedoch außergewöhnliche und nicht vorhersehbare Ereignisse.

Geprüft wurde, welche erheblichen Umweltauswirkungen sich unmittelbar aus der Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 der Stadt Siegen ergeben können und welche erheblichen Einwirkungen im Geltungsbereich der Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 aus der Umgebung zu erwarten sind.

Nachfolgend sind unter Darstellung des jeweiligen Schutzgutes die Zielaussagen der einzelnen anzuwendenden Fachgesetze und Normen aufgeführt.

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
Tiere	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) Landesnaturschutzgesetz NRW (LNatSchG) Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, Vogelschutzrichtlinie)	Gemäß § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz sind die für Nordrhein-Westfalen planungsrelevanten streng und besonders geschützten Arten zu schützen. Insbesondere ist es verboten, - wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
	<p>Landschaftsinformationssystem des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p>	<ul style="list-style-type: none"> - wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert - Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören, - wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören." <p>Ziel ist es, zur Sicherung der Artenvielfalt durch die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen im europäischen Gebiet der Mitgliedstaaten, für das der Vertrag Geltung hat, beizutragen.</p> <p>Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen.</p>
Pflanzen	<p>Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)</p> <p>Landesnaturschutzgesetz NRW (LNatSchG)</p> <p>Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, Vogelschutzrichtlinie)</p> <p>Landschaftsinformationssystem des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p>	<p>Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - die biologische Vielfalt, - Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes einschl. der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie - die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der - Erholungswert <p>von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind. Der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft.</p> <p>Ziel ist es, zur Sicherung der Artenvielfalt durch die Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen im europäischen Gebiet der Mitgliedstaaten, für das der Vertrag Geltung hat, beizutragen.</p> <p>Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen.</p>
Fläche	<p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)</p>	<p>Bei der Aufstellung von Bauleitplänen soll mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden sparsam umgegangen werden.</p> <p>Die Funktion des Bodens ist zu sichern oder wiederherzustellen. Ziel ist hierbei insbesondere der langfristige Schutz des Bodens hinsichtlich seiner Funktion im Naturhaushalt als Lebensgrundlage und -raum für Menschen, Tiere, Pflanzen, als Bestandteil des Naturhaushaltes mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen, als Ausgleichsmedium für stoffliche Einwirkungen, als Archiv für Natur- und Kulturgeschichte, als Standort für Rohstofflagerstätten, für land- und forstwirtschaftliche sowie siedlungsbezogene und öffentliche Nutzungen. Der Boden ist vor schädlichen Bodenveränderungen zu schützen, sowie die Sanierung von schädlichen Bodenveränderungen ist zu fördern. (BBodSchG).</p>
Boden	<p>Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p>	<p>Ziele des Bodenschutzgesetzes sind:</p> <p>1. Der langfristige Schutz des Bodens hinsichtlich seiner Funktionen im Naturhaushalt, insbesondere als:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Lebensgrundlage und -raum für Menschen, Tier und Pflanzen, Bestandteil des Naturhaushalts mit seinen Wasser- und Nährstoffkreisläufen,

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
		<ul style="list-style-type: none"> - Ausgleichsmedium für stoffliche Einwirkungen (Grundwasserschutz), - Archiv für Natur- und Kulturgeschichte, als Standort für Rohstofflagerstätten, für land- und forstwirtschaftliche sowie siedlungsbezogene und öffentliche Nutzungen. <p>2. Der Schutz des Bodens vor schädlichen Bodenveränderungen, das Treffen von Vorsorgeregulungen gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen und die Förderung der Sanierung schädlicher Bodenveränderungen und Altlasten</p> <p>3. Der sparsame und schonende Umgang mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden.</p> <p>Bei der Aufstellung von Bauleitplänen soll mit Grund und Boden durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und Innenentwicklung zur Verringerung zusätzlicher Inanspruchnahme von Böden sparsam umgegangen werden.</p>
Wasser	<p>Wasserhaushaltsgesetz (WHG)</p> <p>Landeswassergesetz (LWG NRW)</p> <p>EU-Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL)</p> <p>Landeswassergesetz Nordrhein-Westfalen (LWG NRW)</p> <p>Baugesetzbuch</p> <p>Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrW-/AbfG)</p>	<p>Sicherung der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und deren Bewirtschaftung zum Wohl der Allgemeinheit und zur Unterlassung vermeidbarer Beeinträchtigungen ihrer ökologischen Funktionen.</p> <p>Oberflächengewässer und das Grundwasser sind als Bestandteile des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu sichern und zu entwickeln. Die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie 2000 verfolgt das Ziel, die Gewässer bis 2027 in einen „guten ökologischen Zustand“ bzw. einen „guten mengenmäßigen Zustand“ zu bringen und diesen zu erhalten.</p> <p>Ziel der Wasserwirtschaft ist der Schutz der Gewässer vor vermeidbaren Beeinträchtigungen und die sparsame Verwendung des Wassers sowie die Bewirtschaftung von Gewässern zum Wohl der Allgemeinheit.</p> <p>Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere der sachgerechte Umgang mit Abfällen zu berücksichtigen.</p> <p>Förderung der Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen und zur Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen</p>
Luft	<p>Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)</p> <p>Landesimmissionsschutzgesetz NRW</p> <p>TA Luft, VDI 3471 u. 3472, GIRL 22., 33 u. 39 BImSchV</p> <p>Geruchsimmissions-Richtlinie (GIRL)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p>	<p>Schutz des Menschen, der Tiere und Pflanzen, des Bodens, des Wassers, der Atmosphäre sowie der Kultur- und Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Immissionen) sowie Vorbeugung hinsichtlich des Entstehens von Immissionen (Gefahren, erhebliche Nachteile und Belästigungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen, Licht, Wärme, Strahlen und ähnlichen Erscheinungen).</p> <p>Bei der Errichtung von Anlagen ist Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen zu treffen. Der Stand der Technik ist einzuhalten, soweit dies im Einzelfall nicht einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordert.</p> <p>Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen und der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen</p> <p>Erfassung, Bewertung und Beurteilung der Erheblichkeit von Geruchsbelästigung</p> <p>Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere der Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität, in denen die durch die Rechtsverordnung zur Erfüllung von bindenden Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaft festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht</p>

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
	<p>16. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz (16.BImSchV)</p> <p>18. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz (18.BImSchV)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>DIN 18005 Schallschutz im Städtebau</p> <p>Hinweise zur Bemessung u. Beurteilung von Lichtimmissionen (LAI)</p>	<p>überschritten werden.</p> <p>Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie der Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen durch Geräusche (TA Lärm), Schutz der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Verkehrsgeräusche.</p> <p>Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Sportanlagen (18. BImSchV)</p> <p>Nach § 5 (1) des Baugesetzbuches sind bei der Bauleitplanung u. a. die Belange des Umweltschutzes und damit, als Teil des Immissionsschutzes, auch der Schallschutz zu berücksichtigen. Nach § 50 des Bundesimmissionsschutzgesetzes sind die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen auf die ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienenden Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete soweit wie möglich vermieden werden. Nach diesen gesetzlichen Anforderungen ist es geboten, den Schallschutz soweit wie möglich zu berücksichtigen; er hat gegenüber anderen Belangen einen hohen Rang, jedoch keinen Vorrang (DIN 18005)</p> <p>Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Lichtemissionen, wenn sie nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder für die Nachbarschaft herbeizuführen ("Hinweise zur Bemessung u. Beurteilung von Lichtimmissionen")</p>
Klima	<p>Bundesimmissionsschutzgesetz Landesimmissionsschutzgesetz TA Luft</p> <p>Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)</p> <p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>Klimaschutzgesetz NRW</p> <p>Bundeswaldgesetz (BWaldG) Landesforstgesetz NRW (LForstG NRW)</p> <p>Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)</p>	<p>siehe Schutzgut Luft</p> <p>Natur und Landschaft sind so zu schützen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, - die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter auf Dauer gesichert sind. <p>Bauleitpläne sollen dazu beitragen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere in der Stadtentwicklung, zu fördern.</p> <p>Den Erfordernissen des Klimaschutzes soll sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, Rechnung getragen werden.</p> <p>Erhaltung und erforderlichenfalls Mehrung des Waldes wegen seines wirtschaftlichen Nutzens und seiner Bedeutung für die Umwelt insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Agrar- und Infrastruktur und die Erholung der Bevölkerung.</p> <p>Die Forstwirtschaft soll im Hinblick auf die Bedeutung des Waldes für die Umwelt, insbesondere des Klimas, die Reinhaltung der Luft, den Wasserhaushalt, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild und die Erholung der Bevölkerung sowie seines volkswirtschaftlichen Nutzens sachkundig betreut, nachhaltig gefördert und durch Maßnahmen der Strukturverbesserung gestärkt werden.</p> <p>Zweck des EEG ist es, insbesondere im Interesse des Klima-, Natur- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung</p>

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
		langfristiger externer Effekte zu verringern, Natur und Umwelt zu schützen, einen Beitrag zur Vermeidung von Konflikten um fossile Energieressourcen zu leisten und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien zu fördern.
Landschaft	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) Landesnaturschutzgesetz NRW (LNatSchG NRW) Landschaftsplan	Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, dass <ul style="list-style-type: none"> - die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind. Der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft. Der Planbereich liegt nicht innerhalb eines rechtskräftigen Landschaftsplanes.
Biologische Vielfalt	Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) Landesnaturschutzgesetz NRW (LNatSchG NRW) Richtlinie 92/43 des Rates vom 21.05.1992	Natur und Landschaft sind aufgrund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich so zu schützen, dass <ul style="list-style-type: none"> - die biologische Vielfalt, - Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes einschl. der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie - die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind. Der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft.
Mensch und seine Gesundheit	Baugesetzbuch (BauGB) Technische Anleitung Lärm (TA-Lärm); Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG / diverse Ausführungsverordnungen) DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau) Hinweise zur Bemessung u. Beurteilung von Lichtimmissionen (LAI)	Bauleitpläne sollen eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln. Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie deren Vorsorge. Als Voraussetzung für gesunde Lebensverhältnisse für die Bevölkerung ist ein ausreichender Schallschutz notwendig, dessen Verringerung insbesondere am Entstehungsort, aber auch durch städtebauliche Maßnahmen in Form von Lärmvorsorge und -minderung bewirkt werden soll. Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Lichtemissionen, wenn sie nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder für die Nachbarschaft herbeizuführen ("Hinweise zur Bemessung u. Beurteilung von Lichtimmissionen").

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
Bevölkerung	<p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>Technische Anleitung Lärm (TA-Lärm);</p> <p>Bundesimmissionsschutz-gesetz (BImSchG / diverse Ausführungsverordnungen)</p> <p>DIN 18005 (Schallschutz im Städtebau)</p>	<p>Bauleitpläne sollen eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln.</p> <p>Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche sowie deren Vorsorge.</p> <p>Als Voraussetzung für gesunde Lebensverhältnisse für die Bevölkerung ist ein ausreichender Schallschutz notwendig, dessen Verringerung insbesondere am Entstehungsort, aber auch durch städtebauliche Maßnahmen in Form von Lärmvorsorge und -minderung bewirkt werden soll.</p>
Kulturgüter / kulturelles Erbe / Sachgüter	<p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)</p> <p>Denkmalschutzgesetz NRW (DSchG NRW)</p> <p>Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)</p>	<p>Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere die Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter zu berücksichtigen.</p> <p>Historisch gewachsene Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern sind vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen zu bewahren.</p> <p>Bau- und Bodendenkmäler sind zu schützen, zu pflegen, sinnvoll zu nutzen und wissenschaftlich zu erforschen. Sie sollen der Öffentlichkeit im Rahmen des Zumutbaren zugänglich gemacht werden.</p> <p>Schutzgüter im Sinne des Gesetzes sind u.a. Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter. Lage innerhalb des landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 31.01 „Siegen und Umgebung“ mit kulturlandschaftlich bedeutsamen Stadtkern sowie des linienhaft bedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 22.08 „Brüderstraße“</p>
Erneuerbare Energien und sparsame effiziente Nutzung von Energie	Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)	<p>Zweck des EEG ist es, insbesondere im Interesse des Klima-, Natur- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, Natur und Umwelt zu schützen, einen Beitrag zur Vermeidung von Konflikten um fossile Energieressourcen zu leisten und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien zu fördern.</p>
Auswirkungen schwerer Unfälle oder Katastrophen	<p>Baugesetzbuch (BauGB)</p> <p>Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)</p> <p>UVP-Richtlinie, Richtlinie 2012/18/EU (Seveso III-Richtlinie)</p>	<p>Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind insbesondere die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie zu berücksichtigen.</p> <p>Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter sind vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen ist vorzubeugen.</p> <p>Sicherung der Umweltverträglichkeit bei öffentlichen und privaten Projekten, die möglicherweise erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben.</p> <p>Bestimmungen für die Verhütung schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen und für die Begrenzung der Unfallfolgen für die</p>

Schutzgut	Gesetzliche Vorgaben, Fachgesetze, Richtlinien und Normen	Wesentliche planungsrelevante Zielaussagen
		menschliche Gesundheit und die Umwelt fest, um auf abgestimmte und wirksame Weise in der ganzen Union ein hohes Schutzniveau zu gewährleisten (Richtlinie 2012/18/EU).

In folgenden übergeordneten Plänen und Programmen sowie informellen Planungen werden Zielaussagen zum Plangebiet getroffen:

Landesentwicklungsplan

Der Geltungsbereich ist im Landesentwicklungsplan NRW 2019 als Siedlungsraum inklusive großflächiger Infrastruktureinrichtungen dargestellt.

Regionalplan

Der Regionalplan Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Siegen, stellt das Plangebiet als Allgemeinen Siedlungsbereich dar.

Flächennutzungsplan

Im Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Siegen wird der bestehende Krankenhausstandort überwiegend als Fläche des Gemeinbedarfs mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ dargestellt. Teilbereiche der Bebauung an der Nordstraße/Elisabethstraße sind als Allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. Die Bebauung an der Friedrichstraße und die Bebauung im Bereich der Gärtnerei sind als Mischgebiet dargestellt.

Die Darstellungen des FNP entspricht im Grunde den Entwicklungszielen des BP Nr. 419. Es existieren nur geringfügige Abweichungen.

Der FNP wird im Parallelverfahren geändert und mit den Darstellungen „sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Klinik“ angepasst. Die landesplanerische Anpassungsbestätigung gem. § 34 Landesplanungsgesetz liegt mit Datum vom 28.03.2019 vor.

Bebauungsplan

Für den zentralen Bereich des Plangebietes liegt derzeit kein Bebauungsplan (BP) vor. Der BP Nr. 13a „Gartenstraße/Friedrichstraße“ mit Festsetzungen entlang der Friedrichstraße wurde im Juli 2017 aufgehoben.

Besonders oder streng geschützte Arten

Konkrete Hinweise bzw. Angaben über das Vorkommen „besonders / streng geschützter Arten“ gemäß Anlage 1 Sp. 2 und 3 BArtSchV, EU-ArtenschutzVO Anhang A und B, Arten der EU-VRL Anhang I und FFH-RL Anhang IV im Änderungsbereich, die ggf. durch das Planvorhaben gestört bzw. deren Wohn-, Nist-, Brut- oder Zufluchtsstätten durch das Vorhaben zerstört werden könnten, liegen vor.

In der parallel durchgeführten Artenschutzrechtlichen Prüfung (ASP) gemäß § 44 BNatSchG wird geprüft, ob für die sog. „planungsrelevanten Arten“, die im Einwirkungsbereich des Planvorhabens potenziell auftreten könnten, der Fortbestand der lokalen Population einer Art gewährleistet ist bzw. nicht erheblich beeinträchtigt wird und die ökologische Funktion von Lebensstätten gesichert wird. Eine Erfassung von Fledermäusen im Untersuchungsraum wurde im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausgutachterin Schmidt-Fasel durchgeführt.

Als Ergebnis ist festzuhalten, dass erhebliche Beeinträchtigungen von planungsrelevanten Arten (sowie sonstiger Vogelarten) aufgrund des Abrisses von mehreren Gebäuden bei Umsetzung von Vermeidungs-, Minderungs, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen voraussichtlich auszuschließen sind. Zudem ist die Fällung von Gehölzstrukturen zur Vermeidung eines Verstoßes gegen das Tötungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG zum Schutz der Niststätten besonders geschützter Vogelarten ausschließlich außerhalb der Hauptbrutzeit im Zeitraum von Mitte November bis Ende Februar durchzuführen.

Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls (UVPg)

Das Plangebiet umfasst eine Fläche von ca. 3,0 ha (30.000 m²). Unter Annahme einer Grundflächenzahl von 0,8 (Obergrenze gemäß § 17 BauNVO für Baugebiete) können maximal 24.000 m² versiegelt (überbaut) werden. Der Schwellenwert von 20.000 m² bis weniger als 100.000 m² Grundfläche bezieht sich nach Anlage 1 zum UVPg, Nr. 18.8 auf den Bau eines Vorhabens der in den Nummern 18.1 bis 18.7 genannten Art. Nach Anlage 1 zum UVPg, Nr. 18.8 ist für den Bau eines Vorhabens der in den Nummern 18.1 bis 18.7 genannten Art, soweit der jeweilige Prüfwert für die Vorprüfung erreicht oder überschritten wird und für den in sonstigen Gebieten ein Bebauungsplan aufgestellt, geändert oder ergänzt wird, eine allgemeine Vorprüfung durchzuführen. Die Vorprüfung wurde von HKR Stephan Müller Landschaftsarchitekten im August 2018 erstellt.

Verkehrsuntersuchung

Es wurden Verkehrserhebungen durchgeführt und eine Prognose auf der Grundlage der geplanten Entwicklung des Quartiers durchgeführt. Als Ergebnis liegt vor, dass die neue Zufahrt über die Nordstraße zur bestehenden Tiefgarage zu einer Mehrbelastung führt, welche in der Friedrichstraße einen Teilrückbau der vorhandenen Verkehrsberuhigung sowie der Stellplätze erforderlich macht. In der Elisabethstraße sind die Veränderungen der Verkehrsbelastung als unerheblich einzuschätzen. In der Kampenstraße wird es zu einer Reduzierung der Verkehrsbelastung im Eingangsbereich des Krankenhauses kommen.

Schalltechnisches Gutachten

Aufgrund der Überschreitung der schalltechnischen Orientierungswerte im Bereich des nördlichen und westlichen Randes des Plangebietes ist es erforderlich Schallschutzmaßnahmen im Bebauungsplan festzusetzen.

Kulturdenkmale/Kulturlandschaftsbereiche

Der Geltungsbereich liegt im landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 31.01 „Siegen und Umgebung“ mit einem kulturlandschaftlich bedeutsamen Stadtkern.

Der Burgberg von Siegen wird durch die Nikolaikirche, das Obere Schloss und seine Altstadt geprägt. Innerhalb der Stadt verläuft als linienhafter bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich 22.08 die „Brüderstraße“ als frühmittelalterlicher Fernhandelsweg.

Altlasten

Eine relevante Vorbelastung des Geltungsbereiches ist nicht bekannt.

Kampfmittel

Es ist eine Luftbildauswertung für die Flurstücke 256,255, 257, 455, 546 und 487 der Flur 25, Gemarkung Siegen durchgeführt worden. Mit Schreiben vom 07.10.2010, 08.06.2018 und 19.06.2018 wurde mitgeteilt, dass Bombardierungen festgestellt wurden. Das Sondieren der zu bebauenden Flächen und Baugruben und die Anwendung der Anlage 1 der Technischen Verwaltungsvorschrift für die Kampfmittelbeseitigung im Land Nordrhein-Westfalen (Anlage 1 TVV) im Bereich der Bombardierung wird empfohlen.

Baumschutzsatzung

Die Baumschutzsatzung der Stadt Siegen von 2006 (Änderungserlass) schützt Bäume (Laubbäume) mit einem Stammumfang von min. 100 cm und Nadelbäume mit einem Stammumfang ab 120 cm, gemessen auf einer Höhe von 100 cm über Erdboden.

Innerhalb des Plangebietes sind vereinzelt Bäume vorhanden, die den Bedingungen der Baumschutzsatzung unterliegen. Dies betrifft vorrangig die Flächen zwischen ehemaligem Schwesternwohnheim und der Bebauung entlang der Nordstraße. Hier sind einzelne großkronige Laubbäume und Nadelgehölze vorhanden.

In der nachfolgenden Abbildung ist der Baumbestand im Plangebiet dargestellt:

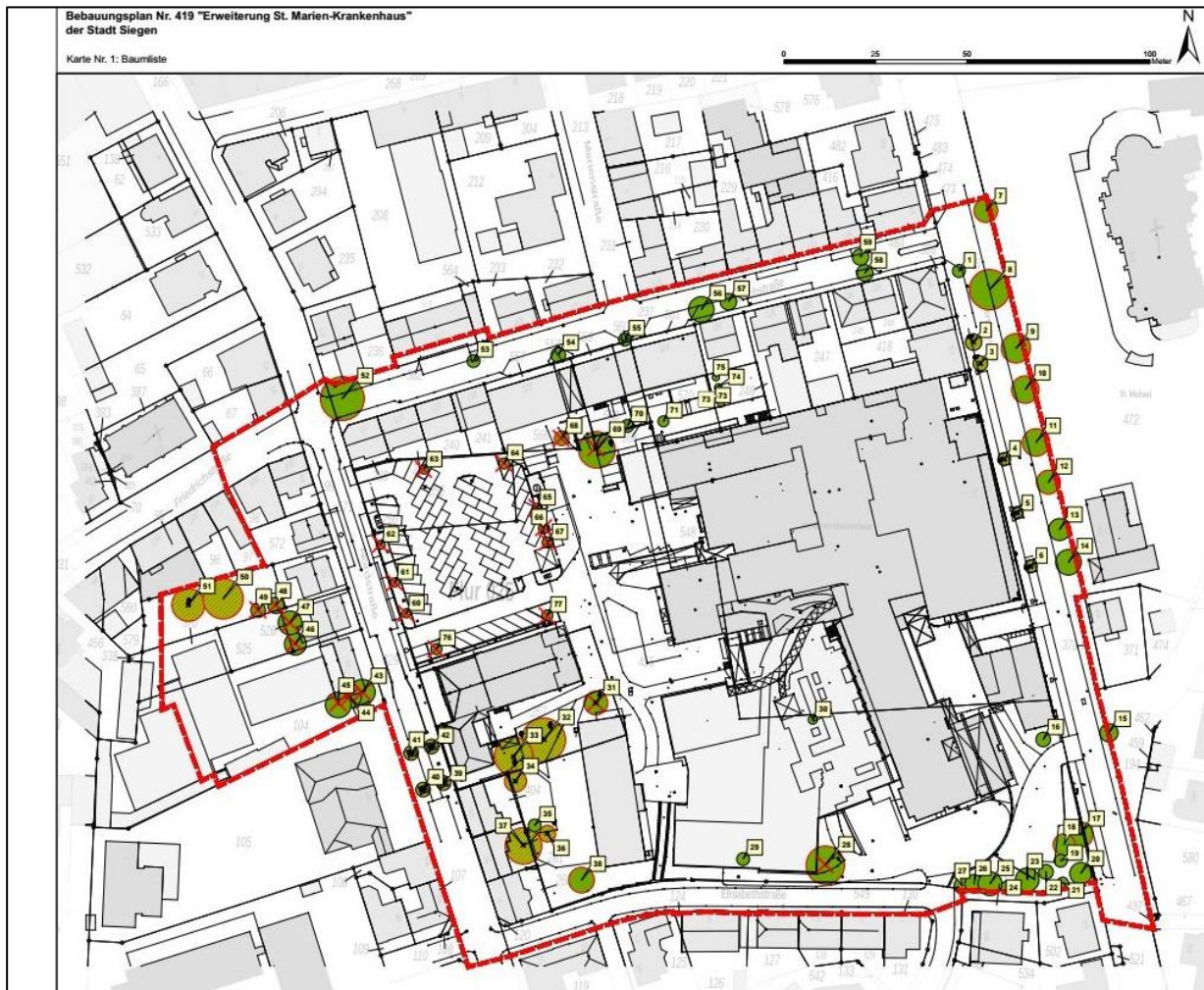


Abb. 3: Baumbestand im Plangebiet

3 UMWELTSITUATION, WIRKUNGSPROGNOSE UND MASSNAHMEN

Aus der nachfolgenden Analyse der Umweltauswirkungen ergibt sich die Art und Weise, wie die in Kap. 2 dargelegten Ziele berücksichtigt werden. Dabei ist festzuhalten, dass die Ziele der Fachgesetze einen bewertungsrelevanten Rahmen rein materiell-inhaltlicher Art darstellen, während die Zielvorgaben der Fachpläne über diesen inhaltlichen Aspekt hinaus auch konkrete räumlich zu berücksichtigende Festsetzungen vorgeben.

Die Ziele der Fachgesetze stellen damit gleichzeitig aber auch den Bewertungsrahmen für die einzelnen Schutzgüter dar. So werden beispielsweise bestimmte schutzgutspezifische Raumeinheiten (z.B. Biotope, Bodentypen, Klimatope etc.) auf der Grundlage der jeweiligen gesetzlichen Vorgaben bewertet. Böden mit beispielsweise bedeutungsvollen Funktionen für den Naturhaushalt erfüllen die Vorgaben des Bodenschutzgesetzes in besonderer Weise, d.h. hier existiert ein hoher Zielerfüllungsgrad.

Somit spiegelt sich der jeweilige Zielerfüllungsgrad der fachgesetzlichen Vorgaben auch in der Bewertung der Auswirkungen auf die Umwelt wider, denn je höher die Intensität einer spezifischen Beeinträchtigung des Vorhabens auf ein bedeutungsvolles Schutzgut ist, umso geringer ist die Chance, die jeweiligen gesetzlichen Ziele zu erreichen. Damit steigt gleichzeitig die Erheblichkeit einer Auswirkung, bei Funktionen mit hoher oder sehr hoher Bedeutung immer dann auch über die jeweilige schutzgutbezogene Erheblichkeitsschwelle.

Die Beschreibung der Bestandssituation im Planbereich umfasst die Funktionen, Vorbelastungen und Bedeutung/Empfindlichkeit des jeweiligen Schutzgutes. Die Beurteilung der Bedeutung/Empfindlichkeit erfolgt verbal-argumentativ. Dabei werden vier Stufen der Bedeutung und Empfindlichkeit gegenüber Auswirkungen des Planvorhabens unterschieden (keine, geringe, mittlere und hohe Bedeutung und Empfindlichkeit).

Ebenso erfolgt die Beurteilung der möglichen Umweltauswirkungen verbal argumentativ. Es werden vier Stufen der Betroffenheit bzw. Erheblichkeit von Umweltauswirkungen unterschieden (keine erheblichen, erhebliche, teilweise erhebliche, keine Betroffenheit). Bei der Beurteilung der Umwelterheblichkeit ist insbesondere die Ausgleichbarkeit der ermittelten nachteiligen Umweltauswirkungen ein wichtiger Indikator. Nicht ausgleichbare Auswirkungen, wie z.B. die dauerhafte Bodenversiegelung schutzwürdiger Böden bei gleichzeitig fehlenden Entsiegelungsmöglichkeiten, werden grundsätzlich als erheblich eingestuft.

Bei der Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen werden nachfolgende Angaben für jedes Schutzgut berücksichtigt:

Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Es wird zunächst eine Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustandes, einschließlich der Umweltmerkmale der Gebiete, die voraussichtlich erheblich beeinflusst werden, beschrieben (Basisszenario). Dem folgt eine Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung, soweit diese Entwicklung gegenüber dem Basisszenario mit zumutbarem Aufwand auf der Grundlage der verfügbaren Umweltinformationen und wissenschaftlichen Erkenntnissen abgeschätzt werden kann.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Die Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung; soweit möglich, insbesondere die möglichen erheblichen Auswirkungen während der Bau- und Betriebsphase der geplanten Vorhaben auf die Belange nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe a-i BauGB.

3.1 Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt

Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Auf Grundlage der Ziele und Grundsätze des BNatSchG sind Tiere und Pflanzen als Bestandteil des Naturhaushaltes in ihrer natürlichen und historisch gewachsenen Artenvielfalt zu schützen. Hierzu zählt auch die biologische Vielfalt (Biodiversität), die nach dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt als „Variabilität unter lebenden Organismen jeglicher Herkunft, (...)“ definiert ist (BMU, 2007). Diese umfasst die Vielfalt innerhalb der Arten und zwischen den Arten und die Vielfalt der Ökosysteme. Die Erhaltung der biologischen Vielfalt umfasst den Schutz und die nachhaltige Nutzung. Die Lebensräume von Tieren und Pflanzen sowie die sonstigen Lebensbedingungen sind zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und, soweit erforderlich, nach Eingriffen wiederherzustellen.

Die Erfassung der Nutzungs- und Biotopstrukturen sowie der Bäume erfolgte im Rahmen einer Begehung des Plangebietes im August 2018. Die Kartierung erfolgte nach der auf Grundlage der ökologischen Bewertung nach der Numerischen Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV).

Der Geltungsbereich ist überwiegend anthropogen geprägt und er weist einen hohen Versiegelungsgrad auf. Kleinflächig sind im Bereich der Stellplätze und der Zufahrten Ziergehölzflächen mit z.T. jungen Baumanpflanzungen vorhanden. Das Gärtneireigelände wird durch insbesondere Gewächshäuser geprägt. Eine Blutbuche (*Fagus sylvatica* „Atropunicea“) sowie eine Hängebuche (*Fagus sylvatica* „Pendula“) starken Baumholzalters stocken auf dem Gelände. Zwei Baumgruppen mittleren bis starken Baumholzalters mit u.a. Winter-Linden (*Tilia cordata*) und einer Säulen-Eiche (*Quercus robur* „Fastigiata“) sind westlich der Krankenpflegeschule erhaltenswert. Neben Neuanpflanzungen sind Winter-Linden (*Tilia cordata*) und Sommer-Linden (*Tilia platyphyllos*) mittleren bis starken Baumholzalters, Berg-Ahorn (*Acer pseudoplatanus*) mittleren bis starken Baumholzalters, Blutbuchen (*Fagus sylvatica* *purpurea*) starken Baumholzalters, Zedern (*Cedrus atlantica* „Glauc“) mittleren Baumholzalters und Eschen (*Fraxinus excelsior*) mittleren Baumholzalters auf dem Krankenhausbauengelände mit insgesamt mittlerer ökologischer Wertigkeit vertreten. Die kleinen Grünflächen werden durch Scherrasen, Stauden und Ziergehölze geprägt. Das Parkdeck weist eine intensive Dachbegrünung mit Einzelbäumen, Scherrasen und überwiegend Ziergehölzen auf.

Im Rahmen der artenschutzrechtlichen Beurteilung des Planvorhabens gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG erfolgt eine artenschutzfachliche Risikoeinschätzung der im Quadranten 1 im Messtischblatt 5114 „Siegen“ aufgeführten planungsrelevanten Arten für die Lebensraumtypen „Kleingehölze, Alleen, Bäume, Hecken“, „Gärten, Parkanlagen, Siedlungsbrachen“ und Gebäude“. Insgesamt können 12 Säugetierarten und 21 Vogelarten potenziell vorkommen (potenzielle Brut-, Nahrungs-, Fortpflanzungs- und Ruhestätten).

Darüber hinaus lagen Informationen seitens der Stadt Siegen vor, dass das Krankenhausgelände eine besondere Bedeutung für Fledermäuse hat. Im Juni/Juli 2018 wurden deshalb Fledermauserfassungen durchgeführt.

Als Ergebnis der Fledermauserfassungen wurde festgestellt, dass der Untersuchungsraum aufgrund der erfassten Arten sowie der hohen Anzahl stattgefundener Überflüge/Nahrungsflüge einen bedeutsamen innerstädtischen Lebensraum insbesondere für die *Zwergfledermaus* und den *Großen Abendsegler* darstellt. Als weitere Arten wurden die *Mückenfledermaus*, *Kleiner Abendsegler*, *Wasserfledermaus*, *Breitflügelfledermaus* und die *Zweifarbflledermaus* kartiert. Im Rahmen der Untersuchungen wurden keine Wochenstubenquartiere und Winterquartiere nachgewiesen.

Das Plangebiet hat insgesamt eine geringe bis mittlere Bedeutung für das Schutzgut Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt.

Bei Nichtdurchführung der Planung werden die bisherigen Nutzungen beibehalten.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Für die Erweiterung des Krankenhausgeländes und der Neubauten werden insbesondere anthropogen überprägte, zum größten Teil schon versiegelte Flächen dauerhaft in Anspruch genommen. Die neuen Baukörper werden so angeordnet, dass vorhandener prägender Baumbestand mittleren und starken Baumholzalters südlich des Instituts der Immunologie und auf dem Gärtneriegelände weitestgehend erhalten werden kann. Vorhandener prägender Baumbestand in der Nordstraße, im Bereich der Schule sowie der Baumbestand in der Friedrichstraße und Kampfenstraße wird ebenso erhalten. Es kommt zur dauerhaften Inanspruchnahme von Ziergehölzen, Scherrasen und max. 10 Einzelbäumen jungen Baumholzalters, die zur Eingrünung des Krankenhausgeländes angepflanzt wurden sowie von insgesamt 12 Bäumen mittleren bzw. starken Baumholzalters. Der Verlust von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters ist als erheblich einzustufen. Bei Abriss des Parkdecks entfällt die Dachbegrünung mit Scherrasen, Ziergehölzen (Patientengarten) sowie ein Baum mittleren Baumholzalters. Im Bereich der Gärtnerei sind vor allem versiegelte Gewächshausflächen und Einzelbäume betroffen.

Es werden 7 Laub- und Nadelbäume gefällt, die gemäß der Baumschutzsatzung der Stadt Siegen geschützt sind (s. Karte Nr. 1: Baumliste). Es ist ein Ausgleich von insgesamt 11 standortgerechten, einheimischen Laubbäumen mit einem Mindeststammumfang von 16 – 18 cm nachzuweisen.

Die Eingriffsbilanzierung (s. Kap. 4.1) ergibt, dass bei Berücksichtigung der Erhaltungsmaßnahmen durch das Vorhaben ein geringer Verlust von 25 ökologischen Werteinheiten für den Eingriff in die Biotopfunktion entsteht.

Aufgrund des geringen Ausgleichsbedarfs sollte auf die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen verzichtet werden.

Nach einem Abriss des Instituts der Immunologie und des Gebäudes der Geschäftsführung/Krankenpflegeschule entstehen neue Freiflächen auf jetzt noch versiegelten Parkplatzflächen sowie ein neuer Patientengarten, der als Dachbegrünung auf den Parkdecks wieder angelegt wird.

Für das Vorhaben wurde eine Artenschutzprüfung Stufe I (ASP I) durchgeführt. Durch den Abriss von maximal 6 Baukörpern (3 Dachstühle), 2 Gewächshäusern und einem Parkhaus war zunächst nicht auszuschließen, dass Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermausarten betroffen sind. Darüber hinaus ist die Fällung von ca. 12 Einzelbäume mittleren bis starken Baumholzalters (u.a. Blutbuche, Berg-Ahorn, Hänge-Buche, Sommer-Linde, Winter-Linde) bedeutsam. Die Gehölzstrukturen können Teilhabitate für planungsrelevante Tierarten (Fledermäuse, Vögel) darstellen.

Da bei Abriss der Gebäude und bei Fällung von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters ein Verlust von Tagesquartieren nicht gänzlich ausgeschlossen werden konnte, sind gemäß des Fachbeitrags Artenschutz Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen umzusetzen.

Abschließend ist festzustellen, dass unter Berücksichtigung oben aufgeführten Maßnahmen das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG für die potenziell vom Eingriff betroffenen Vogel- und Fledermausarten ausgeschlossen werden kann. Ein Ausnahmetatbestand gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ergibt sich nicht.

Zusammenfassende Beurteilung: Mit der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ kommt es zu tlw. erheblichen Umweltauswirkungen, da der Verlust von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters als erheblich einzuschätzen ist.

Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung, zum Erhalt, zur Kompensation und zur Optimierung

- **V 1** – Abrissbeschränkung
- **V 2** – Beschränkung der Rodungszeit
- **V 3** – Umweltbaubegleitung
- **V 4** – Beleuchtung
- **E 1** – Erhalt von Einzelbäumen
- **O 1** – Neuschaffung von Spaltenquartieren

3.2 Fläche

Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Zur Bewertung des Schutzgutes Fläche sind im Rahmen der Umweltprüfung qualitative und quantitative Aspekte bzgl. der Flächeninanspruchnahme zu untersuchen.

Als Parameter für den Flächenverbrauch sind u.a. die Neuversiegelung, die Nutzungsumwandlung, die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen sowie die potentielle Zerschneidung bzw. Fragmentierung von Schutzgebieten zu beurteilen.

Ca. 80% des Krankenhausgeländes sind heute bereits versiegelt. Natürlich anstehender Boden ist im Bereich der Überbauung und Versiegelung nicht mehr vorhanden. Der Geltungsbereich des BP Nr. 419 liegt nicht innerhalb von Schutzgebieten. Landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Nutzungen sind nicht betroffen.

Das Plangebiet hat eine geringe Bedeutung für das Schutzgut Fläche.

Wird die aktuelle Planung nicht umgesetzt, werden die bisherigen Nutzungen weitergeführt. Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Die nur geringe Neuversiegelung stark anthropogen überprägter Flächen erfolgt überwiegend innerhalb des vorhandenen Krankenhausgeländes, es erfolgt keine Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen und keine Zerschneidung / Fragmentierung von schutzwürdigen Flächen. Es handelt sich um eine Nachverdichtung im Innenbereich.

Zusammenfassende Beurteilung: Für das Schutzgut Fläche sind durch die Aufstellung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ **keine erheblichen, nachteiligen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

3.3 Boden

Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Gemäß der Bodenkarte NRW im Maßstab 1: 50.000 wird für das Plangebiet überwiegend Braunerde angegeben. Der Boden wird als Wasserspeicher im 2-Meter Raum mit hoher Funktionserfüllung als Regulations- und Kühlungsfunktion angegeben. Für einen kleinen Bereich an der Nordstraße wird als Bodentyp Gley-Vega dargestellt. Eine Schutzwürdigkeit ist nicht bewertet. Ca. 80% der Gesamtfläche sind heute bereits versiegelt. Der natürlich anstehende Boden ist im Bereich der Überbauung und Versiegelung nicht mehr vorhanden. In den Bereichen vorhandener kleiner Grünflächen ist das Bodengefüge anthropogen überprägt.

Gemäß des Baugrundgutachten für das geplante Parkhaus beim St. Marien-Krankenhaus in Siegen, Nordstraße 29 des Geotechnischen Büros Norbert Müller, Dr. Wolfram Müller und Partner, 2009 wurden unter der Oberflächenbefestigung Auffüllungen mit überwiegend Kalksteinschotter bzw. Bauschutt, Schlacke etc. bis in eine Tiefe von 1,8 m, darunter bereichsweise steiniger Lehm, lehmiger Gesteinsschutt / Schotter und verwitterter Schiefer auf dem vorhandenen Krankenhausbauengelände erbohrt.

Das Plangebiet hat eine geringe Bedeutung für das Schutzgut Boden.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Die Böden im Plangebiet weisen eine hohe Vorbelastung durch Versiegelung (Baukörper, Stellplatzflächen etc.) auf. Im Bereich der kleinen Grünflächen ist von anthropogen überprägten Böden auszugehen. Natürlich anstehender Boden ist innerhalb des Geltungsbereiches nicht vorhanden. Es wird nur marginal anthropogen veränderter Boden zusätzlich überbaut und versiegelt.

Es ist nachgewiesen, dass das gesamte Plangebiet innerhalb eines Bombenabwurfgebietes des 2. Weltkrieges liegt. Infolge Luftbildauswertung wurden Bombardierungen nachgewiesen. Bei baubedingten erheblichen Bodeneingriffen im Bereich der kampfmittelbelasteten Fläche (> 0,70 m) ist eine Oberflächendetektion erforderlich. Es wird als erforderlich angesehen, eine systematische Messwertaufnahme für die zu bebauenden Flächen und Baugruben durchzuführen. Es ist das „Merkblatt vorbereitender Maßnahmen zur Oberflächensondierung“ zu berücksichtigen. Die Anwendung der Anlage 1 der Technischen Verwaltungsvorschrift für die Kampfmittelbeseitigung wird empfohlen. Im Falle eines Bodeneingriffes wird um vorherige rechtzeitige Rücksprache mit der Ordnungsverwaltung der Stadt Siegen gebeten.

Zusammenfassende Beurteilung: Für das Schutzgut Boden sind durch die Aufstellung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ **keine erheblichen, nachteiligen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung, zum Erhalt und zur Kompensation

- **V allgemein - Boden**

3.4 Wasser

Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Grundwasser

Nennenswerte Grundwasservorkommen liegen nicht vor. Ein Gutachten des Geotechnischen Büros Norbert Müller, Dr. Wolfram Müller und Partner, kam 2009 zu dem Ergebnis, dass der Grundwasserspiegel bei ca. 3,2 m – 4,1 m unter dem jeweiligen Gelände nach einer längeren Trockenperiode lag. Jedoch sollte berücksichtigt werden, dass wegen der Tallage und der Nähe zur Sieg (ca. 200 m) der Wasserspiegel sehr schwankend ist, so dass aufgrund einer langen winterliche Trockenperiode von einem Wasserstand von 2 m über dem obengenannten Wasserspiegel ausgegangen werden sollte. Aufgrund der vorhandenen Lehmschicht kann es zur Bildung von Stau- und Schichtenwasser kommen.

Oberflächengewässer

Im Plangebiet sind keine Oberflächengewässer vorhanden.

Das Plangebiet hat eine geringe Bedeutung für das Schutzgut Wasser.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Aufgrund der geringen Neuversiegelung des Bodens infolge der geplanten Bebauung kommt es zu keiner erheblichen Erhöhung des Oberflächenabflusses und zu keiner erheblichen Verminderung der Grundwasserneubildungsrate durch zusätzliche Überbauung.

Erhebliche Auswirkungen auf das Grundwasser sind nicht gänzlich auszuschließen. Potentielle baubedingte Umweltauswirkungen des Grundwassers (Verschmutzungen mit z.B. Kraftstoffe) durch einen bauseitigen Grundwasseranschnitt sind mittels Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen im weiteren Planverfahren während des Baubetriebs auszuschließen.

Die Ableitung des Oberflächen- und Schmutzwassers erfolgt über die vorhandenen Kanäle.

Zusammenfassende Beurteilung: Im Hinblick auf das Schutzgut Wasser sind durch die Aufstellung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ **keine erheblichen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung, zum Erhalt und zur Kompensation

- **V allgemein** - Wasser

3.5 Klima / Anfälligkeit des geplanten Vorhabens gegenüber den Folgen des Klimawandels / Luft

Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Der ozeanisch bestimmte Klimaeinfluss prägt auch die klimatischen Verhältnisse im Untersuchungsraum. Kennzeichnend ist ein regenreiches und mäßig kühles Mittelgebirgsklima, mit ca. 1.000 - 1.100 mm Jahresniederschlag, mittlerer Temperatur von 0 bis 1° C im Januar und einer Julitemperatur von 17 - 18° C. Die durchschnittliche jährliche Lufttemperatur liegt bei ca. 8 bis 9° C. Das Wettergeschehen wird überwiegend durch die vorherrschende Westwindströmung geprägt. Im Plangebiet sind daher West-Südwest-Windlagen mit mittleren Windgeschwindigkeiten bestimmend. Im Winter treten zeitweise auch Ost-Südost-Windlagen auf.

Laut Klimatopkarte des LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen) ist das Plangebiet überwiegend dem Stadtklima zuzuordnen.

Unter Klimatopen versteht man räumliche Einheiten, die mikroklimatisch einheitliche Gegebenheiten bzgl. der Parameter Flächennutzung, Bebauungsdichte, Versiegelungsgrad, Oberflächenstruktur, Relief und Vegetationsart aufweisen. Im Plangebiet und dessen Umfeld herrscht aufgrund der bestehenden hohen Versiegelung eine weniger günstige thermische Situation. Das Plangebiet liegt nicht innerhalb eines Klima-Vorsorgebereichs.

Konkrete Daten zur Luftqualität liegen für den Planbereich nicht vor. Um die Auswirkungen von Emissionen aus dem Vorhabensbereich beurteilen zu können, wäre die Erstellung von Spezialgutachten erforderlich, die den für die Erstellung dieses Fachbeitrags zumutbaren Aufwand deutlich übersteigen würden.

Konkrete Aussagen zu den Auswirkungen von Emissionen können daher nicht getroffen werden. Das Plangebiet hat eine geringe Bedeutung für das Schutzgut Klima / Anfälligkeit des geplanten Vorhabens gegenüber den Folgen des Klimas und Luft.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Die Zunahme versiegelter und befestigter Flächen bewirkt die Einschränkung der Produktion von Frisch-/Kaltluft. Tagsüber kann es zu einer starken Aufheizung kommen, die auch nachts aufgrund der Wärmerückstrahlung anhält. Die Planung sieht ein Sondergebiet „Klinik“ mit einer GRZ von 0,8 vor. Im Plangebiet besteht eine hohe Vorbelastung durch einen hohen Anteil an bereits versiegelten Flächen. Da sich die Versiegelung nur marginal erhöhen wird, wird es nicht zu einer erheblichen Veränderung der lokalklimatischen Verhältnisse kommen.

Die Anfälligkeit des Vorhabens gegenüber den Folgen des Klimawandels besteht u.a. in steigenden Durchschnittstemperaturen, stärkeren Klimaschwankungen oder häufigeren Extremwetterereignissen.

Die geplante Sonderfläche „Klinik“ liegt nicht in einem gesetzlich festgesetzten bzw. vorläufig gesicherten Überschwemmungsbereich sowie einem Hochwasserrisikobereich. Es kommt zu keiner Inanspruchnahme von Klima-Vorsorgebereichen.

Das Vorhaben trägt nicht erheblich zum Klimawandel bei. Auch führen die Folgen des Klimawandels nicht zu erheblichen nachteiligen Beeinträchtigungen für die Planung.

Angaben zu lufthygienischen Belastungen durch regionale und lokale Emittenten, die zu einer erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit und des Wohlbefindens sowie der Tier- und Pflanzenwelt führen könnten, liegen für das Plangebiet durch die geplanten Festsetzungen nicht vor.

Um die auf das Gebiet einwirkenden Immissionen beurteilen zu können, wurde das Informationssystem „Umweltdaten vor Ort“ (UvO) ausgewertet. Es befinden sich zwei lokale Emittenten im 1.500 m-Radius um das geplante Vorhaben (s. Kap. 6).

Zusammenfassende Beurteilung: Im Hinblick auf das Schutzgut Klima/Anfälligkeit des geplanten Vorhabens gegenüber den Folgen des Klimawandels / Luft sind durch die Aufstellung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ **keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

3.6 Landschaft

Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Das Plangebiet liegt im innerstädtischen Bereich von Siegen an der Elisabethstraße, Kampenstraße, Friedrichstraße und Nordstraße.

Der Geltungsbereich ist überwiegend anthropogen geprägt und er weist einen hohen Versiegelungsgrad auf. Kleinflächig sind im Bereich der Stellplätze und der Zufahrten Ziergehölzflächen mit z.T. jungen Baumanpflanzungen vorhanden. Das Gärtnereigelände wird durch Gewächshäuser geprägt. Vereinzelt sind prägende Einzelbäume und Baumgruppen vorhanden.

Das Plangebiet hat insgesamt eine geringe Bedeutung für das Stadtbild bzw. Landschaftsbild. Für die landschaftsorientierte Erholung und die Feierabenderholung der Bevölkerung hat die Fläche keine Bedeutung.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung der Planung nicht erkennbar.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Es erfolgt keine zusätzliche Beeinträchtigung des Landschafts-/Stadtbildes durch die Erweiterung des St. Marien-Krankenhauses. Das Landschafts-/Stadtbild ist im Geltungsbereich von vorne herein stark beeinträchtigt und von anthropogenen Strukturen geprägt. Prägender Baumbestand wird z.T. erhalten, ein Patientengarten sowie eine Grünfläche werden wiederhergestellt bzw. neu gestaltet.

Zusammenfassende Beurteilung: Für das Schutzgut Landschafts-/Stadt- und Erholungsbild sind durch die Aufstellung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ **keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen** zu erwarten.

3.7 Mensch, menschliche Gesundheit und Bevölkerung

Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Für den Menschen sind im Zusammenhang mit der Neuaufstellung des BP Nr. 419 die möglichen Auswirkungen auf das Wohnen, das unmittelbare Wohnumfeld und die wohnumfeldbezogene Aufenthalts- und Erholungsfunktion durch die vorgesehene Nutzung und hiervon ggf. ausgehenden Immissionen (Lärm, Abgase, Gerüche, Stäube etc.) von Bedeutung.

Der Geltungsbereich wird überwiegend durch das vorhandene Krankenhausesgelände geprägt. Innerhalb und unmittelbar angrenzend an den Geltungsbereich, befindet sich Mischgebietsbebauung mit einer Gärtnerei. Die Mischgebietsbebauung konzentriert sich auf die Randbereiche des Geltungsbereiches an der Nord- und Friedrichstraße. Innerhalb des Geltungsbereiches sind keine bedeutenden Erholungsflächen vorhanden.

Dem Geltungsbereich kommt eine mittlere Bedeutung im Hinblick auf die Wohnumfeldfunktion und aufgrund der sensiblen Nutzung als Krankenhaus eine hohe Bedeutung bzgl. des Teilschutzgutes „Menschliche Gesundheit zu“. Das Plangebiet ist durch den jetzigen Betrieb des Krankenhauses mit seinen Parkplatz- und Zufahrtsflächen durch Verkehrslärm vorbelastet.

Da der Geltungsbereich bereits heute zu großen Teilen als Krankenhausesgelände mit Parkplatzflächen genutzt wird, kommt dem Plangebiet selbst eine geringe Bedeutung im Hinblick auf die Aufenthalts- und Erholungsfunktion zu.

Ein kleiner Patientengarten befindet sich auf dem Dach des Parkhauses. Er wird im Zuge der Erweiterung zunächst entfernt und dann wiederhergestellt. Darüber hinaus ist eine neue Grünfläche geplant.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Mit Realisierung der Planung kommt es baubedingt zu zusätzlichen Belastungen durch Baustellenverkehr in Form von Geräuschemissionen sowie verstärkter Staubentwicklung bei anhaltend trockener Witterung. Diese Beeinträchtigungen können durch die Festlegung von Arbeitszeiten, den Einsatz geräuscharmer Maschinen und Geräte sowie bei Bedarf die Benetzung von Bauflächen mit Wasser bis unter die Erheblichkeitsschwelle minimiert werden.

Bau- und/oder betriebsbedingte Beeinträchtigungen sind in Form eines erhöhten Verkehrsaufkommens möglich. Es wurden Verkehrserhebungen und eine Prognose auf der Grundlage der geplanten Entwicklung des Quartiers durchgeführt (s. HKS Siegen, 2019: Begründung zum BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“). Als Ergebnis liegt vor, dass die neue Zufahrt über die Nordstraße zur bestehenden Tiefgarage zu einer Mehrbelastung führt, welche in der Friedrichstraße einen Teilrückbau der vorhandenen Verkehrsberuhigung sowie der Stellplätze erforderlich macht. In der Elisabethstraße sind die Veränderungen der Verkehrsbelastung als unerheblich einzuschätzen. In der Kampenstraße wird es zu einer Reduzierung der Verkehrsbelastung im Eingangsbereich des Krankenhauses kommen.

Als Ergebnis der schalltechnischen Untersuchung sind aufgrund der Überschreitungen der schalltechnischen Orientierungswerte im Bereich des nördlichen und westlichen Randes des Plangebietes Schallschutzmaßnahmen festzusetzen. Der Gutachter empfiehlt passiven Schallschutz. Für das gesamte Plangebiet werden für die Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen die Richtlinien nach VDI festgesetzt. Zum Bauantragsverfahren ist ein Schallschutznachweis zum Schutz gegen Außenlärm nach VDI 2719 zu führen. Gemäß DIN 18005 Schallschutz im Städtebau sind die Schutzansprüche der Sondergebiete von der definierten Nutzung abhängig und müssen von der verantwortlichen Kommune definiert werden. Im Sondergebiet Klinik sind insbesondere die Schlaf- und Aufenthaltsräume der Patienten vor Straßenlärm zu schützen.

Zusätzliche negative Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf die bestehende Wohnbebauung sind nicht zu erwarten. Bei Umsetzung der obengenannten Maßnahmen ist von keinen erheblichen Umweltauswirkungen auszugehen.

Zusammenfassende Beurteilung: Mit der Aufstellung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ sind nach heutigem Erkenntnisstand **keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen** der Wohnfunktion, der Gesundheit des Menschen und der Bevölkerung sowie der Erholungsnutzung verbunden.

3.8 Kulturgüter / Kulturelles Erbe /Sachgüter

Basisszenario und voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung

Gemäß § 2 ROG sind Kulturlandschaften zu erhalten und zu entwickeln. In ihren prägenden Merkmalen und mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern sind historisch geprägte und gewachsene Kulturlandschaften zu erhalten.

Der Geltungsbereich liegt im landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 31.01 „Siegen und Umgebung“ mit einem kulturlandschaftlich bedeutsamen Stadtkern. Der Burgberg von Siegen wird durch die Nikolaikirche, das Obere Schloss und seine Altstadt geprägt. Innerhalb der Stadt verläuft als linienhafter bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich 22.08 die „Brüderstraße“ als frühmittelalterlicher Fernhandelsweg.

Als wertgebende Merkmale sind zu nennen:

- Spuren historischen Eisenerzabbaus, Siegerländer Hauberge, eisenzeitliche Wallburganlagen, Hohlwege, Siegener Hecke, mittelalterliche Burganlagen
- Siegen mit dem Burgberg, die Nikolaikirche, das Obere Schloss und seine Altstadt
- „Alter Flecken“ Freudenberg
- Ehemalige Stahlwerke Krupp mit Spitzkegelhalde in Siegen-Geisweid

Die wertgebenden Merkmale liegen nicht innerhalb des Plangebietes und auch nicht im näheren und weiteren Umfeld des Vorhabens. Die Brüderstraße Köln-Siegen verläuft außerhalb des Geltungsbereiches.

An der Kampenstraße befindet sich außerhalb des Geltungsbereiches das Areal der Kirche St. Michael.

Bodendenkmäler gem. § 3 Denkmalschutzgesetz NRW sind innerhalb des Plangebietes und im unmittelbaren Umfeld des Plangebietes nicht vorhanden.

Dem Plangebiet kommt eine mittlere Bedeutung für das Schutzgut Kulturgüter / Kulturelles Erbe und Sachgüter zu.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen des Schutzgutes sind bei Nichtdurchführung des Vorhabens nicht erkennbar.

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung

Kultur- und sonstige Sachgüter, die Objekte von gesellschaftlicher Bedeutung und öffentlichem Interesse sind, sowie Bodendenkmäler gem. § 3 Denkmalschutzgesetz NRW sind Plangebiet nicht vorhanden. Das Areal der Kirche St. Michael an der Kampenstraße erfährt keine Veränderungen.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Siegen und dem LWL – Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe gemäß §§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz unverzüglich anzuzeigen.

Zusammenfassende Beurteilung: Durch die Aufstellung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ sind **keine erheblichen Umweltauswirkungen** auf das Schutzgut Kulturgüter, Kulturelles Erbe, Sachgüter zu erwarten.

3.9 Wechselwirkungen zwischen den Umweltbelangen / Schutzgütern

Die nach den Vorgaben des BauGB zu betrachtenden Schutzgüter beeinflussen sich gegenseitig in unterschiedlichem Maße. Dabei sind Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sowie Wechselwirkungen aus Verlagerungseffekten und komplexe Wirkungszusammenhänge unter den Schutzgütern zu betrachten. Die auf die Teilsegmente der Umwelt und des Naturhaushaltes bezogenen Auswirkungen treffen somit auf ein stark miteinander vernetztes komplexes Wirkungsgefüge.

Die Einzelbeurteilung der Schutzgüter kommt zu dem Ergebnis, dass die Neuaufstellung des BP Nr. 419 für das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Biologische Vielfalt“ zu teilweise erheblichen Umweltauswirkungen führt.

Sich kumulierende Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern, die eventuell zu einer anderen Erheblichkeitseinstufung bezüglich dieser Schutzgüter führen, sind nicht erkennbar. Zwischen den nicht erheblich beeinträchtigten Schutzgütern kommt es aufgrund des geringen bzw. nicht vorhandenen Beeinträchtigungsgrades nicht zu Wechsel- oder Akkumulationswirkungen untereinander.

3.10 Maßnahmen zum Erhalt, Schutz, zur Vermeidung, Minderung und Kompensation und ggf. Überwachung

Die Belange des Umweltschutzes sind gem. § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB bei der Aufstellung des BP Nr. 419 und in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen. Im Besonderen sind auf der Grundlage der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung gem. § 1a Abs. 3 BauGB i. V. m. § 18 BNatSchG die Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft durch die geplante Bebauung und Erschließung zu beurteilen und Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung, zum Schutz und zur Kompensation zu entwickeln.

Nicht erforderliche Beeinträchtigungen sind durch die planerische Konzeption zu unterlassen bzw. zu minimieren und erhebliche Beeinträchtigungen der Schutzgüter durch Kompensationsmaßnahmen (ökologische und landschaftsgestalterische Aufwertung von Teilflächen) auszugleichen.

Durch folgende allgemeine Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung können die Auswirkungen des Planvorhabens in ihrer Intensität minimiert werden.

Schutzgut Boden

Vor und während der Bauarbeiten ist schonend mit dem Oberboden zu verfahren (vgl. Gesetz zum Schutz des Bodens vom 17. März 1998; DIN 18300 vom Oktober 1979; Landesbodenschutzgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 09. Mai 2000). Die unnötige Verdichtung, Umlagerung oder Überschüttung von Boden führt zu Störungen des Bodengefüges, mindert die ökologische Stabilität und verändert die Standorteigenschaften in Bezug auf Wasserhaushalt, Bodenleben und Vegetation. Diese Störungen sind möglichst zu vermeiden.

Der Oberboden ist, soweit noch vorhanden, abzutragen, sachgerecht zu lagern und im Bereich der Böschungen und Freiflächen später so wieder aufzubringen, dass kulturfähiges Bodenmaterial nicht in untere Bodenschichten eingebaut wird. Bei Umlagerungen des Bodens ist ein fachgerechter Umgang des Bodens gemäß der DIN 19731 zu berücksichtigen. Versickerungsfähige Oberflächenbefestigungen sind anzustreben.

Zur Vermeidung von überschüssigem Erdmaterial ist vorrangig ein Massenausgleich anzustreben. Dennoch anfallender überschüssiger Bodenaushub ist in rechtlich zulässiger Weise zu verwerten oder auf einer abfallrechtlich zugelassenen Deponie des Kreisgebietes zu beseitigen.

Die untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein ist an künftigen Bauleitplan- und Baugenehmigungsverfahren innerhalb des Plangebietes unbedingt zu beteiligen.

Schutzgut Wasser

Während der Bauarbeiten sind Schutz- und Sicherungsmaßnahmen beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen zu treffen. Die Lagerung von Kraftstoffen, Ölen sowie das Betanken von Baufahrzeugen und Maschinen sollen auf versiegelten Flächen oder sonstigen gegen Leckagen im Erdreich gesicherten Flächen erfolgen.

Weitere konkrete, planspezifische Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen werden im Folgenden erläutert.

V 1 Abrissbeschränkung

Der Gebäudeabriss sollte außerhalb der Wochenstuben- und Paarungszeit der Fledermäuse und Brutvögel in der Zeit von Mitte November bis Ende Februar erfolgen, so dass der Verlust von möglicherweise belegten Brut- oder Niststätten von Höhlen bewohnenden Vögeln und Tagesverstecken bzw. Zwischenquartieren von Fledermäusen vermieden werden kann. Vor Abriss der Gebäude sind die Rolladenkästen nach Vorkommen von Zwergfledermäusen zu untersuchen.

V 2 Beschränkung der Rodungszeit

Die zur Rodung vorgesehenen Gehölze dürfen nur außerhalb der Aktivitätszeit von Fledermäusen und der Brut- und Fortpflanzungszeit von Vögeln entfernt werden (Mitte November bis Ende Februar), so dass der Verlust von möglicherweise belegten Brut- oder Niststätten von Höhlen bewohnenden Vögeln und Tagesverstecken bzw. Zwischenquartieren von Fledermäusen vermieden werden kann.

V 3 Umweltbaubegleitung

Kann die Beschränkung der Fäll- und Abrisszeit nicht eingehalten werden, so ist alternativ eine Umweltbaubegleitung (UBB) durchzuführen. Im Rahmen der Umweltbaubegleitung stellt eine fachkundige Person im Auftrag des Vorhabenträgers vor der Fällung und des Abrisses der Gebäude sicher, dass bei den vorgesehenen Arbeiten keine Verbotsstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG eintreten, also keine Tiere der potenziell vorkommenden Arten getötet, verletzt oder erheblich gestört werden.

Auch nicht „planungsrelevante Vogelarten“, deren Nester und Brut gem. Art. 5 EU-Vogelschutz-Richtlinie ebenfalls nicht zerstört oder beschädigt werden dürfen, können im Rahmen der Umweltbaubegleitung erfasst und entsprechend behandelt werden. Werden im Rahmen der Umweltbaubegleitung streng oder besonders geschützte Tierarten nachgewiesen, so sind die Fäll- und Abrissarbeiten umgehend zu unterbrechen und das weitere Vorgehen kurzfristig mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein abzustimmen.

V 4 Beleuchtung

Die Beleuchtung von Grundstücken und des Straßenraumes sollte gemäß der Prämisse ausgerichtet sein: „so wenig Licht wie möglich und so viel wie nötig“. Das Licht sollte nur dorthin strahlen, wo es dringend benötigt wird. LED-Leuchten ist der Vorzug zu geben.

Es sind keine Leuchten im hohen Spektralbereich (320-720 nm) wie Halogenleuchten oder mit Edelgas befüllte Lampen zu verwenden.

Erhaltungsmaßnahmen

E 1 Erhalt von Einzelbäumen

Prägende Einzelbäume mit hoher Bedeutung als Nahrungs- und Jagdhabitat sind zu erhalten.

Optimierungsmaßnahmen

O 1 Neuschaffung von Spaltenquartieren

Da der Verlust von Spaltenquartieren nicht gänzlich auszuschließen ist, wird als funktionaler Ausgleich und als Optimierungsmaßnahme O 1 das Anbringen von zwei Spaltenquartieren pro neues Gebäude empfohlen.

Dem Baubuch Fledermäuse (2000) können Maßnahmenvorschläge entnommen werden, damit sie bei der Bauausführung umgesetzt werden können.

3.11 Zusammenfassende Darstellung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen

Die in Kap. 3.1 bis 3.9 dargestellten Umweltauswirkungen werden unter Berücksichtigung der ökologischen Wirksamkeit der aufgeführten Vermeidungs-, Minderungs- und Erhaltungsmaßnahmen nachfolgend tabellarisch aufgelistet und hinsichtlich ihrer Erheblichkeit beurteilt.

Nach der Beurteilung der Bedeutung/Empfindlichkeit der einzelnen Schutzgüter (s. Kap. 3.1 – 3.9) werden diese mit den voraussichtlichen Auswirkungen des Planvorhabens aggregiert. Bei der Ermittlung der Erheblichkeit (Wirkprognose) werden berücksichtigt:

- die Reichweite der Auswirkungen,
- die Dauer der Auswirkungen und
- die Intensität der Auswirkungen.

Es werden vier Stufen der Betroffenheit bzw. Erheblichkeit von Umweltauswirkungen unterschieden (keine erheblichen, erhebliche, teilweise erhebliche, keine Betroffenheit).

In der folgenden zusammenfassenden schutzgutbezogenen Erheblichkeitsbeurteilung bei Durchführung und Nichtdurchführung der Planung werden die Bedeutung und der Grad der Beeinträchtigung graphisch dargestellt.

Tab. 1: Zusammenfassende schutzgutbezogene Beurteilung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen für die Neuaufstellung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marienkrankenhaus“

Voraussichtliche Auswirkungen des Planvorhabens			
Schutzgut / Thema	Bedeutung / Empfindlichkeit	Mögliche erhebliche Umweltauswirkungen bei Durchführung der Planung	Entwicklung des Umweltzustands bei Nichtdurchführung der Planung
Biologische Vielfalt, Tiere, Pflanzen, Biotopfunktion	gering - mittel	Teilweise erhebliche Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Fläche	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Boden	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Wasser (GW)	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Wasser (OF)	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Klima / Luft	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Landschaftsbild	gering	keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Mensch / Lärm	mittel-hoch	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Mensch / Erholung	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Erholung (freie Landschaft)	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Kultur- und sonstige Sachgüter	gering	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Nicht erheblich
Wechselwirkungen	keine	Keine erheblichen Umweltauswirkungen	Keine umweltbeeinträchtigenden erheblichen Wechselwirkungen

4 EINGRIFFS-AUSGLEICHSBILANZIERUNG

4.1 Ermittlung des Eingriffswertes

Die Ermittlung des notwendigen Umfanges der landschaftspflegerischen Ausgleichsmaßnahmen für die unvermeidbaren Eingriffe in die Biotop- und Lebensraumfunktion erfolgt auf Grundlage der ökologischen Bewertung nach der Numerischen Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV). Zunächst wird der Biotopwert des Plangebietes im Ausgangszustand vor dem Eingriff ermittelt. Hierzu wird den Biotoptypen ein Grundwert A zugeordnet, dieser wird mit dem betroffenen Flächenanteil multipliziert. Die ökologische Bewertung wird für das Plangebiet dargestellt.

Biotopwert des Plangebietes im Ausgangszustand:

Tab. 2: Ermittlung des ökologischen Wertes des Plangebietes im Ausgangszustand*

Code	Biotoptyp	Grundwert A	Fläche in m ²	Einzelflächenwert In Wertpunkten
1.1	Versiegelte Fläche (Gebäude, Straßen etc.)	0	31.600	0
4.2	Intensive Dachbegrünung	1	1.450	1.450
4.3	Zier- und Nutzgarten mit < 50% heimischen Gehölzen	2	525	1.050
4.5	Intensivrasen, Staudenrabatten, Bodendecker	2	1.850	3.700
7.3	Einzelbaum, nicht lebensraumtypisch, < geringes Baumholz	3	320	960
7.3	Einzelbaum, nicht lebensraumtypisch, geringes bis mittleres Baumholz	4	250	1.000
7.3	Einzelbaum, nicht lebensraumtypisch, starkes bis sehr starkes Baumholz	5	270	1.350
7.4	Einzelbaum, lebensraumtypisch, < geringes Baumholz	5	65	325
7.4	Einzelbaum, lebensraumtypisch, geringes bis mittleres Baumholz	6	305	1.830
7.4	Einzelbaum, lebensraumtypisch, starkes bis sehr starkes Baumholz	7	365	2.555
Gesamtfläche			5.400	
Gesamtflächenwert				14.220

* Der Straßenbaumbestand wurde bei der Berechnung nicht berücksichtigt, da er erhalten wird.

Im nächsten Schritt wird der ökologische Wert des Plangebietes im Planungszustand ermittelt. Hierbei wird gem. der Numerischen Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW (LANUV) bei Änderung des Biotoptyps der Grundwert P herangezogen. Der Grundwert P stellt den Wert eines Biotops 30 Jahre nach Neuanlage dar.

Biotopwert des Plangebietes im Planungszustand:

Tab. 3: Ermittlung des ökologischen Wertes des Plangebietes im Planungszustand

Code	Biototyp	Grundwert P	Fläche in m²	Einzelflächenwert in Wertpunkten
Gewerbegebiet (GE) GRZ 0,8, 80%				
1.1	Verkehrsflächen Versiegelte Fläche (Straßen etc.)	0	8.100 8.100	0
1.1	Sondergebiet, davon entfallen: Sondergebiet, (0,8 / 1,0), überbaubar	0	28.900 23.120	0
4.5	Sondergebiet, nicht überbaubar davon entfallen: Sondergebiet, (0,20), davon entfallen: Intensivrasen, Staudenrabatten, Boden- decker	2	28.900 5.780 4.795	9.590
7.3	Einzelbaum, nicht lebensraumtypisch, < geringes Baumholz	3	320	960
7.3	Einzelbaum, nicht lebensraumtypisch, geringes bis mittleres Baumholz	4	155	620
7.3	Einzelbaum, nicht lebensraumtypisch, starkes bis sehr starkes Baumholz	5	195	975
7.4	Einzelbaum, lebensraumtypisch, < geringes Baumholz	5	5	25
7.4	Einzelbaum, lebensraumtypisch, geringes bis mittleres Baumholz	6	145	870
7.4	Einzelbaum, lebensraumtypisch, starkes bis sehr starkes Baumholz	7	165	1.155
Gesamtfläche			37.000	
Gesamtflächenwert				14.195

Aus der Differenz zwischen Ausgangszustand und Planungszustand ergibt sich für das gesamte Plangebiet folgende Bilanz:

Ökologischer Wert Ausgangszustand: - 14.220 Wertpunkte
Ökologischer Wert Planungszustand: +14.195 Wertpunkte
 Bilanz (Planungszustand - Ausgangszustand): - 25 Wertpunkte

Die Bilanzierung ergibt, dass bei Berücksichtigung der Erhaltungsmaßnahmen durch das Vorhaben ein geringer Verlust von 25 ökologischen Werteinheiten für den Eingriff in die Biotopfunktion entsteht.

Die Böden im Plangebiet weisen eine hohe Vorbelastung durch Versiegelung (Baukörper, Stellplatzflächen etc.) auf. Im Bereich der kleinen Grünflächen ist von anthropogen überprägten Böden auszugehen. Natürlich anstehender Boden ist innerhalb des Geltungsbereiches nicht vorhanden. Es wird nur marginal anthropogen veränderter Boden zusätzlich überbaut und versiegelt. Es ist für den Eingriff in den anthropogenen Boden kein Ausgleich erforderlich.

5 BERÜCKSICHTIGUNG DER ANFÄLLIGKEIT DES VORHABENS FÜR SCHWERE UNFÄLLE UND KATASTROPHEN

Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sind für eine bestimmte Nutzung vorgesehene Flächen einander so zuzuordnen, dass neben schädlichen Umwelteinwirkungen insbesondere auch von schweren Unfällen i.S.d. Artikels 3 Nr. 13 der Seveso-III Richtlinie (sog. Störfälle) hervorgerufene Auswirkungen auf schutzwürdige Gebiete/Nutzungen, Hauptverkehrswege etc. soweit wie möglich vermieden werden. Konkret bedeutet dies, dass im Rahmen der Bauleitplanung angemessene Sicherheitsabstände zwischen Betriebsbereichen und schutzbedürftigen Gebieten/Nutzungen einzuhalten sind.

Das durch den Bebauungsplan zulässige Vorhaben weist eine hohe Empfindlichkeit gegenüber Störfällen und Katastrophen auf. Es ist nicht auszuschließen, dass sich in der Nähe des Vorhabenbereichs Nutzungen oder Anlagen befinden, von denen Störfälle oder Katastrophen ausgehen könnten, die das „normale“ Risiko übersteigen. Es wird bei der Erweiterung der Klinik davon ausgegangen, dass die Schutzabstände für die Bauleitplanung der in der UVO aufgeführten Betriebe (s. Kap. 6) gemäß der Abstandsliste des Abstandserlasses NRW bei der Neuaufstellung der Ursprungsbauleitpläne überprüft wurden (Trennungsgrundsatz § 50 BImSchG).

Mit einer geringen Wahrscheinlichkeit kann im Falle einer Katastrophe jedoch für den Änderungsbereich nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass doch nachteilige Auswirkungen für die Bevölkerung entstehen können. Die Art und das Ausmaß möglicher Auswirkungen sind aktuell nicht einzuschätzen.

6 AUSWIRKUNGEN VON IMMISSIONEN / EMISSIONEN

Konkrete Daten zur Luftqualität liegen für den Planbereich nicht vor. Um die Auswirkungen von Emissionen aus dem Vorhabenbereich beurteilen zu können, wäre die Erstellung von Spezialgutachten erforderlich, die den für die Erstellung dieses Umweltberichtes zumutbaren Aufwand deutlich übersteigen würden. Konkrete Aussagen zu den Auswirkungen von Emissionen können daher nicht getroffen werden.

Um die auf das Gebiet einwirkenden Immissionen beurteilen zu können, wurde das Informationssystem „Umwelt vor Ort“ ausgewertet. Es befinden sich zwei lokale Emittenten im 1.500 m-Radius um das geplante Vorhaben. Die Anlagen sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Hinweise zu Art und Menge der Emissionen sind nicht gegeben.

Tab. 4: Lokale Emittenten im 1.500 m Radius um das Vorhaben.

Art der Anlage	Name	Entfernung
Eisen, Stahlgießereien >= 20 t/d Gussteile	Gontermann-Peipers GmbH Werk Hain	620 m
Eisen, Stahlgießereien >= 20 t/d Gussteile	Gontermann-Peipers GmbH Werk Marienborn	1.400 m

Es wird bei der Erweiterung der Klinik davon ausgegangen, dass die Schutzabstände für die Bauleitplanung der oben aufgeführten Betriebe gemäß der Abstandsliste des Abstandserlasses NRW überprüft wurden. Es ist zu erwarten, dass die von den aufgeführten Emittenten ausgehenden Immissionen keine nachteilige Wirkung auf das geplante Erweiterungsvorhaben haben.

Das Plangebiet ist durch den jetzigen Betrieb des Krankenhauses mit seinen Stellplatzflächen vorbelastet. Es wurden Verkehrserhebungen auf der Grundlage der geplanten Entwicklung des Quartiers durchgeführt. Als Ergebnis liegt vor, dass die neue Zufahrt über die Nordstraße zur bestehenden Tiefgarage zu einer Mehrbelastung führt, welche in der Friedrichstraße einen Teilrückbau der vorhandenen Verkehrsberuhigung sowie der Stellplätze erforderlich macht. In der Elisabethstraße sind die Veränderungen der Verkehrsbelastung als unerheblich einzuschätzen. In der Kampenstraße wird es zu einer Reduzierung der Verkehrsbelastung im Eingangsbereich des Krankenhauses kommen. Insgesamt ergibt sich voraussichtlich keine erhebliche Beeinträchtigung für die Patienten und die vorhandene Wohnbevölkerung im Plangebiet bzw. unmittelbar angrenzend an den Geltungsbereich des BP.

Eine Schalltechnische Untersuchung wurde erarbeitet (s. Kap. 3.7). Aufgrund der Überschreitung der schalltechnischen Orientierungswerte im Bereich des nördlichen und westlichen Randes des Plangebietes ist es erforderlich, Schallschutzmaßnahmen im Bebauungsplan festzusetzen. Es wird empfohlen passive Lärmschutzmaßnahmen und Maßnahmen nach VDI 2719 (Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen) einzuplanen.

Zum Bauantragsverfahren ist ein Schallschutznachweis zum Schutz gegen Außenlärm zu führen.

7 VERWERTUNG ODER BESEITIGUNG VON ABFÄLLEN

Es erfolgt evtl. ein Abriss voraussichtlich folgender Baukörper:

- Krankenpflegeschule/Geschäftsführung (ca. 8.000 m³)
- Institut für Immunologie Nordstraße 29 (ca. 11.000 m³)
- Teilbereich des Schwesternwohnheims/Leichenhalle (ca. 8.700 m³)
- Parkhaus (ca. 10.000 m³)
- Gebäude Nordstraße 22, 24 (ca. 1.878 m³)
- Gebäude Nordstraße 26 (ca. 1.827 m³)
- 2 Gewächshäuser (ca. 541 m³)

Der Abriss soll im laufenden Krankenhausbetrieb in einem entsprechend schonenden Verfahren durchgeführt werden. Eine Sprengung der Gebäude wird ausgeschlossen. Die anerkannten Regeln der Technik werden durch Fachunternehmen berücksichtigt.

Entsprechend der Ergebnisse des neuen Baugrundgutachtens, sind nach Auskoffnung bei der Abfuhr des vorhandenen Bodens ggf. Vorgaben zu berücksichtigen. Zur Zeit liegen noch keine Ergebnisse vor.

Infolge des Gesamtbetriebes des Krankenhauses kommt es zu zusätzlichem Abfallaufkommen, da sich zukünftig die Nutzfläche vergrößern wird. Dazu zählt Papierabfall, aber auch für Krankenhäuser spezifische Abfälle, (z. B. Bluthaltige Organe, Atemkalk) die besonders entsorgt werden müssen. Bei der Entsorgung wird die Mitteilung der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) 18 zugrunde gelegt, die eine Vollzugshilfe zur Entsorgung von Abfällen aus Einrichtungen des Gesundheitsdienstes darstellt. Fette und Küchenabfälle werden zukünftig nicht mehr anfallen, da das Essen extern angeliefert wird.

Die Ableitung des Oberflächen- und Schmutzwassers erfolgt über die vorhandenen Kanäle.

8 ERNEUERBARE ENERGIEN/SPARSAME UND EFFIZIENTE NUTZUNG VON ENERGIE

Die Nutzung regenerativer Energien (Photovoltaikanlagen) wurde im Bestand der Gebäude berücksichtigt. Der Aspekt findet bei dem Neubauvorhaben zukünftig auch Berücksichtigung.

9 VERWENDETE TECHNIKEN UND EINGESETZTE STOFFE

Im Rahmen der vorliegenden Planung sind Techniken und Stoffe vorgesehen, die nicht über den allgemein gebräuchlichen Rahmen hinausgehen. Hinsichtlich der Techniken kommen jene zum Gebrauch, die den aktuellen Richtlinien und Stand der Technik entsprechen.

10 ANDERWEITIGE PLANUNGSMÖGLICHKEITEN

Im Umfeld des Plangebiets wurde nach Alternativstandorten zur Errichtung der geplanten baulichen Anlagen gesucht. Der Standort der Erweiterung ist alternativlos, da im gesamten Umfeld kein Flächenerwerb getätigt werden kann und eine enge Zuordnung der neugeplanten Nutzungen zum bestehenden Klinikum eine notwendige Voraussetzung für die Umsetzung ist.

11 KUMULIERUNG MIT DEN AUSWIRKUNGEN VON VORHABEN BENACHBARTER GEBIETE

Wenn mehrere Vorhaben gleicher Art von einem oder mehreren Vorhabenträgern durchgeführt werden und in einem engen Zusammenhang stehen, liegen gem. § 10 UVPG kumulierende Vorhaben vor. Der Einwirkungsbereich sollte sich überschneiden und die Vorhaben sollten funktional und wirtschaftlich auf einander bezogen sein.

Um die verschiedenen Zielsetzungen der Erweiterung des St. Marien-Krankenhauses auch planerisch zu sichern, wird der BP Nr. 419 aufgestellt. Weitere geplante Vorhaben im Zusammenhang mit erheblichen Umweltauswirkungen des Vorhabens benachbarter Gebiete sind nicht bekannt. Hier ist eine Überlagerung von Einwirkbereichen Voraussetzung für eine erforderliche Betrachtung.

Zu berücksichtigen sind etwaige bestehende Umweltprobleme im Hinblick auf Gebiete mit besonderer Umweltrelevanz und/oder die Nutzung von natürlichen Ressourcen. Die Erweiterung des Kreiskrankenhauses in Siegen-Weidenau erfolgt in einer Entfernung von ca. 2,6 km. Eine Überlagerung von erheblichen Auswirkungen dieses Vorhabens wird ausgeschlossen.

12 GEPLANTE MASSNAHMEN ZUR ÜBERWACHUNG DER ERHEBLICHEN UMWELTAUSWIRKUNGEN (MONITORING)

Das Monitoring bezieht sich ausschließlich auf die Überwachung von möglicherweise auftretenden erheblichen Umweltauswirkungen als Folge des Inkrafttretens des BP 419 festgesetzten Nutzungen. Es ist kein Instrument, um die Umsetzung der im Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen zu überprüfen. Dies ist Aufgabe der Bauaufsichtsbehörden.

Für das Monitoring ist die Stadt Siegen zuständig. Die Stadt benachrichtigt die Umweltfachbehörden, dass der BP 419 rechtswirksam geworden ist.

Erste Überprüfung

Die erste Überprüfung der Auswirkungen der Maßnahme wird 5 Jahre nach Rechtskraft des Bebauungsplanes vorgenommen. Die bis dahin von den Überwachungsbeteiligten vorgetragenen oder ansonsten bekannt gewordene umweltrelevanten, zum Zeitpunkt der Planung nicht zu erwartende Auswirkungen werden dann von der Monitoringstelle der Stadt hinsichtlich ihrer Erheblichkeit gesichtet. Dieses Ergebnis sowie eigene Erkenntnisse werden von der Monitoringstelle hinsichtlich ihrer Erheblichkeit bewertet und ggf. wird, soweit erforderlich und möglich, steuernd eingegriffen. Das Ergebnis der ersten Überprüfung wird dokumentiert.

Zweite Überprüfung

Die zweite Überprüfung erfolgt ein Jahr nach weitgehendem Abschluss der Maßnahme (bauliche Umsetzung auf 80 % der Flächen), spätestens 10 Jahre nach Rechtskraft des Bauleitplanes. Das Überprüfungsverfahren und evtl. steuernde Maßnahmen werden wie bei der ersten Überprüfung abgewickelt. Das Ergebnis wird abschließend dokumentiert.

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Siegen als Unteren Denkmalbehörde und/oder der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Olpe gemäß §§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz unverzüglich anzuzeigen.

13 VERWENDETE TECHNISCHE VERFAHREN, SCHWIERIGKEITEN, FEHLLENDE KENNTNISSE

Die Nutzungsstrukturen mit einer Kartierung des Baumbestands wurden im Rahmen einer Begehung des Plangebietes im August 2018 erfasst. Zudem erfolgte die Auswertung von Luftbildern.

Zur Beurteilung der artenschutzrechtlichen Belange wurde 2018 ein Fachbeitrag Artenschutz einschließlich Artenschutzprüfung der Stufe 1 erstellt.

Da nach Einschätzung der Fachbehörden nicht auszuschließen war, dass sich Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermäusen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes befinden, wurde in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde im Juni/Juli 2018 ein separates Fledermausgutachten erstellt.

Zur weiteren Beurteilung wurden die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchungen, eines Schalltechnischen Gutachtens sowie einer Luftbildauswertung bzgl. Kampfmittel berücksichtigt.

Die Baumschutzsatzung der Stadt Siegen wurde des Weiteren für die Bewertung herangezogen.

Weiterhin werden die Angaben aus dem Landschaftsinformationssystem @LINFOS des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW - LANUV (Biotopkataster, gesetzlich geschützte Biotope, Vorkommen planungsrelevanter Arten) ausgewertet. Die o. a. Unterlagen sowie weitere Informationen zu den einzelnen planungsrelevanten Schutzgütern (Bodenkarte, Karte der Grundwasserverhältnisse etc.) werden im Rahmen der Umweltprüfung zur Beurteilung des heutigen Umweltzustands und der voraussichtlichen Umweltauswirkungen des Planvorhabens herangezogen.

Bestimmte Umweltauswirkungen sind hinsichtlich ihrer Intensität und Reichweite nicht eindeutig zu determinieren, wie z.B. mögliche Auswirkungen im Bereich lokalklimatischer Funktionen und durch Immissionen. Der Aufwand zur Erstellung von weiteren Spezialgutachten ist im Verhältnis zu den dabei speziell für das Plangebiet zu gewinnenden Erkenntnissen aufgrund der ermittelten nur durchschnittlichen Bedeutung und Empfindlichkeit der relevanten Umweltfunktionen im Plangebiet unverhältnismäßig hoch. In diesem Fall erfolgen dann gutachterliche Abschätzungen auf Grundlage von einschlägiger Fachliteratur, Erfahrungswerten und Analogschlüssen.

Es können keine konkreten Aussagen zu den Auswirkungen von Emissionen lufthygienischer Art getroffen werden, da hierzu die Erstellung von Spezialgutachten erforderlich wäre.

Die vorhandene Datengrundlage wird zur Beurteilung der mit der Neuaufstellung des BP Nr. 419 verbundenen Umweltauswirkungen als inhaltlich und in Bezug auf ihren Umfang um derzeitigen Planungsstand als ausreichend erachtet.

14 ALLGEMEIN VERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG

Die allgemein verständliche Zusammenfassung im Umweltbericht ist so auszugestalten, dass Dritten die Beurteilung ermöglicht wird, ob und in welchem Umfang sie von den Umweltauswirkungen des Vorhabens betroffen sein können.

Angesichts des Umfangs und der Komplexität der Angaben nach § 2a Abs. 1 und 2 BauGB kommt hierbei der Zusammenfassung besondere Bedeutung zu.

Die gegenwärtige Situation der Umwelt wurde auf Grundlage vorliegender Daten, Informationen und sonstiger Erkenntnisse untersucht und die Umweltauswirkungen des Planvorhabens wurden **entsprechend dem heutigen Planungsstand** des BP Nr. 419 beurteilt.

Im aktuellen Landesentwicklungsplan ist das Plangebiet als Siedlungsraum inklusive großflächiger Infrastruktureinrichtungen dargestellt. Der Regionalplan, des Regierungsbezirks Arnsberg stellt das Plangebiet als „Allgemeinen Siedlungsbereich“ dar.

Im rechtskräftigen Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Siegen der bestehende Krankenhausstandort überwiegend als Fläche des Gemeinbedarfs mit der Zweckbestimmung „Gesundheitlichen Zwecken dienende Gebäude und Anlagen“ dargestellt. Teilbereiche der Bebauung an der Nordstraße/Elisabethstraße sind als Allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. Die Bebauung an der Friedrichstraße und die Bebauung im Bereich der Gärtnerei sind als Mischgebiet dargestellt. Der FNP wird im Parallelverfahren geändert und mit den Darstellungen „Sondergebiet Klinik“ angepasst. Die landesplanerische Anpassungsbestätigung gem. § 34 Landesplanungsgesetz liegt mit Datum vom 28.03.2019 vor.

Für den zentralen Bereich des Plangebietes liegt derzeit kein Bebauungsplan (BP) vor. Der BP Nr. 13a „Gartenstraße/Friedrichstraße“ mit Festsetzungen entlang der Friedrichstraße wurde im Juli 2017 aufgehoben.

Der Geltungsbereich liegt im landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 31.01 „Siegen und Umgebung“ mit einem kulturlandschaftlich bedeutsamen Stadtkern. Der Burgberg von Siegen wird durch die Nikolaikirche, das Obere Schloss und seine Altstadt geprägt. Innerhalb der Stadt verläuft als linienhafter bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich 22.08 die „Brüderstraße“ als frühmittelalterlicher Fernhandelsweg.

Mit der Realisierung der Planung kommt es bei dem **Schutzgut Pflanzen, Tiere und Biologische Vielfalt** zu **teilweise erheblichen Umweltauswirkungen**, da der Verlust von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters als erheblich einzuschätzen ist.

Die Eingriffsbilanzierung (s. Kap. 4.1) ergibt, dass bei Berücksichtigung der Erhaltungsmaßnahmen durch das Vorhaben ein geringer Verlust von 25 ökologischen Werteinheiten für den Eingriff in die Biotopfunktion entsteht. Aufgrund des geringen Ausgleichsbedarfs sollte auf die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen verzichtet werden.

Für das Vorhaben wurde eine **Artenschutzprüfung Stufe I** (ASP I) durchgeführt. Durch den Abriss von maximal 6 Baukörpern (3 Dachstühle), 2 Gewächshäusern und einem Parkhaus war zunächst nicht auszuschließen, dass Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermausarten betroffen sind.

Nach Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein und Herrn Dr. Wiedemann von der Stadt Siegen wurden im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausgutachterin Schmidt-Fasel Fledermauserfassungen durchgeführt. Als Ergebnis der Fledermauserfassungen im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausexpertin Schmidt-Fasel konnte festgestellt werden, dass der Untersuchungsraum aufgrund der erfassten Arten sowie der hohen Anzahl stattgefundener Überflüge/Nahrungsflüge einen bedeutsamen innerstädtischen Lebensraum insbesondere für die *Zwergfledermaus* und den *Großen Abendsegler* darstellt. Im Rahmen der Untersuchungen wurden keine Wochenstubenquartiere und Winterquartiere nachgewiesen. Bei Abriss der Gebäude und bei Fällung von Bäumen mittleren bis starken Baumholzalters konnte ein Verlust von Tagesquartieren nicht gänzlich ausgeschlossen werden, deshalb sind Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen umzusetzen.

Abschließend kann festgestellt werden, dass unter Berücksichtigung oben aufgeführten Maßnahmen das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG für die potenziell vom Eingriff betroffenen Vogel- und Fledermausarten ausgeschlossen werden können. Ein Ausnahmetatbestand gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ergibt sich nicht.

Aufgrund des hohen Anteils an bereits versiegelten Flächen ist von einer flächigen anthropogenen Überprägung des Plangebietes auszugehen.

Natürlich anstehender Boden ist im Bereich der Überbauung und Versiegelung nicht mehr vorhanden. Es wird nur marginal anthropogen veränderter Boden zusätzlich überbaut und versiegelt. Es entstehen keine erheblichen Umweltauswirkungen für das Schutzgut Boden.

Für die **übrigen Schutzgüter** ergeben sich bei Umsetzung der Planung **voraussichtlich keine erheblichen Umweltauswirkungen**.

Sich **kumulierende Wechselwirkungen** zwischen diesen Schutzgütern, die eventuell zu einer anderen Erheblichkeitseinstufung bezüglich der Schutzgüter führen, sind **nicht erkennbar**.

Bei **Nichtdurchführung der Planung** kommt es nicht zu erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen für die untersuchten Umweltschutzgüter.

Im Umfeld des Plangebiets wurde nach **Alternativstandorten** zur Errichtung der geplanten baulichen Anlagen gesucht. Der Standort der Erweiterung ist alternativlos, da im gesamten Umfeld kein Flächenerwerb getätigt werden kann und eine enge Zuordnung der neugeplanten Nutzungen zum bestehenden Klinikum eine notwendige Voraussetzung für die Umsetzung ist.

Waldbröl, im April 2021

Bearbeitung:

HKR |
Stephan Müller
Landschaftsarchitekten

Umwelt ▪ Stadt ▪ Land

15 REFERENZLISTE DER QUELLEN

BEZIRKSREGIERUNG ARNSBERG, 2008: Regionalplan für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Siegen

GESETZ ÜBER NATURSCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE, 2009: Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG vom 29. Juli 2009, zuletzt geändert am 07.08.2013, Seite 4

LANDSCHAFTSVERBAND RHEINLAND, 1978: Naturpark Bergisches Land. Potenzielle natürliche Vegetation, M. 1:200.000, Bonn-Bad Godesberg

LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN, 2010: Biotopkataster Nordrhein-Westfalen

LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN, 2007: Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen

LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN, 2008: Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW

MINISTERIUM FÜR STADTENTWICKLUNG, KULTUR UND SPORT, MINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ, MINISTERIUM FÜR BAUEN UND WOHNEN DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN, 1996: Bewertung von Eingriffen in Natur und Landschaft.-Arbeitshilfe für die Bauleitplanung

MINISTERIUM FÜR UMWELT, RAUMORDNUNG UND LANDWIRTSCHAFT DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (MURL), 2019: Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)

SCHMIDT-FASEL, SIGRID, HEBEL, REINER, 2018: Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus in Siegen“ – Untersuchungen zur Nutzung der Flächen durch Fledermäuse sowie Suche nach potentiellen Wochenstubenquartieren

Verwendete Internetseiten:

Internetseite	Abfragedatum
http://www.tim-online.nrw.de	08.05.2018
http://www.lanuv.nrw.de/service/infosysteme.htm	08.05.2018
http://www.elwasweb.nrw.de	03.07.2018

**Fachbeitrag Artenschutz einschl.
Artenschutzprüfung Stufe I (ASP I)
gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG**

zum

**Bebauungsplan Nr. 419
„Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“**

Stand: 19. April 2021

Auftraggeber: Mariengesellschaft gGmbH
Hans-Jürgen Winkelmann
Kampenstr. 51
57072 Siegen

Auftragnehmer: HKR Landschaftsarchitekten
Umwelt ▪ Stadt ▪ Land
Kaiserstraße 28
51545 Waldbröl

Tel.: 02291 / 927803-0
Fax: 02291 / 927803-9
info@hkr-landschaftsarchitekten.de
www.hkr-landschaftsarchitekten.de

HKR
Stephan Müller
Landschaftsarchitekten

Bearbeitung: Sabine Nockemann-Hammeran, Landschaftsarchitektin AK NW
Dipl.-Ing. Stephan Müller, Landschaftsarchitekt BDLA AK NW

INHALTSVERZEICHNIS

1	ANLASS UND AUFGABENSTELLUNG.....	1
2	ARTENSPEKTRUM UND WIRKFAKTOREN.....	5
3	ARTENSCHUTZFACHLICHE BEURTEILUNG DES PLANVORHABENS GEMÄSS § 44 ABS. 1 BUNDESNATURSCHUTZGESETZ.....	6
4	MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG, MINDERUNG ZUR ERHALTUNG UND ZUM AUSGLEICH.....	14
5	FAZIT.....	14
6	LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS.....	17

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1: Lage des Geltungsbereiches.....	2
Abb. 2: Stellplätze mit hohem Versiegelungsgrad.....	3
Abb. 3: Zu fällende Blutbuchen an der Nordstraße.....	3
Abb. 4: Prägende, zu erhaltende Hänge- und Blutbuche nördlich der Gärtnerei.....	4
Abb. 5: Eingrünung der Stellplätze mit Ziergehölzen.....	4
Abb. 6: Prägende, zu erhaltende Baumgruppen westlich der Krankenpflegeschule.....	4
Abb. 7: Zu fällende Zeder im Bereich des Instituts für Immunologie	5
Abb. 8: Spalten im Bereich der Dachlandschaft am Institut der Immunologie (Abriss).....	7

ANHÄNGE

Anlage 1: Planungsrelevante Arten für die Quadranten 1 im Messtischblatt 51141 „Siegen“

Anlage 2: Protokoll der Artenschutzprüfung

Anlage 3: Schmidt-Fasel, Sigrid, Hebel, Reiner, 2018

1 ANLASS UND AUFGABENSTELLUNG

Im Rahmen der Neuaufstellung des vorhabenbezogenen BP Nr. 419 ist die Erweiterung des St. Marien-Krankenhauses geplant. Der Geltungsbereich umfasst eine Gesamtfläche von ca. 3,7 ha. Davon entfallen ca. 8.100 m² auf Verkehrsflächen. Der überwiegende Teil des Geltungsbereiches wird als Sondergebiet „Klinik“ festgesetzt. Ca. 80% der Gesamtfläche sind heute bereits versiegelt. Entweder sie sind überbaut oder werden als Parkplatzflächen bzw. Straßenverkehrsfläche genutzt. Für die Fläche der Gärtnerei gilt ebenfalls die Festsetzung Sondergebiet „Klinik“.

Eine konkrete Planung liegt aktuell noch nicht vor. Doch kann davon ausgegangen werden, dass infolge der Erweiterung maximal 6 Baukörper (3 Dachstühle), 2 Gewächshäuser und ein Parkhaus abgerissen werden müssen. Für die neuen Baukörper werden überwiegend versiegelte Parkplatzflächen bzw. Bereiche der abgerissenen Baukörper in Anspruch genommen. Westlich der Nordstraße kommt es zu einer Inanspruchnahme von Gärtnereiflächen mit Gewächshäusern, die ebenfalls einen hohen Versiegelungsgrad aufweisen. Eine Neuversiegelung wird deswegen nur in einer marginalen Größenordnung auftreten.

Die neuen Baukörper werden so angeordnet, dass vorhandener prägender Baumbestand mittleren Baumholzalters südlich des Instituts der Immunologie erhalten werden kann. Vorhandener prägender Baumbestand in der Nordstraße, im Bereich der Schule sowie der Baumbestand in der Friedrichstraße und Kampenstraße wird erhalten. Es kommt zur dauerhaften Inanspruchnahme von Ziergehölzen, Scherrasen und 10 Einzelbäumen jungen Baumholzalters, die zur Eingrünung des Krankenhausgeländes angepflanzt wurden sowie von insgesamt 12 Bäumen mittleren bzw. starken Baumholzalters. Bei Abriss des Parkdecks entfallen Dachbegrünung mit Scherrasen, Ziergehölzen sowie eine Baum mittleren Baumholzalters. Im Bereich der Gärtnerei entfallen Gewächshausflächen und Einzelbäume.

Zur Umsetzung der Planung ist die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ vorgesehen.

Für das Planvorhaben ist nach den Bestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes (§§ 44, 45 BNatSchG) eine Artenschutzprüfung (ASP) auf Grundlage eines artenschutzfachlichen Fachbeitrags durchzuführen. Die Artenschutzprüfung ist eine eigenständige Prüfung im Rahmen der naturschutzrechtlichen Zulassung dieses Planvorhabens, die nicht durch andere Prüfverfahren ersetzt werden kann (wie z. B. im Rahmen einer UVS oder einer FFH-Verträglichkeitsprüfung). Grundlage der artenschutzrechtlichen Prüfung ist der vorliegende Fachbeitrag Artenschutz (ASP Stufe I = Vorprüfung; planungsrelevante Arten, Wirkfaktoren).

Die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG sind für die europäischen Vogelarten und die Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie folgendermaßen gefasst:

"Es ist verboten,

1. *wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*

2. *wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
3. *Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
4. *wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören."*

Darüber hinaus werden die „nur“ national geschützten Arten („besonders geschützte Arten“) in der ASP Stufe I berücksichtigt, da auch für diese die artenschutzrechtlichen Verbote uneingeschränkt Anwendung finden. Die Artenschutzprüfung Stufe I erfolgt als Risikoeinschätzung, da eine differenzierte Bestandserfassung der planungsrelevanten Arten aufgrund des kurzen vorgegebenen Bearbeitungszeitraumes nicht erfolgen konnte.

Das Planungsbüro HKR LANDSCHAFTSARCHITEKTEN wurde im April 2018 mit der Erstellung des Fachbeitrags Artenschutz und der Artenschutzprüfung Stufe 1 beauftragt. Die Begehung des Geländes erfolgte am 26.04.2018 bei trockener Wetterlage mit guten Sichtverhältnissen zwischen 10:30 und 12:00 Uhr.

Die räumliche Lage des geplanten Vorhabens ist in Abbildung 1 dargestellt.

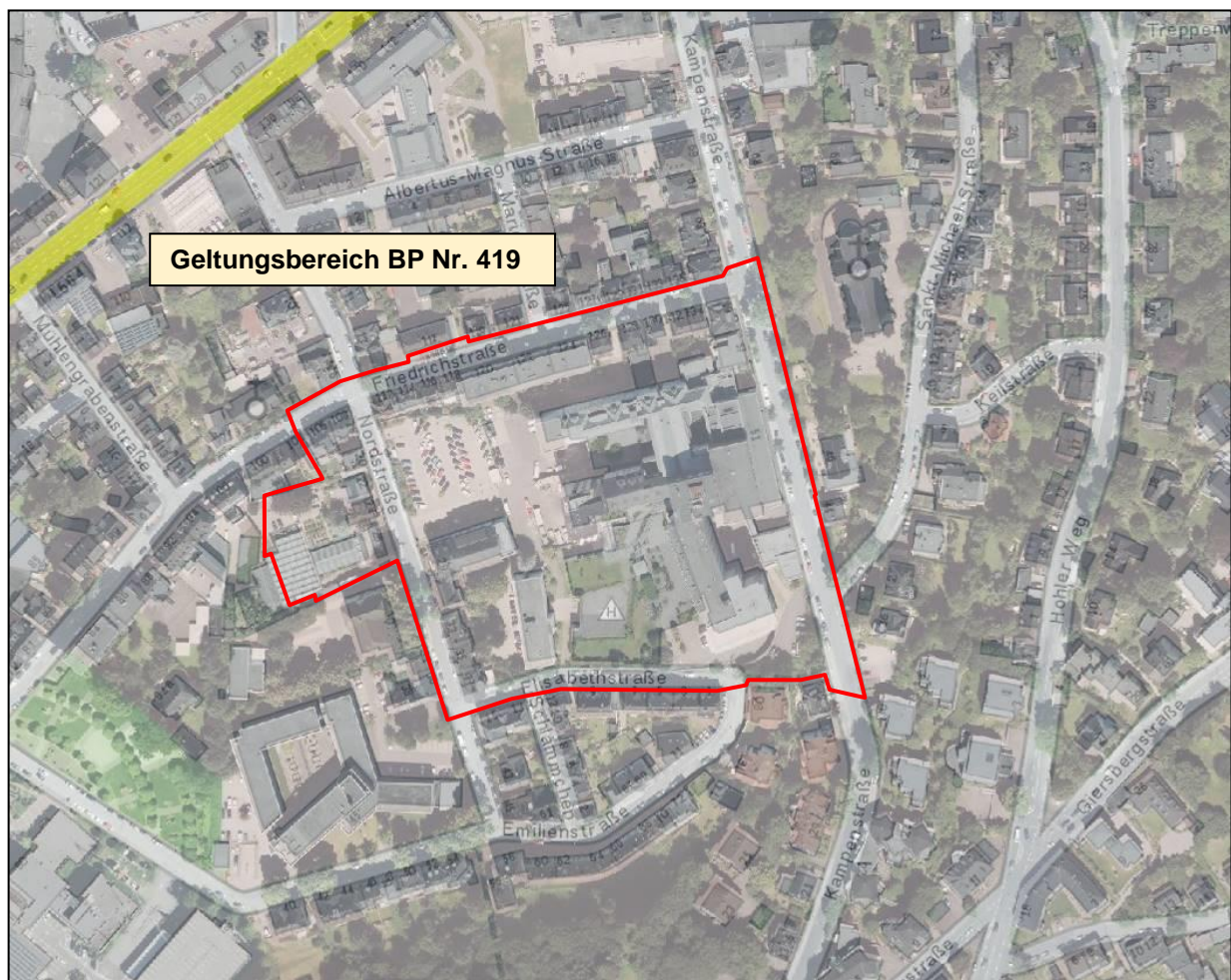


Abb. 1: Lage des Geltungsbereiches, o. M.(Quelle: tim-online.nrw.de, 2018)

Das Plangebiet liegt im innerstädtischen Bereich von Siegen an der Elisabethstraße, Kampenstraße, Friedrichstraße und Nordstraße. (s. Abb. 1).

Der Geltungsbereich ist überwiegend anthropogen überprägt und er weist einen hohen Versiegelungsgrad auf. Kleinflächig sind im Bereich der Stellplätze und der Zufahrten Ziergehölzflächen mit z.T. jungen Baumanpflanzungen vorhanden. Das Gärtneigelände wird durch insbesondere Gewächshäuser geprägt. Eine prägende Blutbuche (*Fagus sylvatica* „Atropunicea“) sowie eine Hängebuche (*Fagus sylvatica* „Pendula“) starken Baumholzalters werden erhalten. Zwei Baumgruppen mittleren bis starken Baumholzalters mit u.a. Winter-Linden (*Tilia cordata*) und einer Säulen-Eiche (*Quercus robur* „Fastigiata“) werden westlich der Krankenpflegeschule weitestgehend zur Erhaltung festgesetzt. Zu fällen sind 1 Winter-Linde (*Tilia cordata*) starken Baumholzalters, 5 Berg-Ahorn (*Acer pseudoplatanus*) mittleren bis starken Baumholzalters, 2 Blutbuchen (*Fagus sylvatica purpurea*) starken Baumholzalters, 3 Zedern (*Cedrus atlantica* „Glauc“) mittleren Baumholzalters und 1 Sommer-Linde (*Tilia platyphyllos*) mittleren Baumholzalters. Darüber hinaus werden 10 Laubbäume jungen Baumholzalters voraussichtlich gefällt.



Abb. 2: Stellplätze mit hohem Versiegelungsgrad



Abb. 3: Zu fällende Blutbuchen an der Nordstraße



Abb. 4: Prägende, zu erhaltende Hänge- und Blutbuche nördlich der Gärtnerei



Abb. 5: Eingrünung der Stellplätze mit Ziergehölzen



Abb. 6: Prägende, zu erhaltende Baumgruppen westlich der Krankenpflegeschule



Abb. 7: Zu fällende Zeder im Bereich des Instituts der Immunologie

2 ARTENSPEKTRUM UND WIRKFAKTOREN

Die in Kap.1 aufgeführten Zugriffsverbote gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG gelten in Nordrhein-Westfalen für die sogenannten „Planungsrelevanten Arten“. Es handelt sich um eine Auswahl naturschutzfachlich begründeter Arten, die einer Art-für-Art-Betrachtung zu unterziehen sind.

Bei Umsetzung des BP Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus“ ist potenziell mit folgenden möglichen Auswirkungen (Wirkfaktoren) auf die Tier- und Pflanzenwelt und ihre Lebensraumfunktionen zu rechnen:

- Tötung oder Verletzung von Tieren im Zusammenhang mit der Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG),
- Erhebliche Störung von Tieren (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG),
- Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG).

Die Einschätzung der im geplanten Eingriffsbereich und seiner näheren Umgebung vorgefundenen Biotopstrukturen und Habitats sowie die Auswertung der Liste der schutzwürdigen Arten des LANUV hat ergeben, dass im Wirkungsbereich des Eingriffs streng oder besonders geschützte Arten vorkommen könnten. Das Landschaftsinformationssystem des LANUV (LINFOS) weist für den Quadranten 1 im Messtischblatt 5114 „Siegen“ die in Anlage 1 aufgeführten „Planungsrelevanten Arten“ in den vom Eingriff unmittelbar betroffenen bzw. direkt

angrenzenden Lebensraumtypen „Kleingehölze, Alleen, Bäume, Hecken“, „Gärten, Parkanlagen, Siedlungsbrachen“ und Gebäude“ aus. Insgesamt können 12 Säugetierarten und 21 Vogelarten potenziell vorkommen (potenzielle Brut-, Nahrungs-, Fortpflanzungs- und Ruhestätten).

Als wesentliche Wirkfaktoren des Planvorhabens sind die folgenden Beeinträchtigungen der Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensraumfunktionen zu nennen:

- Habitatfunktionsverlust für Tiere, die in ihrer Lebensweise vorwiegend an Kleingehölze, Bäume und Gebäude gebunden sind,
- vorübergehende Störung der Habitatfunktion auf an den Eingriffsbereich angrenzenden Habitats (hier: Gehölzbestände) durch die baubedingten Beeinträchtigungen (Lärm, Erschütterungen, Abgase, Stäube etc.).

Da nach Einschätzung der Fachbehörden nicht auszuschließen war, dass sich Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Fledermäusen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes befinden, wurde in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausgutachterin Schmidt-Fasel eine zweimalige Ausflugkontrolle der Baukörper sowie eine Sichtung von drei Dachstühlen durchgeführt (s. Anlage 3).

3 ARTENSCHUTZFACHLICHE BEURTEILUNG DES PLANVORHABENS GEMÄSS § 44 ABS. 1 BUNDESNATURSCHUTZGESETZ

Nachfolgend werden die im Änderungsbereich potenziell vorkommenden planungsrelevanten Arten (s. Anlage 1) hinsichtlich der möglichen Beeinträchtigungen, Gefährdungen und Störungen unter Berücksichtigung der Eignung und Bedeutung der erfassten (Teil-) Lebensräume und der Lebensraumansprüche der Arten artenschutzfachlich bewertet. Dabei werden die Verbotsstatbestände nach § 44 Abs.1 Nr. 1 bis 3 BNatSchG überprüft. In Ausnahmefällen können auch Artengruppen zusammengefasst werden, wenn sie ähnliche Ansprüche an ihren Lebensraum stellen.

Säugetiere

Fledermäuse (Breitflügelfledermaus, Bechsteinfledermaus, Große Bartfledermaus, Wasserfledermaus, Großes Mausohr, Kleine Bartfledermaus, Kleinabendsegler, Abendsegler, Rauhaufledermaus, Zwergfledermaus, Braunes Langohr, Zweifarbfledermaus)

Von den 12 Fledermausarten, die im Messtischblatt 51141 aufgeführt sind, beziehen *Zwergfledermaus*, die *Breitflügelfledermaus*, das *Große Mausohr*, die *Große und Kleine Bartfledermaus*, die *Zweifarbflödermaus* und die *Wasserfledermaus* vor allem Wochenstuben in und an (hohen) Gebäuden. Sie nutzen die Gärten, Parks und Gewässer zur Jagd. Als ausgesprochene Waldbewohner sind die Bechsteinfledermaus, Großer Abendsegler, Kleinabendsegler, das Braune Langohr und die Rauhaufledermaus einzuschätzen.

Innerhalb des Geltungsbereiches werden voraussichtlich maximal 6 Baukörpern (3 Dachstühle), 2 Gewächshäusern und einem Parkhaus abgerissen. Es ist nach Einschätzung der Fachbehörden nicht auszuschließen, dass sich Fortpflanzungs- und Ruhestätten innerhalb der Gebäude befinden, die abgerissen werden sollen. In den vergangenen 20 Jahren wurden immer mal wieder zu den Schwärmzeiten der Fledermäuse im Spätsommer insbesondere Zwergfledermäuse mit hohen Individuenzahlen (80-100 Tiere) und vereinzelt in der Winterzeit, in den Zimmern des Krankenhauses vorgefunden. Ein Einflug erfolgte durch gekippte Fenster. Die Sichtung von Individuen im Winter kann darauf hinweisen, dass sich im Nahbereich auf dem Krankenhausgelände Winterquartiere im Bereich der Dachstühle befinden. Nach Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein und Herrn Dr. Wiedemann von der Stadt Siegen wurden im Juni/Juli 2018 zwei Gebäudeausflugkontrollen an 6 Baukörpern, zwei Gewächshäusern und einem Parkhaus durchgeführt sowie drei Dachstuhlbegehungen, um Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG auszuschließen zu können (s. Anlage 3).

Als Ergebnis der Fledermauserfassungen im Juni/Juli 2018 durch die Fledermausexpertin Schmidt-Fasel (s. Anlage 3) kann festgestellt werden, dass der Untersuchungsraum aufgrund der erfassten Arten sowie der hohen Anzahl stattgefundener Überflüge/Nahrungsflüge einen bedeutsamen innerstädtischen Lebensraum insbesondere für die *Zwergfledermaus* und den *Großen Abendsegler* darstellt. Während des Untersuchungszeitraumes wurden einige Hundert Nahrungs- bzw. Überflüge von weiteren 5 Fledermausarten dokumentiert (s. Anlage 3). Als weitere Arten wurden die *Mückenfledermaus*, *Kleiner Abendsegler*, *Wasserfledermaus*, *Breitflügelfledermaus* und die *Zweifarbflödermaus* kartiert.

Im Rahmen der Untersuchungen wurden keine Wochenstubenquartiere und Winterquartiere nachgewiesen. Vom Abriss der Gebäude werden ggf. Tagesquartiere betroffen sein. Spaltenquartiere wurden zwar über Kotsuren nicht nachgewiesen, doch sind sie aufgrund der Ausgestaltung der Fassaden nicht gänzlich auszuschließen.



Abb. 8: Potentielle Spalten im Bereich der Dachlandschaft am Institut der Immunologie (Abriss)

Als Vermeidungsmaßnahme V 1 wurde eine Abrissbeschränkung für den Zeitraum von Mitte November bis Ende Februar eines Jahres außerhalb der Wochenstuben- und Paarungszeit der Fledermäuse formuliert.

Am Gebäude der Geschäftsleitung wurden Rolladenkästen von zwei Zwergfledermäusen angefliegen. Als Vermeidungsmaßnahme V 3 sind die Rolläden am Gebäude der Geschäftsleitung oft zu bewegen, damit die Zwergfledermäuse die Rolladenkästen nicht mehr anfliegen. Darüber hinaus sind die Rolladenkästen vor Abriss zu kontrollieren, ob Zwergfledermäuse verletzt werden können.

Da der Verlust von Spaltenquartieren nicht gänzlich auszuschließen ist, wird als funktionaler Ausgleich und als Optimierungsmaßnahme O 1 das Anbringen von zwei Spaltenquartieren pro neues Gebäude empfohlen. Dem Baubuch Fledermäuse (2000) können Maßnahmenvorschläge entnommen werden, damit sie bei der Bauausführung umgesetzt werden können. Auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung können aktuell keine konkreten Maßnahmen formuliert werden.

Als Nahrungshabitat bzw. Jagdhabitat hat der Untersuchungsraum eine besondere Bedeutung. Gemäß der Aussagen des Fledermausgutachtens ist die Anzahl der Nahrungs-/Überflüge sowie der festgestellten Arten für einen innerstädtischen Bereich sehr hoch und hebt die Bedeutung als Nahrungshabitat für die verschiedenen Fledermausarten hervor. Die Eignung als Jagdhabitat für die *Zwergfledermaus* und den *Großen Abendsegler* scheint vor allem im Vorhandensein des alten Baumbestandes und einem möglicherweise damit verbundenen höheren Insektenreichtum rund um das Gebäude der Immunologie und der Gebäude in der Nordstraße begründet. Sollten Bäume in diesen Bereichen entnommen werden müssen, könnte dies gem. der Ergebnisse des Fledermausgutachtens durchaus negative Auswirkungen auf die Eignung als Jagdhabitat für die vorgenannten Arten haben. Die Bäume im Bereich des Instituts der Immunologie werden bis auf eine Winter-Linde erhalten (s. Karte Nr. 1: Baumliste). Bei dem Verlust weiterer Bäume, insbesondere jungen Baumholzalters ist davon auszugehen, dass es sich nicht um essentielle Jagdhabitats handelt, da in der näheren Umgebung des Geltungsbereiches weitere Jagdhabitats in ausreichendem Ausmaß zur Verfügung stehen.

Ein Vorkommen von Großhöhlen mit Potential als Wochenstube/Winterquartier von Fledermäusen wird für die zu fällenden Bäume im Plangebiet ausgeschlossen. In einzelnen älteren Bäumen wurden Spalten und Astlöcher gesichtet, die als Tagesverstecke und Zwischenquartiere für Fledermäuse genutzt werden können. Vorsorglich wird zusätzlich für die Artengruppe der Fledermäuse die Vermeidungsmaßnahme V 2 für die Rodung der Gehölze formuliert.

Bei einer Umsetzung von Vermeidungs- und Minderungs-, sowie Optimierungsmaßnahmen, ergeben sich keine artenschutzrechtlich relevanten Verbotstatbestände gem. § 44 BNatSchG. Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Populationen von Fledermäusen ist nicht zu erwarten.

Vögel

Greifvögel (Habicht, Mäusebussard, Rotmilan, Sperber, Wespenbussard)

Horste oder größere Baumhöhlen, die als Fortpflanzungs- oder Ruhestätte dienen könnten, wurden im Plangebiet in der Innenstadt von Siegen nicht kartiert. Ein Verlust von Fortpflanzungshabitaten sowie Störungen infolge des Vorhabens sind für die Greifvögel auszuschließen. Auch werden Greifvögel aufgrund der anthropogenen Überprägung des Untersuchungsgebietes vermutlich nicht zur Jagd nutzen. Es ist davon auszugehen, dass essentielle Habitate der Greifvögel nicht verloren gehen.

Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Populationen von Greifvögeln ist nicht zu erwarten. Die Verbotstatbestände nach § 44 (1) Nr. 1-3 BNatSchG werden nicht erfüllt.

Waldkauz, Uhu

Der Waldkauz bevorzugt als Nistplatz Baumhöhlen, gerne werden auch Nisthilfen angenommen. Diese nutzt er ganzjährig, wobei er als sehr reviertreu gilt. Er besiedelt vorzugsweise abwechslungsreiche Landschaften mit verschiedenen Gehölzstrukturen, oft in der Nähe von Gewässern. Zum heutigen Zeitpunkt kann das Vorhandensein von belegten Baumhöhlen ausgeschlossen werden, da entsprechend große Baumhöhlen nicht kartiert wurden. Somit kommt es zu keinem Verlust oder Störung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten der Eulenarten. Auch gehen im anthropogen überprägten Innenstadtbereich von Siegen keine essentiellen Nahrungshabitate verloren. Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Populationen ist nicht zu erwarten. Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG kann ausgeschlossen werden.

Waldohreule

Waldohreulen als Bewohner der halboffenen strukturierten Kulturlandschaft brüten nicht in Höhlen und bauen keine eigenen Horste, sondern sie nutzen die Nester von Krähenvögeln, Greifvögeln, Eichhörnchenkobel oder brüten in morschen Astgabeln ohne Nest. Horste und Nester wurden nicht vorgefunden, so dass der Verlust von Individuen sowie die Zerstörung von Fortpflanzungs- bzw. Ruhestätten ausgeschlossen werden können. Als Nahrungshabitate dienen Wälder mit größeren Lichtungen, Waldrandlagen, Feldgehölze und dornenreiche Hecken. Diese sind im Geltungsbereich nicht vorhanden. Essentielle Nahrungshabitate gehen somit nicht verloren.

Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG und eine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Populationen kann ausgeschlossen werden.

Gebäudebewohnende Greifvögel (Turmfalke)

Der Turmfalke baut sein Nest nicht selbst, sondern er besiedelt als Brutplätze Felsnischen und Halbhöhlen an natürlichen Felswänden, Steinbrüchen oder Gebäuden, aber auch alte Krähen-nester in Bäumen. Als Ruheplätze und Tageseinstände werden Nischen, Giebel an Gebäuden, dichte Gehölzgruppen genutzt. Als Nahrungsgebiete suchen Turmfalken Flächen mit niedriger Vegetation wie Dauergrünland, Äcker und Brachen auf.

Bei der Ortsbegehung wurde kein Turmfalke gesichtet. Der Stadt Siegen sowie dem NABU ist kein Vorkommen des Turmfalken auf dem Krankenhausgelände bekannt. Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG und eine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Populationen kann ausgeschlossen werden.

Spechte (Kleinspecht, Schwarzspecht)

Während der Schwarzspecht als Lebensraum ausgedehnte Waldgebiete benötigt, in denen er vorzugsweise in Buchen oder Kiefern ab einem Stammdurchmesser von 35 cm seine Bruthöhle anlegt, besiedelt der Kleinspecht auch Gehölzstrukturen wie Auengehölze und Erlenwälder. Baumhöhlen, die als Fortpflanzungs- oder Ruhestätte der genannten Spechtarten dienen könnten, wurden im Geltungsbereich und der näheren Umgebung nicht vorgefunden. Es kommt zu keinem Verlust von Höhlenbäumen, Tot- und Altholz.

Für die sich im Vorhabenbereich zur Nahrungssuche möglicherweise vorübergehend aufhalten-den Individuen besteht die Möglichkeit zum Ausweichen. Da in der näheren Umgebung weitere Nahrungshabitate in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, handelt es sich nicht um es-sentielle Nahrungshabitate.

Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG kann für den Klein- und Schwarzspecht ausgeschlossen werden.

Schwalben (Mehl- und Rauchschalbe)

Die genannten Arten sind typische Gebäudebrüter. Die Rauchschalbe baut ihre Nester in Ge-bäuden mit Einflugmöglichkeiten (z.B. Viehställe, Scheunen, Hofgebäude) aus Lehm und Pflan-zenteilen. Die Mehlschalbe bevorzugt als Koloniebrüter frei stehende, große und mehrstöcki-ge Einzelgebäude in Dörfern und Städten. Ein Vorkommen der Rauchschalbe ist innerstä-dtisch auszuschließen. Bei den drei Gebäuden und dem Parkhaus, die abgerissen werden, wur-den keine Nester und keine Kots Spuren der Mehlschalbe an den Gebäudeseiten, Dachüber-ständen und Parkdecks kartiert. Der Stadt Siegen sowie dem NABU sind keine Vorkommen der Mehlschalbe auf dem Krankenhausgelände bekannt. Da die Arten im Untersuchungsraum offensichtlich nicht brütend vorkommen, kann der Verlust von Individuen bzw. die Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten ausgeschlossen werden.

Für die sich im Geltungsbereich zur Nahrungssuche möglicherweise vorübergehend aufhalten-den Individuen besteht die Möglichkeit zum Ausweichen. Bei der Kartierung wurden überflie-gende Mehlschalben gesichtet. Da in der näheren Umgebung weitere Nahrungshabitate in ausreichendem Maße für die beiden Schwalbenarten zur Verfügung stehen, handelt es sich nicht um essentielle Nahrungshabitate.

Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Population der beiden Arten ist nicht zu erwarten. Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG kann ausgeschlossen werden.

Gartenrotschwanz, Neuntöter

Der Gartenrotschwanz brütet als Brutvogel in lichten oder aufgelockerten Altholzbeständen in Wäldern, Waldrändern und -lichtungen, lichten Kiefernwäldern, Streuobstbeständen, Grünlandbereichen mit Kopfweidenreihen, halboffenen Heidelandschaften bis hin zu Gärten, Parks und Friedhöfen. Die Art brütet in Naturhöhlen oder auch an Gebäuden. Im Vorhabensbereich wurden keine Baumhöhlen vorgefunden.

Der Neuntöter hat seinen Habitatschwerpunkt im Bereich offener bis halboffener, strukturreicher Landschaften mit Gebüsch, Einzelbäumen, Säumen, Wiesen und Weiden. Dichte und hochgewachsene Büsche, insbesondere dornenreiche Heckenstrukturen, werden als Fortpflanzungs- und Ruhestätte bevorzugt. Diese Strukturen sind im Geltungsbereich nicht vorhanden, darüber hinaus wurden keine Nester vorgefunden.

Für die sich im Geltungsbereich zur Nahrungssuche möglicherweise vorübergehend aufhaltenden Individuen besteht die Möglichkeit zum Ausweichen. Da in der näheren Umgebung weitere Nahrungshabitate in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, handelt es sich nicht um essentielle Nahrungshabitate. Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Population ist nicht zu erwarten. Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG kann ausgeschlossen werden.

Waldschnepfe

Die Waldschnepfe benötigt als Bodenbrüter strukturierte Waldbestände z.T. in einer Größenordnung von > 50 ha. Entsprechend sind die Biotopstrukturen im Plangebiet und der näheren Umgebung nicht als Fortpflanzungs- und Bruthabitate für die Waldschnepfe geeignet. Eine negative Betroffenheit ist auch bzgl. der Nahrungshabitate im innerstädtischen Bereich von Siegen nicht erkennbar. Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der Waldschnepfe nicht zu erwarten. Die Verbotstatbestände nach § 44 (1) Nr. 1-3 BNatSchG werden nicht erfüllt.

Feldsperling

Der Feldsperling besiedelt halboffene Agrarlandschaften mit einem hohen Grünlandanteil, Obstwiesen, Feldgehölzen, Waldrändern und Parklandschaften. Er meidet Innenstadtbereiche. Als Höhlenbrüter benötigt er Specht- oder Faulhöhlen, ggf. auch Gebäudenischen. Im Geltungsbereich wurden keine Baumhöhlen vorgefunden.

Der Verlust von Individuen sowie die Zerstörung von Fortpflanzungs- bzw. Ruhestätten dieser störungsempfindlichen Art kann ausgeschlossen werden. Für die sich im Geltungsbereich zur Nahrungssuche möglicherweise vorübergehend aufhaltenden Individuen besteht die Möglichkeit zum Ausweichen. Da in der näheren Umgebung weitere Nahrungshabitate in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, handelt es sich nicht um essentielle Nahrungshabitate.

Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG kann für den Feldsperling ausgeschlossen werden.

Feldschwirl

Der Feldschwirl tritt als mittelhäufiger Brutvogel in Nordrhein-Westfalen auf. Gebüschreiche, feuchte Extensivgrünländer, größere Waldlichtungen, grasreiche Heidegebiete sowie Verlandungszonen von Gewässern werden vom Feldschwirl genutzt.

Als Bodenbrüter wird das Nest bevorzugt in Bodennähe oder unmittelbar am Boden in Pflanzenhorsten im insgesamt offenen Gelände angelegt. Der Verlust von Individuen sowie die Zerstörung von Fortpflanzungs- bzw. Ruhestätten dieser störungsempfindlichen Art kann ausgeschlossen werden. Für die sich im Geltungsbereich zur Nahrungssuche möglicherweise vorübergehend aufhaltenden Individuen besteht die Möglichkeit zum Ausweichen.

Da in der näheren Umgebung weitere Nahrungshabitate in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, handelt es sich nicht um essentielle Nahrungshabitate.

Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG kann für den Feldschwirl ausgeschlossen werden.

Baumpieper

Als Bodenbrüter an Acker- und Wiesenrändern mit höheren Gehölzen, selten in Acker- und Grünlandflächen, wird der Baumpieper nicht von dem Vorhaben betroffen sein, da das Krankenhausgelände in innerstädtischer Lage anthropogen überprägt ist und intensiv genutzt wird. Eine negative Betroffenheit ist nicht erkennbar. Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG kann ausgeschlossen werden.

Kuckuck

Den Kuckuck kommt in fast allen Lebensräumen, vor allem in Parklandschaften, Heide- und Moorgebieten, lichten Wäldern sowie an Siedlungsrändern und auf Industriebrachen vor. Der Kuckuck ist ein Brutschmarotzer, d.h. das Weibchen legt jeweils ein Ei in ein fremdes Nest von bestimmten Singvogelarten. Da Gehölze entfernt werden müssen, kann es potentiell zum Verlust von Fortpflanzungshabitaten kommen. Um den Verlust von Individuen, insbesondere noch nicht flügge gewordenen Jungtieren zu vermeiden, werden Rodungsarbeiten in der Zeit zwischen Mitte November und Ende Februar durchgeführt (Vermeidungsmaßnahme V 2).

Unter Beachtung dieser Vermeidungsmaßnahme kann davon ausgegangen werden, dass es nicht zur Tötung von Individuen kommt. Der Verbotstatbestand nach § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG wird nicht erfüllt. Für die sich im Vorhabenbereich zur Nahrungssuche möglicherweise vorübergehend aufhaltenden Individuen besteht die Möglichkeit zum Ausweichen. Da in der näheren Umgebung weitere Nahrungshabitate in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, handelt es sich nicht um essentielle Nahrungshabitate. Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Population ist nicht zu erwarten. Das Eintreten artenschutzrechtlich relevanter Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG kann ausgeschlossen werden.

Eisvogel

Da sich der eingriffsrelevante Bereich ausschließlich innerstädtisch auf anthropogen überprägte Bereiche konzentriert, sind Fortpflanzungshabitate von an Gewässer und Feuchtgebiete gebundene Arten nicht betroffen. Mit einem Vorkommen obengenannter Arten ist aufgrund des Fehlens notwendiger Habitatmerkmale nicht zu rechnen. Die Arten nutzen das Plangebiet und dessen Umgebung möglicherweise zum Nahrungserwerb. Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Populationen ist nicht zu erwarten.

Eine Verschlechterung des Erhaltungszustands ist nicht zu erwarten. Die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG werden nicht erfüllt.

Weitere Vogelarten

Für die landesweit ungefährdeten ubiquitären Vogelarten, wie z. B. Amsel, Star, Kohl- und Blaumeise, Buch- und Grünfink wurde ermittelt, dass das Eintreten eines Verbotstatbestandes (Verschlechterung des Erhaltungszustandes der lokalen Population, Verlust der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- und Ruhestätten) für diese Arten auszuschließen ist, da sie allgemein wenig empfindlich gegen Störungen, anpassungsfähig und flexibel hinsichtlich ihrer Lebensräume und daher landesweit in einem günstigen Erhaltungszustand sind. Daher besteht kein Erfordernis, diese Arten einer weiter gehenden Betrachtung zu unterziehen. Auch für die Vogelarten, die auf der Vorwarnliste Nordrhein-Westfalen und/oder Deutschland stehen, war vor diesem Hintergrund keine vertiefende Prüfung erforderlich.

Grundsätzlich können gem. § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG auch Störungen während des Baubetriebs infolge staub- und gasförmigen Emissionen, von Bewegung, Lärm oder Licht eintreten und zum Verbotstatbestand führen. Diese Störungen sind allerdings vorübergehend und führen daher nicht zur dauerhaften Beschädigung von ggf. vorhandenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten.

4 MASSNAHMEN ZUR VERMEIDUNG, MINDERUNG, ZUR ERHALTUNG UND ZUM AUSGLEICH

Vermeidungsmaßnahmen

V 1 Abrissbeschränkung

Der Gebäudeabriss sollte außerhalb der Wochenstuben- und Paarungszeit in der Zeit von Mitte November bis Ende Februar erfolgen, so dass der Verlust von möglicherweise belegten Brut- oder Niststätten von Höhlen bewohnenden Vögeln und Tagesverstecken bzw. Zwischenquartieren von Fledermäusen vermieden werden kann.

V 2 Beschränkung der Rodungszeit

Die zur Rodung vorgesehenen Gehölze dürfen nur außerhalb der Aktivitätszeit von Fledermäusen und der Brut- und Fortpflanzungszeit von Vögel entfernt werden (Mitte November bis Ende Februar), so dass der Verlust von möglicherweise belegten Brut- oder Niststätten von Höhlen bewohnenden Vögeln und Tagesverstecken bzw. Zwischenquartieren von Fledermäusen vermieden werden kann.

V 3 Rolläden

Die Rolläden sind im Gebäude der Geschäftsleitung oft zu bewegen, damit keine Zwergfledermäuse die Rolladenkästen als Tagesquartier nutzen. Vor Abriss der Gebäude sind die Rolladenkästen nach Vorkommen von Zwergfledermäusen zu untersuchen.

V 4 Umweltbaubegleitung

Kann die Beschränkung der Fäll- und Abrisszeit nicht eingehalten werden, so ist alternativ eine Umweltbaubegleitung (UBB) durchzuführen. Im Rahmen der Umweltbaubegleitung stellt eine fachkundige Person im Auftrag des Vorhabenträgers vor der Fällung und des Abrisses der Gebäude sicher, dass bei den vorgesehenen Arbeiten keine Verbotsstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG eintreten, also keine Tiere der potenziell vorkommenden Arten getötet, verletzt oder erheblich gestört werden. Auch nicht „planungsrelevante Vogelarten“, deren Nester und Brut gem. Art. 5 EU-Vogelschutz-Richtlinie ebenfalls nicht zerstört oder beschädigt werden dürfen, können im Rahmen der Umweltbaubegleitung erfasst und entsprechend behandelt werden. Werden im Rahmen der Umweltbaubegleitung streng oder besonders geschützte Tierarten nachgewiesen, so sind die Fäll- und Abrissarbeiten umgehend zu unterbrechen und das weitere Vorgehen kurzfristig mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein abzustimmen.

V 5 Beleuchtung

Die Beleuchtung von Grundstücken und des Straßenraumes sollte gemäß der Prämisse ausgerichtet sein: „so wenig Licht wie möglich und so viel wie nötig“. Das Licht sollte nur dorthin strahlen, wo es dringend benötigt wird. LED-Leuchten ist der Vorzug zu geben. Es sind keine Leuchten im hohen Spektralbereich (320-720 nm) wie Halogenleuchten oder mit Edelgas befüllte Lampen zu verwenden.

Erhaltungsmaßnahmen

E 1 Erhalt von Einzelbäumen

Prägende Einzelbäume mit hoher Bedeutung als Nahrungs- und Jagdhabitat sind zu erhalten.

Optimierungsmaßnahmen

O 1 Neuschaffung von Spaltenquartieren

Da der Verlust von Spaltenquartieren nicht gänzlich auszuschließen ist, wird als funktionaler Ausgleich und als Optimierungsmaßnahme O 1 das Anbringen von zwei Spaltenquartieren pro neues Gebäude empfohlen. Dem Baubuch Fledermäuse (2000) können Maßnahmenvorschläge entnommen werden, damit sie bei der Bauausführung umgesetzt werden können.

5 FAZIT

Unter Berücksichtigung der aufgeführten Vermeidungs-, Minderungsmaßnahmen, Erhaltungs- und Optimierungsmaßnahmen kann das Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG für die potenziell vom Eingriff betroffenen Vogel- und Fledermausarten ausgeschlossen werden. Da das Untersuchungsgebiet eine besondere Bedeutung für Fledermäuse besitzt, wurde in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde bei 6 Baukörpern, die voraussichtlich abgerissen werden, eine zweimalige Ausflugkontrolle der Baukörper sowie eine Sichtung von drei Dachstühlen von der Fledermausgutachterin Schmidt-Fasel im Juni/Juli 2018 durchgeführt (s. Anlage 3).

Aus artenschutzfachlicher Sicht ist durch das Planvorhaben keine Verschlechterung des Erhaltungszustands der lokalen Populationen der potenziell hier vorkommenden Arten unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Maßnahmen zu erwarten. Die artenschutzrechtlich relevanten Verbotstatbestände gem. § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG werden daher mit sehr großer Wahrscheinlichkeit nicht eintreten. Ein Ausnahmetatbestand gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG ergibt sich nicht.

Nach den o. g. Richtlinien und Verordnungen geschützte Pflanzen sind im Wirkbereich des Planvorhabens nicht vorhanden. Die erhebliche Beeinträchtigung eines gemeldeten FFH-Gebietes bzw. maßgeblicher Bestandteile eines FFH-Gebietes ist durch das Planvorhaben nicht zu erwarten. Im Plangebiet sind keine Vorkommen gefährdeter und streng geschützter Pflanzenarten bekannt.

Auftragnehmer:
HKR Landschaftsarchitekten
Umwelt ▪ Stadt ▪ Land
Kaiserstraße 28
51545 Waldbröl

Auftraggeber:
Mariengesellschaft gGmbH
Hans-Jürgen Winkelmann
Kampenstr. 51
57072 Siegen

Aufgestellt:

Reichshof, den 19.04.2021

Aufgestellt:

Siegen, den



Dipl.-Ing. Stephan Müller
Landschaftsarchitekt AK NW

6 LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

ARBEITSKREIS WILDBIOLOGIE DES BUNDES FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ IN DEUTSCHLAND, 2007: Baubuch Fledermäuse.

BAYERISCHES LANDESAMT FÜR UMWELT, 2008: Fledermausquartiere an Gebäuden.

DIETZ, MARKUS, WEBER, MARION, 2000: Baubuch Fledermäuse, Ideensammlung für fledermausgerechtes Bauen.

LANDESAMT FÜR NATUR, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ NORDRHEIN-WESTFALEN, 2007: Geschützte Arten in Nordrhein-Westfalen

LANDESAMT FÜR UMWELT, LANDWIRTSCHAFT UND GEOLOGIE, 2012: Störungsempfindliche Vogelarten. Leitlinie für den Zugang zu Vogelbeobachtungsdaten in der Zentralen Artdatenbank.

SCHMIDT-FASEL, SIGRID, HEBEL, REINER, 2018: Bebauungsplan Nr. 419 „Erweiterung St. Marien-Krankenhaus in Siegen“ – Untersuchungen zur Nutzung der Flächen durch Fledermäuse sowie Suche nach potentiellen Wochenstubenquartieren

Verwendete Internetseiten:

www.tim-online.nrw.de, abgerufen am 08.05.2018

<http://www.naturschutzhinformationen-nrw.de/artenschutz/de/arten/blatt/liste/51141>,
abgerufen am 08.05.2018

Anlage 1: Planungsrelevante Arten für das Messtischblatt 5114 (1. Quadrant) Siegen

Auflistung der erweiterten Auswahl planungsrelevanter Arten in den Lebensraumtypen Kleingehölze, Alleen, Bäume, Gebüsche, Hecken, Gärten, Parkanlagen, Siedlungsbrachen, Gebäude

Art		Status	Erhaltungszustand in NRW (KON)	Kleingehölze	Gärten	Gebäude
Wissenschaftlicher Name	Deutscher Name					
Säugetiere						
Eptesicus serotinus	Breitflügelfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G-	Na	Na	FoRu!
Myotis bechsteinii	Bechsteinfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	S+	FoRu, Na	Na	(Ru)
Myotis brandtii	Große Bartfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	U	Na	Na	FoRu!
Myotis daubentonii	Wasserfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	Na	Na	FoRu
Myotis myotis	Großes Mausohr	Nachweis ab 2000 vorhanden	U	Na	(Na)	FoRu!
Myotis mystacinus	Kleine Bartfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	Na	Na	FoRu!
Nyctalus leisleri	Kleinabendsegler	Nachweis ab 2000 vorhanden	U	Na	Na	(FoRu)
Nyctalus noctula	Abendsegler	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	Na	Na	(Ru)
Pipistrellus nathusii	Rauhautfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G			FoRu
Pipistrellus pipistrellus	Zwergfledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	Na	Na	FoRu!
Plecotus auritus	Braunes Langohr	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	FoRu, Na	Na	FoRu
Vespertilio murinus	Zweifarbfl. Fledermaus	Nachweis ab 2000 vorhanden	G	(Na)	Na	FoRu

Art		Status	Erhaltungszustand in NRW (KON)	Kleingehölze	Säume	Fettwiesen, - weiden
Wissenschaftlicher Name	Deutscher Name					
Vögel						
Accipiter gentilis	Habicht	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	(FoRu), Na	Na	
Accipiter nisus	Sperber	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	(FoRu), Na	Na	
Alcedo atthis	Eisvogel	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G		(Na)	
Anthus trivialis	Baumpieper	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	FoRu		
Asio otus	Waldohreule	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	Na	Na	
Bubo bubo	Uhu	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G			(FoRu)
Buteo buteo	Mäusebussard	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	(FoRu)		
Cuculus canorus	Kuckuck	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U-	Na	(Na)	
Delichon urbicum	Mehlschwalbe	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U		Na	FoRu!
Dryobates minor	Kleinspecht	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	Na	Na	
Dryocopus martius	Schwarzspecht	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	(Na)		
Falco tinnunculus	Turmfalke	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	(FoRu)	Na	FoRu!
Hirundo rustica	Rauchschwalbe	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U-	(Na)	Na	FoRu!
Lanius collurio	Neuntöter	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G-	FoRu!		
Locustella naevia	Feldschwirl	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	FoRu		

Art		Status	Erhaltungszustand in NRW (KON)	Kleingehölze	Säume	Fettwiesen, - weiden
Wissenschaftlicher Name	Deutscher Name					
Milvus milvus	Rotmilan	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	(FoRu)		
Passer montanus	Feldsperling	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	(Na)	Na	FoRu
Pernis apivorus	Wespenbussard	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	Na		
Phoenicurus phoenicurus	Gartenrotschwanz	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	U	FoRu	FoRu	FoRu
Scolopax rusticola	Waldschnepfe	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	(FoRu)		
Strix aluco	Waldkauz	Nachweis 'Brutvorkommen' ab 2000 vorhanden	G	Na	Na	FoRu!

Erläuterungen:

G	Erhaltungszustand günstig		
U	Erhaltungszustand ungünstig		
S	Erhaltungszustand schlecht		
-	Bestandstrend abnehmend	+	Bestandstrend zunehmend
FoRu	Fortpflanzungs- und Ruhestätte (Vorkommen im Lebensraum)		
FoRu!	Fortpflanzungs- und Ruhestätte (Hauptvorkommen im Lebensraum)		
(FoRu)	Fortpflanzungs- und Ruhestätte (potentielles Vorkommen im Lebensraum)		
Ru	Ruhestätte (Vorkommen im Lebensraum)		
(Ru)	Ruhestätte (potentielles Vorkommen im Lebensraum)		
Na	Nahrungshabitat (Vorkommen im Lebensraum)		
(Na)	Nahrungshabitat (potentielles Vorkommen im Lebensraum)		

**Bebauungsplan Nr.419
„Erweiterung St. Marien–Krankenhaus“
in Siegen**

**Untersuchungen zur Nutzung der Flächen durch
Fledermäuse sowie Suche nach potentiellen
Wochenstubenquartieren**

Auftraggeber: Mariengesellschaft gGmbH
Hans-Jürgen Winkelmann
Kampenstr. 51
57072 Siegen

Bearbeitung: Sigrid Schmidt-Fasel
Schaftrift 3
57567 Daaden

Reiner Hebel
Friedenstraße 43
56076 Siegen

Daaden/Siegen im August 2018

Inhaltsverzeichnis:

- 1. Anlass und Aufgabenstellung**
- 2. Untersuchungsmethoden**
- 3. Ergebnis**
- 4. Festgestellte Fledermausarten im Untersuchungsraum**
- 5. Artenschutzfachliche Beurteilung des Planvorhabens gem.44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz**
- 6. Maßnahmen zur Vermeidung, zur Minderung, zum Erhalt und zur Optimierung**
 - 6.1 Allgemeine Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen**
 - 6.2 Erhaltungsmaßnahmen**
 - 6.3 Optimierungsmaßnahmen**
- 7. Literatur**

1. Anlass und Aufgabenstellung:

Im Rahmen der Neuaufstellung des vorhabenbezogenen BP Nr. 419 ist die Erweiterung des St. Marien-Krankenhauses geplant. Der Geltungsbereich umfasst eine Gesamtfläche von 3,7 ha.

Es ist nach Einschätzung der Fachbehörden nicht auszuschließen, dass sich Fortpflanzungs- und Ruhestätten für Fledermäuse innerhalb der Gebäude befinden, die abgerissen werden sollen. In den vergangenen 20 Jahren wurden mehrfach zu den Schwärmzeiten der Fledermäuse im Spätsommer insbesondere Zwergfledermäuse mit hohen Individuenzahlen (80 bis 100) Tiere und vereinzelt in der Winterzeit, in den Zimmern des Krankenhauses vorgefunden. Der Einflug erfolgte durch gekippte Fenster. Die Sichtung von Individuen im Winter kann darauf hinweisen, dass sich im Nahbereich auf dem Krankenhausgelände Winterquartiere im Bereich der Dachstühle befinden. In Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein und Herrn Dr. Wiedemann von der Stadt Siegen wurde empfohlen vor Gebäudeabriss zwei Gebäudeausflugskontrollen sowie drei Dachstuhlbegehungen durchzuführen, um Verbotstatbestände nach § 44 BNatSchG ausschließen zu können.

Es erfolgt ein Abriss maximal folgender Baukörper:

- Krankenpflegeschule/Geschäftsführung Nordstraße 29 (Eignung des Dachstuhles als Winterquartier oder Wochenstubenquartier)
- Institut für Immunologie
- Teilbereich des Schwesternwohnheimes/Leichenhalle
- Parkhaus (ca. 4000 Quadratmeter)
- Gebäude Nordstraße 22 (Dachstuhl vorhanden)
- Gebäude Nordstraße 24 (Dachstuhl vorhanden)
- Gebäude Nordstraße 26
- 2 Gewächshäuser

Ziel der vorliegenden Arbeit war die Untersuchung der Gebäude auf Fledermausvorkommen, die im Rahmen der Baumaßnahme abgerissen werden müssen. Im Rahmen der durchgeführten abendlichen Begehungen ergaben sich weitere Ergebnisse zum Artenspektrum des Untersuchungsraumes als Nahrungs- und Jagdhabitat für Fledermäuse.

2. Untersuchungsmethoden:

Die Untersuchungen wurden an allen Terminen mit zwei Personen durchgeführt. Beide Personen führten die geforderten Ausflugkontrollen an den Gebäuden mittels Fernglas durch. Um Artenspektrum und Nutzung als Nahrungshabitat festzustellen kamen parallel dazu

Echo meter pro und

Echo meter pro touch 2 , zum Einsatz.

Die Kontrollen wurden an folgenden Tagen, immer von 21.30 Uhr bis 0.00 Uhr durchgeführt:

15. Juni 2018	Temp. 20 Grad, kein Regen, windstill
18. Juni 2018	Temp. 17 Grad, kein Regen, leichter Wind
20. Juni 2018	Temp. 22 Grad, kein Regen, leichter Wind
26. Juni 2018	Temp. 21 Grad, kein Regen, windstill
27. Juni 2018	Temp. 21 Grad, kein Regen , windstill
28. Juni 2018	Temp. 23 Grad, kein Regen, windstill
29. Juni 2018	Temp. 23 Grad, kein Regen, windstill
30. Juni 2018	Temp. 21 Grad, kein Regen, windstill
01. Juli 2018	Temp. 22 Grad, kein Regen, windstill
02. Juli 2018	Temp. 22 Grad, kein Regen, windstill
03. Juli 2018	Temp. 23 Grad, kein Regen, windstill
04. Juli 2018	Temp. 21 Grad, kein Regen, windstill

Die Dachböden der „alten Immunologie“ sowie der beiden sich in der Nordstraße befindlichen Wohnhäuser wurden am 5.7.2018 im Beisein von Mitarbeitern des Marienkrankenhauses auf sichtbar freihängende

Fledermäuse (was bei Zwergfledermäusen ohnehin unwahrscheinlich ist) sowie auf Kotpuren abgesucht. Auch hier kamen wieder die beiden Fledermausdetektoren zum Einsatz um eventuell akustische Signale erkennen zu können. Spaltenquartiere wurden, soweit sie vom Inneren des Dachbodens aus sichtbar waren, ausgeleuchtet.

3. Ergebnis

Aus Gebäuden ausfliegende Tiere konnten bei keiner der Kontrollen festgestellt werden, so dass nicht davon auszugehen ist, dass sich in oder an den zum Abriss vorgesehenen Bauwerken Wochenstuben/oder Tagesquartiere von Fledermäusen befinden.

Einzelne Zwergfledermäuse flogen in die Rolladenkästen des Verwaltungsgebäudes ein. Dabei könnte es sich um Männchen handeln, die sich in der Nähe einer möglicherweise im Umkreis befindlichen Wochenstube aufhalten, um die im Spätsommer beginnende Paarungszeit abzuwarten oder auch um Weibchen, die kein Jungtier haben und sich meist dem „Stress“ der Thermoregulation entziehen, indem sie sich nicht direkt im Wochenstubenquartierbereich aufhalten.

Die Absuche von Dachböden brachte in keinem Gebäude den Nachweis von Tieren und Kotpuren sowie keinerlei akustische Hinweise auf Fledermausvorkommen, sodass das Vorhandensein eines Wochenstuben- und/oder Fortpflanzungsquartieres ausscheidet. Gleiches gilt für die vom Dachbodeninneren nach außen einsehbaren Spaltenquartiere. Weitere Spaltenquartiere am Institut für Immunologie (keine Kotpuren in Gebäudenähe oder auf einsehbaren Fenstersimsen) wurden nicht gefunden.

Während des Untersuchungszeitraumes wurden einige Hundert Nahrungs- bzw. Überflüge von Fledermäusen (sechs Arten) dokumentiert (s. Abb. 1). Die Anzahl der Nahrungs-/Überflüge sowie der festgestellten Arten ist unseres Erachtens für einen innerstädtischen Bereich sehr hoch und hebt die Bedeutung als Nahrungshabitat für die verschiedenen Fledermausarten hervor.

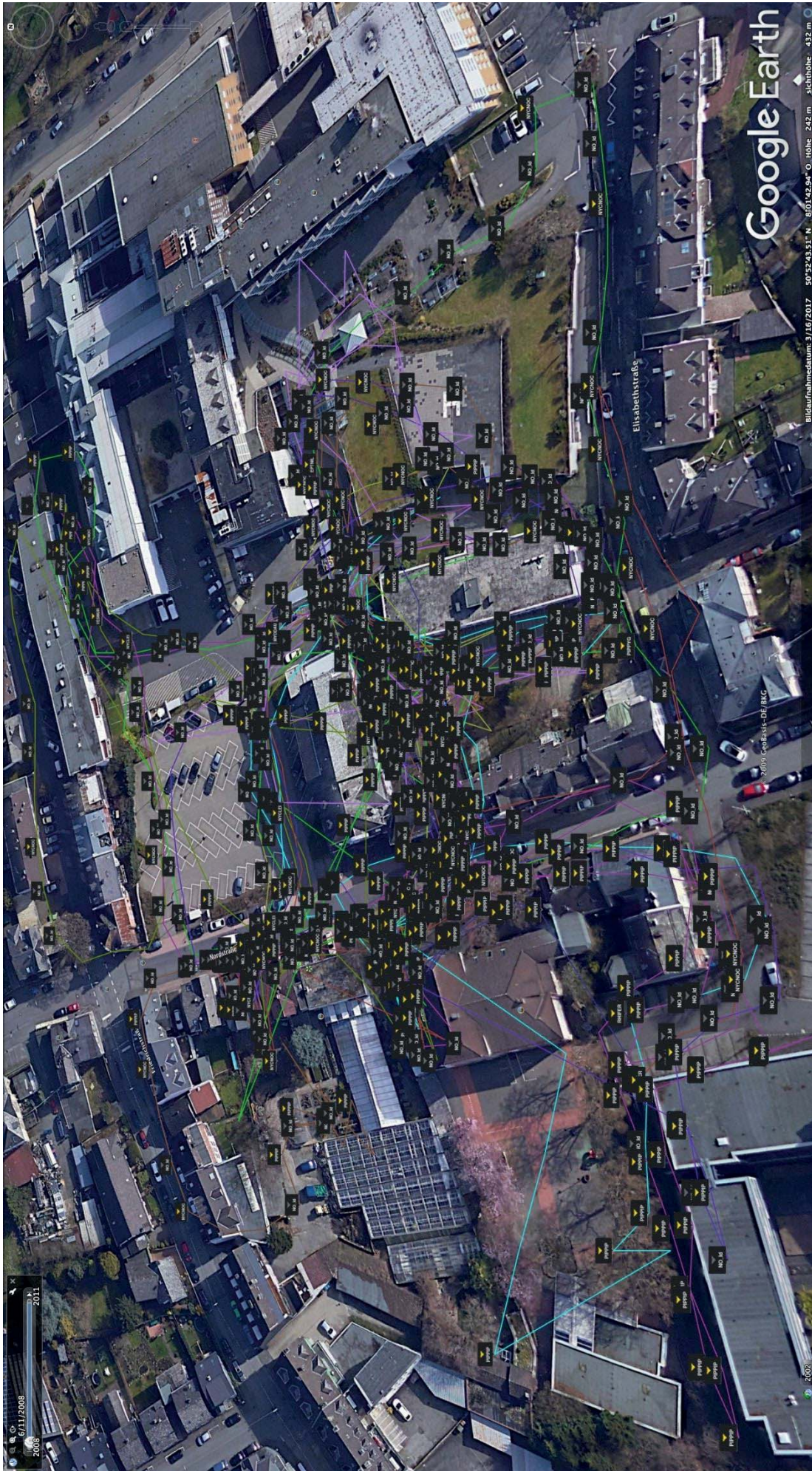


Abb. 1 Fledermausaktivitäten vom 15.6.2018 bis 4.7.2018 (Quelle: Google Earth, Zugriffe 15.6.2018, 18.6.2018, 20.6.2018, 26.6.2018, 28.6.2018, 29.6.2018, 30.6.2018, 1.7.2018, 2.7.2018, 3.7.2018, 4.7.2018)

Es zeigte sich, dass in erster Linie Strukturen mit altem Baumbestand genutzt wurden, während Straßen ohne Baumbestand und Parkplatzflächen deutlich gemieden wurden. In der Regel hielten sich **Zwergfledermäuse (Pipistrellus pipistrellus)** und **Gr. Abendsegler (Nyctalus noctula)** im Untersuchungsraum auf und nutzten ihn etwa zwei Stunden nach Beginn der Dämmerung und flogen dann in andere Gebiete ab.

Abschließend ist die Bedeutung des Untersuchungsraumes als Nahrungshabitat bzw. Jagdhabitat als hoch einzuschätzen. Besonders der Innenhof des Gebäudes der „Immunologie“, mit seinem alten Baumbestand wurde oft angeflogen.

4. Festgestellte Fledermausarten im Untersuchungsraum

Die im Umkreis der geplanten Maßnahme am häufigsten festgestellte Fledermausart ist die **Zwergfledermaus (Pipistrellus pipistrellus)**. Die Art gehört zu den kleinsten europäischen Fledermäusen, ihre Wochenstuben befinden sich überwiegend an Gebäuden, in von außen zugänglichen Spalten (Hohlräume von Fassadenverkleidungen, Zwischendächern, Rolladenkästen oder Hohlblocksteinen). Dabei werden Quartiere bevorzugt, die so eng sind, dass mit Rücken und Bauch Kontakt zur Unterlage besteht. Die Art nutzt den Untersuchungsraum, hier vor allem die Baumbestände im Innenhof der Immunologie sowie in der Nordstraße, intensiv etwa bis zwei Stunden nach Dämmerungsbeginn zum Nahrungserwerb und fliegt dann in andere Gebiete ab. Die große Anzahl der festgestellten Tiere deutet unseres Erachtens auf ein Wochenstubenquartier in der Nähe hin. Für die abzureißenden Gebäude erfolgte kein Nachweis. Zwei Zwergfledermäuse haben Rolladenkästen angeflogen.

Die kleine „Schwesterart“ der Zwergfledermaus, die **Mückenfledermaus (Pipistrellus pygmaeus)** konnte zweimal nachgewiesen werden. Da seit der Anerkennung der Mückenfledermaus als eigene Art erst einige Jahre vergangen sind, ist das Wissen über Ökologie und Verbreitung noch sehr

lückenhaft. Nach Beobachtungen der Verfasser kommt die Art allerdings häufiger in größeren Flussauen wie zum Beispiel im Mittelrheintal vor.

Die zweithäufigste während der Untersuchungen festgestellte Fledermausart ist der **Große Abendsegler (Nyctalus noctula)**. Die Art nutzt ebenfalls die vorhandenen Baumbestände im Umkreis der geplanten Baumaßnahme, jedoch weniger intensiv. Der Große Abendsegler ist ursprünglich eine Waldfledermaus, die Baumhöhlenquartiere in Altholzbeständen bevorzugt, sich aber auch in Fassadenquartieren hoher Gebäude aufhält. Bei dieser Art leben die Geschlechter im Sommer deutlich getrennt. Aus dem Weidenauer Tierpark in Siegen ist eine Männchenkolonie mit 12 Exemplaren bekannt, die in einer Baumhöhle lebt (mdl. Mitteilung M. Graf, Biologische Station Rothaargebirge). Reproduktionsnachweise aus der näheren Umgebung sind den Verfassern nicht bekannt. Die Art ist in erster Linie durch Quartier- und Habitatverluste gefährdet und erleidet in strengen Wintern starke Bestandseinbußen.

Als weitere Art wurde bei den Untersuchungen der **Kleine Abendsegler (Nyctalus leisleri)** mit einigen wenigen Überflügen festgestellt. Die Art bevorzugt ausgedehnte Waldgebiete, meist in höheren Lagen. Sommerquartiere befinden sich in Baumhöhlen und Fledermauskästen, so z.B. im Bereich des „NSG Euelsbruch“ in Freudenberg, Kreis Siegen-Wittgenstein (mdl. Mitteilung M. Graf) oder im hessischen Lahn-Dillkreis, Reproduktionsnachweise liegen auch aus den rheinland-pfälzischen Kreisen Altenkirchen und Westerwaldkreis vor (Schmidt-Fasel). Die Art ist durch Habitatveränderungen wie Beseitigung von Altholzbeständen und Baumhöhlen gefährdet und nutzt den Untersuchungsraum nach unseren Erkenntnissen nicht im nennenswerten Umfang als Jagdhabitat.

Lediglich wenige Male den Untersuchungsraum überfliegend festgestellt wurde die **Wasserfledermaus (Myotis daubentoni)**. Die Art ist eine Waldfledermaus, die in strukturreichen Landschaften mit einem hohen Gewässeranteil vorkommt. Sie jagt niedrig fliegend über Wasserflächen entlang fester Flugrouten auch mehrere Kilometer von ihrem Quartier

entfernt. Die Bestandsentwicklung zumindest bei den im Siegerland in Stollen überwinternden Tieren der Art scheint nach Beobachtungen der Verfasser negativ zu sein.

Es wurden weiter einzelne Überflüge der **Breitflügelfledermaus (Eptesicus serotinus)** festgestellt. Als typische Gebäudefledermaus kommt die Art vorwiegend im Siedlungs- und siedlungsnahen Bereich vor. Jagdgebiete befinden sich bevorzugt in der offenen und halboffenen Landschaft mit einem Radius von mehreren Kilometern um die Sommerquartiere. Über die weitere Verbreitung der Art im Siegerland ist wenig bekannt.

Ebenso konnte die **Zweifarbfladermaus (Vespertillo murinus)** überfliegend festgestellt werden. Sie ist eine Felsfledermaus, die ursprünglich felsreiche Waldgebiete besiedelt. Ersatzweise nimmt sie auch mit hohen Gebäuden vorlieb. Die Reproduktionsgebiete liegen vermutlich außerhalb von Nordrhein-Westfalen. Möglicherweise hält sich ein Teil der Männchen auch im Sommer in den Überwinterungs- oder Durchzugsquartieren auf. Als Fernstreckenwanderer legt die Zweifarbfledermaus bei ihren saisonalen Wanderungen Entfernungen von bis zu über 1000 Km zurück.

Artenschutzrechtliche Beurteilung des Planvorhabens gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG

Bezüglich der möglichen Beeinträchtigungen, Gefährdungen und Störungen unter Berücksichtigung der Eignung und Bedeutung der erfassten (Teil-) Lebensräume und der Lebensraumansprüche der Arten werden die im Änderungsbereich kartierten Fledermausarten im Folgenden bewertet. Dabei werden die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BNatSchG überprüft.

Der untersuchte Raum stellt aufgrund der festgestellten Arten sowie der hohen Anzahl stattgefundener Überflüge/Nahrungsflüge einen bedeutsamen innerstädtischen Lebensraum insbesondere für den **Großen Abendsegler (Nyctalus noctula)** sowie für die **Zwergfledermaus (Pipistrellus pipistrellus)** dar. Die Eignung als Jagdhabitat für die beiden Arten scheint in

erster Linie im Vorhandensein des alten Baumbestandes und einem möglicherweise damit verbundenen höheren Insektenreichtum rund um die „alte Immunologie“ und in der Nordstraße begründet. Sollten Bäume in diesen Bereichen entnommen werden müssen, könnte dies durchaus negative Auswirkungen auf die Eignung als Jagdhabitat für die vorgenannten Arten haben.

Obwohl keine Wochenstubenquartiere und Winterquartiere im Rahmen der Untersuchungen nachgewiesen werden konnten, werden doch vom Abriss der Gebäude Tagesquartiere (z.B. Rolladenkästen) betroffen sein.

Eine Abstimmung mit Dr. Wiedemann ergab folgendes Ergebnis:

Zwergfledermäuse besiedeln Rolladenkästen nur, wenn die Rolläden nicht in Bewegung sind. Das Krankenhaus wurde zwischenzeitlich informiert, dass die Rolläden zu bewegen sind. Da Zwergfledermäuse oft die Quartiere und Ruhestätten wechseln, besitzen die Rolladenkästen keinen Schutz als Ruhestätte.

Weitere Spaltenquartiere am Institut für Immunologie (keine Kotspuren in Gebäudenähe oder auf einsehbaren Fenstersimsen) wurden nicht gefunden. Gänzlich auszuschließen sind diese Spaltenquartiere aufgrund der Ausgestaltung der Fassaden nicht.

Von einer Störung oder Beeinträchtigung der anderen festgestellten Arten **Mückenfledermaus** (*Pipistrellus pygmaeus*), **Kleiner Abendseger** (*Nyctalus leisleri*), **Wasserfledermaus** (*Myotis daubentoni*), **Breitflügelfledermaus** (*Eptesicus serotinus*) und **Zweifarbflödermaus** (*Vespertilio murinus*) ist nicht auszugehen, da sie aufgrund der geringen Anzahl der Detektornachweise das Planungsgebiet nicht intensiv nutzen bzw. lediglich überfliegen.

6. Maßnahmen zur Vermeidung, zur Minderung , zum Erhalt und zur Optimierung

6.1 Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen

Abrissbeschränkung

Der Gebäudeabriss sollte außerhalb der Wochenstubenzeit (Geburt und Aufzuchtphase der Jungtiere) und außerhalb der Paarungszeit der Fledermäuse liegen und sollte daher in der Zeit von Mitte November bis Ende Februar erfolgen.

Beschränkung der Rodungszeit

Die zur Rodung vorgesehenen Gehölze dürfen nur außerhalb der Aktivitätszeit von Fledermäusen entfernt werden (Mitte November bis Ende Februar), so dass der Verlust von möglicherweise belegten Brut- oder Niststätten von Höhlen bewohnenden Vögeln und Tagesverstecke bzw. Zwischenquartieren von Fledermäusen vermieden werden kann.

Beleuchtung:

Die Beleuchtung von Grundstücken und des Straßenraumes sollte gemäß der Prämisse ausgerichtet sein: „so wenig Licht wie möglich und so viel wie nötig“. Das Licht sollte nur dorthin strahlen, wo es dringend benötigt wird. LED-Leuchten ist der Vorzug zu geben.“ Keine Leuchten im hohen Spektralbereich (320–720 nm) wie Halogenleuchten oder mit Edelgas befüllte Lampen.

Rolläden

Die Rolläden sind im Gebäude der Geschäftsleitung oft zu bewegen, damit keine Zwergfledermäuse die Rolladenkästen als Tagesquartier nutzen. Normalerweise befinden sich im Herbst und Winter keine Tiere in den Rolladenkästen, deshalb auch hier die Rolläden bis zum geplanten Abriss weiter bewegen und vor Abriss einzeln aufschrauben und nachsehen ob sich Tiere darin befinden.

6.2. Erhaltungsmaßnahmen

Erhalt des Baumbestandes

Besonders im Innenhof der Immunologie ist der prägende Baumbestand zu erhalten.

6.3 Optimierungsmaßnahmen

Da nicht gänzlich auszuschließen ist, dass Spaltenquartiere verloren gehen, wird für einen funktionalen Ausgleich empfohlen, an den neu zu errichtenden Gebäudeteilen in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde zwei Spaltenquartiere pro neues Gebäude zu befestigen.

Maßnahmenvorschläge können dem Baubuch Fledermäuse (2000) entnommen werden, damit sie bei der Bauausführung umgesetzt werden können. Aktuell können auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung keine konkreten Maßnahmen formuliert werden.

6. Literatur:

- Dietz, C. , et al. (2016) Handbuch der Fledermäuse Europas und Nordwestafrikas. Stuttgart.
- Dietz. M. & M. Weber (2000) Baubuch Fledermäuse, eine Ideensammlung für fledermausgerechtes Bauen Gießen
- FÖA Landschaftsplanung: (2017)Methodenhandbuch zur Artenschutzprüfung in Nordrhein– Westfalen– Bestandserfassung und Monitoring.
- Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW, Geschützte Arten NRW, artenschutz,naturschutzinformationen, nrw.de
- Landesbetrieb Mobilität Rheinland–Pfalz (Hrsg). (2011)– Entwicklung methodischer Standards zur Erfassung von Fledermäusen im Rahmen von Straßenbauprojekten in Rheinland–Pfalz. Koblenz.

Daaden/Siegen 13.8.2018

S. Schmidt-Tiesel

L. Hühner

SCHALLSCHUTZ + BAUPHYSIK
AKUSTIK + MEDIENTECHNIK
ERSCHÜTTERUNGSSCHUTZ
UMWELTECHNOLOGIE

PEUTZ
CONSULT

Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 419 ‚Erweiterung St. Marien- Krankenhaus‘ in 57072 Siegen

Bericht FB 7463-1 vom 22.10.2018

Auftraggeber: St. Marien-Krankenhaus Siegen gem. GmbH
Kampenstraße 51
57072 Siegen

Planung: HKS
Seelbacher Weg 86
57072 Siegen

Bauwert Projekt Consult GmbH
Am Bahnhof 23
57072 Siegen

Bericht-Nr.: FB 7463-1

Datum: 22.10.2018

Ansprechpartner/in: Frau Jacob



Die Akkreditierung gilt für
den in der Urkundenanlage
D-PL-20140-01-00
festgelegten Umfang der
Module Geräusche und
Erschütterungen.
Messstelle nach
§ 29b BImSchG

VMPA anerkannte
Schallschutzprüfstelle
nach DIN 4109

Leitung:

Dipl.-Phys. Axel Hübel

Dipl.-Ing. Heiko Kremer-Bertram
Staatlich anerkannter
Sachverständiger für
Schall- und Wärmeschutz

Dipl.-Ing. Mark Bless

Anschriften:

Peutz Consult GmbH

Kolberger Straße 19
40599 Düsseldorf
Tel. +49 211 999 582 60
Fax +49 211 999 582 70
dus@peutz.de

Borussiastraße 112
44149 Dortmund
Tel. +49 231 725 499 10
Fax +49 231 725 499 19
dortmund@peutz.de

Carmerstraße 5
10623 Berlin
Tel. +49 30 310 172 16
Fax +49 30 310 172 40
berlin@peutz.de

Gostenhofer Hauptstraße 21
90443 Nürnberg
Tel. +49 911 477 576 60
Fax +49 911 477 576 70
nuernberg@peutz.de

Geschäftsführer:

Dr. ir. Martijn Vercammen
Dipl.-Ing. Ferry Koopmans
AG Düsseldorf
HRB Nr. 22586
Ust-IdNr.: DE 119424700
Steuer-Nr.: 106/5721/1489

Bankverbindungen:

Stadt-Sparkasse Düsseldorf
Konto-Nr.: 220 241 94
BLZ 300 501 10
DE79300501100022024194
BIC: DUSSEDDXXX

Niederlassungen:

Mook / Nimwegen, NL
Zoetermeer / Den Haag, NL
Groningen, NL
Paris, F
Lyon, F
Leuven, B

www.peutz.de

Inhaltsverzeichnis

1	Situation und Aufgabenstellung.....	3
2	Bearbeitungsgrundlagen, zitierte Normen und Richtlinien.....	4
3	Örtliche Gegebenheiten und Gebietsnutzungen.....	6
4	Berechnungsgrundlagen.....	7
4.1	Schalltechnische Orientierungswerte gemäß DIN 18005.....	7
4.2	Beurteilung der Verkehrslärmerhöhung im Umfeld.....	7
5	Beurteilung Verkehrslärmerhöhung im Umfeld.....	9
5.1	Schallimmissionen durch Verkehrslärm.....	9
6	Berechnung und Beurteilung der Verkehrslärmimmissionen im Plangebiet.....	11
6.1	Durchführung der Immissionsberechnung für Verkehrslärm.....	11
6.2	Ergebnisse der Immissionsberechnungen und Beurteilung.....	11
7	Lärmschutzmaßnahmen bezüglich Verkehrslärm.....	12
7.1	Allgemeine Erläuterungen.....	12
7.2	Aktive Schallschutzmaßnahmen.....	12
7.2.1	Passive Schallschutzmaßnahmen.....	12
7.3	Maßnahmen nach VDI 2719 'Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen'.....	13
8	Zusammenfassung.....	15

1 Situation und Aufgabenstellung

Die St. Marien-Krankenhaus gem. GmbH plant die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 'Erweiterung St. Marien-Krankenhaus' in Siegen. Bei dem Bebauungsplan handelt es sich um ein Grundstück, dass derzeitig entsprechend dem Flächennutzungsplan der Stadt Siegen als Fläche für Gemeinbedarf gekennzeichnet ist. Die wesentlichen Flächen werden bereits von dem St. Marienkrankenhaus genutzt und sollen auch zukünftig weiterhin mit gleicher Nutzung bestehen bleiben. Vonseiten des Krankenhauses sind jedoch Bestrebungen hinsichtlich einer Umstrukturierung vorgesehen. Ein konkreter Planungsentwurf liegt nicht vor. Angedacht ist ggf. die Errichtung eines neuen Gebäudekomplexes mit Bettenzimmern und die Umstrukturierung der Pkw-Stellplätze. Im Bereich des Bebauungsplanes befinden sich auch einzelne Mehrfamilienhäuser. Die Lage des Plangebietes und die Bestandssituation ist den Anlagen 1-3 zu entnehmen.

Die geräuschrelevanten Bereiche Anlieferverkehr, Parkplätze und ein im bereits im Bestand vorhandener Hubschrauberlandeplatz, werden ggf. im Rahmen der Umstrukturierung verlagert. Eine konkrete Planung liegt jedoch nicht vor. Schalltechnische Beurteilungen zum Gewerbelärm sind zunächst nicht Gegenstand dieser schalltechnischen Untersuchung. Der Gewerbelärm soll zum späteren Zeitpunkt im Rahmen des jeweiligen Bauantragsverfahrens untersucht werden.

Die Untersuchung zum Verkehrslärm können jedoch zum derzeitigen Zeitpunkt bereits durchgeführt werden. Es liegen Prognoseberechnung zum Verkehrsaufkommen vom Ingenieurbüro Beyer [15] vor.

Die Hauptzufahrt zur Tiefgarage und dem Parkhaus befindet sich an der Kampenstraße.

Die weiteren Zufahrten sind über die Nordstraße zu einer ebenerdigen Stellplatzanlage sowie die Zufahrt von Seiten der Elisabethstraße zum Parkhaus vorhanden.

Die Planung hinsichtlich der verkehrlichen Situation ist bereits fortgeschritten, auch wenn es sich hier nicht um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan handelt, sind jedoch die groben Planungsparameter auch zur Beurteilung der Verkehrslärmerhöhung im Umfeld und hinsichtlich der Erstellung der Beurteilungspegel durch Verkehrslärm im Plangebiet bereits grundsätzlich fixiert. Die Ergebnisse sind dem nachfolgenden Gutachten zu entnehmen.

Des Weiteren sind Vorschläge für die textlichen Festsetzungen im Bebauungsplan zu formulieren.

2 Bearbeitungsgrundlagen, zitierte Normen und Richtlinien

Titel / Beschreibung / Bemerkung			Kat.	Datum
[1]	BImSchG Bundes-Immissionsschutzgesetz	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge	G	Aktuelle Fassung
[2]	16. BImSchV 16. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes / Verkehrslärmschutzverordnung	Bundesgesetzblatt Nr. 27/1990, ausgegeben zu Bonn am 20. Juni 1990	V	12.06.1990 geändert am 18.12.2014
[3]	VDI 2714	Schallausbreitung im Freien	RIL	Januar 1988
[4]	VDI 2720	Schallschutz durch Abschirmung im Freien	RIL	März 1997
[5]	BauO NRW Landesbauordnung Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen	In der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV.NRW. S.256 / SGV.NRW. 232), geändert durch Gesetz vom 16.12.2003 (GV.NRW. S.766 / SGV.NRW. 2129)	V	Zuletzt geändert am 16.12.2003
[6]	TA Lärm Sechste AVwV zum Bundes-Immissionsschutzgesetz, technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm	Gemeinsames Ministerialblatt Nr. 26, herausgegeben vom Bundesministerium des Inneren vom 28.09.1998	VV	26.08.1998, zuletzt geändert am 01.06.2017
[7]	DIN 4109	Schallschutz im Hochbau, Anforderungen und Nachweise	N	November 1989)
[8]	DIN ISO 9613, Teil 2	Dämpfung des Schalls bei der Ausbreitung im Freien, Allgemeines Berechnungsverfahren; <i>Verweis in der TA Lärm auf den Entwurf September 1997</i>	N	Ausgabe Oktober1999 (Entwurf Sept. 1997)
[9]	DIN EN 12 354, Teil 4	Bauakustik – Berechnung der akustischen Eigenschaften von Gebäuden aus den Bauteileigenschaften – Teil 4: Schallübertragung von Räumen ins Freie	N	April 2001
[10]	DIN 18 005, Teil 1	Schallschutz im Städtebau – Grundlagen und Hinweise für die Planung	N	Juli 2002

Titel / Beschreibung / Bemerkung		Kat.	Datum
[11]	DIN 18 005, Teil 1, Beiblatt 1	Schallschutz im Städtebau – Berechnungsverfahren; Schall- technische Orientierungswerte für die städtebauliche Planung	N Mai 1987
[12]	RLS-90 Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen	Eingeführt mit allgemeinem Rundschreiben Straßenbau Nr. 8/1990 vom 10.4.1990	RIL 1990
[13]	VDI 2719	Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen	RIL August 1987
[14]	Entwurf Bebauungsplan Nr. 419	Zur Verfügung gestellt über das Ingenieurbüro HKS aus Siegen	Stand: bis Okto- ber 2018
[15]	Verkehrszahlen	Zur Verfügung gestellt durch das Ingenieurbüro Beyer	Stand: bis Okto- ber 2018
[16]	Abstimmung der Gebietseinstufun- gen / Bebauungspläne im Umfeld	Mit dem Auftraggeber / Stadt Siegen	Stand: bis Okto- ber 2018
[17]	Teilnahme an Besprechungstermin	Planerrunde Verkehr, Städte- bau und Bauherr	Stand: bis Sep- tember 2018

*) Änderungen mit Stand von 2016 bzw. 2018 in NRW noch nicht baurechtlich eingeführt

Kategorien:

G	Gesetz	N	Norm
V	Verordnung	RIL	Richtlinie
VV	Verwaltungsvorschrift	Lit	Buch, Aufsatz, Berichtigung
RdErl.	Runderlass	P	Planunterlagen / Betriebsangaben

3 Örtliche Gegebenheiten und Gebietsnutzungen

Das Sondergebiet Krankenhaus befindet sich angrenzend bzw. umfasst teilweise den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 13a 'Gartenstrasse, Friedrichstraße'. Die Bereiche entlang der Friedrichstraße, Nordstraße und Kampenstraße sind in dem Bebauungsplan von 1967 als Mischgebiet (MI) ausgewiesen.

Für die Bestandsbebauung südlich des geplanten Bebauungsplanes Erweiterung St. Marienkrankenhaus im Bereich der Elisabethstraße wird ein allgemeines Wohngebiet (WA) berücksichtigt. Der Bebauungsplan selber wird mit einer Ausweisung als Sondergebiet SO Krankenhaus im Bebauungsplan gekennzeichnet. Nach Rücksprache mit der Stadt Siegen, Bauaufsichtsbehörde / Umwelt, sind für die weitere Planung hier Immissionsrichtwerte entsprechend eines Mischgebietes (MI) zu berücksichtigen.

4 Berechnungsgrundlagen

4.1 Schalltechnische Orientierungswerte gemäß DIN 18005

Für die Bewertung der Verkehrslärmimmissionen im Plangebiet und außerhalb des Plangebietes sind die schalltechnischen Orientierungswerte der DIN 18005 maßgebend.

Die anzustrebenden schalltechnischen Orientierungswerte für Verkehrslärm sind in der DIN 18005 "Schallschutz im Städtebau", Beiblatt 1 aufgeführt. Dabei ist die Einhaltung folgender schalltechnischer Orientierungswerte, bezogen auf Verkehrslärm, anzustreben:

Tabelle 1: Schalltechnische Orientierungswerte nach DIN 18005, Beiblatt 1 (hier: Verkehr)

Gebietsausweisung	Immissionsrichtwert [dB(A)]	
	Tag	Nacht
Reine Wohngebiete (WR)	50	40
Allgemeine Wohngebiete (WA)	55	45
Dorfgebiete (MD) und Mischgebiete (MI)	60	50
Kerngebiete (MK) und Gewerbegebiete (GE)	65	55

Für den Gewerbelärm gelten um 5 dB geminderte schalltechnische Orientierungswerte im Nachtzeitraum.

Zum Verkehrslärm im Plangebiet:

Für das Plangebiet erfolgt eine Ausweisung als Sondergebiet. Hinsichtlich des Verkehrslärmes im Plangebiet werden die schalltechnischen Orientierungswerte von 60 dB(A) im Tageszeitraum und 50 dB(A) im Nachtzeitraum analog zu einem Mischgebiet (MI) herangezogen.

4.2 Beurteilung der Verkehrslärmerhöhung im Umfeld

Aufgrund einer möglichen Umstrukturierung der Stellplätze auf dem Betriebsgelände sind die Auswirkung auf die schalltechnische Situation im Umfeld zu berechnen.

Die Verkehrsberechnungen erfolgen auf der Grundlage der Verkehrszählungen und Prognoseberechnungen des Ingenieurbüros Beyer [15].

Die Verkehrszahlen zeigen, das zukünftig nicht mit einem relevanten Mehrverkehr zu rechnen ist. Die Berechnungsergebnisse der Emissionen der einzelnen Straßenabschnitte sind den Anlagen 4-7 zu entnehmen. Die daraus berechneten Beurteilungspegel für die in Anlage 8 dargestellten Immissionsorte sind der Anlage 9 zu entnehmen. Bei den Immissionsorten mit den Nummern >100 handelt es sich um die Immissionsorte außerhalb des Plangebietes.

Die weiteren Immissionsorte (< 100) liegen im Plangebiet und sind an dieser Stelle informativ mit in der Anlage 9 angegeben.

Bei der Bewertung werden die schalltechnischen Orientierungswerte der DIN 18005 (Verkehrslärm) berücksichtigt.

Die Bewertung der Verkehrslärmimmissionen erfolgt für die außerhalb des Bebauungsplanes gelegenen schutzbedürftigen Nutzungen im Umfeld. Die Beurteilungspegel durch den Verkehrslärm werden auf der Grundlage der zur Verfügung gestellten Verkehrszahlen durch das Ingenieurbüro Beyer [15] ermittelt. Die Berechnungsergebnisse werden den schalltechnischen Orientierungswerten der DIN 18005 [11] gegenübergestellt.

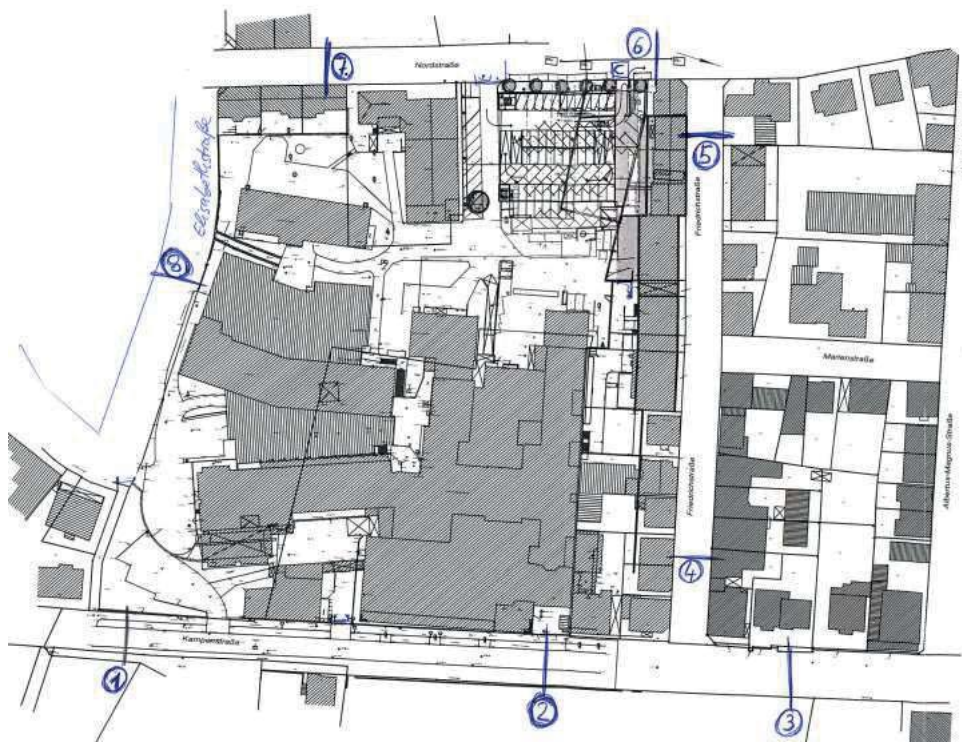
5 Beurteilung Verkehrslärmerhöhung im Umfeld

5.1 Schallimmissionen durch Verkehrslärm

Die Berechnung der Emissionspegel als Ausgangsgröße für die Berechnung der Schallimmissionen aus Straßenverkehr erfolgt gemäß der RLS-90.

Für die Bestandsbebauung im Umfeld werden die Geräuschimmissionen durch Straßenverkehr entsprechend den durch das Ingenieurbüro Beyer zur Verfügung gestellten Verkehrszahlen für den Analysefall und Prognosefall berücksichtigt [15]. Die Verkehrsbelastung wurde entsprechend, streng nach RLS-90, als durchschnittliche stündliche Verkehrsstärke DTV angegeben, sowie als maßgebende Verkehrsstärke [in Kfz/h] tags bzw. nachts (mt/mn) mit den maßgebenden Lkw-Anteilen für Fahrzeuge über 2,8t [in %] tags bzw. nachts (pt/pn).

Die Lage der betrachteten Querschnitte ist der nachfolgenden Abbildung 1 zu entnehmen.



→N

Abbildung 1: Lageplan mit Kennzeichnung der Querschnitte der Verkehrswege im Bereich des St. Marien-Krankenhauses

Bestandssituation

Abschnitt	DTV	SV	Anteil SV	Mt	Mn	pt	pn
	[Kfz/24h]	[Kfz/24h]	[%]	[Kfz/24h]	[Kfz/24h]	[%]	[%]
Q 1	7915	70	0,9	475	87	10	3
Q 2	8825	70	0,8	530	97	10	3
Q 3 (Schätzung)	10815	77	0,7	649	119	10	3
Q 4	2985	10	0,3	179	33	10	3
Q 5	2985	10	0,3	179	33	10	3
Q 6	1545	25	1,6	93	17	10	3
Q 7	965	0	0	58	11	10	3
Q 8 (Schätzung)	750	0	0	45	8	10	3

Prognosesituation

Abschnitt	DTV	SV	Anteil SV	Mt	Mn	pt	pn
	[Kfz/24h]	[Kfz/24h]	[%]	[Kfz/24h]	[Kfz/24h]	[%]	[%]
Q 1	7915	70	0,9	475	87	10	3
Q 2	8897	70	0,8	535	98	10	3
Q 3 (Schätzung)	10887	77	0,7	655	120	10	3
Q 4	2985	10	0,3	179	33	10	3
Q 5	2985	10	0,3	179	33	10	3
Q 6	1545	25	1,6	93	17	10	3
Q 7	965	0	0	58	11	10	3
Q 8 (Schätzung)	750	0	0	45	8	10	3

gem. RLS90 4.0, Berechnung des Beurteilungspegel, Tabelle 3
 Ermittlung DTV Wert über Spitzenstunde (Spitzenstunde = 10 % des DTV)

Abbildung 2: Verkehrszahlen [15]

Grundsätzlich sind bereits im Bestand (Analyseverkehrsbelastung 2018) hohe Verkehrslärmimmissionen an den Hauptstraßen vorhanden. Im Wesentlichen liegen jedoch die Beurteilungspegel unterhalb von 70 dB(A) am Tag und 60 dB(A) in der Nacht. Die schalltechnischen Orientierungswerte der DIN 18005, Beiblatt 1 werden jedoch überschritten.

Wie in Abbildung 2 angegeben, ergibt sich die Verkehrserhöhungen nur für die Querschnitte Q2 und Q3. Die Berechnungsergebnisse der Emissionen der Anlagen 4-7 zeigen, dass sich für den Bereich der Kampenstraße zwischen der Ausfahrt und der Friedrichstraße eine Erhöhung der Emissionen tags um 0,1 dB(A) ergibt. Entsprechend ergeben sich zukünftig auch an einzelnen Immissionsorten im Bereich der Kampenstraße Erhöhungen der Beurteilungspegel um 0,1 dB(A) tags. Im Nachtzeitraum sind keine Erhöhungen zu erwarten. Die Einzelpunktergebnisse sind der Anlage 9 zu entnehmen.

6 Berechnung und Beurteilung der Verkehrslärmimmissionen im Plangebiet

6.1 Durchführung der Immissionsberechnung für Verkehrslärm

Ausgehend von den berechneten Emissionsschallpegeln der im Umkreis des Plangebietes befindlichen Straßen (vgl. Kapitel 5.1) werden die Immissionen, d.h. die individuellen Geräuschbelastungen im Plangebietes mit dem Programm SoundPlan 7.4 errechnet. Die Gebäudehöhen der umliegenden Gebäude sind mit ihrer abschirmenden bzw. reflektierenden Wirkung bei der Berechnung der Beurteilungspegel für die Immissionspunktberechnung im Modell berücksichtigt.

Das Ergebnis der Immissionsberechnungen ist der sogenannte Beurteilungspegel, d.h. der mit Zu- und Abschlägen versehene physikalische Zahlwert des energie-äquivalenten A-bewerteten Dauerschalldruckpegels. Die Berechnung erfolgt unter Berücksichtigung der freien Schallausbreitung im Plangebiet.

6.2 Ergebnisse der Immissionsberechnungen und Beurteilung

Die Berechnungsergebnisse sind flächenhaft in Anlage 10 für den Prognosefall dargestellt.

Die höchsten Verkehrslärmimmissionen liegen hierbei im Bereich der Kampenstraße im östlichen Bereich des Plangebietes vor.

Unmittelbar im Bereich der Kampenstraße betragen die Beurteilungspegel aus der Straßenverkehrsbelastung bis zu 67,5 dB(A) tags und 57,5 dB(A) nachts. Damit liegen Überschreitungen der schalltechnischen Orientierungswerte der DIN 18005 für Sonder-/ Mischgebiete von bis zu 60 dB(A) tags / 50 dB(A) nachts um bis zu 7,5 dB(A) tags / 7,5 dB(A) nachts für die Straßenrandbebauung vor. Für die Friedrichstraße ergeben sich Überschreitungen von bis zu 5 dB(A) tags / 5 dB(A) nachts.

Im wesentlichen Bereich des Plangebietes liegen jedoch Beurteilungspegel von unter 60 dB(A) tags / 50 dB(A) nachts bei freier Schallausbreitung vor. Unter Berücksichtigung der vorhandenen Bebauung (mit Bebauung entlang der Kampen- und Friedrichstraße) ergeben sich jedoch noch weitere Reduzierungen. Die Beurteilungspegel durch Verkehrslärm mit vorhandener Bebauung sind exemplarisch der Anlage 9 zu entnehmen (Immissionsorte 01-11).

Grundsätzlich sind aufgrund der Überschreitungen der schalltechnischen Orientierungswerte innerhalb des Plangebietes Schallschutzmaßnahmen zur Festsetzung im Bebauungsplan erforderlich.

Bezüglich dieser Schallschutzmaßnahmen sind Ausführungen im Kapitel 7 enthalten.

7 Lärmschutzmaßnahmen bezüglich Verkehrslärm

7.1 Allgemeine Erläuterungen

Zum Schutz gegen Lärm sind grundsätzlich eine Vielzahl von Maßnahmen möglich. Diese können sich sowohl auf die eigentliche Schallquelle, auf den Übertragungsweg zwischen Schallquelle und Empfänger, als auch auf den Bereich des eigentlichen Empfängers beziehen.

Bei Lärmschutzmaßnahmen wird zwischen aktiven und passiven Maßnahmen unterschieden, wobei sich aktive Maßnahmen auf die eigentliche Schallquelle bzw. den Schallausbreitungsweg beziehen und passive Maßnahmen auf den Bereich des Empfängers beschränkt sind.

7.2 Aktive Schallschutzmaßnahmen

Aufgrund der Lage des Plangebietes innerhalb der bestehenden und dicht bebauten Siedlungsstruktur sind aktive Schallschutzmaßnahmen in Form einer Lärmschutzwand entlang der Kampen- und Friedrichstraße städtebaulich vermutlich nicht umsetzbar. Eine schallabschirmende Wand müsste in Anbetracht der Ausbreitungsbedingungen sehr hoch sein (mind. 7 m), um auch für die oberen Geschosse eine ausreichende Schallpegelminderung bewirken zu können.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird deshalb empfohlen, für die stark betroffenen Fassaden passive Schallschutzmaßnahmen festzusetzen.

7.2.1 Passive Schallschutzmaßnahmen

Zum Schutz der Empfängerseite vor erhöhten Schallimmissionen sind verschiedene passive Schallschutzmaßnahmen möglich. Diese sind z.B.:

- Akustisch günstige Orientierung der Gebäude mit Fassaden zu lärmabgewandten Seiten
- Einbau schalldämmender Fenster und Erhöhung der Schalldämmung der Fassade mit Festlegung von Innenpegeln nach VDI 2719
- Akustisch günstige Ausbildung bzw. Anordnung der Freibereiche

Die Vielzahl der vorgenannten Maßnahmen bezieht sich jedoch nur auf eine Neuplanung. Grundrisslösungen sind grundsätzlich Empfehlungen, die sich jedoch für Krankenhäuser mit Bettenräumen in der Regel nicht umsetzen lassen. Die Maßnahmen nach VDI 2719 sind im nachfolgenden Kapitel detailliert.

7.3 Maßnahmen nach VDI 2719 'Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen'

Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes für das gesamte Plangebiet werden Innenraumpegel nach VDI 2719 [13] 'Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen' festgesetzt. Zum Bauantragsverfahren ist ein Schallschutznachweis zum Schutz gegen Außenlärm nach VDI 2719 zu führen.

Für die Dimensionierung der Außenbauteile sind folgende maximalen Innenpegel zu berücksichtigen:

Schlafräume in Krankenhausgebieten nachts	
Mittlungspegel L_m	30 dB(A)
sonstige Schlafräume nachts	
Mittlungspegel L_m	30 dB(A)
Wohnräume in Krankenhausgebieten tagsüber	
Mittlungspegel L_m	35 dB(A)
sonstige Wohnräume tagsüber	
Mittlungspegel L_m	35 dB(A)
Kommunikations- und Arbeitsräume tagsüber	
- Einzelbüros	
Mittlungspegel L_m	40 dB(A)
- Büros für mehrere Personen	
Mittlungspegel L_m	45 dB(A)

- Läden

Mittlungspegel L_m

50 dB(A)

Unter Berücksichtigung des Berechnungsverfahrens der VDI 2719 ist die erforderliche Schalldämmung der Außenbauteile bei einem geplanten Erweiterungsbau zu ermitteln. Die Beurteilungspegel bei freier Schallausbreitung sind der Anlage 10 zu entnehmen.

Der Nachweis ist im Rahmen des jeweiligen Bauantragsverfahrens zu führen.

8 Zusammenfassung

In Siegen ist die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 419 'Erweiterung St. Marien-Krankenhaus' vorgesehen. Geplant ist die Entwicklung von Sondergebietsflächen.

Hierzu wurden in der vorliegenden schalltechnischen Untersuchung die Geräuschimmissionen durch Verkehrslärm im Plangebiet, sowie außerhalb des Plangebietes erhoben und beurteilt.

Hierbei war festzustellen, dass grundsätzlich aufgrund der Überschreitungen der schalltechnischen Orientierungswerte im Bereich des nördlichen und westlichen Randes des Plangebietes Schallschutzmaßnahmen zur Festsetzung im Bebauungsplan erforderlich sind.


Insbesondere für die zu den Straßen Kamp- und Friedrichstraße orientierten Fassaden sind passive Schallschutz-Maßnahmen umzusetzen. Im Bebauungsplan werden Innenpegeln nach VDI 2719 für die schutzbedürftigen Aufenthaltsräume festgesetzt, die im Rahmen des jeweiligen Bauantragsverfahrens nachzuweisen sind.

Bei Beurteilungspegeln nachts von > 50 dB ist eine Lüftung über gekippte Fenster für die Schlafräume nicht möglich.

Zudem wurde die Veränderung der Verkehrslärmbelastung im Umfeld des Plangebietes beurteilt. Hierbei war festzustellen, dass Erhöhungen der Lärmimmission um maximal 0,1 dB(A) im Tageszeitraum für die Anwohner im Bereich der Kampenstraße vorliegen. Erhöhungen von unter 1 dB(A) sind jedoch nicht wahrnehmbar.

Dieser Bericht besteht aus 15 Seiten und 10 Anlagen.

Peutz Consult GmbH

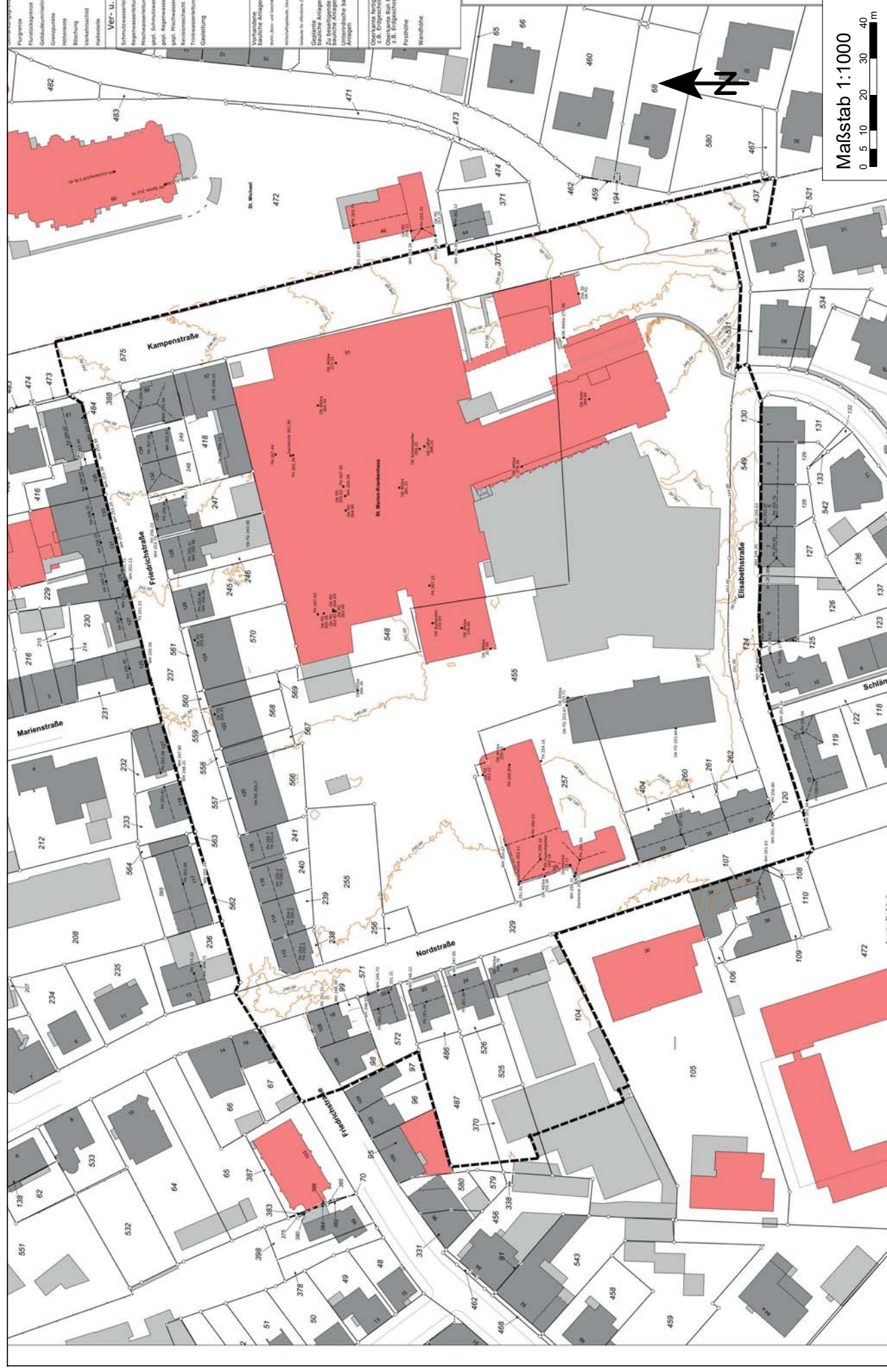

ppa. Dipl.-Ing. Mark Bless
(Messstellenleitung)


i.A. Dipl.-Ing. Andrea Jacob
(Projektleitung / Projektbearbeitung)

Anlagenverzeichnis

- Anlage 1 Übersichtslageplan 1
- Anlage 2 Übersichtslageplan 2
- Anlage 3 Auszug aus Bebauungsplan
- Anlage 4 Emissionen Analysefall – Blatt 1
- Anlage 5 Emissionen Analysefall – Blatt 2
- Anlage 6 Emissionen Prognosefall – Blatt 1
- Anlage 7 Emissionen Prognosefall – Blatt 2
- Anlage 8 Lageplan mit Lage der Immissionsorte
- Anlage 9 Berechnungsergebnisse Einzelpunkte
- Anlage 10 Rasterlärmkarte in 5 m Höhe





Berechnung der Emissionspegel für Straßenverkehr gemäß RLS 90

Analysefall



Straßenbezeichnung:	Kampenstraße Höhe Elisabethstraße (Analyse) (Q1)					Emissionspegel:		
Straßengattung:	Gemeindestraße					Tag	Nacht	
Verkehrswerte - Kfz/h:	Tag:	475	Nacht:	87				
LKW-Anteil [%]:	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L_m^{25}	66,7	57,7	
Straßenoberfläche:	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D_{StrO}	0,0	0,0
Geschwindigkeiten [km/h]:	PKW:	50	LKW:	50	D_v	-4,1	-5,3	
Steigung/Gefälle:	0,0%					D_{Stg}	0,0	0,0
$L_{m,E}$ [dB(A)]						62,5	52,3	

Straßenbezeichnung:	Kampenstraße vor Friedrichstraße (Prognose) (Q2)					Emissionspegel:		
Straßengattung:	Gemeindestraße					Tag	Nacht	
Verkehrswerte - Kfz/h:	Tag:	530	Nacht:	97				
LKW-Anteil [%]:	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L _m ²⁵	67,1	58,1	
Straßenoberfläche:	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D _{StrO}	0,0	0,0
Geschwindigkeiten [km/h]:	PKW:	30	LKW:	30	D _v	-6,7	-7,7	
Steigung/Gefälle:	0,0%					D _{Stg}	0,0	0,0
						L_{m,E} [dB(A)]	60,4	50,4

Straßenbezeichnung:	Kampenstraße nach Friedrichstraße (Analyse) (Q3)					Emissionspegel:		
Straßengattung:	Gemeindestraße					Tag	Nacht	
Verkehrswerte - Kfz/h:	Tag:	649	Nacht:	119				
LKW-Anteil [%]:	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L_m^{25}	68,0	59,0	
Straßenoberfläche:	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D_{StrO}	0,0	0,0
Geschwindigkeiten [km/h]:	PKW:	50	LKW:	50	D_v	-4,1	-5,3	
Steigung/Gefälle:	0,0%					D_{Stg}	0,0	0,0
						$L_{m,E}$ [dB(A)]	63,9	53,7

Straßenbezeichnung:	Friedrichstraße (Analyse) (Q4)					Emissionspegel:		
Straßengattung:	Gemeindestraße					Tag	Nacht	
Verkehrswerte - Kfz/h:	Tag:	179	Nacht:	33				
LKW-Anteil [%]:	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L _m ²⁵	62,4	53,4	
Straßenoberfläche:	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D _{StrO}	0,0	0,0
Geschwindigkeiten [km/h]:	PKW:	30	LKW:	30	D _v	-6,7	-7,7	
Steigung/Gefälle:	0,0%					D _{Stg}	0,0	0,0
						L_{m,E} [dB(A)]	55,7	45,7

Berechnung der Emissionspegel für Straßenverkehr gemäß RLS 90

Analysefall



Straßenbezeichnung:	Friedrichstraße (Analyse) (Q5)					Emissionspegel:		
Straßengattung:	Gemeindestraße					Tag	Nacht	
Verkehrswerte - Kfz/h:	Tag:	179	Nacht:	33				
LKW-Anteil [%]:	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L _m ²⁵	62,4	53,4	
Straßenoberfläche:	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D _{StrO}	0,0	0,0
Geschwindigkeiten [km/h]:	PKW:	30	LKW:	30	D _v	-6,7	-7,7	
Steigung/Gefälle:	0,0%					D _{Stg}	0,0	0,0
						L_{m,E} [dB(A)]	55,7	45,7

Straßenbezeichnung:	Nordstraße nach Friedrichstraße (Analyse) (Q6)					Emissionspegel:		
Straßengattung:	Gemeindestraße					Tag	Nacht	
Verkehrswerte - Kfz/h:	Tag:	93	Nacht:	17				
LKW-Anteil [%]:	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L _m ²⁵	59,6	50,6	
Straßenoberfläche:	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D _{StrO}	0,0	0,0
Geschwindigkeiten [km/h]:	PKW:	30	LKW:	30	D _v	-6,7	-7,7	
Steigung/Gefälle:	0,0%					D _{Stg}	0,0	0,0
						L_{m,E} [dB(A)]	52,9	42,8

Straßenbezeichnung:	Nordstraße vor Elisabethstraße (Analyse) (Q7)					Emissionspegel:		
Straßengattung:	Gemeindestraße					Tag	Nacht	
Verkehrswerte - Kfz/h:	Tag:	58	Nacht:	11				
LKW-Anteil [%]:	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L _m ²⁵	57,5	48,7	
Straßenoberfläche:	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D _{StrO}	0,0	0,0
Geschwindigkeiten [km/h]:	PKW:	30	LKW:	30	D _v	-6,7	-7,7	
Steigung/Gefälle:	0,0%					D _{Stg}	0,0	0,0
						L_{m,E} [dB(A)]	50,8	40,9

Straßenbezeichnung:	Elisabethstraße (Analyse) (Q8)					Emissionspegel:		
Straßengattung:	Gemeindestraße					Tag	Nacht	
Verkehrswerte - Kfz/h:	Tag:	45	Nacht:	8				
LKW-Anteil [%]:	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L _m ²⁵	56,4	47,3	
Straßenoberfläche:	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D _{StrO}	0,0	0,0
Geschwindigkeiten [km/h]:	PKW:	30	LKW:	30	D _v	-6,7	-7,7	
Steigung/Gefälle:	0,0%					D _{Stg}	0,0	0,0
						L_{m,E} [dB(A)]	49,7	39,5

Berechnung der Emissionspegel für Straßenverkehr gemäß RLS 90

Prognosefall



Straßenbezeichnung:	Kampenstraße Höhe Elisabethstraße (Prognose) (Q1)					Emissionspegel:		
Straßengattung:	Gemeindestraße					Tag	Nacht	
Verkehrswerte - Kfz/h:	Tag:	475	Nacht:	87				
LKW-Anteil [%]:	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L_m^{25}	66,7	57,7	
Straßenoberfläche:	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D_{StrO}	0,0	0,0
Geschwindigkeiten [km/h]:	PKW:	50	LKW:	50	D_v	-4,1	-5,3	
Steigung/Gefälle:	0,0%					D_{Stg}	0,0	0,0
$L_{m,E}$ [dB(A)]						62,5	52,3	

Straßenbezeichnung:	Kampenstraße vor Friedrichstraße (Prognose) (Q2)					Emissionspegel:		
Straßengattung:	Gemeindestraße					Tag	Nacht	
Verkehrswerte - Kfz/h:	Tag:	535	Nacht:	98				
LKW-Anteil [%]:	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L_m^{25}	67,2	58,2	
Straßenoberfläche:	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D_{StrO}	0,0	0,0
Geschwindigkeiten [km/h]:	PKW:	30	LKW:	30	D_v	-6,7	-7,7	
Steigung/Gefälle:	0,0%					D_{Stg}	0,0	0,0
$L_{m,E}$ [dB(A)]						60,5	50,4	

Straßenbezeichnung:	Kampenstraße nach Friedrichstraße (Prognose) (Q3)					Emissionspegel:		
Straßengattung:	Gemeindestraße					Tag	Nacht	
Verkehrswerte - Kfz/h:	Tag:	655	Nacht:	120				
LKW-Anteil [%]:	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L_m^{25}	68,1	59,0	
Straßenoberfläche:	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D_{StrO}	0,0	0,0
Geschwindigkeiten [km/h]:	PKW:	50	LKW:	50	D_v	-4,1	-5,3	
Steigung/Gefälle:	0,0%					D_{Stg}	0,0	0,0
$L_{m,E}$ [dB(A)]						63,9	53,7	

Straßenbezeichnung:	Friedrichstraße (Prognose) (Q4)					Emissionspegel:		
Straßengattung:	Gemeindestraße					Tag	Nacht	
Verkehrswerte - Kfz/h:	Tag:	179	Nacht:	33				
LKW-Anteil [%]:	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L _m ²⁵	62,4	53,4	
Straßenoberfläche:	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D _{StrO}	0,0	0,0
Geschwindigkeiten [km/h]:	PKW:	30	LKW:	30	D _v	-6,7	-7,7	
Steigung/Gefälle:	0,0%					D _{Stg}	0,0	0,0
						L_{m,E} [dB(A)]	55,7	45,7

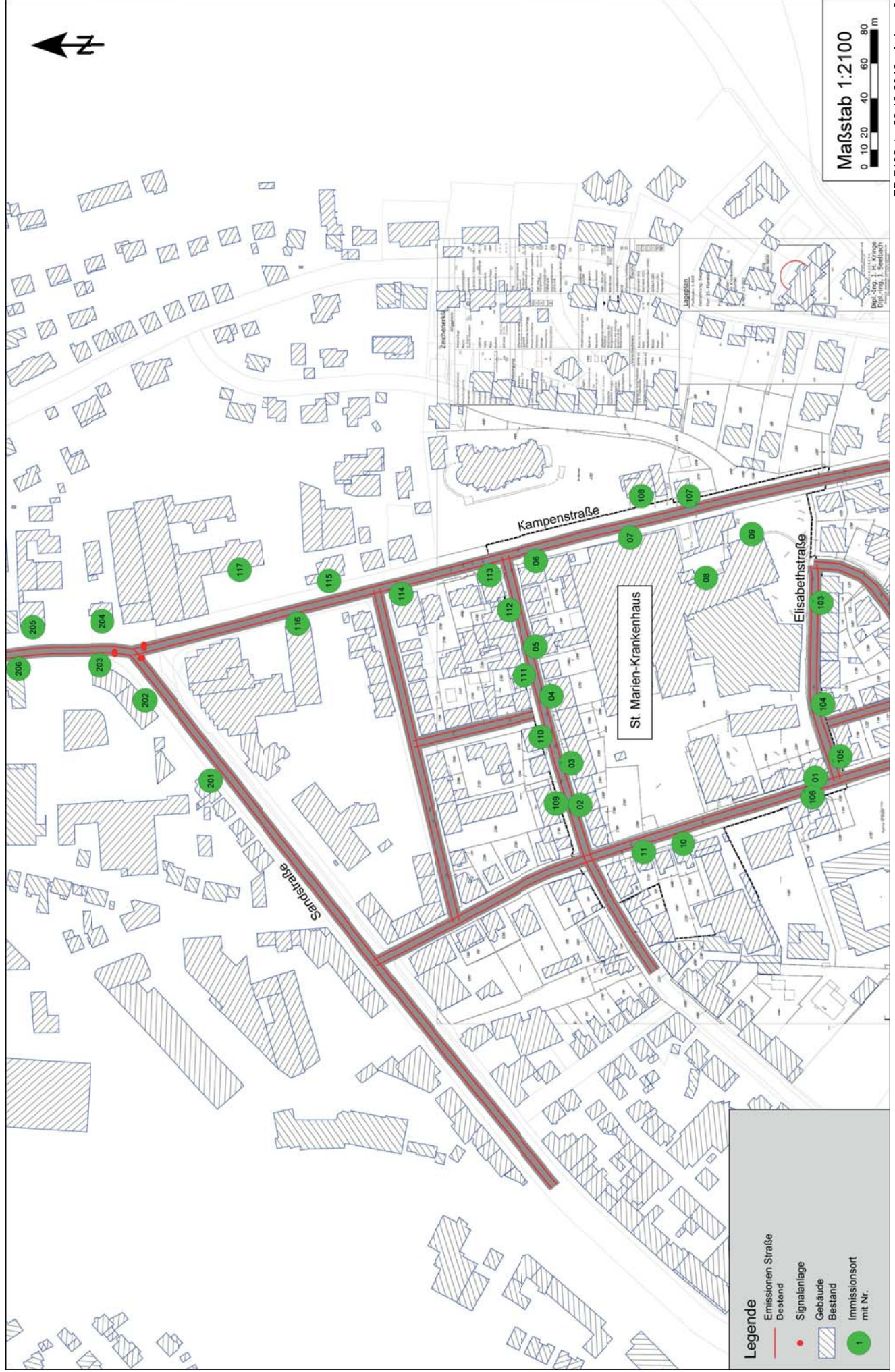
Prognosefall

Straßenbezeichnung:	Friedrichstraße (Prognose) (Q5)					Emissionspegel:		
Straßengattung:	Gemeindestraße					Tag	Nacht	
Verkehrswerte - Kfz/h:	Tag:	179	Nacht:	33				
LKW-Anteil [%]:	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L_m^{25}	62,4	53,4	
Straßenoberfläche:	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D_{StrO}	0,0	0,0
Geschwindigkeiten [km/h]:	PKW:	30	LKW:	30	D_v	-6,7	-7,7	
Steigung/Gefälle:	0,0%					D_{Stg}	0,0	0,0
$L_{m,E}$ [dB(A)]						55,7	45,7	

Straßenbezeichnung:	Nordstraße nach Friedrichstraße (Prognose) (Q6)					Emissionspegel:		
Straßengattung:	Gemeindestraße					Tag	Nacht	
Verkehrswerte - Kfz/h:	Tag:	93	Nacht:	17				
LKW-Anteil [%]:	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L _m ²⁵	59,6	50,6	
Straßenoberfläche:	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D _{StrO}	0,0	0,0
Geschwindigkeiten [km/h]:	PKW:	30	LKW:	30	D _v	-6,7	-7,7	
Steigung/Gefälle:	0,0%					D _{Stg}	0,0	0,0
						L_{m,E} [dB(A)]	52,9	42,8

Straßenbezeichnung:	Nordstraße vor Elisabethstraße (Prognose) (Q7)					Emissionspegel:		
Straßengattung:	Gemeindestraße					Tag	Nacht	
Verkehrswerte - Kfz/h:	Tag:	58	Nacht:	11				
LKW-Anteil [%]:	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L _m ²⁵	57,5	48,7	
Straßenoberfläche:	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D _{StrO}	0,0	0,0
Geschwindigkeiten [km/h]:	PKW:	30	LKW:	30	D _v	-6,7	-7,7	
Steigung/Gefälle:	0,0%					D _{Stg}	0,0	0,0
						L_{m,E} [dB(A)]	50,8	40,9

Straßenbezeichnung:	Elisabethstraße (Prognose) (Q8)					Emissionspegel:		
Straßengattung:	Gemeindestraße					Tag	Nacht	
Verkehrswerte - Kfz/h:	Tag:	45	Nacht:	8				
LKW-Anteil [%]:	Tag:	10,0	Nacht:	3,0	L _m ²⁵	56,4	47,3	
Straßenoberfläche:	Asphaltbeton, Splittmastixasphalt, nicht geriffelter Gußasphalt					D _{StrO}	0,0	0,0
Geschwindigkeiten [km/h]:	PKW:	30	LKW:	30	D _v	-6,7	-7,7	
Steigung/Gefälle:	0,0%					D _{Stg}	0,0	0,0
						L_{m,E} [dB(A)]	49,7	39,5



Beurteilungspegel Verkehrslärm nach DIN 18005



Immissionspunkt			Gebiets- einstufung	Schalltechnischer Orientierungswert		Beurteilungspegel		Beurteilungspegel		Pegeldifferenz		Überschreitung des Orientierungswertes		
IP	Name	Fassaden- orientierung		Geschoss	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
01	Nordstraße 37	W	EG	MI	60	50	60,7	50,8	60,7	50,8	0,0	0,0	0,7	0,8
		W	1.OG	MI	60	50	60,0	50,1	60,0	50,1	0,0	0,0	-	0,1
		W	2.OG	MI	60	50	59,0	49,1	59,0	49,1	0,0	0,0	-	-
		W	3.OG	MI	60	50	58,1	48,3	58,1	48,3	0,0	0,0	-	-
02	Friedrichstraße 116	N	EG	MI	60	50	65,7	55,7	65,7	55,7	0,0	0,0	5,7	5,7
		N	1.OG	MI	60	50	64,9	55,0	64,9	55,0	0,0	0,0	4,9	5,0
		N	2.OG	MI	60	50	63,8	53,9	63,8	53,9	0,0	0,0	3,8	3,9
		N	3.OG	MI	60	50	63,0	53,1	63,0	53,1	0,0	0,0	3,0	3,1
03	Friedrichstraße 120	N	EG	MI	60	50	63,5	53,5	63,5	53,5	0,0	0,0	3,5	3,5
		N	1.OG	MI	60	50	63,7	53,8	63,7	53,8	0,0	0,0	3,7	3,8
		N	2.OG	MI	60	50	63,3	53,3	63,3	53,3	0,0	0,0	3,3	3,3
		N	3.OG	MI	60	50	62,7	52,7	62,7	52,7	0,0	0,0	2,7	2,7
04	Friedrichstraße 124	N	EG	MI	60	50	64,2	54,2	64,2	54,2	0,0	0,0	4,2	4,2
		N	1.OG	MI	60	50	64,5	54,5	64,5	54,5	0,0	0,0	4,5	4,5
		N	2.OG	MI	60	50	63,8	53,9	63,8	53,9	0,0	0,0	3,8	3,9
		N	3.OG	MI	60	50	63,2	53,2	63,2	53,2	0,0	0,0	3,2	3,2
05	Friedrichstraße 128	N	4.OG	MI	60	50	62,7	52,7	62,7	52,7	0,0	0,0	2,7	2,7
		N	EG	MI	60	50	66,1	56,1	66,1	56,1	0,0	0,0	6,1	6,1
		N	1.OG	MI	60	50	65,7	55,7	65,7	55,7	0,0	0,0	5,7	5,7
		N	2.OG	MI	60	50	64,6	54,7	64,6	54,7	0,0	0,0	4,6	4,7
06	Kampenstraße 59	O	EG	MI	60	50	67,6	57,6	67,7	57,6	0,1	0,0	7,7	7,6
		O	1.OG	MI	60	50	68,0	58,0	68,1	58,0	0,1	0,0	8,1	8,0
		O	2.OG	MI	60	50	67,5	57,4	67,5	57,4	0,0	0,0	7,5	7,4
		O	3.OG	MI	60	50	66,8	56,8	66,9	56,8	0,1	0,0	6,9	6,8
07	Krankenhausgebäude 2	O	2.OG	SOK	60	50	67,7	57,7	67,8	57,7	0,1	0,0	7,8	7,7
		O	3.OG	SOK	60	50	67,5	57,5	67,6	57,5	0,1	0,0	7,6	7,5
		O	4.OG	SOK	60	50	66,9	56,8	66,9	56,8	0,0	0,0	6,9	6,8
		O	5.OG	SOK	60	50	66,2	56,1	66,2	56,1	0,0	0,0	6,2	6,1
		O	6.OG	SOK	60	50	65,5	55,5	65,6	55,5	0,1	0,0	5,6	5,5

Beurteilungspegel Verkehrslärm nach DIN 18005



Immissionspunkt				Gebiets- einstufung	Schalltechnischer Orientierungswert		Beurteilungspegel		Beurteilungspegel		Pegeldifferenz		Überschreitung des Orientierungswertes		
IP	Name	Fassaden- orientierung			Geschoss	Orientierungswert		Analysefall		Prognosefall		Analyse-Prognose		Prognosefall	
		3	4			5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
07	Krankenhausgebäude 2	O	7.OG	SOK	60	50	64,9	54,9	65,0	54,9	0,1	0,0	5,0	4,9	
08	Krankenhausgebäude 2	O	2.OG	SOK	60	50	46,5	36,3	46,5	36,3	0,0	0,0	-	-	
		O	3.OG	SOK	60	50	46,7	36,6	46,7	36,6	0,0	0,0	-	-	
		O	4.OG	SOK	60	50	47,8	37,6	47,8	37,6	0,0	0,0	-	-	
		O	5.OG	SOK	60	50	48,6	38,5	48,6	38,5	0,0	0,0	-	-	
		O	6.OG	SOK	60	50	49,4	39,3	49,4	39,3	0,0	0,0	-	-	
		O	7.OG	SOK	60	50	50,3	40,3	50,3	40,3	0,0	0,0	-	-	
09	Krankenhausgebäude 2	O	3.OG	SOK	60	50	61,1	50,9	61,1	50,9	0,0	0,0	1,1	0,9	
10	Nordstraße 24	O	4.OG	SOK	60	50	63,3	53,1	63,3	53,1	0,0	0,0	3,3	3,1	
		O	5.OG	SOK	60	50	63,7	53,5	63,7	53,5	0,0	0,0	3,7	3,5	
		O	6.OG	SOK	60	50	63,7	53,5	63,7	53,5	0,0	0,0	3,7	3,5	
		O	7.OG	SOK	60	50	63,7	53,5	63,7	53,5	0,0	0,0	3,7	3,5	
		O	EG	MI	60	50	56,8	47,0	56,8	47,0	0,0	0,0	-	-	
		O	1.OG	MI	60	50	57,5	47,6	57,5	47,6	0,0	0,0	-	-	
11	Nordstraße 20	O	2.OG	MI	60	50	57,1	47,3	57,1	47,3	0,0	0,0	-	-	
		O	EG	MI	60	50	59,0	49,1	59,0	49,1	0,0	0,0	-	-	
		O	1.OG	MI	60	50	59,1	49,3	59,1	49,3	0,0	0,0	-	-	
		O	2.OG	MI	60	50	58,6	48,7	58,6	48,7	0,0	0,0	-	-	
		O	3.OG	MI	60	50	58,0	48,2	58,0	48,2	0,0	0,0	-	-	
		N	EG	WA	55	45	61,4	51,2	61,4	51,2	0,0	0,0	6,4	6,2	
103	Elisabethstraße 3	N	1.OG	WA	55	45	60,6	50,4	60,6	50,4	0,0	0,0	5,6	5,4	
		N	2.OG	WA	55	45	58,9	48,7	58,9	48,7	0,0	0,0	3,9	3,7	
		N	3.OG	WA	55	45	57,9	47,8	57,9	47,8	0,0	0,0	2,9	2,8	
		N	EG	WA	55	45	59,6	49,5	59,6	49,5	0,0	0,0	4,6	4,5	
104	Elisabethstraße 10-12	N	1.OG	WA	55	45	58,4	48,2	58,4	48,2	0,0	0,0	3,4	3,2	
105	Elisabethstraße 13-15	N	EG	WA	55	45	59,4	49,2	59,4	49,2	0,0	0,0	4,4	4,2	
106	Nordstraße 36	N	1.OG	WA	55	45	58,6	48,5	58,6	48,5	0,0	0,0	3,6	3,5	
		O	EG	MI	60	50	60,4	50,5	60,4	50,5	0,0	0,0	0,4	0,5	
		O	1.OG	MI	60	50	60,4	50,5	60,4	50,5	0,0	0,0	0,4	0,5	
		O	2.OG	MI	60	50	59,4	49,6	59,4	49,6	0,0	0,0	-	-	

Beurteilungspegel Verkehrslärm nach DIN 18005



Immissionspunkt			Gebiets- einstufung	Schalltechnischer Orientierungswert		Beurteilungspegel		Beurteilungspegel		Pegeldifferenz		Überschreitung des Orientierungswertes		
IP	Name	Fassaden- orientierung		Geschoss	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Analysefall Tag dB(A)	Analysefall Nacht dB(A)	Prognosefall Tag dB(A)	Prognosefall Nacht dB(A)	Analyse-Prognose Tag dB(A)	Analyse-Prognose Nacht dB(A)	Prognosefall Tag dB(A)	Prognosefall Nacht dB(A)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
106	Nordstraße 36	O	3.OG	MI	60	50	58,6	48,8	58,6	48,8	0,0	0,0	-	-
107	Kampenstraße 44	W	EG	MI	60	50	69,3	59,1	69,3	59,1	0,0	0,0	9,3	9,1
		W	1.OG	MI	60	50	69,1	58,9	69,1	58,9	0,0	0,0	9,1	8,9
		W	2.OG	MI	60	50	68,5	58,3	68,5	58,3	0,0	0,0	8,5	8,3
		W	3.OG	MI	60	50	67,9	57,7	67,9	57,7	0,0	0,0	7,9	7,7
108	Kampenstraße 46	W	EG	MI	60	50	65,1	55,1	65,2	55,1	0,1	0,0	5,2	5,1
		W	1.OG	MI	60	50	65,5	55,5	65,6	55,5	0,1	0,0	5,6	5,5
		W	2.OG	MI	60	50	65,4	55,4	65,5	55,4	0,1	0,0	5,5	5,4
109	Friedrichstraße 117	S	EG	MI	60	50	63,5	53,5	63,5	53,5	0,0	0,0	3,5	3,5
		S	1.OG	MI	60	50	63,5	53,5	63,5	53,5	0,0	0,0	3,5	3,5
		S	2.OG	MI	60	50	63,1	53,1	63,1	53,1	0,0	0,0	3,1	3,1
110	Friedrichstraße 121	S	EG	MI	60	50	64,9	54,9	64,9	54,9	0,0	0,0	4,9	4,9
		S	1.OG	MI	60	50	64,5	54,5	64,5	54,5	0,0	0,0	4,5	4,5
		S	2.OG	MI	60	50	63,8	53,8	63,8	53,8	0,0	0,0	3,8	3,8
111	Friedrichstraße 127	S	EG	MI	60	50	64,7	54,7	64,7	54,7	0,0	0,0	4,7	4,7
		S	1.OG	MI	60	50	64,3	54,3	64,3	54,3	0,0	0,0	4,3	4,3
		S	2.OG	MI	60	50	63,6	53,6	63,6	53,6	0,0	0,0	3,6	3,6
112	Friedrichstraße 133	S	EG	MI	60	50	65,6	55,6	65,7	55,6	0,1	0,0	5,7	5,6
		S	1.OG	MI	60	50	65,4	55,4	65,4	55,4	0,0	0,0	5,4	5,4
		S	2.OG	MI	60	50	64,7	54,7	64,7	54,7	0,0	0,0	4,7	4,7
113	Kampenstraße 61	O	EG	MI	60	50	69,9	59,8	69,9	59,8	0,0	0,0	9,9	9,8
		O	1.OG	MI	60	50	70,1	59,9	70,1	59,9	0,0	0,0	10,1	9,9
		O	2.OG	MI	60	50	69,4	59,3	69,5	59,3	0,1	0,0	9,5	9,3
		O	3.OG	MI	60	50	68,6	58,5	68,6	58,5	0,0	0,0	8,6	8,5
		O	4.OG	MI	60	50	67,8	57,7	67,9	57,7	0,1	0,0	7,9	7,7
114	Kampenstraße 69	O	EG	MI	60	50	72,2	62,0	72,2	62,0	0,0	0,0	12,2	12,0
		O	1.OG	MI	60	50	71,8	61,7	71,8	61,7	0,0	0,0	11,8	11,7
		O	2.OG	MI	60	50	71,0	60,8	71,0	60,8	0,0	0,0	11,0	10,8
		O	3.OG	MI	60	50	70,1	59,9	70,1	59,9	0,0	0,0	10,1	9,9
115	Kampenstraße 76	W	EG	MI	60	50	69,1	58,9	69,1	58,9	0,0	0,0	9,1	8,9

Beurteilungspegel Verkehrslärm nach DIN 18005



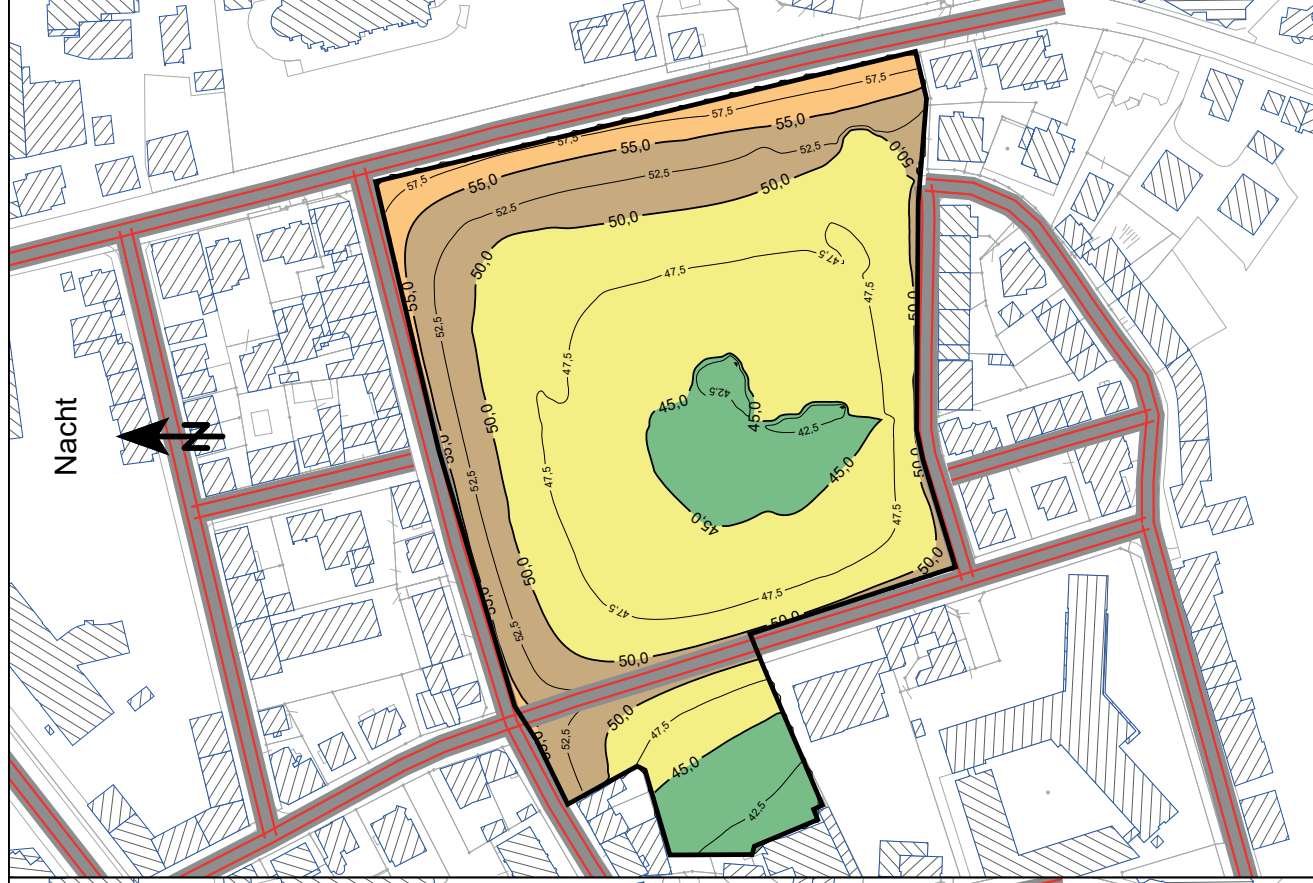
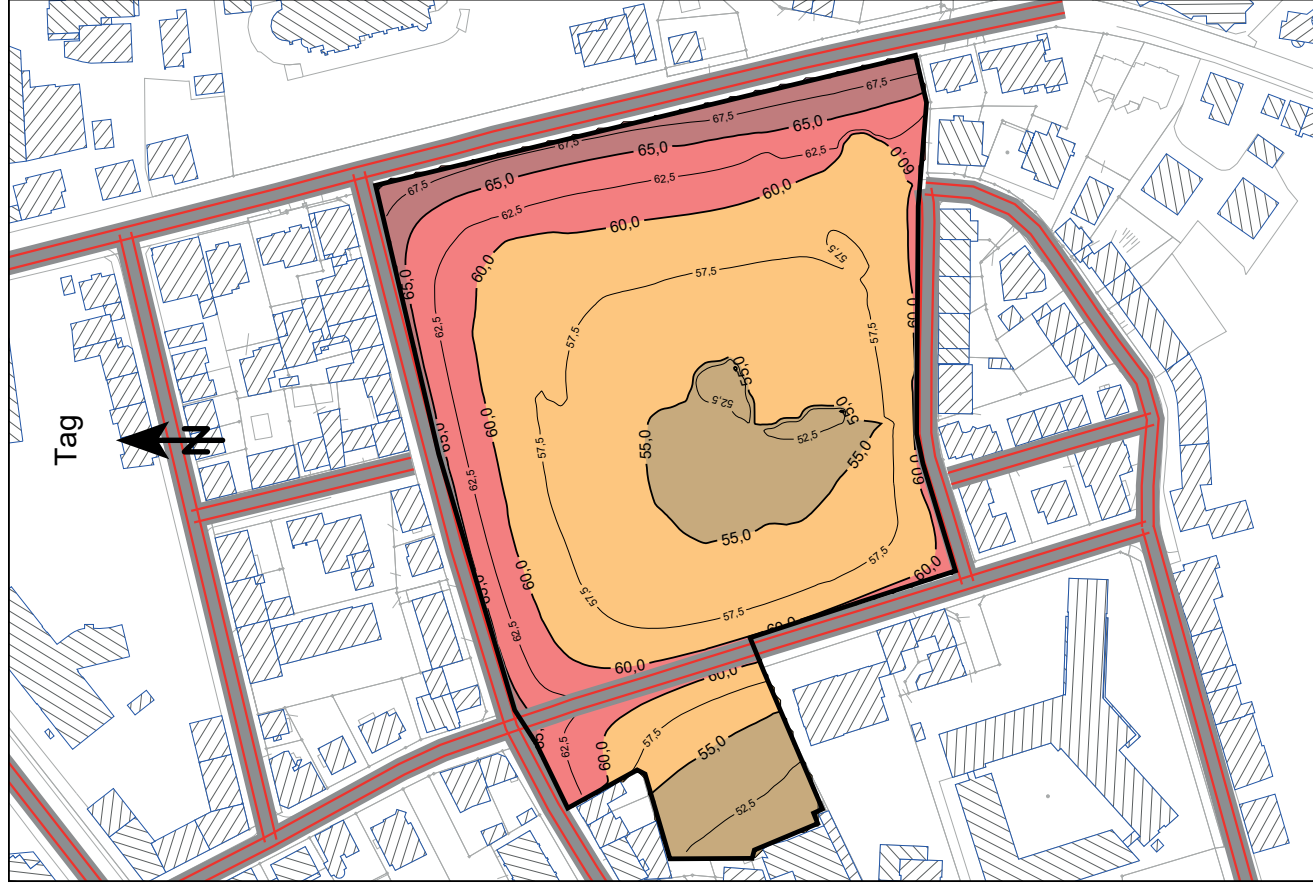
Immissionspunkt			Gebiets- einstufung	Schalltechnischer Orientierungswert		Beurteilungspegel		Beurteilungspegel		Pegeldifferenz		Überschreitung des Orientierungswertes		
IP	Name	Fassaden- orientierung		Geschoss	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
115	Kampenstraße 76	W	1.OG	MI	60	50	69,2	59,0	69,2	59,0	0,0	0,0	9,2	9,0
116	Kampenstraße 83	O	EG	MI	60	50	71,9	61,7	71,9	61,7	0,0	0,0	11,9	11,7
		O	1.OG	MI	60	50	71,6	61,4	71,6	61,4	0,0	0,0	11,6	11,4
		O	2.OG	MI	60	50	70,9	60,7	70,9	60,7	0,0	0,0	10,9	10,7
		O	3.OG	MI	60	50	70,1	59,9	70,1	59,9	0,0	0,0	10,1	9,9
		O	4.OG	MI	60	50	69,3	59,2	69,3	59,2	0,0	0,0	9,3	9,2
		O	5.OG	MI	60	50	68,7	58,6	68,7	58,6	0,0	0,0	8,7	8,6
		O	6.OG	MI	60	50	68,0	57,9	68,0	57,9	0,0	0,0	8,0	7,9
		O	7.OG	MI	60	50	67,3	57,2	67,3	57,2	0,0	0,0	7,3	7,2
		O	8.OG	MI	60	50	66,7	56,6	66,7	56,6	0,0	0,0	6,7	6,6
117	Kampenstraße 84	W	EG	MI	60	50	64,1	54,1	64,1	54,1	0,0	0,0	4,1	4,1
		W	1.OG	MI	60	50	65,7	55,7	65,7	55,7	0,0	0,0	5,7	5,7
		W	2.OG	MI	60	50	65,9	55,9	65,9	55,9	0,0	0,0	5,9	5,9
201	Sandstraße 161	SO	EG	WA	55	45	69,2	62,0	69,2	62,0	0,0	0,0	14,2	17,0
		SO	1.OG	WA	55	45	69,3	62,1	69,3	62,1	0,0	0,0	14,3	17,1
		SO	2.OG	WA	55	45	69,0	61,8	69,0	61,8	0,0	0,0	14,0	16,8
		SO	3.OG	WA	55	45	68,6	61,3	68,6	61,3	0,0	0,0	13,6	16,3
202	Sandstraße 173	SO	EG	WA	55	45	71,2	63,6	71,2	63,6	0,0	0,0	16,2	18,6
		SO	1.OG	WA	55	45	71,5	63,8	71,5	63,8	0,0	0,0	16,5	18,8
		SO	2.OG	WA	55	45	71,2	63,4	71,2	63,4	0,0	0,0	16,2	18,4
		SO	3.OG	WA	55	45	70,9	63,0	70,9	63,0	0,0	0,0	15,9	18,0
203	Hagenerstraße 3	O	EG	WA	55	45	72,3	64,9	72,3	64,9	0,0	0,0	17,3	19,9
		O	1.OG	WA	55	45	72,3	64,7	72,3	64,7	0,0	0,0	17,3	19,7
		O	2.OG	WA	55	45	71,8	64,2	71,8	64,2	0,0	0,0	16,8	19,2
		O	3.OG	WA	55	45	71,3	63,6	71,3	63,6	0,0	0,0	16,3	18,6
204	Hagenerstraße 4	W	EG	WA	55	45	69,3	61,6	69,3	61,6	0,0	0,0	14,3	16,6
		W	1.OG	WA	55	45	69,9	62,1	69,9	62,1	0,0	0,0	14,9	17,1
		W	2.OG	WA	55	45	70,0	62,2	70,0	62,2	0,0	0,0	15,0	17,2
205	Hagenerstraße 10	W	EG	WA	55	45	68,1	60,7	68,1	60,7	0,0	0,0	13,1	15,7
		W	1.OG	WA	55	45	68,2	60,9	68,2	60,9	0,0	0,0	13,2	15,9

Beurteilungspegel Verkehrslärm nach DIN 18005

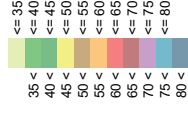


IP	Immissionspunkt				Gebiets- einstufung	Schalltechnischer Orientierungswert		Beurteilungspegel		Beurteilungspegel		Pegeldifferenz		Überschreitung des Orientierungswertes	
	Name	Fassaden- orientierung	Geschoss	Tag dB(A)		Nacht dB(A)	Analysefall		Prognosefall		Analyse-Prognose		Prognosefall		
							Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	Tag dB(A)	Nacht dB(A)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
205	Hagenerstraße 10	W	2.OG	WA	55	45	68,1	60,7	68,1	60,7	0,0	0,0	13,1	15,7	
206	Hagenerstraße 15	O	EG	WA	55	45	70,6	63,3	70,6	63,3	0,0	0,0	15,6	18,3	
		O	1.OG	WA	55	45	70,3	63,1	70,3	63,1	0,0	0,0	15,3	18,1	

Rasterlärmkarten mit Darstellung der Beurteilungspegel durch Verkehrslärm tags/nachts in dB(A)
 Berechnung bei freier Schallausbreitung - Rechenhöhe: 5m über Gelände



Beurteilungspegel
in dB(A)



Legende

- Emissionen Straße
- Signalanlage
- ▨ Gebäude außerhalb des B-Planes

Maßstab 1:1700



VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Beigeordneter 4
Bearbeitet von: Herrn Bockemühl

Siegen, 28.04.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften	27.05.2021
Bauausschuss	02.06.2021
Haupt- und Finanzausschuss	09.06.2021
Rat	23.06.2021

Kurzbezeichnung:

2. Beiratsperiode des Beirats für Stadtgestaltung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beruft für die zweite Beiratsperiode des Beirats für Stadtgestaltung nachstehende Personen als ordentliche Mitglieder

1. Thomas Knüvener
2. Patricia Merkel
3. Ulrike Platz
4. Christoph Menzel
5. Prof. Antje Freiesleben

sowie als stellvertretendes Mitglied

6. Rüdiger Karzel

und nimmt die aktualisierte Geschäftsordnung zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Nach Geschäftsordnung werden die Mitglieder des Beirats für Stadtgestaltung für die in der Regel drei Jahre andauernde Beiratsperiode berufen. Die aktuelle Beiratsperiode endet im Frühjahr 2021. Die konstruktiven und zielführenden Beratungen des Beirates für verschiedenste Bauvorhaben im Siegener Stadtgebiet soll in den kommenden Jahren fortgeführt werden. Insbesondere für das städtebauliche Großprojekt „Siegen. Wissen verbindet“ (bisher „Uni (kommt) in die Stadt“) wird die beratende Tätigkeit im architektonischen, städtebaulichen und freiraumplanerischen Bereich als zielführend und gewinnbringend erachtet, um die stadtgestalterische Qualität der Maßnahmen zu fördern.

Bisher wurden die stellvertretenden Mitglieder noch nicht in einer Sitzung des Gestaltungsbeirates tätig. Da der Beirat bereits bei Anwesenheit der Mehrheit der Mitglieder beschlussfähig ist, wird ein stellvertretendes Mitglied als ausreichend erachtet. Einer der bisherigen Stellvertreter, Herr Tobias Hermes, wird aus beruflichen Gründen als stellvertretendes Mitglied ausscheiden.

Im Zuge der Aufnahme der zweiten Beratungsperiode und der Änderung der Stellvertreterregelung wird die Geschäftsordnung geringfügig angepasst. Zudem werden kleinere, vor allem redaktionelle Aktualisierungen vorgenommen. Die aktualisierte Geschäftsordnung ist als Anlage beigelegt.

Um der Vielzahl und dem Umfang der beratungswürdigen städtebaulichen Projekte gerecht zu werden, soll der Sitzungsturnus flexibler gestaltet werden. Zudem sollen (soweit notwendig) mehr als die in der bisherigen Geschäftsordnung festgelegten, maximal vier Sitzungen pro Jahr ermöglicht werden. Auch vor dem Hintergrund der Anhebung der Preisrichterhonorarvorgaben der Architektenkammer NRW soll der Haushaltsansatz ab dem Haushaltsjahr 2022 auf 20.000 € angehoben werden.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten 20.000,00 €	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	--	-----------------------------	--	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode 01010100 Sachkonto 5421000
--	--	-------------------------------	----------------------------------	---

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) Die Tätigkeit des Gestaltungsbeirates selbst hat keine klimarelevanten Auswirkungen. Bei der Beratung der jeweiligen Bauvorhaben werden klimarelevante Themenbereiche (z. B. Dach- und Fassadenbegrünungen, Photovoltaik-Anlagen auf Gebäudedächern) berücksichtigt.			

i. V.

gez.

Henrik Schumann
Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Geschäftsordnung für den Beirat für Stadtgestaltung der Universitätsstadt Siegen vom 12.05.2021

Präambel

Ziel des Beirates für Stadtgestaltung der Universitätsstadt Siegen ist es, das Stadtbild gestalterisch zu verbessern, die architektonische und städtebauliche Qualität auf einem hohen Niveau zu sichern und fortzuschreiben sowie Fehlentwicklungen in Architektur und Städtebau zu vermeiden.

Vom Wirken des Beirates für Stadtgestaltung und seiner Mitglieder ist zudem ein positiver Einfluss auf das Bewusstsein für gute Architektur und Stadtgestalt in der Öffentlichkeit wie auch in der Politik und der Verwaltung zu erwarten.

Der Beirat für Stadtgestaltung unterstützt als unabhängiges Sachverständigengremium die politischen Institutionen wie auch die Fachverwaltung in Fragen der Architektur, der Stadtplanung und des Stadtbildes. Er begutachtet Vorhaben von städtebaulicher Bedeutung in ihrer Auswirkung auf Stadtgestalt und Stadtstruktur, um durch fachlich kompetente Empfehlungen eine Entscheidungsgrundlage für politische Institutionen und für die Fachverwaltung zu geben.

I. Aufgabenstellung

Der Beirat für Stadtgestaltung hat die Aufgabe, die ihm vorgelegten Bauvorhaben und Planungen im Hinblick auf ihre städtebaulichen, architektonischen, freiraumplanerischen und gestalterischen Qualitäten zu prüfen und zu beurteilen und den Rat, die Ausschüsse sowie die Verwaltung in einem frühen Planungsstadium zielführend zu beraten. Er formuliert Hinweise und Kriterien zur Erreichung dieses Ziels.

II. Mitglieder

Der Beirat für Stadtgestaltung setzt sich zusammen aus

- fünf durch den Stadtrat berufenen, stimmberechtigten Mitgliedern in folgender Zusammensetzung:
 - 3 Architektinnen bzw. Architekten,
 - 1 Landschaftsarchitektin bzw. Landschaftsarchitekt,
 - 1 Stadtplanerin bzw. Stadtplaner.

Diese Mitglieder sind Fachleute aus den Gebieten Städtebau, Stadt- und Landschaftsplanung, Architektur und Denkmalpflege. Sie besitzen die Qualifikation zur Preisrichterin bzw. zum Preisrichter. Unter den fünf Mitgliedern soll eine Mitarbeiterin bzw. ein Mitarbeiter der Universität Siegen sein. Die Mitglieder des Beirates sollen ihren Wohn- und Arbeitssitz (mit Ausnahme der Vertreterin bzw. des Vertreters der Universität Siegen) nicht im Beratungsgebiet haben. Die stimmberechtigten Mitglieder sowie ein stellvertretendes Mitglied (Architektin/Architekt oder Stadtplanerin/Stadtplaner) werden aus den Vorschlägen der Berufsverbände

- Bund Deutscher Architekten (BDA),
- Vereinigung freischaffender Architekten (VfA),
- Bund Deutscher Baumeister (BDB),
- Bund deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA),
- Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landschaftsplanung e.V. (SRL) und
- der Universität Siegen

vom Rat der Universitätsstadt Siegen ausgewählt und für die Dauer der Beiratsperiode berufen. Eine einmalige Wiederberufung ist möglich.

Die Mitglieder sollen zwei Jahre vor und während ihrer Beiratsstätigkeit nicht im Beratungsgebiet planen und bauen. Eine Beiratsperiode dauert in der Regel drei Jahre. Die Mitgliedschaft sollte zwei aufeinanderfolgende Perioden nicht überschreiten.

- vier nicht stimmberechtigten Mitgliedern:
 - Der bzw. dem Vorsitzenden des Bauausschusses,
 - der bzw. dem Vorsitzenden des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften,
 - der Stadtbaurätin bzw. dem Stadtbaurat der Universitätsstadt Siegen und
 - der Leiterin bzw. dem Leiter der Abteilung Stadtentwicklung, -planung und Liegenschaften.

Alle stimmberechtigten Mitglieder wählen aus ihrer Mitte eine Vorsitzende bzw. einen Vorsitzenden sowie eine Stellvertretung.

Der Beirat kann im Bedarfsfall weitere Beratende hinzuziehen.

III. Geschäftsstelle

Die Arbeit des Beirates wird durch die bei der Stadtbaurätin bzw. beim Stadtbaurat der Universitätsstadt Siegen ansässige Geschäftsstelle unterstützt.

IV. Zuständigkeit

Der Beirat beurteilt Bauvorhaben und Planung, die für die städtebauliche Entwicklung oder für innerstädtische Freiräume aufgrund ihrer Größe, ihrer exponierten Lage oder ihrer Bedeutung für das Stadt- und Landschaftsbild prägend sein können.

Der Beirat soll sich auf Antrag der Bauherrin bzw. des Bauherren mit dessen Bauvorhaben befassen, wenn die Verwaltung das Vorhaben aus gestalterischen Gründen abgelehnt hat.

Vorhaben, die aus einem konkurrierenden Verfahren hervorgegangen sind, fallen nur dann in die Zuständigkeit des Beirates, wenn auf mehrheitliches Verlangen der Mitglieder eine Befassung erwünscht ist oder wenn das tatsächlich eingereichte Vorhaben von dem prämierten Ergebnis wesentlich abweicht. Die Stadtbaurätin bzw. der Stadtbaurat unterrichtet den Beirat frühzeitig über solche konkurrierenden Verfahren.

V. Sitzungsturnus

Die Sitzungen des Beirates finden nach Bedarf statt.

Die Einberufung des Beirates erfolgt schriftlich durch die Geschäftsstelle. Die vorläufigen Sitzungstermine sind mindestens eine Woche vor der jeweiligen Sitzung öffentlich bekannt zu machen.

VI. Beschlussfähigkeit und Stimmrecht

Der Beirat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit – darunter die bzw. der Vorsitzende oder ihre bzw. seine Stellvertretung – anwesend ist.

Entscheidungen werden in einfacher Mehrheit in offener Abstimmung getroffen. Stimmenenthaltung ist nicht zulässig. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der bzw. des Vorsitzenden den Ausschlag.

Die Beiratsmitglieder prüfen von sich aus ihre Befangenheit in Anlehnung an die jeweils gültige Gemeindeordnung. In Zweifelsfällen entscheidet der Beirat über die Befangenheit. Das betroffene Beiratsmitglied wirkt hieran nicht mit.

VII. Beiratssitzung

Die Sitzungen des Beirates bestehen aus einem öffentlichen und einem nicht-öffentlichen Teil. Grundsätzlich soll öffentlich beraten werden. Sofern es die Bauherrinnen bzw. Bauherren jedoch ausdrücklich wünschen, können Bauvorhaben auch in nicht-öffentlicher Sitzung behandelt werden. Gleiches gilt für Vorhaben, die sich in einem Stadium befinden, welches eine öffentliche Befassung nicht zulässt (Grundstücks- bzw. Vertragsangelegenheiten). Die Entscheidung hierzu trifft letztlich die bzw. der Vorsitzende und die Stadtbaurätin bzw. der Stadtbaurat.

An den nicht-öffentlichen Sitzungen des Beirates können (ohne Stimmrecht) beiwohnen:

- Die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister,
- Mitarbeitende der Universitätsstadt Siegen, die mit den vorgestellten Bauvorhaben dienstlich befasst sind, nach Entscheidung der Geschäftsbereichsleiterin bzw. des Geschäftsbereichsleiters,
- Vertreter der im Bauausschuss und im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften vertretenen Fraktionen (in Ausübung ihres Ratsmandats) einschließlich deren sachkundige Bürgerinnen und Bürger,
- Sonderfachleute auf Einladung der Geschäftsstelle.

Der Beirat fasst als Ergebnis seiner Beratungen zur Beurteilung der vorgestellten Vorhaben jeweils eine schriftliche Stellungnahme in Form eines Protokollauszugs. Die Stellungnahme ist der Bauherrin bzw. dem Bauherren und der Entwurfsverfasserin bzw. dem Entwurfsverfasser bekannt zu geben.

Die Niederschriften der Beiratssitzungen sind dem Bauausschuss sowie dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften des Rates der Universitätsstadt Siegen bekannt zu geben.

VIII. Wiedervorlage

Erhält ein Vorhaben nicht die Zustimmung des Beirates, so ist der Bauherrin bzw. dem Bauherren die Möglichkeit zur weiteren Bearbeitung einzuräumen. Der Beirat gibt die Kriterien hierfür bekannt. Das Vorhaben ist dem Beirat wieder vorzulegen.

IX. Geheimhaltung

Die Mitglieder des Beirates und die sonstigen Sitzungsteilnehmenden sind zur Geheimhaltung über die internen Beratungen und Wahrnehmungen verpflichtet. Die Regelungen zur Stellungnahme gegenüber der Bauherrin bzw. dem Bauherren und Architekten bleiben davon unberührt. Eine Verletzung der Geheimhaltung führt zum Ausschluss vom Gestaltungsbeirat.

X. Vergütung der Beiratsmitglieder

Die Tätigkeit der stimmberechtigten Beiratsmitglieder wird in Anlehnung an die Preisrichterhonorare vergütet. Reisekosten werden dem geltenden Reisekostengesetz entsprechend erstattet.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4/1-2 Arbeitsteam Beiträge
Bereich: Straßenneubau
Bearbeitet von: Frau Krönert

Siegen, 19.05.2021

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Bauausschuss	02.06.2021
Haupt- und Finanzausschuss	09.06.2021
Bezirkssausschuss I - Siegen-Geisweid	15.06.2021
Rat	23.06.2021

Kurzbezeichnung:

Widmung Adolf-Wurmbach-Straße in Geisweid

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Widmung der Adolf-Wurmbach-Straße (Gemarkung Geisweid, Flur 3, Flurstück 1318) in Geisweid.

Sachverhalt / Begründung:

Die Adolf-Wurmbach-Straße wurde im Bereich ab der Einmündung des Aternweges (Höhe der Hausnummern 46/47) bis zur Einmündung Ruhrststraße 2019 endgültig hergestellt.

Der Teil der Adolf-Wurmbach-Straße ab Einmündung Ruhrststraße bis zur Einmündung Aternweg gilt seit 1961 per Ratsbeschluss als endgültig hergestellte Erschließungsanlage. Aufgrund des Alters der Straße lässt sich nicht klären, ob dieser Teil der Adolf-Wurmbach-Straße jemals förmlich gewidmet worden ist, er gilt als fiktiv gewidmet.

Durch die Schlussvermessung ist die gesamte Adolf-Wurmbach-Straße in dem Flurstück 1318 zusammengefasst worden. Daher soll sie jetzt auch auf ihrer gesamten Länge gewidmet werden.

Die „Restflurstücke“ in den Einmündungsbereichen zur Ruhrststraße und vor den Häusern Adolf-Wurmbach-Straße 47 – 61 sowie vor der Hausnummer 58 befinden sich zwar im Eigen-

tum der Stadt Siegen und sind zum Teil auch mit hergestellt worden, sollen aber über kurz oder lang an die Eigentümerinnen und Eigentümer der angrenzenden Grundstücke veräußert werden, da sie für die Straße nicht mehr benötigt werden. Dementsprechend werden diese Flächen nicht gewidmet.

Die Träger öffentlicher Belange wurden angehört und haben keine Bedenken gegen die Widmung der Adolf-Wurmbach-Straße vorgebracht.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	--	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

In Vertretung

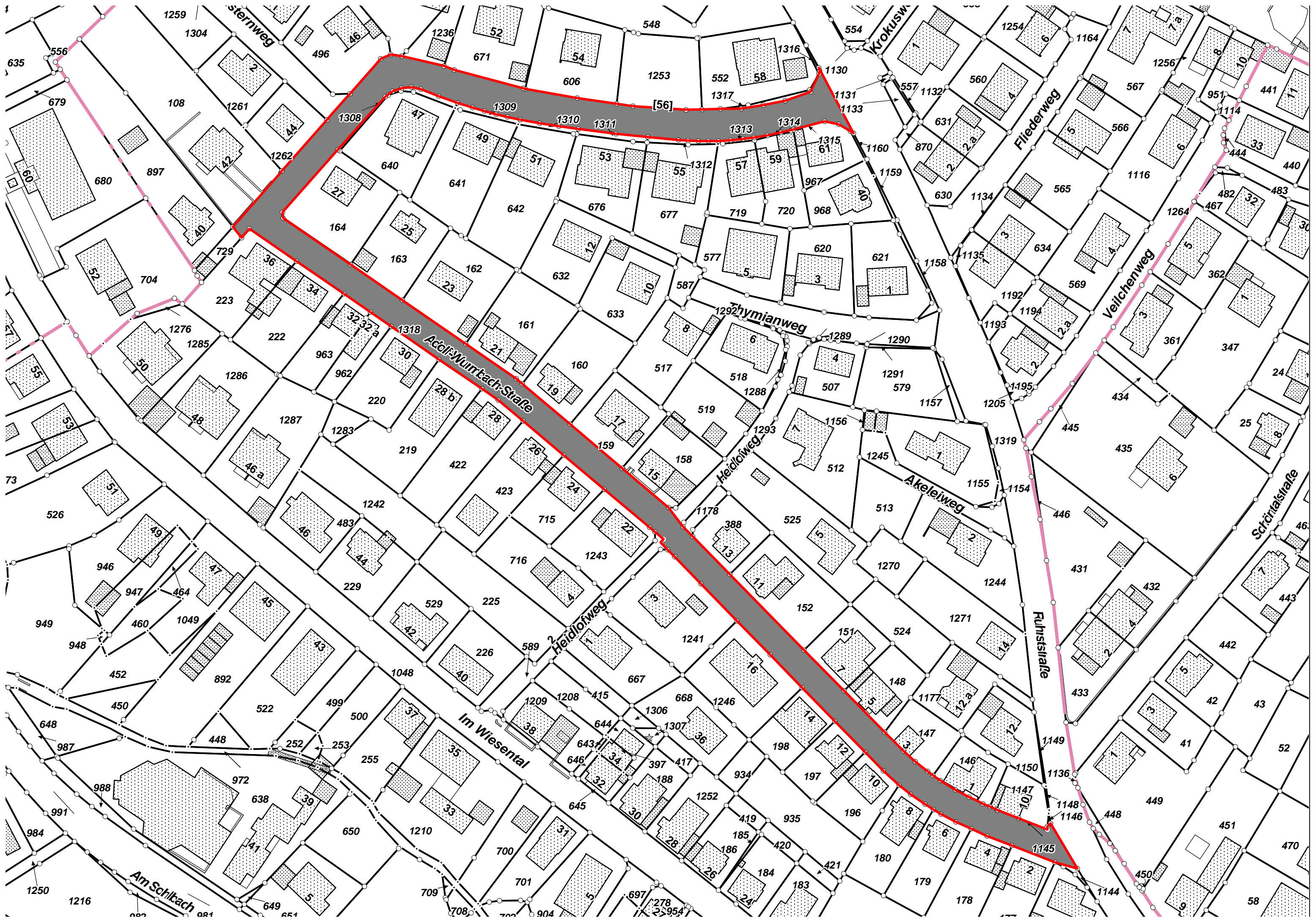
gez.

Henrik Schumann
Stadtbaurat

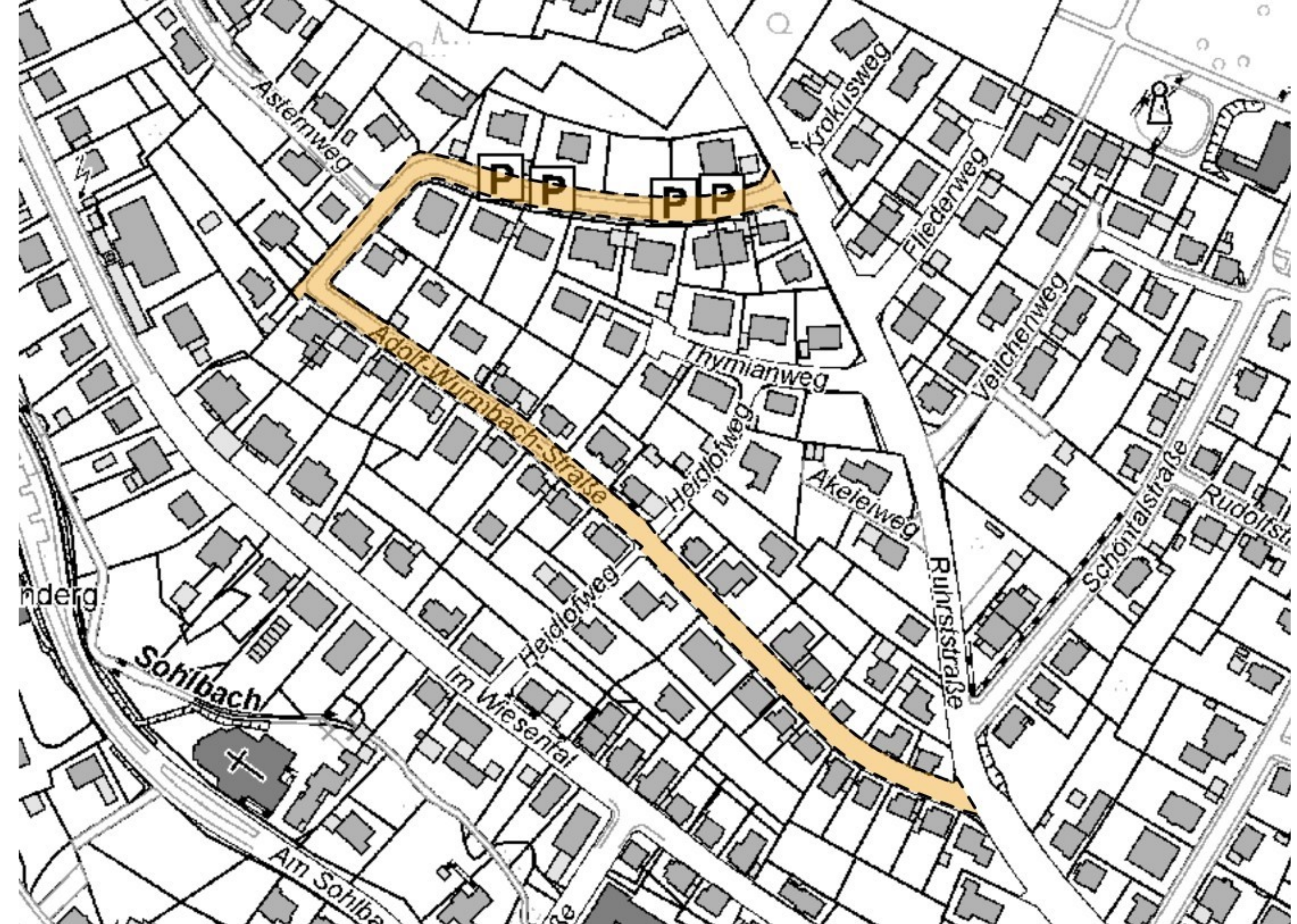
Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [01 Widmungsplan Adolf Wurmbach Straße](#)
2. [02 Luftbild Adolf Wurmbach Straße ohne Flurstücke.jpg](#)
3. [03 Lageplan Adolf Wurmbach Straße.jpg](#)







VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 3
Bereich: Kämmerei
Bearbeitet von: Herrn Ladda

Siegen, 25.05.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss **09.06.2021**

Rat **23.06.2021**

Kurzbezeichnung:

Beteiligung der Stadt Siegen an der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH – Erhöhung des Stammkapitals

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt der Kapitalerhöhung der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH um 200.000 EURO unter Ausschluss eines Bezugsrechtes für ihre bisherigen kommunalen Gesellschafter zu.

Sachverhalt / Begründung:

Die Stadt Siegen ist aufgrund des Ratsbeschlusses vom 06.05.2020 seit Dezember 2020 mit 1.000 € / 1% an der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH, Düsseldorf, beteiligt (Vorlage Nr. 2886/2020). Die Beteiligung hat den Zweck, die Wohnbaulandentwicklung in Siegen zu unterstützen und zu beschleunigen.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 100.000 EURO. Bei Gründung der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH war die NRW.URBAN Service GmbH, Dortmund, alleiniger Gesellschafter. Die NRW.URBAN Service GmbH ist berechtigt, Anteile der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH an nordrhein-westfälische Kommunen oder kommunale Wirtschaftsförderungs- oder Stadtentwicklungsgesellschaften zu übertragen. Die NRW.URBAN Service GmbH muss gemäß Gesellschaftsvertrag jedoch jederzeit über 51 % des Stammkapitals und die Mehrheit der Stimmrechte verfügen.

Es ist derzeit absehbar, dass die NRW.URBAN Service GmbH bis Mitte 2021 40.000 EURO Geschäftsanteile – jeweils 1.000 EURO an 40 Kommunen bzw. kommunale Gesellschaften – veräußert haben wird. Die Nachfrage weiterer Kommunen, Geschäftsanteile an der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH zu erwerben, ist ungebrochen. Die Geschäftsführung erwartet, dass die nach Gesell-

schaftsvertrag – bei einem Stammkapital von 100.000 EURO – maximal 49.000 EURO zu veräußern – den Geschäftsanteile bis Ende 2021 veräußert sein werden. Demnach können aktuell nur noch wenige Kommunen in die Gesellschaft aufgenommen werden.

Um auch weiteren Kommunen die Möglichkeit zu bieten, Gesellschafter der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH zu werden, schlägt die Geschäftsführung der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH den Gesellschaftern vor, dass Stammkapital durch Einlagen um 200.000 EURO auf dann 300.000 EURO zu erhöhen. Über diesen Vorschlag hat die Geschäftsführung die Gesellschafter in der letzten Gesellschafterversammlung bereits informiert. Die Gesellschafterversammlung hat den Vorschlag der Geschäftsführung zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Erhöhung des Stammkapitals erfolgt allein durch die NRW.URBAN Service GmbH und erfordert daher keine zusätzliche Einlage durch die übrigen Gesellschafter. Die neu entstehenden Geschäftsanteile werden damit auch allein durch die NRW.URBAN Service GmbH übernommen. Ein Bezugsrecht für die bereits beteiligten kommunalen Gesellschafter wird insoweit ausgeschlossen.

Neue Anteile können nach Erhöhung des Stammkapitals dann durch weitere Kommunen erworben werden. Somit besteht dann für insgesamt 147 Kommunen oder kommunale Gesellschaften in NRW die Möglichkeit, Gesellschafter der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH zu werden, d. h. der jetzige Gesellschafterkreis von 49 Kommunen könnte um bis zu 98 Kommunen erweitert werden.

Der Beschluss zur Erhöhung des Stammkapitals soll im Rahmen der Gesellschafterversammlung der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH am 25.06.2021 erfolgen.

Da die Erhöhung des Stammkapitals eine wesentliche Änderung des Gesellschaftsvertrages darstellt, ist eine vorherige Entscheidung des Rates erforderlich.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
--	--	---	--

<input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung		
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

i. V.

gez.

Wolfgang Cavelius

1. Beigeordneter

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4 / 5
Bereich: 4/4-2 / 5/4
Bearbeitet von: M. Busch, J. Heide, C. Uhr

Siegen, 01.06.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss	09.06.2021
Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid	15.06.2021
Rat	23.06.2021
Ausschuss für Schule und Bildung	29.06.2021
Bauausschuss	25.08.2021

Kurzbezeichnung:

**Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs
- kurzfristiges Erfordernis eines Containerbaus -**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, im Übergang bis zur Erfüllung des Raumbedarfs der Albert-Schweitzer-Schule als zukünftig vierzünftig geführte Ganztagsgrundschule, den Erwerb eines Containergebäudes vorzunehmen.

Der Ausschuss für Schule und Bildung und der Bauausschuss nehmen den Beschluss aufgrund der Dringlichkeit und mit Blick auf die Beratungsfolge ebenso wie der Bezirksausschuss I Siegen-Geisweid zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Ausgangssituation

Schülerzahlenprognose

In den ehemaligen Einzugsbereichen der drei Grundschulen Albert-Schweitzer-Schule, Birnenbacher Schule und Geisweider Schule ist – auch aufgrund von zuziehenden und zuwandernden Familien, die im Raum Geisweid Wohnraum gefunden haben – ein anwachsendes

Schülerpotential festzustellen. Vor diesem Hintergrund werden für die Grundschulen steigende Schülerzahlen erwartet.

Sollten die Schülerzahlen der Albert-Schweitzer-Schule, Birlenbacher Schule und Geisweider Schule sich in diesem Maße entwickeln, wird es notwendig sein, zukünftig jährlich jeweils 8 statt der bisher üblichen 6 Eingangsklassen einzurichten, um so eine ausreichende Anzahl von Schulplätzen zu gewährleisten.

Schon im Anmeldeverfahren zum Schuljahr 2021/2022 ist die Bildung von 8 Eingangsklassen notwendig.

	Anmeldungen	Eingangsklassen
Albert-Schweitzer-Schule	65	3
Birlenbacher Schule	56	2
Geisweider Schule	64	3
Insgesamt	185	8

Im Hinblick auf die kommenden Jahre ist es erforderlich, die Zügigkeiten so zu erhöhen, dass die zukünftig schulpflichtig werdenden Kinder wohnortnah beschult werden können.

Die Schulgebäude der drei Schulen sind in ihrer jetzigen Form jedoch für eine Erhöhung der Zügigkeit, auch unter den Gesichtspunkten Integration, Inklusion und Ganzttag, nicht ausgelegt.

Zügigkeit

Die Albert-Schweitzer-Schule, Birlenbacher Schule und Geisweider Schule sind gemäß Ratsbeschluss vom 05.07.2017 hinsichtlich der Zügigkeit der Eingangsklassen (Schuljahre 2018/2019 bis 2021/2022) auf eine Zweizügigkeit festgelegt. Abweichend davon ist für einzelne Schuljahre festgelegt, dass 3 Eingangsklassen gebildet werden können. Aufgrund der tatsächlichen Entwicklung bei den Anmeldezahlen können sich Veränderungen ergeben, die wiederum Nachsteuerungen erfordern.

Schon im Schuljahr 2021/2022 wird die Albert-Schweitzer-Schule u.a. mit Blick auf Schülerinnen und Schüler, die länger in der Schuleingangsphase verbleiben, in 11 Klassen beschulen. Sie wird somit, mit Ausnahme der zukünftigen Jahrgangsstufe 4, dreizügig geführt. Dies wiederum ist nur durch die Umwandlung des derzeitigen Werkraums in einen Unterrichtsraum sowie durch die multifunktionale Nutzung eines originären Betreuungsraums möglich.

Die Gesamtzahl an Klassen an den drei Grundschulen im Raum Geisweid könnte folgendermaßen aussehen:

- Schuljahr 2020/2021 26
- Schuljahr 2021/2022 28
- Schuljahr 2022/2023 30*
- Schuljahr 2023/2024 31*
- Schuljahr 2024/2025 31*

* voraussichtliche Klassenbildung auf Grundlage der Schülerzahlenprognose

Insgesamt werden die zu bildenden Klassen nicht in den Gebäuden der drei Grundschulen unterzubringen sein. Ein Umlenken auf entferntere Grundschulen wie die Glückaufschule und Friedrich-Flender-Schule in Weidenau scheidet aufgrund der großen Anzahl von Schülerinnen und Schülern aus.

Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung in einem ersten Schritt zur Prüfung möglicher Erweiterungen die Schulgebäude und -gelände der drei Grundschulen sowie deren Lage im Raum Geisweid in den Blick genommen.

Dabei liegt der Standort der Albert-Schweitzer-Schule zwischen der Birlenbacher Schule und der Geisweider Schule. Wird die Albert-Schweitzer-Schule räumlich erweitert, könnten Schülerinnen und Schüler aus den ehemaligen Einzugsbereichen der Birlenbacher Schule und der Geisweider Schule, die aufgrund mangelnder Aufnahmekapazitäten an ebendiesen Schulen keinen Schulplatz an der nächstgelegenen Grundschule erhalten, alternativ an der nahegelegenen Albert-Schweitzer-Schule aufgenommen werden. Ein unnötig langer Schulweg aus dem ehemaligen Einzugsbereich der Geisweider Schule bis zur Birlenbacher Schule bzw. aus dem ehemaligen Einzugsbereich der Birlenbacher Schule zur Geisweider Schule kann so hoffentlich vermieden werden.

Entsprechend soll vorrangig die Erweiterung der Zügigkeit der Albert-Schweitzer-Schule zu einer vierzügigen Grundschule forciert werden. Der Anstieg der Schülerschaft und die dafür zu bildenden Klassen soll mit einer baulichen Erweiterung des Standortes der Schule (Amselweg) oder der Reaktivierung des ehemaligen Schulgebäudes im Rüsterweg aufgefangen werden.

Erfordernis einer Übergangslösung

Mit Blick auf die oben genannten Schülerzahlen der kommenden Schuljahre wird ersichtlich, dass schon zum Schuljahr 2022/2023 Räumlichkeiten benötigt werden, die an den drei Grundschulen nicht vorhanden sind und auch nicht durch eine verstärkte multifunktionale Nutzung im Bestand geschaffen werden können.

Um allen Schülerinnen und Schülern einen Schulplatz bieten zu können, ist die Schaffung von weiterem Schulraum alternativlos.

Die Verwaltung wird folglich die Reaktivierung des ehemaligen Gebäudes der Albert-Schweitzer-Schule im Rüsterweg sowie die Erweiterung des aktuellen Schulgebäudes im Amselweg prüfen und einen entsprechenden Vorschlag erarbeiten.

Bis zur abgeschlossenen Prüfung und endgültigen baulichen Umsetzung des dann gegebenen Vorschlags ist jedoch eine Übergangslösung in Form der Nutzung von Unterrichtsräumen im ehemaligen Schulgebäude (Rüsterweg) oder der Aufstellung eines Containergebäudes am jetzigen Schulgebäude (Amselweg) anzustreben.

Nutzung des ehemaligen Schulgebäudes Rüsterweg

Die notdürftige Herrichtung von Unterrichtsräumen im ehemaligen Schulgebäude Rüsterweg bis Sommer 2022 wird von der Verwaltung bezogen auf den Zustand der Räumlichkeiten und den Zeitplan als problematisch bzw. unmöglich angesehen. Hinzukommt, dass die sanitären Anlagen im Untergeschoss der Schule nur schwer zugänglich sind und in dieser Form nicht genutzt werden können, so dass eine mobile Sanitäreanlage auf dem Schulgelände aufgestellt werden müsste.

Da nicht gewährleistet werden kann, dass die erforderlichen Räumlichkeiten bis zum Beginn des Schuljahres 2022/2023 tatsächlich hergerichtet werden können, wird die Aufstellung eines Containergebäudes unumgänglich.

Aufstellung eines Containergebäudes am aktuellen Standort Amselweg

Das Containergebäude soll für den Übergang genutzt werden, bis die Albert-Schweitzer-Schule durch die Reaktivierung des ehemaligen Schulgebäudes oder eine bauliche Erweiterung des Bestandsgebäudes über die Räumlichkeiten einer vierzügigen Ganztagsgrundschule verfügt.

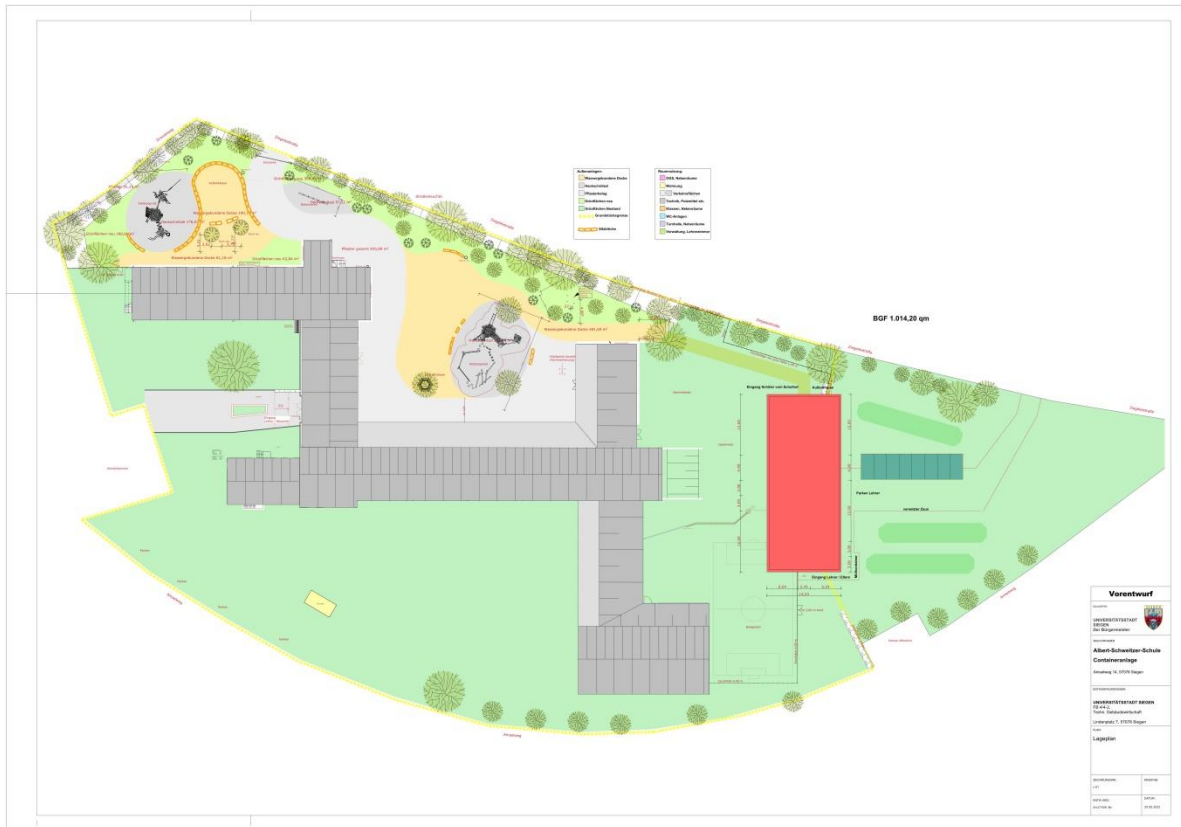
Bei einer auf Modulen beruhenden Containeranlage sind die Raumgrößen nicht variabel wählbar, so dass nicht in jedem Fall Raumgrößen erreicht werden, welche den ehemals geltenden Grundsätzen für die Aufstellung von Raumprogrammen für allgemein bildende Schulen und Förderschulen entsprechen. Des Weiteren wird die Anlage den Ansprüchen der Barrierefreiheit nicht gerecht.

Aus diesen Gründen soll die Containeranlage als Übergangslösung dienen und die notwendige Schaffung von Schulraum nicht ersetzen.

Erfordernis eines Containerbaus

Vorentwurf

Ein erster Vorentwurf mit dem Raumprogramm des Planungsauftrags zur Erweiterung der Albert-Schweitzer-Schule zu einer vierzügigen Ganztagsgrundschule als Grundlage wurde Anfang März vorgestellt und mit ersten geschätzten Kosten beziffert.



Der Entwurf sieht eine separate Containeranlage auf der Spielwiese des Schulgebäudes vor, in dem Bereich, in dem auch die provisorische Kita der AWO (Rüsterweg) stand. Die Versorgungsrohre der Kita wurden für etwaige neue Containeranlagen bewusst nicht zurückgebaut. Die Lage etwas abseits des Schulgebäudes ist erforderlich, da aktuell die Ausbildung für die, je nach Ergebnis der Prüfungen, anstehende Erweiterung des Schulgebäudes noch nicht definiert ist.

Nach gemeinsamer Prüfung dieses Vorentwurfs wurde das Raumprogramm für die provisorische Containeranlage auf ein Minimum beschränkt. Im April wurden der überarbeitete Entwurf und die geschätzten Kosten für die Mietdauer einer Containeranlage für 3-5 Jahre dargestellt und alternativ der Erwerb einer Containeranlage mit möglichen Kosten beziffert.

Die geplante zweigeschossige Containeranlage ergibt eine Brutto-Grundfläche von ca. 1.015 qm mit:

- 5 Klassenräume à 67,80 qm
- 2 Differenzierungsräume à 26,90 qm
- 1 Mehrzweckraum à 60,10 qm
- 1 Mehrzweckraum à 67,80 qm
- 2 Betreuungsräume à 67,80 qm
- 1 (zweites) Lehrerzimmer à 26,90 qm
- 1 Besprechungsraum à 15,90 qm
- 1 Büro mit Liege à 15,90 qm

Hinzu kommen die notwendige Anarbeitung der Außenanlagen, eine befestigte Zufahrt sowie 5 Stellplätze für Lehrer und 3 Stellplätze für OGS-Personal. Die geplante Containeranlage entspricht den Vorgaben der Energieeinsparverordnung. Dadurch ist auch der sommerliche und winterliche Wärmeschutz gewährleistet.

Eine provisorische Anlage mit geringeren baulichen Anforderungen (u.a. Wärmeschutzanforderungen) ist grundsätzlich lediglich temporär für die Dauer von 2 Jahren genehmigungsfähig

Durch den Raumbestand im Schulgebäude und unter Hinzunahme der Räumlichkeiten im neu zu errichtenden Containergebäude soll die Albert-Schweitzer-Schule die Möglichkeit erhalten, über die für die Erweiterung der Zügigkeit erforderlichen Räumlichkeiten – wenn auch im Übergang teils stark eingeschränkt – zu verfügen.

Die Entwurfspläne liegen der Vorlage als Anhang bei.

Kostenschätzung

Zum Vergleich der Mietvarianten und Kaufvariante sind im Folgenden drei Tabellen mit den Kostenschätzungen für die beschriebene Containeranlage abgebildet.

In den Kostenschätzungen ist die erforderliche Einrichtung noch nicht enthalten.

In den Summen sind bisher keine Lüftungsgeräte, keine Sonnenschutzverglasung (jedoch Raffstores) und keine kindgerechten Sanitäranlagen enthalten.

Optional sind diese Zusatzausstattungen beim Erwerb möglich. Für eine gepflasterte Zuwegung müssten zusätzlich ca. 25.000,- € eingeplant werden (Empfehlung seitens AWO, aktuell Standard). Bei der Miete einer Containeranlage erfolgen die Wartungen durch den Bauherrn, ebenso wie beim Erwerb.

1. Miete der Containeranlage ab 3 Jahren mit Verlängerungsoption:

Kostenzusammenstellung bei 3 Jahren Mietdauer einer Containeranlage mit ca. 1.015 qm BGF				
	einmalig	monatlich	36 Monate	
Bauantragszeichnungen	450,00 €			
Brandschutzkonzept	5.000,00 €			
Tiefbau	50.000,00 €			
Aufstellen Container	43.750,00 €			
Stromanschluss	10.000,00 €			
Wasseranschluss	5.000,00 €			
Miete Container		20.800,00 €	748.800,00 €	
Versicherung		672,00 €	24.192,00 €	
Sanitärinstallation	5.000,00 €			
Elektroinstallation	20.000,00 €			
GaLa (Außenanlagen)	30.000,00 €			
Rückbau Container	34.300,00 €			
Einhausung Außentreppe	6.000,00 €			
Elektroausstattung	115.000,00 €			
Akustikdecke	97.000,00 €			
Sockelblende	6.000,00 €			
Sondertüren	10.500,00 €			
Summe	438.000,00 €		772.992,00 €	
19 % MWST	83.220,00 €		146.868,48 €	
Brutto	521.220,00 €		919.860,48 €	
Gesamtkosten für Containermiete 3 Jahre:		1.441.080,48 €		
je weiteres Mietjahr:	257.664,00 €			
Summe für 48 Monate:	1.698.744,48 €		Differenz 36/48 Monate:	257.664,00 €

2. Miete der Containeranlage ab 4 Jahre mit Verlängerungsoption:

Kostenzusammenstellung bei 4 Jahren Mietdauer einer Containeranlage mit ca. 1.015 qm BGF				
	einmalig	monatlich	48 Monate	
Bauantragszeichnungen	450,00 €			
Brandschutzkonzept	5.000,00 €			
Tiefbau	50.000,00 €			
Aufstellen Container	43.750,00 €			
Stromanschluss	10.000,00 €			
Wasseranschluss	5.000,00 €			
Miete Container		18.600,00 €	892.800,00 €	
Versicherung		672,00 €	32.256,00 €	
Sanitärinstallation	5.000,00 €			
Elektroinstallation	20.000,00 €			
GaLa (Außenanlagen)	30.000,00 €			
Rückbau Container	34.300,00 €			
Einhausung Außentreppe	6.000,00 €			
Elektroausstattung	115.000,00 €			
Akustikdecke	97.000,00 €			
Sockelblende	6.000,00 €			
Sondertüren	10.500,00 €			
Summe	438.000,00 €		925.056,00 €	
19 % MWST	83.220,00 €		175.760,64 €	
Brutto	521.220,00 €		1.100.816,64 €	
Gesamtkosten für Containermiete 4 Jahre:		1.622.036,64 €		
je weiteres Mietjahr:	231.264,00 €			
Summe für 60 Monate:	1.853.300,64 €		Differenz 48/60 Monate:	231.264,00 €

3. Erwerb der Containeranlage mit Abbau und Entsorgung (ohne Verkauf):

Kostenzusammenstellung bei Erwerb einer Containeranlage mit ca. 1.015 qm BGF			
	einmalig	monatlich	36 Monate
Bauantragszeichnungen	450,00 €		
Brandschutzkonzept	5.000,00 €		
Tiefbau	50.000,00 €		
Aufstellen Container	43.750,00 €		
Stromanschluss	10.000,00 €		
Wasseranschluss	5.000,00 €		
Erwerb Container	1.100.000,00 €		
Versicherung intern		500,00 €	18.000,00 €
Sanitärinstallation	5.000,00 €		
Elektroinstallation	20.000,00 €		
GaLa (Außenanlagen)	30.000,00 €		
Rückbau und Entsorgung Container	52.000,00 €		
Einhausung Außentreppe	6.000,00 €		
Elektroausstattung*			
Akustikdecke*			
Sockelblende*			
Sondertüren	10.500,00 €		
Summe	1.337.700,00 €		18.000,00 €
19 % MWST	254.163,00 €		3.420,00 €
Brutto	1.591.863,00 €		21.420,00 €
Gesamtkosten für Containererwerb:		1.613.283,00 €	
*in Erwerb Container enthalten			

Bei einer festgelegten **Mietzeit von 3 Jahren** ergibt sich somit ein geschätzter Kostenrahmen von ca. **1.442.000,- €**.

Je weiterem Mietjahr erhöht sich diese Summe um ca. 258.000,-€, dies ergibt bei 4 Jahren Miete einen Kostenrahmen von ca. 1.700.000,- €.

Bei einer vorher festgelegten **Mietzeit von 4 Jahren** ergibt sich ein geschätzter Kostenrahmen von ca. **1.623.000,- €**.

Je weiterem Mietjahr erhöht sich diese Summe um ca. 232.000,- €, dies ergibt bei 5 Jahren Miete einen Kostenrahmen von ca. 1.855.000,- €.

Der **Erwerb der Containeranlage** würde ca. **1.614.000,- €** kosten.

In diesen Kosten sind ein eventuell später erforderlicher Abbau und die Entsorgung enthalten.

(Sollte die Containeranlage an einem anderen Standort wieder aufgebaut werden, ist dies nur mit gleichem Grundriss wirtschaftlich sinnvoll. Die gesamte Dachdämmung und Abdichtung müsste auf jeden Fall für eine Versetzung entsorgt und anschließend am neuen Standort erneuert werden. Weiterhin bedeutet der Standortwechsel zusätzlich hohe Kran- und Transportkosten sowie Kosten für Rück- oder Umbauten im Innenraum und hinzu kommen alle notwendigen Tiefbau- und Installationsarbeiten, auch am neuen Standort.)

Durch den Raumbestand im Schulgebäude und unter Hinzunahme der Räumlichkeiten im neu zu errichtenden Containergebäude soll die Albert-Schweitzer-Schule die Möglichkeit

erhalten, über die für die Erweiterung der Zügigkeit erforderlichen Räumlichkeiten – wenn auch im Übergang teils stark eingeschränkt – zu verfügen.

Zeitplan

Bei einer zügigen Mittelbereitstellung und Umverlagerung von Projektprioritäten im Arbeitsprogramm der Technischen Gebäudewirtschaft könnte ggf. eine Planung und zum Ende des Jahres eine Ausschreibung der Gewerke für die Containeranlage erfolgen. Die notwendige Bauantragstellung könnte nachfolgend während der Angebotslaufzeit erstellt werden.

Ob eine Errichtung des Objektes für das Schuljahr 2022/2023 durchführbar ist, hängt letztlich von den Lieferzeiten der Gewerke ab.

Inwiefern und wenn ja, in welchem Umfang, noch in diesem Haushaltsjahr Mittel benötigt werden, ist derzeit unklar. Eventuell ist es erforderlich, im 4. Quartal außerplanmäßig Mittel bereitzustellen.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
1.614.000,00 €				

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

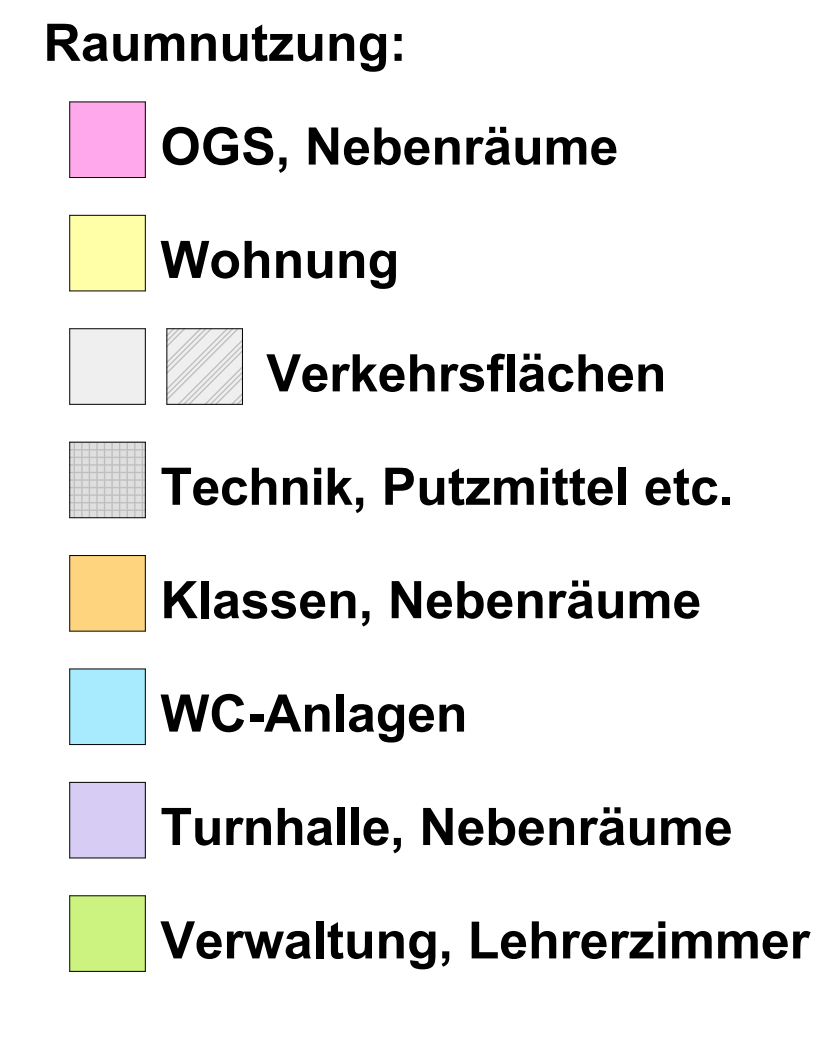
Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

gez.
Schumann
Stadtbaurat

gez.
A. Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.



BAUHERR:

**UNIVERSITÄTSSTADT
SIEGEN**
Der Bürgermeister



BAUVORHABEN

Albert-Schweitzer-Schule

Containeranlage

Amselweg 14, 57078 Siegen

ENTWURFSVERFASSER:

UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN
FB 4/4-2,
Techn. Gebäudewirtschaft

Lindenplatz 7, 57078 Siegen

PLAN:

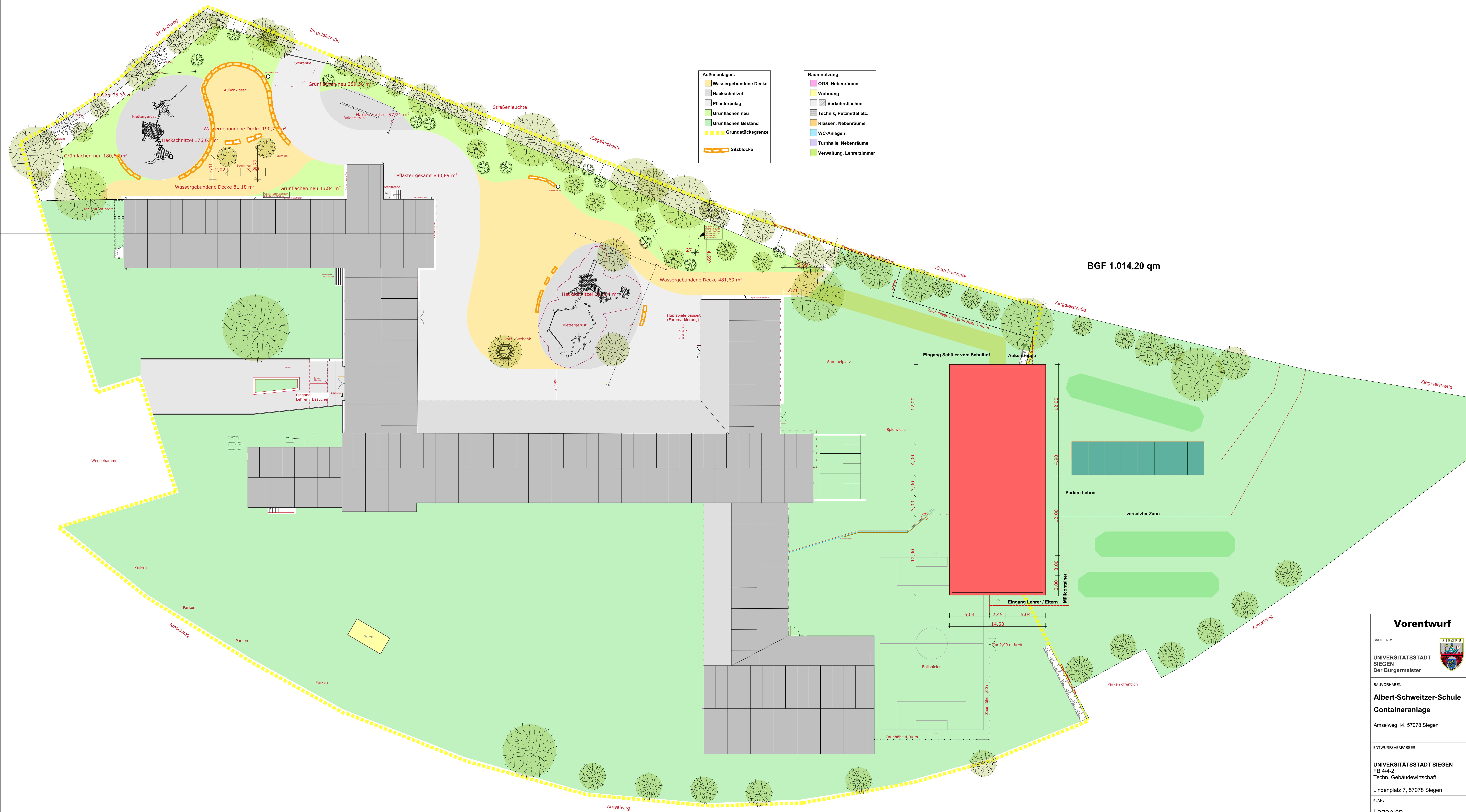
Grundriss Erdgeschoss

ZEICHNUNGSNR.:
G-01

MASSTAB:

ENTW./GEZ.:
4/4-2 TGW, Bu

DATUM:
25.05.2021



BGF 1.014,20 qm

Vorentwurf

BAUHERR:
UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN
Der Bürgermeister

BAUVORHABEN:
Albert-Schweitzer-Schule
Containeranlage

Amsehweg 14, 57078 Siegen

ENTWURFSVERFASSER:
UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN
FB 4/4-2,
Techn. Gebäudewirtschaft
Lindenplatz 7, 57078 Siegen

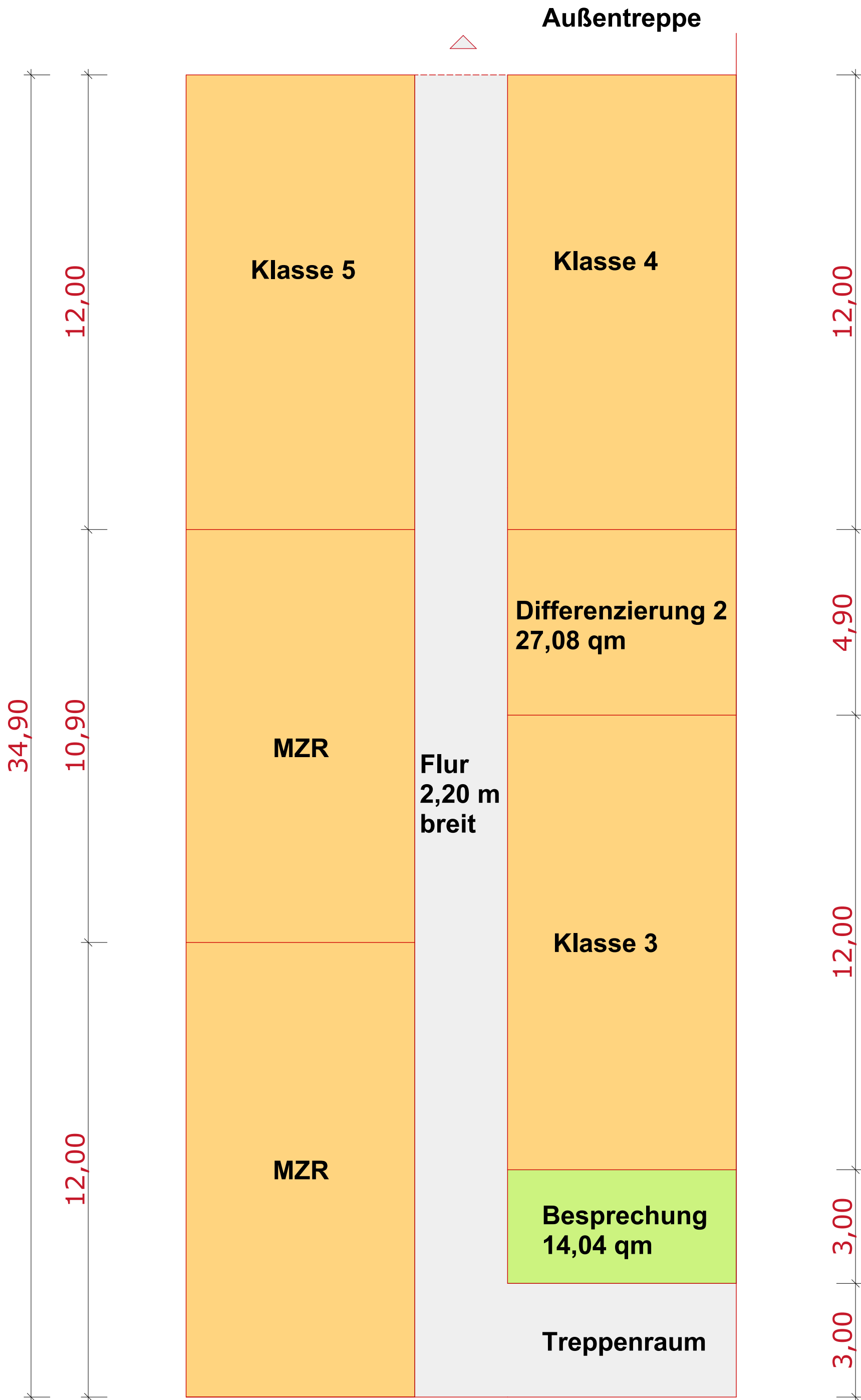
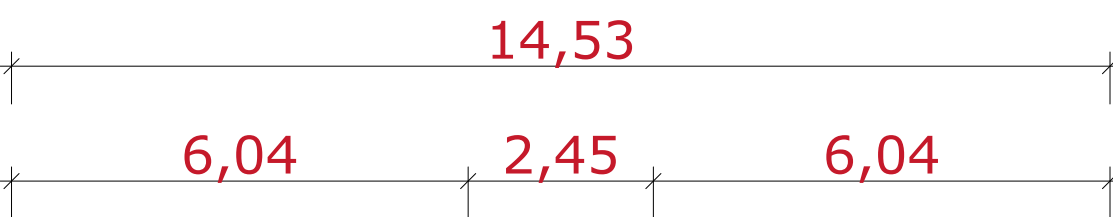
PLAN:
Lageplan

ZEICHNUNGSNR.:
L-01

ENTW./GEZ.:
4/4-2 TGW, Bu

MASSTAB:

DATUM:
25.05.2021




- Raumnutzung:
- OGS, Nebenräume
 - Wohnung
 - Verkehrsflächen
 - Technik, Putzmittel etc.
 - Klassen, Nebenräume
 - WC-Anlagen
 - Turnhalle, Nebenräume
 - Verwaltung, Lehrerzimmer

Vorentwurf

BAUHERR:

UNIVERSITÄTSSTADT
SIEGEN
Der Bürgermeister



BAUVORHABEN

Albert-Schweitzer-Schule
Containeranlage

Amselweg 14, 57078 Siegen

ENTWURFSVERFASSER:

UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN
FB 4/4-2,
Techn. Gebäudewirtschaft

Lindenplatz 7, 57078 Siegen

PLAN:

Grundriss Obergeschoss

ZEICHNUNGSNR.:
G-02

MASSTAB:

ENTW./GEZ.:
4/4-2 TGW, Bu

DATUM:
25.05.2021